

**DIE POLEMIK
ÜBER DIE GENERALLINIE
DER INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG**

**DIE POLEMIK
ÜBER DIE GENERALLINIE
DER INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG**

**VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR
PEKING 1965**

**Ein Vorschlag zur Generallinie
der internationalen
kommunistischen Bewegung**

Antwort des Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Chinas
auf den Brief des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion vom 30. März 1963

(14. Juni 1963)

Druck und Verlag in der Volksrepublik China

14. Juni 1963

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das ZK der KP Chinas hat das Schreiben des ZK der KPdSU vom 30. März 1963 eingehend studiert.

Alle an der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und an der Einheit der kommunistischen Weltbewegung interessierten Menschen zeigen große Anteilnahme am Treffen der beiden Parteien, der Partei Chinas und der der Sowjetunion, und hoffen, daß unser Treffen zur Beilegung der Differenzen und zur Festigung der Einheit beitragen und somit günstige Voraussetzungen für die Einberufung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder schaffen wird.

Die Einheit der internationalen kommunistischen Reihen zu wahren und zu stärken ist die gemeinsame, heilige Pflicht der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder. Die KP Chinas und die KPdSU haben eine noch größere Verantwortung für die Geschlossenheit des ganzen sozialistischen Lagers und die Einheit der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung und müssen daher noch größere Anstrengungen machen.

Heutzutage bestehen in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung eine Reihe von wichtigen, prinzipiellen Differenzen. Aber wie ernst diese Differenzen auch sein mögen, wir müssen volle Geduld an den Tag legen und Wege zur Beilegung der Differenzen finden, um unsere Kräfte zu vereinigen und den Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind zu verstärken.

Von solch aufrichtigen Wünschen für das bevorstehende Treffen zwischen der KP Chinas und der KPdSU ist das ZK der KP Chinas geleitet.

Das ZK der KPdSU hat in seinem Schreiben vom 30. März seine Ansichten zu den Fragen, die auf dem Treffen zwischen der KP Chinas und der KPdSU erörtert werden sollen, systematisch dargelegt und insbesondere die Frage der Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung unterbreitet. Wir möchten in diesem Schreiben auch unsere Ansichten über die Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung und über einige diesbezügliche prinzipielle Fragen vorbringen und als unseren Vorschlag unterbreiten.

Wir hoffen, daß eine solche Darstellung unserer Ansichten zum gegenseitigen Verständnis unserer beiden Parteien, zu einer ausführlichen Diskussion Punkt für Punkt auf dem Treffen unserer beiden Parteien beitragen wird.

Wir hoffen auch, daß dadurch die Bruderparteien aller Länder mit unseren Ansichten bekanntgemacht werden und so zu erschöpfendem Meinungsaustausch auf der internationalen Beratung der Bruderparteien beigetragen wird.

1. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung kann nur die revolutionären Theorien des Marxismus-Leninismus über die historische Mission des Proletariats zu ihrer Richtschnur nehmen, darf aber niemals von dieser Richtschnur abweichen.

Auf den beiden Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 wurden, nach einem umfassenden Meinungsaustausch, auf der Grundlage des Prinzips: Einigkeit durch Konsultationen, eine Deklaration und eine Erklärung angenommen. In diesen beiden Dokumenten werden die Besonderheiten unserer Zeit und die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus aufgezeigt, die gemeinsame Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder festgelegt. Diese Deklaration und Erklärung sind das gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung.

In den letzten Jahren hat es in den internationalen kommunistischen Reihen tatsächlich verschiedene Auffassungen von der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 und verschiedene Einstellungen dazu gegeben. Die Kernfrage bei solch verschiedenen Auffassungen und Einstellungen besteht darin, ob die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung anerkannt werden. Dabei handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus, ob die allgemeine Bedeutung des Weges der Oktoberrevolution anerkannt wird, um die Frage, ob anerkannt wird, daß die Völker, die heute noch unter der imperialistischen und kapitalistischen Ordnung leben und die zwei Drittel der Bevölkerung der ganzen Welt ausmachen, die Revolution durchführen sollen, und ob anerkannt wird, daß diejenigen Völker, die den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben und ein Drittel der Bevölkerung der Welt darstellen, die Revolution noch zu Ende führen sollen.

Die entschiedene Verteidigung der in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 enthaltenen revolutionären Prinzipien ist zur wichtigsten und dringendsten Aufgabe der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung geworden.

Zu einer richtigen Auffassung der revolutionären Prinzipien in der Deklaration und in der Erklärung und zu einer richtigen Einstellung zu diesen Prinzipien kann es erst dann kommen, wenn die revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus strikt befolgt werden, wenn der allgemeingültige Weg der Oktoberrevolution konsequent eingehalten wird.

2. Welches sind die revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960? Kurz gesagt, die folgenden:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; fe-

stigt und stärkt das sozialistische Lager; realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem.

Unserer Ansicht nach ist das die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe.

3. Diese Generallinie geht aus dem Gesamtbild der Realität der Welt, aus der Klassenanalyse der grundlegenden Widersprüche in der Welt in der gegenwärtigen Epoche hervor und ist gegen die konterrevolutionäre Globalstrategie des USA-Imperialismus gerichtet.

Diese Generallinie ist: eine breite Einheitsfront mit dem sozialistischen Lager und dem internationalen Proletariat als Kern zu bilden, zum Kampf gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze und gegen die Reaktionen aller Länder; die Massen in breitem Umfang zu mobilisieren, die revolutionären Kräfte zu verstärken, die Kräfte in der Mitte zu gewinnen und die Konterrevolutionäre zu isolieren.

Diese Generallinie ist eine Linie, mit der die Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende führen; zugleich ist sie die Linie, auf der der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt wird.

Wenn die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung einseitig nur auf „friedliche Koexistenz“, „friedlichen Wettbewerb“ oder „friedlichen Übergang“ zurückgeführt wird, dann ist das ein Verstoß gegen die revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960, dann wird die historische Mission der proletarischen Weltrevolution aufgegeben, dann bedeutet das die Abkehr von den revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus.

Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in der historischen Entwicklung der Welt zum Ausdruck bringen. Die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Völker aller

Länder machen verschiedene Etappen durch, sie können ihre eigenen Merkmale haben, doch können sie nicht aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der Welt heraustreten. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll den Proletariern und Völkern aller Länder in ihrem revolutionären Kampf die grundlegende Richtung weisen.

Bei der Ausarbeitung der konkreten Linie und der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien für das eigene Land ist es äußerst wichtig, strikt am Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus im eigenen Land festzuhalten.

4. Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und die konkreten Verhältnisse in der Welt, das heißt die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, vom Klassenstandpunkt aus konkret zu analysieren, bildet den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wer eine konkrete Klassenanalyse umgeht oder nach eigenem Belieben gewisse oberflächliche Erscheinungen herausgreift, um subjektive Urteile zu fällen, der kann selbstverständlich niemals richtige Schlußfolgerungen in bezug auf die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung ziehen und wird unvermeidlich auf eine andere, dem Marxismus-Leninismus völlig entfremdete Bahn geraten.

Was sind die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind stets der Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:

Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;

die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;

die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;

die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen.

Die Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager sind Widersprüche zwischen zwei grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, die unzweifelhaft sehr schroff sind. Marxisten-Leninisten dürfen aber die Widersprüche im Weltmaßstab nicht einfach und ausschließlich als Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sehen.

Im internationalen Kräfteverhältnis haben sich Veränderungen ergeben, und dieses Verhältnis wird immer günstiger für den Sozialismus, für die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen der ganzen Welt, aber äußerst ungünstig für den Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder. Trotzdem bestehen die obengenannten Widersprüche objektiv immer noch.

Diese Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keinen dieser grundlegenden Widersprüche darf man verwischen, noch nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle eines anderen setzen.

Diese Widersprüche werden in allen Ländern unvermeidlich zum Ausbruch von Revolutionen führen und können auch nur durch die Revolutionen der Völker gelöst werden.

5. In der Frage der heute in der Welt vorhandenen Widersprüche müssen folgende falsche Anschauungen verurteilt werden:

a) Der Klasseninhalt der Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager wird verwischt, diese Widersprüche werden nicht als Widersprüche zwischen Ländern der Diktatur des Proletariats und Ländern unter der Diktatur des Monopolkapitals betrachtet.

b) Nur die Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager werden anerkannt, aber man ignoriert oder unterschätzt die Widersprüche zwischen Proletariat und

Bourgeoisie in der kapitalistischen Welt, die Widersprüche zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den verschiedenen Gruppierungen des Monopolkapitals sowie die aus diesen Widersprüchen entstehenden Kämpfe.

c) Man glaubt, die Widersprüche in der kapitalistischen Welt zwischen Proletariat und Bourgeoisie können ohne die proletarische Revolution im eigenen Land gelöst werden; man glaubt, die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus können ohne eine Revolution dieser unterdrückten Nationen gelöst werden.

d) Man verneint, daß die Entwicklung der gegenwärtigen kapitalistischen Welt innewohnenden Widersprüche unvermeidlich zu einer neuen Situation des erbitterten Ringens unter den imperialistischen Staaten führen muß, man bildet sich ein, daß durch „internationale Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen des monopolistischen Großkapitals“ die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten überbrückt und sogar beseitigt werden können.

e) Man glaubt, die Widersprüche zwischen den beiden Weltssystemen, Sozialismus und Kapitalismus, können „im ökonomischen Wettbewerb“ von selbst verschwinden, und daß damit auch andere fundamentale Widersprüche in der Welt zum Verschwinden gebracht werden und eine „Welt ohne Kriege“, eine neue Welt der „allseitigen Zusammenarbeit“ ins Leben gerufen wird.

Offensichtlich müssen diese falschen Anschauungen zu einer falschen und schädlichen Politik führen, wird dadurch die Sache des Volks und des Sozialismus auf diese oder jene Weise Fehlschläge und Schaden erleiden.

6. Nach dem 2. Weltkrieg sind im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus grundlegende Veränderungen vor sich gegangen. Die Hauptmerkmale dieser Veränderung bestehen darin, daß es in der Welt nicht mehr nur ein sozialistisches Land gibt, sondern daß eine ganze Reihe von sozialistischen Ländern entstanden sind, die ein starkes

sozialistisches Lager gebildet haben; daß die Völker, die den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben, bereits nicht mehr nur etwa 200 Millionen Menschen, sondern eine Milliarde Menschen oder ein Drittel der Weltbevölkerung zählen.

Das sozialistische Lager ist aus den Kämpfen des internationalen Proletariats und der Werktätigen aller Länder entstanden. Das sozialistische Lager gehört nicht nur den Völkern der sozialistischen Länder, sondern auch dem Weltproletariat und allen Werktätigen.

Die Bevölkerung der Länder des sozialistischen Lagers, das Weltproletariat und alle Werktätigen stellen an die kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des sozialistischen Lagers hauptsächlich die folgenden gemeinsamen Forderungen:

Die marxistisch-leninistische Linie einzuhalten und eine korrekte marxistisch-leninistische Innen- und Außenpolitik zu verfolgen;

die Diktatur des Proletariats und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter Führung des Proletariats zu festigen, die sozialistische Revolution an der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Front zu Ende zu führen;

die Initiative und Schöpferkraft der Volksmassen zu entfalten, den sozialistischen Aufbau planmäßig durchzuführen, die Produktion zu entwickeln, den Lebensstandard des Volkes zu verbessern, die Landesverteidigung zu stärken;

auf Grundlage des Marxismus-Leninismus die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zu festigen, auf Grundlage des proletarischen Internationalismus andere sozialistische Länder zu unterstützen;

gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus, für die Verteidigung des Weltfriedens zu kämpfen;

die antikommunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Politik der Reaktionäre aller Länder zu bekämpfen;

die unterdrückten Klassen und unterjochten Nationen der Welt in ihrem revolutionären Kampf zu unterstützen.

Alle kommunistischen und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers sind ihrem eigenen Volk wie auch dem internationalen Proletariat und den Werktätigen gegenüber verpflichtet, diese Forderungen zu erfüllen.

Mit der Erfüllung dieser Forderungen übt das sozialistische Lager einen entscheidenden Einfluß auf den Verlauf der Menschheitsgeschichte aus.

Gerade aus diesem Grund versuchen die Imperialisten und Reaktionäre auf jede Weise die Innen- und Außenpolitik der Länder des sozialistischen Lagers zu beeinflussen, das sozialistische Lager zu zersetzen, die Einheit unter den sozialistischen Ländern, vor allem zwischen China und der Sowjetunion, zu spalten. Sie lassen keine Möglichkeit zur Infiltration in den sozialistischen Ländern, zur Umsturz Tätigkeit unversucht und hegen sogar die eitle Hoffnung, das sozialistische Lager vernichten zu können.

Wie man sich dem sozialistischen Lager gegenüber richtig verhält, ist eine äußerst wichtige, prinzipielle Frage, die allen kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt ist.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien führen heute unter neuen historischen Bedingungen ihren proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß und Kampf durch. Als es in der Welt nur ein einziges sozialistisches Land gab, als dieses Land entschlossen eine korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik durchführte und sich damit die Feindschaft und Bedrohung aller Imperialisten und Reaktionäre zuzog, da war es für jede kommunistische Partei ein Prüfstein ihres proletarischen Internationalismus, ob sie sich entschieden für die Verteidigung dieses einzigen sozialistischen Staates einsetzte oder nicht. Heute gibt es in der Welt ein sozialistisches Lager, das aus dreizehn Staaten besteht: Albanien, Bulgarien, China, Deutsche Demokratische Republik, Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn und Demokratische Republik Vietnam. Ob sie unter diesen Verhältnissen das ganze sozialistische Lager entschie-

den verteidigt, ob sie die Einheit aller Länder des sozialistischen Lagers auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wahr, ob sie die marxistisch-leninistische Linie und Politik verteidigt, die die sozialistischen Länder einschlagen müssen, das ist für jede kommunistische Partei der Prüfstein ihres proletarischen Internationalismus.

Wer aber keine korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik verfolgt und nicht die Einheit des sozialistischen Lagers wahr, dagegen innerhalb des sozialistischen Lagers Spannungen und Spaltungen hervorruft, ja sogar die politische Linie der jugoslawischen Revisionisten verfolgt, das sozialistische Lager aus dem Weg zu räumen versucht oder den kapitalistischen Ländern hilft, die sozialistischen Bruderländer anzugreifen, der übt Verrat an den Interessen des gesamten internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

Wer in den Fußtapfen anderer nicht die korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik verteidigt, die die sozialistischen Staaten einschlagen müssen, sondern die von einem gewissen sozialistischen Staat verfolgte falsche opportunistische Linie und Politik verteidigt; wer nicht die Politik der Einheit, sondern die des Spaltertums verteidigt, der weicht vom Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus ab.

7. Die USA-Imperialisten versuchen, sich ein riesiges Weltreich, wie es die Geschichte noch nie gekannt hat, zu errichten, indem sie die Situation nach dem 2. Weltkrieg ausgenutzt und das Erbe der deutschen, italienischen und japanischen Faschisten angetreten haben. Das strategische Ziel des USA-Imperialismus ist nach wie vor: Aggression auf die zwischen den USA und dem sozialistischen Lager liegende Zwischenzone zu verüben und sie unter seine Kontrolle zu bringen, die Revolutionen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, dann die sozialistischen Länder zu vernichten, um so alle Völker und Länder der Welt, einschließ-

lich seiner eigenen Verbündeten, unter Joch und Kontrolle des USA-Monopolkapitals zu bringen.

Seit dem 2. Weltkrieg haben die USA-Imperialisten niemals ihre Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager eingestellt. Diese Propaganda hat zwei Seiten: Einerseits bereiten die USA-Imperialisten wirklich einen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen das sozialistische Lager vor, während sie andererseits diese Propaganda als Rauchvorhang für die Unterdrückung ihres eigenen Volks und für die Erweiterung ihrer Aggressionen gegen die übrige kapitalistische Welt verwenden.

In der Erklärung von 1960 wird festgestellt:

„Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden.“

„Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“

„Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus.“

„Der Verlauf der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele neue Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist.“

Die USA-Imperialisten betreiben ihre Aggressions- und Kriegspolitik in der ganzen Welt, doch kann das Ergebnis ihren Erwartungen nur zuwiderlaufen, es kann nur das Erwachen der Völker aller Länder und ihre Revolutionen beschleunigen.

Die USA-Imperialisten haben sich so zu den Völkern der ganzen Welt in Opposition gestellt und werden von ihnen eingekreist. Das internationale Proletariat muß und kann alle Kräfte vereinigen, mit denen Einheit möglich ist. Es muß die inneren Widersprüche der Feinde ausnutzen und die breiteste Einheitsfront gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien errichten.

Der realistische und korrekte Kurs ist, das Schicksal der Völker aller Länder und der Menschheit der Einigkeit und

den Kämpfen des Weltproletariats, der Einigkeit und den Kämpfen der Völker aller Länder anzuvertrauen.

Umgekehrt, wenn kein Unterschied zwischen Feind, Freund und uns selbst gemacht wird, wenn man das Schicksal der Völker aller Länder und der Menschheit der Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus anvertraut, dann heißt das, die Menschen in die Irre führen zu wollen. Die Geschehnisse der letzten Jahre haben das Scheitern dieser Illusion bewiesen.

8. In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmszentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden.

Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.

Die national-demokratische Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution.

Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.

In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab.

Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Be-

deutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats.

Es gibt heutzutage Leute, die sogar die große internationale Bedeutung der antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas leugnen und, unter dem Vorwand, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen niederreißen zu wollen, bemüht sind, die Trennungslinie zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten zu verwischen, die revolutionären Kämpfe der Völker in diesen Gebieten niederzuhalten. Damit kommt man in Wirklichkeit nur den Bedürfnissen des Imperialismus entgegen und schafft ihm eine neue „Theorie“, um seine Herrschaft in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten und die Politik des alten und neuen Kolonialismus zu vertreiben. In der Tat zielt diese neue „Theorie“ gar nicht darauf ab, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen niederzureißen, sondern die Herrschaft der sogenannten „überlegenen Nationen“ über die unterjochten Nationen zu verewigen. Es ist nur zu verständlich, daß eine solch lügnerische „Theorie“ auf den Widerstand der Völker in diesen Gebieten stößt.

Die Arbeiterklasse in jedem sozialistischen wie in jedem kapitalistischen Land muß die kämpferischen Losungen „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ getreulich in die Tat umsetzen. Sie muß die revolutionären Erfahrungen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas studieren, deren revolutionäre Aktionen entschlossen unterstützen und deren Befreiung als die zuverlässigste Hilfe für ihre eigene Sache und als direkt in ihrem eigenen Interesse betrachten. Nur auf diese Weise werden die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen in Wahrheit niedrigerissen, nur das ist echter proletarischer Internationalismus.

Ohne ein Bündnis mit den unterdrückten Nationen, ohne die Befreiung der unterdrückten Nationen wird es der Arbei-

terklasse in den kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas unmöglich sein, ihre eigene Befreiung zu erreichen. Lenin sagte mit Recht: „Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von ‚Kolonial‘-sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug.“¹

Heute gibt es in den internationalen kommunistischen Reihen gewisse Leute, die dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gegenüber sogar eine passive, verächtliche oder negative Haltung einnehmen, die in Wirklichkeit die Interessen der Monopolbourgeoisie wahren, die Interessen des Proletariats verraten und zu Sozialdemokraten herabgesunken sind.

Welche Haltung man den revolutionären Kämpfen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber zeigt, ist ein wichtiges Kennzeichen dafür, um diejenigen, die die Revolution wollen, von denen zu unterscheiden, die sie nicht wollen, um zu unterscheiden, wer wirklich den Weltfrieden verteidigt und wer den Aggressions- und Kriegskräften in die Hände arbeitet.

9. Die unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich vor die dringende Aufgabe gestellt, gegen den Imperialismus und seine Lakaïen anzukämpfen.

Die Geschichte hat den proletarischen Parteien dieser Gebiete die ruhmreiche Aufgabe gestellt, im Kampf gegen Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus, im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie das Banner voranzutragen, in den ersten Reihen der nationaldemokratischen revolutionären Bewegung zu stehen und für eine sozialistische Zukunft zu kämpfen.

In diesen Gebieten weigern sich die breitesten Kreise, das Sklavenjoch des Imperialismus hinzunehmen. Nicht nur Ar-

¹ Lenin, „Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, Werke, Bd. 31

beiter, Bauern, Intellektuelle und Kleinbourgeoisie, sondern auch die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie und sogar manche Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben.

Das Proletariat und seine Partei müssen auf die Stärke der Volksmassen vertrauen, sie müssen vor allem mit den Bauern zusammengehen und ein festes Arbeiter-Bauern-Bündnis schließen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die fortschrittlichen Vertreter des Proletariats auf dem Land arbeiten, den Bauern helfen, ihre Organisation aufzubauen, ihr Klassenbewußtsein, ihren Nationalstolz und ihr Selbstvertrauen zu heben.

Das Proletariat und seine Partei müssen, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, alle Schichten, mit denen Einheit möglich ist, zur breiten Einheitsfront gegen den Imperialismus und seine Lakaïen zusammenschließen. Um diese Einheitsfront zu festigen und zu entwickeln, muß die proletarische Partei ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und auf dem Recht der Führung in der Revolution bestehen.

Die proletarische Partei und das revolutionäre Volk müssen alle Formen des Kampfes, den bewaffneten Kampf mit einbezogen, beherrschen lernen. Wenn der Imperialismus und seine Lakaïen zur bewaffneten Unterdrückung schreiten, muß die konterrevolutionäre Waffengewalt durch revolutionäre Waffengewalt niedergeworfen werden.

Die nationalistischen Staaten, die eben erst politische Unabhängigkeit erlangt haben, sehen sich nach wie vor der schwierigen Aufgabe gegenüber, ihre politische Unabhängigkeit zu festigen, das Land von imperialistischen Kräften und Reaktionären zu säubern, eine Bodenreform und andere soziale Reformen durchzuführen, ihre nationale Wirtschaft und Kultur zu entwickeln. Für diese Länder ist es von großer aktueller Bedeutung, gegenüber der neokolonialistischen Politik, die die alten Kolonialisten zur Wahrung ihrer Interessen anwenden, wachsam zu bleiben und dagegen anzukämpfen, vor allem gegen den Neokolonialismus der USA.

In manchen der erst kürzlich unabhängig gewordenen Ländern steht die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie auch weiterhin mit dem Volk zusammen im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und führt gewisse Maßnahmen für sozialen Fortschritt durch. Das erfordert, daß die proletarische Partei die fortschrittliche Rolle der patriotischen Nationalbourgeoisie in vollem Umfang einschätzt und die Einigkeit mit ihr festigt.

Mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche und des internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie, und vor allem die Großbourgeoisie, in manchen jungen unabhängigen Ländern immer mehr auf Unterstützung von seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, antikomunistische und konterrevolutionäre Politik. Für die proletarische Partei ist es unerlässlich, entschlossen gegen eine solch reaktionäre Politik aufzutreten.

Allgemein gesprochen, hat die Bourgeoisie in diesen Ländern Doppelcharakter. Bildet die Partei des Proletariats eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie, dann muß ihre Politik sowohl auf Einheit wie auch auf Kampf aufgebaut sein. Wo die Bourgeoisie fortschrittliche, antiimperialistische und antifeudale Neigungen zeigt, muß eine Politik der Einigkeit mit ihr eingeschlagen werden; gegen ihre reaktionäre Tendenz, mit dem Imperialismus und den Kräften des Feudalismus Kompromisse einzugehen und sich zu verschwören, muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden.

In der nationalen Frage vertritt die Partei des Proletariats weltanschaulich den Internationalismus, nicht Nationalismus. Im revolutionären Kampf unterstützt die Partei des Proletariats den fortschrittlichen Nationalismus und kämpft gegen den reaktionären Nationalismus. Die Partei des Proletariats muß immer eine klare Trennungslinie zwischen sich selbst und dem bürgerlichen Nationalismus ziehen, sie darf sich ihm niemals gefangengeben.

In der Erklärung von 1960 heißt es: „Die Kommunisten enttöhlen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie,

seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen, sowie den demagogischen Mißbrauch sozialistischer Lösungen durch die bürgerlichen Politiker, womit sie den gleichen Zweck verfolgen.“

Wird das Proletariat in der Revolution zum Anhängsel der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, dann ist es für die national-demokratische Revolution unmöglich, einen wirklichen, durchgreifenden Sieg zu erringen. Und selbst wenn irgendeine Art von Sieg errungen wird, ist es unmöglich, ihn zu konsolidieren.

Im Verlauf der revolutionären Kämpfe der unterjochten Nationen und geknechteten Volksmassen muß die proletarische Partei ihr unabhängiges Programm des entschlossenen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionäre im Lande, für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Volksdemokratie aufstellen, sie muß unabhängige Arbeit unter den Volksmassen leisten, stets die Kräfte des Fortschritts zu vermehren trachten, die politisch in der Mitte stehenden Kräfte für ihre Seite gewinnen, die reaktionären Kräfte isolieren. Nur so kann sie die national-demokratische Revolution zu Ende führen und die Revolution auf den Weg zum Sozialismus leiten.

10. Um die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern von Grund auf zu lösen, ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Im Kampf um die Erfüllung dieser Aufgabe muß die proletarische Partei unter heutigen Bedingungen die aktive Führung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in ihren Kämpfen gegen das Monopolkapital, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, gegen die faschistische Gefahr, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, gegen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und für die Verteidigung des Weltfriedens übernehmen und die unterjochten

Nationen in ihrem revolutionären Kampf wirksam unterstützen.

In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des USA-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus richten, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen.

Die großen Massenkämpfe der letzten Jahre in den kapitalistischen Ländern zeigen ein neues Erwachen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Ihre Kämpfe bedeuten einen Schlag gegen Monopolkapital und Reaktion und bieten nicht nur der Sache der Revolution in ihren eigenen Ländern gute Aussichten, sondern stellen auch im revolutionären Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und für die Länder des sozialistischen Lagers eine gewaltige Unterstützung dar.

Die proletarischen Parteien in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern müssen sich bei der Leitung revolutionärer Kämpfe ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Zu gleicher Zeit müssen sie sich mit allen Kräften, mit denen Einigkeit möglich ist, zusammenschließen und eine breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus bilden.

Während sie aktiv den Kampf des Tages leiten, müssen die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern ihn auch mit dem Kampf auf lange Sicht und für die Gesamtinteressen verbinden, die Volksmassen im revolutionären Geist des Marxismus-Leninismus erziehen und ihr politisches Bewußtsein ständig heben, sie müssen die historische Mission der proletarischen Revolution auf ihre Schultern nehmen. Tun sie das nicht und betrachten sie die Bewegung des Augenblicks als ein und alles, legen sie ihre Haltung von Fall zu Fall fest, passen sie sich den Tagesereignissen an und opfern die Grundinteres-

sen des Proletariats, dann ist das hundertprozentiger Sozialdemokratismus.

Der Sozialdemokratismus ist eine bürgerliche ideologische Strömung. Lenin hat vor langem darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien politische Trupps der Bourgeoisie bilden, daß sie Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die bedeutendste soziale Stütze der Bourgeoisie sind. In der grundlegenden Frage der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats müssen die Kommunisten jederzeit eine klare Trennungslinie zwischen sich und den sozialdemokratischen Parteien ziehen, den ideologischen Einfluß der Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung und unter den Arbeitern liquidieren. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Kommunisten die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehenden Massen für sich gewinnen müssen, daß sie die Linken und die in der Mitte Stehenden in den sozialdemokratischen Parteien, die gewillt sind, gegen das einheimische Monopolkapital und die Kontrolle durch die ausländischen Imperialisten zu kämpfen, gewinnen und mit ihnen im täglichen Kampf der Arbeiterbewegung und im Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens auf Massenbasis beruhende gemeinsame Aktionen unternehmen müssen.

Um das Proletariat und die Werktätigen in der Revolution zu führen, müssen marxistisch-leninistische Parteien alle Kampfformen beherrschen und, entsprechend den Veränderungen in der Kampflage, schnell eine Kampfform durch eine andere ersetzen. Die Avantgarde des Proletariats kann erst dann unter allen Umständen unüberwindlich sein, wenn sie alle Kampfformen beherrscht, friedliche und bewaffnete, offene und geheime, legale und illegale, parlamentarische oder Massenkämpfe usw. usf. Den Gebrauch von parlamentarischen und anderen legalen Kampfformen abzulehnen, wo sie benutzt werden sollen und können, ist falsch. Wenn aber eine marxistisch-leninistische Partei in den parlamentarischen Kretinismus und den Legalismus verfällt und dem Kampf nur

die von der Bourgeoisie bestimmten Grenzen setzt, dann wird das unvermeidlich zum Verzicht auf die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats führen.

11. Die proletarische Partei muß an die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vom Standpunkt des Klassenkampfes, vom Standpunkt der Revolution, entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats herangehen.

Kommunisten würden immer den Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vorziehen. Aber kann man den friedlichen Übergang zu einem neuen weltstrategischen Prinzip für die internationale kommunistische Bewegung machen? Durchaus nicht.

Der Marxismus-Leninismus hält stets dafür, daß die grundlegende Frage aller Revolutionen die Frage der Staatsmacht ist. In der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 wird deutlich darauf hingewiesen: „Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.“ Die alte Regierung wird, wenn man sie nicht stürzt, auch in Krisenzeiten nicht fallen. Das ist ein allgemeingültiges Gesetz des Klassenkampfes.

Marx und Lenin haben unter bestimmten historischen Bedingungen die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution herausgestellt. Wie Lenin sagte, ist aber die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der Revolution eine „in der Geschichte der Revolution außerordentlich seltene Möglichkeit“.

In der Tat gibt es bis heute in der Weltgeschichte kein einziges Beispiel für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Es gibt Leute, die behaupten, daß es damals, als Marx voraussah, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzt würde, noch kein Beispiel dafür gab. Warum können dann

wir nicht ohne Beispiel dafür einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus voraussagen?

Eine solche Analogie ist absurd. Marx analysierte auf Grund des dialektischen und historischen Materialismus die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, entdeckte die objektiven Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und kam zu wissenschaftlichen Schlußfolgerungen. Jene Propheten dagegen, die alle ihre Hoffnungen auf den „friedlichen Übergang“ setzen, gehen vom historischen Idealismus aus, ignorieren die fundamentalen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, verwerfen die marxistisch-leninistischen Lehren über den Klassenkampf, und kommen so zu völlig unbegründeten subjektiven, voreingenommenen Schlüssen. Wie können Menschen, die den Marxismus verwerfen, bei Marx Hilfe finden?

Alle können jetzt sehen, daß die kapitalistischen Staaten ihren Staatsapparat verstärken, besonders ihren militärischen Apparat, wobei der Zweck vor allem ist, das Volk im eigenen Land zu unterdrücken.

Die proletarische Partei darf sich niemals erlauben, ihre Ideen, ihre revolutionären Richtlinien und ihre ganze Arbeit auf der Berechnung aufzubauen, daß die Imperialisten und Reaktionäre bereit sind, eine friedliche Umgestaltung zu akzeptieren.

Die Partei des Proletariats muß sich auf zwei Taktiken vorbereiten: Während sie sich auf die friedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet, muß sie gleichzeitig auch ausreichend auf eine nichtfriedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet sein. Die Partei des Proletariats sollte ihre Hauptaufmerksamkeit auf die harte Arbeit richten, revolutionäre Kräfte zu sammeln, um bereit zu sein, den Sieg in der Revolution zu erringen, wenn die Bedingungen reif sind, oder, falls die Imperialisten und Reaktionäre plötzlich mit Überfällen und bewaffneten Angriffen vorgehen, ihnen mit einem tatkräftigen Gegenangriff zu begegnen.

Ist sie nicht darauf vorbereitet, dann wird der revolutionäre Wille des Proletariats gelähmt, dann entwapfnet sie sich ideologisch, dann gerät sie politisch und organisatorisch in völlige, unvorbereitete Passivität und trägt schließlich die Sache der proletarischen Revolution zu Grabe.

12. Alle sozialen Revolutionen in den verschiedenen Etappen der Menschheitsgeschichte sind historische Notwendigkeiten. Sie sind durch objektive Gesetze bedingt, die nicht vom menschlichen Willen abhängen. Die Geschichte hat bewiesen, daß keine Revolution jemals ohne Umwege und Opfer siegen konnte.

Die Aufgabe der Partei des Proletariats besteht darin, auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorien die konkreten historischen Bedingungen zu analysieren, die richtige Strategie und Taktik festzulegen, die Volksmassen um verborgene Klippen herumzuführen, unnötige Opfer zu vermeiden und Schritt für Schritt auf das Ziel zuzuschreiten. Können Opfer völlig vermieden werden? Das war nicht der Fall bei den Revolutionen der Sklaven, bei den Revolutionen der Leibeigenen, bei den bürgerlichen oder nationalen Revolutionen. Auch bei der proletarischen Revolution kann das nicht der Fall sein. Selbst wenn die Richtlinie korrekt festgelegt ist, gibt es keine absolute Gewähr gegen irgendwelche Rückschläge und Opfer im Verlauf der Revolution. Nur wenn man beharrlich an der richtigen Linie festhält, wird die Revolution endlich doch zum Sieg führen. Unter dem Vorwand, Opfer zu vermeiden, die Revolution aufzugeben, heißt in Wirklichkeit, die Menschen auf ewig Sklaven bleiben, auf ewig grenzenloses Elend leiden und grenzenlose Opfer bringen lassen.

Es ist elementares marxistisch-leninistisches Wissen, daß die Geburtswehen der Revolution viel geringere Schmerzen als die chronischen Leiden der alten Gesellschaft verursachen. Lenin hat sehr treffend gesagt, das kapitalistische System

„legt der Arbeiterklasse immer und unvermeidlich, selbst beim friedlichsten Lauf der Dinge, zahllose Opfer auf“¹

Wer glaubt, daß eine Revolution nur dann vonstatten gehen kann, wenn ihr keine Hindernisse und Reibungen entgegenstehen, wenn die Gewähr gegen Opfer und Niederlagen besteht, der ist überhaupt kein Revolutionär.

Ganz gleich, unter welcher schwierigen Bedingungen die Revolution vor sich geht, welche Opfer und Niederlagen sie auch erleidet, müssen proletarische Revolutionäre die Volksmassen im Geist der Revolution erziehen, sie müssen die Fahne der Revolution hochhalten und dürfen diese Fahne nicht aus den Händen geben.

Wenn die proletarische Partei leichtsinnig mit der Revolution beginnt, bevor noch die objektiven Bedingungen herangereift sind, so ist das „linkes“ Abenteuerertum. Wenn aber die objektiven Bedingungen reif sind und die proletarische Partei es nicht wagt, die Revolution zu leiten und die Macht zu ergreifen, dann ist das Rechtsopportunismus.

Selbst in gewöhnlichen Zeiten, wenn die Partei des Proletariats die Volksmassen im täglichen Kampf führt, muß sie ihre eigenen Reihen und die Volksmassen ideologisch, politisch und organisatorisch auf die Revolution vorbereiten und die Entwicklung revolutionärer Kämpfe fördern, um sich, wenn die Bedingungen für die Revolution reif sind, nicht die günstige Gelegenheit entgehen zu lassen, um die reaktionäre Herrschaft zu stürzen und die neue Staatsmacht zu errichten. Andernfalls wird die Gelegenheit für den Sieg der Revolution, selbst wenn die objektiven Bedingungen reif sind, einfach verpaßt.

Die proletarische Partei muß ein hohes Maß von Prinzipientreue besitzen, zugleich aber auch elastisch sein und gelegentlich im Interesse der Revolution einen notwendigen Kompromiß eingehen. Jedoch dürfen die prinzipiellen Richtlinien und das revolutionäre Ziel niemals unter dem Vorwand

¹ Lenin, „Ein neues Blutbad“, Werke, Bd. 5

der Elastizität und notwendiger Kompromisse aufgegeben werden.

Die proletarische Partei muß die Volksmassen im Kampf gegen den Feind führen, sie muß es verstehen, die Widersprüche unter den Feinden auszunutzen. Aber solche Widersprüche auszunutzen hat den Zweck, in den revolutionären Kämpfen des Volks leichter das Ziel zu erreichen, nicht aber, diese Kämpfe zu liquidieren.

Unzählige Tatsachen beweisen, daß dort, wo Imperialismus und Reaktion ihre finstere Herrschaft ausüben, die Massen, die über neunzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, sich schließlich zu einer Revolution erheben.

Wenn sich die Kommunisten von den revolutionären Forderungen der Volksmassen distanzieren, werden sie zwangsläufig ihr Vertrauen verlieren und werden vom revolutionären Strom zurückgeschleudert werden.

Wenn das Führungsgremium einer Partei eine nichtrevolutionäre Linie annimmt und diese Partei in eine reformistische verwandelt, dann werden die Marxisten-Leninisten sowohl innerhalb der Partei als auch außerhalb sich erheben, an ihre Stelle treten und die Führung der Massen in der Revolution übernehmen. Unter anderen Umständen können die Revolutionäre in den Reihen der Bourgeoisie die Führung in der Revolution antreten und die proletarische Partei kann somit des Rechts der Führung in der Revolution verlustig gehen. Wenn die reaktionäre Bourgeoisie die Revolution verrät und das Volk unterdrückt, kann eine opportunistische Linie die Kommunisten und revolutionären Volksmassen unnötige schwere Opfer kosten.

Wenn die Kommunisten weiter auf den Weg des Opportunismus ableiten, degenerieren sie zu bürgerlichen Nationalisten, zu Anhängseln des Imperialismus und der reaktionären Bourgeoisie.

Es gibt Leute, die behaupten, daß sie seit Lenins Tod die größten schöpferischen Beiträge zur revolutionären Theorie geleistet haben und daß sie allein in allem recht haben. Ob

sie wirklich die allseitigen Erfahrungen der gesamten kommunistischen Weltbewegung in Betracht gezogen, ob sie den Interessen, Zielen und Aufgaben der gesamten internationalen proletarischen Bewegung wirklich Aufmerksamkeit geschenkt haben, ob sie wirklich eine dem Marxismus-Leninismus entsprechende Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung besitzen, das alles ist sehr zweifelhaft.

In den letzten Jahren hat die internationale kommunistische Bewegung, die nationale Befreiungsbewegung zahlreiche Erfahrungen und viele Lehren erbracht. Unter diesen Erfahrungen sind solche, die man besingen soll, und andere, die sehr schmerzlich sind. Die Kommunisten und Revolutionäre aller Länder müssen diese Erfahrungen von Erfolgen und Niederlagen sorgfältig erwägen und studieren, um die richtigen Schlußfolgerungen und nutzbringenden Lehren daraus zu ziehen.

13. Die sozialistischen Staaten, geknechteten Massen und unterjochten Nationen der ganzen Welt unterstützen und helfen einander bei ihren revolutionären Kämpfen.

Die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika, die revolutionäre Bewegung der Völker in allen kapitalistischen Ländern bedeuten eine tatkräftige Unterstützung für die sozialistischen Staaten. Das abzuweichen ist völlig falsch.

Die sozialistischen Länder dürfen den revolutionären Kämpfen der geknechteten Massen und der unterdrückten Nationen gegenüber nur die größte Sympathie zeigen, müssen sie aktiv unterstützen. Sie dürfen keine nachlässige Haltung, keine Haltung des nationalen Eigennutzes oder des Großmacht-Chauvinismus dazu einnehmen.

Lenin sagte: „Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.“¹ Wer das nicht begreift und

¹ Lenin, „Die Außenpolitik der russischen Revolution“, Werke, Bd. 25

die Unterstützung der sozialistischen Länder für die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen als Belastung oder Gnadenbezeugung betrachtet, der handelt dem Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus zuwider.

Die Überlegenheit des sozialistischen Systems und die Erfolge beim Aufbau in den sozialistischen Ländern dienen den geknechteten Massen und unterjochten Nationen als Vorbild und Ansporn.

Aber ein solches Vorbild, ein solcher Ansporn können auf keinen Fall den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen ersetzen. Die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen können nur durch ihre eigenen standhaften revolutionären Kämpfe ihre Befreiung erlangen.

Manche Leute übertreiben einseitig die Rolle des friedlichen Wettbewerbs der sozialistischen mit den imperialistischen Staaten, sie wollen den revolutionären Kampf aller geknechteten Massen und unterdrückten Nationen durch den friedlichen Wettbewerb ersetzen. Ihren Predigten nach würde es scheinen, daß bei einem solchen friedlichen Wettbewerb der Imperialismus automatisch zusammenbrechen wird und die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen nur ruhig auf diesen Tag zu warten brauchen. Hat das noch irgend etwas mit marxistisch-leninistischen Anschauungen zu tun?

Manche Leute haben sogar das Märchen erfunden, daß China und gewisse andere sozialistische Staaten „Kriege entfesseln“ wollen und den Sozialismus durch „Kriege zwischen den Staaten“ verbreiten wollen. Solche Märchen sind, wie in der Erklärung von 1960 festgestellt wird, nichts anderes als von Imperialisten und Reaktionären ausgestreute Verleumdungen. Leute, die solche Verleumdungen wiederholen, wollen damit, geradeheraus gesagt, die Tatsache verbergen, daß sie selber gegen die Revolutionen der geknechteten Massen und

unterdrückten Nationen sind, daß sie auch gegen diejenigen sind, die solche Revolutionen unterstützen.

14. In den letzten Jahren wurde in der Frage von Krieg und Frieden viel, ja sogar sehr viel geredet. Unsere Ansicht und Politik dazu sind der ganzen Welt bekannt und niemand kann sie entstellen.

Leider gibt es in der internationalen kommunistischen Bewegung gewisse Leute, die zwar davon reden, wie sie den Frieden lieben und den Krieg hassen, aber nicht bereit sind, für die von Lenin aufgezeigte einfache und klare Wahrheit über den Krieg auch nur das geringste Verständnis aufzubringen.

Lenin schrieb: „Mir scheint, das Wichtigste, das in der Frage des Krieges gewöhnlich unbeachtet bleibt, dem man nicht genügend Aufmerksamkeit widmet, die Hauptursache dafür, daß so viele Debatten — und ich möchte sagen, leere, aussichtslose und nutzlose Debatten — geführt werden, das ist die Tatsache, daß man die Grundfrage vergißt, die Frage nämlich, welchen Klassencharakter der Krieg hat, weswegen dieser Krieg ausgebrochen ist, welche Klassen ihn führen, welche historischen und historisch-ökonomischen Bedingungen ihn hervorgerufen haben.“¹

Für Marxisten-Leninisten ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Jeder Krieg ist mit dem politischen System und den politischen Kämpfen, aus denen er hervorgeht, untrennbar verbunden. Wenn man von dieser wissenschaftlichen Feststellung des Marxismus-Leninismus abgeht, einer Feststellung, die durch die ganze Geschichte des Klassenkampfes in der Welt bewiesen wurde, wird man weder die Frage von Krieg noch die Frage von Frieden jemals verstehen lernen.

Es gibt verschiedene Arten von Frieden und verschiedene Arten von Krieg. Marxisten-Leninisten müssen sich darüber klar sein, um welche Art von Frieden, um welche Art von

¹ Lenin, „Krieg und Revolution“, Werke, Bd. 24

Krieg es sich handelt. Keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu machen, über den Krieg im allgemeinen zu reden und alle Kriege ohne Unterschied zu verdammen, das ist eine bürgerlich-pazifistische, aber keine marxistisch-leninistische Haltung.

Gewisse Leute sagen, daß Revolutionen ohne Kriege durchaus möglich sind. Welche Kriege sind damit eigentlich gemeint? Ist hier von einem nationalen Befreiungskrieg, einem revolutionären Bürgerkrieg oder einem Weltkrieg die Rede?

Wenn hier ein nationaler Befreiungskrieg oder revolutionärer Bürgerkrieg gemeint ist, bedeutet eine solche Formulierung in Wirklichkeit eine Stellungnahme gegen revolutionäre Kriege, gegen die Revolution schlechthin.

Wenn hier ein Weltkrieg gemeint ist, so ist das ein Schuß ins Leere. Obwohl die Marxisten-Leninisten auf Grund der Geschichte zweier Weltkriege bereits bewiesen haben, daß ein Weltkrieg unvermeidlich Revolution hervorruft, gibt es doch keinen einzigen Marxisten-Leninisten und wird es auch niemals einen geben, der behauptet, daß die Revolution unbedingt durch einen Weltkrieg herbeigeführt werden muß.

Für Marxisten-Leninisten ist die Abschaffung von Kriegen das Ideal, Marxisten-Leninisten sind überzeugt, daß Kriege abgeschafft werden können.

Aber wie sollen Kriege abgeschafft werden?

Lenin sah die Sache so: „Unser Ziel ist es, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die nach Aufhebung der Teilung der Menschheit in Klassen, nach Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen unbedingt jede Möglichkeit von Kriegen überhaupt beseitigen wird.“¹

Auch in der Erklärung von 1960 wird sehr deutlich festgestellt: „Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird

¹ Lenin, „Krieg und Revolution“, Werke, Bd. 24

die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen.“

Trotzdem sind gewisse Leute heute der Ansicht, daß man, obwohl das imperialistische System und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch fortbestehen, durch allgemeine, vollständige Abrüstung „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“ herbeiführen kann. Das ist eine reine Illusion.

Die elementarsten Begriffe des Marxismus-Leninismus sagen uns, daß Armeen ein wichtiger Bestandteil der Staatsmaschinerie sind. Die sogenannte Welt ohne Waffen und ohne Armeen kann deshalb nur eine Welt ohne Staaten sein. Lenin hat gesagt: „Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann — aber nicht früher* — tun wird.“¹

Wie sieht es nun mit den Realitäten in der Welt von heute aus? Gibt es auch nur den Schatten eines Beweises, daß die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung bereit sind? Sind nicht alle und ausnahmslos mit der allgemeinen und vollständigen Aufrüstung beschäftigt?

Wir waren stets der Meinung, daß es, um die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen, notwendig ist, Vorschläge zur allgemeinen Abrüstung zu unterbreiten. Ja, es ist möglich, durch den gemeinsamen Kampf der Staaten des sozialistischen Lagers und der Völker der ganzen Welt, den Imperialismus zu zwingen, gewisse Abrüstungsabkommen anzunehmen.

Wenn aber die allgemeine und vollständige Abrüstung als der grundlegendste Weg zum Weltfrieden betrachtet wird, wenn die Illusion verbreitet wird, daß der Imperialismus

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

automatisch die Waffen niederlegen wird, und wenn unter dem Vorwand der Abrüstung versucht wird, den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen zu liquidieren; dann ist das ein wissentlicher Betrug an den Völkern der ganzen Welt und Schützenhilfe für die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik.

Um die gegenwärtige ideologische Verwirrung in den Fragen von Krieg und Frieden in der internationalen Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen, ist es, unserer Meinung nach, im Interesse des Kampfes gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und für die Wahrung des Weltfriedens, unumgänglich notwendig, die von den modernen Revisionisten verworfenen Thesen Lenins wiederaufzunehmen.

Einen neuen Weltkrieg zu verhüten ist die allgemeine Forderung der Völker der ganzen Welt. Und es ist möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhüten.

Die Frage ist nun, was ist denn eigentlich der Weg, um den Weltfrieden zu erringen? Vom Standpunkt des Leninismus kann der Weltfrieden nur durch den Kampf der Völker aller Länder errungen, niemals aber vom Imperialismus erbetelt werden. Der Weltfrieden kann mit Sicherheit nur dann wirkungsvoll verteidigt werden, wenn wir uns auf die steigende Macht des sozialistischen Lagers, die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterjochten Nationen und den Kampf aller friedliebenden Völker und Länder stützen.

Eben das ist leninistische Politik. Eine dem entgegenlaufende Politik kann niemals zum Weltfrieden führen und wird nur die Raubgier des Imperialismus reizen, die Gefahr eines Weltkrieges noch vergrößern.

In den letzten Jahren bringen gewisse Leute das Argument vor, daß ein winziger Funke von einem nationalen Befreiungs- oder revolutionären Volkskrieg zu einem die ganze Menschheit vernichtenden Weltbrand führen kann. Was sind die Tatsachen? Gerade im Gegenteil zu dem, was diese Leute

sagen, haben die zahlreichen nationalen Befreiungs- und revolutionären Volkskriege seit dem zweiten Weltkrieg zu keinem Weltkrieg geführt. Die in diesen revolutionären Kriegen errungenen Siege haben die Macht des Imperialismus direkt geschwächt und die Kräfte, die den Imperialismus an der Entfesselung eines neuen Weltkriegs hindern und den Weltfrieden verteidigen können, beträchtlich verstärkt. Beweisen diese Tatsachen nicht die Absurdität eines solchen Arguments?

15. Das allseitige Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen ist eine der wichtigen Aufgaben im Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens. Wir müssen dafür die größten Anstrengungen machen.

Kernwaffen besitzen eine ungeheure Zerstörungskraft. Deshalb betreiben die USA-Imperialisten seit über 10 Jahren ihre nukleare Erpressungspolitik und suchen, ihre raubgierigen Pläne zur Versklavung der Völker der ganzen Welt und Errichtung ihrer Weltherrschaft zu verwirklichen.

Aber wenn die Imperialisten andere Länder mit Kernwaffen bedrohen, bedrohen sie damit auch die Bevölkerung ihres eigenen Landes. So bringen sie ihr eigenes Volk dazu, gegen Kernwaffen und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik anzukämpfen. Tatsächlich bringen sich die Imperialisten auch mit ihren eitlen Hoffnungen auf Vernichtung ihrer Gegner durch Kernwaffen selbst in Gefahr, vernichtet zu werden.

Die Möglichkeit, Kernwaffen zu verbieten, besteht tatsächlich. Wenn sich die Imperialisten gezwungen sehen sollten, ein Abkommen zum Verbot der Kernwaffen anzunehmen, wird das auf keinen Fall ein Resultat ihrer „Liebe zur Menschheit“ sein, sondern ein Resultat des Drucks, den die Völker aller Länder auf sie ausüben, und weil es ihren eigenen Vorteil bedeutet.

Im Gegensatz zu den Imperialisten, stützen sich die sozialistischen Länder auf die gerechte Kraft des Volkes und auf ihre eigene richtige Politik, sie haben es durchaus nicht nötig, mit Kernwaffen in der Welt zu hasardieren. Kernwaffen im

Besitz der sozialistischen Staaten dienen einzig und allein Zwecken der Verteidigung und um die Imperialisten davon abzuhalten, einen Kernkrieg zu entfesseln.

Nach Ansicht der Marxisten-Leninisten macht das Volk die Geschichte. In der Gegenwart wie in der Vergangenheit ist der Mensch der entscheidende Faktor. Marxisten-Leninisten billigen technischen Umgestaltungen eine wichtige Rolle zu, es ist aber falsch, die Rolle des Menschen herabzusetzen und die Rolle der Technik zu übertreiben.

Das Erscheinen von Kernwaffen kann weder den Fortgang der Menschheitsgeschichte aufhalten noch das imperialistische System vor seinem Untergang retten, ebensowenig wie in der Vergangenheit neue technische Erfindungen die alten, dem Untergang geweihten Systeme retten konnten.

Das Erscheinen von Kernwaffen hat die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt nicht gelöst und kann sie auch nicht lösen. Damit haben sich auch nicht die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes geändert und können sich auch nicht ändern, ebensowenig wie sich das Wesen des Imperialismus und aller Reaktionäre geändert hat oder ändern kann.

Man kann daher nicht sagen, daß durch das Erscheinen von Kernwaffen die Möglichkeit und Notwendigkeit sozialer und nationaler Revolutionen bereits verschwunden ist, daß die grundlegenden Theorien des Marxismus-Leninismus, besonders die Theorien über die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur, über Krieg und Frieden bereits überholt und zu abgestandenen „Dogmen“ geworden sind.

16. Daß sozialistische Staaten mit kapitalistischen Ländern friedlich koexistieren können, wurde zuerst von Lenin herausgestellt. Es ist allgemein bekannt, daß, nachdem das große Sowjetvolk die ausländische Intervention zerschlagen hatte, die KPdSU und die Sowjetregierung, unter der Führung von Lenin und später von Stalin, eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz verfolgten und erst nach dem Überfall

der deutschen Imperialisten gezwungen waren, einen Verteidigungskrieg zu führen.

Auch die Volksrepublik China führt seit ihrer Gründung konsequent eine Politik friedlicher Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durch und war auch der Initiator der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Seit einigen Jahren aber rechnen plötzlich gewisse Leute die von Lenin aufgestellte Politik der friedlichen Koexistenz zu ihren eigenen „großen Entdeckungen“ und bilden sich ein, sie besäßen das Monopol auf die Auslegung dieser Politik. Sie behandeln die „friedliche Koexistenz“, als wäre sie ein allumfassendes, vom Himmel stammendes Buch mit sieben Siegeln, dem alle Erfolge, alle Verdienste, die die Völker aller Länder durch ihren Kampf errungen haben, zuzuschreiben sind. Alle, die mit ihrer Verdrehung von Lenins Ideen nicht einverstanden sind, bezeichnen sie als Gegner der friedlichen Koexistenz, als Menschen, die Lenin und den Leninismus überhaupt nicht verstanden haben, als Ketzler, die auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden sollten.

Wie können die chinesischen Kommunisten sich mit einem solchen Standpunkt und einer solchen Handlungsweise einverstanden erklären? Nein, das ist unmöglich!

Das von Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz ist sehr klar und kann auch von einfachen Menschen sehr leicht verstanden werden. Die friedliche Koexistenz bezieht sich nur auf die Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung und darf nicht nach Belieben ausgelegt werden. Friedliche Koexistenz darf niemals auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen ausgedehnt werden. Die friedliche Koexistenz darf nie als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben werden. Noch weniger darf die friedliche Koexistenz zum Weg, der die ganze Menschheit zum Sozialismus führt, gemacht werden. Der Grund ist, daß friedliche Koexi-

stanz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung eine Sache für sich ist. Es ist absolut unzulässig und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems antasten. Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den revolutionären Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Staat nur durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur im eigenen Land erfolgen.

Bei der Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz sind Kämpfe auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet zwischen den sozialistischen und imperialistischen Staaten unvermeidlich, und eine „allseitige Zusammenarbeit“ ist absolut unmöglich.

Daß die sozialistischen Länder mit den imperialistischen Staaten über dies und jenes verhandeln, ist notwendig. Auf die richtige Politik der sozialistischen Länder und auf den Druck der Volksmassen aller Länder gestützt, können auf dem Verhandlungswege gewisse Abkommen erreicht werden. Aber gewisse notwendige Kompromisse zwischen den sozialistischen und imperialistischen Staaten erfordern nicht, daß die unterdrückten Völker und Nationen deshalb dem Imperialismus und seinen Lakaien auch Zugeständnisse machen. Niemand kann jemals im Namen der friedlichen Koexistenz von den unterdrückten Völkern und Nationen verlangen, ihren revolutionären Kampf aufzugeben.

Die von den sozialistischen Ländern verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig, um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und

Kriegstreiber zu isolieren. Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen.

Unserer Ansicht nach muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten folgende Punkte zum Inhalt haben: In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf Grundlage der Fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander untrennbar verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden.

17. Auch nach der Machtergreifung durch das Proletariat ist Fortsetzung des Klassenkampfes eine lange historische Zeitspanne hindurch immer noch eine objektive, vom menschlichen Willen unabhängige Gesetzmäßigkeit. Nur die Form des Klassenkampfes ist von der vor der Machtergreifung durch das Proletariat verschieden.

Nach der Oktoberrevolution hat Lenin wiederholt darauf hingewiesen:

- a) daß gestürzte Ausbeuter mit allen Mitteln versuchen, das ihnen geraubte ‚Paradies‘ wieder an sich zu reißen;
- b) daß die spontanen kleinbürgerlichen Kräfte ständig neue kapitalistische Elemente hervorbringen;
- c) daß in den Reihen der Arbeiterklasse und unter den Funktionären des Staatsapparates infolge des Einflusses der Bourgeoisie sowie infolge der Einkreisung durch die spontanen

kleinbürgerlichen Kräfte und deren korrumpierende Wirkung entartete Elemente und neue bürgerliche Elemente auftreten;

d) daß die Einkreisung durch den Weltkapitalismus, die Drohung bewaffneter Interventionen von seiten der Imperialisten und ihre Komplotte zur friedlichen Zersetzung die äußeren Bedingungen für den Fortgang des Klassenkampfes im sozialistischen Staat bilden.

Das Leben hat diese Thesen Lenins als wahr erwiesen.

Jahrzehntelang oder sogar eine noch längere Zeitspanne nach der sozialistischen Industrialisierung und landwirtschaftlichen Kollektivierung wird es, gleich in welchem sozialistischen Staat, unmöglich sein zu sagen, daß die von Lenin wiederholt denunzierten Trabanten der Bourgeoisie, Schmarotzer, Spekulanten, Hochstapler, Faulenzer, Banditen und Staatskassenplünderer völlig verschwunden sind. Ebenso wenig kann man sagen, daß der sozialistische Staat die von Lenin gestellte Aufgabe, „diese vom Kapitalismus dem Sozialismus hinterlassene Ansteckung, diese Pest, dieses Geschwür“ zu beseitigen, bereits bewältigt oder zu bewältigen nicht länger nötig hätte.

In einem sozialistischen Staat kann die Frage, wer — der Sozialismus oder der Kapitalismus — Sieger bleibt, erst über einen langen Zeitabschnitt hinaus allmählich gelöst werden. Der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg zieht sich durch diese ganze geschichtliche Periode hindurch. Dieser Kampf schwillt an und ebbt ab wie die Gezeiten, manchmal wird er sogar sehr erbittert. Dieser Kampf nimmt viele Formen an.

In der Deklaration von 1957 wird treffend festgestellt, daß „die Machtergreifung für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung ist“.

Den Klassenkampf in der Periode der proletarischen Diktatur und die Notwendigkeit der gründlichen Durchführung der sozialistischen Revolution auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet zu verneinen, ist falsch, steht

mit den objektiven Tatsachen in Widerspruch und verstößt gegen den Marxismus-Leninismus.

18. Sowohl Marx wie auch Lenin waren der Meinung, daß die Zeitspanne vor der höheren Stufe der kommunistischen Gesellschaft dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus angehört, daß sie die Periode der proletarischen Diktatur ist. In dieser Übergangsperiode macht die proletarische Diktatur, das heißt der proletarische Staat, einen dialektischen Prozeß der Errichtung, Festigung, des Starkwerdens und allmählichen Absterbens durch.

Karl Marx hat in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ die Sache so dargestellt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“¹

Lenin wies immer wieder auf die geniale Marxsche Theorie von der proletarischen Diktatur hin. Vor allem in seinem hervorragenden Werk „Staat und Revolution“ hat Lenin die Entwicklung der Marxschen Theorie von der Diktatur des Proletariats analysiert. Er schrieb dort: „Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine ‚politische Übergangsperiode‘, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.“²

Lenin sagte weiter: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische*

¹ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 25, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950

² Lenin, „Staat und Revolution“ (V, 2), Werke, Bd. 25

Periode, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft‘, vom Kommunismus, trennt.“¹

Diese Zitate zeigen, daß die Grundidee von Marx und Lenin darin besteht, daß in der ganzen historischen Periode vom Kapitalismus zum Kommunismus, das heißt während der ganzen Zeit vor der Beseitigung aller Klassenunterschiede und dem Eintritt in die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft, die klassenlose Gesellschaft, die Diktatur des Proletariats unvermeidlich weiter bestehen bleibt.

Was geschieht, wenn auf halbem Weg die proletarische Diktatur als bereits unnötig erklärt wird?

Steht das nicht grundsätzlich in Widerspruch zu den Lehren von Marx und Lenin über die Diktatur des Proletariats?

Wird dadurch nicht die Ausbreitung jener „vom Kapitalismus dem Sozialismus hinterlassenen Ansteckung, dieser Pest, dieses Geschwürs“ zugelassen?

Mit anderen Worten, das würde die schwersten Folgen haben, und von einem Übergang zum Kommunismus könnte überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Kann es einen „Staat des ganzen Volkes“ geben? Ist es möglich, den Staat der Diktatur des Proletariats durch einen „Staat des ganzen Volkes“ zu ersetzen?

Diese Frage ist keine Frage der Innenpolitik irgendeines Staats, sondern eine Grundfrage, die die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus betrifft.

Für Marxisten-Leninisten gibt es keinen klassenlosen oder über den Klassen stehenden Staat. Der Staat, solange er Staat bleibt, muß Klassencharakter tragen. Solange er als Staat besteht, kann er kein „Staat des ganzen Volkes“ sein. Sobald es in einer Gesellschaft keine Klassen gibt, wird es auch keinen Staat mehr geben.

Was für ein Ding soll also der sogenannte „Staat des ganzen Volkes“ sein?

Jeder Mensch, der nur die geringsten Kenntnisse vom Marxismus-Leninismus hat, weiß, daß der sogenannte „Staat des ganzen Volkes“ nichts Neues ist. Repräsentanten der Bourgeoisie haben seit jeher den bürgerlichen Staat als „Volksstaat“ oder als „Staat der Volksmacht“ bezeichnet.

Gewisse Leute könnten behaupten, daß es bei ihnen bereits eine klassenlose Gesellschaft gäbe. Wir antworten: Nein, in allen sozialistischen Staaten ohne jede Ausnahme gibt es noch Klassen und Klassenkampf.

Da es in diesen Staaten noch Reste der alten Ausbeuterklasse gibt, die ihr Regime wiederherzustellen versuchen, da dort noch ständig neue bürgerliche Elemente entstehen und da es dort noch immer Schmarotzer, Spekulanten, Faulenzer, Gangster, Staatskassenplünderer und dergleichen gibt, wie kann man da sagen, daß die Klassen und der Klassenkampf verschwunden sind und die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr nötig ist?

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns: Neben der Unterdrückung der feindlichen Klassen besteht die historische Aufgabe der proletarischen Diktatur während des sozialistischen Aufbaus darin, die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauern richtig zu behandeln, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu festigen und die Vorbedingungen für die schrittweise Beseitigung der Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern zu schaffen.

Von der wirtschaftlichen Basis der sozialistischen Gesellschaft aus gesehen, gibt es in allen sozialistischen Staaten ohne Ausnahme den Unterschied zwischen Volkseigentum und Kollektiveigentum und auch noch Einzelwirtschaft. Volkseigentum und Kollektiveigentum sind die beiden Arten von Eigentum, die beiden Arten von Produktionsverhältnissen der sozialistischen Gesellschaft. Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben und die Bauern in den kollektiven Wirtschaften sind zwei verschiedene Kategorien der Werktätigen in der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb gibt es in allen sozialisti-

¹ Lenin, „Staat und Revolution“ (II. 3), Werke, Bd. 25

schen Staaten ohne Ausnahme Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern. Diese Unterschiede können nur nach dem Übergang zur höheren Stufe des Kommunismus verschwinden. In allen sozialistischen Staaten liegt das heutige Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung weit, weit unter dem der höheren Stufe des Kommunismus mit deren Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten — jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Daher wird es noch sehr, sehr lange Zeit dauern, bis die Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern beseitigt werden können. Solange diese Klassenunterschiede noch nicht verschwunden sind, kann man von keiner klassenlosen Gesellschaft sprechen und auch nicht davon, daß die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr nötig wäre.

Wenn man den sozialistischen Staat als „Staat des ganzen Volkes“ bezeichnet, bedeutet das nicht, daß man die bürgerlichen Theorien über den Staat anstelle der marxistisch-leninistischen Theorie über den Staat setzt? Bedeutet das nicht, einen Staat anderen Charakters anstelle des Staats der Diktatur des Proletariats setzen?

Wenn ja, dann ist das nichts anderes als ein großer geschichtlicher Rückschritt. Die Entartung des gesellschaftlichen Systems in Jugoslawien stellt eine ernste Lehre dar.

19. Der Leninismus lehrt, daß in den sozialistischen Ländern die proletarische Partei zusammen mit der Diktatur des Proletariats bestehen muß. Die proletarische Partei ist für die gesamte historische Epoche der Diktatur des Proletariats unentbehrlich, denn die Diktatur des Proletariats muß die Feinde des Proletariats und des Volkes bekämpfen, muß die Bauern und anderen Kleinproduzenten umerziehen und die Reihen des Proletariats ständig konsolidieren. Sie muß den Sozialismus aufbauen und den Übergang zum Kommunismus bewerkstelligen. Ohne die Führung der proletarischen Partei kann nichts von diesen Dingen erreicht werden.

Kann es eine „Partei des ganzen Volkes“ geben? Ist es möglich, die Partei der Avantgarde des Proletariats durch eine „Partei des ganzen Volkes“ zu ersetzen?

Auch das ist keine Frage, die die inneren Angelegenheiten irgendeiner Partei betrifft, sondern eine Grundfrage, die ebenfalls auf die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus Bezug hat.

Für Marxisten-Leninisten gibt es keine klassenlose, keine über den Klassen stehende Partei. Alle Parteien haben Klassencharakter. Parteilichkeit ist der konzentrierte Ausdruck des Klassencharakters.

Die proletarische Partei ist als einzige imstande, die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten. Und dieses eben aus dem Grund, daß sie die Interessen des Proletariats vertritt, dessen Ideen und dessen Willen sich in ihr kristallisiert haben. Diese Partei ist imstande, das ganze Volk zu führen, weil das Proletariat sich letztlich nur dann befreien kann, wenn es die gesamte Menschheit befreit hat; weil sie ihrer proletarischen Natur gemäß an alle Probleme vom Standpunkt der gegenwärtigen und künftigen Interessen des Proletariats herangeht; weil sie dem Volk gegenüber unbegrenzte Treue und größten Aufopferungsgeist zeigt und aus ebendiesem Grund ihr System des demokratischen Zentralismus und ihre eiserne Disziplin aufgerichtet hat. Ohne eine solche Partei ist es unmöglich, die Diktatur des Proletariats aufrechtzuerhalten und die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten.

Was wird geschehen, wenn noch vor dem Eintritt in die höhere Phase des Kommunismus auf halbem Weg die Partei des Proletariats bereits als „Partei des ganzen Volkes“ erklärt und ihr proletarischer Klassencharakter geleugnet wird?

Ist das nicht ein grundlegender Verstoß gegen die Lehren von Marx und Lenin über die Partei des Proletariats?

Werden dadurch nicht das Proletariat und alle Werktätigen organisatorisch und ideologisch entwaffnet, und ist das nicht das gleiche, wie bei der Wiederherstellung des Kapitalismus Hilfe zu leisten?

Bedeutet nicht unter diesen Umständen das Gerede vom Übergang zum Kommunismus soviel wie „nach Süden zu fahren, während der Wagen nach Norden gerichtet ist“?

20. In den letzten Jahren haben gewisse Leute gegen die in sich geschlossene Lehre Lenins über die Wechselbeziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse verstoßen und die Frage vom „Kampf gegen den Personenkult“ aufgeworfen, was falsch und schädlich ist.

In dieser Frage stellte Lenin die Lehre auf:

- a) Die Massen teilen sich in Klassen;
- b) Die Klassen werden gewöhnlich von politischen Parteien geführt;
- c) Die politischen Parteien werden in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet, die man Führer nennt.

Lenin sagte: „Das alles sind Binsenwahrheiten.“

Die Partei des Proletariats stellt das Hauptquartier in der Revolution und im Kampf des Proletariats dar. Jede proletarische Partei muß sich eines auf Demokratie gegründeten Zentralismus befleißigen und eine starke marxistisch-leninistische Führung aufbauen, ehe sie zur organisierten und kampffähigen Vorhut wird. Die Frage vom „Kampf gegen den Personenkult“ aufzuwerfen führt in Wirklichkeit dazu, die Führer zu den Massen in Opposition zu bringen, die auf dem System des demokratischen Zentralismus basierende einheitliche Führung der Partei zu untergraben, die Kampfkraft der Partei zu lähmen und ihre Reihen zu zersetzen.

Die Führer zu den Massen in Opposition zu bringen, diese falsche Anschauung kritisierte Lenin als „lächerlichen Unsinn und dummes Zeug“.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher dagegen, die Rolle des Einzelnen zu übertreiben. Sie befürwortet den demokratischen Zentralismus in der Partei und hält sich daran. Sie befürwortet die Verbindung der Führer mit den Massen und ist der Ansicht, daß die Führung nur dann korrekt ist, wenn sie es versteht, die Anschauungen der Massen zu konzentrieren.

Mit ihrem lauten Geschrei über „Kampf gegen den Personenkult“ verunglimpfen gewisse Leute in Wirklichkeit mit allen Mitteln die proletarische Partei und die Diktatur des Proletariats. Zugleich übertreiben sie bei weitem die Rolle, die gewisse Personen spielen, schieben anderen alle Fehler zu und rechnen sich selbst alle Verdienste an.

Noch schlimmer ist, daß gewisse Leute unter dem Vorwand, „den Personenkult zu bekämpfen“, sich auf plumpste Weise in die inneren Angelegenheiten von Bruderparteien und -ländern einmischen, bei Bruderparteien einen Wechsel in der Führung mit Gewalt durchsetzen, um ihre eigene falsche Linie den Bruderparteien aufzuzwingen. Was ist das alles, wenn nicht Großmacht-Chauvinismus, Sektierertum und Spaltertum? Was ist es, wenn nicht Umstürzlerum?

Es ist höchste Zeit, daß man die vollständige Lehre Lenins über die Wechselbeziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse gewissenhaft und umfassend unter die Leute bringt.

21. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern sind internationale Beziehungen neuer Art. Diese Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, ganz gleich, ob zwischen großen oder kleinen, zwischen wirtschaftlich hochentwickelten oder minderentwickelten, müssen auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, Achtung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen. Sie müssen auch, entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, auf gegenseitiger Unterstützung und Hilfe basieren.

Jedes sozialistische Land muß sich beim Aufbau hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützen.

Jedes sozialistische Land muß in erster Linie, den konkreten Bedingungen seines eigenen Landes entsprechend und gestützt auf die fleißige Arbeit und die Begabung seines Volkes, alle vorhandenen Ressourcen voll und planmäßig ausnutzen und sein ganzes Potential in den Dienst des sozialistischen Aufbaus stellen. Nur so kann der Aufbau des Sozialis-

mus wirksam vorangetrieben werden und die Wirtschaft sich schnell entwickeln.

Das ist der einzige Weg, auf dem jedes sozialistische Land die Macht des gesamten sozialistischen Lagers stärken und die revolutionäre Sache des internationalen Proletariats in größerem Maß unterstützen kann. Die Richtlinie beim Aufbau, sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte zu stützen, ist daher ein konkreter Ausdruck des proletarischen Internationalismus.

Wenn ein sozialistischer Staat nur von seinen eigenen Teilinteressen ausgeht und einseitig von anderen Bruderländern fordert, sich seinen Bedürfnissen zu fügen; wenn er Worte wie Kampf gegen „Einzelgängertum“ und gegen „Nationalismus“ zum Vorwand nimmt, um andere Bruderländer davon abzuhalten, die Richtlinie, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigenen Kräfte zu stützen, zu befolgen; wenn er dagegen ist, daß Bruderländer auf der Grundlage der Selbständigkeit ihre Wirtschaft entwickeln oder wenn er anderen Bruderländern gegenüber sogar wirtschaftlichen Druck anwendet, so ist das alles der reine Ausdruck von nationalem Egoismus.

Für sozialistische Länder ist es eine absolute Notwendigkeit, sich auf wirtschaftlichem Gebiet gegenseitig zu helfen, zusammenzuarbeiten und Waren auszutauschen. Eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit muß die Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe zur Grundlage haben.

Diese Grundprinzipien abzuleugnen und unter dem Vorwand einer „internationalen Arbeitsteilung“ und „Spezialisierung“ anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, die Selbständigkeit und Souveränität von Bruderländern zu verletzen und den Interessen ihrer Völker zu schaden, das ist Großmacht-Chauvinismus.

Noch unsinniger wäre es, wenn sozialistische Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen genau so wie die kapitalistischen Länder verfahren — Profite auf Kosten anderer zu ziehen, oder wenn man sogar soweit ginge, die von den monopolkapitalistischen Gruppen im Kampf um Absatzmärkte und zur Teilung

von Profiten eingeführte „wirtschaftliche Integration“ und den „Gemeinsamen Markt“ als Vorbilder für die sozialistischen Länder in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zu nehmen.

22. In der Moskauer Deklaration von 1957 und in der Moskauer Erklärung von 1960 sind die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern festgelegt, nämlich: das Prinzip der Solidarität; das Prinzip des gegenseitigen Beistands und der gegenseitigen Hilfe; das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung; und das Prinzip, Einmütigkeit durch Beratungen zu erreichen — all das auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Wir bemerken, daß es im Brief des ZK der KPdSU vom 30. März heißt, daß es in der kommunistischen Bewegung keine „höher stehenden“ und „untergeordneten“ Parteien gibt, daß alle kommunistischen Parteien selbständig und gleichberechtigt sind und daß alle ihre Beziehungen auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und des gegenseitigen Beistands aufgebaut sein müssen.

Es ist eine schätzenswerte Eigenschaft der Kommunisten, daß bei ihnen Wort und Tat eins sind. Der einzig richtige Weg zur Wahrung und Stärkung der Geschlossenheit unter den Bruderparteien ist, daß man nicht nur in Worten, sondern, was noch viel wichtiger ist, in Taten an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festhält, anstatt gegen sie zu verstoßen, daß man wirklich an den Grundsätzen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien festhält, anstatt sie zu verletzen.

Werden die Prinzipien der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Bruderparteien anerkannt, dann kann es keiner Bruderpartei erlaubt sein, sich über andere zu erheben, sich in die Angelegenheiten anderer einzumischen und in den Beziehungen zwischen Bruderparteien patriarchalische Methoden anzuwenden.

Wenn zugegeben wird, daß es in den Beziehungen zwischen Bruderparteien keine „höher stehenden“ und „untergeordneten“ Parteien gibt, dann ist es nicht zulässig, daß eine Partei ihr eigenes Programm, ihre eigenen Beschlüsse, ihre eigene Linie als „gemeinsames Programm“ der internationalen kommunistischen Bewegung ausgibt und den anderen Bruderparteien aufzwingt.

Wenn für die Beziehungen von Bruderparteien das Prinzip der Einmütigkeit durch Beratungen angenommen wird, dann darf nicht darauf gepocht werden, „wer in der Mehrheit ist“, oder „wer in der Minderheit ist“, dann darf man nicht, mit Berufung auf die sogenannte Mehrheit, seine eigene falsche Linie durchdrücken und eine Politik des Sektierer- und Spaltertums verfolgen.

Wenn akzeptiert wird, Differenzen zwischen Bruderparteien durch interne Konsultationen zu klären, dann darf man nicht den eigenen Parteitag oder den Parteitag anderer Parteien, die Reden von Parteiführern, Beschlüsse, Erklärungen usw. dazu benutzen, um Bruderparteien öffentlich und mit Namen anzugreifen. Erst recht dürfen ideologische Differenzen zwischen Bruderparteien nicht auf staatliche Beziehungen ausgedehnt werden.

Heute, da in der internationalen kommunistischen Bewegung Differenzen bestehen, halten wir es für besonders wichtig, die Notwendigkeit einer strikten Befolgung der in den beiden Moskauer Erklärungen festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien zu betonen.

In den Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern sticht die Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien im Augenblick besonders hervor. Hier geht es um die Frage, was ist die richtige Art, eine Bruderpartei, ein Bruderland zu behandeln, und ob die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern, wie sie in den beiden Moskauer Erklärungen festgelegt sind, befolgt werden sollen oder nicht. Die richtige Lösung dieser Frage ist für die Wahrung der Einheit des sozialistischen Lagers, der

Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung von prinzipieller Bedeutung.

Wie man eine marxistisch-leninistische Bruderpartei, die Partei der Arbeit Albaniens, behandelt, ist eine Sache. Wie man sich der jugoslawischen revisionistischen Clique, den Verrätern am Marxismus-Leninismus, gegenüber verhält, ist eine völlig andere Sache. Diese zwei ihrem Wesen nach völlig verschiedenen Fragen dürfen auf keinen Fall einander gleichgesetzt werden.

Einerseits schreibt Ihr in Eurem Brief, daß Ihr „nicht von dem Gedanken abgeht, daß die Beziehungen zwischen der KPdSU und der PAA verbessert werden können“; andererseits greift Ihr die albanischen Genossen von neuem wegen ihrer angeblichen „Spaltertätigkeit“ an. Das ist offensichtlich ein Widerspruch in sich selbst und trägt in keiner Weise zur Lösung der Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien bei.

Wer ist es denn eigentlich, der in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien Spaltertätigkeit unternommen hat?

Wer ist es denn, der die ideologischen Differenzen zwischen der sowjetischen und der albanischen Partei auf die staatlichen Beziehungen übertragen hat?

Wer ist es denn, der Differenzen zwischen den beiden Parteien und den beiden Staaten, Sowjetunion und Albanien, in die Öffentlichkeit gebracht und den Augen des Feindes preisgegeben hat?

Wer ist es denn, der offen zu Änderungen in der Führung der Partei und in der Führung des Staates von Albanien aufgerufen hat?

All das liegt klar und deutlich vor der ganzen Welt.

Fühlen sich die führenden Genossen der KPdSU wirklich nicht dafür verantwortlich, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien bislang so sehr verschlechtert haben?

Wir mochten erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die leitenden Genossen der KPdSU die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern befolgen, die Initiative ergreifen und nach einem wirksamen Mittel zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien suchen werden.

Auf jeden Fall, wie die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern behandelt werden, ist eine ernst zu nehmende Frage. Die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern genau zu befolgen, das ist die einzige Antwort auf die Verleumdungen, die Imperialisten und Reaktionäre über die „Hand Moskaus“ u. dgl. austreuen.

Proletarischer Internationalismus muß von jeder Partei verlangt werden, von jeder Partei ohne Ausnahme, ob sie groß oder klein, ob sie an der Macht ist oder nicht. Aber große Parteien und Parteien an der Macht tragen dabei eine besonders schwere Verantwortung. Die schmerzlichen Ereignisse in letzter Zeit im sozialistischen Lager haben nicht nur die Interessen der betreffenden Bruderparteien, sondern auch die der Volksmassen in diesen Ländern geschädigt. Diese Tatsache ist ein schlagender Beweis dafür, daß die großen Staaten und Parteien das Vermächtnis Lenins ständig im Auge halten müssen, unter keinen Umständen den Fehler des Großmacht-Chauvinismus zu begehen.

Die Genossen der KPdSU erklären in ihrem Brief, daß „die KPdSU niemals auch nur einen einzigen Schritt getan hat oder tun wird, der bei den Völkern unseres Landes feindselige Gefühle gegen das chinesische Brudervolk oder andere Völker hervorrufen könnte“. Wir möchten hier nicht auf viele unerfreuliche Vorkommnisse der vergangenen Periode zurückkommen und diese aufzählen. Wir hoffen nur, daß die Genossen der KPdSU in ihren künftigen Handlungen diese Erklärung streng befolgen werden.

Angesichts einer Reihe von schwerwiegenden Vorkommnissen, die Verstöße gegen die Prinzipien für die Beziehun-

gen zwischen Bruderparteien und -ländern darstellten, und trotz den vielen Schwierigkeiten und Verlusten, die uns aufgezwungen wurden, haben sich unsere Parteigenossen und unser Volk in den letzten Jahren äußerste Zurückhaltung auferlegt. Der Geist des proletarischen Internationalismus der chinesischen Kommunisten und des chinesischen Volkes hat eine schwere Prüfung bestanden.

Die Kommunistische Partei Chinas bleibt dem proletarischen Internationalismus unabänderlich treu, befolgt und verteidigt die in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern, sie wahrt und stärkt die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung.

23. Um das von den Bruderparteien einhellig vereinbarte gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung zu verwirklichen, muß ein kompromißloser Kampf gegen den Opportunismus jeder Art, diese Abweichung vom Marxismus-Leninismus, geführt werden.

In der Deklaration und der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung der Revisionismus, mit anderen Worten, der Rechtsopportunismus bleibt. Der jugoslawische Revisionismus ist ein typisches Beispiel des modernen Revisionismus.

In der Erklärung wird betont:

„Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt.“

In der Erklärung heißt es weiter:

„Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbe-

wegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht . . .“

Und weiter:

„Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.“

Daher wird in der Erklärung die Schlußfolgerung gezogen:

„Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.“

Die hier aufgeworfene Frage ist eine wichtige prinzipielle Frage für die internationale kommunistische Bewegung.

Erst vor kurzem noch hat die Tito-Clique öffentlich erklärt, daß sie ihr revisionistisches Programm und ihren antimarxistisch-antileninistischen Standpunkt den beiden Moskauer Erklärungen entgegen beibehält.

Über lange Zeit hinaus haben die USA-Imperialisten und ihre NATO-Partner einige Milliarden US-Dollar ausgegeben, um die Tito-Clique großzuziehen. Mit dem Mantel des „Marxismus-Leninismus“ angetan und unter dem Banner eines „sozialistischen Staats“, unterminiert die Tito-Clique als Sondertrupp des USA-Imperialismus die internationale kommunistische Bewegung und die revolutionäre Sache der Völker der ganzen Welt.

Behauptungen, daß sich „gewisse positive Tendenzen“ in Jugoslawien bemerkbar machten, daß Jugoslawien „ein sozialistischer Staat“ sei und daß die Tito-Clique „eine antiimperialistische Kraft“ darstelle, stehen mit den Tatsachen völlig in Widerspruch, für solche Behauptungen gibt es nicht die geringste Begründung.

Heute versuchen gewisse Leute, die jugoslawische revisionistische Clique in die sozialistische Gemeinschaft und in die Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung einzuführen. Das heißt, die auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 einmütig erreichte Vereinbarung offen zu zerreißten. Das ist absolut unstatthaft.

In den letzten Jahren haben die revisionistischen Gedankenströmungen, die die internationale Arbeiterbewegung überfluteten, haben die vielen Erfahrungen und zahlreichen Lehren der internationalen kommunistischen Bewegung die Richtigkeit der Feststellung in den beiden Moskauer Erklärungen, daß der Revisionismus die Hauptgefahr in der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung bildet, voll und ganz bewiesen.

Es gibt jedoch Leute, die offen behaupten, die Hauptgefahr sei nicht der Revisionismus, sondern der Dogmatismus, oder die sagen, der Dogmatismus bilde keine geringere Gefahr als der Revisionismus, usw., usf. Auf welchen Grundsätzen baut sich all das auf?

Ein standhafter Marxist-Leninist, eine echte marxistisch-leninistische Partei muß Prinzipien den ersten Platz einräumen. Mit Prinzipien darf nicht Schacher getrieben werden, man darf nicht bald diesem, bald jenem zustimmen, bald für diese und bald für jene Meinung eintreten.

Um die Reinheit des Marxismus-Leninismus und den prinzipiellen Standpunkt der beiden Moskauer Erklärungen zu verteidigen, werden die chinesischen Kommunisten, zusammen mit allen Marxisten-Leninisten, ihren unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus fortsetzen.

Gleichzeitig mit der Bekämpfung des Revisionismus, der Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung, müssen die Kommunisten auch gegen den Dogmatismus ankämpfen.

In der Deklaration von 1957 wird festgestellt, die proletarischen Parteien „müssen strikt am Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit

der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in ihren Ländern festhalten“.

Das heißt:

Einerseits muß man zu jeder Zeit an der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus festhalten. Tut man das nicht, dann wird man in den Fehler des Rechtsopportunismus oder des Revisionismus verfallen.

Andererseits muß man ständig von der Praxis des Lebens ausgehen, mit den Massen engen Kontakt halten, die Erfahrungen aus dem Kampf der Volksmassen ständig zusammenfassen und selbständig politische und taktische Richtlinien festlegen und befolgen, die den Umständen des eigenen Landes entsprechen. Tut man das nicht, sondern schreibt die politischen und taktischen Richtlinien von anderen kommunistischen Parteien ab, folgt blindlings den Diktaten anderer und nimmt, ohne sie zu prüfen, das Programm und die Beschlüsse einer anderen kommunistischen Partei als die eigenen Richtlinien an, dann wird man in den Fehler des Dogmatismus verfallen.

Heute haben gewisse Leute diesem bereits in der Deklaration von 1957 festgelegten elementaren Prinzip den Rücken gekehrt. Unter dem Vorwand einer „schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus“ werfen sie die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus über Bord. Ihre eigenen Rezepte, die auf nichts als ihren eigenen subjektiven Mutmaßungen beruhen, die nichts mit der Wirklichkeit und den Massen zu tun haben, beschreiben sie als „universale marxistisch-leninistische Wahrheiten“, und zwingen andere, diese Rezepte bedingungslos anzunehmen.

Die vielen schwerwiegenden Erscheinungen in der heutigen internationalen kommunistischen Bewegung sind auf ebendiese Weise entstanden.

24. Eine der wichtigsten Erfahrungen in der internationalen kommunistischen Bewegung ist, daß die Entwicklung und der Sieg einer Revolution vom Bestehen einer proletarischen revolutionären Partei abhängen.

Es muß eine revolutionäre Partei geben.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die den revolutionären Theorien und dem revolutionären Arbeitsstil des Marxismus-Leninismus entsprechend aufgebaut ist.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die es versteht, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land zu verbinden.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die es versteht, enge Bindungen der Führung mit den Volksmassen herzustellen.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die der Wahrheit die Treue hält, die ihre Fehler korrigiert, die Kritik und Selbstkritik zu üben versteht.

Nur eine solche revolutionäre Partei kann das Proletariat und die Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen, den endgültigen Sieg in der national-demokratischen Revolution, den Sieg in der sozialistischen Revolution erringen.

Wenn eine Partei keine proletarisch-revolutionäre, sondern eine bürgerlich-reformistische Partei ist,

wenn sie keine marxistisch-leninistische Partei, sondern eine revisionistische Partei ist,

wenn sie nicht der Vortrupp des Proletariats ist, sondern eine Partei, die hinter der Bourgeoisie herhinkt,

wenn sie keine Partei ist, die die Interessen des Proletariats und der Massen der Werktätigen, sondern eine Partei, die die Interessen der Arbeiteraristokratie vertritt,

wenn sie keine internationalistische Partei, sondern eine nationalistische Partei ist,

wenn eine Partei nicht imstande ist, selbständig zu denken, ihren eigenen Kopf zu benutzen, nach gewissenhafter Untersuchung und Analyse die exakten Tendenzen aller Klassen im eigenen Land genau zu erkennen, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus richtig anzuwenden und diese Wahrheit mit der konkreten Praxis im eigenen Land zu verbinden, sondern wenn sie eine Partei ist, die alles anderen

nachplappert, ohne irgendwelche Überprüfung ausländische Erfahrungen abschreibt, nach dem Befehlsstab gewisser Leute im Ausland tanzt und zu einem Gemisch von Revisionismus und Dogmatismus und allem anderen außer marxistisch-leninistischen Prinzipien geworden ist,

dann ist eine solche Partei absolut unfähig, das Proletariat und die Volksmassen im revolutionären Kampf zu führen, absolut unfähig, den Sieg in der Revolution zu erringen, absolut unfähig, die große historische Aufgabe des Proletariats zu erfüllen.

Das ist eine Frage, die sich Marxisten-Leninisten, klassenbewußte Arbeiter und fortschrittliche Menschen in allen Ländern gründlich überlegen müssen.

25. Es ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, angesichts der Differenzen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung zwischen Richtigem und Falschem zu unterscheiden. Im gemeinsamen Interesse der Geschlossenheit im Kampf gegen den Feind treten wir stets dafür ein, auf dem Weg interner Konsultationen Probleme zu lösen, wir sind dagegen, Meinungsverschiedenheiten vor den Augen der Feinde aufzudecken.

Den Genossen der KPdSU ist bekannt, daß die gegenwärtige offene Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung von den Führern gewisser Bruderparteien provoziert, daß sie uns aufgezwungen wurde.

Da eine offene Debatte provoziert wurde, kann sie nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Bruderparteien, in demokratischer Weise, an Hand von Tatsachen und Begründungen geführt werden.

Wir sind der Meinung, daß gewisse Parteiführer, die andere Bruderparteien offen angegriffen und die Differenzen in die Öffentlichkeit getragen haben, weder Grund noch Recht haben, den angegriffenen Bruderparteien zu verbieten, ihnen eine öffentliche Antwort zu geben.

Da gewisse Parteiführer zahlreiche Artikel veröffentlicht haben, in denen sie andere Bruderparteien angreifen, warum

veröffentlichen sie dann nicht die Antworten dieser Bruderparteien in ihrer Presse?

In der letzten Zeit sah sich die Kommunistische Partei Chinas den lächerlichsten Angriffen ausgesetzt. Diese Angreifer machen das größte Geschrei, verdrehen die Tatsachen und überschütten uns mit den phantastischsten Anschuldigungen. Wir haben diese Artikel und Reden mit Angriffen gegen uns in unserer Presse veröffentlicht.

Auch das Referat des Regierungschefs der Sowjetunion auf der Tagung des Obersten Sowjets vom 12. Dezember 1962, der redaktionelle Artikel der „Prawda“ vom 7. Januar 1963, die Rede des Delegationsleiters der KPdSU auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 16. Januar 1963 und der redaktionelle Artikel der „Prawda“ vom 10. Februar 1963 wurden im vollen Wortlaut in unseren Zeitungen veröffentlicht.

Die beiden Briefe des ZK der KPdSU vom 21. Februar bzw. 30. März 1963 haben wir ebenfalls im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Auf manche der uns angreifenden Artikel und Reden gewisser Bruderparteien haben wir bereits geantwortet, auf manche noch nicht. Zum Beispiel haben wir auf viele Artikel und Reden von Genossen der KPdSU noch keine direkte Antwort gegeben.

Vom 15. Dezember 1962 bis zum 8. März 1963 haben wir in sieben Artikeln unseren Angreifern geantwortet. Diese Artikel tragen folgende Überschriften:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!“

„Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns“

„Leninismus und moderner Revisionismus“

„Schließen wir uns auf der Grundlage der beiden Moskauer Erklärungen zusammen!“

„Woher die Differenzen? — Antwort an Maurice Thorez und andere Genossen“

„Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns — zu einigen wichtigen Problemen des Leninismus in der Gegenwart“

„Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA“.

Ihr meint wohl diese Artikel, wenn Ihr am Schluß Eures Briefes vom 30. März die chinesische Presse beschuldigt, „unbegründete Angriffe“ auf die KPdSU gemacht zu haben. Unsere Antwort an die Angreifer in diesen Artikeln nennt Ihr „Angriffe“. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

Da Ihr unsere Artikel für „unbegründet“ und so schlecht haltet, warum veröffentlicht Ihr nicht alle diese sieben „unbegründeten Angriffe“, ebenso wie wir Eure Artikel veröffentlicht haben, damit alle sowjetischen Genossen und das gesamte Sowjetvolk selber darüber nachdenken und urteilen können, wer recht und wer unrecht hat? Selbstverständlich steht es Euch frei, die Artikel, in denen Eurer Meinung nach „unbegründete Angriffe“ enthalten sind, Punkt für Punkt zu widerlegen.

Ihr sagt, unsere Artikel seien „unbegründet“, unsere Argumente falsch. Was wirklich unsere Argumente sind, sagt Ihr jedoch dem Sowjetvolk nicht. So etwas kann man nicht als ernstzunehmende Haltung zu den Fragen, die zwischen den Bruderparteien zur Diskussion stehen, als eine ernstzunehmende Haltung der Wahrheit und den Massen gegenüber bezeichnen.

Wir hoffen, daß die offene Polemik zwischen den Bruderparteien eingestellt werden kann. Das ist eine Frage, die entsprechend den Prinzipien der Selbständigkeit, Gleichberechtigung und Einmütigkeit durch Konsultationen zwischen den Bruderparteien behandelt werden muß. In der internationalen kommunistischen Bewegung hat niemand das Recht, willkürlich, wenn es ihm grade beliebt, einen Angriff zu beginnen, oder den Befehl „Einstellung der offenen Polemik“ zu erteilen, wenn er der anderen Seite verbieten will, zu antworten.

Es ist den Genossen der KPdSU bekannt, daß wir, um für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien eine günstige Atmosphäre zu schaffen, beschlossen haben, ab 9. März 1963 vorläufig davon abzusehen, auf die offenen Angriffe von Genossen anderer Bruderparteien, die uns direkt beim Namen nennen, öffentlich zu antworten. Wir behalten uns jedoch das Recht zu öffentlicher Antwort vor.

Wir schrieben Euch in unserem Brief vom 9. März zur Frage der Einstellung der offenen Polemik: „Es ist notwendig, daß unsere beiden Parteien und die betreffenden Bruderparteien sich darüber aussprechen und zu einem für alle annehmbaren und gerechten Übereinkommen gelangen.“

* * *

Das Vorangegangene gibt unsere Ansichten zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und einigen diesbezüglichen prinzipiellen Fragen wieder. Wir hoffen, wie wir zu Beginn unseres Briefes sagten, daß eine solch offene Meinungsäußerung zum gegenseitigen Verständnis beitragen wird. Natürlich können Genossen mit diesen Ansichten einverstanden oder nicht einverstanden sein. Aber all die hier von uns vorgebrachten Fragen sind, unserer Meinung nach, Kernfragen der internationalen kommunistischen Bewegung, die die größte Beachtung verdienen und gelöst werden müssen. Wir hoffen, daß all diese wie auch die in Eurem Brief erwähnten Fragen bei den Besprechungen unserer beiden Parteien und auf der Beratung von Vertretern aller Bruderparteien der Welt voll und erschöpfend diskutiert werden.

Außerdem gibt es noch einige Fragen von gemeinsamem Interesse, so z. B. die Kritik an Stalin und gewisse wichtige, die internationale kommunistische Bewegung betreffende prinzipielle Fragen, die auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU aufgeworfen wurden. Wir hoffen, daß während der Besprechungen ein freier Meinungsaustausch auch in diesen Fragen möglich sein wird.

Was die Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien betrifft, haben wir in unserem Brief an Euch vom 9. März vorgeschlagen, daß Genosse N. S. Chruschtschow nach Peking kommt. Sollte das nicht genehm sein, schlugen wir vor, daß wir eine von anderen verantwortlichen Genossen des ZK der KPdSU geleitete Delegation nach Peking einladen oder eine Delegation nach Moskau entsenden.

Da Ihr in Eurem Brief vom 30. März schreibt, Genosse Chruschtschow könne nicht nach China kommen, und da Ihr nicht den Wunsch äußert, eine Delegation nach China zu entsenden, hat das ZK der KP Chinas beschlossen, eine Delegation nach Moskau zu schicken.

In Eurem Brief vom 30. März ludet Ihr Genossen Mao Tse-tung ein, die Sowjetunion zu besuchen. Bereits am 23. Februar hatte Genosse Mao Tse-tung in einem Gespräch mit dem Botschafter der Sowjetunion in China deutlich die Gründe, weshalb er die Sowjetunion jetzt nicht zu besuchen gedenkt, darlegt. Ihr wußtet darüber also sehr gut Bescheid.

Als ein verantwortlicher Genosse des ZK der KPCh am 9. Mai den Botschafter der Sowjetunion in China empfing, informierte er Euch darüber, daß das ZK der KPCh Mitte Juni eine Delegation nach Moskau senden würde. Später, auf Wunsch des ZK der KPdSU, erklärten wir uns damit einverstanden, den Beginn der Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien auf den 5. Juli zu verschieben.

Wir hegen die aufrichtige Hoffnung, daß die Besprechungen zwischen der KPCh und der KPdSU zu positiven Resultaten führen und einen Beitrag zur Vorbereitung der Einberufung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder leisten werden.

Heute ist es nötiger denn je, daß die Kommunisten aller Länder auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auf der Grundlage der von den Bruderparteien einmütig angenommenen beiden Moskauer Erklärungen einig zusammenzustehen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist bereit, sich mit allen marxistisch-leninistischen Parteien und den revolutionären Völkern der ganzen Welt zusammen weiterhin beharrlich für die Wahrung der Interessen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung, der Befreiung der unterdrückten Nationen und geknechteten Massen wie des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Erringung des Weltfriedens einzusetzen.

Wir hoffen, daß sich in den internationalen kommunistischen Reihen in Zukunft Erscheinungen, die bei unseren Freunden nur Besorgnis, bei unseren Feinden Schadenfreude hervorrufen können, nicht wiederholen werden.

Die chinesischen Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß sich die Marxisten-Leninisten, das Proletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt im Kampf gegen den Imperialismus und zur Wahrung des Weltfriedens, im Kampf für die revolutionäre Sache der Völker der Welt und für den internationalen Kommunismus noch enger zusammenschließen werden, daß sie alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden und noch größere Siege erringen werden.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier und unterdrückte Volksmassen und Nationen der Welt, vereinigt euch! Kämpft gegen den gemeinsamen Feind!

Mit kommunistischem Gruß!

**Das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas**

**Ursprung und Entwicklung
der Differenzen
zwischen der Führung
der KPdSU und uns**

Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

**Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)
und der Zeitschrift „Hongqi“ (Rote Fahne)**

(6. September 1963)

Mehr als ein Monat ist bereits verstrichen, seit das ZK der KPdSU am 14. Juli einen Offenen Brief an die Parteiorganisationen aller Ebenen und alle Kommunisten der Sowjetunion veröffentlichte. Dieser Offene Brief und die seit seiner Veröffentlichung von der Führung der KPdSU getroffenen Maßnahmen haben die chinesisch-sowjetischen Beziehungen bereits an den Rand der Spaltung gebracht und die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung auf eine beispiellos ernste Stufe getrieben.

Gegenwärtig sind Moskau, Washington, Neu-Delhi und Belgrad in Liebe zueinander entbrannt, und in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen ununterbrochen die phantastischsten Geschichten und Theorien mit Angriffen gegen China. Die Führung der KPdSU hat sich offen vom Marxismus-Leninismus, vom proletarischen Internationalismus abgekehrt, offen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 zerrissen und offen gegen den chinesisch-sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag verstoßen, indem sie sich mit den USA-Imperialisten, den indischen Reaktionären und Titos Verräterclique zum Kampf gegen das sozialistische China und alle marxistisch-leninistischen Parteien zusammentat.

Die heutigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung und zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei betreffen eine Reihe von wichtigen, prinzipiellen Fragen. Das ZK der KP Chinas hat bereits in seinem an das ZK der KPdSU gerichteten Schreiben vom 14. Juni das Wesen dieser Meinungsverschiedenheiten systematisch und umfassend besprochen. Das ZK der KP Chinas wies in seinem Schreiben darauf hin, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung und zwischen der chinesi-

schen und der sowjetischen Partei letzten Endes die Frage mit einschließen, ob an den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960, am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festgehalten werden soll oder nicht, ob man die Revolution will oder nicht, ob gegen den Imperialismus gekämpft werden soll oder nicht, und ob die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung erwünscht ist oder nicht.

Wie sind die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung, zwischen der Führung der KPdSU und uns eigentlich entstanden? Wie konnten sie denn einen solch bedenklichen Grad erreichen? Das sind Fragen, die alle Menschen bekümmern.

Wir haben in „Woher die Differenzen?“¹ in großen Zügen den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung beschrieben. Damals vermieden wir es absichtlich, gewisses Tatsachenmaterial und besonders gewisse wichtige, die Führung der KPdSU betreffende Fakten zu behandeln. Damit ließen wir der Führung der KPdSU einigen Spielraum, obwohl wir bereit waren, wenn nötig, ein volleres Bild zu geben und Recht von Unrecht zu scheiden. Jetzt, da das ZK der KPdSU in seinem Offenen Brief so viele Lügen über den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten ausgestreut und die Wahrheit völlig verdreht hat, sehen wir uns gezwungen, einige Tatsachen aufzuzählen, um die Sache ausführlicher zu erklären.

Das ZK der KPdSU hat in seinem Offenen Brief nicht gewagt, seinen Parteimitgliedern und den Volksmassen die Wahrheit zu sagen. Die Führer der KPdSU haben nicht, wie es Marxisten-Leninisten tun sollten, aufrichtig die Tatsachen respektiert, sondern greifen, in ihrem starrsinnigen Versuch, der KP Chinas die Entstehung und die Verschärfung

der Meinungsverschiedenheiten in die Schuhe zu schieben, zu Methoden, wie sie bei bürgerlichen Politikern üblich sind. Sie haben die Tatsachen verdreht und Recht und Unrecht vertauscht.

Lenin schrieb: „In der Politik ist Ehrlichkeit Resultat der Stärke, Heuchelei Resultat der Schwäche.“¹ Ehrlichkeit und Respekt für Tatsachen sind ein Merkmal für die Haltung von Marxisten-Leninisten. Nur politisch Degenerierte leben von Lügen.

Tatsachen haben die größte Überzeugungskraft. Tatsachen sind die besten Augenzeugen. Sehen wir uns also die Tatsachen an!

DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN BEGANNEN MIT DEM XX. PARTEITAG DER KPD SU

Ein Sprichwort sagt: Es dauert mehr als einen kalten Tag, bis der Fluß drei Fuß tief einfriert. Selbstverständlich begannen die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung nicht erst heute.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird die Ansicht verbreitet, daß die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung durch die drei Artikel, die wir im April 1960 unter dem Titel: „Es lebe der Leninismus!“ veröffentlichten, hervorgerufen worden wären. Das ist eine himmelschreiende Lüge.

Was sind denn nun eigentlich die Tatsachen?

Tatsache ist, daß die ganze Reihe prinzipieller Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung bereits vor mehr als sieben Jahren aufkamen.

Konkret gesprochen, begannen sie mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956.

Der XX. Parteitag der KPdSU war der erste Schritt der Führer der KPdSU auf dem Weg zum Revisionismus. Vom

¹ Leitartikel der „Renmin Ribao“ vom 27. Februar 1963

¹ Lenin, „Polemische Notizen“, Werke, Bd. 17

XX. Parteitag bis heute hat der revisionistische Kurs der Führer der KPdSU den ganzen Prozeß von seinem ersten Auftreten über seine Formung und Weiterentwicklung bis zu seiner Systematisierung durchgemacht. Durch einen eben solchen graduellen Prozeß haben die Menschen die revisionistische Linie der Führer der KPdSU immer gründlicher verstehen gelernt.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß viele der auf dem XX. Parteitag der KPdSU über den gegenwärtigen internationalen Kampf und die internationale kommunistische Bewegung aufgestellten Gesichtspunkte falsch sind und dem Marxismus-Leninismus widersprechen. Insbesondere die völlige Negierung der Rolle Stalins unter dem Vorwand „Kampf gegen den Personenkult“ und die These des friedlichen Übergangs zum Sozialismus auf „parlamentarischem Weg“ sind zwei grobe, prinzipielle Fehler.

Die Kritik an Stalin, wie sie auf dem XX. Parteitag der KPdSU geübt wurde, war sowohl dem Prinzip als auch der Methode nach falsch.

Stalins Leben war das eines hervorragenden Marxisten-Leninisten, das eines hervorragenden proletarischen Revolutionärs. In den dreißig Jahren nach Lenins Tod war Stalin der einflußreichste Führer der KPdSU und der Sowjetregierung, wie auch der von der internationalen kommunistischen Bewegung anerkannte Führer und Bannerträger der Weltrevolution. Stalin hat in seinem Leben gewisse schwere Fehler begangen, aber diese Fehler sind im Vergleich zu seinen enormen Verdiensten nur von sekundärer Bedeutung.

Stalin erwarb sich große Verdienste um die Entwicklung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung. In der im April 1956 veröffentlichten Schrift „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ stellten wir fest:

Nach dem Tode Lenins wandte Stalin als Hauptführer der Partei und des Staates den Marxismus-Leninismus

schöpferisch an und entwickelte ihn. Im Kampf für die Verteidigung des Leninschen Erbes gegen die Feinde des Leninismus, die Trotzlisten, die Sinowjewleute und andere Agenten der Bourgeoisie brachte er den Willen des Volkes zum Ausdruck und war ein hervorragender Streiter für den Marxismus-Leninismus. Wenn Stalin die Unterstützung des Sowjetvolkes gewonnen und eine große Rolle in der Geschichte gespielt hat, so vor allem deswegen, weil er zusammen mit den anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft verteidigte. Die Einhaltung dieser Linie durch die KPdSU führte dazu, daß in der Sowjetunion die sozialistische Ordnung siegte, schuf die Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler. All diese Siege des Sowjetvolkes entsprechen den Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt und der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Es ist deswegen ganz natürlich, daß der Name Stalin in der ganzen Welt hohen Ruhm genoß.

Es war notwendig, Stalins Fehler zu kritisieren. Aber in seinem Geheimbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU hat Genosse Chruschtschow Stalin völlig negiert und damit die Diktatur des Proletariats, das sozialistische System, die große Kommunistische Partei der Sowjetunion, die große Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung verunglimpft. Weit davon entfernt, die Methode von Kritik und Selbstkritik einer revolutionären proletarischen Partei anzuwenden und sorgfältig und seriös die historischen Erfahrungen der proletarischen Diktatur zu analysieren und zusammenzufassen, behandelte Chruschtschow Stalin wie einen Feind und schob ihm allein die Verantwortung für alle begangenen Fehler zu.

In seinem Geheimbericht brachte Chruschtschow eine ganze Reihe Lügen vor und griff zur übelsten Demagogie, er warf

mit Behauptungen um sich, Stalin hätte „unter Verfolgungswahn gelitten“, hätte sich an die „brutalste Willkür“ gewöhnt, wäre „den Weg der Massenverfolgung und des Terrors gegangen“, hätte „das Land und die Landwirtschaft lediglich aus Filmen gekannt“, hätte „seine strategischen Operationen auf einem Globus geplant“. Stalins Führerschaft wäre „ein großes Hindernis in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft geworden“ usw. usf. Chruschtschow leugnete alle hervorragenden Verdienste ab, die sich Stalin bei der Führung des sowjetischen Volks im entschiedenen Kampf gegen innere und ausländische Feinde, bei der sozialistischen Umgestaltung und beim sozialistischen Aufbau, bei der Verteidigung und Festigung des ersten sozialistischen Staats der Welt und bei der Erringung der großen Siege im antifaschistischen Krieg sowie bei der Verteidigung und Entwicklung des Marxismus-Leninismus erworben hatte.

Die völlige Verleugnung Stalins durch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU bedeutete im Grunde die Verleugnung der proletarischen Diktatur und der von Stalin verteidigten und entwickelten Grundtheorien des Marxismus-Leninismus. Auf ebendiesem Parteitag begann Chruschtschow in seinem Bericht seine Abkehr vom Marxismus-Leninismus in einer Reihe prinzipieller Fragen.

Unter dem Vorwand, daß in der Welt „grundlegende Veränderungen“ vor sich gegangen seien, stellte Chruschtschow in seinem Bericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU die These des sogenannten „friedlichen Übergangs“ auf. Er sagte, der Weg der Oktoberrevolution wäre „unter jenen historischen Bedingungen“ der „einzig richtige Weg“ gewesen. Aber da sich jetzt die Lage geändert hätte, bestünde heute die Möglichkeit, „den parlamentarischen Weg“ für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu benutzen. Diese falsche Ansicht ist ihrem Wesen nach eine offene Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution und eine klare Verleugnung der allgemeingültigen Bedeutung des Wegs der Oktoberrevolution.

Chruschtschow gebrauchte in seinem Bericht den gleichen Vorwand, nämlich, daß „grundlegende Veränderungen in der Welt vor sich gegangen“ seien, um die fortdauernde Gültigkeit von Lenins Lehren über Imperialismus und über Krieg und Frieden in Frage zu stellen. In Wirklichkeit entstellte er damit Lenins Lehre.

Chruschtschow sah in der Regierung der USA und ihrem Staatschef Leute, die den kriegstreiberischen Kräften Widerstand leisten, und nicht Vertreter der imperialistischen kriegstreiberischen Kräfte. Er sagte, daß „die Anhänger kriegereischer Lösungen in den USA noch starke Positionen behaupten, und daß diese Leute immer noch einen starken Druck auf den Präsidenten und die Regierung ausüben“. Er erklärte weiter, die Imperialisten begännen zuzugeben, daß die Politik der Stärke bankrott sei, und daß sich bei ihnen „Anzeichen einer gewissen Ernüchterung bemerkbar machten“. Das bedeutete also, es wäre für die Regierung der USA und ihren Staatschef möglich, nicht die Interessen der Monopolbourgeoisie der USA zu vertreten, auf ihre Aggressions- und Kriegspolitik zu verzichten und eine Kraft zur Erhaltung des Friedens zu sein.

Chruschtschow erklärte: „Wir wollen Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet des Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker sowie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.“ Gerade dieser falsche Standpunkt hat sich später zur Linie der „Lösung von Weltfragen durch Zusammenarbeit zwischen Sowjetunion und USA“ entwickelt.

Chruschtschow entstellte Lenins richtiges Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und machte die friedliche Koexistenz zur „Generallinie der Außenpolitik“ der Sowjetunion. Das bedeutete die Abtrennung der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den sozialistischen Staaten und ihrer Unterstützung der unterdrückten Völker und Nationen im revolutionären Kampf von der Generallinie ihrer Außenpolitik;

oder daß all das der sogenannten Politik der „friedlichen Koexistenz“ untergeordnet wurde.

Die ganze Reihe von Fragen, die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgeworfen wurden, insbesondere die Stalinfrage und die Frage des sogenannten „friedlichen Übergangs“, sind auf keinen Fall Fragen, die lediglich die inneren Angelegenheiten einer Partei, der KPdSU, betreffen, sondern lebenswichtige Fragen für alle Bruderparteien. Ohne irgendwelche vorherige Beratungen mit den Bruderparteien zog die Führung der KPdSU ihre eigenmächtigen Schlußfolgerungen, zwang die Bruderparteien, vollendete Tatsachen anzunehmen, und schützte den „Kampf gegen den Personenkult“ vor, um sich aufs größte in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien und Bruderstaaten einzumischen und deren Führung zu stürzen, und so ihre eigene Politik des Sektierer- und Spaltertums in der internationalen kommunistischen Bewegung zu verbreiten.

Die Entwicklung in der Folgezeit zeigt mit immer größerer Deutlichkeit, daß die Abkehr vom Marxismus-Leninismus und seine Revision, die Abkehr vom proletarischen Internationalismus durch die Führung der KPdSU aus den oben erwähnten Fehlern erwachsen.

Die KP Chinas ist konsequent dem XX. Parteitag der KPdSU gegenüber prinzipiell anderer Meinung; die führenden Genossen der KPdSU sind sich darüber völlig im klaren. Aber in dem Offenen Brief des ZK der KPdSU wird steif und fest behauptet, daß die Kommunistische Partei Chinas früher den XX. Parteitag der KPdSU voll und ganz unterstützt hat, daß wir in der Einschätzung des XX. Parteitags der KPdSU „eine Wendung um 180 Grad“ gemacht haben, daß wir in unserem Standpunkt „schwanken“ und „hin und her pendeln“, daß unsere Äußerungen „Lügen“ sind.

Es wird den Führern der KPdSU nicht gelingen, mit der Hand den Himmel zuzudecken. Lassen wir Tatsachen sprechen!

Tatsache ist, daß führende Genossen des ZK der KP Chinas nach dem XX. Parteitag der KPdSU wiederholt während interner Besprechungen die Fehler der Führer der KPdSU ernsthaft kritisiert haben:

Im April 1956, d. h. knapp zwei Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU, brachte Genosse Mao Tse-tung in seinen Gesprächen mit Mikojan, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, und mit dem Botschafter der Sowjetunion in China unsere Meinung zur Stalin-Frage zum Ausdruck. Genosse Mao Tse-tung wies nachdrücklich darauf hin, daß die „Verdienste Stalins größer als seine Fehler sind“, und daß man Stalin „konkret analysieren“ und „allseitig einschätzen müsse“.

Am 23. Oktober 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion in China empfing, stellte er fest: „Stalin muß kritisiert werden. Aber über die Form der Kritik sind wir verschiedener Meinung. Es gibt da auch einige Fragen, in denen wir nicht einverstanden sind.“

Am 30. November 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion in China wieder empfing, wies er nochmals darauf hin: Der grundsätzliche Kurs und die Linie, als Stalin die Führung innehatte, waren richtig; man darf gegen die eigenen Genossen nicht Methoden wie gegen Feinde anwenden.

In Gesprächen des Genossen Liu Schao-tschi mit den Führern der KPdSU im Oktober 1956, in Gesprächen zwischen Genossen Tschou En-lai und der Delegation der KPdSU zum VIII. Parteitag der KP Chinas am 1. Oktober 1956, und in Gesprächen zwischen Genossen Tschou En-lai und den Führern der KPdSU am 18. Januar 1957 wurde unsere Meinung zur Stalinfrage immer wieder dargelegt und die Fehler der Führer der KPdSU kritisiert. Diese Fehler sind im wesentlichen folgende: Stalin gegenüber wurde „überhaupt keine allseitige Analyse vor-

genommen“; den Führern der KPdSU „fehlte es an Selbstkritik“ und „sie hatten sich vorher nicht mit den Bruderparteien beraten“.

Auch zur Frage des friedlichen Übergangs haben die führenden Genossen des ZK der KP Chinas während interner Gespräche mit den Genossen der KPdSU mehrmals unsere von der ihren abweichende Meinung dargelegt. Im November 1957 legte das ZK der KP Chinas dem ZK der KPdSU schriftlich eine „Übersicht der Anschauungen zur Frage des friedlichen Übergangs“ vor, in der der Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas vollständig und eindeutig dargelegt wurde.

Die führenden Genossen des ZK der KP Chinas haben mehrmals bei internen Gesprächen mit den Genossen der KPdSU unseren Standpunkt zu den Fehlern, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU begangen wurden, zur internationalen Lage und zur Frage der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung systematisch erläutert.

All das sind völlig klare Tatsachen. Wie kann dann die Führung der KPdSU bewußt solche Lügen verbreiten und mit einem Federzug die Tatsachen auslöschen?

Der Offene Brief des ZK der KPdSU hat den Zweck, diese wichtigen Tatsachen zu verdecken, und entlehnt vereinzelt Worte und Sätze aus den Reden der Genossen Mao Tse-tung, Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping, um zu beweisen, daß die KP Chinas den XX. Parteitag der KPdSU völlig und restlos bejaht habe. Das ist aber vergebliches Bemühen.

Die Tatsachen beweisen, daß die KP Chinas zu keiner Zeit und bei keiner Gelegenheit den XX. Parteitag der KPdSU völlig bejaht hat. Sie war niemals damit einverstanden, Stalin ganz und gar zu negieren, sie war auch niemals einverstanden mit der Anschauung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus „auf parlamentarischem Weg“.

Kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU, nämlich am 5. April 1956, veröffentlichten wir den Artikel „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“. Am 29. Dezember 1956 brachten wir dann die Schrift „Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ heraus. Diese zwei Artikel analysierten umfassend das ganze Leben Stalins, stellten die allgemeingültige Bedeutung des Weges der großen Oktoberrevolution fest, faßten die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammen und übten taktvoll, aber sehr deutlich Kritik an den falschen Thesen des XX. Parteitags der KPdSU, wobei sie auch die antikommunistischen Verleumdungen seitens des Imperialismus und der Reaktionäre widerlegten. Sind diese Tatsachen nicht aller Welt bekannt?

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hat die KP Chinas das Bild von Stalin weiter zusammen mit denen von Marx, Engels und Lenin, diesen großen revolutionären Führern, aufgehängt. Ist das nicht auch eine der Welt bekannte Tatsache?

Natürlich ist es auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir damals, der Einheit gegenüber dem Feind zuliebe und auch mit Rücksicht auf die schwere Lage der Führer der KPdSU, keine offene Kritik an den Fehlern des XX. Parteitags der KPdSU übten, denn wir bedachten, daß der Imperialismus und die Reaktionäre alle Länder die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU zu einer wütenden Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Kommunisten und gegen die Völker benutzten, auch waren die Führer der KPdSU damals noch nicht so weit vom Marxismus-Leninismus abgegangen, wie es heute der Fall ist. Zu jener Zeit hofften wir auch noch aus ganzem Herzen, daß die Führer der KPdSU ihre Fehler korrigieren würden. Deshalb bemühten wir uns stetig, die positiven Faktoren dieses Parteitags herauszufinden, und unterstützten ihn vor der Öffentlichkeit, wie es angemessen und notwendig war.

Dennoch wurde unser Standpunkt zum XX. Parteitag der KPdSU in den Reden der führenden Genossen des ZK der

KP Chinas hauptsächlich vom Positiven und Prinzipiellen her dargelegt.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU behauptet, Genosse Liu Schao-tschi hätte in seinem politischen Bericht auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas den XX. Parteitag der KPdSU völlig und restlos bejaht. Aber gerade in diesem Bericht erläuterte Genosse Liu Schao-tschi die Erfahrungen der chinesischen Revolution und erklärte, daß der sogenannte „friedliche Übergang“ falsch und ungangbar ist.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, daß Genosse Deng Hsiao-ping in seinem Bericht über die Abänderung des Parteistatuts auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas den sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ des XX. Parteitags der KPdSU völlig bejaht habe. Aber gerade in diesem Bericht erörterte Genosse Deng Hsiao-ping die Probleme des demokratischen Zentralismus und der Wechselbeziehungen zwischen Führer und Massen und erläuterte den konsequent richtigen Arbeitsstil unserer Partei. Das war in Wirklichkeit Kritik an den Fehlern, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU im sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ begangen worden waren.

Was ist da falsch daran, wenn wir so handeln? Ist das nicht gerade die Haltung, die eine marxistisch-leninistische Partei, den Prinzipien und der Einheit getreu, einnehmen muß?

Wie kann man behaupten, daß dieser konsequente, richtige Standpunkt der KP Chinas zum XX. Parteitag der KPdSU „Schwanken“, „Hin-und-Herpendeln“, „Lügen“ und „eine Wendung um 180 Grad“ bedeute?

Der Offene Brief des ZK der KPdSU erhebt diese Vorwürfe gegen uns, wahrscheinlich weil man glaubt, unsere frühere Kritik sei nur wenigen Führern der KPdSU bekannt; man könne sie daher ableugnen und die breite Masse der Mitglieder der KPdSU und das Sowjetvolk betrügen. Aber gerade diese Handlungsweise zeigt, welche Heuchler sie selbst sind!

DIE ERNSTEN UND BÖSEN FOLGEN DES XX. PARTEITAGS DER KPdSU

Der Offene Brief des ZK der KPdSU trompetet die „hervorragenden Ergebnisse“ und „großartigen Ergebnisse“ des XX. Parteitags der KPdSU aus.

Aber die Geschichte kann niemand revidieren. Wer nicht vergeßlich ist, wird sich erinnern, daß die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU keinesfalls „hervorragende“ oder „großartige Ergebnisse“ nach sich gezogen haben. Im Gegenteil, sie haben das Ansehen der Sowjetunion, das Ansehen der Diktatur des Proletariats, das Ansehen des Sozialismus und Kommunismus geschädigt; sie haben den Imperialisten und Reaktionären sowie allen anderen Feinden des Kommunismus eine Chance gegeben und für die internationale kommunistische Bewegung äußerst ernste und böse Folgen zeitigt.

Damals jubilierten die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder. Sie entfachten in der ganzen Welt eine antisowjetische, antikommunistische und volksfeindliche Kampagne. Für die USA-Imperialisten war das Auftreten der Führer der KPdSU gegen Stalin etwas „Beispielloses, das unseren Zielen entgegenkam“¹. Sie lärmten, Chruschtschows Geheimbericht sei eine „Waffe, um das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Bewegung zu vernichten“², und rühmten sich der Gelegenheit für die „friedliche Umwandlung“³ der Sowjetunion.

Die Tito-Clique gebärdete sich damals ebenfalls äußerst überheblich. Unter der reaktionären Parole des „Kampfes gegen den Stalinismus“ rannte sie tollwütig gegen die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung an. Sie schrie, der XX. Parteitag der KPdSU hätte für

¹ Rundfunkrede von T. C. Streibert, Direktor der USIA, 11. Juni 1956

² „Die kommunistische Krise“, Leitartikel der „New York Times“ vom 23. Juni 1956

³ J. F. Dulles, Erklärung auf der Pressekonferenz am 3. April 1956

die „neue Tendenz“, die von Jugoslawien ihren Ausgang nahm, „ziemlich viele Faktoren geschaffen“; „jetzt handelt es sich darum, ob diese Linie siegen oder die stalinistische Linie wieder die Oberhand gewinnen wird“.¹

Die Trotzlisten, diese Feinde des Kommunismus, die in eine Sackgasse geraten waren, rappelten sich damals auch wieder auf. In ihrem Aufruf „An alle Arbeiter und Völker der Welt“ behauptete die sogenannte IV. Internationale: „Da die führenden Persönlichkeiten im Kreml die Verbrechen Stalins selber eingestanden haben, haben sie . . . den Kampf, den die trotzlistische Weltbewegung beharrlich gegen den Verfall des Arbeiterstaats führt, stillschweigend als völlig richtig anerkannt.“

Die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU haben in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung große ideologische Verwirrung hervorgerufen und eine Hochflut in der revisionistischen Strömung verursacht. In den kommunistischen Parteien vieler Länder griffen Gruppen von Veräthern, zusammen mit den Imperialisten, Reaktionären und der Tito-Clique, den Marxismus-Leninismus und die internationale kommunistische Bewegung an.

Die hervorstechendsten Ereignisse dieser Zeit waren die Vorfälle in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen und der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn. Diese beiden Ereignisse unterscheiden sich ihrem Wesen nach. Die Führung der KPdSU beging beide Male schwere Fehler. Die Führung der KPdSU setzte Truppen ein, um sich die polnischen Genossen mit Gewalt zu unterwerfen. Damit beging sie den Fehler des Großmacht-Chauvinismus. In dem kritischen Moment, als Budapest in die Hände der konterrevolutionären ungarischen Kräfte gefallen war, hatte die Führung der KPdSU einstweilen die Absicht, eine Kapitulationspolitik zu befolgen und so das sozialistische Ungarn der Konterrevolution preiszugeben.

¹ J. Broz-Tito, Rede in Dula, 11. November 1956

Diese von der Führung der KPdSU begangenen Fehler waren Wasser auf die Mühle aller Feinde des Kommunismus, sie brachten vielen Bruderparteien große Schwierigkeiten und der internationalen kommunistischen Bewegung schweren Schaden.

In dieser Lage setzten sich die chinesischen Kommunisten, zusammen mit allen Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, konsequent dafür ein, die Angriffe der Imperialisten und Reaktionäre zurückzuschlagen, das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung zu verteidigen. Wir traten konsequent für alle notwendigen Maßnahmen ein, um den konterrevolutionären Putsch in Ungarn zu zerschlagen, und waren entschieden dagegen, das sozialistische Ungarn im Stich zu lassen. Wir waren konsequent für die Lösung von Fragen zwischen Bruderparteien und Bruderländern nach den richtigen Prinzipien, für die Festigung der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und gegen die falsche Handlungsweise des Großmacht-Chauvinismus. Zugleich machten wir große Anstrengungen, um das Ansehen der KPdSU zu wahren.

Die Führung der KPdSU nahm damals unsere Vorschläge an. Am 30. Oktober 1956 gab die sowjetische Regierung die „Deklaration zur Entwicklung und weiteren Stärkung der Fundamente der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“ ab. In dieser Deklaration übte sie Selbstkritik an gewissen Fehlern, die sie früher in den Beziehungen mit den Bruderländern begangen hatte. Am 1. November gab die chinesische Regierung eine Erklärung ab, in der sie die Deklaration der sowjetischen Regierung unterstützte.

Wir taten dies um der Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung willen. Damit gaben wir auch der Führung der KPdSU den Rat, rechtzeitig eine Lehre daraus zu ziehen, ihre Fehler zu korrigieren und nicht auf den Weg vom Marxismus-Leninismus fort abzurutschen. Die späteren Tatsachen haben aber bewiesen, daß wir uns damit den Haß

der Führer der KPdSU zugezogen haben, und daß ihnen die KP Chinas, die unentwegt am proletarischen Internationalismus festhält, als das größte Hindernis bei der Durchführung ihrer falschen Linie erscheint.

DIE MOSKAUER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN VOM JAHR 1957

Die Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 wurde nach der Zerschlagung des massiven Angriffs der Imperialisten und Reaktionen aller Länder gegen die internationale kommunistische Bewegung einberufen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß der XX. Parteitag der KPdSU bei der Festlegung der Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung „eine gewaltige Rolle“ spielte. Die Tatsachen zeigen das gerade Gegenteil. Auf der Beratung der Bruderparteien im Jahr 1957 wurden in vielen wichtigen prinzipiellen Fragen die falschen Gesichtspunkte des XX. Parteitags der KPdSU abgelehnt oder korrigiert.

In der bekannten Deklaration von 1957, die von der Moskauer Beratung angenommen wurde, sind die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt, werden den kommunistischen Parteien gemeinsame Kampfaufgaben gestellt, wird die allgemeingültige Bedeutung des Wegs der Oktoberrevolution anerkannt, werden die für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau allgemeingültigen Gesetze umrissen und die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten festgelegt. Die auf dieser Beratung festgelegte gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung verkörpert die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und steht im Gegensatz zu den falschen, vom Marxismus-Leninismus abweichenden Ansichten des XX. Partei-

tags der KPdSU. Die in der Deklaration festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten verkörpern die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und stehen im Gegensatz zum Großmacht-Chauvinismus und Sektierertum der Führung der KPdSU.

Die von Genossen Mao Tse-tung geleitete Delegation der KP Chinas gab sich während der Beratung die größte Mühe. Einerseits hatte die Delegation der KP Chinas umfassende Konsultationen mit der Führung der KPdSU und trat ihr, wo notwendig und angemessen, entgegen, um ihr bei der Berichtigung ihrer Fehler zu helfen. Andererseits tauschte die Delegation wiederholt mit den Führern der anderen Bruderparteien Meinungen aus, um ein für alle annehmbares Dokument zustande zu bringen.

Während dieser Beratung stand die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen uns und der Delegation der KPdSU. Die Führung der KPdSU bestand in ihrem ursprünglichen Deklarationsentwurf darauf, die falschen Anschauungen ihres XX. Parteitags über den friedlichen Übergang in die Deklaration hineinzuzwängen. In diesem Entwurf wurde nur der friedliche Übergang erwähnt, der nichtfriedliche Übergang dagegen überhaupt nicht; der friedliche Übergang wurde sogar beschrieben als „im Parlament die Mehrheit zu erringen, und das Parlament aus einem Werkzeug der Diktatur der Bourgeoisie zu einem Werkzeug der echten Volksmacht zu verwandeln“. Das hieß in Wirklichkeit, den Weg der Oktoberrevolution durch den sogenannten „parlamentarischen Weg“ zu ersetzen, wie ihn die Opportunisten der II. Internationale vorgeschlagen hatten, und die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution zu revidieren.

Die KP Chinas wandte sich entschieden gegen die in dem von der Führung der KPdSU vorgelegten Deklarationsentwurf enthaltenen irrigen Ansichten. Wir legten unsere Meinung zu den beiden vom ZK der KPdSU unterbreiteten Entwürfen

Handwritten:
Korrek-
turen
Kompro-
miss!

dar und machten eine Reihe wichtiger, prinzipieller Änderungen, die wir als unseren Abänderungsvorschlag vorlegten. Auf Grund unseres Abänderungsvorschlags fanden mehrere Diskussionen zwischen den Delegationen der KP Chinas und der KPdSU statt, und es wurde dann den Delegationen der anderen Bruderparteien ein „von der KPdSU und der KP Chinas gemeinsam abgefaßter Deklarationsentwurf“ zur Diskussion vorgelegt.

Die dank den gemeinsamen Bemühungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien auf der Beratung schließlich angenommene Deklaration weist im Vergleich zum ersten Entwurf der Führung der KPdSU zwei wichtige Abänderungen in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf. Erstens wird in der Deklaration, neben der Möglichkeit des friedlichen Übergangs, auch auf den Weg des nichtfriedlichen Übergangs hingewiesen und betont: „Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.“ Zweitens, während von der „Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament“ die Rede ist, wird betont, daß es notwendig ist, „einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen“.

Trotz den genannten Abänderungen erschien uns die in der Deklaration enthaltene Formulierung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch immer nicht zufriedenstellend. Nur aus Rücksicht auf die von den Führern der KPdSU wiederholt zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, die Formulierung möge eine gewisse Verbindung mit der ihres XX. Parteitags zeigen, gaben wir schließlich in diesem Punkt nach.

Aber schon damals überreichten wir dem ZK der KPdSU eine ausführliche und deutliche Zusammenfassung der

Ansichten der KP Chinas zur Frage des friedlichen Übergangs. In dieser Zusammenfassung war folgendes betont:

„In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, von taktischen Gesichtspunkten ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen.“ „Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augenblick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was — allgemein gesagt — unvermeidlich ist.“ „Die Mehrheit im Parlament zu gewinnen bedeutet nicht das gleiche wie die alte Staatsmaschine (hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte) zu zerschmettern und eine neue Staatsmaschine (hauptsächlich bewaffnete Streitkräfte) zu errichten. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie noch nicht zerschmettert ist, ist eine Mehrheit im Parlament für das Proletariat und seine zuverlässigen Verbündeten entweder unmöglich . . . oder unverläßlich . . .“

(Siehe Anhang I)

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien korrigierte die Deklaration von 1957 die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgestellten falschen Ansichten über den Imperialismus und die Frage von Krieg und Frieden und fügte in einer ganzen Reihe von prinzipiellen Fragen wichtige Ergänzungen hinzu. Die wichtigsten dieser Ergänzungen waren: der USA-Imperialismus ist das Zentrum der Weltreaktion und der schlimmste Feind der Volksmassen; die Imperialisten würden ihren eigenen Untergang heraufbe-

schwören, wenn sie einen Weltkrieg vom Zaun brächen; die allgemeingültigen Gesetze für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau; das Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in den verschiedenen Ländern; die Wichtigkeit der Anwendung des dialektischen Materialismus in der praktischen Arbeit; die Machtergreifung ist für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung; die Lösung der Frage: Wer wird siegen — der Kapitalismus oder der Sozialismus? wird eine ziemlich lange Zeitspanne erfordern; der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, das Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle, usw. usw.

Gleichzeitig ging die Delegation der KP Chinas auch einige notwendige Kompromisse ein. Neben der Formulierung der Frage des friedlichen Übergangs waren wir mit dem Hinweis auf den XX. Parteitag der KPdSU nicht einverstanden und legten Abänderungsvorschläge vor. Aber mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in der sich die Führung der KPdSU damals befand, bestanden wir nicht auf diesen Änderungen.

Niemand konnte erwarten, daß diese Zugeständnisse, die wir mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen machten, später von der Führung der KPdSU als Vorwand genommen würden, um die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung zu verschlimmern und Spaltungen herbeizuführen.

Jetzt werden im Offenen Brief des ZK der KPdSU die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU immer wieder mit der Deklaration von 1957 gleichgesetzt, im Versuch, die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung durch die falsche Linie des XX. Parteitags der KPdSU zu ersetzen. Wir haben schon vor langem darauf hingewiesen und halten es jetzt für notwendig, nochmals darauf hinzuweisen: Entsprechend dem Prinzip, daß alle Bruderparteien unabhängig und gleichberechtigt sind, hat niemand das Recht,

von anderen Bruderparteien zu verlangen, die Parteitagebschlüsse oder dergleichen irgendeiner Bruderpartei anzunehmen; und die Beschlüsse eines Parteitags gleich welcher Partei können nicht als die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung aufgefaßt werden und sind für andere Bruderparteien nicht bindend. Nur der Marxismus-Leninismus und die von den Bruderparteien einmütig angenommenen Dokumente sind für uns und alle anderen Bruderparteien bindend und sind die für uns und alle Bruderparteien allgemeingültigen Prinzipien des Handelns.

DIE ENTWICKLUNG DES REVISIONISMUS DER FÜHRERSCHAFT DER KPdSU

Nach der Moskauer Beratung vom Jahr 1957 mit ihrer von allen Bruderparteien einmütig angenommenen Deklaration hofften wir, daß die Führerschaft der KPdSU der in dieser Deklaration festgelegten Linie folgen und ihre Fehler korrigieren würde. Wir bedauern sagen zu müssen, daß, wider unser Erwarten, wider die Erwartungen aller marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die Führer der KPdSU sich immer schwererer Verletzungen der revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten schuldig gemacht haben und immer weiter von der Bahn des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus abgegangen sind. Der Revisionismus der Führerschaft der KPdSU hat sich immer weiter entwickelt. Diese Entwicklung verschärfte die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung und brachte sie auf eine neue Stufe.

In völliger Mißachtung der in der Deklaration von 1957 gemeinsam gezogenen Schlußfolgerung, daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist, haben die Führer der KPdSU mit leidenschaftlichem Eifer die Zu-

sammenarbeit mit den USA-Imperialisten und eine Lösung der Weltfragen durch die Staatschefs der Sowjetunion und der USA gesucht. Besonders vor und nach den Gesprächen in Camp David im September 1959 lobte Chruschtschow Eisenhower in den Himmel und nannte ihn einen Mann, der „das absolute Vertrauen seines Volkes genießt“¹ und „genau wie wir um die Erhaltung des Friedens besorgt ist“². Genossen in der KPdSU machten laute Reklame für den sogenannten „Geist von Camp David“, von dem Eisenhower selbst nichts wissen wollte, und behaupteten, das Treffen in Camp David sei eine „neue Epoche in den internationalen Beziehungen“³ und ein „Wendepunkt in der Geschichte“⁴.

Die Führerschaft der KPdSU kümmerte sich überhaupt nicht um die revolutionäre Linie der Deklaration von 1957, und in den Reden Chruschtschows sowie in Zeitungsartikeln wurde ihre revisionistische Linie der „friedlichen Koexistenz“, des „friedlichen Wettbewerbs“ und des „friedlichen Übergangs“ mächtig propagiert. Die „Vernunft“ und „der gute Wille“ der Imperialisten wurden gepriesen, sie predigten, „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“⁵ könne Wirklichkeit werden, auch wenn noch der größte Teil der Welt der Herrschaft und Kontrolle des Imperialismus untersteht. Es wurde gepredigt, die allgemeine und vollständige Abrüstung könne „für die ökonomische Entwicklung von Asien, Afrika und Lateinamerika eine wahrhaft neue Epoche eröffnen“⁶ usw. usw.

¹ Chruschtschows Rede auf einer Massenkundgebung in Moskau, 28. September 1959

² N. S. Chruschtschow, auf einer Pressekonferenz in Washington, 27. September 1959

³ A. A. Gromyko, Rede in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1959

⁴ Neujahrstelegramm von N. S. Chruschtschow und K. J. Woroschilow an D. D. Eisenhower, 1. Januar 1960

⁵ N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen des Direktors der argentinischen Zeitung „El Clarin“, R. Noble, 30. Dezember 1959

⁶ Chruschtschows Rede in der UNO-Vollversammlung am 18. September 1959

Die Führung der KPdSU hat außerdem viele Bücher und Aufsätze herausgegeben, in denen in einer Reihe von prinzipiellen Fragen der Philosophie, Politökonomie, der Theorie des Sozialismus und Kommunismus, der Geschichte, Literatur und Kunst die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus revidiert, ihrer revolutionären Seele beraubt und revisionistische Ideen verbreitet werden.

Die Führung der KPdSU hat vor keinem Mittel zurückgeschaut, um internationalen demokratischen Organisationen ihre falschen Ansichten aufzuzwingen und die richtige Linie dieser Organisationen zu verändern. Ein hervorstechendes Beispiel war das Vorgehen der sowjetischen Genossen auf der Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbunds im Juni 1960 in Peking.

Die Führung der KPdSU ließ die in der Moskauer Deklaration von 1957 festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern völlig unberücksichtigt und suchte sich mit ihrer zügellosen Tätigkeit gegen China bei den USA-Imperialisten in Gunst zu setzen. Die Führer der KPdSU betrachteten die KP Chinas, die sich auch weiterhin an den Marxismus-Leninismus hielt, als Hindernis bei der Durchführung ihrer revisionistischen Linie. Sie glaubten, ihre internen Probleme wären bereits gelöst und ihre eigene Stellung „festigt“, so daß sie ihre Politik „dem Feind gegenüber entgegenkommend, dem Freund gegenüber unerbittlich“ intensivieren könnten.

Im Jahr 1958 stellte die Führung der KPdSU unbillige Forderungen, um China unter ihre militärische Kontrolle zu bringen. Diese Forderungen wurden von China zu Recht und mit Entschiedenheit abgelehnt. Kurz darauf, im Juni 1959, zerriß die sowjetische Regierung einseitig das zwischen China und der Sowjetunion im Oktober 1957 unterzeichnete Abkommen über neue Technik in der Landesverteidigung und weigerte sich, China das Baumuster einer Atombombe und die technischen Daten zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen.

gemein-
same Rot-
tenkeils Ba-
zifile

Bald darauf, am 9. September, gab die Führung der KPdSU, kurz vor der Reise Chruschtschows nach den USA, trotz mehrmaligen Einspruchs von chinesischer Seite, durch TASS eine übereilte Erklärung über die Vorfälle an der chinesisch-indischen Grenze ab, mit der sie sich auf die Seite der indischen Reaktionäre stellte. Damit brachten die Führer der KPdSU die Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU vor die Weltöffentlichkeit.

Das Zerreißen des Abkommens über neue Technik in der Landesverteidigung und die Erklärung über die Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze waren das Geschenk, das die Führer der KPdSU am Vorabend von Chruschtschows Reise nach den USA Eisenhower darbrachten, um die USA-Imperialisten für sich einzunehmen und den „Geist von Camp David“ ins Leben zu rufen.

Die Führer der KPdSU und die sowjetische Presse richteten auch eine Reihe giftiger Attacken gegen die Innen- wie Außenpolitik der KP Chinas. Bei fast jeder dieser Attacken war Chruschtschow der Anführer. Er ließ durchblicken, daß der sozialistische Aufbau in China ein ganzes „Stadium zu überspringen“ versuche und „gleichmacherischer Kommunismus“ sei¹, und griff die chinesischen Volkskommunen als „in Wirklichkeit reaktionär“² an. In versteckten Anspielungen schmähte er China als kriegslüstern, als des „Abenteurerturns“³ schuldig usw. Nach seiner Rückkehr von den Besprechungen in Camp David ging er sogar so weit, China den amerikanischen Plan von „zwei China“ verkaufen zu wollen, und auf dem Staatsbankett zur Feier des zehnjährigen Gründungstags der Volksrepublik China hielt er China eine Vorlesung, es solle nicht „die Stabilität des kapitalistischen Systems mit Waffengewalt erproben“.

¹ Chruschtschows Rechenschaftsbericht auf dem XXI. Parteitag, Januar 1959

² N. S. Chruschtschow, Gespräch mit dem amerikanischen Senator H. H. Humphrey, 1. Dezember 1958

³ Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, Oktober 1959

Die revisionistische und spalterische Linie der Führung der KPdSU hat in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung große Verwirrung hervorgerufen. Der USA-Imperialismus sollte bereits nicht mehr der schlimmste Feind aller Völker der Welt sein, und Eisenhower wurde von manchen Kommunisten als „Friedensbote“ gefeiert. Der Marxismus-Leninismus und die Moskauer Deklaration von 1957 schienen bereits überholt.

Unter diesen Umständen und um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, die Moskauer Deklaration von 1957 zu wahren und die ideologische Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung zu beseitigen, veröffentlichte die KP Chinas im April 1960 den Artikel „Es lebe der Leninismus!“ und zwei weitere Artikel. Entsprechend unserem konsequenten Standpunkt: Befolgung der Prinzipien und Wahrung der Einheit, legten wir in diesen drei Artikeln nachdrücklich die revolutionären Auffassungen der Deklaration von 1957 und die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus über Imperialismus, über Krieg und Frieden, über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats dar. Die in diesen drei Artikeln vorgebrachten Ansichten sind das gerade Gegenteil der vielen falschen Auffassungen, wie sie von der Führung der KPdSU propagiert wurden. Mit Rücksicht auf höhere Interessen übten wir aber auch damals keine offene Kritik an Genossen der KPdSU, sondern richteten unsere Spitze gegen die Imperialisten und die jugoslawischen Revisionisten.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird der Inhalt von „Es lebe der Leninismus!“ und den beiden anderen Artikeln auf alle mögliche Weise verdreht und angegriffen. Doch fehlt diesen Angriffen jedes überzeugende Argument. Wir möchten fragen: Hätten wir, wie die Dinge damals lagen, über die so verbreiteten falschen Auffassungen und absurden Behauptungen schweigen sollen? Haben wir nicht das Recht und die Pflicht, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen und die Moskauer Deklaration von 1957 zu wahren?

PLÖTZLICHER ÜBERFALL DER FÜHRERSCHAFT DER KPdSU AUF DIE KP CHINAS

Acht Tage nach der Veröffentlichung von „Es lebe der Leninismus!“ und den zwei weiteren Artikeln drang ein Flugzeug der USA vom Typ U-2 in den Luftraum der Sowjetunion ein, und durch die Schuld der USA kam die Gipfelkonferenz der vier Großmächte nicht zustande. Damit war auch der sogenannte „Geist von Camp David“ dahin. Die Entwicklung der Ereignisse hatte somit die volle Richtigkeit unserer Argumente bewiesen.

Dem Erzfeind gegenüber war es für die Parteien Chinas und der Sowjetunion sowie die Bruderparteien der ganzen Welt dringend notwendig, die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, ihre Einheit zu festigen und geschlossen gegen den Feind anzutreten. Aber die Dinge entwickelten sich ganz gegen alle Erwartungen: Im Sommer 1960 wurden die Differenzen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung verbreitert, gegen die Kommunistische Partei Chinas wurde eine riesige Hetzkampagne angekurbelt, und die Führung der KPdSU dehnte die ideologischen Meinungsverschiedenheiten der Parteien Chinas und der Sowjetunion auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus.

Anfang Juni 1960 schlug das ZK der KPdSU vor, die Gelegenheit des III. Parteitags der Arbeiterpartei Rumäniens, der für Juni in Bukarest geplant war, zu einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und zum Meinungsaustausch über die internationale Lage nach dem Fehlschlag der Gipfelkonferenz der vier Großmächte durch die Schuld der USA zu benutzen. Die Kommunistische Partei Chinas war mit der Idee einer so eilig einberufenen Beratung nicht einverstanden, ebenso wenig wie mit der Idee einer Beratung nur von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten. Wir machten den positiven Vorschlag, eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiter-

parteien der Welt einzuberufen, und betonten, daß gründliche Vorbereitungen nötig wären, um eine solche internationale Beratung zu einem Erfolg zu machen. Unser Vorschlag fand die Zustimmung der KPdSU. Beide Parteien erklärten sich einverstanden, daß die am III. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens teilnehmenden Vertreter der Bruderparteien zur Vorbereitung dieser internationalen Konferenz zuerst nur über Zeit und Ort der Konferenz ihre Meinung austauschen, aber keine Beschlüsse fassen sollten.

In Bukarest jedoch brachen die Führer der KPdSU urplötzlich ihr Wort und, statt die Spitze ihres Kampfes gegen den USA-Imperialismus zu richten, machten sie einen Überraschungsangriff auf die KP Chinas.

Die Bukarester Beratung von Vertretern der Bruderparteien fand vom 24. bis 26. Juni statt. Die in dem Offenen Brief des ZK der KPdSU enthaltene Beschreibung dieser Beratung als „kameradschaftliche Hilfe“ für die KP Chinas ist eine platte Lüge.

In Wirklichkeit hatte die von Chruschtschow geleitete Delegation der KPdSU am Vorabend der Konferenz ein Informationsschreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 21. Juni unter die Vertreter einiger Bruderparteien verteilt und anderen vorgelesen. In diesem Schreiben wurde die KP Chinas in allen Belangen grundlos verleumdet und angegriffen. Dieses Schreiben war das Antichinaprogramm der Führerschaft der KPdSU.

Auf der Beratung übernahm Chruschtschow die Führung, um den allseitigen Angriff auf die Kommunistische Partei Chinas zu organisieren. In seiner Rede beschimpfte Chruschtschow die KP Chinas als „Wahnsinnige“, als „begierig, einen Krieg zu entfesseln“, als Leute, die „die Fahne der imperialistischen Monopolbourgeoisie erhoben haben“, in der chinesisch-indischen Grenzfrage „rein nationalistisch“ aufzutreten und gegen die KPdSU mit „trotzkistischen Methoden“ vorgingen. Manche Vertreter von Bruderparteien, den Winken Chruschtschows gehorsam, folgten ihm mit einem Großangriff

auf die KP Chinas, wobei sie mit Bezeichnungen wie „Dogmatiker“, „linke Abenteurer“, „Pseudorevolutionäre“, „Sektierer“ und „schlimmer als Jugoslawien“ usw. usf. um sich warfen.

Die auf jener Beratung von Chruschtschow angekurbelte Hetzkampagne gegen China war auch für viele Bruderparteien ein Überfall. Die Vertreter einer Reihe von marxistisch-leninistischen Bruderparteien waren mit dieser falschen Handlungsweise der Führerschaft der KPdSU nicht einverstanden.

Auf dieser Beratung weigerte sich die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, dem von der Führung der KPdSU geschwungenen Befehlsstab zu gehorchen, und trat entschieden gegen deren sektiererische Tätigkeit auf. Daraufhin war die Partei der Arbeit Albaniens den Führern der KPdSU ein Dorn im Auge. Die Schritte, die sie danach gegen die Partei der Arbeit Albaniens unternahmen, wurden immer drastischer.

Kann man einen so abscheulichen Angriff, wie ihn die Führer der KPdSU auf die KP Chinas unternahmen, etwa „kameradschaftliche Hilfe“ nennen? Natürlich nicht. Das war eine von den Führern der KPdSU wohlvorbereitete chinafeindliche Inszenierung, ein ernster und grober Verstoß gegen die Prinzipien, wie sie in der Deklaration von 1957 für die Beziehungen zwischen Bruderparteien festgelegt worden waren. Es war die Großoffensive der durch die Führer der KPdSU vertretenen Revisionisten gegen eine marxistisch-leninistische Partei.

Unter diesen Umständen beantwortete die KP Chinas, zur Wahrung der marxistisch-leninistischen Positionen und der in der Deklaration festgelegten Prinzipien für die Beziehungen der Bruderparteien, jeden Schlag der Führer der KPdSU mit einem Gegenschlag. Mit Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen unterzeichnete die Delegation der KP Chinas auf der Konferenz in Bukarest das Kommuniqué der Konferenz und veröffentlichte zugleich, auf Anweisung des ZK der KP Chinas, am 26. Juni 1960 eine schriftliche Erklärung. Die Delegation der KP Chinas wies in dieser Erklärung darauf hin, welch äußerst bedenklichen Präzedenzfall Chruschtschow

mit seiner Handlungsweise auf dem Treffen in Bukarest für die internationale kommunistische Bewegung geschaffen hatte. Die Delegation erklärte feierlich:

„Es bestehen Differenzen zwischen uns und Genossen Chruschtschow in einer Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus.“ „Das Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch die Forderungen und Kämpfe der Völker und dadurch bestimmt, daß sie sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt; es wird nie und niemals vom Befehlsstab gleich welchen Mannes entschieden werden.“ „Unsere Partei glaubt und folgt nur der Wahrheit des Marxismus-Leninismus und wird sich niemals vor falschen Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, beugen.“

(Siehe Anhang II)

Die Führer der KPdSU fanden sich nicht damit ab, daß sie sich in Bukarest die KP Chinas nicht gefügig machen konnten. Anschließend an das Bukarester Treffen dehnten die Führer der KPdSU die ideologischen Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU durch eine Reihe von Schritten auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus, um weiteren Druck auf China auszuüben.

Im Juli beschloß die Sowjetregierung plötzlich einseitig, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen, und zerriß damit Hunderte von Abkommen und Kontrakten. Einseitig wurde von sowjetischer Seite her das beiderseitige Abkommen über die Herausgabe der Zeitschrift „Drushba“ durch China und der Zeitschrift „Sowjetisch-Chinesische Freundschaft“ durch die Sowjetunion sowie über deren Vertrieb annulliert, ohne Grund wurde von der chinesischen Regierung die Abberufung eines Mitarbeiters der chinesischen Botschaft in der Sowjetunion verlangt, und an der chinesisch-sowjetischen Grenze wurden Unruhen provoziert.

Anscheinend meinten die Führer der KPdSU, sie brauchten nur ihren Befehlsstab zu schwingen, eine Bande Rowdys für ein Kesseltreiben zu sammeln und mächtigen politischen und wirtschaftlichen Druck anzuwenden, um die KP Chinas zu zwingen, von deren marxistisch-leninistischem, proletarisch-internationalistischem Standpunkt abzugehen und sich ihren revisionistischen und großmacht-chauvinistischen Befehlen zu unterwerfen. Aber die langerprobte und gestählte Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk ließen sich weder niederschlagen noch unterwerfen. Diejenigen, die sich einbildeten, sie könnten uns durch eine gesteuerte Einkreisung und durch Unterdrucksetzung in die Knie zwingen, hatten sich völlig verrechnet.

Die Einzelheiten der von den Führern der KPdSU in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion begangenen Sabotage werden wir in anderen Artikeln eingehend behandeln. Hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß der Offene Brief des ZK der KPdSU China einerseits völlig fälschlich beschuldigt, die ideologischen Differenzen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ausgedehnt und den Handel zwischen den beiden Ländern abgebaut zu haben, und andererseits absichtlich die Tatsachen verschweigt, daß die Sowjetregierung selbst alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückerrief und einseitig Hunderte von Abkommen und Kontrakten zerriß, und daß es gerade diese einseitigen Aktionen der Sowjetunion waren, die den Rückgang des Handels zwischen China und der Sowjetunion verursachten. Daß die Führerschaft der KPdSU ihre Parteimitglieder und das Sowjetvolk so unverschämt betrügt, ist wirklich traurig.

KAMPF ZWEIER LINIEN AUF DER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN VON 1960

In der zweiten Hälfte des Jahres 1960 entbrannte in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung ein

heißer Kampf rund um die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es war ein Kampf zwischen der Linie des Marxismus-Leninismus und der Linie des Revisionismus, zwischen der Politik der Einhaltung der Prinzipien und Wahrung der Einheit einerseits und der Politik der Preisgabe der Prinzipien und Spaltung andererseits.

Schon vor der Beratung der Bruderparteien gab es allerlei Anzeichen, daß die Führer der KPdSU hartnäckig auf ihrem falschen Standpunkt bestanden und bemüht waren, der internationalen kommunistischen Bewegung ihre eigene falsche Linie aufzuzwingen.

Die Kommunistische Partei Chinas nahm diese Differenzen sehr ernst. Im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung machten wir große Anstrengungen und hofften, die Führer der KPdSU würden nicht zu weit auf ihrem falschen Weg weitergehen.

Am 10. September 1960 beantwortete das ZK der KP Chinas das Informationsschreiben des ZK der KPdSU vom 21. Juni. In dieser Antwort, die die Tatsachen klarstellte und alles gründlich argumentierte, wurde der Standpunkt des ZK der KP Chinas systematisch anhand einer Reihe wichtiger, grundsätzlicher Fragen der Weltlage und der internationalen kommunistischen Bewegung erläutert. Die Angriffe der Führung der KPdSU auf uns wurden zurückgewiesen, ihre falschen Ansichten wurden kritisiert, wobei dem ZK der KPdSU auch noch, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, fünf positive Vorschläge unterbreitet wurden. (Über diese fünf Vorschläge siehe Anhang III)

Im Anschluß daran entsandte das ZK der KP Chinas im September eine Delegation nach Moskau, um mit der Delegation der KPdSU zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen wies die Delegation der KP Chinas darauf hin, daß die Führer der KPdSU den USA-Imperialismus beschönigten, während sie China mit Schmähungen bedachten, womit sie die ideologischen Differenzen beider Parteien auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertrugen und Feinde wie Brüder, Brüder wie

Feinde behandelten. Immer wieder ermahnte die Delegation der KP Chinas die Führer der KPdSU, ihren falschen Standpunkt zu ändern und zu den Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten zurückzukehren, die Einheit zwischen den Parteien Chinas und der Sowjetunion und den beiden Staaten zu festigen, und so den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Aber die Führer der KPdSU zeigten nicht die mindeste Bereitschaft, ihre Fehler zu korrigieren.

Ein heftiger Kampf wurde dadurch unvermeidlich. Dieser Kampf begann vorerst im Redaktionsausschuß, in dem die Vertreter von sechszwanzig Bruderparteien saßen, und der die Dokumente für die Beratung der Bruderparteien vorbereitete. Danach erreichte der Kampf auf der Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien beispiellose Heftigkeit.

Bei den Sitzungen des Redaktionsausschusses in Moskau im Oktober versuchten die Führer der KPdSU, ihren eigenen Entwurf für die Erklärung der Beratung durchzudrücken, der eine ganze Reihe falscher Ansichten enthielt. Dank dem prinzipienfesten Kampf der Delegationen der KP Chinas und einiger anderer Bruderparteien nahm der Redaktionsausschuß nach hitziger Debatte eine Reihe wichtiger und prinzipieller Abänderungen an dem von der KPdSU vorgelegten Erklärungsentwurf vor. In den meisten Punkten des Erklärungsentwurfes wurde Übereinstimmung erreicht. Aber in ihrem Bestreben, die Debatte fortzusetzen, lehnten die Führer der KPdSU ein Übereinkommen über einige noch ausstehende wichtige Differenzen ab, und als Chruschtschow von New York zurückkehrte, verwarf er sogar die bereits getroffenen Vereinbarungen zu manchen Fragen.

Im November 1960 fand die Beratung der einundachtzig Bruderparteien in Moskau statt. Ohne den Wunsch der Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und vieler anderer Bruderparteien nach Beilegung der Differenzen und Festigung der Einheit zu berücksichtigen, verteilte die Führung der KPdSU am Vorabend der Beratung unter den

in Moskau versammelten Vertretern der Bruderparteien einen Brief von über 60 000 Wörtern, in dem die Kommunistische Partei Chinas noch wüster als je angegriffen wurde. Damit wurde ein noch schärferer Streit provoziert.

In einer derart anormalen Atmosphäre tagte also die Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien. Durch ihre verabscheuungswürdige Handlungsweise brachten die Führer der KPdSU die Beratung an den Rand des Abbruchs. Da sich jedoch die Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und einiger anderer Bruderparteien zu den Prinzipien bekannten, standhaft kämpften und die Einheit aufrechterhielten, da auch die Mehrheit der Delegationen der Bruderparteien für Einheit und gegen Spaltung waren, wurde auf dieser Beratung letzten Endes Übereinstimmung erzielt und positive Resultate gezeitigt.

In seinem Offenen Brief hat das ZK der KPdSU erklärt, daß die Delegation der KP Chinas auf dieser Beratung „die Erklärung erst unterzeichnete, als die Gefahr ihrer völligen Isolierung drohte“. Auch das ist eine Lüge.

Wie verhielten sich die Dinge wirklich?

Die Führung der KPdSU hatte tatsächlich vor und während der Beratung eine Anzahl von Vertretern der Bruderparteien dazu angestiftet, die Kommunistische Partei Chinas durch Angriffe einzukreisen. Ganz unverhohlen wurde versucht, durch eine sogenannte Mehrheit die Delegation der Kommunistischen Partei Chinas und die Delegationen anderer marxistisch-leninistischer Bruderparteien zu erdrücken und sie zur Annahme der revisionistischen Linie und des revisionistischen Standpunkts der Führung der KPdSU zu zwingen. Aber sowohl im Redaktionsausschuß der sechszwanzig Bruderparteien als auch auf der Beratung der Vertreter von einundachtzig Bruderparteien waren die Gewaltmethoden der sowjetischen Führer zum Scheitern verurteilt.

Tatsache ist, daß viele der falschen Ansichten im Erklärungs-entwurf der Führung der KPdSU abgelehnt wurden. Hier einige Beispiele:

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die friedliche Koexistenz und der wirtschaftliche Wettbewerb seien die Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten, wurde abgelehnt.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, daß durch die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb eine neue Etappe in der allgemeinen Krise des Kapitalismus hervorgerufen wird, wurde abgelehnt.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU von der immer größeren Möglichkeit des friedlichen Übergangs wurde abgelehnt.

Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen ein „Einzelgängertum“ der sozialistischen Länder, die in Wirklichkeit gegen die Politik der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau in erster Linie auf die eigene Kraft zu verlassen, gerichtet ist, wurde abgelehnt.

Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen sogenannte „Cliquentätigkeit“ und „Fraktionstätigkeit“ innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung wurde abgelehnt. In Wirklichkeit wurden damit von den Bruderparteien Gehorsam dem Befehlsstab der Führung der KPdSU gegenüber und Verzicht auf das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Bruderparteien sowie auf das Prinzip der Einstimmigkeit durch Konsultationen, an deren Stelle die Praxis der Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit treten sollte, gefordert.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die die ernste Gefahr des modernen Revisionismus unterschätzte, wurde abgelehnt.

Tatsache ist, daß viele richtige Ansichten, die von der Delegation der KP Chinas und den Delegationen anderer Bruderparteien zu wichtigen prinzipiellen Fragen vorgebracht

wurden, in der Erklärung Aufnahme fanden. Die Ansichten, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hat; daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist; daß gegen den USA-Imperialismus die breiteste Einheitsfront errichtet werden muß; daß die nationale Befreiungsbewegung ein wichtiger Faktor bei der Verhütung eines Weltkriegs ist; daß die national-demokratische Revolution in den neuen unabhängigen Ländern resolut zu Ende geführt werden muß; daß die sozialistischen Staaten und die internationale Arbeiterbewegung den nationalen Befreiungskampf unterstützen müssen; daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in bestimmten entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des USA-Imperialismus stehen, den Hauptstoß gegen diese Herrschaft sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die die Interessen der Nation verraten, richten müssen; daß unter Bruderparteien das Prinzip gelten muß, durch Konsultationen zur Übereinstimmung zu gelangen; daß der Revisionismus, der den Marxismus-Leninismus seines revolutionären Geistes beraubt, bekämpft werden muß; daß die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens am Marxismus-Leninismus Verrat geübt haben, usw. — all diese Ansichten wurden durch Annahme der Meinungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen einiger anderer Bruderparteien in die Erklärung aufgenommen.

Natürlich muß man auch erwähnen, daß auch die Delegation der KP Chinas und die Delegationen einiger anderer Bruderparteien gewisse Zugeständnisse machten, nachdem die Führer der KPdSU damit einverstanden waren, ihre falschen Ansichten fallen zu lassen und die richtigen Ansichten der Bruderparteien anzunehmen. So zum Beispiel gingen unsere Meinungen über die Frage des XX. Parteitags der KPdSU und über die Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinander, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der KPdSU und einiger anderer Bruderparteien

gaben wir unsere Zustimmung, in diesen zwei Fragen die gleiche Formulierung wie in der Deklaration von 1957 zu gebrauchen. Aber schon damals teilten wir der Führung der KPdSU in bezug auf die Formulierung über den XX. Parteitag der KPdSU mit, daß wir nur noch diesmal Rücksicht nähmen, in Zukunft aber eine solche Rücksicht nicht mehr nehmen würden.

All diese Tatsachen zeigen, daß sich der Kampf der beiden Linien in der internationalen kommunistischen Bewegung von Anfang bis Ende durch die Moskauer Beratung von 1960 hindurchzog. Die Fehler der Führung der KPdSU, die auf dieser Beratung zutage traten, waren noch schlimmer als früher geworden. Aus dem Erklärungsentwurf, den die Führer der KPdSU vorlegten, und aus ihren Ansprachen auf dieser Beratung war deutlich zu ersehen, daß die falsche Linie, die die Führer der KPdSU den Bruderparteien aufzwingen wollten, politisch hauptsächlich in solch falschen Auffassungen wie „friedliche Koexistenz“, „friedlicher Wettbewerb“ und „friedlicher Übergang“ bestand, während diese Linie organisatorisch auf der falschen Politik des Sektierertums und des Spaltertums beruhte. Es war eine revisionistische Linie, die dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus zuwiderlief. Die Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und anderer Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, stellten sich entschieden gegen diese Linie und verteidigten entschlossen die Linie des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Das Ergebnis des Kampfes auf dieser Beratung war, daß die revisionistische Linie und die revisionistischen Anschauungen der Führer der KPdSU im wesentlichen zurückgewiesen wurden, und daß die marxistisch-leninistische Linie einen großen Sieg errang. Die revolutionären Prinzipien, die in der auf dieser Beratung angenommenen Erklärung festgelegt wurden, sind für die Bruderparteien der ganzen Welt eine scharfe Waffe im Kampf gegen den Imperialismus, für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und

den Sozialismus, gleichzeitig auch eine scharfe Waffe für die Marxisten-Leninisten aller Länder in ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Auf dieser Beratung übten die Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, strenge Kritik an einer Reihe falscher Auffassungen der Führung der KPdSU und zwangen sie, viele korrekte Vorschläge der Bruderparteien anzunehmen. Damit änderte sich die völlige anormale Situation, wonach nicht die geringste Kritik an den Fehlern der Führer der KPdSU zugelassen war und deren Wort als endgültig galt. Das war ein Ereignis von großer historischer Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, die Delegation der KP Chinas sei auf dieser Beratung in „völlige Isolierung“ geraten. Das ist ein unverschämter Versuch der Führer der KPdSU, den Schlag ins Gesicht, den sie sich selbst versetzt hatten, als Sieg auszudeuten.

Auf dieser Beratung wurden das Prinzip der Solidarität, das Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung von Bruderparteien, das Prinzip, Einmütigkeit durch Beratungen zwischen den Bruderparteien zu erreichen, in die Praxis umgesetzt, während die Versuche der Führer der KPdSU, sich die Minderheit mit Berufung auf die Mehrheit zu unterwerfen und den Bruderparteien ihre eigenen Ansichten aufzuzwingen, zum Scheitern gebracht wurden. Diese Beratung zeigte erneut, daß es für marxistisch-leninistische Parteien unumgänglich notwendig ist, bei der Beilegung von Differenzen zwischen Bruderparteien den Prinzipien treu zu bleiben, im Kampf beharrlich zu sein und die Einheit zu wahren.

DER REVISIONISMUS DER FÜHRUNG DER KPdSU WIRD ZUM SYSTEM

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß „die Führer der KP Chinas, als sie ihre Unterschrift unter die Er-

klärung vom Jahre 1960 setzten, nur manövrierten“. Verhält sich das tatsächlich so? Nein! Gerade im Gegenteil, nicht wir, sondern die Führung der KPdSU manövrierte.

Eine Reihe von Tatsachen zeigt, daß den Führern der KPdSU auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 das Einverständnis mit der Abänderung der in ihrem Erklärungsentwurf enthaltenen falschen Thesen abgenötigt wurde. Sie nahmen auch nicht aufrichtig die korrekten Ansichten der Bruderparteien an. Die Führer der KPdSU zeigten nicht die geringste Achtung für das von den Bruderparteien einmütig angenommene Dokument. Kaum war die Tinte auf den Unterschriften unter der Erklärung von 1960 trocken geworden, begannen die Führer der KPdSU, diese Erklärung zu sabotieren. Chruschtschow unterzeichnete am 1. Dezember im Namen des ZK der KPdSU. 24 Stunden später sprach derselbe Chruschtschow auf dem Bankett zu Ehren der Delegationen der Bruderparteien aller Länder von Jugoslawien als einem sozialistischen Staat und verstieß damit gegen die Vereinbarung zwischen den Bruderparteien.

Nach der Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien wurde die Führung der KPdSU immer unverfrorener in ihrer Sabotage gegen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960. Einerseits behandelte die Führung der KPdSU den USA-Imperialismus, der in der Erklärung von 1960 als Feind aller Völker verurteilt wurde, als ihren Freund, befürwortete die „Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion“ und erklärte sich bereit, gemeinsam mit Kennedy „dauerhafte Brücken des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft zu bauen“.¹ Andererseits behandelte sie einige Bruderparteien und Bruderstaaten wie Feinde und verschlechterte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien drastisch.

¹ Glückwunschtelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy anlässlich des 185. Jahrestages der Unabhängigkeit der USA, 4. Juli 1961

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 trieb die Führung der KPdSU ihre Hetzkampagne gegen den Marxismus-Leninismus, zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu einem neuen Höhepunkt voran. Das war ein Meilenstein in der völligen Systematisierung des Revisionismus, den die Führung der KPdSU seit dem XX. Parteitag allmählich entwickelt hatte.

Auf diesem Parteitag startete die Führung der KPdSU einen massiven, offenen Angriff gegen die Partei der Arbeit Albaniens. In seiner Rede rief Chruschtschow sogar offen zum Sturz der führenden Genossen Enver Hoxha und Mehmet Shehu auf. Damit schuf die Führung der KPdSU den traurigen Präzedenzfall, daß der Parteitag einer Partei zu offenen Angriffen auf Bruderparteien benutzt wurde.

Auf diesem Parteitag vollbrachte die Führerschaft der KPdSU auch die Großtat einer erneuten konzentrierten Angriffs auf Stalin, acht Jahre nach dem Tod Stalins und fünf Jahre nach der endgültigen Ablehnung seiner Verdienste auf dem XX. Parteitag der KPdSU.

Letzten Endes tat dies die Führung der KPdSU, um die Deklaration und Erklärung über Bord zu werfen, sich gegen den Marxismus-Leninismus zu stellen und auf eine systematisch revisionistische Linie einzuschwenken.

Das neue Programm der KPdSU, das auf diesem Parteitag bestätigt wurde, war der konzentrierte Ausdruck des Revisionismus der Führung der KPdSU.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß die Linie des XXII. Parteitags der KPdSU „auf den Beratungen der Vertreter der kommunistischen Parteien gebilligt und in der Deklaration sowie der Erklärung zum Ausdruck gebracht wurde“. Ist das von der Führung der KPdSU nicht sehr nachlässig gesagt? Wie kann man behaupten, daß ein Ereignis des Jahres 1961 auf den Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahr 1960 und sogar 1957 „gebilligt“ und „zum Ausdruck gebracht“ wurde?

Abgesehen von derart lächerlichem Selbstlob müssen wir uns zuerst darüber klarwerden, was für ein Ding das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU gebilligte Programm der KPdSU eigentlich ist.

Selbst bei flüchtigem Studium des Programms der KPdSU und Chruschtschows Berichts dazu ist es nicht schwer festzustellen, daß die Führung der KPdSU ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt hat, das den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung völlig widerspricht.

Dieses Programm steht in vielen wichtigen, prinzipiellen Fragen zu der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 in Widerspruch. Viele falsche Ansichten der Führung der KPdSU, die auf den Beratungen der Bruderparteien im Jahre 1960 zurückgewiesen wurden, tauchen im Programm der KPdSU erneut auf. Um Beispiele zu nennen: Die friedliche Koexistenz wird als das Hauptprinzip der Außenpolitik bezeichnet, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs wird einseitig betont, die Richtlinie der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigene Kraft zu verlassen, wird als „Einzelgängertum“ verurteilt usw.

Durch dieses Programm wird die falsche Linie der Führung der KPdSU seit ihrem XX. Parteitag immer mehr in ein System gebracht. Den Hauptinhalt dieses Programms bilden die sogenannte „friedliche Koexistenz“, der „friedliche Wettbewerb“ und der „friedliche Übergang“.

In diesem Programm wird die Lehre über die proletarische Revolution, über die Diktatur des Proletariats und die Partei des Proletariats — der Kern des Marxismus-Leninismus — aufs grösste revidiert und erklärt, daß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion bereits nicht mehr notwendig sei, daß sich der Charakter der KPdSU als Vortrupp des Proletariats bereits geändert habe. Im Programm wird die absurde These über den „Staat des ganzen Volkes“ und „die Partei des ganzen Volkes“ aufgestellt.

In diesem Programm wird die marxistisch-leninistische Lehre über den Klassenkampf durch den Humanismus, und das Ideal des Kommunismus durch die bürgerlichen Losungen: „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“, ersetzt.

Dieses Programm richtet sich gegen die Revolution der zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, die immer noch unter dem imperialistischen und kapitalistischen System leben. Es hindert das andere Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, das bereits den Weg des Sozialismus gegangen ist, an der Durchführung der Revolution bis zum Endsieg. Es ist ein revisionistisches Programm für die Beibehaltung und Restauration des Kapitalismus.

Die Kommunistische Partei Chinas ist entschieden gegen die Fehler des XXII. Parteitags der KPdSU aufgetreten. Genosse Tschou En-lai, der Leiter der Delegation der KP Chinas zu diesem Parteitag, legte bereits in seiner Ansprache den Standpunkt unserer Partei dar und übte auch bei späteren Gesprächen mit Chruschtschow und anderen Führern der KPdSU offene Kritik an den Fehlern der Führung der KPdSU.

Beim Gespräch mit der Delegation der KP Chinas lehnte Chruschtschow Kritik und Ratschläge der Delegation der KP Chinas rundweg ab und gab sogar offen zu, die parteifeindlichen Elemente innerhalb der KP Chinas zu unterstützen. In unverhohlener Weise stellte Chruschtschow fest, daß die Führer der KPdSU die Hilfe der Bruderparteien noch brauchten, als sie nach dem XX. Parteitag der KPdSU begannen, einen anderen Weg als den Stalins zu gehen, und zwar den revisionistischen Weg. „Damals“, sagte er, „war die Stimme der KP Chinas für uns von großer Bedeutung.“ „Aber nun hat sich die Lage geändert“, „jetzt geht es uns besser“, „wir wollen unseren eigenen Weg gehen.“

Diese Worte Chruschtschows zeigen, daß die Führung der KPdSU bereits entschlossen ist, weiter auf dem revisionistischen und spalterischen Weg abzugleiten. Die verschiedenen kameradschaftlichen Ratschläge der Kommunistischen Partei Chinas wurden überhaupt nicht berücksichtigt, die Führung

der KPdSU hat auch nicht im entferntesten die Absicht gezeigt, sich zu bessern.

EINE STRÖMUNG GEGEN DEN MARXISMUS-LENINISMUS, DIE DIE INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG SPALTET

Der Offene Brief des ZK der KPdSU will die Leute glauben machen, die Führerschaft der KPdSU hätte nach dem XXII. Parteitag „neue Versuche zur Normalisierung der Beziehungen mit der KP Chinas“ und zur Festigung der Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten unternommen.

Das ist eine weitere Lüge.

Was ist denn der Sachverhalt?

Um ihre eigene systematisch revisionistische Linie, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderläuft, durchzusetzen, hat die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag tatsächlich noch willkürlicher gegen die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten verstoßen und eine Politik des Großmacht-Chauvinismus, des Sektierer- und Spaltertums verfolgt. Das hat eine weitere Verschlechterung in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion mit sich gebracht und die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten schwer geschädigt.

Die folgenden sind die wichtigsten Tatsachen, wie die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag die Einheit Chinas mit der Sowjetunion, die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten zerstört hat:

Erstens: Die Führer der KPdSU haben versucht, ihre eigene falsche Linie der internationalen kommunistischen Bewegung mit Gewalt aufzuzwingen und die Deklaration und die Erklärung durch ihr eigenes revisionistisches Programm zu ersetzen. Ihre eigene falsche Linie beschreiben sie als „die Gesamtheit der leninistischen Politik in der internationalen kommunisti-

schen Bewegung der letzten Jahre“,¹ ihr revisionistisches Programm nennen sie „ein wahres Kommunistisches Manifest unserer Epoche“² und „das gemeinsame Programm“ der „kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Völker der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“³.

Jede Bruderpartei, die die falsche Linie und das falsche Programm der Führung der KPdSU zurückweist, die sich an die marxistisch-leninistischen Grundtheorien und die revolutionären Prinzipien der Deklaration und Erklärung hält, wird von der Führung der KPdSU als Feind betrachtet, den man mit allen Mitteln bekämpfen, angreifen und schädigen kann, dessen Führung man zu stürzen sucht.

Zweitens: Die Führung der KPdSU scheute nicht davor zurück, die diplomatischen Beziehungen mit dem sozialistischen Albanien abubrechen, eine Handlungsweise, die in den Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten beispiellos ist.

Drittens: Die Führung der KPdSU übt weiter Druck auf China aus und fährt mit heimtückischen Angriffen auf die Kommunistische Partei Chinas fort. In seinem Brief vom 22. Februar 1962 an das ZK der KP Chinas klagte das ZK der KPdSU uns an, einen „besonderen Standpunkt“ zu vertreten, eine andere Linie als die gemeinsame Richtlinie der übrigen Bruderparteien zu verfolgen, und rechnete uns auch unsere Unterstützung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens als Verbrechen an. Als Vorbedingung für die Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen wollten die Führer der KPdSU die Kommunistische Partei Chinas

¹ J. Andropow, „Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“, „Prawda“ vom 2. Dezember 1961

² N. S. Chruschtschow, Rede auf der Konferenz der landwirtschaftlichen Funktionäre Usbekistans und anderer Unionsrepubliken, 16. November 1961

³ „Die Einheit und Geschlossenheit vervielfacht die Kraft des Kommunismus“, Leitartikel der „Prawda“ vom 25. August 1961

zwingen, ihren marxistisch-leninistischen und proletarisch-internationalistischen Stand aufzugeben, die von ihr stets eingehaltene und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und Erklärung entsprechende Linie aufzugeben und die falsche Linie der Führung der KPdSU wie auch ihre Verstöße gegen die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten als eine bereits vollzogene Tatsache anzunehmen. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird mit seinen Briefen an das ZK der KP Chinas während dieser Periode geprahlt, sowie damit, daß sich Chruschtschow im Oktober 1962 dem chinesischen Botschafter in der Sowjetunion gegenüber für die Geschlossenheit ausgesprochen hätte, usw. In Wirklichkeit waren das aber alles nur Mittel, um ihren schändlichen Zweck zu erreichen.

Viertens: Das ZK der KPdSU wies den Vorschlag der Bruderparteien Indonesiens, Vietnams und Neuseelands ab, eine Beratung von Vertretern aller Bruderparteien einzuberufen, ebenso die fünf positiven Vorschläge zu Vorbereitungen für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien, die im Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 7. April 1962 enthalten waren. Im Antwortschreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 31. Mai 1962 wurde sogar als Vorbedingung für die Verbesserung der sowjetisch-albanischen Beziehungen und als Vorbedingung für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien gefordert, die albanischen Genossen müßten ihren Standpunkt aufgeben.

Fünftens: Im April und Mai 1962 entfaltete die Führerschaft der KPdSU, in der Gegend um Ili, mit Hilfe ihrer Organe und ihres Personals im chinesischen Gebiet Sinkiang, eine breite subversive Tätigkeit, bei der Zehntausende chinesischer Staatsbürger in die Sowjetunion gelockt oder unter Zwang hinübergebracht wurden. Trotz wiederholten Protesten und Vorstellungen der chinesischen Regierung hat es die sowjetische Regierung unter dem Vorwand der „sowjetischen

Gesetzlichkeit“¹ und „Humanität“² abgelehnt, diese chinesischen Staatsbürger zu repatriieren. Diese Angelegenheit ist bis heute noch nicht erledigt. Das ist ein wirklich erstaunlicher, in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern unerhörter Vorfall.

Sechstens: Im August 1962 informierte die sowjetische Regierung China offiziell, die Sowjetunion würde mit den USA ein Abkommen zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen abschließen. Das war ein Komplott der Sowjetunion und der USA, um ihr Kernwaffenmonopol zu erhalten und China des Rechts zu berauben, sich Kernwaffen zur Verteidigung gegen die nuklearen Drohungen der USA zu verschaffen. Die chinesische Regierung legte dagegen wiederholt Protest ein.

Siebtens: Die Führerschaft der KPdSU ist immer eifriger darauf bedacht, mit den USA-Imperialisten politische Geschäfte zu machen. Ihr ganzes Trachten ist, mit Kennedy ein reaktionäres Bündnis einzugehen, sie scheuen sich nicht, die Interessen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu opfern. Ein hervorstechendes Beispiel dafür ist der Fehler der Führerschaft der KPdSU, den sie mit ihrer Kapitulation während der Krise im Karibischen Meer beging, als sie sich vor der nuklearen Erpressungspolitik des USA-Imperialismus beugte und die Forderung der USA-Regierung nach „internationaler Inspektion“ annahm, obwohl das eine Verletzung der Souveränität Kubas darstellte.

Achtens: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger dabei, mit den indischen Reaktionären gemeinsame Sache zu machen. Sie sind nach Kräften bemüht, mit Nehru ein reaktionäres Bündnis gegen das sozialistische China einzugehen. Die Führer der KPdSU und ihre Presse haben sich offen auf die Seite der indischen Reaktionäre gestellt, China für seinen gerechten Stand im chinesisch-indischen Grenzkonflikt verurteilt und

¹ Memorandum, das dem chinesischen Außenministerium von der Sowjetbotschaft in China am 9. August 1962 überreicht wurde

² Memorandum, das dem chinesischen Außenministerium von der Sowjetbotschaft in China am 29. April 1962 überreicht wurde

die Nehru-Regierung in Schutz genommen. Zwei Drittel der wirtschaftlichen Hilfe, die die Sowjetunion Indien gewährt hat, datieren nach dem Zeitpunkt, an dem die indischen Reaktionen die chinesisch-indischen Grenzzusammenstöße provozierten. Selbst nachdem die bewaffneten Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze im Herbst 1962 bereits ein riesiges Ausmaß angenommen hatten, gab die Führerschaft der KPdSU Indien auch weiterhin militärische Hilfe.

Neuntens: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger bemüht, mit der jugoslawischen Tito-Clique gemeinsame Sache zu machen, sie trachten nach einem reaktionären Bündnis mit dem Verräter Tito gegen alle marxistisch-leninistischen Parteien. Nach ihrem XXII. Parteitag unternahm die Führerschaft der KPdSU eine Reihe von Schritten, um die Tito-Clique zu rehabilitieren, und zerriß so ganz offen die Erklärung von 1960.

Zehntens: Seit November 1962 haben die Führer der KPdSU noch heftigere weltweite Angriffe gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien unternommen und eine neue widrige Strömung zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung erzeugt. Chruschtschow hielt eine Rede nach der anderen, die sowjetische Presse veröffentlichte Hunderte von langen Artikeln, die in einer ganzen Reihe von Fragen die KP Chinas angriffen. Unter dem Diktat der Führer der KPdSU wurden die Parteitage der Bruderparteien in fünf Ländern — Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Italien und DDR — zur Bühne für chinafeindliche Ausfälle, und über 40 Bruderparteien veröffentlichten Beschlüsse, Erklärungen und Artikel, die gegen die KP Chinas und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu Felde zogen.

Die hier angeführten Tatsachen können von den Führern der KPdSU unmöglich geleugnet werden. Diese ehernen Tatsachen beweisen, daß die „neuen Versuche“, die sie nach dem XXII. Parteitag der KPdSU machten, nicht auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen China und der So-

wjetunion und auf die Verstärkung der Einheit zwischen den Bruderparteien und -staaten abzielten, sondern im Gegenteil darauf gerichtet waren, noch weiter mit dem USA-Imperialismus, mit den indischen Reaktionären und der Verräterclique Titos zu paktieren, die Spaltung im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen Bewegung noch zu vergrößern.

Angesichts dieser ernsten Lage sah sich die Kommunistische Partei Chinas gezwungen, die Angriffe einiger Bruderparteien öffentlich zu beantworten. Vom 15. Dezember 1962 bis 8. März 1963 haben wir sieben solcher Antworten veröffentlicht. In diesen Artikeln ließen wir immer noch einen gewissen Spielraum und kritisierten die Führer der KPdSU nicht offen und beim Namen.

Obwohl die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion infolge der von der Führerschaft der KPdSU begangenen Fehler ernstlich verschlechtert wurden, erklärte sich die Kommunistische Partei Chinas dennoch damit einverstanden, eine Delegation zu Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU nach Moskau zu senden. Um einen systematischen Meinungsaustausch zu ermöglichen, machte die KP Chinas in ihrem Antwortschreiben an das ZK der KPdSU vom 14. Juni d. J. ihren Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die dann folgenden Ereignisse zeigten, daß die Führerschaft der KPdSU überhaupt keinen guten Willen zur Beilegung der Differenzen und zur Stärkung der Einheit hatte, sondern die Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU nur als Rauchvorhang benutzte, um die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion weiter zu verschlechtern.

Kurz vor den Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU griffen die Führer der KPdSU in Erklärungen und Beschlüssen die Kommunistische Partei Chinas offen und mit Namen an. Gleichzeitig wurden Mitarbeiter der

chinesischen Botschaft in der Sowjetunion und chinesische Aspiranten widerrechtlich des Landes verwiesen.

Am 14. Juli, während die Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU noch im Gange waren, und am Vorabend der Besprechungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion veröffentlichte die Führung der KPdSU in größter Eile ihren Offenen Brief an die Parteiorganisationen aller Ebenen und alle Kommunisten der Sowjetunion, in dem die KP Chinas völlig rücksichtslos angegriffen wurde. Das war wieder ein „wertvolles“ Geschenk, mit dem sich die Führer der KPdSU bei den USA-Imperialisten lieb Kind machen wollten.

Im Anschluß daran unterzeichnete die Führerschaft der KPdSU in Moskau mit den USA und Großbritannien den Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche und gab damit offen die Interessen des Sowjetvolks, des sozialistischen Lagers und damit auch die Interessen des chinesischen Volks sowie die Interessen aller friedliebenden Völker preis. Die dauernden Kontakte zwischen der Sowjetunion und Indien, der „Urlaub“, den Chruschtschow in Jugoslawien verbrachte, die wütende Hetzkampagne sowjetischer Zeitungen gegen China — all diese Ereignisse zeigen deutlich, daß sich die führenden Funktionäre der KPdSU, ohne Rücksicht auf die Folgen, mit dem Imperialismus, den Reaktionen aller Länder und der Tito-Verräterclique gegen die sozialistischen Bruderstaaten und die marxistisch-leninistischen Bruderparteien zusammentun. Damit enthüllt sich die revisionistische, spalterische Linie der Führerschaft der KPdSU in voller Klarheit.

Heute macht der „chinafeindliche Chor“ der Imperialisten, Reaktionäre und Revisionisten einen großen Spektakel. Unter Chruschtschows Leitung wird der Feldzug gegen den Marxismus-Leninismus, zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Reihen mit immer größerem Aufwand betrieben.

WAS BESAGEN DIE TATSACHEN DER LETZTEN SIEBEN JAHRE?

Wir haben in den vorangehenden Teilen dieses Artikels einen detaillierten Rückblick auf den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten geworfen. Unser Zweck dabei ist, die Tatsachen, die im Offenen Brief des ZK der KPdSU entstellt wurden, aufzuklären und sowohl unseren Parteimitgliedern und unserem Volk als auch den Marxisten-Leninisten und den revolutionären Völkern der ganzen Welt die Möglichkeit zu geben, die Wahrheit kennenzulernen.

Die Tatsachen der letzten sieben Jahre zeigen deutlich: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei und in der internationalen kommunistischen Bewegung sind nur deshalb entstanden, weil die Führung der KPdSU sich vom Marxismus-Leninismus und von den revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 abgekehrt und eine revisionistische, spalterische Linie in der internationalen kommunistischen Bewegung verfolgt hat. Der Prozeß, währenddessen die Führer der KPdSU auf dem Weg des Revisionismus und Spaltertums immer weiter abgeglitten sind, ist auch der Prozeß der Ausdehnung und Verschärfung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten.

Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen deutlich: Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung sind Differenzen in der Frage des Festhaltens an der marxistisch-leninistischen Linie oder an der revisionistischen Linie. Weiter handelt es sich um die Frage, ob man eine revolutionäre Linie oder eine nichtrevolutionäre und konterrevolutionäre Linie befolgen soll, ob man die antiimperialistische Linie oder die Linie der Kapitulation vor dem Imperialismus einhalten soll, ob man weiter auf dem proletarischen Internationalismus oder auf

Großmacht-Chauvinismus, Sektierer- und Spaltertum bestehen soll.

Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen weiter deutlich: Der Weg, den die Führer der KPdSU beschritten haben, ist der Weg des Zusammengehens mit den Imperialisten im Kampf gegen den Sozialismus, des gemeinsamen Kampfs mit den USA gegen China, mit den Reaktionen aller Länder gegen die Völker der Welt, der gemeinsamen Sache mit der Verräterclique Titos gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien. Durch diese falsche Linie der Führung der KPdSU haben die Fluten des Revisionismus bereits die internationale Arena überschwemmt und die internationale kommunistische Bewegung der ernststen Gefahr einer Spaltung wie nie zuvor ausgesetzt. Diese falsche Linie fügt dem Kampf aller Völker für den Weltfrieden, für die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und den Sozialismus gewaltigen Schaden zu.

Die Tatsachen der letzten sieben Jahre zeigen weiter deutlich: Die Kommunistische Partei Chinas hat die größten Anstrengungen unternommen, um es nicht zu einer Verschlechterung der Lage kommen zu lassen, um auf den Prinzipien zu beharren, um die Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind anzutreten. Wir haben größte Zurückhaltung bewiesen und unser möglichstes getan.

Die Kommunistische Partei Chinas hat stets die Wichtigkeit der Einheit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, zwischen unseren beiden Staaten betont. Die KP Chinas hat die vom großen Lenin gegründete Kommunistische Partei der Sowjetunion stets hochgeachtet. Wir hegen die größte proletarische Zuneigung zur großen KPdSU und zum großen Sowjetvolk. Wir freuen uns über jeden Erfolg, den die KPdSU und das Sowjetvolk erringen, und sind durch alle von der Führung der KPdSU begangenen Fehler, die dem sozialistischen Lager und der internationalen kommunistischen Bewegung schaden, schmerzlich berührt.

Die chinesischen Kommunisten haben nicht erst heute die Fehler der Führer der KPdSU entdeckt. Schon seit dem XX. Parteitag der KPdSU haben wir mit Besorgnis diese Entwicklung verfolgt, in deren Verlauf die Führer der KPdSU den Weg des Revisionismus beschritten haben.

Angesichts dieser ernsten Lage hat sich unsere Partei ziemlich lange Zeit hindurch wiederholt gefragt: Was tun?

Wir haben uns gefragt, ob wir der Führung der KPdSU folgen und ihren Wünschen entsprechend handeln sollten. Selbstverständlich würde das den Führern der KPdSU Freude machen; aber würden wir damit nicht selbst zu Revisionisten?

Wir haben uns weiter gefragt, ob wir zu den Fehlern der Führer der KPdSU schweigen sollten. Wir sind der Ansicht, daß die Fehler der Führung der KPdSU nicht zufällig, vereinzelt und unwichtig sind, sondern eher eine Reihe von prinzipiellen Irrtümern darstellen, die den Interessen des gesamten sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung schaden. Wie können wir als Mitglieder in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung Fehlern wie denen der Führung der KPdSU gegenüber gleichgültig bleiben oder sie mit Schweigen übergehen? Würden wir in diesem Fall nicht unsere Pflicht, den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus zu verteidigen, vernachlässigen?

Wir haben auch in Erwägung gezogen, daß unsere Kritik an den Fehlern der Führung der KPdSU rachsüchtige Gegenschläge nach sich ziehen würde, die unvermeidlich dem sozialistischen Aufbau Chinas erheblichen Schaden zufügen könnten. Dürfen aber Kommunisten einen national-egoistischen Standpunkt einnehmen und aus Furcht vor Vergeltung nicht wagen, der Wahrheit treu zu bleiben? Dürfen Kommunisten mit Prinzipien Schacher treiben?

Wir haben auch die Tatsache berücksichtigt, daß die KPdSU von Lenin gegründet wurde, eine Partei des ersten sozialistischen Staates ist, die in der internationalen kommunistischen Bewegung und unter den Völkern der ganzen Welt gewaltiges

Ansehen genießt. Daher übten wir eine ziemlich lange Zeit hindurch besondere Zurückhaltung und Geduld bei unserer Kritik an der Führung der KPdSU und taten unser möglichstes, um diese Kritik im Rahmen interner Besprechungen zwischen den Führern der chinesischen und der sowjetischen Partei zu halten und die Meinungsverschiedenheiten in internen Diskussionen ohne offene Polemik beizulegen.

Aber trotz aller kameradschaftlichen Kritik und den Ratschlägen, die verantwortliche Genossen des ZK der KP Chinas in Dutzenden von internen Gesprächen den Führern der KPdSU gegenüber vorbrachten, ließen sich die Führer der KPdSU nicht von ihren Irrwegen abbringen. Sie gehen immer weiter den Weg des Revisionismus und Spaltertums. Unsere wohlmeinenden Ratschläge haben die Führer der KPdSU mit einer Reihe von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Repressalien, mit immer heftigeren Angriffen vergolten.

Die Führer der KPdSU haben eine schlechte Gewohnheit: Wer sie kritisiert, der wird mit Schimpfnamen belegt.

Sie sagen: „Ihr seid antisowjetisch!“ Nein, Freunde! Der Stempel „antisowjetisch“ kann uns nicht aufgedrückt werden. Wir üben Kritik an euren Fehlern, eben um die große KPdSU und die große Sowjetunion zu schützen und ihr Ansehen nicht von euch skrupellos mit Füßen treten zu lassen. Ehrlich gesagt, nicht wir, sondern ihr seid in Wirklichkeit antisowjetisch, ihr selbst setzt die KPdSU und die Sowjetunion herab und besudelt sie. Seitdem ihr auf dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin völlig abgeleugnet habt, tut ihr euch weiter ununterbrochen durch solche Untaten hervor. Das ganze Wasser der Wolga kann die Schande, die ihr der KPdSU und der Sowjetunion zugefügt habt, nicht abwaschen!

Man sagt: „Ihr streitet um die Führung!“ Nein, Freunde! Diese Verleumdung ist wirklich nicht sehr klug. Nach eurer Behauptung streitet jemand angeblich mit euch um das, was ihr „Führung“ nennt. Bedeutet das nicht, daß ihr euch herausnehmt zu behaupten, es bestünde in der internationalen

kommunistischen Bewegung irgendwelche „Führung“, und daß diese „Führung“ bei euch liege? Es ist eine sehr, sehr schlechte Angewohnheit, euch so sehr als Patriarchenpartei zu gebärden. Das verstößt gegen alles Recht. In der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 wird nachdrücklich festgestellt, daß alle kommunistischen Parteien unabhängig und gleichberechtigt sind. Nach diesem Prinzip darf es unter den Bruderparteien keinesfalls Beziehungen wie die zwischen leitender und geleiteter Partei geben, und erst recht nicht Beziehungen wie die zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn. Wir sind seit jeher dagegen, daß irgendeine Partei Bruderparteien dirigiert, und es ist uns auch niemals in den Sinn gekommen, andere Bruderparteien dirigieren zu wollen, so daß die Frage eines Kampfes um die Führung überhaupt nicht besteht. Was jetzt vor der internationalen kommunistischen Bewegung liegt, ist nicht die Frage, ob diese oder jene Partei die Führung übernehmen soll, sondern die Frage, ob man nun dem Befehlsstab der Revisionisten folgen oder an den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung, an der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus festhalten soll. Was wir an der Führung der KPdSU kritisieren, ist eben, daß sie versucht, sich über die anderen Bruderparteien zu stellen und ihnen ihre revisionistische, spalterische Linie aufzuzwingen. Was wir fordern, sind lediglich Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Bruderparteien, wie das in der Deklaration und der Erklärung festgelegt ist, die Einheit der Bruderparteien aller Länder, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht.

Die große Debatte in der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung ist allein von der Führerschaft der KPdSU ausgelöst, verschärft und uns aufgezwungen worden. Da die Führerschaft der KPdSU mit Großangriffen und mit allen möglichen Verleumdungen gegen uns begann, da sie offen den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verraten und die Deklaration und die Erklä-

rung zerrissen hat, kann sie nicht erwarten, daß wir nicht antworten, ihre Lügen nicht aufzeigen, die Deklaration, die Erklärung und den Marxismus-Leninismus nicht verteidigen. Die Debatte hat bereits begonnen, Recht und Unrecht müssen jetzt gründlich voneinander geschieden werden.

Wir chinesischen Kommunisten haben uns in der Vergangenheit an Prinzipien und Einheit gehalten, wir halten uns jetzt daran und werden uns auch in Zukunft daran halten. Wenn wir auch gegen die Führer der KPdSU polemisieren, so hoffen wir doch immer noch darauf, sie mögen zu der Erkenntnis gelangen, welch äußerst gefährlichen Weg sie beschritten haben, indem sie die Revolution, die revolutionären Völker der Welt, die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung aufgegeben haben und so eifrig mit den USA-Imperialisten, den Reaktionären aller Länder und der verräterischen Tito-Clique zusammenarbeiten.

Die Interessen des chinesischen und des sowjetischen Volks, die Interessen des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung und der Völker der ganzen Welt erfordern, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien sich einig ihrem gemeinsamen Feind zum Kampf stellen.

Wir möchten hiermit erneut an die Führer der KPdSU appellieren, ihre Fehler zu korrigieren und auf die Bahn des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auf die Bahn der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 zurückzukehren.

Die internationale kommunistische Bewegung macht jetzt eine bedeutsame Periode durch. Die gegenwärtige Debatte hat für die Zukunft der proletarischen Weltrevolution und das Schicksal der Menschheit die größte Bedeutung. Die Geschichte wird zeigen, daß nach dieser großen Debatte der Marxismus-Leninismus sein Licht noch strahlender verbreiten wird, daß das internationale Proletariat und die Völker der Welt in ihrer Revolution noch größere Siege erringen werden.

ANHANG I

ZUSAMMENFASSUNG DER ANSICHTEN ZUR FRAGE
DES FRIEDLICHEN ÜBERGANGS

(10. November 1957)

I. In der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sollte man auf die zwei Möglichkeiten — friedlichen Übergang und nichtfriedlichen Übergang — und nicht nur auf eine hinweisen; das würde elastischer sein und uns politisch jederzeit die Initiative geben.

1. Hinsichtlich der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zeigt sich, daß die Anwendung von Gewalt für uns vor allem eine Angelegenheit der Selbstverteidigung ist. Dies gibt den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, Angriffen in dieser Frage auszuweichen, und es ist politisch vorteilhaft sowohl zur Gewinnung der Massen und auch dazu, die Bourgeoisie ihrer Vorwände für solche Angriffe zu berauben und sie zu isolieren.

2. Wenn in Zukunft durch drastische Veränderungen in der nationalen und internationalen Lage in einzelnen Ländern praktische Möglichkeiten zum friedlichen Übergang gegeben sind, könnten wir dann rechtzeitig die Gelegenheit ergreifen, die Unterstützung der Massen zu gewinnen und das Problem der Staatsmacht mit friedlichen Mitteln zu lösen.

3. Trotzdem sollten wir dieses Wunsches wegen nicht unsere eigenen Hände fesseln. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtreten. Das ist ein allgemeingültiges Gesetz des Klassenkampfes. In keinem Lande sollten daher das Proletariat und die kommunistische Partei in ihren Vorbereitungen für die Revolution irgendwie nachlassen. Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augen-

blick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was — allgemein gesagt — unvermeidlich ist.

II. In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, von taktischen Gesichtspunkten ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen. Die Gründe sind:

1. Möglichkeit und Wirklichkeit, der Wunsch und seine Erfüllung oder Nichterfüllung sind zweierlei. Wir sollten den Wunsch nach friedlichem Übergang erwähnen, aber wir sollten unsere Hoffnungen nicht hauptsächlich hierauf setzen und diesen Gesichtspunkt daher nicht zu sehr betonen.

2. Wenn auf die Möglichkeit des friedlichen Übergangs, und, vor allem auf die Möglichkeit der Ergreifung der Staatsmacht durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament, zuviel Gewicht gelegt wird, so könnte dies leicht den revolutionären Willen des Proletariats, der Werktätigen und der kommunistischen Partei schwächen und sie ideologisch entwaffnen.

3. Unserem besten Wissen nach gibt es noch kein einziges Land, wo diese Möglichkeit von irgendwelcher praktischen Bedeutung ist. Sogar wenn sie in einem einzelnen Lande ein wenig mehr vorhanden zu sein scheint, ist es unangebracht, diese Möglichkeit zu sehr zu betonen, da dies mit der Wirklichkeit der allermeisten Länder nicht übereinstimmt. Sollte sich eine solche Möglichkeit in irgendeinem Lande tatsächlich bieten, so muß die kommunistische Partei dort einerseits danach streben, sie zu realisieren, und andererseits immer bereit sein, bewaffnete Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen.

4. Die Betonung dieser Möglichkeit wird weder die Schwächung der reaktionären Natur der Bourgeoisie noch ihre Lähmung bewirken;

5. noch wird solche Betonung die sozialdemokratischen Parteien irgendwie revolutionär machen;

6. noch werden kommunistische Parteien durch solche Betonung irgendwie stärker werden. Im Gegenteil, wenn einige kommunistische Parteien infolgedessen ihre revolutionären Züge verwischen und so in den Augen des Volkes mit den sozialdemokratischen Parteien verwechselt werden können, würde das sie nur schwächen.

7. Es fällt am schwersten, für die Revolution Kräfte zu sammeln und sie vorzubereiten; der parlamentarische Kampf ist dagegen leichter. Wir müssen von der parlamentarischen Form des Kampfes vollen Gebrauch machen, aber ihre Rolle ist beschränkt. Am allerwichtigsten ist es, die mühselige Arbeit des Sammelns der revolutionären Kräfte zu leisten.

III. Die Mehrheit im Parlament zu gewinnen bedeutet nicht das gleiche wie die alte Staatsmaschine (hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte) zu zerschmettern und eine neue Staatsmaschine (hauptsächlich bewaffnete Streitkräfte) zu errichten. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie noch nicht zerschmettert ist, ist eine Mehrheit im Parlament für das Proletariat und seine zuverlässigen Verbündeten entweder unmöglich (weil die Bourgeoisie im Notfall stets die Verfassung ändern wird, um die Konsolidierung ihrer Diktatur zu erleichtern) oder unverlässlich (z. B. könnten die Wahlen für ungültig erklärt, die kommunistische Partei könnte verboten, das Parlament aufgelöst werden usw.).

IV. Friedlicher Übergang zum Sozialismus sollte nicht so interpretiert werden, als bedeute er nur einen Übergang durch parlamentarische Mehrheit. Die Hauptfrage ist die der Staatsmaschinerie. In den siebziger Jahren des 19. Jh. war Marx der Meinung, daß eine Möglichkeit bestünde, den Sozialismus in England mit friedlichen Mitteln zu erreichen, denn „zu jener Zeit war England ein Land, in dem Militarismus und Bürokratie weniger ausgesprochen zutage traten als in irgendeinem anderen Land“. Eine Zeitlang nach der Februarrevo-

lution hoffte Lenin, daß sich die Revolution durch den Kurs „Alle Macht den Sowjets“ friedlich entwickeln und siegen könnte, weil damals „die Waffen in den Händen des Volkes waren“. Weder Marx noch Lenin meinten damit, daß ein friedlicher Übergang mit Hilfe der alten Staatsmaschinerie verwirklicht werden könnte. Lenin hat wiederholt den berühmten Ausspruch von Marx und Engels erläutert: „Die Arbeiterklasse kann nicht einfach die fertige Staatsmaschine übernehmen und sie für ihre eigenen Zwecke benutzen.“

V. Die sozialdemokratischen Parteien sind nicht Parteien des Sozialismus. Mit Ausnahme gewisser linker Flügel dienen sie der Bourgeoisie und dem Kapitalismus. Sie sind eine Abart der bürgerlichen politischen Parteien. Was die sozialistische Revolution betrifft, ist unser Standpunkt grundlegend verschieden von dem der sozialdemokratischen Parteien. Dieser Unterschied darf nicht verschleiert werden. Verschleiert man ihn, so hilft das nur den Führern der sozialdemokratischen Parteien, die Massen zu täuschen, und hindert uns, die Massen, die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehen, zu gewinnen. Es ist jedoch fraglos sehr wichtig, unsere Arbeit im Hinblick auf die sozialdemokratischen Parteien zu verstärken und danach zu streben, eine Einheitsfront mit ihren linken und in der Mitte stehenden Gruppen zu bilden.

VI. Das ist unsere Auffassung dieser Frage. Wir sind anderer Meinung in dieser Frage, aber auf Grund verschiedener Erwägungen haben wir unsere Ansichten nach dem XX. Parteitag der KPdSU nicht geäußert. Da nun eine gemeinsame Deklaration veröffentlicht werden soll, können wir nicht umhin, unseren Gesichtspunkt zu erläutern. Das braucht uns jedoch nicht daran zu hindern, im Deklarationsentwurf eine gemeinsame Sprache zu finden. Um einen Zusammenhang zwischen der Formulierung dieser Frage im Entwurf und der Formulierung des XX. Parteitags der KPdSU zu finden, erklären wir uns damit einverstanden, den heute vom ZK der KPdSU vorgelegten Entwurf als Basis anzusehen, während wir an gewissen Stellen Änderungen vorschlagen.

ANHANG II

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS AUF DER BUKARESTER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN

(26. Juni 1960)

(1) Das ZK der KP Chinas stellt fest, daß Genosse Chruschtschow von der Delegation des ZK der KPdSU auf dieser Beratung das altgewohnte Prinzip der internationalen kommunistischen Bewegung, daß Fragen von gemeinsamem Interesse durch Besprechungen innerhalb der Bruderparteien gelöst werden sollen, vollständig verletzt hat und daß er die vor der Beratung getroffene Übereinkunft, uns auf einen Meinungsaustausch zu beschränken und keinerlei Beschlüsse zu fassen, gebrochen hat. Das hat er durch seinen Überrumpelungsangriff getan, indem er einen Kommuniqué-Entwurf der Beratung vorlegte, ohne die Bruderparteien vorher konsultiert zu haben und ohne eine vollständige und normale Diskussion auf der Beratung zu erlauben. Das bedeutet einen Mißbrauch des von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der internationalen kommunistischen Bewegung genossenen Ansehens, eines Ansehens, das sich während der langen Jahre seit Lenins Zeit herausgebildet hat; mit dieser groben Willkür versuchte er seinen eigenen Willen anderen aufzuzwingen. Diese Haltung hat mit Lenins Arbeitsstil nichts gemein, diese Art des Vorgehens schafft einen äußerst schlimmen Präzedenzfall für die internationale kommunistische Bewegung. Das ZK der KP Chinas vertritt die Ansicht, daß diese Haltung und dieses Vorgehen von seiten des Genossen Chruschtschow außerordentlich schwere Folgen für die internationale kommunistische Bewegung nach sich ziehen werden.

(2) Die Kommunistische Partei Chinas ist dem Marxismus-Leninismus stets treu geblieben und hat beharrlich die theoretischen Positionen des Marxismus-Leninismus vertreten. Seit über zwei Jahren hat sie sich streng an die Moskauer Deklaration von 1957 gehalten und alle marxistisch-leninistischen Thesen dieser Deklaration entschieden verteidigt. Es bestehen Differenzen zwischen uns und Genossen Chruschtschow in einer Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus. Diese Differenzen haben eine wichtige Auswirkung auf die Interessen des gesamten sozialistischen Lagers, des Proletariats und der Werktätigen der ganzen Welt, sowie darauf, ob die Völker aller Länder instande sein werden, den Frieden zu bewahren und die Imperialisten an der Entfesselung eines Weltkrieges zu hindern, und ebenfalls darauf, ob der Sozialismus in der kapitalistischen Welt, das heißt, auf drei Vierteln der Erdoberfläche mit zwei Dritteln der Weltbevölkerung, weitere Siege erringen wird. Alle Marxisten-Leninisten sollten diesen Differenzen ernsthafte Beachtung schenken, sie gründlich überlegen und freundschaftliche Diskussionen abhalten, um zu einmütigen Beschlüssen zu gelangen. Die Haltung des Genossen Chruschtschow jedoch ist patriarchalisch, willkürlich und tyrannisch. Er hat die Beziehungen zwischen der großen Kommunistischen Partei der Sowjetunion und unserer Partei tatsächlich nicht wie die von Brüdern, sondern wie die zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn behandelt. Auf dieser Beratung hat er einen Druck auf uns ausgeübt, um zu versuchen, unsere Partei seinen nichtmarxistisch-nichtleninistischen Ansichten zu unterwerfen. Wir erklären hiermit feierlich, daß unsere Partei nur der Wahrheit des Marxismus-Leninismus glaubt und folgt und sich niemals vor falschen Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, beugen wird. Wir sind der Meinung, daß gewisse Äußerungen von Genossen Chruschtschow auf dem III. Parteitag der Rumänischen Partei falsch sind und der Moskauer Deklaration zuwiderlaufen. Seine Rede wird von den Imperialisten und der Tito-Clique begrüßt

werden, und sie ist in der Tat schon von ihnen begrüßt worden. Sobald sich die Gelegenheit dazu ergibt, werden wir bereit sein, mit der KPdSU und anderen Bruderparteien ernsthafte Diskussionen über unsere Differenzen mit Genossen Chruschtschow zu führen. Was das „Informationsschreiben der KPdSU an die KP Chinas“ betrifft, das Genosse Chruschtschow in Bukarest verteilt hat, so wird das ZK der KP Chinas nach einer sorgfältigen Prüfung im einzelnen darauf antworten. Die Antwort wird die prinzipiellen Differenzen zwischen den beiden Parteien erklären und den wahren Sachverhalt herausstellen; das ZK der KP Chinas wird ernsthafte und kameradschaftliche Diskussionen mit Bruderparteien abhalten. Wir sind davon überzeugt, daß letzten Endes die Wahrheit des Marxismus-Leninismus triumphieren wird. Die Wahrheit hat keine Angst vor der Beweisführung. Es ist schließlich unmöglich, die Wahrheit als Irrtum oder den Irrtum als Wahrheit auszugeben. Das Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch die Forderungen und Kämpfe der Völker und dadurch bestimmt, daß sie sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt; es wird nie und niemals vom Befehlsstab gleich welchen Mannes entschieden werden.

(3) Wir, die Kommunistische Partei Chinas, haben immer danach gestrebt, die Einheit aller kommunistischen Parteien und die Einheit aller sozialistischen Länder zu sichern. Im Interesse der wahren Einheit in den internationalen kommunistischen Reihen und des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionen halten wir es für notwendig, normale Diskussionen über die Differenzen zu beginnen und schwerwiegende prinzipielle Fragen nicht in Eile durch ungewöhnliche Methoden oder einfach durch Abstimmen zu entscheiden. Ebenso sollte niemand seine unbegründeten Ansichten, die in der Praxis noch nicht erprobt sind oder die sich bei solcher Erprobung bereits als falsch erwiesen haben, anderen aufzwingen. Das Vorgehen von Genossen Chruschtschow auf dieser Beratung ist der Einheit des in-

ternationalen Kommunismus völlig abträglich. Doch wie Genosse Chruschtschow auch immer handeln möge, wird die Einheit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, die Einheit aller kommunistischen und Arbeiterparteien letzten Endes gestärkt und entwickelt werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Einheit unserer Reihen mit der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung und des Marxismus-Leninismus ständig gefestigt und ausgebaut werden wird.

(4) Wenn wir die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien als Ganzes betrachten, sind die oben erwähnten Differenzen zwischen Genossen Chruschtschow und uns nur teilweiser Natur. Wir sind der Ansicht, daß Einheit und Kampf für die gemeinsame Sache nach wie vor die Hauptsache in den Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien ist, und zwar deshalb, weil unsere beiden Länder sozialistische Länder sind und unsere beiden Parteien auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgebaut sind und dafür kämpfen, die Sache des ganzen sozialistischen Lagers zu fördern, der imperialistischen Aggression entgegenzutreten und den Weltfrieden zu erringen. Wir glauben, daß Genosse Chruschtschow und das ZK der KPdSU und wir selbst imstande sein werden, Gelegenheit für ruhige und kameradschaftliche Diskussionen zu finden und unsere Differenzen beizulegen, so daß die Beziehungen der chinesischen und der sowjetischen Partei immer enger und fester werden mögen. Das wird für das sozialistische Lager und den Kampf der Völker der Welt gegen die imperialistische Aggression und für den Weltfrieden höchst segensreich sein.

(5) Es freut uns zu sehen, daß in dem dieser Beratung vorgelegten „Kommuniqué-Entwurf“ die Richtigkeit der Moskauer Deklaration bestätigt wird. Aber die Darlegung der marxistisch-leninistischen Thesen der Moskauer Deklaration in diesem Entwurf ist ungenau und einseitig, und es ist ein Fehler, daß der Entwurf hinsichtlich der Hauptprobleme der jetzigen internationalen Situation keinen klaren Standpunkt einnimmt und den modernen Revisionismus, die Hauptgefahr

in der internationalen Arbeiterbewegung, überhaupt nicht erwähnt. Aus diesem Grunde ist dieser Entwurf für uns unannehmbar. Um der Einheit willen im gemeinsamen Kampf gegen den Feind haben wir am Entwurf Abänderungen vorgenommen und schlagen vor, über den abgeänderten Entwurf zu diskutieren. Wenn es nicht möglich ist, diesmal eine Übereinstimmung zu erreichen, so schlagen wir vor, einen besonderen Redaktionsausschuß einzusetzen, der nach eingehenden Diskussionen ein für alle annehmbares Dokument ausarbeitet.

DIE FÜNF VORSCHLÄGE, UM DIE DIFFERENZEN
BEIZULEGEN UND ZUR EINHEIT ZU GELANGEN,
ENTHALTEN IM ANTWORTSCHREIBEN DES ZK
DER KP CHINAS AUF DAS INFORMATIONSSCHREIBEN
DES ZK DER KPdSU

(10. September 1960)

Im Bestreben, die Differenzen gütlich beizulegen und Einigkeit zu erzielen, machen wir in aller Aufrichtigkeit die folgenden Vorschläge:

(1) Die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und die Prinzipien der Deklaration und des Manifests der Moskauer Beratung von 1957 bilden die ideologische Grundlage für die Einheit zwischen unseren beiden Parteien und unter allen Bruderparteien. Alle unsere Äußerungen und Handlungen müssen den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration, die wir als Kriterien für die Beurteilung von Recht und Unrecht benutzen sollten, absolut entsprechen.

(2) Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und zwischen den Bruderparteien müssen den in der Moskauer Deklaration festgelegten Prinzipien der Gleichberechtigung, der Kameradschaftlichkeit und des Internationalismus genau entsprechen.

(3) Alle Streitigkeiten zwischen den sozialistischen Ländern und den Bruderparteien müssen in Übereinstimmung mit den Forderungen der Moskauer Deklaration durch kameradschaftliche und ruhige Diskussion beigelegt werden. Sowohl die Sowjetunion und China als auch die sowjetische und die chinesische Partei tragen der internationalen Situation und der internationalen kommunistischen Bewegung ge-

genüber eine große Verantwortung. Sie sollten gründliche Beratungen und ruhige Diskussionen über alle wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse führen, um eine Aktionseinheit zu erzielen. Wenn die Streitigkeiten zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei zur Zeit nicht durch Beratungen zwischen den beiden Parteien beigelegt werden können, so sollten die ruhigen Diskussionen fortgesetzt werden. Falls nötig, sollten die Ansichten beider Seiten völlig objektiv den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder vorgetragen werden, so daß diese Parteien nach ernsthafter Überlegung und in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration richtige Entscheidungen treffen können.

(4) Es ist für jeden Kommunisten von größter Wichtigkeit, eine klare Trennungslinie zwischen dem Feind und uns selbst, zwischen Recht und Unrecht zu ziehen. Unsere beiden Parteien sollten unsere Freundschaft hochschätzen und sich vereint dem Feind entgegenstellen und sollten nicht Äußerungen machen oder Handlungen unternehmen, die dazu geeignet sind, die Einheit zwischen beiden Parteien und beiden Ländern zu unterminieren, und dadurch dem Feind Gelegenheit geben, einen Keil zwischen uns zu treiben.

(5) Auf dieser Grundlage sollten unsere beiden Parteien gemeinsam mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien durch gründliche Vorbereitung und Beratung danach streben, die im November dieses Jahres in Moskau stattfindende Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder erfolgreich zu gestalten, und sie sollten auf dieser Beratung in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration von 1957 ein Dokument ausarbeiten, als ein Programm, dem wir alle zustimmen, ein Programm für unseren gemeinsamen Kampf gegen den Feind.

Zur Stalinfrage

Zweiter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(13. September 1963)

Die Stalinfrage ist eine Frage von Weltbedeutung, die bei allen Klassen in allen Ländern der Welt Widerhall gefunden hat und bis heute immer noch viel diskutiert wird. Die verschiedenen Klassen und verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen, die verschiedene Klasseninteressen vertreten, sind verschiedener Meinung darüber. Vermutlich wird in diesem Jahrhundert ein endgültiges Urteil in dieser Frage unmöglich sein. Aber in der internationalen Arbeiterklasse und unter den revolutionären Völkern hat die Mehrheit doch in Wirklichkeit dieselbe Meinung, nämlich: Sie sind dagegen, Stalin völlig zu negieren, ja, sein Andenken wird ihnen immer teurer. Auch in der Sowjetunion ist das der Fall. Unsere Polemik gegen die Führer der KPdSU ist eine Auseinandersetzung mit einer Gruppe von Menschen. Wir hoffen, diese Leute zu überzeugen und damit die Revolution zu fördern. Diesem Zweck soll der vorliegende Artikel dienen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist von Anfang an der Ansicht, daß Genosse Chruschtschow völlig falsch und hinterhältig gehandelt hat, als er mit seinem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ Stalin in Bausch und Bogen verdammt.

Im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni wird darauf hingewiesen, daß der sogenannte „Kampf gegen den Personenkult“ der in sich abgeschlossenen Lehre Lenins über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse zuwiderläuft und das Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei untergräbt.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU vermeidet jede Erwiderung auf unsere prinzipiellen Argumente, brandmarkt jedoch die chinesischen Kommunisten als „Verteidiger des Personenkults und Hausierer mit fehlerhaften Ideen Stalins“.

Lenin hat im Kampf gegen die Menschewiki gesagt: „Ein prinzipielles Argument des Gegners unbeantwortet lassen und ihm nur ‚Pathos‘ zuschreiben heißt nicht diskutieren, sondern schimpfen.“¹ Das ZK der KPdSU verhält sich in seinem Offenen Brief genau wie die Menschewiki.

Obwohl der Offene Brief des ZK der KPdSU, statt zu diskutieren, zu Beschimpfungen Zuflucht nimmt, wollen wir im Gegenteil den Offenen Brief mit prinzipiellen Argumenten und einer großen Zahl von Tatsachen beantworten.

Die große Sowjetunion war der erste Staat der Diktatur des Proletariats. Der Hauptleiter der Partei und Regierung dieses Staats der proletarischen Diktatur war zuerst Lenin und nach dessen Tod Stalin.

Nach Lenins Tod war Stalin nicht nur der Führer der sowjetischen Partei und Regierung, sondern der anerkannte Führer der internationalen kommunistischen Bewegung.

Seit der Errichtung des durch die Oktoberrevolution geschaffenen ersten sozialistischen Staats sind bis heute nur 46 Jahre vergangen. Stalin fungierte beinahe dreißig Jahre als wichtigster Lenker dieses Staats. Sowohl in der Geschichte der Diktatur des Proletariats als auch in der der internationalen kommunistischen Bewegung hat das Wirken Stalins eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt.

Die Kommunistische Partei Chinas vertritt seit jeher die Ansicht, daß die Frage, wie man Stalin bewerten und sich ihm gegenüber verhalten soll, nicht nur eine Frage der persönlichen Beurteilung Stalins ist, sondern, was noch wichtiger ist, eine Frage, wie man nach Lenins Tod die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats, die historischen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammenfassen soll.

Genosse Chruschtschow hat auf dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin vollständig negiert. Er versäumte es jedoch, sich

¹ Lenin, „Einige Bemerkungen zur ‚Antwort‘ P. Maslows“, Werke, Bd. 15

vorher mit den Bruderparteien über eine derartig prinzipielle Frage, die die gesamte internationale kommunistische Bewegung angeht, zu beraten, und versuchte später die Bruderparteien zur Anerkennung der vollendeten Tatsachen zu zwingen. Wer immer Stalin anders bewertet, als die Führung der KPdSU es tut, wird beschuldigt, nicht nur „den Personenkult verteidigt“, sondern sich auch in die inneren Angelegenheiten der KPdSU „eingemischt“ zu haben. Aber niemand kann die internationale Bedeutung der historischen Erfahrungen des ersten Staats der Diktatur des Proletariats leugnen. Ebenso kann niemand die historische Tatsache ableugnen, daß Stalin der Führer der internationalen kommunistischen Bewegung gewesen ist. Daher kann auch niemand leugnen, daß die Einschätzung Stalins eine wichtige und prinzipielle Frage der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist. Mit welchem Recht verbieten die Führer der KPdSU anderen Bruderparteien, Stalin realistisch zu analysieren und einzuschätzen?

Die Kommunistische Partei Chinas ist konsequent der Auffassung, daß man Stalins Verdienste und Fehler mit der Methode des historischen Materialismus unter Berücksichtigung des historischen Sachverhalts, allseitig, objektiv und wissenschaftlich analysieren, nicht aber nach der Methode des historischen Idealismus die Geschichte nach Belieben verdrehen und revidieren und subjektiv und willkürlich Stalin zur Gänze ablehnen soll.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher der Ansicht, daß Stalin einige Fehler begangen hat. Diese Fehler haben ihren ideologischen Ursprung, sie haben auch ihren sozialhistorischen Ursprung. Es ist notwendig, die von Stalin tatsächlich begangenen Irrtümer von einem korrekten Standpunkt aus und mit korrekten Methoden zu kritisieren, nicht aber Fehler, die ihm grundlos zugeschrieben werden. Wir sind aber seit jeher gegen eine unrichtige Kritik an Stalin, die von einem falschen Standpunkt aus durch eine falsche Methode geübt wird.

Zu Lenins Lebzeiten hat Stalin gegen das Regime des Zaren und für die Verbreitung des Marxismus gekämpft; nachdem er Mitglied des ZK der Partei der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze geworden war, kämpfte er für die Vorbereitung der Revolution von 1917; nach der Oktoberrevolution kämpfte er für die Verteidigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution.

Nach Lenins Tod führte Stalin die KPdSU und das Sowjetvolk entschlossen im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde und beschützte und festigte so den ersten sozialistischen Staat der Welt.

Stalin führte die KPdSU und das Sowjetvolk entschieden auf der Linie der sozialistischen Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft, wodurch große Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung und dem Aufbau des Sozialismus errungen wurden.

Stalin hat die KPdSU, das Sowjetvolk und die sowjetische Armee durch schwierige, großartige Kämpfe bis zum Triumph im antifaschistischen Krieg geführt.

Stalin hat im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, gegen die Feinde des Leninismus — die Trotzlisten, Sinowjewleute, Bucharinleute und andere Agenten der Bourgeoisie — den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt.

Die theoretischen Werke Stalins sind unvergängliche Dokumente des Marxismus-Leninismus, die einen unauslöschlichen Beitrag zur internationalen kommunistischen Bewegung bilden.

Im ganzen haben die KPdSU und die Sowjetregierung unter Führung von Stalin eine dem proletarischen Internationalismus entsprechende Außenpolitik verfolgt und den Völkern aller Länder, darunter auch dem chinesischen Volk, in ihrem revolutionären Kampf große Hilfe geleistet.

An der Spitze des Stroms der Geschichte leitete Stalin den Kampf und war der unversöhnliche Feind der Imperialisten und aller Reaktionäre.

Stalins Wirken war mit dem Kampf der großen KPdSU und des großen Sowjetvolks eng verbunden und ist auch vom revolutionären Kampf aller Völker untrennbar.

Das ganze Leben Stalins war das Leben eines großen Marxisten-Leninisten, eines großen proletarischen Revolutionärs.

Während sich Stalin als großer Marxist-Leninist und proletarischer Revolutionär große Verdienste um das Sowjetvolk und die internationale kommunistische Bewegung erwarb, beging er auch in der Tat einige Fehler. Unter diesen Fehlern Stalins waren solche grundsätzlicher Natur, andere wurden im Zug der praktischen Arbeit begangen; einige dieser Fehler hätten vermieden werden können, andere waren zu einer Zeit, da die Diktatur des Proletariats kein Vorbild hatte, kaum zu vermeiden.

In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen. Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen — Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volke — sowie die verschiedenen Methoden zur Lösung dieser zwei Arten von Widersprüchen. Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldige Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorganisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maß den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad. Auch in der Behandlung der Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern beging er manche Fehler. In der internationalen kommunistischen Bewegung gab er ebenfalls einige falsche Ratschläge. All diese Fehler haben der Sowjetunion

und der internationalen kommunistischen Bewegung gewissen Schaden zugefügt.

Die Verdienste und Fehler im Leben Stalins sind objektive historische Tatsachen. Doch sind seine Verdienste im Vergleich mit seinen Fehlern größer. In der Hauptsache hatte Stalin recht, seine Fehler sind sekundär. Jeder aufrechte Kommunist, der die Geschichte achtet, wird bei der Einschätzung der Ideen und der Tätigkeit Stalins bestimmt zuerst Stalins Hauptseite sehen. Deshalb muß man, während man die Fehler von Stalin korrekt erkennt, kritisiert und überwindet, zu gleicher Zeit die Hauptsache im Leben Stalins verteidigen, um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, den er verteidigt und weiterentwickelt hatte.

Es ist von Vorteil, wenn man die Fehler Stalins, die nur sekundär waren, als Lehren der Geschichte auffaßt, um die Kommunisten der Sowjetunion und die aller anderen Länder zu warnen, diese Fehler zu wiederholen, beziehungsweise sie zu veranlassen, weniger Fehler zu begehen. Positive und negative historische Erfahrungen sind für alle Kommunisten von Nutzen, wenn sie auf korrekte Art und Weise gewonnen werden, den historischen Tatsachen entsprechen und in keiner Weise verdreht werden.

Lenin wies nicht nur einmal darauf hin, daß die Haltung der Marxisten zu Leuten wie August Bebel und Rosa Luxemburg, die trotz ihren Fehlern immer noch große Revolutionäre des Proletariats blieben, eine völlig andere als die der Revisionisten der II. Internationale ist. Marxisten haben Bebels und Rosa Luxemburgs Fehler niemals zu verbergen gesucht; sie müssen an ihrem Beispiel zeigen, daß sie „lernen müssen, sie zu vermeiden, daß sie den höheren Anforderungen des revolutionären Marxismus gerecht werden müssen“¹. Im Gegensatz dazu zeigten die Revisionisten ihre „Schadenfreude“ über die Fehler von Bebel und Luxemburg „durch Johlen und Schreien“. Lenin

¹ Lenin, „Vorwort zur Broschüre Woinows (A.W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften“, Werke, Bd. 13

karikierte daher die Revisionisten mit Hilfe einer russischen Fabel: „Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöhn.“ August Bebel und Rosa Luxemburg waren „große Kommunisten“ und blieben trotz ihren Fehlern stets „Adler“, während die Revisionisten wie „Hühner“ „auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung zwischen den Misthaufen“ scharren.²

Die Rolle, die August Bebel und Rosa Luxemburg in der Geschichte gespielt haben, kann keinesfalls mit der Rolle Stalins verglichen werden. Stalin war eine ganze historische Epoche hindurch ein großer Führer der Diktatur des Proletariats und der internationalen kommunistischen Bewegung, weshalb er noch sorgfältiger eingeschätzt werden muß.

Die Führer der KPdSU haben der Kommunistischen Partei Chinas vorgeworfen, daß sie Stalin „verteidigt“. Jawohl, wir wollen Stalin verteidigen. Wenn Chruschtschow die Geschichte entstellt und Stalin in Bausch und Bogen verdammt, ist es selbstverständlich unsere unumgängliche Pflicht, Stalin im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung zu verteidigen.

Wenn die Kommunistische Partei Chinas Stalin verteidigt, so verteidigt sie ihn seiner positiven Seiten wegen, verteidigt sie die ruhmreiche Geschichte des Kampfes des ersten Staats der Diktatur des Proletariats, der durch die Oktoberrevolution geschaffen wurde, so verteidigt sie die ruhmreiche Geschichte der Kämpfe der KPdSU und das Ansehen der internationalen kommunistischen Bewegung unter den Werktätigen der ganzen Welt, mit einem Wort, die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Nicht nur die chinesischen Kommunisten müssen so handeln, sondern alle Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu sind, alle entschlossenen Revolutionäre und alle aufrechten Menschen haben so gehandelt oder handeln auch jetzt so.

² Lenin, „Notizen eines Publizisten“, Werke, Bd. 33

Wir verteidigen Stalin, aber nicht seine Fehler. Einige Fehler Stalins haben die chinesischen Kommunisten schon vor langem am eigenen Leib gespürt. Die Kommunistische Partei Chinas hat in ihrer Geschichte sowohl auf der „links“ opportunistischen als auch auf der rechtsopportunistischen Linie Fehler begangen. Einige dieser Fehler ergaben sich aus internationalen Ursachen unter dem Einfluß bestimmter Irrtümer Stalins. Schon am Ende der Zwanzigerjahre, die ganzen Dreißigerjahre hindurch bis Anfang und Mitte der Vierzigerjahre haben die chinesischen Marxisten-Leninisten, vertreten durch Genossen Mao Tse-tung und Genossen Liu Schao-tschü, dem Einfluß mancher Fehler Stalins entgegengearbeitet, dann Schritt für Schritt die falsche Linie des „Links“- und Rechtsopportunismus überwunden und schließlich die chinesische Revolution zum Sieg geführt.

Aber gerade weil einige falsche Ansichten Stalins von gewissen chinesischen Genossen angenommen und angewandt wurden, müssen wir Chinesen die Verantwortung tragen. Deshalb hat unsere Partei im Kampf gegen den „Links“- und Rechtsopportunismus immer nur unsere eigenen Genossen, die gefehlt haben, kritisiert, aber niemals die Schuld auf Stalin geschoben. Das Ziel unserer Kritik ist, richtig und falsch zu unterscheiden, eine Lehre daraus zu ziehen und die revolutionäre Sache vorwärts zu treiben. Wir haben von den Genossen, die Fehler begangen haben, nur verlangt, ihre Fehler zu korrigieren. Wenn sie dies jedoch verabsäumten, warteten wir, bis sie sich durch ihre praktische Erfahrung allmählich ihrer Fehler bewußt wurden, vorausgesetzt, daß sie keine Geheimgruppen bildeten und keine geheimen Sabotageaktionen durchführten. Unsere Methode war die normale Praxis von Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei, wobei wir vom Wunsch nach Einheit ausgingen und durch Kritik und Kampf eine neue Einheit unter neuen Bedingungen erreichten; wir haben so sehr gute Resultate erzielt. Unserer Ansicht nach handelte es sich hier um Widersprüche im Volke und nicht um Wider-

sprüche zwischen uns und dem Feind, so daß die oben geschilderte Methode angewendet werden muß.

Welche Haltung haben Genosse Chruschtschow und einige andere Führer der KPdSU seit deren XX. Parteitag Stalin gegenüber eingenommen?

Sie haben Stalins Leben und Werk nicht allseitig historisch und wissenschaftlich analysiert, sondern ihn, ohne Richtiges von Falschem zu scheiden, völlig negiert.

Sie haben Stalin nicht als Genossen, sondern als Feind behandelt.

Sie haben bei der Zusammenfassung der Erfahrungen nicht die Methode von Kritik und Selbstkritik angewandt, sondern Stalin allein für alle Fehler verantwortlich gemacht oder ihm einfach willkürlich erfundene, angebliche „Fehler“ zugeschrieben.

Sie haben keine Tatsachen angeführt und vernünftige Argumente vorgebracht, sondern Stalin in demagogischer Weise persönlich angegriffen, um die Leute ihm gegenüber feindlich zu stimmen.

Chruschtschow hat Stalin mit Namen wie „Mörder“, „Verbrecher“, „Bandit“¹, „Hasardeur“, „Despot à la Iwan der Schreckliche“, „der größte Diktator in der Geschichte Rußlands“, „Schuft“², „Idiot“³ usw. belegt. Da wir nicht umhin können, diese unflätigen und gemeinen Schimpfworte anzuführen, befürchten wir, daß damit Papier und Feder besudelt werden.

Chruschtschow hat Stalin den „größten Diktator in der Geschichte Rußlands“ genannt. Bedeutet das nicht, daß das Sowjetvolk dreißig lange Jahre nicht unter einem sozialistischen System, sondern unter der „Tyrannei“ des „größten Diktators

¹ N.S. Chruschtschow, Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, 22. Oktober 1961

² Chruschtschows Rede bei dem Empfang, den die Sowjetregierung anläßlich des Maifeiertags 1962 gab

³ N.S. Chruschtschow, Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, 22. Oktober 1961

in der Geschichte Rußlands“ gelebt hat? Das große Sowjetvolk und die revolutionären Völker der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Despoten à la Iwan der Schreckliche“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die Erfahrungen, die die große KPdSU und das Sowjetvolk während dreier Jahrzehnte den Völkern der Welt vermittelten, nicht Erfahrungen der Diktatur des Proletariats, sondern Erfahrungen unter der Herrschaft eines feudalistischen „Despoten“ waren? Das große Sowjetvolk, die Kommunisten der Sowjetunion und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Banditen“ genannt. Bedeutet das nicht, daß der erste sozialistische Staat der Welt lange Zeit hindurch von einem „Banditen“ gelenkt wurde? Das große Sowjetvolk und die revolutionären Völker der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Schuft“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die KPdSU, die mehrere Jahrzehnte lang heroisch revolutionäre Kämpfe führte, eine von einem „Schuft“ geführte Partei ist? Die Kommunisten der Sowjetunion und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Idioten“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die große Sowjetarmee, die den Sieg im antifaschistischen Krieg errang, unter dem Oberbefehl eines „Idioten“ stand? Die ruhmreichen Kommandeure und Kämpfer der Sowjetarmee und alle antifaschistischen Kämpfer der Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Mörder“ genannt. Heißt das nicht, daß die internationale kommunistische Bewegung

Jahrzehnte lang einen „Mörder“ als ihren Lehrer angesehen hat? Die Kommunisten der ganzen Welt, einschließlich der Kommunisten in der Sowjetunion, können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Hasardeur“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die revolutionären Völker aller Länder im Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktionäre einen „Hasardeur“ als ihren Bannerträger angesehen haben? Die revolutionären Völker der Welt, darunter auch das Sowjetvolk, können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Wenn Chruschtschow Stalin in solcher Weise beschimpft, so ist das eine ungeheuerliche Beleidigung für das große Sowjetvolk, für die KPdSU, für die Sowjetarmee, für die proletarische Diktatur und das sozialistische System, für die internationale kommunistische Bewegung, für die revolutionären Völker der Welt und für den Marxismus-Leninismus.

Wenn Chruschtschow, der zur Zeit, als Stalin die Führung innehatte, auch an der Leitung von Partei und Staat beteiligt war, jetzt aus Ärger die Fäuste ballt und auf den Tisch haut, wenn er mit großem Stimm Aufwand gegen Stalin wettet — wo stellt er sich damit schließlich selber hin? In die Stellung des Komplizen eines „Mörders“ und „Banditen“? Oder in die eines „Schufte“ und „Idioten“?

Was für ein Unterschied besteht denn zwischen dem Geschimpfe Chruschtschows gegen Stalin und dem Geschimpfe der Imperialisten, der Reaktionäre in allen Ländern und der Verräter am Kommunismus gegen ihn? Warum verfolgt Chruschtschow Stalin mit solch wütendem Haß? Warum greift er ihn noch viel grimmiger an als den Feind?

Chruschtschows tollwütige Angriffe auf Stalin sind in Wirklichkeit gegen das Sowjetsystem und den Sowjetstaat gerichtet. Die Schimpfwörter, die Chruschtschow hier anwendet, stehen der Sprache von Renegaten wie Kautsky, Trotzki, Tito und Djilas nicht nach, ja, übertreffen sie sogar.

Man sollte wahrhaftig Chruschtschow die gleiche Frage stellen, die im Offenen Brief des ZK der KPdSU enthalten ist: „Wie ist es nur möglich, solches über die Partei des großen Lenin zu sagen, über das Geburtsland des Sozialismus, über das Volk, das als erstes in der Welt die sozialistische Revolution vollzogen, seine großen Errungenschaften in erbitterten Gefechten mit dem internationalen Imperialismus und der inneren Konterrevolution verteidigt hat, das Wunder an Heldenmut und Selbstlosigkeit im Kampf für den Aufbau des Kommunismus vollbringt und dabei gleichzeitig seine internationale Pflicht vor den Werktätigen der ganzen Welt ehrlich erfüllt!“

In seinem Artikel „Über die politische Bedeutung des Geschimpfes“ sagte Lenin: „Das Geschimpfe verhüllt in der Politik nicht selten die völlige Prinzipienlosigkeit und Hilflosigkeit, die Ohnmacht, die wütende Ohnmacht der Schimpfenden.“ Trifft das nicht auch auf die Führer der KPdSU zu, die sich jederzeit vom Gespenst Stalins verfolgt fühlen und durch ihr Geschimpfe gegen Stalin ihre Prinzipienlosigkeit, Hilflosigkeit und wütende Ohnmacht zu verbergen suchen?

Die überwiegende Mehrheit der Sowjetmenschen ist mit derartigem Geschimpfe gegen Stalin nicht einverstanden. Das Andenken Stalins wird immer mehr in Ehren gehalten. Die Führer der KPdSU haben sich von den Volksmassen in bedenklicher Weise isoliert. Jede Stunde, jede Minute fühlen sie, daß das Gespenst Stalins immer noch nicht gebannt ist und sie bedroht, nämlich die große Unzufriedenheit breiter Volksmassen mit der völligen Verneinung Stalins. Chruschtschow hat bis jetzt nicht den Mut aufgebracht, dem Sowjetvolk und den Völkern des ganzen sozialistischen Lagers seinen auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen Geheimbericht vorzulegen, in dem er Stalin völlig negierte. Der Grund dafür ist, daß dieser Bericht das Tageslicht scheut und die Volksmassen zu sehr abstoßen würde.

Es ist besonders bemerkenswert, daß die Führer der KPdSU, während sie Stalin auf alle mögliche Weise beschimpfen, zu

Eisenhower, Kennedy und ihresgleichen mit „Achtung und Vertrauen“¹ aufsehen! Stalin wird als „Despot à la Iwan der Schreckliche“ und „größter Diktator in der Geschichte Rußlands“ verunglimpft, aber Eisenhower und Kennedy wird das Kompliment gemacht, daß sie „die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volks genießen“²! Stalin wird als „Idiot“ beschimpft, aber Eisenhower und Kennedy werden als „vernünftig“ gepriesen! Daß einerseits ein hervorragender Marxist-Leninist, ein großer proletarischer Revolutionär und Führer der internationalen kommunistischen Bewegung in Wort und Schrift angegriffen wird, während andererseits die Häuptlinge des Imperialismus in den Himmel gehoben werden — ist die Verbindung solcher Phänomene etwa reiner Zufall und nicht vielmehr die logische Folge der Abkehr vom Marxismus-Leninismus?

Wenn Chruschtschow kein zu kurzes Gedächtnis hat, sollte er sich erinnern, daß er selbst im Januar 1937 auf einer Massenkundgebung in Moskau mit vollem Recht alle diejenigen, die Stalin angriffen, folgendermaßen verurteilte: „Der Angriff dieser Leute gegen Genossen Stalin ist ein Angriff gegen uns alle, gegen die Arbeiterklasse und gegen die Werktätigen! Ihre Angriffe gegen Genossen Stalin bedeuten einen Angriff gegen die Lehren von Marx, Engels und Lenin!“ Chruschtschow in Person pries Stalin wiederholt als „engen Freund und Kampfgefährten des großen Lenin“³, „das größte Genie, den größten Lehrer und Führer der Menschheit“⁴, als einen „hervorragenden

¹ Chruschtschows Antwortschreiben an J.F. Kennedy vom 28. Oktober 1962

² N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen der Chefredakteure der „Prawda“ und der „Iswestija“, veröffentlicht in „Prawda“ vom 15. Juni 1963

³ N. S. Chruschtschow, „Stalin und die große Freundschaft der Völker der Sowjetunion“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1939

⁴ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B), „Prawda“ vom 15. März 1939

den, immer siegreichen Marschall¹, den „wahren Freund des Volks“² und als seinen „eigenen Vater“³.

Wenn man die Worte Chruschtschows, die er zu Stalins Lebzeiten sprach, mit denen nach dem Tod Stalins vergleicht, sieht man, daß er bei der Einschätzung Stalins eine Wendung um 180 Grad vollzogen hat.

Wenn Chruschtschow kein zu kurzes Gedächtnis hat, sollte er sich selbstverständlich daran erinnern, daß gerade er während Stalins Führerschaft die damalige Politik der Unterdrückung von Konterrevolutionären mit größtem Eifer unterstützte und durchführte.

Am 6. Juni 1937 erklärte Chruschtschow auf der V. Moskauer Gebietsparteiokonferenz: „Unsere Partei wird umbarmherzig die Verräterbande zerschlagen und den ganzen Abschaum der rechtsstehenden Trotzki-Clique von der Erde hinwegfegen . . . Die Garantie dafür ist die entschlossene Leitung des ZK unserer Partei und unseres Führers, Genossen Stalin . . . Wir werden die Feinde völlig vernichten, bis auf den letzten Mann, und ihre Asche in den Wind streuen.“

Am 8. Juni 1938 sagte Chruschtschow auf der IV. Kiewer Gebietsparteiokonferenz: „Die Jakirs, Balitzkis, Lyubtschenkos, Zatonskis und anderer Auswurf wollen die polnischen Grundbesitzer in die Ukraine hereinlassen und die deutschen Faschisten, Junker und Kapitalisten hier einmarschieren lassen . . . Wir haben eine große Zahl von Feinden vernichtet, aber noch nicht alle. Wir müssen deshalb unsere Augen offen halten. Wir müssen die Worte des Genossen Stalin fest im Gedächtnis behalten: Solange wir vom Kapitalismus eingekreist sind, wird der Feind Spione und Saboteure in unser Land einzuschmuggeln versuchen.“

¹ Brief von N. S. Chruschtschow und anderen an alle Offiziere und Soldaten der Roten Armee, „Prawda“ vom 13. Mai 1945

² N. S. Chruschtschow, „Stalin und die große Freundschaft der Völker der Sowjetunion“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1939

³ N. S. Chruschtschow, „Die Stalinsche Freundschaft der Völker — Garantie für die Unbesiegbarekeit unseres Vaterlandes“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1949

Warum leugnet Chruschtschow, der zu Stalins Zeiten an der Leitung von Partei und Staat beteiligt war und mit großem Eifer die damalige Politik der Unterdrückung von Konterrevolutionären unterstützte und entschlossen durchführte, alles ab, was damals geschah, warum schiebt er Stalin allein die Schuld für alle Fehler zu und sucht sich selbst völlig reinzuwaschen?

Wenn Stalin einen Fehler beging, so war er imstande, Selbstkritik zu üben. So, zum Beispiel, hatte er in der chinesischen Revolution einige falsche Ratschläge gegeben. Nachdem die chinesische Revolution gesiegt hatte, gab er seinen Fehler zu. Auch gewisse Fehler bei der Parteisäuberung gab Stalin in seinem Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B) im Jahr 1939 zu. Chruschtschow jedoch? Er weiß überhaupt nicht, was Selbstkritik ist, er versteht nur, alle Fehler anderen in die Schuhe zu schieben und alle Verdienste auf das eigene Konto zu buchen.

Es ist kein Wunder, daß heute, wo die Wogen des modernen Revisionismus hochschlagen, Chruschtschow solch abscheuliche Taten begeht. Wie Lenin 1915 sagte, als er die Revisionisten der II. Internationale für ihren Verrat am Marxismus-Leninismus verurteilte: „In unserer Zeit der vergessenen Worte, der verlorenen Prinzipien, der umgestoßenen Weltanschauungen, der beiseite geworfenen Resolutionen und feierlichen Versprechungen darf man sich darüber nicht weiter wundern.“¹

Die Ereignisse seit dem XX. Parteitag der KPdSU zeigen deutlich, welch ernste Folgen die völlige Verneinung Stalins von seiten der Führung der KPdSU nach sich gezogen hat.

Die völlige Verneinung Stalins hat die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder mit langerwünschter antisowjetischer und antikommunistischer Munition versorgt. Gleich nach dem XX. Parteitag der KPdSU benutzten die Imperialisten den Geheimbericht Chruschtschows gegen Stalin, um in der ganzen

¹ Lenin, „Vorwort zu N. Bucharins Broschüre ‚Weltwirtschaft und Imperialismus‘“, Werke, Bd. 22

Welt eine großangelegte Hetzeweile gegen die Sowjetunion und den Kommunismus hervorzurufen. Die Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder, die Tito-Clique und die Opportunisten aller Schattierungen benutzten diese Gelegenheit, um die Sowjetunion, das sozialistische Lager und die kommunistischen Parteien aller Länder anzugreifen. Dadurch gerieten viele Bruderparteien und Bruderstaaten in eine äußerst schwierige Lage.

Die wütende Hetzkampagne der Führung der KPdSU gegen Stalin ermöglichte es den Trotzlisten, die politisch bereits völlig tot waren, zu neuem Leben zu erwachen und großen Lärm um die „Rehabilitierung“ Trozki zu schlagen. Im November 1961, als der XXII. Parteitag der KPdSU zu Ende ging, schrieb das internationale Sekretariat der sogenannten IV. Internationale in einem „Brief an den XXII. Parteitag der KPdSU und dessen neues ZK“, „Trozki hätte bereits im Jahr 1937 festgestellt, in Zukunft würde „den Opfern Stalins ein Denkmal errichtet werden“, und „heute hat sich diese Prophezeiung erfüllt. Auf Eurem Parteitag hat der 1. Sekretär Eurer Partei die Errichtung dieses Denkmals versprochen“. In diesem Brief wurde ausdrücklich verlangt, den Namen Trozki „in goldenen Lettern auf dem Denkmal für die Opfer Stalins einzu-meißeln“. Die Trotzlisten verbargen keineswegs ihre Freude, denn ihrer Ansicht nach hatte die von der Führung der KPdSU gestartete Kampagne gegen Stalin „dem Trozktismus die Tür geöffnet“ und würde „den Fortschritt des Trozktismus und seiner Organisation, der IV. Internationale, aufs äußerste begünstigen“.

Die Motive der Führung der KPdSU bei ihrer gänzlichen Verneinung Stalins sind solche, die das Tageslicht scheuen.

Stalin starb 1953. Drei Jahre später griff ihn die Führung der KPdSU auf dem XX. Parteitag aufs heftigste an und wiederholte diesen Angriff acht Jahre nach Stalins Tod auf dem XXII. Parteitag, entfernte seine sterblichen Überreste aus dem Mausoleum und verbrannte sie. Die wiederholten scharfen Attacken der Führung der KPdSU gegen Stalin zielten darauf

ab, den unauslöschbaren Einfluß dieses großen proletarischen Revolutionärs unter dem Sowjetvolk und den Völkern der ganzen Welt zu beseitigen, den Marxismus-Leninismus, den Stalin verteidigt und weiterentwickelt hatte, zu verneinen und damit der revisionistischen Linie auf allen Gebieten den Weg zu bahnen. Die revisionistische Linie der Führung der KPdSU begann gerade mit dem XX. Parteitag und entwickelte sich auf dem XXII. Parteitag zu einem ganzen System. Die Tatsachen zeigen immer deutlicher, daß die Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus über den Imperialismus, über Krieg und Frieden, über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, über die Revolution in den Kolonien und Halbkolonien, über die Partei des Proletariats usw. durch die Führung der KPdSU untrennbar mit ihrer Verleugnung Stalins verbunden ist.

Die Führung der KPdSU negiert Stalin unter dem Deckmantel des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“.

Mit ihrem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ beabsichtigt die Führung der KPdSU durchaus nicht die Wiederherstellung dessen, was sie als „die leninistischen Normen des Parteilebens und Führungsprinzipien“ bezeichnet. Ganz im Gegenteil, sie verletzt die Lehre Lenins über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse, sie verletzt das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Nach Ansicht der Marxisten-Leninisten muß die revolutionäre Partei des Proletariats, wenn sie wirklich als Generalstab im Kampf des Proletariats fungieren soll, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse richtig handhaben, sie muß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus entsprechend organisiert sein. Eine solche Partei muß einen ziemlich stabilen Führungskern besitzen, der sich aus einer Gruppe langerprobter Führer zusammensetzt, die imstande sind, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus aufs beste mit der konkreten revolutionären Praxis zu verbinden.

Die Führer der proletarischen Partei, ganz gleich, ob Mitglieder des Zentralkomitees oder der Lokalkomitees, bilden sich im Klassenkampf, in der revolutionären Massenbewegung heraus. Sie bleiben den Massen unerschütterlich treu, stehen mit ihnen in engster Verbindung, wobei sie es aufs beste verstehen, die Meinungen der Massen richtig zusammenzufassen und in die Tat umzusetzen. Solche Führer sind die wahren Vertreter des Proletariats. Solche Führer werden von den Massen anerkannt. Es ist Zeichen der politischen Reife einer proletarischen Partei, wenn sie solche Führer besitzt, und hierin liegt auch die Hoffnung auf den Sieg der Sache des Proletariats.

Lenin sagte mit vollem Recht: „Keine einzige Klasse in der Geschichte ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre eigenen politischen Führer, ihre fortschrittlichen Vertreter hervorgebracht zu haben, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten.“¹ Er sagte auch an anderer Stelle: „Die Herausbildung erfahrener und einflußreicher Parteiführer ist eine langwierige und schwierige Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die ‚Einheit des Willens‘ des Proletariats eine Phrase bleiben.“²

Die Kommunistische Partei Chinas hält sich seit jeher an die marxistisch-leninistischen Lehren über die Rolle der Massen und der Einzelpersonen in der Geschichte, über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse und bekennt sich zum demokratischen Zentralismus in der Partei. Wir treten stets für kollektive Führung ein, wenden uns aber gleichzeitig gegen eine Herabsetzung der Rolle der Führer. Während wir dieser Rolle großen Wert beilegen, treten wir gegen unverdientes und übertriebenes Lob der Person und Überschätzung ihrer Rolle auf. Schon 1949 beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas auf Anregung des Genossen Mao Tse-tung, Feiern zum Geburtstag

¹ Lenin, „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“, Werke, Bd. 4

² Lenin, „Brief an die deutschen Kommunisten“, Werke, Bd. 32

von Parteiführern und die Benennung von Orten, Straßen und Betrieben nach ihnen zu verbieten.

Dieser unser konsequenter, richtiger Standpunkt unterscheidet sich grundsätzlich vom sogenannten „Kampf“ der Führer der KPdSU „gegen den Personenkult“.

Es wird immer deutlicher, daß die Führung der KPdSU mit ihrem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ nicht beabsichtigt, wie sie es behauptet, die Demokratie zu fördern, die kollektive Führung durchzusetzen und der Übertreibung der Rolle der Person entgegenzutreten, sondern dabei ihre eigenen Hintergedanken hat.

Was ist eigentlich das Wesen des sogenannten „Kampfes“ der Führung der KPdSU „gegen den Personenkult“?

Geradeheraus gesagt, ist es nichts anderes als:

1. Unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ den Führer der Partei, Stalin, der Parteiorganisation, dem Proletariat und den Volksmassen feindlich gegenüberzustellen;

2. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ die proletarische Partei, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Ordnung zu verunglimpfen;

3. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ sich selber aufzublähen und dem Marxismus-Leninismus treuergebene Revolutionäre anzugreifen, um revisionistischen Intriganten den Weg an die Führung von Partei und Regierung zu bahnen;

4. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ sich in die internen Angelegenheiten von Bruderparteien und Bruderländern einzumischen, zu versuchen, die Führung der Bruderparteien und Bruderländer nach Belieben zu stürzen;

5. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, anzugreifen und die internationale kommunistische Bewegung zu spalten.

Chruschtschows sogenannter „Kampf gegen den Personenkult“ erweist sich in Wirklichkeit als eine niedrige politische Intrige. Solche Leute beschrieb Marx mit den Worten: „Wenn theoretisch Null, ist er als Intrigant in seinem Element.“¹

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt es, daß die Führung, „während sie dem Personenkult den Nimbus raubt und seine Folgen bekämpft, gleichzeitig jene Funktionäre hoch schätzt, die . . . verdiente Autorität genießen“. Was soll das bedeuten? Das heißt: Während die Führung der KPdSU Stalin mit Füßen tritt, hebt sie Chruschtschow in den Himmel.

Chruschtschow, der während der Oktoberrevolution noch kein Kommunist und während des Bürgerkriegs politischer Funktionär an der Basis war, wird als „aktiver Begründer der Roten Armee“² aufgeblasen.

Chruschtschow werden die gewaltigen Verdienste in den entscheidenden Schlachten des Großen Vaterländischen Kriegs der Sowjetunion zur Gänze zugeschrieben, es wird behauptet, daß in der Schlacht von Stalingrad „die Stimme Chruschtschows sehr oft zu vernehmen war“³, daß Chruschtschow „die Seele der Stalingrader“⁴ war.

Chruschtschow werden die großen Erfolge mit Kernwaffen und Raketentechnik zugeschrieben, man nennt ihn den „Vater des Kosmos“⁵. Aber wie jedermann weiß, war der Erfolg der Sowjetunion bei der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben die enorme Leistung der sowjetischen Wissenschaftler und Techniker und des Sowjetvolks unter Stalins Führung. Auch die Grundlage der Raketentechnik wurde während Sta-

¹ Marx, Brief an Bolte vom 23. November 1871, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 438, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950

² „Ein Leben für das Volk“, „Sarja Wostoka“ vom 17. Dezember 1961

³ „Von der Partei geschaffen und erzogen“, „Agitator“, Nr. 2, 1963

⁴ V.I. Tschuikow, Rede auf der Kundgebung anlässlich des 20. Jahrestages des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, „Prawda“ vom 22. Juni 1961

⁵ G. S. Titow, Rede auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 26. Oktober 1961

lins Führerschaft geschaffen. Wie kann man all diese wichtigen historischen Tatsachen mit einem Federstrich auslöschen? Wie kann man Chruschtschow alle Verdienste zuschreiben?

Chruschtschow, der die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus revidiert hat und den Leninismus für überholt erklärt, wird als „glänzendes Vorbild in der schöpferischen Weiterentwicklung und Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorien“¹ gepriesen.

Alles, was die Führung der KPdSU unter dem Deckmantel des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ tut, ist genau das, was Lenin mit den Worten geißelte, daß „an die Stelle der alten Führer, die allgemein menschliche Ansichten über einfache Dinge haben, nun . . . neue Führer treten, die hinverbrannten Unsinn und wirres Zeug verzapfen“.²

In seinem Offenen Brief behauptet das ZK der KPdSU verleumderisch von unserem Standpunkt des Festhaltens am Marxismus-Leninismus, daß wir damit „versuchen, anderen Parteien jene Zustände, jene Ideologie und Moral, jene Formen und Methoden der Leitung aufzudrängen, die in der Periode des Personenkults blühten“. Eine solche Behauptung zeigt noch deutlicher die Absurdität des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“.

Den Führern der KPdSU nach folgte der Oktoberrevolution, die dem Kapitalismus in Rußland ein Ende setzte, eine „Periode des Personenkults“. Die „Gesellschaftsordnung“, die „Ideologie und Moral“ während dieser Periode scheinen nicht sozialistisch gewesen zu sein. In dieser Zeit soll das werktätige Sowjetvolk unter „schwerer Unterdrückung“ gelitten haben, es herrschte „eine Atmosphäre der Furcht, des Zweifels und der Unsicherheit, die das Leben des Volks vergiftete“³, und die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft wurde behindert.

¹ A. N. Kossygin, Rede auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 21. Oktober 1961

² Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (V), Werke, Bd. 31

³ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

In seiner Rede auf der sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung am 19. Juli 1963 sprach Chruschtschow des langen und breiten über das Regime des „Terrors“ unter Stalin und behauptete, Stalin „erhielt seine Herrschaft mit dem Beil aufrecht“. Er beschrieb die damaligen gesellschaftlichen Zustände mit den Worten: „Zu jener Zeit ging ein Mann zur Arbeit und wußte häufig nicht, ob er nach Hause zurückkehren, ob er seine Frau und Kinder wiedersehen würde.“

Die von der Führung der KPdSU beschriebene „Periode des Personenkults“ war noch „verabscheuungswürdiger“ und „barbarischer“ als die Periode des Feudalismus und des Kapitalismus.

Nach den Behauptungen der Führung der KPdSU hat die durch die Oktoberrevolution errichtete Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung Jahrzehnte hindurch weder die Unterdrückung der Werktätigen beseitigt noch die Entwicklung der Sowjetgesellschaft beschleunigt. Erst nachdem der XX. Parteitag der KPdSU den sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ begonnen hatte, wurde der „schwere Druck“ von den Werktätigen genommen und plötzlich „die Entwicklung der Sowjetgesellschaft beschleunigt“¹.

Chruschtschow sagte: „Ach! Wäre Stalin nur zehn Jahre früher gestorben!“² Wie jedermann weiß, ist Stalin im Jahr 1953 gestorben. Wäre er jedoch zehn Jahre früher gestorben, also im Jahr 1943, so wäre dies in die Zeit gefallen, zu der die Sowjetunion ihre Gegenoffensive im Großen Vaterländischen Krieg begonnen hatte. Wer hätte damals Stalin den Tod gewünscht? Hitler!

Es ist kein neues Ding in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung, daß die Feinde des Marxismus-Leninismus Losungen wie „Kampf gegen den Personenkult“

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

² Chruschtschows Rede auf der sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung, 19. Juli 1963

zum Vorwand nehmen, um die Führer des Proletariats zu verleumden und die Sache des Proletariats zu sabotieren. Solche Machenschaften sind nichts Neues, sondern ein schmutziger Kniff, den das Volk schon längst durchschaut hat.

Bakunin, der Intrigant in der Periode der I. Internationale, hat Marx mit Losungen dieser Art beschimpft. Zuerst hatte er, um sich in Marx' Vertrauen einzuschleichen, in einem Brief an Marx geschrieben: „... daß ich Dein Schüler bin — und ich bin stolz, es zu sein.“¹ Später, als seine Intrigen, die Macht in der Führung der I. Internationale an sich zu reißen, scheiterten, beschimpfte er Marx mit den Worten: „Als Deutscher und als Jude ist er vom Scheitel bis zur Zehe ein Autoritär.“² und nannte ihn einen „Diktator“³.

Kautsky, der Renegat in der Periode der II. Internationale, hat Lenin mit ähnlichen Worten beworfen. Kautsky verleumdete Lenin als Gott der Monotheisten, der nicht nur den Marxismus zu einer Staatsreligion, sondern zu einem mittelalterlichen oder orientalischen Aberglauben degradiert hätte.

Trotsky, der Renegat in der Periode der III. Internationale, hat sich mit ähnlichen Worten gegen Stalin ergangen. Er nannte Stalin einen „Despoten“⁴ und schrieb, daß „der Bürokrat Stalin den niedrigen Führerkult geschaffen und dem Führer eine Art Heiligkeit verliehen“⁵ hätte.

Die Tito-Cligue des modernen Revisionismus bediente sich ähnlicher Worte, um Stalin zu beschimpfen: Stalin sei ein

¹ M.A. Bakunins Brief an Karl Marx vom 22. Dezember 1868, „Die Neue Zeit“, Nr. 1, 1900

² Franz Mehring, „Karl Marx, Geschichte seines Lebens“, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 404

³ Brief Engels' an Bebel vom 20. Juni 1873. Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 447, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950

⁴ L. Trotsky, „Stalin, eine Einschätzung des Mannes und seines Einflusses“

⁵ L. Trotsky, „Die stalinistische Bürokratie und der Mord an Kirow“, 28. Dezember 1934

„Diktator“ gewesen „in einem System absoluter persönlicher Macht“.¹

Es ist somit klar, daß der sogenannte „Kampf gegen den Personenkult“ der Führung der KPdSU aus der Schule von Bakunin, Kautsky, Trotzki und Tito stammt und von ihnen allen im Kampf gegen die Führer des Proletariats und zur Unterminierung der revolutionären proletarischen Bewegung benutzt wurde.

Die Opportunisten in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung konnten mit ihrem Geschimpfe Marx, Engels und Lenin nicht vernichten und auch Chruschtschow kann Stalin nicht mit seinen Schmähungen vernichten.

Lenin hat darauf hingewiesen, daß auch die Vorteile einer privilegierten Stellung Verleumdungen nicht immer zum Erfolg verhelfen.

Chruschtschow konnte seine privilegierte Stellung dazu benutzen, die Leiche Stalins aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen. Aber trotz seiner privilegierten Stellung wird es ihm nie gelingen, die überragende Gestalt Stalins aus dem Gedächtnis des Sowjetvolks und der Völker der ganzen Welt zu tilgen.

Chruschtschow kann seine privilegierte Stellung dazu benutzen, den Marxismus-Leninismus in dieser oder jener Weise zu entstellen. Aber trotz seiner privilegierten Stellung wird es ihm niemals gelingen, den Marxismus-Leninismus, den Stalin verteidigte und den die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt verteidigen, auszutilgen.

Wir möchten Genossen Chruschtschow aufrichtig raten: Es ist zu hoffen, daß Sie Ihrer Irrtümer gewahr werden und von Ihren völlig falschen Wegen auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückkehren.

Es lebe die große revolutionäre Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

¹ E. Kordelj, „Fünf Jahre später“, „Borba“ vom 28. Juni 1953

Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?

Dritter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(26. September 1963)

Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?

Diese Frage ist nicht nur die Frage, wie man den Charakter des Staates Jugoslawien beurteilen soll, sondern bezieht sich auch auf die Frage, welchen Weg die sozialistischen Staaten eigentlich einschlagen sollen: Ob sie den Weg der Oktoberrevolution verfolgen und die sozialistische Revolution bis zu Ende führen oder ob sie dem jugoslawischen Weg folgen und den Kapitalismus restaurieren sollen. Diese Frage bezieht sich auch darauf, wie man letzten Endes die Tito-Clique ansehen soll, ob als Bruderpartei und gegen den Imperialismus gerichtete Kraft, oder als Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und Helfershelfer des Imperialismus.

In dieser Frage bestehen zwischen den Führern der KPdSU einerseits und uns sowie den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt andererseits grundlegende Meinungsverschiedenheiten.

Die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt sind der Auffassung, daß Jugoslawien kein sozialistischer Staat ist. Die führende Gruppe des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens hat den Marxismus-Leninismus und das jugoslawische Volk verraten, sie ist ein Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und ein Lakai des Imperialismus.

Die Führer der KPdSU jedoch vertreten die Meinung, daß Jugoslawien ein sozialistischer Staat sei. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens stehe auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, sei eine Bruderpartei und eine gegen den Imperialismus gerichtete Kraft.

Im Offenen Brief der KPdSU vom 14. Juli wird Jugoslawien als „sozialistischer Staat“ bezeichnet und die Tito-Clique als eine „am Steuer der Staatsführung stehende Bruderpartei“ erklärt.

Genosse Chruschtschow hielt bei seinem jüngsten Besuch in Jugoslawien viele Reden, in denen er das Feigenblatt, mit dem

sich die Führer der KPdSU in dieser Frage verhüllt hatten, völlig fallen ließ, und ihr wahrer Standpunkt noch klarer zu tage trat.

Nach Chruschtschows Ansicht ist Jugoslawien nicht nur ein sozialistischer Staat, sondern sogar ein „fortgeschrittener“ sozialistischer Staat. Dort würden „keine leeren Phrasen über die Revolution“ gedroschen, sondern „es würde konkret der Sozialismus aufgebaut“; „die Entwicklung“ Jugoslawiens bedeute „einen konkreten Beitrag zur gesamten internationalen revolutionären Arbeiterbewegung“¹ und erschien Chruschtschow als sehr bewunderns- und nachahmenswert.

In den Augen Chruschtschows sind die Führer der KPdSU und die Tito-Clique nicht nur „Klassenbrüder“, sondern auch „durch das vor uns liegende gemeinsame Ziel miteinander verbundene Brüder“. Die Führer der KPdSU sind die „zuverlässigen und treuen Verbündeten“ der Tito-Clique.²

Nach Chruschtschows Ansicht hat er also bei der Tito-Clique einen wahrhaften „Marxismus-Leninismus“ gefunden. Wenn es im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt, daß „es zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens immer noch Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe prinzipieller ideologischer Fragen gibt“, so ist das pure Heuchelei. Jetzt sagt Chruschtschow zur Tito-Clique: „Wir haben ein und dieselbe Ideologie und lassen uns von ein und derselben Theorie leiten“, und daß beide Seiten auf der Grundlage des „Marxismus-Leninismus“ stehen.³

Damit hat Chruschtschow die Erklärung von 1960 über Bord geworfen.

In der Erklärung heißt es: „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportu-

nismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt.“

In der Erklärung heißt es: „Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Deklaration von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt.“

In der Erklärung heißt es: Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens haben ihr Land „von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht“.

In der Erklärung heißt es: „Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung . . . sie entfalten eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.“

In der Erklärung ist alles ganz klar und deutlich ausgedrückt, aber die Führer der KPdSU sagen dennoch: „Auf Grund der Erklärung von 1960 sind wir der Meinung, daß Jugoslawien ein sozialistischer Staat ist.“⁴ Es gehört schon etwas dazu, solche Reden zu führen!

Wir möchten fragen:

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der sich, wie es in der Erklärung heißt, von den Theorien einer Spielart des internationalen Opportunismus, nämlich des modernen Revisionismus, leiten läßt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, den Marxismus-Leninismus verraten hat

¹ „Für den Sieg des schöpferischen Marxismus-Leninismus und gegen die Revision des Kurses der kommunistischen Weltbewegung“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift „Kommunist“ (Moskau), Nr. 11, 1963

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf einer Massenkundgebung in Velenje, Jugoslawien, 30. August 1963

² N. S. Chruschtschow, Rede in einem Betrieb in Rakovica, Jugoslawien, 21. August 1963

³ N. S. Chruschtschow, Interview mit ausländischen Korrespondenten auf der Insel Brioni in Jugoslawien, 28. August 1963, laut Tanjug

und sich der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung entgegenstellt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung betreibt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, eine Tätigkeit entfaltet, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der sich vom Imperialismus mit den USA an der Spitze mit Milliarden U.S. Dollars hochpäppeln läßt?

Das ist wahrhaftig eine seltsame Geschichte, wie man sie noch nie gehört hat!

Es scheint, daß Genosse Togliatti ein wenig offener ist als Genosse Chruschtschow. Togliatti erklärte unverblümt, daß der Standpunkt der Moskauer Erklärung von 1960 gegenüber der Tito-Clique „falsch“¹ gewesen wäre. Wenn nun Chruschtschow alles daransetzt, um die Tito-Clique zu rehabilitieren, sollte er zumindest etwas ehrlicher sein und sich doch nicht zum Verteidiger dieser Erklärung aufwerfen.

Sind die Schlußfolgerungen zur Jugoslawien-Frage in der Erklärung falsch und sollten sie zurückgenommen werden? Togliatti sagt: Sie sind falsch, man muß sie zurücknehmen. Auch Chruschtschow sagt in Wirklichkeit: Sie sind falsch und müssen zurückgenommen werden. Wir sagen: Sie sind richtig und dürfen auf keinen Fall zurückgenommen werden. Alle Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten und die Erklärung von 1960 verteidigen, sagen ebenfalls: Sie sind richtig und dürfen auf keinen Fall zurückgenommen werden.

Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß wir uns, wenn wir so handeln, an „eine Art Schablone“ und an die „Wolfsgesetze der kapitalistischen Welt“² klammern, daß wir „Jugo-

¹ P. Togliatti, „Laßt uns die Diskussion in ihre wahren Grenzen zurückführen“, „L'Unità“ vom 10. Januar 1963

² N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Dezember 1962

slawien aus dem Sozialismus exkommunizieren“¹ wollen. Sie sind ferner der Meinung, daß jeder, der behauptet, Jugoslawien sei kein sozialistischer Staat, den „Tatsachen nicht Rechnung trägt“ und in Fehler des „Subjektivismus“² verfällt. Andererseits schließen sie ihre Augen und behaupten drauflos, Jugoslawien sei ein sozialistischer Staat, eine Schlußfolgerung, die sie, „von den objektiven Gesetzen und der marxistisch-leninistischen Lehre ausgehend“, bei der „gründlichen Analyse der Wirklichkeit“³ gezogen haben wollen.

Was sind nun die realen Verhältnisse in Jugoslawien? Zu welchen Schlußfolgerungen kommt man denn schließlich, wenn man von den objektiven Gesetzen und der marxistisch-leninistischen Lehre ausgeht und die Wirklichkeit in Jugoslawien gründlich analysiert?

Im folgenden wollen wir auf diese Frage eingehen.

DIE ENTWICKLUNG DES PRIVATKAPITALISMUS IN DEN JUGOSLAWISCHEN STÄDTEN

Eines der Argumente, die Chruschtschow vorbrachte, um Jugoslawien als einen sozialistischen Staat auszuweisen, war, daß es dort kein Privatkapital, keine Privatunternehmen, keine Kapitalisten gäbe.

Sind die Dinge wirklich so? Nein.

Tatsache ist, daß es in Jugoslawien viel Privatkapital und viele Privatunternehmen gibt, und daß sie sich schnell entwickeln.

Die Situation in den sozialistischen Ländern ist im allgemeinen so, daß nach der Machtergreifung durch das Proletariat in einem verhältnismäßig langen Zeitabschnitt verschiedene so-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion, 14. Juli 1963

² Ebenda

³ N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Dezember 1962

zialökonomische Sektoren der Volkswirtschaft, darunter ein privatkapitalistischer, bestehenbleiben. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Die Frage ist lediglich, welche Politik die Staatsmacht der privatkapitalistischen Wirtschaft gegenüber verfolgt, ob diese Politik darin besteht, die privatkapitalistische Wirtschaft auszunutzen, zu beschränken, umzugestalten und zu liquidieren, oder sie ungeschoren zu lassen, zu unterstützen und zu fördern. Das ist ein wichtiges Kennzeichen, um festzustellen, ob sich ein Staat in Richtung Sozialismus oder in Richtung Kapitalismus entwickelt.

Die Tito-Clique geht in dieser Frage mit dem Sozialismus diametral auseinander. Die sozialen Reformen, die Jugoslawien in der frühen Nachkriegszeit durchführte, waren schon nicht gründlich. Die Politik der Tito-Clique seit ihrem offenen Verrat ist nicht darauf gerichtet, Privatkapital und Privatunternehmen umzugestalten und zu beseitigen, sondern sie zu unterstützen und zu entwickeln.

Im Jahre 1953 erließ die Tito-Clique Verordnungen, wonach „Gruppen von Bürgern“ das Recht haben, „Unternehmen zu gründen“ und „Arbeitskräfte einzustellen“. Im gleichen Jahr erließ die Tito-Clique ein Gesetz, das Privatleuten das Recht gab, Anlagevermögen von staatlichen Wirtschaftsorganisationen anzukaufen.

Im Jahre 1956 legte die Tito-Clique den Lokalbehörden nahe, das Privatkapital in der Steuerpolitik und ähnlichem zu unterstützen.

Im Jahre 1961 setzte die Tito-Clique fest, daß Privatleute das Recht haben, Devisen anzukaufen.

Im Jahre 1963 wurde die Politik der Entwicklung des Privatkapitals von der Tito-Clique in ihrer Verfassung verankert. In dieser Verfassung wurde festgelegt, daß in Jugoslawien Privatleute Betriebe einrichten und Arbeitskräfte einstellen dürfen.

Mit Unterstützung der Tito-Clique schossen in den jugoslawischen Städten Privatunternehmen und Privatkapital wie Bambussprossen nach dem Frühlingsregen aus der Erde.

Nach Angaben des in Belgrad herausgegebenen amtlichen „Statistischen Taschenbuchs von Jugoslawien für das Jahr 1963“ gibt es in Jugoslawien über 115 000 private „Handwerksbetriebe“. Die Eigentümer vieler dieser Privatbetriebe sind jedoch nicht „Handwerker“, sondern typische Privatkapitalisten.

Die Tito-Clique hat zugegeben, daß es, obwohl Privateigentümer dem Gesetz nach höchstens fünf Arbeiter einstellen dürfen, doch viele gibt, die 10- bis 20mal so viele Arbeiter beschäftigen, und manche sogar „500 bis 600 Arbeiter“ eingestellt haben.¹ Der jährliche Umsatz mancher Privatunternehmen beträgt über 100 Millionen Dinar.²

Die jugoslawische Zeitung „Politika“ ließ am 7. Dezember 1961 durchblicken, daß diese Privatunternehmer oft „Besitzer von Großunternehmen“ sind. „Es läßt sich schwer feststellen, wie weit das Netz, das diese Privatunternehmer gespannt haben, reicht und wie viele Arbeiter sie beschäftigen. Laut Gesetz haben sie das Recht, fünf Arbeiter als Hilfskräfte einzustellen. Aber Leute, die in solche Dinge Einblick haben, behaupten, daß diese fünf Leute in Wirklichkeit Arbeitsaufseher sind, denen außerdem noch ‚Unteraufseher‘ unterstehen.“ „Diese Aufseher sind meist Leute, die selbst nicht arbeiten, sondern nur Befehle erteilen, Pläne ausarbeiten, im Auto von einem Betrieb zum anderen fahren und Verträge unterzeichnen.“

Aus den Profiten, die diese Privateigentümer aus ihren Unternehmen ziehen, ist ebenfalls ersichtlich, daß sie nichts anderes als hundertprozentige Kapitalisten sind. Die jugoslawische Zeitung „Svet“ schrieb am 8. Dezember 1961: „Das monatliche Nettoeinkommen gewisser Privathandwerker erreicht eine Million Dinar.“ Und die in Belgrad erscheinende „Vecernje Novosti“ berichtete am 20. Dezember 1961, in Bel-

¹ M. Todorović, „Der Kampf an zwei Fronten“, in „Nasha Stvarnost“ vom März 1954

² „Vesnik u Sredu“ vom 27. Dezember 1961

grad gäbe es „116 Privatunternehmer mit einem Jahreseinkommen im Vorjahr von mehr als 10 Millionen Dinar.“ Manche Unternehmer „verdienen in einem Jahr etwa 70 Millionen Dinar“, was nach offiziellem Kurs fast 100 000 U.S. Dollar bedeutete.

In den jugoslawischen Städten gibt es nicht nur private Industriebetriebe, private Dienstleistungsbetriebe, Privathandel, privaten Immobilienhandel und private Transportunternehmen, sondern sogar Wucherer, die „Privatbankiers“ genannt werden. Solche Wucherer treten ganz offen hervor und geben sogar Inserate in den Zeitungen auf wie z. B.: „Darlehen von 300 000 Dinar auf 3 Monate gewährt. Rückzahlungsbetrag: 400 000 Dinar. Kautions notwendig.“¹

Das alles sind unbestreitbare Tatsachen.

Wir möchten denjenigen, die sich um die Rehabilitierung der Tito-Clique bemühen, die Frage stellen: Wenn ihr die Leute nicht absichtlich betrügen wollt, wie könnt ihr euch auf die Behauptung versteifen, in Jugoslawien gäbe es kein Privatkapital, keine Privatunternehmen und keine Kapitalisten?

DER KAPITALISMUS ÜBERSCHWEMMT DAS JUGOSLAWISCHE DORF

Untersuchen wir einmal die Situation im jugoslawischen Dorf.

Gibt es auch dort bereits, wie Chruschtschow behauptet, keine Kapitalisten mehr?

Nein, die Tatsachen sind durchaus andere.

Daß Jugoslawien vom Kapitalismus überschwemmt ist, zeigt sich auf dem Land sogar noch deutlicher.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die Einzelwirtschaft und die Kleinproduzentenwirtschaft stündlich und täg-

lich den Kapitalismus gebiert. Erst die Kollektivierung kann die Landwirtschaft auf den Weg zum Sozialismus führen.

Stalin wies darauf hin: „Lenin sagt, daß, solange im Lande die individuelle Bauernwirtschaft überwiegt, die Kapitalisten und Kapitalismus hervorbringt, die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bestehen bleibt. Natürlich kann, solange eine solche Gefahr besteht, von einem Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande nicht ernsthaft gesprochen werden.“¹

In dieser Frage hat die Tito-Clique einen dem Sozialismus völlig zuwiderlaufenden Kurs eingeschlagen.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte Jugoslawien ursprünglich die Bodenreform durchgeführt und auch eine Anzahl von bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften gegründet. Aber die Kulakenwirtschaft wurde im wesentlichen nicht angetastet.

Im Jahre 1951 gab die Tito-Clique offiziell bekannt, den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft aufzugeben, und begann die Auflösung der bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften. Das war ein schwerwiegender Schritt, mit dem die Tito-Clique Verrat am Sozialismus beging. Bis Ende 1953 nahm die Zahl derartiger Genossenschaften von etwa 6900 im Jahre 1950 bis auf etwa 1200 ab. 1960 war sie auf bloß 147 gesunken. Die Dörfer Jugoslawiens bieten das Bild eines Meeres von Einzelwirtschaften.

Die Tito-Clique erklärt ganz offen die Kollektivierung in Jugoslawien für undurchführbar. Diese Leute verspritzen ihr verleumderisches Gift: „Kollektivierung und Enteignung sind ein und dasselbe“,² und erklären die Kollektivierung als den Weg, um „die Leibeigenschaft und die Armut des Bauern möglichst lange aufrechtzuerhalten“.³ Absurder Weise befür-

¹ Stalin, „Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft“, Werke, Bd. 11

² E. Kardelj, Eröffnungsrede auf der 9. Plenartagung des 4. Bundeskomitees der Sozialistischen Allianz der Werktätigen Jugoslawiens, 5. Mai 1959

³ V. Bakarić, Rede auf dem VI. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

¹ „Vesnik u Sredu“ vom 6. Dezember 1961

wortet die Tito-Clique sogar die Entwicklung der Landwirtschaft „auf der Grundlage des freien Wettbewerbs der verschiedenen Wirtschaftskräfte“.¹

Während viele bäuerliche Arbeitsgenossenschaften aufgelöst wurden, hat die Tito-Clique auch, um die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande zu fördern, seit 1953 nacheinander eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die Freiheit des Handels mit Grund und Boden und der Landverpachtung in den Dörfern gewährleisten, die Einstellung von Arbeitskräften erlauben, den planmäßigen Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse abschaffen, den freien Handel mit landwirtschaftlichen Produkten einführen.

Durch diese Politik überwältigten die Kräfte des Kapitalismus sehr bald die Dörfer, und die Klassendifferenzierung wurde immer schärfer. Das war ein wichtiger Faktor in der Restaurierung des Kapitalismus durch die Tito-Clique.

Die Klassendifferenzierung im Dorf findet ihren wesentlichsten Ausdruck in den Veränderungen in den Bodenbesitzverhältnissen. Slavko Komar, der ehemalige Leiter des jugoslawischen Sekretariats für Land- und Forstwirtschaft, mußte zugeben, daß 70% aller Bauernwirtschaften 1959 weniger als fünf Hektar Land besaßen, und daß sich in den Händen dieser armen Bauern nur 43% der in Privatbesitz befindlichen Nutzfläche befand, während reichen Bauernhöfen mit über 8 Hektar Land, die lediglich 13% der gesamten bäuerlichen Haushalte ausmachten, 33% der gesamten in Privatbesitz befindlichen Nutzfläche gehörten. Komar mußte weiter eingestehen, daß etwa 10% der Bauernhaushalte jährlich Land kaufen oder verkaufen.² Die Bauernhaushalte, die ihren Boden verkaufen mußten, waren zum größten Teil die von armen Bauern.

¹ E. Kardelj, „Zu einigen Problemen unserer Politik in den Dörfern“, in „Komunist“ (Belgrad), Nr. 4, 1953

² S. Komar, „Einige die Landgebiete und die Bauernhaushalte betreffende Probleme“, in „Socializam“, Nr. 5, 1962

Die Bodenkonzentration ist in Wirklichkeit allerdings noch viel schlimmer, als die obigen Angaben es wahrhaben wollen. Wie „Borba“, das Sprachrohr der Tito-Clique, am 19. Juli 1963 berichtete, haben allein in einem Kreis „Tausende von Bauernhöfen Grundbesitz, der bei weitem die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze von 10 Hektar übertrifft“. Im Bezirk Bijeljina „fanden sich 500 Bauernhöfe mit einem Grundbesitz zwischen 10 und 30 Hektar“. Und das sind keine Einzelfälle.

Die Klassendifferenzierung im Dorf ist weiter durch den großen Unterschied im Besitz von Zugtieren und landwirtschaftlichen Geräten gekennzeichnet. In der Provinz Vojvodina, einem wichtigen Getreideanbaugebiet, haben 55% der insgesamt 308 000 Bauernhöfe keine Zugtiere. 40,7% aller Bauernhöfe in diesem Gebiet, die weniger als 2 Hektar Land bewirtschaften, besitzen nur 4,4% der in diesem Gebiet vorhandenen Pflüge, also im Durchschnitt je 20 Bauernhöfe nur einen Pflug. Dagegen besitzen die reichen Bauern in dieser Provinz nicht nur Pflüge und Pferdewagen in großer Zahl, sondern auch über 1300 Traktoren und viele andere landwirtschaftliche Maschinen.¹

Die Klassendifferenzierung im Dorf zeigt sich auch in der Entwicklung des Lohnarbeitssystems und anderer Formen der kapitalistischen Ausbeutung.

Wie aus Berichten der jugoslawischen Wochenschrift „Komunist“ vom 7. Februar 1958 hervorgeht, beschäftigten 52% der Bauernhöfe in Serbien mit über 8 Hektar Landbesitz im Jahr 1956 Lohnarbeiter.

Slavko Komar sagte 1962, daß die Eigentümer mancher Bauernhöfe in den letzten Jahren „immer mächtiger werden, aber nicht durch ihre eigene Arbeit, sondern durch die Einnahmen aus ihrer Beschäftigung mit den folgenden: Schwarzhandel, Verarbeitung eigener Erzeugnisse wie auch der Erzeugnisse anderer, Schwarzbrennerei von Alkohol, durch den Besitz von mehr als den gesetzlich festgelegten 10 Hektar

¹ In der jugoslawischen Zeitschrift „Index“, Nr. 2, 1962

Grund und Boden, durch Kauf oder viel öfter durch Pacht, durch vorgebliche Teilung des Familienbesitzes an Land, durch Inbesitznahme oder Verheimlichung von Boden im öffentlichen Besitz; weiters durch die Anschaffung von Traktoren mit Hilfe von Spekulationen und durch die Ausbeutung benachbarter Kleinbauern, denen sie mit ihren Maschinen den Boden bestellten¹.

„Borba“ stellte am 30. August 1962 fest, daß der „sogenannte gutherzige Produzent . . . von anderen Boden pachtet, Arbeitskräfte beschäftigt und ein erfahrener Kaufmann ist . . . Solche Leute sind keine Produzenten, sondern Unternehmer. Manche von ihnen nehmen das ganze Jahr hindurch keine Hacke in die Hand. Sie beschäftigen Arbeitskräfte, während sie selbst nur die Aufsicht über die Feldarbeit führen und Handel treiben“.

In den Dörfern Jugoslawiens treiben auch die Wucherer ihr Unwesen und der Zinsfuß übersteigt oft 100%. Es gibt auch Leute, die sich die schwierige Lage der Arbeitslosen zunutze machen, den Arbeitsmarkt monopolisieren und die Arbeitslosen ausbeuten.

Viele arme Bauern, die ihr Land und ihre anderen Produktionsmittel verloren haben, können nur vom Verkauf ihrer eigenen Arbeitskraft leben. Nach Angaben der Zeitung „Politika“ vom 20. August 1962 stammten 70% des Bareinkommens aller jugoslawischen Bauernfamilien mit weniger als 2 Hektar im Jahr 1961 vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Diese Bauern sind der verschiedenartigsten Ausbeutung preisgegeben und leben im tiefsten Elend.

Die Tatsachen zeigen, daß in Jugoslawien die Ausbeuterklasse die dominierende Stellung auf dem Lande innehat.

Das ZK der KPdSU versucht in seinem Offenen Brief, Jugoslawien damit als einen sozialistischen Staat hinzustellen, daß der „sozialistische Sektor“ im jugoslawischen Dorf von 6% bereits auf 15% gestiegen sei.

¹S. Komar, „Einige die Landgebiete und die Bauernhaushalte betreffende Probleme“

Bedauerlicherweise ist selbst dieser erbärmlich geringe Prozentsatz nicht zum sozialistischen Sektor zu rechnen.

Mit diesen 15 Prozent, die die Führerschaft der KPdSU den „sozialistischen Sektor“ nennt, ist nichts anderes gemeint als die von der Tito-Clique geförderten landwirtschaftlichen Organisationen wie „Landgüter“ und „allgemeine Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“. Aber diese sogenannten „Landgüter“ sind ihrem wahren Wesen nach kapitalistische Güter. Die sogenannten „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ sind in Wirklichkeit eine Art von hauptsächlich mit Handel beschäftigten kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen. Diese Organisationen haben nicht nur das Privateigentum an Grund und Boden nicht angetastet, sondern zielen hauptsächlich gerade auf die Entwicklung der Kulakenwirtschaft ab.

In der in Belgrad herausgegebenen Broschüre „Probleme der Landwirtschaft in Jugoslawien“ wird festgestellt: „Von ihrer gegenwärtigen Lage und Rolle aus gesehen“, haben die Genossenschaften „durchaus nicht die Bedeutung einer sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und des Dorfes. Sie zielen nicht so sehr darauf ab, sozialistische Stützpunkte in den Dörfern zu errichten, als vielmehr die kapitalistischen Faktoren zu entwickeln und zu fördern. In manchen Fällen werden diese Genossenschaften zu Vereinigungen von Kulaken.“

Die Tito-Clique gewährt den „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ das Monopol, landwirtschaftliche Erzeugnisse von den Bauern aufzukaufen. Diese sogenannten „Genossenschaften“ benutzen ihr Monopolrecht und die unkontrollierten Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu riesigen Spekulationen in ihrer Handelstätigkeit und beuten die Bauern aus. Als 1958 Jugoslawien eine schlechte Ernte hatte, benutzten die „Genossenschaften“ und andere Handelsorganisationen die Gelegenheit, um den Verkaufspreis von landwirtschaftlichen Produk-

ten hinaufzusetzen. Als 1959 eine bessere Ernte eingebracht wurde, zerrissen die „Genossenschaften“ die mit den Bauern unterzeichneten Aufkaufsverträge und reduzierten ihre Aufkäufe, wobei es ihnen auch nicht darauf ankam, die Feldfrüchte ungeerntet verkommen zu lassen.

Die „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ und die „Landgüter“ beschäftigen viele Lohnarbeiter bzw. Tagelöhner und beuten sie aus. Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ für 1962 beschäftigten allein die verschiedenen „Genossenschaften“ 1961 über 100 000 festangestellte Arbeiter und obendrein noch Tagelöhner in großer Zahl. Wie aus der jugoslawischen Zeitung „Rad“ vom 1. Dezember 1962 hervorgeht, werden diese Lohnarbeiter „oft aufs brutalste ausgebeutet (der Arbeitstag kann bis zu 15 Stunden dauern), und dabei ist ihr Einkommen gewöhnlich äußerst niedrig“.

Man sieht, die landwirtschaftlichen Organisationen des sogenannten „sozialistischen Sektors“ sind nichts anderes als kapitalistische landwirtschaftliche Unternehmen.

Die armen Bauern auszuplündern und die kapitalistischen Farmen zu entwickeln — das ist die grundlegende Politik der Tito-Clique in der Landwirtschaft. Tito sagte bereits im Jahr 1955: „Wir geben den Gedanken nicht auf, in Jugoslawien eines Tages die kleinen Bauernbetriebe in einer gewissen Weise zusammenzulegen . . . In den USA ist das bereits getan worden. Wir müssen eine Lösung dieser Frage finden.“

Um den kapitalistischen Weg zu gehen, erließ die Tito-Clique 1959 das „Gesetz über die Bodennutzung“, das vorsieht, daß, wenn Einzelbauern ihren Boden nicht entsprechend den festgelegten Bedingungen bearbeiten können, die „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ oder die „Landgüter“ dieses Land in „Zwangsverwaltung“ nehmen. Das bedeutet in Wirklichkeit die Entwicklung kapitalistischer Farmen durch die Enteignung der armen

Bauern und durch die zwangsweise Zusammenlegung von Grundstücken. Das ist ganz klar und einfach der Weg der kapitalistischen Landwirtschaft.

Stalin sagte vom Übergang der bäuerlichen Kleinwirtschaft zur landwirtschaftlichen Großwirtschaft: „Hier haben Sie die zwei Wege, den kapitalistischen und den sozialistischen Weg, den Weg vorwärts, zum Sozialismus, und den Weg zurück, zum Kapitalismus.“

Gibt es neben dem sozialistischen und dem kapitalistischen noch einen dritten Weg? Stalin sagte: „Der sogenannte dritte Weg ist in der Tat der zweite, der Weg der Rückkehr zum Kapitalismus.“ „Denn was heißt Rückkehr zur Einzelwirtschaft und Wiederherstellung des Kulakentums? Das heißt das Kulakenjoch, die Ausbeutung der Bauernschaft durch das Kulakentum wiederherstellen und die Macht an den Kulaken ausliefern. Kann man aber das Kulakentum wiederherstellen und gleichzeitig die Sowjetmacht aufrechterhalten? Nein, das kann man nicht. Die Wiederherstellung des Kulakentums muß zur Schaffung einer Kulakenmacht und zur Liquidierung der Sowjetmacht führen, sie muß folglich zur Bildung einer bürgerlichen Regierung führen. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung aber muß ihrerseits zur Wiedereinsetzung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen.“¹

Der Weg, den die jugoslawische Landwirtschaft im letzten Dutzend Jahre gegangen ist, ist gerade dieser Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus.

All das sind unbestreitbare Tatsachen.

Wir möchten diejenigen fragen, die die Tito-Clique zu rehabilitieren beabsichtigen: Wenn ihr nicht wissentlich die Menschen narren wollt, wie könnt ihr so stur behaupten, in Jugoslawien gäbe es keine Kapitalisten?

¹ Stalin, „Rede auf dem ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaft“, Werke, Bd. 13

DIE SOZIALISTISCHE VOLKSEIGENE WIRTSCHAFT ZU KAPITALISTISCHER WIRTSCHAFT ENTARTET

Die Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien zeigt sich nicht nur in der Tatsache, daß der Privatkapitalismus Stadt und Dorf überflutet. Noch wesentlicher ist, daß die „staatlichen“ Betriebe, die in der Wirtschaft Jugoslawiens eine entscheidende Rolle spielen, bereits entartet sind.

Das von der Tito-Clique eingeführte ökonomische System der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ ist ein Staatskapitalismus eigener Art. Es ist nicht Staatskapitalismus unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, sondern Staatskapitalismus unter Bedingungen, in denen durch die Tito-Clique die Diktatur des Proletariats zur Diktatur der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie entartete. Die Produktionsmittel der Betriebe unter „Arbeiterselbstverwaltung“ gehören nicht einem oder mehreren privaten Kapitalisten, sondern sind in Wirklichkeit Eigentum des neuen Typs der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie von Jugoslawien, der hohe Beamte und Direktoren mit einschließt und dessen Repräsentant die Tito-Clique ist. Den Namen des Staates mißbrauchend, vom USA-Imperialismus abhängig und sich in ein „sozialistisches“ Mäntelchen hüllend, hat diese bürokratische Kompradorenbourgeoisie dem werktätigen Volk sein Eigentum geraubt. In Wirklichkeit ist die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ ein System der unbarmherzigen Ausbeutung unter der Herrschaft des bürokratischen Kompradorenkapitals.

Seit 1950 hat die Tito-Clique eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, durch die in allen staatlichen Betrieben, in den Fabriken, Bergwerken, im Verkehr und Transport, im Handel, in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und in Kommunalbetrieben, die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ eingeführt wurde. Das Wesen der „Arbeiterselbstverwaltung“ besteht darin, daß diese Betriebe „Arbeitskollektiven“ übergeben werden, die in jedem Betrieb unabhängig operieren, selbständig Rohmaterialien einkaufen, über Sortiment,

Produktionsmenge und Preis ihrer Produkte bestimmen und diese selbst auf dem Markt vertreiben, ihre eigenen Gehaltslisten und die Verteilung eines Teils des Profits festlegen. Jugoslawische Erlässe bestimmen ferner, daß Unternehmen das Recht haben, Anlagevermögen zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten und zu vermieten.

In den Betrieben unter „Arbeiterselbstverwaltung“ sind laut Tito-Clique die Eigentumsverhältnisse eine „höhere Form des sozialistischen Eigentums“. Ihren Behauptungen nach kann nur mit Hilfe der „Arbeiterselbstverwaltung“ der wahre Sozialismus aufgebaut werden.

Das alles ist nichts als lügnerisches Geschwätz.

Theoretisch betrachtet, weiß jeder, der etwas vom Marxismus versteht, daß Losungen wie die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ und „Die Fabriken den Arbeitern“ niemals marxistische Losungen waren, sondern von Anarchosyndikalist, bürgerlichen Sozialisten, von Opportunisten und Revisionisten alten Schlags aufgestellt wurden.

Die „Theorie“ von der sogenannten „Selbstverwaltung der Arbeiter“ und das Schlagwort „Die Fabriken den Arbeitern“ sind das gerade Gegenteil der marxistischen Grundprinzipien des Sozialismus. „Theorien“ solcher Art wurden schon längst von den Klassikern des Marxismus restlos widerlegt.

Marx und Engels wiesen im „Kommunistischen Manifest“ darauf hin: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats . . . zu zentralisieren . . .“

Engels schrieb im „Anti-Dühring“: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.“

Das Proletariat, das die politische Macht an sich gerissen hat, muß die Produktionsmittel in den Händen der Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats konzentrieren. Das ist ein Grundprinzip des Sozialismus.

Nach der Oktoberrevolution, in der frühesten Periode der Sowjetmacht, traten manche Leute dafür ein, die Fabriken den „Produzenten“ zu übergeben, so daß sie direkt die „Produktion organisieren“ könnten; Lenin kritisierte diese Ansichten mit großer Schärfe und wies darauf hin, daß ein solcher Vorschlag sich in Wirklichkeit gegen die Diktatur des Proletariats richtete.

Lenin sagte sehr treffend: „Jede direkte oder indirekte Legalisierung des Besitztums der Arbeiter einzelner Betriebe oder einzelner Branchen an ihrer Produktion, jede direkte oder indirekte Legalisierung ihres Rechts, die Anweisungen der Staatsmacht abzuschwächen oder zu verhindern, bedeutet die größte Verdrehung der grundlegenden Prinzipien der Sowjetmacht und die völlige Aufgabe des Sozialismus.“¹

Daraus wird klar, daß die sogenannte „Selbstverwaltung der Arbeiter“ überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hat.

In Wirklichkeit gibt die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ der Tito-Clique den Arbeitern keine „Selbstverwaltung“; sie ist nur ein Betrugsmanöver.

Die Unternehmen unter „Arbeiterselbstverwaltung“ befinden sich tatsächlich in den Klauen der neuen bürokratischen Kompradorenbourgeoisie, vertreten durch die Tito-Clique. Diese Clique kontrolliert das Eigentum und das Personal der Betriebe und nimmt ihnen den bei weitem größten Teil der Erträge weg.

Durch die Banken kontrolliert die Tito-Clique die Kredite im ganzen Land, wie auch die Investitionsfonds und das Umlaufkapital aller Betriebe und überwacht ihre Finanzen.

Die Tito-Clique bemächtigt sich des Einkommens dieser Betriebe auf die verschiedenste Weise, wie zum Beispiel durch Besteuerung und Zinsenzahlungen. Nach Angaben aus dem „Bericht des Bundesexekutivrats Jugoslawiens vom Jahr 1961“ wurden den Betrieben auf diese Weise ungefähr drei Viertel ihrer Nettoeinnahmen entzogen.

¹ Lenin, „Über die Demokratie und den sozialistischen Charakter der Sowjetmacht“

Die Tito-Clique reißt die Früchte der Arbeit des Volkes an sich, vor allem um ihre extravaganten Ausgaben zu bestreiten, um ihr reaktionäres Regime aufrechtzuerhalten, um den Apparat zur Unterdrückung des Volkes zu stärken, um den Imperialisten Tribut zu zahlen, und zwar in Form von Rückzahlungen und Zinsen für Auslandsanleihen.

Die Tito-Clique kontrolliert die Betriebe auch durch ihre Direktoren. Diese Betriebsdirektoren werden nominell von den Betrieben engagiert, werden aber in Wirklichkeit von der Tito-Clique ernannt und fungieren als die Agenten der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie in diesen Betrieben.

In den Betrieben unter sogenannter „Arbeiterselbstverwaltung“ ist das Verhältnis zwischen Direktoren und Arbeitern in Wirklichkeit das Verhältnis von Arbeitgebern und Angestellten, von Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Wie die Dinge liegen, haben die Werksdirektoren das Recht, den Produktionsplan und die Entwicklungsrichtung der Betriebe zu bestimmen, über die Produktionsmittel zu verfügen, die Entscheidung über die Verteilung der Gewinne der Betriebe zu treffen, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen, und das Recht, gegen die Beschlüsse der „Arbeiterkomitees“ und der „Verwaltungskomitees“ ihr Veto einzulegen.

Die Presse von Jugoslawien enthält genügend Material, um zu beweisen, daß die „Arbeiterkomitees“ lediglich eine Formalität sind, eine Art „Abstimmungsmaschine“, und daß sich in den Betrieben „alle Macht in den Händen der Direktoren konzentriert“.

Da die Werksdirektoren über die Produktionsmittel und über die Verteilung der Einnahmen der Betriebe verfügen, ist es ihnen möglich, mit Hilfe verschiedener Vorrechte, die Früchte der Arbeit der Werktätigen an sich zu reißen.

Die Tito-Clique hat selbst eingestanden, daß in den Betrieben nicht nur der Lohnunterschied zwischen Direktoren und Arbeitern, sondern auch der Unterschied in den Gewinnanteilen sehr groß ist. In manchen Betrieben betragen die Gewinnanteile, die an die Direktoren und hohen Angestellten

verteilt werden, das Vierzigfache der Anteile, die den Arbeitern zufallen. „In manchen Betrieben ist die Summe der Prämien, die an die Gruppe der leitenden Funktionäre verteilt wird, genau so groß wie die dem ganzen Kollektiv zur Verfügung stehende Lohnsumme.“¹

Die Direktoren der Betriebe benutzen auch ihre Vorrechte, um unter den gerissensten Vorwänden zu großen Einkünften zu gelangen. Bestechungen, Unterschlagungen und Diebstähle sind erst recht große Einnahmequellen für die Werksdirektoren.

Die breiten Massen der Arbeiter leben im Elend. Der Arbeitsplatz ist ihnen nicht gesichert. Durch die Schließung von Betrieben werden viele arbeitslos. Nach offiziellen statistischen Angaben erreichte im Februar 1963 die Zahl der Arbeitslosen 339 000, das heißt etwa 10% der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Außerdem gehen jedes Jahr viele zur Arbeitssuche ins Ausland.

Die jugoslawische Zeitung „Politika“ bestätigte am 25. September 1961: „Zwischen manchen Arbeitern und Angestellten besteht eine sehr große Kluft; die ersteren halten die letzteren für ‚Bürokraten‘, die ihre Löhne ‚verschlingen‘.“

Diese Tatsachen zeigen, daß sich in den jugoslawischen Betrieben unter der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ eine neue gesellschaftliche Gruppe einiger weniger herausgebildet hat, die sich die Früchte der Arbeit der vielen aneignen. Diese Gruppe ist ein wichtiger Bestandteil der neu herausgebildeten bürokratischen Kompradorenbourgeoisie Jugoslawiens.

Durch die Einführung der „Arbeiterselbstverwaltung“ hat die Tito-Clique die ursprünglich volkseigenen Betriebe völlig von der Bahn der sozialistischen Wirtschaft abgebracht.

Das zeigt sich hauptsächlich in folgendem:

¹Offener Brief des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens an seine Organisationen und führenden Funktionäre aller Ebenen, 17. Februar 1958

Erstens: Die einheitliche Wirtschaftsplanung durch den Staat wird aufgegeben.

Zweitens: Der Profit wird zum Hauptanreiz der Unternehmen. Um ihre Einnahmen und Gewinne zu vergrößern, können die Betriebe die verschiedensten Maßnahmen ergreifen. In anderen Worten, das Produktionsziel in den Betrieben unter der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ besteht überhaupt nicht darin, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern, genau wie in kapitalistischen Betrieben, Gewinne zu erzielen.

Drittens: Es wird die Politik verfolgt, die kapitalistische freie Konkurrenz zu ermutigen. Tito erklärte den Direktoren von Betrieben: „Konkurrenz wird unseren einfachen Leuten, den Verbrauchern, guttun.“ Die Tito-Clique erklärt auch offen, daß sie „den Konkurrenzkampf, das Streben nach Profit, Spekulationen u.ä.m.“ erlaubt, da solche Dinge „eine positive Rolle spielen, um die Erzeuger, ihre Kollektive, die Kommunen usw. zur Initiative anzustacheln“.¹

Viertens: Kredit und Banken werden als wichtige Hebel zur Unterstützung der kapitalistischen freien Konkurrenz betrachtet. Die Banken und Kreditinstitute des Tito-Regimes veranstalten Ausschreibungen für Investitionsdarlehen. Wer eine Anleihe in der kürzesten Zeit und mit den höchsten Zinsen zurückzahlen kann, erhält das Darlehen. Mit ihren eigenen Worten heißt das so: „Konkurrenz ist die übliche Methode für die Verteilung von Investitionskrediten.“²

Fünftens: Beziehungen zwischen den Betrieben sind nicht sozialistische Beziehungen gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit unter einem einheitlichen Staatsplan, sondern kapitalistische Beziehungen gegenseitiger Konkurrenz und Rivalität auf dem freien Markt.

¹V. Bakarić, Bericht auf dem IV. Kongreß des Bundes der Kommunisten Kroatiens, 7. April 1959

²A. Papić, „Die Finanzierung der Investitionen in Jugoslawien“, in „Jahrbuch der Kollektivwirtschaft“, April-November 1959, Belgrad

All das rüttelt an den wahren Grundfesten einer sozialistischen Planwirtschaft.

Lenin hatte erklärt: „Sozialismus ist undenkbar . . . ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält.“¹

Er sagte ferner, „ . . . daß ohne eine allseitige, staatliche Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte die Macht der Werktätigen, die Freiheit der Werktätigen sich *nicht* behaupten kann und die Rückkehr unter das Joch des Kapitalismus *unvermeidlich* ist.“²

Unter dem Aushängeschild der „Arbeiterselbstverwaltung“ ringen die verschiedenen Wirtschaftszweige und Betriebe Jugoslawiens miteinander in einem heftigen, kapitalistischen Konkurrenzkampf. Es ist nichts Außergewöhnliches, daß Betriebe unter „Arbeiterselbstverwaltung“, um die Konkurrenz auf dem Markt zu schlagen und Profite zu erhaschen, sich auf Unterschlagungen, Spekulationen, Hamstern, Preistreibereien, Bestechungen, Geheimhaltung technischer Daten und Abwerben von technischem Personal verlegen und sich sogar gegenseitig über Presse und Rundfunk angreifen.

Der heftige Konkurrenzkampf jugoslawischer Unternehmen geht nicht nur auf dem Innenmarkt, sondern auch im Außenhandel vor sich. Die jugoslawische Presse berichtet, es sei nicht ungewöhnlich, daß zwanzig oder dreißig Vertreter jugoslawischer Außenhandelsunternehmen den gleichen ausländischen Markt aufsuchen, miteinander um Aufträge konkurrieren, sich gegenseitig die Kunden oder Lieferanten wegnehmen. „Aus eigennützigen Motiven“ suchen diese Außenhandelsunternehmen „Profite um jeden Preis“, wobei sie „nicht wählerisch in ihren Mitteln“ sind.

Das Ergebnis dieses wilden Konkurrenzkampfs ist Chaos auf dem jugoslawischen Markt. Die Preise variieren beacht-

¹ Lenin, „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ (IV), Werke, Bd. 27

² Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, Werke, Bd. 27

lich nicht nur zwischen verschiedenen Städten und Gebieten, sondern auch zwischen verschiedenen Geschäften im gleichen Ort, und das sogar bei gleichen Waren derselben Hersteller. Um die Preise hoch zu halten, zaudern manche Unternehmen auch nicht, große Mengen landwirtschaftlicher Produkte zu vernichten.

Ein weiteres Ergebnis des bitteren Konkurrenzkampfs ist die Schließung einer großen Zahl jugoslawischer Unternehmen. Nach Angaben des „Bulletins der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ sind in den letzten Jahren jährlich 500 bis 600 Betriebe geschlossen worden.

All das zeigt, daß die „öffentliche“ Wirtschaft Jugoslawiens nicht durch die Gesetze einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern durch die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfs und der Anarchie der Produktion regiert wird. Die Unternehmen der Tito-Clique unter sogenannter „Arbeiterselbstverwaltung“ sind ihrer Natur nach nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch.

Wir möchten die Leute fragen, die sich darauf versteifen, die Tito-Clique zu rehabilitieren: Wenn ihr nicht wesentlich die Menschen narren wollt, wie könnt ihr die staatskapitalistische Wirtschaft unter der Kontrolle der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie als sozialistische Wirtschaft bezeichnen?

VASALL DES USA-IMPERIALISMUS

Der Prozeß der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien ist eng mit jenem Prozeß verbunden, in dessen Verlauf sich die Tito-Clique in Abhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten begeben hat und Jugoslawien zum Vasallen des USA-Imperialismus herabgesunken ist.

Nach ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus hat die Tito-Clique den schimpflichen Weg eingeschlagen, die Souveränität des Staats zu verschachern und ihre Existenz aus den milden Gaben des USA-Imperialismus zu fristen.

Nach unvollständigen Angaben erreicht die „Hilfe“ der USA und anderer imperialistischer Staaten an die Tito-Clique vom Ende des 2. Weltkriegs bis Januar 1963 eine Gesamthöhe von 5,46 Milliarden U.S. Dollar. Über 60% davon oder ca. 3,5 Milliarden U.S. Dollar ist „Hilfe“ aus den USA, deren größter Teil nach 1950 gewährt wurde.

Die Hilfe der USA bildet die Stütze der Finanzen und der Wirtschaft Jugoslawiens. Nach offiziellen Angaben erhielt die Tito-Clique im Jahr 1961 von den USA und den von ihnen kontrollierten internationalen Finanzorganisationen Kredite von über 346 Millionen U.S. Dollar, was 47,4% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaats entsprach. Die Hilfe anderer Westmächte mit eingerechnet, erhielt die Tito-Clique 1961 vom Westen Kredite von über 493 Millionen U.S. Dollar, etwa 67,6% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaats.

Um von den USA Hilfe zu bekommen, hat die Tito-Clique mit ihnen eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, die Landesverrat bedeuten.

In den 1951 zwischen Jugoslawien und den USA ausgetauschten Urkunden des „Abkommens über gegenseitige Verteidigungshilfe“ ist vorgesehen, daß Beamte der USA-Regierung auf jugoslawischem Territorium „frei und unbeschränkt“ die Aufsicht und Kontrolle über die Übernahme und Verteilung militärischen Hilfsmaterials aus den USA durchführen können und auch „alle Erleichterungen bezüglich der Verkehrsmittel und Informationen“ genießen. Darüber hinaus ist vorgesehen, daß Jugoslawien den USA strategische Rohstoffe zur Verfügung stellt.

Das 1951 zwischen Jugoslawien und den USA abgeschlossene „Abkommen über militärische Hilfe“ sieht vor, daß Jugoslawien seinen „vollen Beitrag . . . zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft der Freien Welt zu leisten“ hat und außerdem bereit sein muß, der UNO Truppen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesem Abkommen sollte eine von den USA entsandte Militärmission die direkte

Aufsicht bei der Ausbildung jugoslawischer Truppen übernehmen.

Im „Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Jugoslawien und den USA vom Jahre 1952 ist vorgesehen, daß Jugoslawien die amerikanische Hilfe dazu verwenden soll, „die grundlegenden Menschenrechte des Individuums, die Freiheit und die demokratische Ordnung zu fördern“, mit anderen Worten, den Kapitalismus.

1954 schloß Jugoslawien mit zwei Mitgliedstaaten der NATO, Griechenland und der Türkei, einen Vertrag des Bündnisses, der politischen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfeleistung ab. In diesem Vertrag ist die militärische und diplomatische Koordinierung der drei Staaten vorgesehen, wodurch Jugoslawien dem Wesen nach ebenfalls Mitglied des von den USA beherrschten Militärblocks wurde.

Nach 1954 schloß Jugoslawien eine weitere Reihe von Abkommen mit den USA, in denen seine Souveränität preisgegeben wurde, von 1957 bis 1962 allein über fünfzig.

Durch den Abschluß derartiger Verträge und Abkommen, mit denen die Tito-Clique Jugoslawien in ein Anhängsel des USA-Imperialismus verwandelte, haben die USA in Jugoslawien

- 1) das Recht, Jugoslawiens Militärangelegenheiten zu kontrollieren;
- 2) das Recht, Jugoslawiens auswärtige Angelegenheiten zu kontrollieren;
- 3) das Recht, sich in Jugoslawiens innere Angelegenheiten einzumischen;
- 4) das Recht, über Jugoslawiens Finanzen zu verfügen und sie zu überwachen;
- 5) das Recht, Jugoslawiens Außenhandel zu kontrollieren;
- 6) das Recht, Jugoslawiens strategische Rohstoffe auszu-beuten;
- 7) das Recht, in Jugoslawien militärisches und wirtschaftliches Informationsmaterial einzusammeln.

So hat die Tito-Clique Jugoslawiens Souveränität und Unabhängigkeit verschachert.

Um amerikanische Hilfe zu erhalten, hat sich die Tito-Clique, nachdem sie durch eine Reihe ungleicher Verträge mit den USA Jugoslawiens Souveränitätsrechte verkauft hatte, auch durch zahlreiche Maßnahmen in ihrer Innen- und Außenpolitik den Wünschen des westlichen Monopolkapitals nach Durchdringung Jugoslawiens angepaßt.

Im Jahre 1950 begann die Tito-Clique das staatliche Außenhandelsmonopol abzuschaffen.

Das 1953 erlassene „Gesetz über die Außenhandelstätigkeit“ erlaubt den Betrieben, sich unabhängig im Außenhandel zu betätigen und mit westlichen Monopolkapitalunternehmen direkt Geschäfte abzuschließen.

1961 führte das Tito-Regime erneut „Reformen“ im Devisen- und Außenhandelssystem durch. Der Hauptinhalt dieser Reformen war die weitere Auflockerung der Beschränkungen in Import und Export. Die Einfuhr wichtiger Halbfertigwaren und bestimmter Konsumgüter wurde „völlig liberalisiert“, während die Beschränkungen beim Import anderer Waren in verschiedenem Maß gelockert wurden. Die für die sogenannten liberalisierten Importwaren benötigten Devisen wurden ohne Beschränkung zur Verfügung gestellt.

Jedermann weiß, daß das staatliche Außenhandelsmonopol ein Grundprinzip des Sozialismus ist.

Lenin hatte erklärt, daß „das Industrieproletariat . . . absolut nicht in der Lage ist, seine Industrie wiederherzustellen und Rußland zu einem Industrieland zu machen, wenn das Land nicht ausschließlich durch das Außenhandelsmonopol, sondern nur irgendwie durch die Zollpolitik geschützt ist.“¹

Stalin stellte fest, daß „... das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist“. Die Abschaffung dieses Monopols würde „Verzicht auf die Industrialisierung des Landes“ und „Über-

¹ Lenin, „Über das Außenhandelsmonopol“, Werke, Bd. 33

schwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern“ beziehungsweise „die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein ‚halbkoloniales Land‘“ bedeuten.¹

Mit der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols hat das Tito-Regime dem imperialistischen Monopolkapital Tür und Tor geöffnet.

Welche wirtschaftlichen Konsequenzen ergeben sich aus der Tatsache, daß die Tito-Clique wesentliche Beträge als USA-Hilfe erhielt und dem Imperialismus die Tür öffnete?

Erstens: Jugoslawien hat sich in einen Markt für das imperialistische Dumping verwandelt.

Gewaltige Mengen von Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden aus imperialistischen Ländern auf den jugoslawischen Markt eingeschleust. Um weitere Profite zu erlangen, setzen auch die im Dienst des ausländischen Monopolkapitals reich gewordenen jugoslawischen Kompradorenkapitalisten den Import von Waren fort, die im Lande selbst hergestellt werden können oder sogar in großen Mengen auf Lager sind. Die Zeitung „Politika“ gab am 25. Juli 1961 zu, es „ist überall sichtbar“, daß die jugoslawische Industrie „unter den andauernden Schlägen der äußerst komplizierten Konkurrenz der ausländischen Industrie leidet“.

Zweitens: Jugoslawien hat sich in Jagdgründe für imperialistische Investitionen verwandelt.

Viele jugoslawische Industriebetriebe wurden aus der „Hilfe“ der USA und anderer imperialistischer Länder errichtet. Ausländisches privates Monopolkapital ist in großem Ausmaß direkt in Jugoslawien eingedrungen. Wie der Generaldirektor der staatlichen jugoslawischen Investitionsbank, Augustin Papić, feststellte, erreichte in der Zeit von 1952 bis 1956 „die Beteiligung des ausländischen Kapitals 32,5% des Gesamtwerts aller wirtschaftlichen Investitionen“. Der Staats-

¹ Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation“, Werke, Bd. 10

sekretär der USA, Dean Rusk, erklärte am 5. Februar 1962, daß Jugoslawiens Kapitalsquellen „zum größten Teil im Westen gelegen“ seien.

Drittens: Jugoslawien hat sich in eine Rohstoffbasis des Imperialismus verwandelt.

Seit 1951 beliefert die Tito-Clique im Rahmen des amerikanischen-jugoslawischen „Abkommens über militärische Hilfe“ die USA ständig mit bedeutenden Mengen strategischer Rohstoffe. Nach Angaben des „Statistischen Jahrbuchs der Jugoslawischen Förderativen Volksrepublik“ für 1961 wird seit 1957 etwa die Hälfte der von Jugoslawien exportierten wichtigsten Erze wie Magnesium, Blei, Zink und Antimon an die USA geliefert.

Viertens: Die jugoslawischen Industriebetriebe haben sich in Montagewerkstätten der Betriebe des westlichen Monopolkapitals verwandelt.

Viele wichtige Industriebetriebe Jugoslawiens produzieren unter Lizenzen westlicher Länder, und ihre Produktion ist von importierten halbverarbeiteten Rohstoffen, Ersatzteilen, Einzelteilen und Halbfabrikaten abhängig. Ihre Produktion untersteht der Kontrolle der Unternehmen des westlichen Monopolkapitals.

Tatsächlich sind viele jugoslawische Industrieerzeugnisse, die als eigene Produkte verkauft werden, aus importierten Fertigteilen zusammengesetzt und mit jugoslawischen Schutzmarken versehen. Die jugoslawische Zeitung „Vesnik u Sredu“ schrieb am 25. April 1962: „Gewisse Industriezweige unseres Landes werden zu Handelsorganisationen besonderer Art, die nicht produzieren, sondern montieren und nur ihre eigene Schutzmarke auf die Erzeugnisse anderer kleben.“

Unter diesen Umständen wird Jugoslawien zu einem integrierenden Bestandteil des Weltmarkts des westlichen Monopolkapitals. Jugoslawien ist auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Weltmarkt des Kapitalismus untrennbar verbunden und zu einem Vasallen des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, herabgesunken.

Wenn ein sozialistischer Staat seine Unabhängigkeit und Souveränität verkauft und zu einem Anhängsel des Imperialismus wird, muß dies unvermeidlich zur Restauration des kapitalistischen Systems führen.

Der von der Tito-Clique propagierte sogenannte Sonderweg, mit Hilfe der USA den „Sozialismus“ aufzubauen, bedeutet nichts anderes, als, den Bedürfnissen des Imperialismus entsprechend, ein sozialistisches System in ein kapitalistisches zu verwandeln, bedeutet den Rückfall eines unabhängigen Staates in eine Halbkolonie.

Einem derartigen Anhängsel des USA-Imperialismus gegenüber behauptet Chruschtschow dennoch immer, daß es „den Sozialismus aufbaut“. Das ist wirklich phantastisch. Den schon von Marx, Engels und Lenin verurteilten Spielarten eines falschen Sozialismus gesellt sich nun eine neue zu, die sich selbst Sozialismus nennt und die Marke der Hilfe der USA trägt. Das ist vermutlich der „wesentliche Beitrag“ Titos und Chruschtschows zur „schöpferischen Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus“.

EIN KONTERREVOLUTIONÄRER SONDERTRUPP DES USA-IMPERIALISMUS

Wenn man die konterrevolutionäre Rolle, die die Tito-Clique in den internationalen Beziehungen spielt, und ihre reaktionäre Außenpolitik in Betracht zieht, läßt sich Jugoslawien noch weit weniger als sozialistischer Staat bezeichnen.

Auf der internationalen Bühne spielt die Tito-Clique die Rolle eines die Weltrevolution sabotierenden Sondertrupps des USA-Imperialismus.

Mit dem konkreten Beispiel der Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien hilft die Tito-Clique dem USA-Imperialismus, seine Politik der sogenannten „friedlichen Evolution“ in die sozialistischen Länder einzuschmuggeln.

Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft und zersetzt die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China.

Unter dem Deckmantel der „Blockfreiheit“ und „aktiven Koexistenz“ versucht die Tito-Clique, die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben, und dient damit dem Neokolonialismus der USA.

Die Tito-Clique versucht mit allen Mitteln, den USA-Imperialismus zu beschönigen und die Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus zu lähmen.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Stalinismus“ verspritzt die Tito-Clique überall ihr Gift des Revisionismus und bekämpft die Revolution der Völker aller Länder.

Bei allen wichtigen internationalen Ereignissen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat die Tito-Clique ständig die Rolle eines Handlangers des USA-Imperialismus gespielt.

Erster Fall: Die Revolution in Griechenland. Am 10. Juli 1949 sperrte Tito die jugoslawisch-griechische Grenze gegen die griechischen Volkspartisanen. Gleichzeitig aber gestattete er den Truppen der griechischen Monarchofaschisten freien Durchzug durch jugoslawisches Territorium, um die griechischen Volkspartisanen aus dem Hinterhalt anzugreifen. Auf diese Weise half die Tito-Clique dem amerikanischen und englischen Imperialismus, die Volksrevolution in Griechenland abzuwürgen.

Zweiter Fall: Der Koreakrieg. Am 6. September 1950 gab der ehemalige Außenminister Edvard Kardelj eine Erklärung ab, in der er offen den gerechten Widerstandskrieg des koreanischen Volks gegen die Aggression verleumdete und den USA-Imperialismus in Schutz nahm. Am 1. Dezember des gleichen Jahres griff der Vertreter der Tito-Clique in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen China mit der Beschuldigung an, „sich aktiv in den Koreakrieg ein-

gemischt“ zu haben. Außerdem stimmte die Tito-Clique in der UNO für das „Embargo“ gegen China und Korea.

Dritter Fall: Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volks. Im April 1954, kurz vor der Einberufung der Genfer Konferenz zur Diskussion der Indochina-Frage, verleumdete die Tito-Clique mit allen möglichen Mitteln den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes mit der Behauptung, daß Moskau und Peking das vietnamesische Volk „als Spielkarte in ihrer Nachkriegspolitik des kalten Krieges mißbrauchten“¹. Und die großartige Schlacht, die das vietnamesische Volk zur Befreiung von Dien Bien Phu schlug, sei „kein Ausdruck des guten Willens“² gewesen.

Vierter Fall: Subversionstätigkeit gegen Albanien. Seit langer Zeit betätigt sich die Tito-Clique mit Wühlaktionen und bewaffneten Provokationen gegen das sozialistische Albanien. In den Jahren 1944, 1948, 1956 und 1960 stiftete sie vier schwerwiegende Fälle von Verrat an. Von 1948 bis 1958 unternahm die Tito-Clique an der albanisch-jugoslawischen Grenze über 470 bewaffnete Provokationen. Im Jahre 1960 planten die Tito-Clique und die griechischen Reaktionäre, in Zusammenarbeit mit der 6. Flotte der USA im Mittelmeer, einen bewaffneten Angriff gegen Albanien.

Fünfter Fall: Der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn. Bei den Ereignissen des konterrevolutionären Putsches in Ungarn im Oktober 1956 spielte die Tito-Clique die schimpfliche Rolle eines Interventen und Provokateurs. Nach dem Ausbruch dieses Putsches veröffentlichte Tito einen Brief, in dem er die verschiedenen konterrevolutionären Maßnahmen des Verräters Nagy unterstützte. Am 3. November bot die Tito-Clique Nagy in der jugoslawischen Botschaft in Ungarn Asyl an. Am 11. November erklärte Tito in einer Rede den konterrevolutionären Putsch als Widerstand der „fortschrittlichen Elemente“ und stellte unverschämt in Frage, ob „die

¹ „Borba“ vom 23. April 1954

² „Borba“ vom 8. Mai 1954

jugoslawische Linie“ oder „die stalinistische Linie“ siegen würde.

Sechster Fall: Die Ereignisse im Mittleren Osten. Im Jahre 1958 entsandte der USA-Imperialismus Truppen zur Besetzung Libanons, während der britische Imperialismus seine Truppen Jordanien besetzen ließ. Die weltweite Protestwelle, die diese Aggression hervorrief, verlangte den sofortigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen. Der jugoslawische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Koča Popović, erklärte auf der Sondersitzung der Vollversammlung der UNO zur Diskussion der Lage im Mittleren Osten: „Es handelt sich nicht darum, ob wir die Handlungsweise der USA und Englands unbedingt verurteilen oder gutheißen.“ Er trat außerdem für die Intervention der UNO ein, einer Organisation, die den Manipulationen des USA-Imperialismus unterliegt.

Siebenter Fall: Die Vorfälle in der Taiwan-Straße. Um den provokatorischen Aktionen des USA-Imperialismus in der Taiwan-Straße entgegenzutreten und den Lakaien des amerikanischen Imperialismus, den Tschiangkaischek-Banditen, einen Denkkzettel zu geben, beschloß die Chinesische Volksbefreiungsarmee im Herbst 1958 Quemoy. Die Tito-Clique verunglimpfte Chinas gerechten Kampf als „Bedrohung der ganzen Welt“¹ und „Gefährdung des Friedens“².

Achter Fall: Der Zwischenfall mit dem U-2-Flugzeug. Im Jahre 1960 drang ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U-2 in den Luftraum der Sowjetunion ein, womit die USA das Scheitern der Gipfelkonferenz der vier Großmächte in Paris verursachten. Am 17. Mai gab Tito eine Erklärung ab, in der er den damaligen korrekten Standpunkt der sowjetischen Regierung angriff und ihr vorwarf, damit „einen Disput von solchen Ausmaßen“ hervorgerufen zu haben.

¹ „Slobodni Dom“ vom 4. September 1958

² „Slovenski Poročevalec“ vom 9. September 1958

Neunter Fall: Der patriotische Kampf des japanischen Volkes gegen die USA. Im Juni 1960 führte das japanische Volk eine Aktion von noch nie dagewesenen Ausmaßen in seinem gerechten, patriotischen Kampf gegen die USA durch. Die Tito-Clique aber rechtfertigte den USA-Imperialismus mit der Behauptung, daß die Besetzung Japans durch die USA „die Demokratisierung des politischen Lebens in Japan gefördert hat“¹. Danach wurde auch eine Erklärung des früheren Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Inejiro Asanuma, angegriffen, der festgestellt hatte: „Der USA-Imperialismus ist der gemeinsame Feind des japanischen und des chinesischen Volkes.“ Er wurde beschuldigt, damit, „eine extremistische Linie zu vertreten“².

Zehnter Fall: Der Kampf des indonesischen Volks. Die Tito-Clique sabotierte den antiimperialistischen Kampf des indonesischen Volks. Durch hinterhältige Tätigkeit versuchte sie, Indonesien daran zu hindern, das „Nasakom“-Kabinett zu bilden, eine Regierung der nationalen Einheit, bestehend aus Nationalisten, religiösen Kreisen und Kommunisten.

Elfter Fall: Die Ereignisse in Kongo. Im Sommer 1960, als die USA-Imperialisten unter der UNO-Flagge eine bewaffnete Aggression gegen Kongo begannen, unterstützte die Tito-Clique den USA-Imperialismus nicht nur bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen, sondern entsandte auch, seiner Order entsprechend, Luftwaffenpersonal nach Kongo zur direkten Teilnahme an der blutigen Unterdrückung des kongolesischen Volks.

Zwölfter Fall: Die Laos-Frage. Im Januar 1961, als die USA-Imperialisten ihre Einmischung in Laos verstärkten, verbreitete die Tito-Clique die Ansicht, die USA seien „wahrhaftig um den Frieden und die Neutralisierung von Laos be-

¹ „Komunist“ (Belgrad) vom 2. Juni 1960

² „Foreign Political Bulletin“ (Belgrad) vom 1. Februar 1962

sorgt“.¹ Als die USA-Imperialisten im Mai 1963 in Laos politische Morde inszenierten und bewaffnete Zusammenstöße provozierten, griff die Tito-Clique die laotischen patriotischen Kräfte wieder an und warf ihnen vor, daß sie „alle Schuld den USA in die Schuhe schieben“.²

Dreizehnter Fall: Das USA-Programm „der Allianz für den Fortschritt“. Im August 1961 zwangen die USA einige lateinamerikanischen Staaten, das Programm der sogenannten „Allianz für den Fortschritt“ zu unterschreiben, ein neues Werkzeug des USA-Imperialismus, um die lateinamerikanischen Völker zu versklaven. Dieses Aggressionsprogramm wurde von den Völkern Lateinamerikas entschieden abgelehnt, die Tito-Clique trat jedoch dafür ein, weil es „in weitem Maß den Forderungen der lateinamerikanischen Staaten entspricht“.³

Vierzehnter Fall: Der chinesisch-indische Grenzkonflikt. Seit die indischen Reaktionäre 1959 an der chinesisch-indischen Grenze Spannungen hervorriefen, hat die Tito-Clique sie stets in ihrem gegen China gerichteten Expansionsdrang, ihren Aggressionen und Provokationen unterstützt. Sie verbreitete offen die Lüge, „die Grenzziehung wurde bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts in Form der wohlbekannten McMahon-Linie abgeschlossen“⁴, und tat ihr möglichstes, um Recht und Unrecht zu verdrehen, mit der Verleumdung, China habe „willkürlich und mit Waffengewalt seine Grenze mit Indien korrigiert“⁵ und Indien gegenüber „eine Aggression begangen“⁶.

¹ „Borba“ vom 13. Januar 1961

² „Politika“ vom 5. Mai 1963

³ „Komunist“ (Belgrad) vom 17. August 1961

⁴ „Rad“ vom 12. September 1959

⁵ „Borba“ vom 26. Dezember 1960

⁶ „Politika“ vom 3. September 1959

Fünftehnter Fall: Die Revolution in Kuba und die Krise im karibischen Raum. Die Tito-Clique ließ zahlreiche Kommentare gegen Kuba vom Stapel, in denen behauptet wurde, Kuba „glaubt nur an Revolution“¹ und die kubanische Revolution wäre „nicht so sehr Vorbild als Ausnahme auf dem Weg zur Revolution“². Während der Krise im karibischen Raum im Herbst 1962 rechtfertigte die Tito-Clique die Aggression des USA-Imperialismus mit der Behauptung, „die Schwierigkeiten begannen, als die kubanische Revolution den amerikanischen Gesellschaften auf ihre Hühneraugen trat“³, und: „Es ist verständlich, daß die USA durch die Errichtung von Raketenbasen auf Kuba, in ihrer nächsten Nachbarschaft, gereizt wurden.“⁴

Aus diesen Tatsachen kann man unschwer ersehen, wie verzweifelt die Tito-Clique in den letzten anderthalb Jahrzehnten die sozialistischen Staaten bekämpft hat, wie sie die nationale Befreiungsbewegung unterwühlt, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder gegen den Imperialismus verleumdet, und wie sie aktiv dem Imperialismus, besonders dem USA-Imperialismus, gedient hat.

Chruschtschow hat wiederholt festgestellt, daß zwischen den Führern der KPdSU und der Tito-Clique in der Stellungnahme zu internationalen Fragen „Übereinstimmung“ und „Einmütigkeit“⁵ herrsche. Gut denn, so möchten wir fragen: Besteht denn auch Übereinstimmung und Einmütigkeit zwischen den konterrevolutionären Verbrechern und euren Handlungen? Antwortet, bitte, wenn ihr den Mut habt.

¹ „Die Rebellion von Kuba“, veröffentlicht in Belgrad, November 1962

² „Politika“ vom 1. Januar 1963

³ „Komunist“ (Belgrad) vom 13. September 1962

⁴ „Politika“ vom 13. November 1962

⁵ N. S. Chruschtschow, Rede auf einer Massenkundgebung in Split, Jugoslawien, 24. August 1963

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS DEGENERIERT ZUR DIKTATUR DER BOURGEOISIE

Die kapitalistische Überschwemmung der jugoslawischen Städte und Dörfer, die Degeneration der volkseigenen Wirtschaft zur staatskapitalistischen und der Abstieg Jugoslawiens zu einem Anhängsel des USA-Imperialismus erklärt sich letzten Endes aus der Degeneration der Partei und der Staatsmacht in Jugoslawien.

Während des 2. Weltkriegs kämpfte die Kommunistische Partei Jugoslawiens und das jugoslawische Volk heldenhaft gegen die faschistischen deutschen und italienischen Aggressoren, stürzte die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus und seiner Helfershelfer in Jugoslawien und errichtete die volksdemokratische Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats.

Bald darauf verriet die führende Gruppe der KP Jugoslawiens den Marxismus-Leninismus und begab sich auf den Weg des Revisionismus, wodurch Partei und Staatsmacht in Jugoslawien Schritt um Schritt der Degeneration verfielen.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens besitzt eine ruhmreiche, revolutionäre Kampftradition. Der Verrat der Tito-Clique stieß vor allem innerhalb der Partei auf heftigen Widerstand. Um diesen Widerstand zu unterdrücken, benutzte die Tito-Clique die Macht in ihren Händen, um eine große Zahl von Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu blieben, aus der Partei auszuschließen. Allein von 1948 bis 1952 wurden über 200 000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen. Mit der Beschuldigung, „Kominform-Elemente“ zu sein, wurde in Jugoslawien eine große Zahl von Marxisten-Leninisten, von Revolutionären unter den Kadern und unter der Bevölkerung in den Kerker geworfen und ermordet. Die Zahl der verhafteten und eingekerkerten Kommunisten und aktiven Revolutionäre allein belief sich auf mehr als 30 000. Gleichzeitig öffnete die Tito-Clique Tür und Tor für Konterrevolutionäre,

bürgerliche Elemente, alle möglichen antisozialistischen Elemente und Karrieremacher, die mit Hilfe ihrer Parteibücher Macht und Reichtümer erwerben wollten. Im November 1952 erklärte die Tito-Clique: „Die Bezeichnung Partei paßt nicht mehr“ und änderte den Namen Kommunistische Partei Jugoslawiens zu Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Gegen den Willen aller aufrechten Kommunisten Jugoslawiens änderte die Tito-Clique den Charakter der KP Jugoslawiens als einer Vorhut des Proletariats und machte den BdKJ faktisch zum Werkzeug für die Aufrechterhaltung ihrer diktatorischen Herrschaft.

In den sozialistischen Ländern steht die Staatsmacht unter der Führung der kommunistischen Partei. Degeneriert eine kommunistische Partei zu einer bürgerlichen Partei, wird auch die Staatsmacht unweigerlich von der Diktatur des Proletariats zur Diktatur der Bourgeoisie entarten.

Die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats in Jugoslawien war ein Ergebnis langwieriger und heldenhafter Kämpfe des jugoslawischen Volks. Aber nach dem Verrat der Tito-Clique änderte sich der Charakter dieser Staatsmacht.

Die Tito-Clique hat erklärt: „Das Mittel der revolutionären Diktatur des Proletariats, das heißt, des sozialistischen Staatesystems, wird immer weniger notwendig.“¹

Gibt es in Jugoslawien nun keine Diktatur mehr? Doch, die gibt es. Während die Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit nicht mehr existiert, besteht die Diktatur der Bourgeoisie, die noch dazu die brutalste faschistische Diktatur ist.

Das Tito-Regime hat viele faschistische Gefängnisse und Konzentrationslager errichtet, in denen Tausende und aber Tausende Revolutionäre mit unmenschlichen Foltern zu Tode gequält wurden. Gleichzeitig amnestierte das Tito-Regime eine große Zahl von Konterrevolutionären und Landesverrätern aus der Zeit des antifaschistischen Krieges. Wie Tito am

¹ E. Kardelj, „Die neue Verfassung des sozialistischen Jugoslawien“, „Borba“ vom 29. September 1962

7. Januar 1951 einem UP-Korrespondenten gegenüber zugab, wurden in Jugoslawien 11 000 politische Häftlinge amnestiert. Am 13. März 1962 wurden weitere 150 000 im Ausland im Exil lebende Konterrevolutionäre amnestiert. Die Diktatur gegenüber diesen Volksfeinden wurde wirklich aufgegeben und ihnen „Demokratie“ gewährt. Ganz gleich, welch schöne Phrasen die Tito-Clique auch drechzelt, ihre sogenannte „Demokratie“ ist nur Demokratie für eine geringe Zahl alter und neuer bürgerlicher Elemente; den Werktätigen gegenüber ist sie von Kopf bis Fuß Diktatur. Die Tito-Clique hat die einst zur Unterdrückung einer kleinen Minderheit der Ausbeuter in Jugoslawien aufgerichtete revolutionäre Staatsmaschinerie in eine Staatsmaschinerie zur Unterdrückung des Proletariats und der breiten Masse des werktätigen Volks verwandelt.

Die Entartung der Staatsmacht in Jugoslawien erfolgte nicht durch den gewalttätigen Sturz der ursprünglichen Staatsmacht und die Errichtung einer neuen Staatsmacht, sondern auf dem Weg der „friedlichen Evolution“. Dem Anschein nach sind die gleichen Leute an der Macht, nämlich die Tito-Clique, aber in Wirklichkeit vertreten diese Leute nicht mehr die Interessen der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen, sondern die Interessen des Imperialismus und der neuen und alten Bourgeoisie Jugoslawiens.

Die Tito-Clique benutzt die Staatsmacht und ihre Kontrolle über die Schlagader der Wirtschaft des Landes, um die Werktätigen bis zur letzten Möglichkeit auszubeuten, und bildet eine bürokratische Bourgeoisie in Jugoslawien. Vom USA-Imperialismus abhängig, hat diese Klasse starken Kompradorencharakter und ist daher auch als Kompradorenbourgeoisie zu betrachten. Die der Kontrolle der Tito-Clique unterstehende Staatsmacht ist also eine Diktatur dieser bürokratischen Kompradorenbourgeoisie.

Die obenerwähnten Tatsachen erläutern von verschiedenen Seiten her, daß die vom Tito-Regime verfolgte Politik dazu angetan ist, den Kapitalismus zu restaurieren und zu ent-

wickeln, eine Politik, die Jugoslawien zu einer Halbkolonie oder einem abhängigen Land zurückführt.

Die Entartung der Staatsmacht in Jugoslawien hat zur Zerstörung des sozialistischen und zur Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt. Da mit der Wiederherstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in einer neuen Form allmählich eine neue bürokratische Kompradorenbourgeoisie entstanden ist, verlangt diese, um ihre herrschende Stellung zu festigen, eine verschärfte Diktatur der Bourgeoisie und die Weiterentwicklung eines dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entsprechenden politischen Systems.

In einer solchen Weise ging in Jugoslawien die Degeneration der Partei und der Staatsmacht bis zur Restauration des Kapitalismus im ganzen sozialen und wirtschaftlichen System Schritt für Schritt vor sich. Der Degenerationsprozeß Jugoslawiens dauert bereits 15 Jahre an. Das ist die Geschichte der „friedlichen Evolution“ eines sozialistischen Staates zu einem kapitalistischen Staat.

Die Tito-Clique baut ihre Herrschaft in Jugoslawien auf der Hilfe des USA-Imperialismus, auf der Staatsmaschinerie der Diktatur der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie, auf den von ihr gekauften Arbeiteraristokraten und auf der Großbauernschaft im Dorf auf. Gleichzeitig wendet sie alle möglichen Kniffe an, um ihre reaktionären Züge zu verbergen und das Volk hinters Licht zu führen. Aber ihre reaktionäre Politik macht sie äußerst unpopulär. Die Entartung eines sozialistischen Staats zu einem kapitalistischen, die Entartung eines unabhängigen Staats zu einer Halbkolonie oder einem Vasallenstaat des Imperialismus steht mit den Grundinteressen des jugoslawischen Volkes in Widerspruch und muß von allen aufrechten Kommunisten und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung Jugoslawiens bekämpft werden.

Wir hegen größte Sympathie für das Volk und die Kommunisten Jugoslawiens in ihrer gegenwärtigen Lage. Obwohl die Tito-Clique sich eine Zeitlang rücksichtslos über das Volk hinwegsetzen kann, sind wir doch fest davon überzeugt, daß eine

Herrschergruppe, die dem Volk feindlich gegenübersteht, ganz gleich, zu welchen Unterdrückungsmaßnahmen und Betrugsmanövern sie ihre Zuflucht nimmt, schließlich ein schlimmes Ende finden wird. Natürlich wird auch die Tito-Clique keine Ausnahme bilden. Die irregeführten Menschen werden allmählich doch erwachen. Das Volk und die Kommunisten von Jugoslawien mit ihrer ruhmreichen Geschichte werden sich nicht für immer der Tito-Clique fügen. Vor dem jugoslawischen Volk liegt eine lichte Zukunft.

DER PRINZIPIELLE STAND DER KP CHINAS IN DER JUGOSLAWISCHEN FRAGE

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, eine Zeitlang „traten bei den Führern der KPCh keinerlei Zweifel über den Charakter der sozialistischen Ordnung in Jugoslawien auf“. Und weiter wird behauptet, daß „die chinesischen Führer ihre Haltung zur jugoslawischen Frage kraß geändert“ hätten.

Es stimmt, daß Jugoslawien einst ein sozialistischer Staat war. Dieser Staat hatte sich auch wirklich eine Zeitlang auf dem Weg zum Sozialismus hin entwickelt.

Aber schon sehr bald begann Jugoslawiens gesellschaftliches System durch den Verrat der Tito-Clique Schritt um Schritt zu entarten.

1954, als Chruschtschow vorschlug, die Beziehungen mit Jugoslawien zu verbessern, waren wir damit einverstanden, Jugoslawien als sozialistisches Bruderland zu behandeln, um es für den sozialistischen Weg zurückzugewinnen und die Tito-Clique weiter zu beobachten.

Selbst damals hegten wir nicht allzuviel Hoffnung in bezug auf die Tito-Clique. Das ZK der KP Chinas wies in seinem Brief an das ZK der KPdSU vom 10. Juni 1954 darauf hin, man müsse in Betracht ziehen, daß die jugoslawischen Führer in ihren Beziehungen zu den Imperialisten bereits sehr weit

gegangen waren, und daß sie möglicherweise unsere Bemühungen und die Rückkehr auf den Weg des Sozialismus ablehnen würden. „Aber selbst wenn eine solche Situation einträte, würde das dem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus politisch nicht schaden. Im Gegenteil würde damit die Heuchelei der jugoslawischen Führer vor dem jugoslawischen Volk und den Völkern der ganzen Welt weiter aufgedeckt.“

Wie traurig, daß sich unsere Worte als nur allzu wahr erwiesen haben! Die Tito-Clique lehnte in der Tat unsere Bemühungen, sie zu gewinnen, entschieden ab und ging ihren revisionistischen Weg weiter und weiter.

Nach ihrer Weigerung, die Deklaration vom Jahr 1957 zu unterzeichnen, stellte die Tito-Clique 1958 ein durch und durch revisionistisches Programm auf und hißte dieses Banner des Revisionismus in Opposition zu dem von den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder anerkannten gemeinsamen Programm, der Deklaration von 1957. Im Lande hat Jugoslawien den Prozeß der Wiederherstellung des Kapitalismus bereits Schritt um Schritt durchlaufen, international betätigt sich die Tito-Clique immer energischer als konterrevolutionärer Sondertrupp des USA-Imperialismus.

Unter diesen Umständen kann die Haltung aller marxistisch-leninistischen Parteien der Tito-Clique gegenüber nicht länger diejenige sein, wie sie einer Bruderpartei oder einem Bruderstaat gegenüber bezogen wird. Die Frage ist nicht mehr, daß man sie gewinnt, sondern, daß man diese Bande von Verrätern bloßstellt und entschieden bekämpft. Die Erklärung von 1960 hat dazu bereits eindeutig die Schlußfolgerung gezogen.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU geht absichtlich der Erwähnung einer Reihe von wichtigen Tatsachen aus dem Weg, die sich nach der Beratung der Bruderparteien im November 1957 ereigneten, ebenso wie den 1960 bei der Beratung der Bruderparteien einmütig gezogenen Schlußfolgerungen; dagegen wird versucht, durch das Zitat eines Satzes aus einem

Leitartikel unserer Zeitung „Renmin Ribao“ über Jugoslawien vom 12. September 1957 den irrigen Standpunkt der Führer der KPdSU zu rechtfertigen. Das ist vergebliche Mühe.

Die Tatsachen beweisen, daß unser Standpunkt gegenüber der Tito-Clique der Wirklichkeit entspricht, auf Prinzipien beruht und dem auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 gemeinsam erreichten Übereinkommen entspricht. Im Gegensatz dazu versuchen die Führer der KPdSU auf jede Weise, das Urteil über die Tito-Clique umzustoßen. Das ist nur ein Beweis dafür, daß sie den Marxismus-Leninismus verraten, die Erklärung von 1960 aufgegeben haben, und daß sie dem USA-Imperialismus und seinen Lakaien helfen, das jugoslawische Volk ebenso wie die anderen Völker der Welt zu betrügen.

HAT TITO „SEINE FEHLER ABGELEGT“? ODER BETRACHTET CHRUSCHTSCHOW TITO ALS SEINEN LEHRMEISTER?

Chruschtschow behauptet, die Führer Jugoslawiens hätten viele ihrer Fehler abgelegt. Aber die Tito-Clique hat durchaus nicht zugegeben, daß sie irgendwelche begangen, geschweige denn korrigiert hat. Die Titoisten sagen, es „besteht keine Notwendigkeit“¹, irgendwelche Irrtümer zu korrigieren, es wäre „nur Zeitverschwendung“² und „einfach überflüssig und lächerlich“³, von ihnen derartige Korrekturen zu erwarten.

Sehen wir uns die Tatsachen an! Haben die Titoleute ihr revisionistisches Programm geändert? Nein. Haben sie die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 angenommen? Nein. Haben sie ihre revisionistische Innen- und Außenpolitik geändert? Ebenfalls nicht.

¹ J. Broz-Tito, Rede auf dem Belgrader Bahnhof, 20. Dezember 1962

² J. Broz-Tito, Rede auf dem VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, April 1958

³ J. Broz-Tito, Rede auf dem Belgrader Bahnhof, 20. Dezember 1962

Die neue Verfassung, die im April 1963 von der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens angenommen wurde, zeigt überaus deutlich, daß die Tito-Clique ihren revisionistischen Standpunkt überhaupt nicht geändert hat. Durch diese Verfassung wurde das durch und durch revisionistische Programm der Tito-Clique in Gesetzesform besiegelt. Edvard Kardelj sagte in seinem Bericht über den Entwurf zur neuen Verfassung, daß diese die „gesetzlich-politische und organisatorische Verkörperung“ der im Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens enthaltenen Auffassungen darstelle.

Chruschtschow verbrüdet sich so eng mit der Tito-Clique, nicht etwa, weil sie ihre Fehler korrigiert hat, sondern weil Chruschtschow in Titos Fußtapfen tritt.

Man sehe sich die folgenden Tatsachen an:

Erstens: Tito greift Stalin an, um den Marxismus-Leninismus vom Grundsätzlichen her zu bekämpfen. Aus ebendemselben Grund verwirft Chruschtschow Stalin in Bausch und Bogen.

Zweitens: Sowohl Tito als auch Chruschtschow verleugnen die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, beide greifen die chinesischen Kommunisten und andere dem Marxismus-Leninismus treu gebliebene Kommunisten als „Dogmatiker“ an, beide bezeichnen ihre Revision des Marxismus-Leninismus als dessen „schöpferische Weiterentwicklung“.

Drittens: Tito und Chruschtschow ergehen sich beide in Lobeshymnen für die Häupter des USA-Imperialismus. Tito sagt von Eisenhower, er sei „ein Mann, der beharrlich den Frieden verteidigt“¹, und daß Kennedys Bemühungen „zur Verbesserung der internationalen Beziehungen und zur friedlichen Lösung dringlicher Weltprobleme beitragen“² würden. Chruschtschow sagt ebenfalls, „Eisenhower wünscht aufrich-

¹ J. Broz-Tito, Gespräch mit dem Kommentator der „New York Times“, 28. Februar 1958

² J. Broz-Tito, Glückwunschtelegramm an J. F. Kennedy, „Borba“ vom 21. Januar 1961

tig den Frieden“¹, und Kennedy „zeigt seine Fürsorge für die Erhaltung des Friedens“².

Viertens: Sowohl Tito als auch Chruschtschow malen die Schrecken des Kernkriegs in den grellsten Farben aus, um die Völker der Welt zu schrecken und sie zur Aufgabe ihres revolutionären Kampfs zu bewegen. Tito sagt, der Ausbruch eines nuklearen Kriegs würde „die Vernichtung der Menschheit“³ bedeuten. Chruschtschow sagt ebenso, bei Ausbruch eines Kernkriegs „werden wir unsere Arche Noah, den Erdball, vernichten“⁴.

Fünftens: Tito und Chruschtschow propagieren beide, daß auch bei Fortbestehen des Imperialismus eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen und ohne Kriege verwirklicht werden kann.

Sechstens: Die Tito-Clique erklärt die „aktive friedliche Koexistenz“ zum „Grundstein“⁵ der Außenpolitik Jugoslawiens. Chruschtschow stellt fest, daß „friedliche Koexistenz“ „die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion“⁶ sei.

Siebtens: Tito und Chruschtschow behaupten beide, die Möglichkeit für den „friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ sei größer geworden. Die Tito-Clique sagt: „Die Menschheit dringt auf verschiedenen Wegen tief und unaufhaltsam in die Ära des Sozialismus ein.“⁷ Chruschtschow sagt, daß „der parlamentarische Weg“ den Weg der Oktoberrevolution ersetzen kann.

¹ Chruschtschows Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR im Mai 1960

² Chruschtschows Brief an J. F. Kennedy vom 27. Oktober 1962

³ J. Broz-Tito, Bericht in einer Sitzung der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens, 19. April 1958

⁴ N. S. Chruschtschow, Rede auf einem von der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft veranstalteten Treffen in Wien, 2. Juli 1960

⁵ K. Popović, Bericht über die Außenpolitik, erstattet in einer Sitzung der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens, „Borba“ vom 27. Februar 1957

⁶ N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Februar 1956

⁷ Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

Achtens: Tito rührt die Trommel für den „friedlichen Wettbewerb“ und „für die politische und wirtschaftliche Integration“ der Welt.¹ Auch Chruschtschow befürwortet den „friedlichen, wirtschaftlichen Wettbewerb“ für die „allseitige Zusammenarbeit“ mit dem Imperialismus.

Neuntens: Die Tito-Clique versucht in jeder Weise, die nationale Befreiungsbewegung und die nationalen Befreiungskriege zu sabotieren. Auch Chruschtschow benützt den Vorwand, „irgendein kleiner ‚lokaler Krieg‘ kann einem Funken gleich einen Weltbrand entzünden“², um gegen die nationale Befreiungsbewegung und die nationalen Befreiungskriege aufzutreten.

Zehntens: Die Tito-Clique hat die Diktatur des Proletariats abgeschafft. Chruschtschow schafft mit der Losung „Staat des ganzen Volkes“ ebenfalls die Diktatur des Proletariats ab.

Elfens: Die Tito-Clique verneint, daß die kommunistische Partei die Avantgarde der Arbeiterklasse ist. Chruschtschow erklärt, daß die KPdSU bereits zur „Partei des ganzen Volkes“³ geworden ist.

Zwölftens: Die Tito-Clique hat sich das Etikett „blockfrei“ umgehängt, um das sozialistische Lager zu bekämpfen. Auch Chruschtschow sagt: „Bezeichnungen wie Blöcke sind nur zeitweilige Erscheinungen.“⁴ Beide wollen das sozialistische Lager liquidieren.

Usw. usf.

Aus diesen Tatsachen läßt sich nur die eine Schlußfolgerung ziehen, nämlich: daß sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik Chruschtschow Tito faktisch als seinen Lehrer

¹ J. Broz-Tito, Antworten auf Fragen des Korrespondenten der „Washington Post“ D. Pearson, „Borba“, 12. August 1962

² N. S. Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, 8. Juli 1960

³ N. S. Chruschtschow, Referat „Über das Programm der kommunistischen Partei der Sowjetunion“ auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, Oktober 1961

⁴ N. S. Chruschtschow, Interview mit ausländischen Korrespondenten auf der Insel Brioni in Jugoslawien, 28. August 1963

betrachtet und, Titos Beispiel folgend, weiter auf den revisionistischen Weg abgelenkt.

Chruschtschow hat den Marxismus-Leninismus verraten, die Erklärung von 1960 zerrissen und mit der verräterischen Tito-Clique gemeinsame Sache gemacht. Das steht mit den Interessen der Sowjetunion, mit den Interessen des Sowjetvolks und den Interessen der anderen Völker der Welt in völligem Widerspruch. Das große Sowjetvolk mit seiner ruhmreichen revolutionären Tradition, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der KPdSU und der Funktionäre der verschiedenen Ebenen werden das auf keinen Fall dulden.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Bruderparteien bekämpft.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique sich mit den Imperialisten verbündet und gegen das sozialistische China, Albanien und andere Bruderländer kämpft, das sozialistische Lager zersetzt.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique sich mit den Reaktionen aller Länder gegen die Völker der Welt und gegen die Revolution zusammentut.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow dem Beispiel der jugoslawischen Revisionisten folgt, den Charakter der Partei und des Staats ändert und einer Restauration des Kapitalismus den Weg bahnt.

Chruschtschow hat die dunklen Wolken über der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Staat der Welt, zusammengezogen. Aber das kann nur ein Intermezzo in der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion bedeuten. Die Menschen, die sich eine Zeitlang irreführen und zum Narren halten lie-

ben, werden nach und nach endlich aufwachen. Die Geschichte hat gezeigt und wird auch weiter zeigen, daß, wer immer das Sowjetvolk von seinem Vormarsch abbringen will, der Gottesanbeterin in der Fabel gleicht, die einen Wagen aufzuhalten versuchte, und niemals sein Ziel erreichen wird.

KURZE SCHLUSSFOLGERUNG

Die Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien hat der internationalen kommunistischen Bewegung ein neues historisches Lehrbeispiel gegeben.

Dieses Beispiel zeigt uns: Wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat, geht der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat weiter, geht der Kampf um den Endsieg weiter zwischen den beiden Wegen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen, besteht die Gefahr einer Restaurierung des Kapitalismus nach wie vor. Jugoslawien ist ein typisches Beispiel für die Restaurierung des Kapitalismus.

Es zeigt uns: Eine Partei der Arbeiterklasse kann nicht nur vor der Machtergreifung unter die Kontrolle einer Arbeiteraristokratie geraten und zu einer bürgerlichen Partei entarten, zum Handlanger des Imperialismus werden; auch nach der Machtergreifung kann sie von neuen bürgerlichen Elementen beherrscht werden, zur bürgerlichen Partei degenerieren und zum Knecht des Imperialismus werden. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist ein Musterbeispiel einer derartigen Entartung.

Es zeigt uns weiter: die Restauration des Kapitalismus in einem sozialistischen Staat wird nicht immer durch einen konterrevolutionären Staatsstreich oder eine imperialistische Invasion herbeigeführt, sondern kann auch durch die Entartung der Führerschaft dieses Staates herbeigeführt werden. Es ist am leichtesten, sich einer Festung von innen her zu bemächtigen. Jugoslawien hat uns das typische Beispiel dafür geliefert.

Es zeigt uns: Der Revisionismus ist das Produkt der imperialistischen Politik. Der alte Revisionismus war das Produkt der imperialistischen Politik, sich die Arbeiteraristokratie zu kaufen und großzuziehen. Der moderne Revisionismus ist auf dieselbe Weise entstanden. Der Imperialismus hat nun den Rahmen seiner Tätigkeit dahin erweitert, daß er, vor keinen Kosten zurückscheuend, sich die Führungsgruppe eines sozialistischen Staats kauft, um so seine erstrebte Politik der sogenannten „friedlichen Evolution“ in die Tat umzusetzen. Die USA-Imperialisten sehen Jugoslawien als einen „Leithammel“ an, eben weil dieses Land das Beispiel in dieser Richtung gegeben hat.

Die Restaurierung des Kapitalismus in Jugoslawien wird den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt die Augen öffnen und das Volk in die Lage versetzen, noch deutlicher die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu erkennen.

Solange der Imperialismus in der Welt besteht, kann man offensichtlich nicht sagen, daß in den sozialistischen Staaten die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt ist.

Die Führer der KPdSU machen großen Lärm darüber, daß bei ihnen die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt sei und der Aufbau des Kommunismus begonnen habe. Wenn das wahr wäre, wäre das sehr erfreulich. Wir müssen jedoch feststellen, daß sie Jugoslawien auf allen Gebieten nachäffen und einen äußerst gefährlichen Weg eingeschlagen haben. Wir sind darüber sehr besorgt, es bereitet uns großen Schmerz.

Aus unserer Liebe zur großen Sowjetunion und zur großen KPdSU wollen wir an die Führung der KPdSU nochmals aufrichtig appellieren: Genossen und Freunde, geht nicht den jugoslawischen Weg! Kehrt sofort um! Sonst wird es zu spät sein!

Die Verfechter des neuen Kolonialismus

Vierter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(22. Oktober 1963)

Nach dem zweiten Weltkrieg erhoben sich in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewaltige revolutionäre Stürme. Über fünfzig Staaten in Asien und Afrika erklärten ihre Unabhängigkeit. China, Vietnam, Korea und Kuba schlugen den sozialistischen Weg ein. Gewaltige Veränderungen gingen mit dem Aussehen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vor.

Während nach dem ersten Weltkrieg die Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien durch Unterdrückung von seiten der Imperialisten und ihrer Lakaien schwere Rückschläge erlitten, so war die Lage nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend anders. Die Imperialisten waren nicht mehr in der Lage, das Lauffeuer der nationalen Befreiungsbewegung zu löschen. Das alte Kolonialsystem des Imperialismus begann rasch zu zerfallen, sein Hinterland verwandelte sich in die Front, an der der antiimperialistische Kampf tobt. Die Herrschaft des Imperialismus über seine Kolonien und abhängigen Länder ist in manchen Ländern bereits gestürzt, in anderen Ländern wurde sie bedeutend angeschlagen und ist ins Wanken geraten. Das führt unvermeidlich zur Schwächung und Erschütterung der Herrschaft der Imperialisten in ihren eigenen Ländern.

Der Sieg der Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist, zusammen mit der Herausbildung des sozialistischen Lagers, der weithin hallende Triumphgesang unseres Zeitalters.

Der Sturm der Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fordert von jeder politischen Kraft in der Welt eine Stellungnahme. Dieser gewaltige revolutionäre Sturm läßt die Imperialisten und Kolonialisten erzittern, während ihm die revolutionären Völker der Welt ihren Beifall spenden

und zujubeln. Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: „Schrecklich! Schrecklich!“ Aber die revolutionären Völker der Welt sagen: „Großartig! Großartig!“ Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: „Das ist Aufruhr, das ist verboten.“ Die revolutionären Völker der Welt aber sagen: „Das ist Revolution, das Volk hat ein Recht darauf, diesem Strom der Geschichte kann niemand Einhalt gebieten.“

Welche Haltung man in dieser so zugespitzten Frage der gegenwärtigen Weltpolitik einnimmt, das ist eine wichtige Trennungslinie zwischen Marxisten-Leninisten und modernen Revisionisten. Die Marxisten-Leninisten stehen fest auf seiten der unterdrückten Nationen und unterstützen aktiv die nationale Befreiungsbewegung. Die modernen Revisionisten stehen in Wirklichkeit auf seiten des Imperialismus und Kolonialismus und lassen nichts unversucht, um die nationale Befreiungsbewegung zu verneinen und ihr entgegenzuarbeiten.

In Worten wagen es die Führer der KPdSU noch nicht, die Flagge ihrer Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung ganz zu streichen; von ihren eignen Interessen ausgehend, unternehmen sie zuweilen auch gewisse Aktionen, um den Anschein von Unterstützung zu erwecken. Von den wichtigsten Seiten her jedoch, aus ihren Jahre hindurch verfochtenen Ansichten und ihrer Politik ersieht man, daß sie dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen in Asien, Afrika und Lateinamerika gegenüber eine negative, abschätzige und verneinende Haltung einnehmen, daß sie als Verfechter des neuen Kolonialismus dienen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli wie auch in zahlreichen Artikeln und Reden haben die Genossen in der KPdSU große Mühe darauf verwandt, ihre falschen Ansichten zur Frage der nationalen Befreiungsbewegung zu verteidigen und die Kommunistische Partei Chinas anzugreifen. Aber das alles ist nur ein weiterer Beweis für den antimarxistisch-antileninistischen, revolutionsfeindlichen Standpunkt der Führer der KPdSU in dieser Frage.

Sehen wir uns nun einmal die „Theorie“ und Praxis der Führer der KPdSU in der Frage der nationalen Befreiungsbewegung an.

VERZICHT AUF DIE AUFGABE DES KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS

Die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika hat große Siege von historischer Bedeutung errungen. Das kann niemand abstreiten. Kann man aber behaupten, daß die den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gestellte Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus und Kolonialismus mitsamt ihren Agenten als bereits erfüllt zu betrachten ist?

Unserer Meinung nach läßt sich das nicht behaupten. Diese Kampfaufgabe ist bei weitem noch nicht erfüllt.

Aber die Führer der KPdSU verbreiten oft die Anschauung, daß der Kolonialismus aus der heutigen Welt bereits verschwunden sei oder sich dem Verschwinden nähere. Sie betonen immer wieder: „Nur fünfzig Millionen Menschen stöhnen noch unter dem Joch des Kolonialismus“,¹ ein kleiner Rest des Kolonialsystems sei nur noch in Gebieten wie Portugiesisch-Angola und Mozambique in Afrika übrig, und die Vernichtung des Kolonialismus habe bereits ihre „Endphase“ erreicht.²

Wie stehen die Dinge aber in Wirklichkeit?

Überprüfen wir zuerst die Lage in Asien und Afrika. Eine Reihe von Staaten hat dort ihre Unabhängigkeit erklärt. Trotzdem haben sich viele dieser Staaten nicht von der Kontrolle und Knechtschaft des Imperialismus und Kolonialismus befreit, sind immer noch Gegenstand imperialistischer Plünderungen

¹ Rede von Mirso Tursun-Sade, Leiter der sowjetischen Delegation, auf der 3. Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Völker, 5. Februar 1963

² N. S. Chruschtschow, Referat „Über das Programm der KPdSU“, gehalten auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961

und Aggressionen, bleiben nach wie vor Streitobjekte der neuen und alten Kolonialisten. In manchen dieser Staaten haben sich die alten Kolonialisten mit einem Schlag in Kolonialisten neuen Typs verwandelt und erhalten durch die von ihnen hochgepöppelten Agenten weiter die Kolonialherrschaft aufrecht. In anderen Staaten wieder ist der Wolf durch die Vordertür hinausgegangen, während der Tiger durch eine Hintertür hereingekommen ist — anstelle der alten Kolonialisten die neuen, noch mächtigeren und gefährlicheren Kolonialisten aus den USA. Die Klauen des neuen Kolonialismus, vertreten durch den USA-Imperialismus, bedrohen ernstlich die Völker in Asien und Afrika.

Hören wir nun die Stimme der lateinamerikanischen Völker.

In der zweiten Deklaration von Havanna wird von Lateinamerika gesagt: „Heute schindet sich der Kontinent unter einem Imperialismus, der die spanische Kolonialzeit an Wildheit, Macht und Unbarmherzigkeit bei weitem übertrifft.“

Und weiter wird festgestellt: Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs „betragen die nordamerikanischen Investitionen mehr als zehn Milliarden Dollar. Lateinamerika ist ein billiger Lieferant von Rohstoffen und muß Fertigprodukte zu hohen Preisen einkaufen“. „Währenddessen fließt aus Lateinamerika ein nicht versiegender Strom von Schätzen in die Vereinigten Staaten: etwa viertausend Dollar jede Minute, fünf Millionen jeden Tag, zwei Milliarden im Jahr, zehn Milliarden alle fünf Jahre. Für jede tausend Dollar, die wir verlieren, bleibt uns ein Toter zurück. Tausend Dollar für einen Toten: das ist der Preis des Imperialismus!“

Der Sachverhalt ist ganz klar: Die Imperialisten haben auch nach dem zweiten Weltkrieg ihren Kolonialismus niemals aufgegeben, sondern nur eine neue Form angewandt, um den Neokolonialismus durchzusetzen. Eine wichtige Besonderheit dieses neuen Kolonialismus besteht darin, daß die Imperialisten sich gezwungen sehen, die alte Form ihrer direkten Kolonialherrschaft abzuwandeln und mit Hilfe von ausgesuchten und ausgebildeten Agenten die Kolonialherrschaft und -aus-

beutung in neuer Form auszuüben. Die von den USA geführten Imperialisten unterwerfen Kolonien und die Staaten, die bereits ihre Unabhängigkeit erklärt haben, ihrer Kontrolle und Knechtschaft dadurch, daß sie Militärblocks zurechtzimmern, Militärstützpunkte aufrichten, eine „Union“ oder eine „Gemeinschaft“ bilden und Marionettenregierungen fördern. Mit Wirtschafts-„hilfe“ und anderen Tricks machen sie diese Länder weiter zu ihren Absatzmärkten, Rohstoffbasen und Kapitalanlageobjekten. Sie plündern die Schätze dieser Länder, sie saugen ihren Völkern das Blut aus. Sie benutzen außerdem die UNO als wichtiges Werkzeug, um sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen und militärische, wirtschaftliche und kulturelle Aggressionen gegen sie zu verüben. Wenn sie ihre Herrschaft in diesen Ländern mit „friedlichen“ Mitteln nicht weiter aufrechterhalten können, inszenieren sie Militärputsche, unternehmen Umsturzaktionen und scheuen auch nicht vor direkter bewaffneter Einmischung und Aggression zurück.

Bei der Verbreitung des Neokolonialismus zeigen sich die USA am aktivsten und raffiniertesten. Mit dem Neokolonialismus als Waffe bemüht sich der USA-Imperialismus, die Kolonien und Einflußsphären anderer imperialistischer Länder an sich zu reißen und so seine Weltherrschaft aufzurichten.

Diese neue Art von Kolonialismus ist ein noch viel gefährlicherer und tückischerer Kolonialismus.

Wir möchten die Führer der KPdSU fragen, wie man unter diesen Umständen behaupten kann, daß die Vernichtung des Kolonialismus bereits die „Endphase“ erreicht habe?

Um ihre eigenen Lügen zu rechtfertigen, versuchen die Führer der KPdSU, in der Erklärung von 1960 irgendwelche Ausreden zu finden, die ihnen helfen können. Sie sagen: Heißt es nicht in der Erklärung von 1960, daß das Kolonialsystem in raschem Zerfall ist? Jedoch die These in der Erklärung über den raschen Zerfall des alten Kolonialsystems kann den Führern der KPdSU bei der Verbreitung ihrer These vom Verschwinden des Kolonialismus überhaupt nicht helfen. In

der Erklärung wird deutlich dargelegt: „Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Imperialisten, allen voran die USA, sind verzweifelt bemüht, durch neue Methoden und in neuen Formen die Kolonialausbeutung der Völker in den ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten.“ Sie „suchen die Hebel der wirtschaftlichen Kontrolle und des politischen Einflusses in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren Händen zu behalten“. Was hier in der Erklärung aufgezeigt wird, ist gerade das, was die Führer der PKdSU mit allen Mitteln zu vertuschen suchen.

Die Führer der KPdSU haben auch die „Theorie“ fabriziert, daß die nationale Befreiungsbewegung in eine „neue Etappe“ getreten sei, bei der angeblich die wirtschaftlichen Aufgaben im Mittelpunkt stünden. Ihrer Meinung nach „wurde früher der Kampf hauptsächlich auf politischem Gebiet entfaltet“, während heute die wirtschaftliche Frage bereits zu einer „zentralen Aufgabe“ und zum „Hauptglied in der Weiterentwicklung der Revolution“ geworden sei.¹

Die nationale Befreiungsbewegung ist in eine neue Etappe eingetreten. Aber diese neue Etappe entspricht durchaus nicht dem, was die Führer der KPdSU als „neue Etappe“ bezeichnen. In dieser neuen Etappe sind die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unvergleichlich bewußter geworden als früher, die revolutionäre Bewegung hat einen beispiellosen Aufschwung genommen. Sie fordern gebieterisch die restlose Liquidierung der Macht des Imperialismus und seiner Handlanger in diesen Ländern, sie streben nach völliger politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. An erster Stelle und als dringendste Aufgabe steht vor diesen Ländern noch immer die Fortführung des Kampfs gegen den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus und deren Helfershelfer. Dieser Kampf wird auf politischem, wirtschaft-

lichem, militärischem, kulturellem und ideologischem wie auf allen anderen Gebieten noch immer aufs heftigste geführt. Die Kämpfe auf diesen Gebieten finden noch immer ihren konzentrierten Ausdruck im politischen Kampf und entwickeln sich oft, infolge der direkten oder indirekten bewaffneten Unterdrückung durch die Imperialisten, unvermeidlich zum bewaffneten Kampf. Eine unabhängige nationale Wirtschaft zu entwickeln, ist für die neu unabhängigen Staaten sehr wichtig. Aber diese Aufgabe darf niemals vom Kampf gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und deren Handlanger getrennt werden.

Wie die von den Führern der KPdSU verbreitete These über das sogenannte „Verschwinden des Kolonialismus“, zielt ihre Theorie über eine angebliche „neue Etappe“ offensichtlich darauf ab, die Aggressionen und Plünderungen des durch die USA vertretenen Neokolonialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika zu vertuschen, die scharfen Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen zu verdecken und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Kampf zu lähmen.

Wenn, nach der „Theorie“ der Führer der KPdSU, der Kolonialismus bereits am Verschwinden ist, und für die nationale Befreiungsbewegung die zentrale Aufgabe nur in der Entwicklung der Wirtschaft besteht, dann ist es selbstverständlich nicht mehr notwendig, gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und all ihre Handlanger anzukämpfen. Ist damit nicht die Aufgabe der nationalen Befreiungsbewegung überhaupt aus der Welt geschafft? Man begreift, daß die „neue Etappe“, von der die Führer der KPdSU reden, in der wirtschaftliche Aufgaben im Mittelpunkt stehen, nichts anderes ist als die Etappe, in der der Kampf gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und deren Helfershelfer, in der die nationale Befreiungsbewegung aufgegeben wird.

¹ „Dem Kampf der Völker zum Schaden“, „Prawda“ vom 17. September 1963

REZEPTE DES VERZICHTES AUF DIE REVOLUTION DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER

Ihren falschen „Theorien“ entsprechend haben die Führer der KPdSU mit großem Fleiß eine Reihe von Allheilmitteln gegen die Beschwerden der unterdrückten Völker erarbeitet. Sehen wir uns nun einmal diesen ganzen Stoß von Rezepten näher an.

Das erste Rezept trägt das Etikett friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb.

Die Führer der KPdSU pflegen die großen, nach dem Kriege von den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der nationalen Befreiungsbewegung errungenen Siege dem, was sie „friedliche Koexistenz“ und „friedlichen Wettbewerb“ nennen, zuzuschreiben. Der Offene Brief des ZK der KPdSU hat dazu zu sagen: „Unter den Verhältnissen der friedlichen Koexistenz wurden in den letzten Jahren im Klassenkampf des Proletariats und im Kampf der Völker für nationale Freiheit neue wichtige Siege errungen und entwickelt sich der weltweite revolutionäre Prozeß erfolgreich.“

Sie behaupten auch gewöhnlich, daß sich die nationale Befreiungsbewegung „unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz von Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung, unter den Bedingungen des ökonomischen Wettbewerbs der beiden sich gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme entwickelt“;¹ daß friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb „die Entwicklung des Befreiungsprozesses aller kämpfenden Völker von der Kontrolle ausländischer Monopole fördern“² und „dem ganzen System kapitalistischer Beziehungen“ „vernichtende Schläge“³ versetzen können.

¹ „Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und das Spalterprogramm der chinesischen Führung“, redaktioneller Artikel, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 14, 1963

² Ebenda

³ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

Die sozialistischen Staaten müssen die leninistische Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung befolgen. Aber friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb können keinesfalls an die Stelle des revolutionären Kampfs der Volksmassen aller Länder treten. Wenn Kolonien und abhängige Länder in ihrer nationalen Revolution den Sieg erringen wollen, müssen sie sich vor allem auf den revolutionären Kampf ihrer eigenen Volksmassen verlassen, ein Kampf, der niemals von einem anderen Land geführt werden kann.

Wie die Führer der KPdSU es sehen, schreibt sich der Sieg in der Revolution zur nationalen Befreiung nicht hauptsächlich von den revolutionären Kämpfen der Massen her, nicht daher, daß sich das Volk selbst befreit, sondern daß in friedlicher Koexistenz und in friedlichem Wettbewerb auf den natürlichen Zusammenbruch des Imperialismus gewartet wird. Das bedeutet in Wirklichkeit, die unterdrückten Völker auf ewig der imperialistischen Plünderung und Versklavung auszusetzen, ohne daß sie sich zum Widerstand und zur Revolution erheben dürfen.

Das zweite Rezept ist betitelt: Hilfe für rückständige Länder.

Die Führer der KPdSU schwatzen das Blaue vom Himmel herunter über ihre wirtschaftliche Hilfe für die erst kürzlich unabhängig gewordenen Länder. Genosse Chruschtschow erklärte, solche Hilfe ermögliche es diesen Ländern, einer „neuen Versklavung auszuweichen und ihren Fortschritt voranzutreiben, sie fördert den normalen Ablauf und die Beschleunigung derjenigen inneren Vorgänge, die diese Staaten auf den breiten Weg zum Sozialismus führen können“.¹

Daß die sozialistischen Länder den neuerdings unabhängigen Ländern wirtschaftliche Hilfe nach den Prinzipien des Internationalismus gewähren, ist notwendig und von großer Bedeu-

¹ N. S. Chruschtschow, „Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 9, 1962

tung. Aber es läßt sich keinesfalls sagen, daß die nationale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Umwälzung dieser Staaten lediglich von der wirtschaftlichen Hilfe abhängen, die sie von den sozialistischen Ländern erhalten, und nicht hauptsächlich vom revolutionären Kampf des eigenen Volks.

Offen gestanden, sind Politik und Ziel, die die Führer der KPdSU mit ihrer Hilfe für die neuerdings unabhängigen Länder während der letzten Jahre verfolgt haben, zweifelhaft. Die Führer der KPdSU nehmen in Dingen, die Hilfe für die neuerdings unabhängigen Länder bedeuten, häufig eine großmacht-chauvinistische und national-egoistische Haltung ein, sie schaden den wirtschaftlichen und politischen Interessen der betreffenden Länder und bringen damit die sozialistischen Länder in schlechten Ruf. Mit ihrer Hilfe für Indien verfolgen die Führer der KPdSU überhaupt Nebenabsichten. Unter den neuerdings unabhängigen Ländern, denen die Sowjetunion Hilfe gewährt, nimmt Indien die erste Stelle ein. Diese Art von Hilfe ist offensichtlich dazu bestimmt, die Nehru-Regierung in ihrer antikommunistischen, volksfeindlichen und gegen die sozialistischen Länder gerichteten Politik zu bestärken. Sogar die USA-Imperialisten haben festgestellt, daß die Sowjethilfe „durchaus in unserem Interesse ist“¹.

Nicht genug damit, die Führer der KPdSU schlagen offen die Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus bei der „Hilfe an rückständige Länder“ vor. Chruschtschow äußerte sich in einer Rede in den USA im September 1959 folgendermaßen: „Die ganze Welt wird unsere und Ihre wirtschaftlichen Erfolge begrüßen. Sie erwartet, daß unsere beiden großen Mächte den Völkern, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrhundert zurückgeblieben sind, schneller auf die Beine helfen.“

Sieh mal einer an! Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus soll imstande sein, den unterdrückten Völkern „schneller auf die Beine zu helfen“! Es ist wirklich erstaunlich,

¹ W. A. Harrimans Fernseh-Interview am 9. Dezember 1962

daß die Führer der KPdSU nicht nur bereit sind, Partner der Neokolonialisten zu werden, sondern sogar stolz darauf.

Das dritte Rezept lautet Abrüstung.

Chruschtschow erklärte: „Abrüstung bedeutet Abrüstung der Kräfte des Krieges, Beseitigung des Militarismus, Ausschließung kriegerrischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, vollständige und endgültige Beseitigung aller Formen des Kolonialismus.“¹

Er sagte auch: „Die Abrüstung würde die notwendigen Voraussetzungen für eine gewaltige Erweiterung des Ausmaßes der Hilfe für die jungen Nationalstaaten schaffen. Wenn vom Gesamtbetrag der militärischen Ausgaben in der Welt, der mit 120 Milliarden Dollar beziffert wird, für diese Zwecke nur acht bis zehn Prozent verwandt würden, so könnten im Verlauf von 20 Jahren in den notleidenden Gebieten der Erde Hunger, Krankheiten und Analphabetentum beseitigt werden.“²

Um die imperialistische Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen bloßzulegen und zu bekämpfen, treten wir seit jeher für den Kampf um die allgemeine Abrüstung ein. Aber man kann absolut nicht sagen, daß sich der Kolonialismus durch Abrüstung abschaffen läßt.

Chruschtschow hört sich hier wie ein Prediger an: Leidgeprüfte Völker der Welt, seid gesegnet! Wartet nur, wartet, bis die Imperialisten ihre Waffen niedergelegt haben, dann wird euch die Freiheit von selbst zufallen. Wartet, bis euch die Imperialisten Barmherzigkeit zeigen, und die von Armut befallenen Gebiete der Welt werden sich in ein Paradies, in dem Milch und Honig fließt, verwandeln . . .

Das sind nicht nur Illusionen, sondern Opium, um das Volk einzuschläfern.

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden, 10. Juli 1962

² Ebenda

Das vierte Rezept ist überschrieben: Abschaffung des Kolonialismus durch die Vereinten Nationen.

Chruschtschow ist der Ansicht, wenn die Vereinten Nationen nur Maßnahmen zur endgültigen Beseitigung des Kolonialsystems treffen, würden „die Völker, die jetzt unter der Erniedrigung durch ausländische Herrschaft leiden, eine klare und greifbare Perspektive für die friedliche Befreiung vom ausländischen Joch erhalten“.¹

In einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 1960 sagte Chruschtschow: „Wer, wenn nicht die Organisation der Vereinten Nationen, sollte sich für die Beseitigung der Kolonialherrschaft einsetzen?“

Diese Frage mutet wirklich seltsam an! Nach Chruschtschows Ansicht dürfen und können die revolutionären Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Kolonialismus nicht selber beseitigen; wenn der Kolonialismus beseitigt werden soll, müssen sie ihre Hoffnungen auf die UNO setzen.

Auf derselben UNO-Vollversammlung sagte Chruschtschow: „Daher appellieren wir an die Vernunft und den Weitblick der Völker der westlichen Länder, an ihre Regierungen und Vertreter in dieser hohen Versammlung der Organisation der Vereinten Nationen: Laßt uns Schritte zur Beseitigung des Kolonialregimes vereinbaren und damit diesen gesetzmäßigen historischen Prozeß beschleunigen.“ Man sieht, Chruschtschow meint Hilfe der Imperialisten, wenn er von der Hilfe der Vereinten Nationen spricht. Die Tatsachen zeigen, daß die UNO, die immer noch unter imperialistischer Kontrolle steht, das Kolonialregime nur aufrechterhalten und verstärken, aber den Kolonialismus, welcher Art auch immer, nicht beseitigen kann.

Mit einem Wort, die Rezepte, die die Führer der KPdSU der nationalen Befreiungsbewegung verschreiben, wollen nur die Menschen glauben machen, daß die Imperialisten den Kolo-

nialismus aufgeben, den unterdrückten Nationen und Völkern gnädig Freiheit und Befreiung bewilligen werden, und daß daher alle revolutionären Theorien, alle revolutionären Forderungen, alle revolutionären Kämpfe überholt und überflüssig sind und daher aufgegeben werden sollen und müssen.

GEGEN NATIONALE BEFREIUNGSKRIEGE

Obwohl die Führer der KPdSU davon reden, die Bewegungen und Kriege für nationale Befreiung zu unterstützen, versuchen sie doch mit allen Mitteln, die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Aufgabe ihrer revolutionären Kämpfe zu bewegen, denn in Wirklichkeit zittern sie selbst vor revolutionären Stürmen.

Die Führer der KPdSU haben die grandiose „Theorie“, daß „selbst ein kleiner Funke einen Weltbrand entzünden kann“¹, daß ein Weltkrieg unweigerlich ein thermonuklearer Krieg sein wird, der die Vernichtung der Menschheit bedeutet. Deshalb macht Chruschtschow ein Geschrei, „in unserer Zeit sind ‚lokale Kriege‘ sehr gefährlich“² und „wir werden uns beharrlich bemühen, . . . die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten“³. Hier macht Chruschtschow überhaupt keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und geht damit ganz und gar vom Standpunkt ab, daß Kommunisten gerechte Kriege unterstützen müssen.

Die Geschichte hat in den achtzehn Jahren seit dem zweiten Weltkrieg bewiesen, daß nationale Befreiungskriege unvermeidlich sind, solange die Imperialisten und ihre Lakaien ihre brutale Herrschaft mit Bajonetten aufrechtzuerhalten und die

¹ N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, Oktober 1959

² N. S. Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, 8. Juli 1960

³ N. S. Chruschtschow, Treffen mit Journalisten im Nationalen Pressklub in Washington, 16. September 1959

¹ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

Revolution unter den unterdrückten Nationen mit Waffengewalt niederzuwerfen versuchen. Diese ununterbrochenen revolutionären Kriege, große und kleine, gegen die Imperialisten und ihre Kettenhunde haben den imperialistischen Kriegskräften harte Schläge versetzt und die Kräfte, die den Weltfrieden verteidigen, stärker gemacht. Sie haben auch die Pläne der Imperialisten zur Entfesselung eines Weltkriegs wirkungsvoll durchkreuzt. Chruschtschows Geschrei von der Notwendigkeit, den Funken der Revolution im Interesse des Friedens „auszutreten“, ist, offen gesagt, ein Versuch, sich im Namen der Verteidigung des Friedens in Wirklichkeit der Revolution entgegenzustellen.

Von ebensolch falschen Gesichtspunkten und politischen Richtlinien ausgehend, verlangt die Führerschaft der KPdSU nicht nur, daß alle unterdrückten Nationen ihre revolutionären Kämpfe um die Befreiung aufgeben und mit den Imperialisten und Kolonialisten „in friedlicher Koexistenz“ zusammenleben, sondern sie tut sich sogar mit dem Imperialismus zusammen und versucht, durch eine Vielzahl von Methoden, die Funken der Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika auszutreten.

Nehmen wir als Beispiel den nationalen Befreiungskrieg des algerischen Volks. Nicht nur, daß die Führerschaft der KPdSU ihn lange Zeit hindurch nicht unterstützte, sie stellte sich sogar auf die Seite des französischen Imperialismus. Chruschtschow sah Algeriens nationale Unabhängigkeit als eine „interne Angelegenheit“ Frankreichs an. Am 3. Oktober 1955 sagte er zur algerischen Frage: „Ich war und bin vor allem der Ansicht, daß die UdSSR sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen soll.“ Einem Korrespondenten der französischen Zeitung „Figaro“ erklärte er am 19. März 1958: „Wir wollen keine Schwächung Frankreichs, wir wollen eine Stärkung der Größe Frankreichs.“

Um sich bei den französischen Imperialisten beliebt zu machen, wagten die Führer der KPdSU lange Zeit hindurch nicht, die provisorische Regierung der Republik Algerien

anzuerkennen. Erst als der Sieg des algerischen Volks in seinem Widerstandskrieg gegen die französische Aggression von vornherein feststand, und Frankreich sich mit Algeriens Unabhängigkeit einverstanden erklären mußte, verkündeten sie in aller Eile ihre Anerkennung. Diese würdelose Haltung war eine Blamage für die sozialistischen Länder. Trotzdem brüsten sich die Führer der KPdSU noch mit ihrer Schande und behaupten, daß auch der Sieg, den das algerische Volk mit seinem Blut bezahlte, ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ zugute geschrieben werden muß.

Sehen wir uns weiterhin die Rolle an, die die Führer der KPdSU in der Kongofrage spielten. Nicht nur, daß sie dem kongolesischen Volk in seinem bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus keine aktive Hilfe zukommen ließen, sie waren sogar flugs bereit, mit den USA-Imperialisten „zusammenzuarbeiten“, um den Funken in Kongo auszutreten.

Am 13. Juli 1960 gab die Sowjetunion, zusammen mit den USA, einer Resolution des Sicherheitsrats der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Das half den USA, unter der Flagge der Vereinten Nationen eine bewaffnete Intervention gegen Kongo durchzuführen. Die Sowjetunion stellte auch den Truppen der Vereinten Nationen Transportmittel zur Verfügung. In einem Telegramm an Kasavubu und Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow sogar fest: „Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet.“ Danach brachte die Sowjetpresse einen ganzen Lobesschwall für die Vereinten Nationen, die „der Regierung der Republik Kongo helfen, die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Staates zu verteidigen“.¹ Weiter wurden von den Vereinten Nationen „entschlossene Maßnahmen“² erwartet. Selbst in ihren Erklärungen vom 21. August und 10. September war die Sowjetregierung immer noch voll des

¹ „Iswestija“ vom 21. Juli 1960

² „Komsomolskaja Prawda“ vom 30. Juli 1960

Lobes für die Vereinten Nationen, die das kongolesische Volk unterdrückten.

Im Jahr 1961 wiederum überredeten die Führer der KPdSU Gizenga, am kongolesischen Parlament teilzunehmen, das unter dem „Schutz“ von Truppen der Vereinten Nationen einberufen worden war, und der Marionettenregierung beizutreten. Die Führung der KPdSU behauptete damals sogar fälschlich, die Einberufung des kongolesischen Parlaments sei „ein großes Ereignis im Leben der jungen Republik“ und „ein Sieg der nationalen Kräfte“.¹

Die Tatsachen zeigen deutlich, daß diese falsche Politik der Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus bei seiner Aggression gegen Kongo große Dienste leistete. Lumumba wurde ermordet, Gizenga ins Gefängnis geworfen, viele andere Patrioten wurden verfolgt, und Kongos Kampf um nationale Unabhängigkeit erlitt einen Rückschlag. Fühlt sich die Führerschaft der KPdSU für all diese Dinge überhaupt nicht verantwortlich?

DIE GEBIETE, IN DENEN SICH DIE WIDERSPRÜCHE IN DER HEUTIGEN WELT KONZENTRIEREN

Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Worte und Taten der Führer der KPdSU gegen die nationale Befreiungsbewegung und den nationalen Befreiungskrieg zurückweisen. Aber die Führer der KPdSU haben daraus keine entsprechenden Lehren gezogen und ihre falsche Linie und falsche Politik geändert, sondern aus Wut über ihre Abfuhr haben sie im Gegenteil eine Reihe von Verleumdungsangriffen gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien ins Werk gesetzt.

¹ „Prawda“ vom 18. Juli 1961

Im Offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU wird die KPCh beschuldigt, eine „neue Theorie“ aufgestellt zu haben, „derzufolge der Grundwiderspruch unserer Zeit nicht der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus, sondern der zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und dem Imperialismus sei. Die entscheidende Kraft im Kampf gegen den Imperialismus ist nach Meinung der chinesischen Genossen nicht das Weltsystem des Sozialismus, nicht der Kampf der internationalen Arbeiterklasse, sondern wiederum die nationale Befreiungsbewegung.“

Erstens ist das eine reine Erfindung. In unserem Brief vom 14. Juni wiesen wir darauf hin, daß die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus sowie zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen sind.

Wir wiesen ferner darauf hin: Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sind Widersprüche zwischen zwei grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, die unzweifelhaft sehr schroff sind. Marxisten-Leninisten dürfen aber die Widersprüche im Weltmaßstab nicht einfach und ausschließlich als Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sehen.

Unsere Ansichten sind klar und deutlich.

In unserem Brief vom 14. Juni legten wir die revolutionäre Lage in Asien, Afrika und Lateinamerika dar sowie die Wichtigkeit und Rolle der nationalen Befreiungsbewegung. Wir erklärten das folgendermaßen:

1. „In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwäch-

sten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmszentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden.“

2. „Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.“

3. „Die national-demokratische Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution.“

4. „Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.“

5. „In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab.“

6. „Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Bedeutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats.“

All das sind marxistisch-leninistische Thesen; zugleich sind es durch wissenschaftliche Analyse aus den heutigen Gegebenheiten gezogene Schlüsse.

Niemand kann bestreiten, daß jetzt in Asien, Afrika und Lateinamerika eine äußerst günstige revolutionäre Lage vorherrscht. Die nationalen Befreiungsrevolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind augenblicklich die wichtigsten Kräfte, die dem Imperialismus direkte Schläge versetzen. Asien, Afrika und Lateinamerika sind Gebiete, in denen sich die Widersprüche der Welt konzentrieren.

Das Zentrum der globalen Widersprüche, das Zentrum der politischen Kämpfe in der Welt ist nicht unveränderlich, es verschiebt sich mit den Wandlungen im internationalen Kampf und in der revolutionären Situation. Wir sind überzeugt, daß durch die Entwicklung der Widersprüche und der Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Westeuropa und Nordamerika, den Entstehungszentren des Kapitalismus und dem Herzland des Imperialismus, eines Tages doch die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird. In jenem Augenblick werden Westeuropa und Nordamerika zweifellos zu Zentren der politischen Kämpfe der Welt werden, zu Zentren der globalen Widersprüche.

Im Jahr 1913 hatte Lenin festgestellt, daß „in Asien ein neuer Herd der heftigsten Weltstürme entstand“, und: „Wir leben heute gerade in der Epoche dieser Stürme und ihrer ‚Rückwirkung‘ auf Europa.“¹

Stalin sagte 1925: „Die Kolonialländer bilden das ausschlaggebende Hinterland des Imperialismus. Die Revolutionierung dieses Hinterlands muß den Imperialismus untergraben, nicht nur in dem Sinne, daß der Imperialismus sein Hinterland verlieren wird, sondern auch in dem Sinne, daß die Revolutionierung des Ostens einen entscheidenden Anstoß zur Verschärfung der revolutionären Krise im Westen geben muß.“²

Sind diese Worte Lenins und Stalins etwa falsch? Diese von ihnen aufgestellten Thesen sind längst zu Elementarerkenntnissen des Marxismus-Leninismus geworden. Es ist leicht einzusehen, daß die Führer der KPdSU jetzt, wo sie sich darauf versteifen, die nationale Befreiungsbewegung abzuwerten, selbst die elementarsten Lehrsätze des Marxismus-Leninismus und die klarsten Tatsachen vor ihrer Nase ignorieren.

¹ Lenin, „Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx“, Werke, Bd. 18

² Stalin, „Über die revolutionäre Bewegung im Osten“, Werke, Bd. 7

DIE LEHRE DES LENINISMUS ÜBER DIE FÜHRUNG IN DER REVOLUTION WIRD VERDREHT

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli wurden die Thesen der KP Chinas zur Frage der Führung der nationalen Befreiungsbewegung durch das Proletariat angegriffen, wobei gesagt wurde: „Es erwies sich jedoch, daß die chinesischen Genossen Lenin ‚korrigieren‘ und beweisen wollen, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kleinbürgertum oder die nationale Bourgeoisie oder sogar ‚einige patriotisch gesinnte Könige, Prinzen und Aristokraten‘ der Hegemon des weltumspannenden Kampfes gegen den Imperialismus sein müssen.“

Das ist eine offensichtliche Verdrehung der Ansichten der KP Chinas.

In bezug auf die Notwendigkeit, daß das Proletariat seine führende Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung beibehalten muß, wird im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni festgestellt: Die Geschichte hat den proletarischen Parteien Asiens, Afrikas und Lateinamerikas „die ruhmreiche Aufgabe gestellt, im Kampf gegen Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus, im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie das Banner voranzutragen, in den ersten Reihen der nationaldemokratischen revolutionären Bewegung zu stehen und für eine sozialistische Zukunft zu kämpfen“. „Das Proletariat und seine Partei müssen, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, alle Schichten, mit denen Einheit möglich ist, zur breiten Einheitsfront gegen den Imperialismus und seine Lakaien zusammenschließen. Um diese Einheitsfront zu festigen und zu entwickeln, muß die proletarische Partei ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und auf der Führung in der Revolution bestehen.“

Über die Notwendigkeit der Bildung einer breiten antiimperialistischen Einheitsfront in der nationalen Befreiungsbewegung wird im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni

gesagt: „Die unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich vor die dringende Aufgabe gestellt, gegen den Imperialismus und seine Lakaien anzukämpfen.“ „In diesen Gebieten weigern sich die breitesten Kreise, das Sklavenjoch des Imperialismus hinzunehmen. Nicht nur Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Kleinbourgeoisie, sondern auch die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie und sogar manche Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben.“

Unsere Ansichten sind somit ganz klar. Das Proletariat muß auf der Führung in der nationalen Befreiungsbewegung beharren und gleichzeitig eine breite antiimperialistische Einheitsfront bilden. Was ist da falsch daran? Warum wollen die Führer der KPdSU diese unsere richtigen Ansichten verdrehen und angreifen?

Nicht wir, sondern die Führer der KPdSU haben sich von den Lehren Lenins über das Führungsrecht des Proletariats in der Revolution abgekehrt.

Mit ihrer falschen Linie gibt die Führerschaft der KPdSU die Verpflichtung, gegen den Imperialismus und Kolonialismus zu kämpfen, völlig auf und stellt sich völlig gegen nationale Befreiungskriege; das bedeutet nichts anderes als vom Proletariat und den kommunistischen Parteien der unterdrückten Völker und Staaten zu verlangen, das patriotische Banner des Widerstands gegen Imperialismus und des Kampfs um nationale Unabhängigkeit einzuziehen und es anderen in die Hand zu drücken. Kann man da überhaupt noch von einer antiimperialistischen Einheitsfront oder gar von proletarischer Führung reden?

Die Führer der KPdSU posaunen auch oft aus, daß der Sozialismus, ganz gleich unter wessen Führung, also auch unter der Führung eines reaktionären Nationalisten wie Nehru, aufgebaut werden könne. Damit entfernt man sich wiederum Hunderttausende Meilen weit von der Lehre über die Führung durch das Proletariat.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU entstellt die Beziehungen gegenseitiger Unterstützung zwischen dem sozialistischen Lager und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern einerseits und der nationalen Befreiungsbewegung andererseits und behauptet, die nationale Befreiungsbewegung müsse von den sozialistischen Staaten und der Arbeiterbewegung in den Metropolen „geführt“ werden. Sie haben die Stirn, weiter zu behaupten, daß dies auf der Leninschen Idee von der Führung durch das Proletariat „beruht“. Offensichtlich wird damit Lenins Lehre weitgehend verdreht und revidiert. Das zeigt, daß die Führer der KPdSU ihre Linie der Abschaffung der Revolution der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker aufzwingen wollen.

DER WEG DES NATIONALISMUS UND DER ENTARTUNG

In ihrem Offenen Brief vom 14. Juli versuchte die Führung der KPdSU, die Kommunistische Partei Chinas des Verbrechens zu beschuldigen, „die nationale Befreiungsbewegung von der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Schöpfung, dem Weltsystem des Sozialismus, isolieren“ zu wollen. Auch wurde uns vorgeworfen, daß wir die nationale Befreiungsbewegung vom sozialistischen System und der Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern „trennen“ und so die beiden Bewegungen „einander entgegenstellen“. Auch andere Kommunisten, wie die Führer der KP Frankreichs, plappern der Führung der KPdSU lautstark dieselbe Leier nach.

Was aber sind die Tatsachen? Niemand anders als gerade die Führung der KPdSU und ihre Anhänger, die die nationale Befreiungsbewegung nicht unterstützen und im Gegenteil gegen sie auftreten, haben diese nationale Befreiungsbewegung dem sozialistischen Lager und der Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern entgegengestellt.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher der Ansicht, daß sich die Völker mit ihren revolutionären Kämpfen gegenseitig unterstützen. Wir betrachten die nationale Befreiungsbewegung immer vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, von der Gesamtlage der proletarischen Weltrevolution aus. Wir sind der Meinung, daß die siegreiche Entwicklung der nationalen Befreiungsrevolution von gewaltiger Bedeutung für das sozialistische Lager, für die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, für die Verteidigung des Weltfriedens ist.

Aber die Führer der KPdSU und ihre Anhänger weigern sich, diese Bedeutung anzuerkennen. Sie reden nur von der Unterstützung, die das sozialistische Lager der nationalen Befreiungsbewegung zuteil werden läßt, streiten aber der nationalen Befreiungsbewegung ihre Hilfe fürs sozialistische Lager ab. Sie erkennen nur die Schläge an, die die Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern dem Imperialismus erteilt, schätzen aber gering oder ignorieren die Schläge, die die nationale Befreiungsbewegung dem Imperialismus versetzt. Eine solche Haltung läuft dem Marxismus-Leninismus zuwider, mißachtet die Tatsachen und ist daher falsch.

Wie man die revolutionären Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und unterdrückten Völkern, die revolutionären Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und den geknechteten Nationen behandelt, bringt uns zur wichtigen, grundsätzlichen Frage, ob man den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus beibehalten oder aufgeben soll.

Nach dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus müssen alle siegreichen sozialistischen Staaten die unterdrückten Nationen im Kampf um ihre Befreiung aktiv unterstützen und ihnen Hilfe leisten. Die sozialistischen Staaten, in denen die Revolution gesiegt hat, müssen zu Stützpunkten werden, für die Unterstützung und

Förderung der Revolution der unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen in der ganzen Welt. Sie müssen mit den unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen das engste Bündnis eingehen und die proletarische Weltrevolution zum Endsieg führen.

Die Führer der KPdSU aber betrachten den Sieg des Sozialismus in einem oder einigen Ländern in Wirklichkeit als das Ende der proletarischen Weltrevolution. Sie fordern die Unterordnung der nationalen Befreiungsrevolution unter ihre sogenannte Generallinie der friedlichen Koexistenz und die nationalen Interessen ihres eigenen Staats.

Im Jahr 1925, als Stalin gegen die Liquidatoren, vertreten durch die Trotzlisten und Sinowjewleute, ankämpfte, stellte er fest: Das charakteristische Merkmal der Gefahr des Liquidatorentums ist „der Unglaube an die internationale proletarische Revolution; der Unglaube an ihren Sieg; das skeptische Verhalten gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern; . . . das Nichtbegreifen jener elementaren Forderung des Internationalismus, derzufolge der Sieg des Sozialismus in *einem* Lande nicht Selbstzweck sein kann, sondern Mittel zur Entwicklung und Unterstützung der Revolution in anderen Ländern sein muß“.¹

Und weiter: „Das ist der Weg des Nationalismus und der Entartung, der Weg der vollständigen Liquidierung der internationalen Politik des Proletariats, denn Leute, die von dieser Krankheit befallen sind, betrachten unser Land nicht als Teil eines Ganzen, genannt internationale revolutionäre Bewegung, sondern als Beginn und Ende dieser Bewegung, da sie der Meinung sind, daß den Interessen unseres Landes die Interessen aller anderen Länder zum Opfer gebracht werden müßten.“²

Die Denkweise der Liquidatoren beschrieb Stalin folgendermaßen: „Die Befreiungsbewegung in China unterstützen?

¹ Stalin, „Fragen und Antworten“, Werke, Bd. 7

² a. a. O.

Aber wozu? Ist das nicht gefährlich? Wird uns das nicht mit anderen Ländern in Konflikt bringen? Wäre es nicht besser, wenn wir in China zusammen mit den anderen ‚fortgeschrittenen‘ Mächten ‚Einflußsphären‘ festlegten und dieses oder jenes von China für uns ergatterten? Das wäre nützlich und auch ungefährlich . . . Usw. usf.“¹

Stalins Schlußfolgerung daraus war: „Das ist eine nationalistische ‚Geistesauffassung‘ neuer Art, die versucht, die Außenpolitik der Oktoberrevolution zu liquidieren, und Elemente der Entartung kultiviert.“²

Die jetzige Führung der KPdSU übertrifft die damaligen Liquidatoren bei weitem. Sie hält sich selbst für superklug und tut ausschließlich das, was „nützlich und auch ungefährlich“ ist. Sie fürchtet sich entsetzlich vor einem Konflikt mit den imperialistischen Staaten und macht daher mit Leib und Seele Opposition gegen die nationale Befreiungsbewegung. Sie berauscht sich am Gedanken zweier Super-Großmächte, die ihre „Einflußsphären“ in der ganzen Welt festlegen.

Die Kritik Stalins an den Liquidatoren paßt genau als Beschreibung der gegenwärtigen Führung der KPdSU. Denn die Führer der KPdSU treten in die Fußtapfen der Liquidatoren, liquidieren die Außenpolitik der Oktoberrevolution und schlagen den Weg zum Nationalismus und zur Entartung ein.

Wie Stalin damals warnte, „ist es klar, daß das erste siegreiche Land nur auf der Grundlage des konsequenten Internationalismus, nur auf der Grundlage der Außenpolitik der Oktoberrevolution die Rolle des Bannerträgers der internationalen revolutionären Bewegung bewahren kann, daß der Weg des geringsten Widerstands und des Nationalismus in der Außenpolitik den Weg der Isolierung und Zersetzung des ersten siegreichen Landes bedeutet.“³ Diese Warnung Stalins ist auch für die heutige Führung der KPdSU von schwerwiegender aktueller Bedeutung.

¹ a. a. O.

² a. a. O.

³ a. a. O.

EIN TYPISCHES BEISPIEL VON SOZIALCHAUVINISMUS

Dem proletarischen Internationalismus entsprechend, müssen das Proletariat und die Kommunisten der unterdrückenden Nationen das Recht der unterdrückten Nationen auf nationale Unabhängigkeit und ihren Befreiungskampf aktiv unterstützen. Die proletarische Revolution der unterdrückenden Nationen wird mit der Unterstützung von seiten der unterdrückten Nationen besser imstande sein, den Sieg zu erringen.

Lenin traf den Nagel auf den Kopf mit seiner Feststellung: „Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von ‚Kolonial‘sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug.“¹

Einige Leute jedoch, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen, haben gerade in diesem Grundprinzip dem Marxismus-Leninismus den Rücken gekehrt. Die Führerschaft der KP Frankreichs ist ein typisches Beispiel hierfür.

Eine lange Zeit hindurch gaben die Führer der KPF einerseits den Kampf gegen den USA-Imperialismus auf, sie weigerten sich, seiner Kontrolle und Beschränkung Frankreichs auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet entschieden entgegenzutreten, und überließen de Gaulle und seinesgleichen das Banner des französischen nationalen Kampfes gegen die USA; andererseits verteidigten sie mittels verschiedener Methoden und unter verschiedenen Vorwänden die kolonialen Interessen des französischen Imperialismus, sie unterstützten die nationale Befreiungsbewegung in den französischen Kolonien nicht nur nicht, ja, sie traten ihr sogar entgegen, insbesondere dem nationalen revolutionären

¹ Lenin, „Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, Werke, Bd. 31

Krieg, und sind damit in den Sumpf des Nationalchauvinismus gesunken.

Lenin hat erklärt: „Europäer vergessen häufig, daß die Kolonialvölker *auch* Nationen sind, eine derartige ‚Vergeßlichkeit‘ dulden heißt aber, den Chauvinismus dulden.“¹ Aber die Führer der KPF mit Genossen Thorez an der Spitze duldeten nicht nur diese „Vergeßlichkeit“, sondern betrachteten die französischen Kolonialvölker offenkundig als „eingebürgerte Franzosen“² und weigerten sich, deren Recht auf Trennung von Frankreich und auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen. Sie unterstützten auch in aller Öffentlichkeit die von den französischen Imperialisten verfochtene Politik der „nationalen Assimilation“.

Seit fast zwei Jahrzehnten folgen die Führer der KP Frankreichs der Kolonialpolitik des französischen Imperialismus und dienen der französischen Monopolbourgeoisie als Anhängsel. Als 1946 die Herrscher des französischen Monopolkapitals mit einem neokolonialistischen Trick die Bildung der Französischen Union vorschlugen, stimmten sie sofort zu. Sie proklamieren: „Wir haben seit jeher die Französische Union als ‚freien Bund freier Völker‘ betrachtet“³; und: „die Bildung der Französischen Union wird gestatten, die Frage der Beziehungen zwischen dem französischen Volk und den früher von Frankreich abhängigen Völkern in Übersee auf neuer Basis zu regeln“.⁴ Als 1958 die Französische Union zusammenbrach und die französische Regierung die Bildung der „Französischen Gemeinschaft“ vorschlug, um ihr Kolonialsystem aufrechtzuerhalten, schlossen sich die Führer der KP Frankreichs wiederum dem an und

¹ Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ (6), Werke, Bd. 23

² Maurice Thorez, Rede in Algier, Februar 1939

³ Léon Feix, Rede auf dem XV. Parteitag der KP Frankreichs, Juni 1959

⁴ Maurice Thorez, Rede bei der Feier anläßlich des Beginns eines neuen Semesters in der Parteschule des ZK der KP Frankreichs, 10. Oktober 1955

proklamierten: „Wir glauben, daß die Gründung einer wirklichen Gemeinschaft ein Ereignis von positiver Bedeutung sein wird.“¹

Mehr noch, um der Forderung der Völker in den französischen Kolonien nach nationaler Unabhängigkeit entgegenzutreten, versuchten die Führer der KPF, die französischen Kolonialvölker damit einzuschüchtern, daß sie ihnen sagten, jeder Versuch, sich von der Französischen Union zu lösen, könne nur zur Verstärkung des Imperialismus führen, wenn dabei auch eine zeitweilige, nominelle und falsche Unabhängigkeit erreicht werden könnte. Sie erklärten auch offen: „Die Frage besteht darin, ob diese bereits unvermeidliche Unabhängigkeit sich mit Frankreich oder ohne Frankreich und gegen Frankreich vollziehen soll. Die Interessen unseres Landes erfordern es, daß sie es mit Frankreich tut.“²

In der Algerien-Frage war der nationalchauvinistische Standpunkt der Führer der KPF noch deutlicher. Kürzlich versuchten sie, sich damit zu rechtfertigen, daß sie vor Jahren schon die gerechte Forderung des algerischen Volks nach Freiheit anerkannt hätten. Wie sehen aber die Tatsachen wirklich aus?

Lange Zeit hindurch weigerten sich die Führer der KP Frankreichs, das Recht Algeriens auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen. Sie machten sich zum Echo der französischen Monopolbourgeoisie mit dem Geschrei: „Algerien ist ein unabtrennbarer Teil Frankreichs“,³ und Frankreich solle „sowohl heute als auch in Zukunft eine große afrikanische Macht bleiben“.⁴ Die größte Sorge von Thorez und anderen war, daß Algerien jährlich an Frankreich „eine Million Schafe“ und bedeutende Mengen von Weizen lieferte, um Frankreichs

¹ Léon Feix, a. a. O.

² Raymond Barbé, „Schwarzafrika in der Stunde Guineas“, „Démocratie Nouvelle“ (Zeitschrift der KP Frankreichs), Nr. 11, 1958

³ Dokumente der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung Frankreichs vom 24. September 1946, Anhang II (Nr. 1013)

⁴ Florimond Bonte vor der Konstituierenden Volksversammlung Frankreichs, 1944

„Mangel an Fleisch“ zu beheben und sein „Getreidedefizit“¹ aufzuholen.

Man sehe, welch frenetischen Nationalchauvinismus die Führer der KP Frankreichs an den Tag legen! Ist bei ihnen überhaupt noch eine Spur von proletarischem Internationalismus vorhanden? Haben sie auch nur die geringste Spur von proletarischen Revolutionären an sich? Mit ihrem nationalchauvinistischen Standpunkt haben sie die Grundinteressen des internationalen Proletariats wie auch die Grundinteressen des französischen Proletariats, zugleich auch das wahre Nationalinteresse Frankreichs verraten.

WIDERLEGUNG DER „THEORIEN“ VON „RASSISMUS“ UND „GELBER GEFAHR“

Nachdem die Führer der KPdSU im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung all ihre Wunderwaffen aufgebraucht haben, können sie nur noch beim Rassismus, der reaktionärsten Theorie der Imperialisten, Hilfe finden. Den richtigen Standpunkt der KP Chinas, die nationale Befreiungsbewegung entschlossen zu unterstützen, bezeichnen sie als das „Aufrichten von Schranken der Rasse und der Geographie“, als „Ersetzung des Klassenstandpunkts durch den Rassenstandpunkt“ und als „Ausnutzung von nationalen und sogar Rassenvorurteilen der asiatischen und afrikanischen Völker“.

Gäbe es den Marxismus-Leninismus nicht auf der Welt, könnte man vielleicht mit solchen Lügen die Menschen hinters Licht führen. Es ist das Unglück der Leute, die diese Lügen in die Welt setzen, daß sie im falschen Zeitalter leben, denn der Marxismus-Leninismus ist den Menschen bereits tief ins Herz gedungen. Stalin hat treffend gesagt, daß der Leninismus „die Scheidewand zwischen Weißen und Farbigen, zwi-

¹ Maurice Thorez, Bericht auf dem X. Parteitag der KP Frankreichs, 1945

schen Europäern und Asiaten, zwischen ‚zivilisierten‘ und ‚unzivilisierten‘ Sklaven des Imperialismus niedergerissen“ hat.¹ Die Führer der KPdSU mühen sich vergeblich, die Scheidewand des Rassismus neuerlich zu errichten.

Letzten Endes ist in der heutigen Welt die nationale Frage eine Frage des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Imperialismus. Heute haben Arbeiter, Bauern, revolutionäre Intellektuelle, antiimperialistische und patriotische bürgerliche Elemente und andere antiimperialistische, patriotische aufgeklärte Menschen aller Rassen — weiß, schwarz, gelb oder braun — eine breite Einheitsfront gegen den von den USA geführten Imperialismus und seine Lakaien gebildet. Diese Einheitsfront wird immer fester und mächtiger. Die Frage ist hier nicht, ob man auf der Seite der Weißen oder der Farbigen steht, sondern ob man für die unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt oder für eine Handvoll von Imperialisten und Reaktionsären Partei nimmt.

Daß die unterdrückten Nationen zwischen sich selbst und den Imperialisten und Kolonialisten eine klare Trennungslinie ziehen, das ist der marxistisch-leninistische Klassenstandpunkt. Diese Linie zu verwischen, ist Ausdruck des Nationalchauvinismus im Dienst von Imperialismus und Kolonialismus.

Wie Lenin erklärt hat, „muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralkern in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogenerweise umgangen wird“.² Wenn die Führer der KPdSU jetzt das Zusammenhalten der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrem antiimperialistischen Kampf als „auf geographischen und Rassengrundsätzen fußend“ verhöhnen, so haben sie offensichtlich die gleiche Position wie die Sozialchauvinisten und Kautsky bezogen.

¹ Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“ (VI.), Werke, Bd. 6

² Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Werke, Bd. 21

Wenn die Führer der KPdSU mit ihrer „Theorie“ von „Rassismus“ hausieren gehen und die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika als Kampf der Farbigen gegen die weiße Rasse hinstellen, so wollen sie damit offensichtlich die Weißen in Europa und Nordamerika zum Rassenhaß aufstacheln, die Völker der Welt vom Kampf gegen den Imperialismus, die internationale Arbeiterbewegung vom Kampf gegen den modernen Revisionismus ablenken.

Die Führer der KPdSU machen überall ein lautes Geschrei von der „Gelben Gefahr“ und „der Drohung eines neuen Dschingis-Khans“. So etwas ist wirklich keiner Widerlegung wert. Wir haben in diesem Artikel nicht die Absicht, die historische Rolle Dschingis-Khans oder die Entwicklung der mongolischen, der russischen und der chinesischen Nation und den Prozeß ihrer Staatenbildung zu besprechen. Wir möchten den Führern der KPdSU nur nahelegen, ihre geschichtlichen Kenntnisse aufzufrischen, bevor sie solche Geschichten in die Welt setzen. Dschingis-Khan war ein mongolischer Khan, und während seiner Herrschaft hatte sowohl China als auch Rußland unter seinen Aggressionen zu leiden. Im Jahr 1215 fiel er in Teilen von Nordwest- und Nordchina ein; Rußland überfiel er im Jahr 1223. Nach Dschingis-Khans Tod brachten seine Nachfolger im Jahr 1240 Rußland unter ihre Herrschaft, und fast vierzig Jahre später, 1279, unterwarfen sie sich ganz China.

Lu Hsün, der bekannte chinesische Schriftsteller, erwähnte 1934 Dschingis-Khan in einem seiner Artikel. Wir geben den betreffenden Absatz zu eurem gefälligen Gebrauch hier wieder, vielleicht wird er euch nützlich sein.

Lu Hsün schrieb, daß er als Zwanzigjähriger „gehört hatte, unser“ Dschingis-Khan eroberte Europa und leitete die ruhmreichste Periode in „unserer“ Geschichte ein. Erst mit fünfundzwanzig Jahren erfuhr ich, daß dieser sogenannte ruhmreichste Abschnitt „unserer“ Geschichte in Wirklichkeit die Zeit war, in der die Mongolen China eroberten und wir zu Sklaven wurden. Und erst im August dieses Jahres, als ich drei Bücher

über mongolische Geschichte nach historischen Anekdoten durchblättert, fand ich heraus, daß die Eroberung Rußlands durch die Mongolen und ihr Einfall in Ungarn und Österreich der Eroberung Chinas durch sie vorausgingen, und daß der Dschingis-Khan von damals nicht einmal unser Khan war. Die Russen wurden Sklaven, bevor wir es wurden, und so sollten sie es sein, die sagen: „Als unser Dschingis-Khan China eroberte, leitete er die ruhmreichste Periode in unserer Geschichte ein.“¹

Es gehören nur geringe Kenntnisse der Weltgeschichte der Neuzeit dazu, um zu wissen, daß die Theorie von der „Gelben Gefahr“, über die die Führer der KPdSU soviel Geschrei machen, ein Erbe des deutschen Kaisers Wilhelm II. ist. Vor einem halben Jahrhundert hatte Wilhelm II. seinen Glauben an die „Gelbe Gefahr“ bekundet.

Wilhelm II. propagierte die Theorie von der „Gelben Gefahr“ in der Absicht, China weiter aufzuteilen, in Asien weitere Aggressionen zu verüben und die Revolutionen Asiens niederzuschlagen, die Aufmerksamkeit der europäischen Völker von Revolutionen abzulenken. Mit dieser Theorie als Rauchvorhang konnte er einen imperialistischen Weltkrieg aktiv vorbereiten, und den Versuch machen, seine Weltherrschaft aufzurichten.

Als Wilhelm II. seine Theorie von der „Gelben Gefahr“ unter die Leute brachte, war die europäische Bourgeoisie äußerst verfault und äußerst reaktionär. Das war um die Zeit der russischen Revolution von 1905, als demokratische Revolutionen über China, die Türkei und Persien hinwegfegten und auch Indien beeinflussten. Das war auch die Zeit, zu der Lenin seine berühmte Redewendung vom „rückständigen Europa und fortschrittlichen Asien“ prägte.

Wilhelm II. wollte zwar als große Persönlichkeit seiner Zeit gelten, stellte sich aber nur als Schneemann in der Sonne heraus. Schon sehr bald verschwand dieser reaktionäre Häupt-

¹ Lu Hsün, Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 109 (Chinesisch)

ling von der Szene mitsamt der von ihm aufgestellten reaktionären Theorie. Der große Lenin und seine genialen Lehren jedoch haben ewigen Bestand.

Fünfzig Jahre sind seitdem verstrichen. Der westeuropäische und nordamerikanische Imperialismus verfault täglich mehr, wird stets reaktionärer. Seine Tage sind gezählt. Inzwischen ist der revolutionäre Sturm, der über Asien, Afrika und Lateinamerika hinwegbraust, noch viele Male stärker geworden als zu Lenins Zeiten. Es ist wirklich kaum glaublich, daß es heute noch Leute gibt, die in die Fußtapfen Wilhelms II. treten wollen. Das ist wahrhaftig eine Verhöhnung der Geschichte.

WIEDERBELEBUNG DES ALTEN REVISIONISMUS IN NEUER FORM

Die Politik der Führerschaft der KPdSU in der nationalen und kolonialen Frage ist die gleiche wie die bankrotte Politik der Revisionisten der II. Internationale. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Revisionisten der II. Internationale im Dienst des alten Kolonialismus des Imperialismus standen, während die modernen Revisionisten dem Neokolonialismus des Imperialismus dienen.

Die alten Revisionisten sangen den Chor der alten Kolonialisten, Chruschtschow singt die Melodie der Neokolonialisten nach.

Die Helden der II. Internationale wie Bernstein und Kautsky waren die Verfechter der alten Kolonialherrschaft des Imperialismus. Sie behaupteten unverhohlen, daß die Kolonialherrschaft fortschrittlich wäre, daß sie den Kolonien eine hohe Zivilisation brächte, daß sie die Produktivkräfte entwickelte. Sie gingen sogar soweit zu behaupten, daß die Abschaffung der Kolonien „die Rückkehr zur Barbarei bedeuten“ würde.¹

¹ Eduard David, Rede über die Kolonialfrage, gehalten auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart, 1907

In dieser Beziehung gibt sich Chruschtschow etwas anders als die alten Revisionisten. Er hat den Mut, das alte Kolonialsystem zu verdammen.

Was gibt Chruschtschow diesen Mut? Die Tatsache, daß die Imperialisten ihre Melodie geändert haben.

Nach dem zweiten Weltkrieg sahen sich die Imperialisten unter den doppelten Hammerschlägen der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsrevolution gezwungen, anzuerkennen, daß, „wenn der Westen versucht hätte, den Status quo des Kolonialismus aufrechtzuerhalten, das unvermeidlich blutige Revolution und Niederlage heraufbeschworen haben würde“.¹ Die alten Formen der Kolonialherrschaft „erweisen sich im Gegenteil . . . höchstwahrscheinlich als ‚eiternde Geschwüre‘, die sowohl die wirtschaftliche als auch die moralische Kraft im Leben eines Staates zerstören“.² So wurde es notwendig, die Formen zu ändern und zum Neokolonialismus überzugehen.

Aus ebendiesen Gründen singt Chruschtschow das Lied der Neokolonialisten und preist die „Theorie“ vom „Verschwinden des Kolonialismus“ an, um so den Neokolonialismus zu verbergen. Außerdem versucht er die unterdrückten Nationen dazu zu bewegen, den Neokolonialismus hinzunehmen. Mit allen Kräften verbreitet er die Ansicht, daß die unterdrückten Nationen mit dem zivilisierten Imperialismus in „friedlicher Koexistenz“ leben sollen, was ihrer „nationalen Wirtschaft schnelles Wachstum bringen“ sowie „die Produktivkräfte heben“ würde, wodurch in den unterdrückten Staaten der „Binnenmarkt sich unvergleichlich erweitern“ würde, und sie „mehr Rohmaterial und verschiedene Produkte und Waren für die Bedürfnisse der Wirtschaft der industriell entwickelten Länder liefern“³ könnten. Gleichzeitig könnte damit „der

¹ J. F. Dulles, „War or Peace“

² John Strachey, „The End of Empire“

³ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

Lebensstandard der Bewohner der hoch entwickelten kapitalistischen Ländern bedeutend gehoben“⁴ werden.

Chruschtschow hat auch nicht vergessen, gewisse abgenutzte Waffen aus dem Arsenal der Revisionisten der II. Internationale zusammenzutragen.

Hier einige Beispiele:

Die alten Revisionisten waren gegen nationale Befreiungskriege und glaubten, daß die nationale Frage „nur durch internationale Vereinbarungen gelöst werden“⁵ könnte. In dieser Frage hat Chruschtschow das Erbe der Revisionisten der II. Internationale angetreten, indem er das „stille Begräbnis des Kolonialsystems“⁶ befürwortet.

Die alten Revisionisten griffen die revolutionären Marxisten mit der verleumderischen Behauptung an, daß der „Bolschewismus seinem Wesen nach kriegslüsterner Sozialismus“⁴ sei, daß „die Kommunistische Internationale der Illusion unterliegt, die Befreiung der Arbeiter mit Hilfe der Bajonette der siegreichen Roten Armee erreichen zu können, daß die Weltrevolution einen neuen Weltkrieg nötig macht“. Sie verbreiteten auch das Märchen, daß eine solche Lage „die größte Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschworen“ hätte.⁵ Die Worte, die Chruschtschow heute für seine Verleumdungen gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien gebraucht, sind genau die gleichen Worte, mit denen damals die alten Revisionisten die Bolschewiken verleumdeten. Es fällt schwer, einen Unterschied zwischen den beiden festzustellen.

⁴ „Liquidierung des Kolonialismus — das Gebot der Zeit“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 2, 1961

⁵ „Resolution über die territoriale Frage“, angenommen auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern, 1919

⁶ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

⁴ Otto Bauer, Rede über die orientalische Frage auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Marseille, 1925 (übersetzt aus dem Englischen)

⁵ „Resolution über die orientalische Frage“, angenommen auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Marseille, 1925

Es muß gesagt werden, daß Chruschtschow in seinem Dienst-eifer für den neuen Kolonialismus der Imperialisten in keiner Weise den alten Revisionisten, die dem alten Kolonialismus der Imperialisten zu Diensten waren, nachsteht.

Lenin zeigte, daß die imperialistische Politik die internationale Arbeiterbewegung in zwei Gruppierungen spaltete, die revolutionäre und die opportunistische. Die revolutionäre Gruppe stand auf seiten der unterdrückten Nationen und kämpfte gegen Imperialisten und Kolonialisten an. Die Opportunisten dagegen, um sich zu mästen, pickten die Krumen der Beute auf, die die Imperialisten und Kolonialisten aus den Völkern der Kolonien und Halbkolonien herauspreßten. Diese Leute stellten sich auf die Seite der Imperialisten und Kolonialisten gegen die Revolution der unterdrückten Nationen um ihre Befreiung.

Dieselbe Spaltung zwischen Revolutionären und Opportunisten in der internationalen Arbeiterbewegung, auf die Lenin hinwies, findet sich heute nicht nur in der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in sozialistischen Ländern, wo das Proletariat die Staatsgewalt ausübt.

Die Erfahrungen der Geschichte beweisen, daß die nationale Befreiungsbewegung mit der revolutionären Arbeiterbewegung ein festes Bündnis eingehen muß, um einen völligen Sieg zu erringen, daß sie auch eine klare Trennungslinie zwischen sich und den Imperialisten und Kolonialisten dienstbaren Revisionisten ziehen und deren Einfluß entschlossen ausmerzen muß.

Die Erfahrungen der Geschichte beweisen, daß die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern Westeuropas und Nordamerikas, um einen völligen Sieg zu erringen, mit der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika ein enges Bündnis eingehen, eine klare Trennungslinie zwischen sich und den Revisionisten ziehen und deren Einfluß entschlossen ausmerzen muß.

Die Revisionisten sind Agenten des Imperialismus, die sich in die Reihen der internationalen Arbeiterbewegung einge-

schlichen haben. Lenin schrieb, „daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“¹ Daher muß heute der Kampf gegen den Imperialismus, gegen alten und neuen Kolonialismus eng mit dem Kampf gegen die Verfechter des Neokolonialismus verbunden werden.

Wie immer die Imperialisten sich auch verstellen mögen, welch verzweifelte Anstrengungen sie auch machen, wie immer auch die Verfechter des Neokolonialismus diesen herausputzen und ihm helfen mögen, können Imperialismus und Kolonialismus ihrem Schicksal nicht entgehen. Der Sieg in der nationalen Befreiungsrevolution läßt sich nicht aufhalten. Letzten Endes werden die Verfechter des Neokolonialismus Bankrott machen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

¹ Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (X.), Werke, Bd. 22

**Zwei Linien in der Frage
von Krieg und Frieden**

Fünfter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(19. November 1963)

In der ganzen Welt diskutiert man über die Frage von Krieg und Frieden.

Das verbrecherische imperialistische System hat den Völkern der Welt unzählige Kriege und die Katastrophe zweier Weltkriege beschert. Die vom Imperialismus entfesselten Kriege haben den Völkern unendliches Leid gebracht, aber sie auch gleichzeitig belehrt.

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs fordern die Völker allgemein und nachdrücklich den Frieden der Welt. Immer mehr Menschen haben begriffen, daß man, um den Weltfrieden zu verteidigen, den Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik führen muß.

Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt sind verpflichtet, das Verlangen der Volksmassen nach Frieden zu achten und im Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens in der vordersten Reihe zu stehen; sie sind verpflichtet, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus anzukämpfen, seine Betrugsmanöver aufzudecken und seine Kriegspläne zu vereiteln; es ist auch ihre Pflicht, die Volksmassen zu belehren, deren politisches Bewußtsein zu heben und den Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens auf die richtige Bahn zu lenken.

Im Gegensatz zu den Marxisten-Leninisten kommen die modernen Revisionisten den Bedürfnissen der imperialistischen Politik entgegen und helfen den Imperialisten, die Volksmassen mit Lügen hinters Licht zu führen, die Aufmerksamkeit der Völker abzulenken, den antiimperialistischen Kampf zu verwässern und zu sabotieren sowie die imperialistischen Pläne zur Vorbereitung eines neuen Weltkriegs zu decken.

In der Frage von Krieg und Frieden ist die marxistisch-leninistische Linie der revisionistischen diametral entgegengesetzt.

Die marxistisch-leninistische Linie ist die korrekte Linie, die zum Erfolg im Kampf um den Weltfrieden führt. Das ist die Linie, die alle marxistisch-leninistischen Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Chinas, und alle Marxisten-Leninisten seit jeher beharrlich verfolgen.

Die revisionistische Linie dagegen ist eine falsche Linie, die die Gefahr eines neuen Krieges vergrößert. Das ist die Linie, die von der Führerschaft der KPdSU seit ihrem XX. Parteitag schrittweise entwickelt wird.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU und in ihren zahlreichen Reden haben die Führer der KPdSU in der Frage von Krieg und Frieden viel zusammengelogen, um die chinesischen Kommunisten zu verleumden, aber damit kann das Wesen dieser Differenzen durchaus nicht verschleiert werden.

In der Folge wollen wir nun die Hauptdifferenzen zwischen der marxistisch-leninistischen Linie und der Linie des modernen Revisionismus in der Frage von Krieg und Frieden untersuchen.

LEHREN DER GESCHICHTE

Seitdem sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt hat, ist die Frage von Krieg und Frieden stets eine wichtige Frage im Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus.

Der Imperialismus ist die Quelle des modernen Krieges. Abwechselnd wendet er eine trügerische Friedenspolitik und die Kriegspolitik an. Häufig sucht er, seine Aggressionsverbrechen und Vorbereitungen für einen neuen Krieg mit Lügen über seine Friedfertigkeit zu verdecken.

Unermüdlich haben Lenin und Stalin die Völker aller Länder zum Kampf gegen den Friedensschwindel der Imperialisten aufgerufen.

Lenin erklärte, daß die imperialistischen Regierungen „alle die Worte Frieden und Gerechtigkeit im Munde führen, in der Tat aber räuberische Eroberungskriege führen“.¹

Stalin sagte, die Imperialisten verfolgen mit dem Pazifismus „nur ein Ziel: die Massen mit tönenden Redensarten über Frieden zu betrügen, um einen neuen Krieg vorzubereiten“.² Und weiter: „Manch einer glaubt, der imperialistische Pazifismus sei ein Instrument des Friedens. Das ist grundfalsch. Der imperialistische Pazifismus ist ein Instrument der Kriegsvorbereitung, er dient zur Bemäntelung dieser Vorbereitung mittels pharisäischer Friedensphrasen. Ohne diesen Pazifismus und ohne sein Instrument, den Völkerbund, ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich.“³

Im Gegensatz zu Lenin und Stalin, halfen die Revisionisten der II. Internationale, die Verräter der Arbeiterklasse, den Imperialisten, die Massen hinters Licht zu führen, und wurden so zu Helfershelfern des Imperialismus bei der Entfesselung zweier Weltkriege.

Vor dem 1. Weltkrieg gaben sich die Revisionisten, vertreten durch Bernstein und Kautsky, alle Mühe, mit heuchlerischen Friedensphrasen den revolutionären Kampfwillen des Volkes zu lähmen und die imperialistischen Pläne zur Vorbereitung eines Weltkriegs zu verschleiern.

Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs ließen die alten Revisionisten einer nach dem anderen ihre „friedliche“ Maske fallen, stellten sich auf die Seite der imperialistischen Regierung ihres Landes, befürworteten den imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Welt, stimmten im Parlament für die Militärkredite und hetzten, mit der heuchlerischen Parole der „Vaterlandsverteidigung“, die einheimische Arbeiterklasse in den brudermörderischen Krieg gegen die Arbeiter anderer Länder.

¹ Lenin, „Rede über den Frieden“ auf dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Werke, Bd. 26

² Stalin, „Zur internationalen Lage“, Werke, Bd. 6

³ Stalin, „Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 11

Als die Imperialisten es für nötig erachteten, einen Waffenstillstand zu ihren eigenen Bedingungen zu schließen, versuchten die Revisionisten, vertreten durch Kautsky, die Menschen zu verwirren und der Revolution entgegenzutreten, mit honigsüßen Worten wie „Nichts könnte mich glücklicher machen als ein Versöhnungsfrieden, der auf dem Prinzip basiert, leben und leben lassen“¹.

Nach dem 1. Weltkrieg setzten sich der Renegat Kautsky und seine Nachfolger noch unverfrorener als Werber für den imperialistischen Friedensschwindel ein.

In der Frage von Krieg und Frieden verbreiteten die Revisionisten der II. Internationale einen ganzen Packen von Lügen:

Erstens. Sie beschönigten den Imperialismus und lenkten die Aufmerksamkeit der Völker der Welt von ihren Kämpfen ab. Kautsky sagte, „daß die Gefährdung des Weltfriedens durch den Imperialismus nur noch gering ist. Größer erscheint die Gefährdung durch die nationalen Bestrebungen des Ostens und durch die verschiedenen Diktaturen“². Er wollte damit die Menschen glauben machen, daß nicht der Imperialismus die Quelle des Krieges ist, sondern die unterdrückten Nationen des Ostens und das große Bollwerk des Friedens, der Sowjetstaat.

Zweitens. Sie halfen den Imperialisten, die Gefahr eines neuen Kriegs zu verschleiern und den Kampfwillen der Massen zu lähmen. Im Jahr 1928 erklärte Kautsky: „Wenn man heute immer noch die Gefahren imperialistischer Kriege an die Wand malt, so beruht das auf einer überlieferten Schablone, nicht auf Betrachtungen unserer Zeit.“³ Außerdem behaupteten diese alten Revisionisten, daß Leute, die an die Unvermeidlichkeit

¹ Karl Kautsky, „Nationale Probleme“ (russ. Ausg.)

² Karl Kautsky, „Wehrfrage und Sozialdemokratie“, Verlag Dietz, Berlin 1928, S. 37

³ a. a. O., S. 28

imperialistischer Kriege glaubten, „einer fatalistischen Geschichtsauffassung huldigen“¹.

Drittens. Mit der Behauptung, daß die Menschheit durch einen Krieg vernichtet würde, suchten sie die Massen einzuschüchtern. Kautsky predigte, „daß der nächste Krieg nicht bloß Not und Elend bringt, sondern gründlich aller Zivilisation ein Ende macht und, wenigstens in Europa, nur rauchende Trümmer und verwesende Leichen hinterläßt“². Diese alten Revisionisten behaupteten auch: „Der letzte Krieg brachte die ganze Welt an den Rand des Abgrunds; der nächste Krieg würde sie völlig vernichten. Schon allein die Vorbereitungen für einen neuen Krieg würden die Welt zugrunde richten.“³

Viertens. Sie machten keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und erlaubten keine Revolution. Kautsky sagte im Jahre 1914: „Es gibt unter den heutigen Verhältnissen keinen Krieg, der nicht für die Nationen im allgemeinen und das Proletariat im besonderen ein Unglück wäre. Wir diskutierten darüber, durch welche Mittel wir einen drohenden Krieg verhindern könnten, nicht darüber, welche Kriege nützlich, welche schädlich seien.“⁴ Und weiter: „Das Verlangen nach ewigem Frieden erfüllt immer mehr die große Menge aller Kulturnationen. Es drängt zeitweise das eigentliche große Problem unserer Zeit in den Hintergrund.“⁵

Fünftens. Sie machten Reklame für die Allmacht der Waffen und waren gegen den revolutionären bewaffneten Kampf. Kautsky hat gesagt: „Der eine Grund, warum die kommenden

¹ Haase, Referat auf dem Parteitag der SPD in Chemnitz, 1912, „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910—1913“, II. Band, Verlag von G. Birk, München, S. 234

² Karl Kautsky, „Krieg und Demokratie“, I, Verlag Dietz, Berlin 1932, S. XII

³ „Resolution über den Völkerbund“, angenommen auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern, 1919 (russ. Ausg.)

⁴ Karl Kautsky, „Die Sozialdemokratie im Kriege“, in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 1, 33. Jg. Bd. 1, (2. Oktober 1914), S. 1

⁵ Karl Kautsky, „Krieg und Demokratie“, I, Verlag Dietz, Berlin 1932, S. XII

revolutionären Kämpfe seltener durch militärische Mittel ausgefochten werden dürften, liegt, und das ist schon des Öfteren ausgeführt worden, in der kolossalen Überlegenheit der Bewaffnung der heutigen staatlichen Armeen über die Waffen, die dem ‚Zivil‘ zu Gebote stehen und die jeden Widerstand des letzteren in der Regel von vornherein aussichtslos machen.“¹

Sechstens. Sie verbreiteten die unsinnige Behauptung, durch die Abrüstung könnte der Weltfrieden gesichert und die nationale Gleichberechtigung erreicht werden. Bernstein sagte: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht rasten und ruhen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich ungehemmt fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller, zur Gleichheit des Rechts der Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung.“²

Siebtens. Sie verbreiteten die unsinnige Behauptung, daß mit den durch die Abrüstung eingesparten Geldern den rückständigen Ländern geholfen werden könnte. So erklärte Kautsky: „Je geringer die Rüstungslasten in Westeuropa, desto größer die Mittel, die für Eisenbahnbauten in China, Persien, der Türkei, Südamerika usw. verfügbar werden, und diese Bauten sind ein weit wirksameres Mittel, die industrielle Entwicklung zu fördern, als der Bau von Dreadnoughts.“³

Achtens. Sie gaben den Imperialisten Ratschläge für deren „Friedensstrategie“. Kautsky sagte: „Besser als durch Panzerschiffe und Flieger können die Völker des zivilisierten Europa (und ebenso die Amerikaner) den Frieden im nahen und fernen Osten durch ihre ökonomischen und intellektuellen Mittel aufrechterhalten.“⁴

¹ Karl Kautsky, „Ein sozialdemokratischer Katechismus“, in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 13, 12. Jg. Bd. 1, (20. Dezember 1893), S. 402

² Ed. Bernstein, Diskussionsbeitrag zum Referat auf dem Parteitag der SPD in Chemnitz, 1912, „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910—1913“, II. Band, Verlag von G. Birk, München, S. 9

³ Karl Kautsky, „Nochmals die Abrüstung“, in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 49, 30. Jg. Bd. 2, (6. September 1912), S. 853

⁴ Karl Kautsky, „Wehrfrage und Sozialdemokratie“, Verlag Dietz, Berlin 1928, S. 30

Neuntens. Sie hoben den von den Imperialisten beherrschten Völkerbund in den Himmel. Kautsky sagte: „Die bloße Existenz des Völkerbundes allein bedeutet schon eine große Errungenschaft für die Sache des Friedens. Er stellt eine Handhabe zu seiner Wahrung dar, wie sie keine andere Institution zu bieten vermag.“¹

Zehntens. Sie verbreiteten die Illusion, daß der Schutz des Weltfriedens dem USA-Imperialismus anvertraut werden könnte. Kautsky führte aus: „Die Vereinigten Staaten sind heute die stärkste Macht der Welt, sie machen den Völkerbund unwiderstehlich, sobald sie in ihm oder mit ihm zur Verhinderung eines Krieges wirken.“²

Unbarmherzig enthüllte Lenin die greuliche Fratze Kautskys und seinesgleichen. Er wies darauf hin, daß der Pazifismus der Revisionisten der II. Internationale nichts anderes ist „als *Beruhigungsmittel* für die Völker, als ein Mittel, das es den Regierungen *leichter macht*, sich im weiteren Verlauf des imperialistischen Mordens die Gefügigkeit der Massen zu sichern!“³

Stalin stellte dazu fest: „Und das Wichtigste bei all dem ist, daß die Sozialdemokratie der Hauptschrittmacher des imperialistischen Pazifismus in der Arbeiterklasse ist — daß sie folglich bei der Vorbereitung neuer Kriege und Interventionen die Hauptstütze des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterklasse ist.“⁴

Liest man die Reden des Genossen Chruschtschow zur Frage von Krieg und Frieden und vergleicht man sie mit den Ausführungen Bernsteins und Kautskys, so läßt sich ersehen, daß Chruschtschows Ansichten durchaus keine Neuschöpfung dar-

¹ a. a. O., S. 25

² Karl Kautsky, „Sozialisten und Krieg“, Orbis-Verlag, Prag 1937, S. 639

³ Lenin, „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen“, Werke, Bd. 23

⁴ Stalin, „Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 11

stellen, sondern einfach eine Kopie des Revisionismus der II. Internationale sind.

In der Frage von Krieg und Frieden, die das Schicksal der Menschheit berührt, tritt Chruschtschow in die Fußstapfen Bernsteins und Kautskys. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß dieser Weg für den Weltfrieden höchst gefährlich ist.

Um den Weltfrieden wirksam zu verteidigen und einen neuen Weltkrieg zu verhüten, müssen die Marxisten-Leninisten und die friedliebenden Völker der ganzen Welt die falsche Linie Chruschtschows zurückweisen und bekämpfen.

DER GRÖSSTE BETRUG

Es gibt keinen größeren Betrug auf Erden, als den Hauptfeind des Weltfriedens für einen friedliebenden Engel auszugeben.

Nach dem 2. Weltkrieg lösten die USA-Imperialisten die deutschen, italienischen und japanischen Faschisten ab beim Versuch, ein riesiges Weltimperium aufzurichten, wie es noch niemals dagewesen war. Die „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus zielt stets darauf ab, in die Zwischenzone zwischen den USA und dem sozialistischen Lager einzufallen und sie seiner Kontrolle zu unterstellen, die Revolutionen der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, die sozialistischen Staaten zu vernichten und sich so zum Beherrscher der ganzen Welt zu machen.

Um diese raubgierigen Pläne zur Beherrschung der Welt in die Tat umzusetzen, haben die USA-Imperialisten in den 18 Jahren seit dem Ende des 2. Weltkriegs ununterbrochen in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionskriege geführt oder konterrevolutionäre, bewaffnete Interventionen verübt, sie bereiten außerdem aufs aktivste einen neuen Weltkrieg vor.

Es liegt auf der Hand, daß der Ursprung des modernen Krieges nach wie vor der Imperialismus ist, daß der USA-

Imperialismus in unserer Zeit die Hauptkraft für Aggression und Krieg bildet. Das wurde in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 deutlich festgestellt.

Aber die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß die wichtigsten Vertreter des USA-Imperialismus friedliebende Leute sind. Ja, sie behaupten, eine „vernünftige“ Gruppe sei hervorgetreten, die klar und nüchtern die Situation einzuschätzen wisse. Vertreter dieser „Vernunft“-gruppe seien Eisenhower und Kennedy.

Chruschtschow hat Eisenhower als einen Mann gepriesen, „der das absolute Vertrauen seines Volkes genießt“, „aufrichtig den Frieden wünscht“ und „genau wie wir um die Erhaltung des Friedens besorgt ist“.

Jetzt rühmt Chruschtschow auch Kennedy und behauptet, daß dieser noch besser als Eisenhower imstande sei, die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens auf sich zu nehmen, daß er „seine Fürsorge für die Erhaltung des Friedens gezeigt“¹ habe und daß man von ihm erwarten könne, „auf unserem Planeten zuverlässige Bedingungen für das friedliche Leben und die schöpferische Betätigung zu schaffen“².

Genauso eifrig wie die Revisionisten der II. Internationale ist auch Chruschtschow bemüht, Lügen zu verbreiten und den Imperialismus schönzufärben.

Das ZK der KPdSU stellte in seinem Offenen Brief an alle, die sich mit seinen Lügen nicht einverstanden erklären, die Frage: „Glaubt man etwa im Ernst, daß alle bürgerlichen Regierungen bei all ihren Handlungen bar jeder Vernunft sind?“

Offensichtlich kümmern sich die Führer der KPdSU nicht um die elementarsten Lehren des Marxismus-Leninismus. In einer Klassengesellschaft gibt es überhaupt keine über den Klassen stehende Vernunft. Das Proletariat hat proletarische Vernunft, die Bourgeoisie hat bürgerliche Vernunft. Diese

¹ Chruschtschows Brief an J. F. Kennedy vom 27. Oktober 1962

² Neujahrstelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy, „Iswestija“, 3. Januar 1963

sogenannte Vernunft bedeutet nichts anderes, als daß man versteht, den Grundinteressen der eigenen Klasse entsprechend die Politik festzulegen und dem grundsätzlichen Standpunkt der eigenen Klasse entsprechend zu handeln. Die Vernunft Kennedys und seinesgleichen besteht darin, in Übereinstimmung mit den Grundinteressen der USA-Monopolbourgeoisie zu handeln, sie ist also imperialistische Vernunft.

Angesichts der Tatsache, daß sich das Verhältnis der Klassenkräfte in der Weltarena immer ungünstiger für den Imperialismus gestaltet und daß die Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus ununterbrochen Niederlagen erleidet, können die USA-Imperialisten nicht umhin, sich noch häufiger als früher mit dem Mäntelchen des Friedens zu tarnen.

Es stimmt, daß Kennedy sehr schön vom Frieden daherzureden weiß und sich auch mit Friedensmanövern auskennt. Aber Kennedys betrügerische Friedenspolitik dient wie seine Kriegspolitik der „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus.

Kennedys „Friedensstrategie“ zielt darauf ab, den ganzen Erdball in die „Weltgemeinschaft freier Nationen“, die auf „Recht und Gerechtigkeit“ des USA-Imperialismus aufgebaut ist, einzubeziehen.

Die Hauptpunkte von Kennedys „Friedensstrategie“ sind:

Mit friedlichen Mitteln den Neokolonialismus der USA in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbreiten;

mit friedlichen Mitteln andere imperialistische und kapitalistische Staaten zu infiltrieren und sie zu beherrschen;

mit friedlichen Mitteln die sozialistischen Staaten zu ermuntern, den jugoslawischen Weg der „friedlichen Evolution“ zu gehen;

mit friedlichen Mitteln den Kampf aller Völker gegen den Imperialismus abzuschwächen und zu sabotieren.

In seiner Rede auf der UNO-Vollversammlung gab Kennedy vor kurzem anmaßend die Bedingungen für Frieden zwischen den USA und der Sowjetunion bekannt:

1. Die Deutsche Demokratische Republik muß Westdeutschland eingegliedert werden;

2. die Existenz eines sozialistischen Kuba darf nicht zugelassen werden;

3. die sozialistischen Staaten in Osteuropa müssen „freie Wahl“ haben, womit gemeint ist, daß in diesen Ländern der Kapitalismus restauriert werden soll;

4. die sozialistischen Staaten dürfen nicht den revolutionären Kampf der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen unterstützen.

Wann immer möglich mit „friedlichen Mitteln“ ihre Ziele zu erreichen, ist auch ein gebräuchlicher Trick der Imperialisten und Kolonialisten.

Um ihr Regime aufrechtzuerhalten und nach außen Expansion zu betreiben, stützen sich die reaktionären Klassen seit jeher auf zwei Arten von Taktik. Die eine besteht in pfäffischen Betrugsmanövern, die andere in Schlächtermethoden der Unterdrückung. Die betrügerische Friedenspolitik des Imperialismus und seine Kriegspolitik werden stets abwechselnd angewandt und ergänzen einander. Die Vernunft Kennedys, des Vertreters der amerikanischen Monopolbourgeoisie, kann nur in einer noch heimtückischeren Anwendung dieser beiden Taktiken zum Ausdruck kommen.

Aber die Haupttaktik, auf die sich die herrschende reaktionäre Klasse verläßt, bleibt nach wie vor die Gewalt. Pfäffische Betrugsmanöver dienen der Gewalt nur als Behelfe. Die Imperialisten bauen seit jeher auf eine Position der Stärke, um ihre Einflusssphären untereinander aufzuteilen. Kennedy hat das sehr deutlich ausgesprochen, indem er sagte: „Schließlich und endlich ist die einzige Methode, den Frieden zu erhalten, daß man bereit ist, bis zum Äußersten für unser Land zu kämpfen, — und es auch wirklich zu tun.“¹ Seit seinem Amtsantritt bedient sich Kennedy der sogenannten „Strategie der

¹ J. F. Kennedy, Rede auf der Feier zur 8. Wiederkehr des Veteranentages, 11. November 1961

elastischen Antwort“, er verlangt die beschleunigte Errichtung einer „vielseitigen Streitmacht“ und eine intensivere „allseitige Stärke“, damit die USA nach Belieben jede Art von Krieg führen können, ganz gleich, ob allgemein oder begrenzt, ob nuklear oder konventionell, ob groß oder klein. Dieser wahnwitzige Plan Kennedys hat die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der USA auf einen bisher unerreichten Höhepunkt getrieben. Um nur einige der von den USA offiziell veröffentlichten Tatsachen zu nennen:

Erstens. Die Militärausgaben der USA-Regierung sind von 46,7 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1960 auf veranschlagte 60 Milliarden Dollar für das Finanzjahr 1964 angestiegen, die höchste jemals in Friedenszeiten erreichte Summe und sogar größer als die Ausgaben während des Korea-Kriegs.

Zweitens. Kennedy gab vor kurzem bekannt, daß die Zahl der Kernwaffen in den Händen der „strategischen Alarmbereitschaftstruppen“ der USA in den letzten mehr als zwei Jahren eine Steigerung um 100% erfahren hat, daß die Zahl der einsatzbereiten Divisionen des Heeres um 45% gestiegen ist, während sich die Aufträge der Luftstreitkräfte für Transportflugzeuge um 175% erhöht haben, und die Zahl der „Guerilla-Spezialtruppen und Insurgentenabwehrtruppen“ annähernd das Sechsfache von früher beträgt.¹

Drittens. Der Strategische Zielplanungsstab der USA-Streitkräfte hat bereits Pläne für einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ausgearbeitet. Robert S. McNamara, der Verteidigungsminister der USA, gab zu Beginn dieses Jahres bekannt: „... während der ganzen Berichtsperiode haben wir die Kräfte bereitgestellt, mit denen so gut wie alle ‚weichen‘ [oberirdischen] und ‚halbharten‘ [halbgeschützten] militärischen Ziele in der Sowjetunion sowie zahlreiche ihrer völlig harten Raketenabschlußbasen zerstört werden können. Wir besitzen außerdem die Kräfte einer

¹ J. F. Kennedy, Rede bei einem von der Demokratischen Partei zur Sammlung von Geldmitteln gegebenen Essen, 30. Oktober 1963

gut getarnten Streitmacht, die zum Einsatz gegen Städte und Industriegebiete verwendet oder in Reserve gehalten werden kann.“¹

Die USA haben auch ihr gegen das sozialistische Lager gerichtetes Netz nuklearer Raketenbasen weiter ausgebaut und die Disposition ihrer überseeischen, mit Raketen ausgestatteten nuklearen U-Boote weitgehend intensiviert.

Auch sind in diesem Jahr die dem Kommando der USA unterstehenden Streitkräfte der NATO nach Osten bis an die Grenze der DDR und der CSSR vorgedrungen.

Viertens. Die Kennedy-Regierung hat ihre militärischen Anordnungen in Asien, Lateinamerika und Afrika intensiviert und große Mühe auf die Stärkung ihrer „Spezialtruppen“ bei den Land-, See- und Luftstreitkräften verwandt, um der revolutionären Volksbewegung in diesen Gebieten zu begegnen. Die USA haben Südvietnam in ein Erprobungsgelände für ihren „Spezialkrieg“ verwandelt und Truppen in einer Stärke von bereits mehr als 16 000 Mann dort stationiert.

Fünftens. Die Kennedy-Regierung hat ihre Kommandostellen zur Kriegführung verstärkt. Ein „USA-Schlagkommando“ ist bereits gegründet worden, dem aus Land- und Luftstreitkräften zusammengesetzte Truppeneinheiten unterstehen, die auch in Friedenszeit höchste Alarmbereitschaft bewahren. Das „USA-Schlagkommando“ kann somit jederzeit Truppen entsenden, um in der ganzen Welt Kriege hervorzurufen. Auch sind bereits gesamtstaatliche militärische Oberbefehlshabszentren, auf und unter der Erde, eingerichtet worden, ebenso wie eine Notstands-Luftwaffenbefehlsstelle, die von Flugzeugen aus operiert, und eine Notstands-Marinebefehlsstelle, die von Kriegsschiffen aus operiert.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß der USA-Imperialismus der blindwütigste Militarismus unserer Zeit ist, der blindwütigste Anstifter eines neuen Weltkriegs, der Erzfeind des Weltfriedens.

¹ R. S. McNamara, Erklärung vor dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses 30. Januar 1963

Man sieht, daß aus den USA-Imperialisten trotz Chruschtschows Bibelpredigten und Lobgesängen keine lieblichen Engel werden, ebensowenig, wie sie trotz Chruschtschows Beweihräucherung und Anbetung zu barmherzigen Buddhas werden. Wie sehr sich auch Chruschtschow bemüht, den USA-Imperialisten beizustehen, zeigen sie sich auch nicht im geringsten erkenntlich dafür. Mit immer neuen Aggressions- und Kriegsaktionen machen sie dauernd ihre eigene Friedenstarnung deutlich, sie hören also nicht auf, Chruschtschow Ohrfeigen zu verabreichen und den Bankrott seiner unsinnigen Theorien zur Beschönigung des USA-Imperialismus aufzuzeigen. Das alles ist sehr bitter für die bereitwilligen Verteidiger des USA-Imperialismus.

DIE FRAGE DER MÖGLICHKEIT DER VERHÜTUNG EINES NEUEN WELTKRIEGS

Daß der Imperialismus, mit den USA an der Spitze, intensiv einen neuen Weltkrieg vorbereitet und daß somit die Gefahr eines solchen Kriegs besteht, ist Tatsache. Wir müssen den Volksmassen diese Tatsache klarmachen.

Kann aber ein neuer Weltkrieg verhütet werden?

Der Standpunkt der chinesischen Kommunisten zu dieser Frage ist seit jeher völlig klar.

Nach Ende des 2. Weltkriegs analysierte Genosse Mao Tse-tung wissenschaftlich die internationale Lage der Nachkriegszeit und stellte die These auf, daß ein neuer Weltkrieg verhütet werden kann.

Bereits 1946 hatte Genosse Mao Tse-tung in seiner bekannten Unterhaltung mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong festgestellt:

„Aber die Tatsache, daß die US-Reaktionäre jetzt, kurz nach dem zweiten Weltkrieg, solch ein Geschrei von einem Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion erheben und die Atmosphäre verpesten, zwingt uns, uns mit ihren wahren Zielen

zu beschäftigen. Unter ihren antisowjetischen Parolen greifen sie doch in Wirklichkeit tollwütig die amerikanischen Arbeiter und Demokraten an und verwandeln alle Länder, die Gegenstand ihrer Expansion sind, in ihre Vasallen. Ich denke, daß das amerikanische Volk und die Völker aller Länder, die von der Aggression durch die USA bedroht sind, sich vereinigen müssen, um gegen die Angriffe der amerikanischen Reaktionäre und ihrer Kettenhunde in allen Ländern zu kämpfen. Nur wenn dieser Kampf gewonnen wird, kann ein dritter Weltkrieg vermieden werden, sonst nicht.“¹

Diese Worte des Genossen Mao Tse-tung richteten sich gegen die damalige pessimistische Einschätzung der internationalen Lage. Die von den USA geführten Imperialisten und die Reaktionäre aller Länder forcierten von Tag zu Tag ihre antisowjetische, antikommunistische und volksfeindliche Aktivität, sie machten Stimmung für die sogenannte „Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion“ und den „unvermeidlichen Ausbruch eines dritten Weltkriegs“. Auch die Tschiangkaischek-Reaktionäre machten von dieser Propaganda viel her, um das chinesische Volk einzuschüchtern. Manche Genossen ließen sich durch diese Erpressungen Angst einjagen, sie erwiesen sich als schwach bei den bewaffneten Angriffen der von den USA-Imperialisten unterstützten Tschiangkaischek-Reaktionäre und wagten nicht, dem konterrevolutionären Krieg entschieden den revolutionären Krieg entgegenzusetzen. Genosse Mao Tse-tung war anderer Meinung. Er erklärte, ein neuer Weltkrieg könne vermieden werden, wenn nur ein entschlossener, wirksamer Kampf gegen die Kräfte der Weltreaktion geführt werde.

Diese wissenschaftliche Feststellung des Genossen Mao Tse-tung wurde bereits durch den großen Sieg der chinesischen Revolution bewiesen.

¹ Mao Tse-tung, „Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 8

Der Sieg der chinesischen Revolution bewirkte eine gewaltige Veränderung im internationalen Verhältnis der Klassenkräfte. Im Juni 1950 stellte Genosse Mao Tse-tung fest:

„Die Kriegsdrohung seitens des imperialistischen Lagers besteht immer noch, die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs besteht immer noch. Aber die Kampfkräfte, die die Gefahr eines Krieges verhindern und den Ausbruch eines dritten Weltkriegs unmöglich machen können, entwickeln sich sehr rasch. Das politische Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Menschen in der ganzen Welt hebt sich. Ein neuer Weltkrieg kann verhindert werden, wenn sich alle kommunistischen Parteien weiter mit allen Kräften des Friedens und der Demokratie, mit denen der Zusammenschluß möglich ist, zusammenschließen und darauf bedacht sind, diese Kräfte immer noch zu verbreitern.“¹

Im November 1957, auf der Beratung der Bruderparteien, analysierte Genosse Mao Tse-tung eingehend die Veränderungen in den internationalen Beziehungen seit Ende des 2. Weltkriegs und legte dar, daß die Weltlage an einem neuen Wendepunkt angelangt sei. Er schilderte diese Lage anschaulich mit einem Vergleich aus einem klassischen chinesischen Roman: „Der Ostwind überwindet den Westwind“ und sagte weiter: „Ich denke, die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß der Ostwind den Westwind besiegt, das heißt, daß die sozialistischen Kräfte den imperialistischen Kräften überlegen sind.“²

Diese Schlußfolgerung zog Genosse Mao Tse-tung aus der Analyse der internationalen Klassenverhältnisse. Ganz deutlich stellte er das sozialistische Lager, die internationale Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien, die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen, alle friedliebenden Menschen und Länder auf die Seite des „Ostwinds“ und

¹ Mao Tse-tung, „Kämpft für eine wesentliche Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage des Landes!“, „Renmin Ribao“, 13. Juni 1950

² „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1958, S. 31

beschränkte den „Westwind“ nur auf die Kriegskräfte des Imperialismus und der Reaktionäre. Die politische Bedeutung dieses Vergleichs ist sehr klar und bestimmt. Daß die Führer der KPdSU und ihr Gefolge diesen Vergleich zu einem geographischen, rassischen oder meteorologischen Begriff verdrehen, zeigt nur, daß sie darauf erpicht sind, sich selbst in die Reihen des „Westens“ hineinzuzwängen, um sich beim Imperialismus einzuschmeicheln und in Europa und Nordamerika den Nationalchauvinismus aufzupeitschen.

Mit dem Ausspruch: „Der Ostwind besiegt den Westwind“ bezweckte Genosse Mao Tse-tung hauptsächlich, die wachsende Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs zu beweisen, die wachsende Möglichkeit, daß die sozialistischen Länder ihren Aufbau in friedlichen Verhältnissen betreiben können.

Diese Thesen des Genossen Mao Tse-tung sind Anschauungen, an die sich die Kommunistische Partei Chinas konsequent hält.

Daraus ersieht man, daß die Behauptung „Die KP Chinas glaubt nicht an die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs“¹ eine von den Führern der KPdSU vorsätzlich zusammengebraute Lüge ist.

Daraus ersieht man, daß die These von der Möglichkeit der Verhütung eines 3. Weltkriegs schon vor langer Zeit von den Marxisten-Leninisten aufgestellt und nicht erst vom XX. Parteitag der KPdSU ausgearbeitet wurde oder eine „Schöpfung“ Chruschtschows ist.

Hat denn nun Chruschtschow überhaupt nichts geschaffen? Doch, er hat einiges hervorgebracht. Aber leider sind seine sogenannten Schöpfungen durchaus nicht marxistisch-leninistisch, sondern revisionistisch.

Erstens macht Chruschtschow die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs willkürlich zur einzigen Möglich-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteioorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

keit und behauptet, daß es keine Gefahr eines neuen Weltkriegs gäbe.

Marxisten-Leninisten sind der Ansicht, daß wir, während wir auf die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs hinweisen, auch die Gefahr hervorheben müssen, daß die Imperialisten einen Weltkrieg anzetteln können. Nur wenn man gleichzeitig auf diese beiden Möglichkeiten hinweist, eine korrekte Politik verfolgt und Vorbereitungen für beide Eventualitäten trifft, sind günstige Bedingungen gegeben, die Volksmassen für den Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens zu mobilisieren. Nur so werden die sozialistischen Staaten und Völker, die anderen friedliebenden Staaten und Völker nicht überrascht und völlig unvorbereitet sein, wenn die Imperialisten den Völkern der Welt einen Weltkrieg aufzwingen sollten.

Aber Chruschtschow und seinesgleichen sind dagegen, die Gefahr eines von den Imperialisten angezettelten neuen Kriegs aufzuzeigen. Ihren Behauptungen nach ist der Imperialismus in der Tat friedliebend geworden. Das hilft den Imperialisten, die Massen einzuschläfern, ihren Kampfwillen zu lähmen und sie ihre Wachsamkeit gegenüber der Gefahr eines neuen, von den Imperialisten angestifteten Kriegs vergessen zu lassen.

Zweitens bezeichnet Chruschtschow willkürlich die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs als die Möglichkeit der Verhütung aller Kriege, er bezeichnet den Leninischen Grundsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Imperialismus existiert, als überholt.

Die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs ist eine Sache; die Möglichkeit der Verhütung aller Kriege, einschließlich revolutionärer Kriege, eine andere. Die beiden miteinander zu vermengen, ist völlig falsch.

Solange der Imperialismus noch besteht, solange das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht, besteht auch der Boden für die Entstehung von Kriegen. Das

ist ein objektives Gesetz, von Lenin nach erschöpfenden wissenschaftlichen Studien entdeckt.

Nachdem Stalin 1952 auf die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs hingewiesen hatte, erklärte er: „Um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zu beseitigen, muß man den Imperialismus vernichten.“¹

Lenin und Stalin hatten recht, Chruschtschow hat unrecht.

Die Geschichte lehrt uns, daß die Imperialisten nur zwei Weltkriege, aber eine Unzahl anderer Kriege verschiedenster Art entfesselt haben. Nach dem 2. Weltkrieg hat die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus mit den USA an der Spitze überall in der Welt, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika, unaufhörlich Lokalkriege und bewaffnete Zusammenstöße verschiedener Art ausgelöst.

Es liegt klar auf der Hand, daß nationale Befreiungskriege unvermeidlich sind, wenn die Imperialisten, vor allem die USA-Imperialisten, ihre eigenen Truppen entsenden oder ihre Handlanger dazu anhalten, die unterdrückten Völker und Staaten, die um die Erringung ihrer nationalen Unabhängigkeit oder deren Wahrung kämpfen, niederzuzumetzeln.

Lenin hat festgestellt: „Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenkundig falsch, praktisch gleicht sie dem europäischen Chauvinismus.“²

Es liegt ebenfalls klar auf der Hand, daß revolutionäre Bürgerkriege unvermeidlich sind, wenn die bürgerlichen Reaktionen das Volk im eigenen Land mit Waffengewalt unterdrücken.

Lenin hat erklärt: „Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche

¹Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (6.)

²Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.¹

In der Geschichte gibt es kaum eine große Revolution, die ohne revolutionäre Kriege vor sich ging. Der Unabhängigkeitskrieg und der Bürgerkrieg der USA sind ein Beispiel. Die französische Revolution ist ein anderes Beispiel. Die russische und die chinesische Revolution sind selbstverständlich weitere Beispiele. Die vietnamesische, die kubanische und die algerische Revolution usw. sind ebenfalls allen bekannte Beispiele.

Als Karl Marx 1871 in seiner Rede auf der Feier zum siebensten Jahrestag der I. Internationale die Lehren aus der Pariser Kommune zog, sagte er über die Bedingungen zur Beseitigung der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung, „bevor eine solche Veränderung vollzogen werden könne, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig, und ihre erste Voraussetzung sei eine Armee des Proletariats. Die arbeitenden Klassen müßten sich das Recht auf ihre Emanzipation auf dem Schlachtfeld erkämpfen“.²

Als Genosse Mao Tse-tung 1938 auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorie von den Erfahrungen der russischen und der chinesischen Revolution sprach, stellte er die bekannte These auf, daß „die Macht aus den Gewehren kommt“. Auch diese These ist heute zur Zielscheibe der Angriffe von seiten der Führer der KPdSU geworden. Sie nehmen das als Beweis, daß China „kriegslüstern“ sei.

Werte Freunde, Verleumdungen wie die eurigen hat Genosse Mao Tse-tung bereits vor 25 Jahren widerlegt. Damals sagte er: „Vom Standpunkt der marxistischen Lehre vom Staat ist die Armee der wichtigste Bestandteil des Apparats

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

² Marx/Engels Werke, Bd. 17, S. 433, Dietz Verlag, Berlin 1962

der Staatsmacht. Wer die Staatsmacht an sich reißen und behaupten will, muß eine mächtige Armee haben. So mancher verspottet uns als Anhänger der ‚Theorie von der Allmacht des Krieges‘. Ja, wir sind Anhänger der Theorie von der Allmacht des revolutionären Krieges. Das ist nicht schlecht, das ist gut, das ist marxistisch.“¹

Was ist denn eigentlich falsch an diesen Worten des Genossen Mao Tse-tung? Nur wer die in den bürgerlichen und proletarischen Revolutionen aller Länder der Welt seit Jahrhunderten gesammelten historischen Erfahrungen zur Gänze verneint, kann diese These des Genossen Mao Tse-tung zurückweisen.

Mit Hilfe des Gewehrs hat sich das chinesische Volk eine sozialistische Staatsmacht aufgerichtet. Die Imperialisten und ihre Lakaien ausgenommen, kann jeder leicht verstehen, daß dies eine gute Sache und ein wichtiger Faktor zur Verteidigung des Weltfriedens und zur Verhinderung eines dritten Weltkriegs ist.

Die Marxisten-Leninisten verheimlichen niemals ihre Anschauungen. Wir unterstützen die revolutionären Kriege der Völker aller Länder von ganzem Herzen. Lenin sagte vom revolutionären Krieg: „Von allen Kriegen, die die Geschichte kennt, ist das der einzig legitime, rechtmäßige, gerechte, wirklich große Krieg.“² Wenn man uns einfach aus diesem Grund als „kriegslüstern“ bezeichnet, dann ist das nur ein Beweis dafür, daß wir wahrhaft auf seiten der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen stehen, daß wir echte Marxisten-Leninisten sind.

Die Imperialisten und Revisionisten haben immer die Bolschewiki und revolutionäre Führer wie Lenin und Stalin als „kriegslüstern“ beschimpft. Die Tatsache, daß wir heute von den Imperialisten und Revisionisten ebenso beschimpft

¹ Mao Tse-tung, „Fragen des Krieges und der Strategie“, Ausgewählte Werke, Volksverlag, 1. Aufl. im August 1952, Bd. 2, S. 535 (Chinesisch)

² Lenin, „Revolutionstage“ (3), Werke, Bd. 8

werden, zeigt gerade, daß wir das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus hochhalten.

Chruschtschow und andere propagieren mit großem Lärm ihre Behauptung, daß, selbst während der Imperialismus weiterbesteht, alle Kriege vermieden werden könnten und „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“ ins Leben gerufen werden könne. Das ist nichts anderes als Kautskys Theorie vom „Ultra-Imperialismus“, die schon längst Schiffbruch erlitten hat. Ihr Ziel besteht ganz deutlich darin, die Völker aller Länder glauben zu machen, daß unter dem Imperialismus der ewige Frieden herbeigeführt werden könne, um so die Revolutionen, die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege gegen den Imperialismus und seine Lakaien abzuschaffen und damit in Wirklichkeit dem Imperialismus zu helfen, einen neuen Krieg vorzubereiten.

ATOMFETISCHISMUS UND ATOMERPRESSUNG — DIE THEORETISCHE BASIS DES MODERNEN REVISIONISMUS UND DER WEGWEISER SEINER POLITIK

Der Kern der Theorie der Führer der KPdSU über Krieg und Frieden ist die These, daß das Auftreten nuklearer Waffen alles verändert hätte und somit auch die Gesetze des Klassenkampfes.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt es: „Die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert.“ Wie hat sie sie denn nun verändert?

Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß es mit dem Auftreten nuklearer Waffen den Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen bereits nicht mehr gäbe. Sie sagen: „Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip.“ „Die Atombombe fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist — sie fällt überall hin, und

deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden.“¹

Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß mit dem Auftreten nuklearer Waffen die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen die Revolution aufgeben, auf gerechte revolutionäre Volkskriege und nationale Befreiungskriege verzichten müssen, denn sonst würde die Menschheit vernichtet. Sie sagen, daß „jeder beliebige kleine ‚lokale Krieg‘ der Funke sein kann, der den Brand des Weltkrieges hochschlagen läßt“, und: „Heute kann jeder Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nicht als nuklearer Krieg beginnt, zu einem verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieg werden.“² Das würde bedeuten, daß „wir unsere Arche Noah, den Erdball, vernichten“.

Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß die sozialistischen Staaten vor imperialistischen nuklearen Erpressungen und Kriegsdrohungen auf die Knie fallen müssen, aber keinen Widerstand leisten dürfen. Chruschtschow hat gesagt: „Zweifelloos würde das System des Kapitalismus, das die Kriege hervorbringt, an einem thermonuklearen Weltkrieg, sollten ihn die imperialistischen Besessenen vom Zaun brechen, unvermeidlich zugrunde gehen. Wäre aber eine thermonukleare Weltkatastrophe ein Gewinn für die sozialistischen Länder, für den Kampf um den Sozialismus in der ganzen Welt? Nur wer bewußt vor den Tatsachen die Augen verschließt, kann das annehmen. Was die Marxisten-Leninisten betrifft, so können sie sich nicht vorstellen, daß die kommunistische Zivilisation auf den Trümmern von Zentren der Weltkultur, auf verwüstetem und durch thermonukleare Niederschläge verseuchtem Boden aufgebaut werden sollte. Wir sprechen schon gar nicht davon, daß die Frage des Sozialismus für viele Völker überhaupt fortfallen müßte, da sie

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

² N. S. Chruschtschow, Rede im Rundfunk und Fernsehen, 15. Juni 1961

physisch vom Angesicht unseres Planeten verschwinden würden.¹

Kurz gesagt, sind nach Ansicht der Führer der KPdSU mit dem Auftreten von Kernwaffen die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus alle verschwunden. Heute gebe es überhaupt keine Klassegegensätze mehr in der Welt. Sie betrachten die Widersprüche in der Welt von heute nur als einen einzigen Widerspruch, nämlich den von ihnen erfundenen Widerspruch zwischen dem, was sie das gemeinsame Überleben des Imperialismus und der unterdrückten Klassen und Nationen nennen, einerseits und ihrer völligen Vernichtung andererseits.

Marxismus-Leninismus, Deklaration und Erklärung, Sozialismus und Kommunismus, alles haben die Führer der KPdSU restlos über Bord geworfen.

Man sehe nur, wie freimütig es die „Prawda“ ausgedrückt hat: „Wenn der Kopf abgeschlagen wird, was nützen da Prinzipien?“²

Das ist gleichbedeutend mit der Behauptung, daß alle Revolutionäre, die für die russischen Revolutionen, für den Sieg der Oktoberrevolution unter den Säbeln der Reaktionäre starben, alle Kämpfer, die im antifaschistischen Krieg heldenhaft ihr Leben gaben, alle Helden, die im Kampf gegen den Imperialismus und um die Erringung der nationalen Unabhängigkeit ihr Blut vergossen haben, daß die Märtyrer der Revolutionen aller Zeiten Narren waren. Hatten sie es nötig, um der Prinzipien willen ihren Kopf zu verlieren?

¹ N. S. Chruschtschow, Begrüßungsansprache auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 16. Januar 1963

² „Linker als gesunder Menschenverstand“, „Prawda“ (Moskau), 16. August 1963

Das ist von Anfang bis Ende die Philosophie von Verrätern. Das ist eine schamlose Feststellung, wie sie nur in den Bekenntnissen von Verrätern zu finden ist.

Geleitet von dieser „Theorie“ des Atomfetischismus und der Atomerpressung, behaupten die Führer der KPdSU, daß der Weg zur Verteidigung des Weltfriedens nicht darin bestehe, alle Friedenskräfte unserer Zeit zur breitesten Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zusammenzuschließen, sondern darin, alle Fragen durch Zusammenarbeit der beiden nuklearen Großmächte, USA und UdSSR, zu lösen.

Chruschtschow sagte: „Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen.“¹

Jedermann ersieht hieraus klar, wie weit die Führer der KPdSU gegangen sind, um aus Feinden Freunde zu machen.

Um ihre eigenen Fehler zu verdecken, kommt es den Führern der KPdSU auch nicht darauf an, mit Lügen und Verleumdungen die richtige Linie der KP Chinas anzugreifen. Steif und fest bleiben sie dabei: Da die KP Chinas für die Unterstützung der nationalen Befreiungskriege und der revolutionären Bürgerkriege aller Völker eintritt, will sie einen nuklearen Weltkrieg provozieren.

Das ist eine phantastische Lüge.

Die KP Chinas vertritt seit jeher den Standpunkt, daß die sozialistischen Länder die revolutionären Kämpfe aller Völker, darunter auch nationale Befreiungskriege und revolutionäre Bürgerkriege, aktiv unterstützen müssen. Wer nicht so handelt, entzieht sich seiner proletarisch-internationalistischen

¹ N. S. Chruschtschow, Gespräch mit C. L. Sulzberger am 5. September 1961, veröffentlicht in der „Prawda“ vom 10. September 1961

Pflicht. Wir sind auch der Meinung, daß die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen nur durch ihren eigenen, entschlossenen revolutionären Kampf die Freiheit erringen können und daß niemand anders es für sie tun kann.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten, um die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege der Völker zu unterstützen, keine Atomwaffen anwenden sollen und es auch nicht nötig haben.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten die nukleare Überlegenheit erreichen und aufrechterhalten müssen. Nur so kann man den Imperialismus in Schranken halten, daß er es nicht wagt, einen Atomkrieg zu entfesseln; nur so kann das vollständige Verbot der Kernwaffen herbeigeführt werden.

Wir sind stets der Meinung, daß Kernwaffen in den Händen eines sozialistischen Staats immer nur Verteidigungswaffen zur Abwehr imperialistischer nuklearer Drohungen sein können. Ein sozialistischer Staat darf auf keinen Fall als erster Atomwaffen anwenden, mit solchen herumspielen, sich auf Atomerpressungen einlassen oder mit Atomwaffen hasarieren.

Wir sind gegen die falsche Handlungsweise der Führer der KPdSU, die sich weigern, die revolutionären Kämpfe der Völker zu unterstützen. Wir sind auch gegen ihre falsche Einstellung zur Frage der Kernwaffen. Anstatt über ihre eigenen Fehler nachzudenken, beschuldigen die Führer der KPdSU uns, „den direkten Aufeinanderprall“¹ der Sowjetunion mit den USA zu wollen, die Sowjetunion und die USA in einen Atomkrieg stürzen zu wollen.

Unsere Antwort ist: Nein, Freunde. Ihr solltet eure sensationshaschende Verleumderei aufgeben. Die KP Chinas ist nicht nur in Worten konsequent gegen einen „direkten Aufeinanderprall“ der Sowjetunion mit den USA, sondern bemüht

¹„Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und das Spalterprogramm der chinesischen Führung“, redaktioneller Artikel, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 14, 1963

sich auch in ihren Taten, einen direkten bewaffneten Konflikt der beiden Großmächte UdSSR — USA zu vermeiden. Im Korea-Krieg gegen die Aggression der USA, wo wir mit den koreanischen Genossen Schulter an Schulter kämpften, und im Kampf gegen die USA in der Straße von Taiwan haben wir jedesmal die notwendigen schweren Opfer auf uns selbst genommen und in der vordersten Verteidigungslinie des sozialistischen Lagers gestanden, um die Sowjetunion in der zweiten Linie lassen zu können. Haben die Führer der KPdSU noch die geringste Spur proletarischer Moral, wenn sie heute derartige Lügen auskochen?

Tatsächlich sind es nicht wir, sondern die Führer der KPdSU, die immer damit prahlen, Atomwaffen anwenden zu wollen, um diesem oder jenem Land im antiimperialistischen Kampf beizustehen.

Jedermann weiß, daß die unterdrückten Völker und Nationen keine Atomwaffen haben, daß es für sie unmöglich und auch gar nicht notwendig ist, zur Durchführung der Revolution nukleare Waffen anzuwenden. Auch die Führer der KPdSU geben zu, daß es in den nationalen Befreiungskriegen und in den Bürgerkriegen oft keine klare Gefechtslinie zwischen den beiden Seiten gibt und die Anwendung nuklearer Waffen daher gar nicht in Betracht kommt. Wir möchten nun die Führer der KPdSU fragen: Warum hat es dann ein sozialistischer Staat notwendig, die Völker in ihrem revolutionären Kampf mit Kernwaffen zu unterstützen?

Wir möchten die Führer der KPdSU weiter fragen: Auf welche Weise kann denn ein sozialistischer Staat die unterdrückten Völker oder Nationen in ihrem revolutionären Kampf mit Atomwaffen unterstützen? Würde er Kernwaffen dort anwenden, wo ein nationaler Befreiungskrieg oder ein revolutionärer Bürgerkrieg im Gang ist, und so das revolutionäre Volk ebenso wie die Imperialisten nuklearen Schlägen aussetzen? Oder soll ein sozialistischer Staat als erster Atomwaffen gegen einen imperialistischen Staat einsetzen, der irgendwo einen konventionellen Aggressionskrieg führt? Offensichtlich

ist es in diesen beiden Fällen für einen sozialistischen Staat absolut unzulässig, nukleare Waffen anzuwenden.

Tatsache ist, daß die Führer der KPdSU, wenn sie mit ihren Atomwaffen herumfuchtelten, die Völker in ihrem ant imperialistischen Kampf gar nicht wirklich unterstützen wollen.

Um sich billig Prestige zu verschaffen, geben sie manchmal leere Erklärungen ab, die sie niemals einzulösen gedenken.

Manchmal, wie zum Beispiel während der karibischen Krise, lassen sie sich zu hintergründigen Zwecken in opportunistische Spekulationen, in ein unverantwortliches nukleares Hasardspiel ein.

Sobald aber ihre Atomerpressung durchschaut und mit Atomerpressung beantwortet wird, weichen sie gleich Schritt um Schritt zurück, fallen vom Abenteuerum ins Kapitulantum und verlieren bei ihrem nuklearen Glücksspiel alles.

Wir möchten darauf hinweisen, daß das große Sowjetvolk und die große sowjetische Rote Armee früher eine gewaltige Macht zur Erhaltung des Weltfriedens waren, es heute noch sind und es auch weiterhin sein werden. Aber die auf Atomfetischismus und Atomerpressung aufgebauten militärischen Theorien Chruschtschows sind völlig falsch.

Chruschtschow sieht nur Atomwaffen. Seine Ansicht ist: „Die Luftwaffe und die Kriegsflotte haben bei der gegenwärtigen Entwicklung der Kriegstechnik ihre frühere Bedeutung verloren. Diese Waffenart wird nicht reduziert, sondern ersetzt.“¹

Die Truppeneinheiten und Soldaten, die auf dem Boden Kampfaufträge ausführen, sind selbstverständlich noch unwichtiger. Er meint: „Heutzutage wird die Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht dadurch bestimmt, wieviel Soldaten wir unter Waffen haben, wieviel Menschen die Uniform eines Soldaten tragen.“ Seiner Meinung nach „hängt die Verteidigungsfähigkeit des Landes in entscheidendem Maße

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

davon ab, welche Feuerkraft und welche Beförderungsmittel diesem Land zur Verfügung stehen“.¹

Was die Volksmiliz und die Volksmassen anbetrifft, sind sie überhaupt nicht der Rede wert. Ein berühmter Ausspruch Chruschtschows ist: Für uns, die wir moderne Waffen haben, sind Milizionäre keine Truppen mehr, sondern ein Haufen Fleisch.²

Diese ganze Sammlung von Chruschtschows militärischen Theorien steht in völligem Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Lehre von Krieg und Armee. Seinen falschen Theorien zu folgen, würde notwendigerweise dazu führen, die Armee zu zersetzen und sich selbst moralisch zu entwaffnen.

Offensichtlich würde sich ein sozialistischer Staat, der Chruschtschows falsche Militärstrategie akzeptiert, in eine äußerst gefährliche Lage bringen.

Mag sich auch Chruschtschow selber Titel wie „großer Friedenskämpfer“ geben, mag er sich selber einen Friedenspreis verleihen und Heldenmedaillen anstecken, kann er doch, wie sehr er sich auch herausstreicht, auf keinen Fall seine gefährliche Manier, leichtsinnig mit nuklearen Waffen zu spielen, oder seine kriecherische Unterwürfigkeit vor imperialistischen Atomerpressungen verdecken.

KAMPF ODER KAPITULATION?

Der Weltfrieden kann nur von den Völkern erkämpft, nicht aber bei den Imperialisten erbettelt werden. Nur wenn man sich auf die Volksmassen stützt und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik die Spitze bietet, kann man den Frieden wirksam verteidigen. Das ist der richtige Kurs.

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

² N. S. Chruschtschow, Ansprache auf der Bukarester Beratung der Bruderparteien vom 24. Juni 1960

Dem Gegner im Kampf die gleichen Waffen entgegensetzen, ist eine wichtige Schlußfolgerung, die sich das chinesische Volk im langwierigen Kampf mit dem Imperialismus und seinen Lakaien erarbeitet hat.

Genosse Mao Tse-tung hat festgestellt:

„Tschiang Kai-schek handelt so: dem Volk muß jeder Zoll Macht entrissen, aus ihm muß jeder Zoll Vorteil herausgeholt werden. Und wir? Unsere Politik ist, dem Feind die gleichen Waffen entgegensetzen und um jeden Zoll Boden zu kämpfen. Wir handeln so wie Tschiang Kai-schek.“

Und weiter sagte er:

„Tschiang Kai-schek will stets dem Volk den Krieg aufzwingen. Mit der Linken ergreift er das Schwert, mit der Rechten faßt er ebenfalls nach dem Schwert. Wir tun es ihm gleich, auch wir greifen zum Schwert.“¹

In seiner Analyse der damaligen politischen Lage im Lande sagte Genosse Mao Tse-tung im Jahr 1945:

„Wenn man dem Feind die gleichen Waffen entgegensetzen will, muß man die Lage in Betracht ziehen. Manchmal setzen wir ihm die gleichen Waffen entgegen, indem wir nicht verhandeln; manchmal gehen wir zu Verhandlungen und setzen ihm so die gleichen Waffen entgegen . . . Greift uns jemand an, schlagen wir zurück, aber wir schlagen zurück, um den Frieden zu erringen. Ohne den Reaktionsären, die unsere Befreiten Gebiete anzugreifen wagen, empfindliche Schläge zu erteilen, kann es keinen Frieden geben.“²

Die historischen Lehren, die Genosse Mao Tse-tung aus der Niederlage der chinesischen Revolution von 1924—1927 zog, waren: „Gegen die Angriffe der Konterrevolution aufs Volk hielt sich Tschien Du-hsiu nicht an die Richtlinie, sich direkt zur Wehr zu setzen und um jeden Zollbreit Boden zu kämpfen,

¹ Mao Tse-tung, „Die Lage nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und unser Kurs“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 8

² Mao Tse-tung, „Über die Verhandlungen in Tschungking“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 12 u. 13

mit dem Ergebnis, daß im Jahr 1927 binnen wenigen Monaten die vom Volk bereits errungenen Rechte wieder völlig verlorengingen.“¹

Die chinesischen Kommunisten verstehen die Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegensetzen, und halten sich auch an diese Politik. Wir sind sowohl gegen Kapitulantentum als auch gegen Abenteuerium. Diese korrekte Linie hat den Sieg der chinesischen Revolution gesichert, ebenso wie die großen Erfolge, die das chinesische Volk nach dem Sieg der Revolution im Kampf gegen den Imperialismus errungen hat.

Alle revolutionäre Volksmassen sind mit dieser von den chinesischen Kommunisten aufgestellten korrekten, kämpferischen Richtlinie einverstanden und begrüßen sie. Alle Imperialisten und Reaktionsäre fürchten und hassen diese Richtlinie.

Die von der KP Chinas aufgestellte Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegensetzen, wird von der Führung der KPdSU aufs wütendste angegriffen. Das kann nur beweisen, daß sich die Führung der KPdSU überhaupt nicht gegen den Imperialismus stellen will. Ihre Angriffe und Schimpfereien gegen die Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegensetzen, sollen nur ihre eigene falsche Linie, den Imperialisten zu Willen zu sein und vor diesen zu kapitulieren, zudecken.

Die Führer der KPdSU behaupten, wenn man dem Imperialismus die gleichen Waffen entgegensetzt, würde das zu internationalen Spannungen führen. Wie gräßlich!

Dieser Logik zufolge sollte es den Imperialisten erlaubt sein, andere mit Aggressionen zu überziehen und sie zu bedrohen, aber die Angegriffenen dürften nicht kämpfen; den Imperialisten sollte es freistehen, andere zu unterdrücken, aber die Unterdrückten dürften sich nicht dagegen zur Wehr setzen.

¹ Mao Tse-tung, „Die Lage nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und unser Kurs“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 15

Das ist ein nackter Versuch, den Imperialismus von seinen Aggressionsverbrechen freizusprechen. Das ist absolut die Philosophie des Dschungels.

Internationale Spannungen ergeben sich aus der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik. Natürlich müssen die Völker aller Länder, angesichts der imperialistischen Aggressionen und Drohungen, entschlossen gegen diese ankämpfen. Die Tatsachen beweisen, daß die Imperialisten nur durch Kampf zum Zurückweichen gezwungen werden können, die internationale Lage nur durch Kampf wirklich entspannt werden kann. Mit einem Rückzug nach dem anderen vor den Imperialisten kann es zu keiner echten Entspannung kommen, im Gegenteil, die Imperialisten werden nur zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Wir sind schon immer gegen das Hervorrufen internationaler Spannungen durch die Imperialisten gewesen und treten für Entspannung ein. Aber die Imperialisten wollen unbedingt überall Aggressionen durchführen und Spannungen hervorrufen. Letzten Endes kann das nur zum Gegenteil ihrer Erwartungen führen.

Genosse Mao Tse-tung hat gesagt: „Die USA-Imperialisten glauben, daß gespannte Situationen sich immer zu ihren Gunsten auswirken. In Wirklichkeit jedoch hat die von den USA heraufbeschworene Spannung zum Gegenteil ihrer Erwartungen geführt, sie hat die Erhebung der Völker der ganzen Welt gegen die Aggressionen der USA bewirkt.“

Und weiter: „Wenn die monopolkapitalistischen Kreise der USA hartnäckig ihre Aggressions- und Kriegspolitik fortsetzen, werden die Völker der Welt sie eines Tages an den Galgen bringen.“¹

In der Deklaration von 1957 wird sehr treffend festgestellt: „Diese volksfeindlichen, aggressiven, imperialistischen Kräfte bereiten sich aber durch ihre Politik selbst den Untergang. Sie schaffen sich ihren eigenen Totengräber.“

¹ Rede des Vorsitzenden Mao Tse-tung in einer Sitzung der Obersten Staatskonferenz, „Renmin Ribao“ vom 9. September 1958

Das ist die Dialektik der Geschichte. Diejenigen, die den Imperialismus heiligsprechen, können diese Wahrheit nur sehr schwer begreifen.

Die Führer der KPdSU behaupten: Ihr seid dafür, dem Gegner die gleichen Waffen entgegenzusetzen, also weigert ihr euch zu verhandeln. Das ist ebenfalls Unsinn.

Wir sind konsequent der Ansicht, daß diejenigen, die unter allen Umständen Verhandlungen ablehnen, keineswegs Marxisten-Leninisten sind.

Die chinesischen Kommunisten haben während des revolutionären Bürgerkriegs wiederholt mit der Kuomintang verhandelt. Sogar kurz vor der Befreiung Chinas haben die chinesischen Kommunisten die Verhandlungen nicht abgelehnt.

Im März 1949 sagte Genosse Mao Tse-tung, wir mußten auf umfassende oder örtliche Friedensverhandlungen vorbereitet sein. „Wir dürfen uns nicht weigern zu verhandeln, weil wir uns vor Komplikationen fürchten und Verwicklungen vermeiden wollen, noch dürfen wir uns auf Verhandlungen einlassen, ohne uns einen klaren Standpunkt erarbeitet zu haben. Wir müssen prinzipienfest sein, aber auch im Rahmen des Zulässigen die nötige Anpassungsfähigkeit besitzen, um unsere Prinzipien in die Tat umzusetzen.“¹

International, im Kampf gegen Imperialisten und Reaktionäre, nehmen die chinesischen Kommunisten ebenfalls eine richtige Haltung zu Verhandlungen ein.

Im Oktober 1951 sagte Genosse Mao Tse-tung im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea:

„Wir haben schon längst erklärt, daß die Korea-Frage mit friedlichen Mitteln gelöst werden soll. Das ist auch jetzt noch unser Standpunkt. Nur wenn die USA-Regierung bereit ist, auf der Grundlage von Recht und Billigkeit die Frage zu lösen, und nicht wie früher mit allen möglichen schimpflichen

¹ Mao Tse-tung, „Bericht an die 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 21

chen Mitteln versucht, die Verhandlungen zu sabotieren und ihnen Hindernisse in den Weg zu legen, werden die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea von Erfolg gekrönt sein; wenn nicht, ist ein Erfolg unmöglich.¹

Durch entschlossenen Kampf wurden die USA-Imperialisten gezwungen, das Waffenstillstandsabkommen in Korea während der Verhandlungen anzunehmen.

Wir haben uns tatkräftig an der Genfer Konferenz von 1954 beteiligt und unseren Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Indochina geleistet.

Wir sind auch für Verhandlungen mit den USA, die unser Territorium Taiwan noch immer besetzt halten. Die chinesisch-amerikanischen Besprechungen auf Botschafter-Ebene dauern nun schon mehr als acht Jahre fort.

Wir nahmen auch aktiv an der im Jahre 1961 einberufenen Genfer Konferenz zur Laos-Frage teil und bemühten uns um die Unterzeichnung der Genfer Abkommen über die Achtung der Unabhängigkeit und Neutralität von Laos.

Haben sich die chinesischen Kommunisten erlaubt, selbst mit den imperialistischen Mächten zu verhandeln, während sie gegen Besprechungen der Führer der KPdSU mit der Führung imperialistischer Staaten waren?

Natürlich nicht.

Tatsächlich unterstützen wir seit jeher tatkräftig alle jene Verhandlungen der Sowjetregierung mit den imperialistischen Mächten, die zur Verteidigung des Weltfriedens beitragen können und ihm nicht abträglich sind.

Am 14. Mai 1960 stellte Genosse Mao Tse-tung fest, „daß wir eine Gipfelkonferenz unterstützen, ganz gleich, ob diese Art der Konferenz Erfolge erzielt oder nicht, ob diese Erfolge gering oder groß sind. Die Erringung des Weltfriedens jedoch

¹ Mao Tse-tung, „Eröffnungsrede auf der 3. Tagung des 1. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“, „Renmin Ribao“ vom 24. Oktober 1951

hängt hauptsächlich vom entschlossenen Kampf der Völker der verschiedenen Länder ab.“¹

Wir sind für Verhandlungen mit imperialistischen Staaten. Aber niemals werden wir wie Chruschtschow alle Hoffnungen auf Weltfrieden nur auf Verhandlungen setzen, Illusionen über solche Verhandlungen verbreiten und so den Kampfwillen der Völker lähmen.

Ehrlich gesagt, ist eine derart falsche Einstellung zu Verhandlungen wie die Chruschtschows diesen nur nachteilig. Je mehr Zugeständnisse Chruschtschow den Imperialisten macht, je eifriger er um ihre Gunst bettelt, desto mehr wird sich ihr Appetit steigern. Chruschtschow, der sich als größten Verhandlungsfanatiker der Geschichte gibt, ist am Ende doch immer nur der abgewiesene Liebhaber und nur zu oft Zielscheibe des Spottes. Unzählige historische Tatsachen beweisen, daß die Imperialisten und Reaktionäre gar nicht daran denken, das Gesicht der Kapitulanten zu wahren.

DER WEG ZUR VERTEIDIGUNG DES FRIEDENS UND DER WEG, DER ZUM KRIEG FÜHRT

Zusammenfassend sind die Differenzen in der Frage von Krieg und Frieden zwischen uns und der Führung der KPdSU Differenzen zweier voneinander verschiedener Linien: ob man gegen den Imperialismus ankämpfen soll oder nicht, ob man revolutionäre Kämpfe unterstützen soll oder nicht, ob man die Völker der Welt zum Kampf gegen die Kriegspläne des Imperialismus mobilisieren soll oder nicht, ob man den Marxismus-Leninismus will oder nicht.

Die KP Chinas steht wie alle anderen wirklich revolutionären Parteien im Kampf gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Weltfriedens immer an der vordersten

¹ „Wichtige Gespräche des Vorsitzenden Mao Tse-tung mit Persönlichkeiten aus Asien, Afrika und Lateinamerika“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1960, 2. Auflage, S. 9

Front. Wir sind der Ansicht, daß man zur Erhaltung des Weltfriedens den Imperialismus unentwegt entlarven, die Volksmassen zum Kampf gegen den Imperialismus, mit den USA an der Spitze, mobilisieren und organisieren muß, daß man sich dabei auf die Entwicklung der Kräfte des sozialistischen Lagers, auf die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen, auf den Kampf aller friedliebenden Völker und Staaten und auf die breite Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien stützen muß.

Diese Linie, die wir vertreten, entspricht der gemeinsamen Linie aller kommunistischen Parteien, wie sie in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 festgelegt ist.

Dieser Linie entsprechend, läßt sich das politische Bewußtsein der Volksmassen stetig heben, wird der Kampf um den Weltfrieden in der korrekten Richtung verbreitert.

Dieser Linie entsprechend, ist es möglich, die Friedenskräfte der Welt, mit dem sozialistischen Lager als Kern, stetig zu stärken, den imperialistischen Kriegskräften eine Abfuhr nach der anderen zu erteilen und sie zu schwächen.

Dieser Linie entsprechend, kann man die Revolutionen der Völker stetig verbreitern und so den Imperialisten die Hände binden.

Dieser Linie entsprechend, können alle verwertbaren Faktoren nutzbringend verwertet werden, einschließlich der Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und den anderen imperialistischen Mächten, und der USA-Imperialismus wird weitgehendst isoliert.

Dieser Linie entsprechend, kann man die Atomerpressungen des USA-Imperialismus vereiteln und seine Pläne zur Entfesselung eines neuen Weltkriegs durchkreuzen.

Das ist eine Linie, auf der die Völker der Welt sowohl den Sieg in der Revolution als auch den Weltfrieden erringen können. Das ist der richtige und erfolgreiche Weg zur Verteidigung des Weltfriedens.

Die von den Führern der KPdSU verfolgte Linie ist unserer Linie, der gemeinsamen Linie aller Marxisten-Leninisten und der revolutionären Völker, diametral entgegengesetzt.

Die Führer der KPdSU richten den Hauptstoß in ihrem Kampf nicht gegen den Feind des Weltfriedens, sondern gegen das sozialistische Lager, wodurch sie die Hauptkräfte zur Verteidigung des Weltfriedens schwächen und untergraben.

Die Führer der KPdSU schrecken die Völker der sozialistischen Länder mit Atomerpressungen und verbieten ihnen, die unterdrückten Volksmassen und geknechteten Nationen der Welt in deren revolutionärem Kampf zu unterstützen. So helfen sie dem USA-Imperialismus, das sozialistische Lager zu isolieren und die Revolutionen der Völker zu ersticken.

Die Führer der KPdSU schrecken die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen der Welt mit Atomerpressungen, verbieten ihnen, Revolution zu machen, und tun sich mit den USA-Imperialisten zusammen, um den „Funken“ der Revolution auszutreten. Damit geben sie den USA-Imperialisten freie Hand, ihre Aggressions- und Kriegspolitik in der Zwischenzone zwischen den USA und dem sozialistischen Lager zu betreiben.

Außerdem schrecken die Führer der KPdSU die Verbündeten der USA, verbieten ihnen, gegen die Kontrolle der USA anzukämpfen, und helfen damit dem USA-Imperialismus, diese Länder zu versklaven und seine eigene Stellung zu festigen.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU den Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik überhaupt aufgegeben.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU die Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien und zur Verteidigung des Weltfriedens überhaupt aufgegeben.

Mit dieser Handlungsweise isolieren die Führer der KPdSU nicht den Hauptfeind des Weltfriedens, sondern weitestgehend die Friedenskräfte der Welt.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU in Wirklichkeit die Kampfaufgabe der Verteidigung des Weltfriedens aufgegeben.

Das ist eine Linie, die nur der „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus dient.

Das ist nicht der Weg zur Verteidigung des Weltfriedens, sondern ein Weg, der die Kriegsgefahr vergrößert und zum Krieg führt.

Die Welt von heute ist längst nicht mehr dieselbe wie am Vorabend des 2. Weltkriegs. Heute gibt es bereits ein mächtiges sozialistisches Lager. Die nationale Befreiungsbewegung drängt in Asien, Afrika und Lateinamerika stürmisch voran. Das politische Bewußtsein der Völker der Welt hat sich wesentlich gehoben. Die Kräfte der revolutionären Völker der Welt sind bedeutend gestiegen. Das Sowjetvolk, die Völker der sozialistischen Länder und die Völker der ganzen Welt werden die Entscheidung über ihr Schicksal niemals den imperialistischen Kriegskräften und deren Werbern überlassen.

Die Aggressionen und Kriegshandlungen der Imperialisten und der Reaktionäre aller Länder lehren heute die Völker der Welt, allmählich ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen. Die gesellschaftliche Praxis ist das einzige Kriterium der Wahrheit. Wir sind überzeugt, daß viele von denen, die heute in der Frage von Krieg und Frieden falsche Ansichten hegen, durch die negativen Lehren der Imperialisten und Reaktionäre ihre Meinung ändern werden. Wir setzen große Hoffnungen darauf.

Wir sind überzeugt, daß die Kommunisten und die Volksmassen der Welt, wenn sie den imperialistischen Betrug aufgedeckt und die Lügen der Revisionisten durchschaut haben, wenn sie die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens auf sich nehmen, die Pläne der Imperialisten zur Auslösung eines neuen Weltkriegs unfehlbar zerschlagen und den Weltfrieden sichern werden.

Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz

Sechster Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“ und
der Zeitschrift „Hongqi“

(12. Dezember 1963)

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU ist wohl die friedliche Koexistenz eine Frage, über die Genosse Chruschtschow und andere am häufigsten gesprochen haben.

Die Führer der KPdSU behaupten unablässig, sie wären Lenins Politik der friedlichen Koexistenz treu geblieben und hätten diese schöpferisch weiterentwickelt. Die Reihe von Siegen, die die Völker aller Länder im langjährigen revolutionären Kampf errungen haben, buchen sie als Verdienste ihrer eigenen Politik der „friedlichen Koexistenz“.

Sie propagieren lautstark ihre Behauptung, daß der Imperialismus, insbesondere der USA-Imperialismus, der friedlichen Koexistenz zustimmt, sie verleumden die Kommunistische Partei Chinas und alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien willkürlich, gegen friedliche Koexistenz zu sein. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird sogar die unsinnige Behauptung aufgestellt, China sei dafür, mit dem Imperialismus „um die Entfesselung des Krieges zu wetteifern“.

Die Führer der KPdSU sagen von ihren zahlreichen Reden und Handlungen, mit denen sie sich vom Marxismus-Leninismus, der Weltrevolution des Proletariats, der revolutionären Sache der geknechteten Massen und unterdrückten Völker abgekehrt haben, daß sie der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz entsprächen.

Aber können ein paar Wörter wie „friedliche Koexistenz“ den Führern der KPdSU auch wirklich als Talisman bei ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus dienen? Nein, sie können es nicht, auf keinen Fall!

Vor uns stehen zwei einander völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz:

Hier Lenins und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz, eine Politik, für die alle Marxisten-Leninisten einschließlich der chinesischen Kommunisten eintreten;

dort eine antileninistische Politik der friedlichen Koexistenz, die sogenannte Generallinie der „friedlichen Koexistenz“, wie sie Chruschtschow und andere befürworten.

Wir wollen nun untersuchen, was für eine Politik Lenins und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz ist, und was für ein Ding die sogenannte Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ von Chruschtschow und anderen ist.

LENINS UND STALINS POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Die Idee, daß sozialistische Staaten gegenüber Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine Politik der friedlichen Koexistenz verfolgen sollen, wurde von Lenin herausgestellt. Diese richtige Politik wurde von der KPdSU und der Regierung der Sowjetunion lange Zeit hindurch unter Lenins und Stalins Führung verfolgt.

Vor der Oktoberrevolution gab es keinen einzigen sozialistischen Staat auf der Welt, so daß selbstverständlich auch die Frage der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten nicht bestand. Aber bereits in den Jahren 1915 und 1916 sah Lenin auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus voraus: „Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben.“¹ Das heißt, in einer bestimmten Periode wird sich der Zustand ergeben, daß die sozialistischen Staaten gleichzeitig mit bürgerlichen und vorbürgerlichen Staaten bestehen. Es liegt im Wesen des sozialistischen Systems, daß sozialistische Staaten nur eine friedliche Außenpolitik verfolgen können. Lenin sagte: „Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag, wenn sie

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (I), Werke, Bd. 23

die Macht erobert hat, eine Friedenspolitik der Tat zu betreiben, eine Friedenspolitik nicht in Worten . . .“¹ Diese Gesichtspunkte Lenins können als die ideologische Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz aufgefaßt werden.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution verkündete Lenin viele Male der ganzen Welt die friedliche Außenpolitik des Sowjetstaats. Aber die Imperialisten hatten nur im Sinn, die neugeborene sozialistische Republik in der Wiege zu erdrosseln, und entfesselten eine bewaffnete Intervention gegen den Sowjetstaat. Die Umstände waren damals, wie Lenin feststellte: „Ohne die bewaffnete Verteidigung der sozialistischen Republik konnten wir nicht bestehen.“²

Erst 1920 hatte das große Sowjetvolk die imperialistische bewaffnete Intervention niedergeschlagen. Zwischen dem Sowjetstaat und den imperialistischen Ländern bildete sich ein bestimmtes relatives Gleichgewicht heraus. Nachdem er mehrere Jahre hindurch seine Kräfte mit ihnen gemessen hatte, konnte der Sowjetstaat festen Fuß fassen und begann, vom Kriegszustand zum friedlichen Aufbau überzugehen. Gerade in dieser Situation stellte Lenin seine These von der Politik der friedlichen Koexistenz auf. Tatsächlich war es auch von diesem Zeitpunkt an, daß sich der Imperialismus zur „Koexistenz“ mit dem Sowjetstaat gezwungen sah.

Zu Lenins Lebzeiten war dieses Gleichgewicht stets äußerst labil, und die sozialistische Sowjetrepublik war in ernster Weise vom Kapitalismus eingekreist. Lenin wies mehrmals darauf hin, daß durch den aggressiven Charakter des Imperialismus keine Gewähr dafür bestünde, ob die friedliche Koexistenz des Sozialismus mit dem Kapitalismus auf lange Zeit hinaus aufrechterhalten werden könnte.

Unter den damaligen historischen Bedingungen konnte Lenin noch nicht die Einzelheiten der Politik der friedlichen

¹ Lenin, „Entwurf einer Resolution zur gegenwärtigen politischen Lage“, Werke, Bd. 25

² Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees“, Werke, Bd. 29

Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung bestimmen. Aber der große Lenin legte bereits die richtige Außenpolitik für den ersten Staat der Diktatur des Proletariats fest und legte auch die Grundgedanken einer Politik der friedlichen Koexistenz dar.

Was waren Lenins Grundgedanken der Politik der friedlichen Koexistenz?

Erstens: Lenin stellte fest, daß die Existenz eines sozialistischen Staates den Wünschen des Imperialismus völlig zuwiderläuft. Der sozialistische Staat verfolgt zwar konsequent eine friedliche Außenpolitik, der Imperialismus ist jedoch niemals zur friedlichen Koexistenz mit ihm bereit, er nützt stets jede Möglichkeit, ergreift jede Gelegenheit, den sozialistischen Staat zu bekämpfen, ja sogar ihn zu vernichten.

Lenin sagte: „Der internationale Imperialismus . . . konnte sich . . . unter keinen Umständen mit der Sowjetrepublik vertragen sowohl wegen seiner objektiven Lage als auch wegen der ökonomischen Interessen der Kapitalistenklasse, die in ihm verkörpert war . . .“¹

Lenin sagte auch: „ . . . die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen. Und bis dieses Ende eintritt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich.“²

Daher betonte Lenin wiederholt, daß der sozialistische Staat dem Imperialismus gegenüber ständig seine Wachsamkeit verstärken müsse. Er sagte: „ . . . eine Lehre, die sich alle Arbeiter und Bauern zu eigen machen müssen, ist die: auf der Hut sein, daran denken, daß wir von Leuten, Klassen, Regierungen umgeben sind, die offen den größten Haß gegen uns be-

¹ Lenin, „Siebenter Parteitag der KPR(B), Referat über Krieg und Frieden“, Werke, Bd. 27

² Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees“, Werke, Bd. 29

kunden. Man muß daran denken, daß wir stets nur um Haaresbreite von einem Überfall entfernt sind.“¹

Zweitens: Lenin wies darauf hin, daß dem Sowjetstaat nur durch Kampf die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Staaten möglich wurde. Das ergab sich daraus, daß der Sowjetstaat eine richtige Politik verfolgte, sich auf die Hilfe des Weltproletariats und der unterdrückten Nationen stützte, die imperialistischen Gegensätze ausnutzte und sich zu wiederholten Malen mit den imperialistischen Staaten maß.

Lenin sagte im November 1919: „So ist das immer: Versetzt man dem Gegner Schläge, ist er bereit, Frieden zu schließen. Wir haben den Herren Imperialisten in Europa mehr als einmal gesagt, daß wir zum Frieden bereit sind, sie aber träumten davon, Rußland zu unterjochen. Jetzt endlich haben sie begriffen, daß ihre Träume niemals Wirklichkeit werden.“²

Und im Jahr 1921 stellte er fest, „daß die imperialistischen Staaten bei all ihrem Haß und trotz des Wunsches, über Sowjetrußland herzufallen, von diesem Gedanken abgekommen sind, weil die Zersetzung der kapitalistischen Welt progressiv weitergeht, die Einigkeit geringer und geringer, der Druck der unterdrückten Kolonialvölker aber, die über eine Milliarde Menschen zählen, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche stärker wird“.³

Drittens: Bei der Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz wandte Lenin den verschiedenen Staaten der kapitalistischen Welt gegenüber eine verschiedene Politik an.

Lenin legte besonderen Wert auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit den vom Imperialismus gedemütigten und unterdrückten Nationen. Er erklärte, „daß die Lebensinteressen aller Völker, die unter dem Joch des Impe-

¹ Lenin, „IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik“, Werke, Bd. 33

² Lenin, „Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande“, Werke, Bd. 30

³ Lenin, „X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), Rede bei der Schließung der Konferenz“, Werke, Bd. 32

rialismus schmachten, miteinander übereinstimmen . . . diese Weltpolitik des Imperialismus führt zur Annäherung, zum Bündnis, zur Freundschaft aller unterdrückten Völker“. Er sagte, daß die Friedensbemühungen des Sowjetstaats „der RSFSR immer mehr Veranlassung geben werden, mit einer wachsenden Zahl von Nachbarstaaten engere Verbindungen herzustellen“.¹

Er sagte ferner: „Wir stellen uns jetzt die Hauptaufgabe: die Ausbeuter zu besiegen und die Schwankenden auf unsere Seite zu ziehen — das ist eine internationale Aufgabe. Zu den Schwankenden gehört auch eine ganze Reihe bürgerlicher Staaten, die uns als bürgerliche Staaten hassen, aber andererseits als Unterdrückte lieber in Frieden mit uns leben wollen.“²

Den imperialistischen Staaten, zum Beispiel den USA gegenüber, sagte Lenin, die Grundlagen des Friedens mit Amerika seien: „Sollen die amerikanischen Kapitalisten uns in Ruhe lassen . . . Von unserer Seite bestehen keine Hindernisse. Von seiten der amerikanischen (sowie auch jeglicher anderen) Kapitalisten der Imperialismus.“³

Viertens: Die von Lenin aufgestellte Politik der friedlichen Koexistenz ist eine Politik, mit der das an die Macht gelangte Proletariat die Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung regelt. Lenin hat niemals die Politik der friedlichen Koexistenz zum gesamten Inhalt der Außenpolitik eines sozialistischen Staates gemacht. Er hat wiederholt klar darauf hingewiesen, daß das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik eines sozialistischen Staates der proletarische Internationalismus ist.

¹ Lenin, „VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare“, Werke, Bd. 31

² Lenin, „Bericht über die Arbeit des Gesamtrussischen Zentralkomitees und des Rats der Volkskommissare auf der ersten Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode“, Werke, Bd. 30

³ Lenin, „Antwort auf die Fragen des Korrespondenten der amerikanischen Zeitung „New York Evening Journal“, Werke, Bd. 30

Lenin sagte: „Es ist der größte Stolz Sowjetrußlands, den Arbeitern der ganzen Welt in ihrem schweren Kampf um die Niederwerfung des Kapitalismus zu helfen.“¹

In dem nach der Oktoberrevolution erlassenen Dekret über den Frieden, das allen kriegführenden Ländern einen sofortigen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen vorschlug, rief Lenin die klassenbewußten Arbeiter in den kapitalistischen Ländern auf, daß sie „uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“.²

In der von Lenin für den VII. Parteitag der KPR(B) ausgearbeiteten ersten Skizze eines Programmentwurfs wurde klar und deutlich „die Unterstützung der revolutionären Bewegung des sozialistischen Proletariats . . . in den fortgeschrittenen Ländern“ und „die Unterstützung der demokratischen und revolutionären Bewegung in allen Ländern überhaupt, insbesondere in den Kolonien und abhängigen Ländern“ zum wichtigen Inhalt der internationalen Politik der Partei gemacht.³

Fünftens: Lenin war stets der Ansicht, daß es den unterdrückten Klassen und unterdrückten Nationen unmöglich ist, mit den unterdrückenden Klassen und Nationen friedlich zu koexistieren.

In den Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale stellte Lenin fest, „daß die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokra-

¹ Lenin, „IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ (I), Werke, Bd. 33

² Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Rede über den Frieden“, Werke, Bd. 26

³ Lenin, „Siebenter Parteitag der KPR(B), Erste Skizze eines Programmentwurfs“, Werke, Bd. 27

tisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten'. Nach Lenins Schlußfolgerung „... ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Kapitalisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten, an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus durch Reformen nicht nur ein Beweis extremen spießbürgerlichen Stumpfsinns, sondern auch ein direkter Betrug an den Arbeitern, eine Beschönigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhelsing der Wahrheit“.¹

Viele Male wies Lenin auf die Heuchelei dessen, was der Imperialismus Gleichheit der Nationen nennt, hin und stellte fest: „Der Völkerbund und die ganze Nachkriegspolitik der Entente enthüllen diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer, wodurch sie überall den revolutionären Kampf sowohl des Proletariats der fortgeschrittenen Länder als auch aller werktätigen Massen der kolonialen und abhängigen Länder stärken und den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen beschleunigen, daß ein friedliches Zusammenleben und eine Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus möglich seien.“²

Die obigen Darlegungen sind Lenins Grundgedanken für eine Politik der friedlichen Koexistenz.

Stalin hielt sich an Lenins Politik der friedlichen Koexistenz. In den dreißig Jahren, da Stalin die Führung der Sowjetunion innehatte, verfolgte er stets diese Politik der friedlichen Koexistenz. Nur zur Zeit der vom Imperialismus und den Reaktionären gegen die Sowjetunion entfesselten aggressiven Kriegshandlungen und bewaffneten Provokationen sah sich diese zum Großen Vaterländischen Krieg und zu Gegenschlägen in Selbstwehr gezwungen.

¹ Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale,“ (I), Werke, Bd. 31

² Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage“, Werke, Bd. 31

Stalin hat festgestellt: „Die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht darin, daß wir ein Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Systeme für möglich halten.“ Auch „... ist für uns die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine unerläßliche Aufgabe“.¹

Stalin erklärte ferner: „Nur wenn auf beiden Seiten der Wunsch nach Zusammenarbeit besteht, die Entschlossenheit, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, die Prinzipien der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staats zu respektieren, ist friedliche Koexistenz zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System durchaus möglich.“²

Während er konsequent Lenins Politik der friedlichen Koexistenz befolgte, war Stalin zugleich entschieden dagegen, den Revolutionen der Völker die Unterstützung zu versagen, um sich beim Imperialismus anzubiedern. Mit schärfstem Nachdruck wies er auf die beiden entgegengesetzten Arten von Außenpolitik hin. „Eins von beiden:

Entweder wir werden auch in Zukunft eine revolutionäre Politik betreiben und die Proletarier und Unterdrückten aller Länder um die Arbeiterklasse der Sowjetunion scharen — und dann wird uns das internationale Kapital mit allen Mitteln in unserem Vormarsch zu stören suchen;

oder wir verzichten auf unsere revolutionäre Politik, machen dem internationalen Kapital eine Reihe prinzipieller Zugeständnisse — und dann dürfte das internationale Kapital wohl nicht abgeneigt sein, uns bei der Umwandlung unseres sozialistischen Landes in eine ‚gute‘ bürgerliche Republik zu ‚helfen‘.“

Stalin führte als Beispiel an: „Amerika verlangt, daß wir grundsätzlich auf die Politik der Unterstützung der Be-

¹ Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B), Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, (I. 4)“, Werke, Bd. 10

² Stalin, „Antworten auf die Fragen amerikanischer Herausgeber“, *Prawda*, 2. April 1952

freiungsbewegung der Arbeiterklasse anderer Länder verzichten, und versichert, daß alles gut sein würde, wenn wir auf ein solches Zugeständnis eingehen . . . vielleicht sollten wir auf ein solches Zugeständnis eingehen?“

Stalin antwortete darauf mit einem Nein, „ . . . weil wir nicht auf diese und ähnliche Zugeständnisse eingehen können, ohne uns selbst aufzugeben“.¹

Diese Worte Stalins sind bis heute noch immer von großer aktueller Bedeutung. Es gibt tatsächlich zwei diametral entgegengesetzte Arten von Außenpolitik, es gibt tatsächlich zwei diametral entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz. Diese beiden verschiedenen Arten der Politik genau zu unterscheiden, die Politik Lenins und Stalins strikt zu befolgen, mit Entschiedenheit gegen jene von Stalin aufs schärfste verurteilte verräterische Kapitulationspolitik, die der Revolution die Unterstützung versagt, aufzutreten und entschieden gegen eine Politik anzukämpfen, die einen sozialistischen Staat zu einer „guten“ bürgerlichen Republik korrumpiert, das ist die wichtige Aufgabe aller Marxisten-Leninisten.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS HÄLT AN LENINS POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ FEST

Das ZK der KPdSU behauptet in seinem Offenen Brief, die Kommunistische Partei Chinas „glaubt nicht an die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz“, und verleumdet unsere Partei, daß sie gegen die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz sei.

Sind die Tatsachen wirklich so? Natürlich nicht.

Jeder, der Tatsachen respektiert, kann ganz deutlich sehen, daß die Kommunistische Partei Chinas und die Regierung der

¹ Stalin, „Über die Arbeiten des Vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK“ (III), Werke, Bd. 11

Volksrepublik China unentwegt die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz befolgt und dabei große Erfolge errungen haben.

Nach dem 2. Weltkrieg trat im Kräfteverhältnis der Klassen in der Weltarena eine fundamentale Wandlung ein. Der Sozialismus siegte in einer ganzen Reihe von Ländern, und das sozialistische Lager bildete sich heraus. Die nationale Befreiungsbewegung hat einen beispiellosen Aufschwung genommen und eine Reihe von nationalistischen Staaten ist entstanden, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit errangen. Die Macht des imperialistischen Lagers hat stark abgenommen, die Widersprüche der einzelnen imperialistischen Staaten untereinander verschärfen sich von Tag zu Tag. Diese Umstände bieten den sozialistischen Staaten noch günstigere Bedingungen für die Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Unter diesen neuen historischen Bedingungen haben die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Regierung in Befolgung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz deren Inhalt bereichert.

Kurz vor der Gründung der Volksrepublik China hatte Genosse Mao Tse-tung bereits festgestellt: „ . . . wir verkünden der ganzen Welt: Wir sind nur gegen das imperialistische System und dessen Komplote gegen das chinesische Volk. Wir sind bereit, mit allen ausländischen Regierungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, sofern sie gewillt sind, ihre Beziehungen zu den chinesischen Reaktionen abzubauen, nicht mehr mit ihnen gemeinsame Sache machen oder sie unterstützen und Volkschina gegenüber eine wirklich freundschaftliche und keine heuchlerische Haltung einnehmen. Das chinesische Volk ist bereit, mit allen Völkern der Welt freundschaftlich zusammenzuarbeiten, den interna-

tionalen Handel wiederaufzunehmen und zu erweitern, um die Produktion zu entwickeln und den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern.“¹

Auf Grund dieser von Genossen Mao Tse-tung vorgezeichneten Richtlinien haben wir sowohl im Gemeinsamen Programm, das im September 1949 von der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes angenommen wurde, als auch später in der im September 1954 vom Nationalen Volkskongreß angenommenen Verfassung der Volksrepublik China eindeutig die friedliche Außenpolitik festgelegt.

Die chinesische Regierung hat im Jahr 1954 die bekannten Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz initiiert. Sie lauten: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz. Auf der Bandung-Konferenz vom Jahre 1955 legte China, zusammen mit den Ländern Asiens und Afrikas, auf Grund der Fünf Prinzipien, Zehn Prinzipien fest.

Im Jahre 1956 faßte Genosse Mao Tse-tung die praktischen Erfahrungen unseres Landes in internationalen Angelegenheiten zusammen und legte den Generalkurs der chinesischen Außenpolitik eingehend dar. Er sagte damals: „Um einen dauerhaften Weltfrieden zu erkämpfen, müssen wir die freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen brüderlich miteinander verbundenen Staaten des sozialistischen Lagers weiter entwickeln und die Einheit mit allen friedliebenden Ländern verstärken. Wir müssen danach streben, mit allen Ländern, die bereit sind, mit uns friedlich zusammenzuleben, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität und des gegenseitigen Vorteils normale diplomatische Beziehungen herzustellen. Die Befreiungsbewegung für die nationale Unabhängigkeit der Länder Asiens,

¹ Mao Tse-tung, „Rede vor dem Vorbereitenden Komitee der Neuen Politischen Konsultativkonferenz“, Ausgewählte Werke, IV. Bd., S. 1470 (Chinesisch)

Afrikas und Lateinamerikas sowie die Friedensbewegung und den gerechten Kampf aller Länder der Welt müssen wir aktiv unterstützen.“¹

Im Jahr 1957 erklärte Genosse Mao Tse-tung erneut:

„Festigung unserer Verbundenheit mit der Sowjetunion, Festigung unserer Verbundenheit mit allen sozialistischen Ländern — das ist unsre grundlegende Politik, hierin liegt unser grundlegendes Interesse.

Außerdem gibt es noch die asiatischen und afrikanischen Länder und alle friedliebenden Länder und Völker, mit denen wir unsere Solidarität festigen und entwickeln müssen.

Was die imperialistischen Staaten anbetrifft, so sollten wir uns auch mit ihren Völkern vereinen und danach streben, mit diesen Ländern in friedlicher Koexistenz zu leben, mit ihnen Handel treiben und jeden möglichen Krieg verhüten. Aber unter keinen Umständen dürfen wir irgendwelche unrealistischen Vorstellungen von diesen Ländern hegen.“²

In den letzten vierzehn Jahren haben wir in internationalen Angelegenheiten gegenüber Staaten der verschiedenen Typen und gegenüber verschiedenen Verhältnissen in Staaten des gleichen Typs jeweils unterschiedliche Richtlinien verfolgt.

Erstens: Wir machen einen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Den sozialistischen Staaten gegenüber halten wir uns an das Prinzip des proletarischen Internationalismus — gegenseitige Hilfe. Wir betrachten Wahrung und Stärkung der Einheit unter den Staaten des sozialistischen Lagers als Grundlinie unserer Außenpolitik.

Zweitens: Wir machen einen Unterschied zwischen nationalistischen Staaten, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, und imperialistischen Staaten.

¹ Mao Tse-tung, „Eröffnungsansprache auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas“ in „Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Bd. 1“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1956, S. 9

² Mao Tse-tung, „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1957, S. 79

Obwohl das gesellschaftliche und politische System der nationalistischen Staaten völlig anders ist als das der sozialistischen Staaten, bestehen doch tiefgehende Widersprüche zwischen ihnen und dem Imperialismus. Sie haben gemeinsame Interessen mit den sozialistischen Ländern — Kampf gegen den Imperialismus, Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Erhaltung des Weltfriedens. Damit ist eine große und reale Möglichkeit gegeben für die Aufnahme von Beziehungen der friedlichen Koexistenz und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten und den nationalistischen Staaten. Die Herstellung solcher Beziehungen ist von großer, positiver Bedeutung für die Festigung der Einheit der antiimperialistischen Kräfte und die Intensivierung des gemeinsamen Kampfes der Völker gegen den Imperialismus.

Wir haben konsequent die Politik verfolgt, die friedliche Koexistenz und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu festigen und weiterzuentwickeln. Zugleich führten wir, wenn notwendig und in entsprechender Weise, den Kampf gegen Staaten, die gegen die Fünf Prinzipien verstießen und sie sabotierten, z. B. Indien.

Drittens: Wir machen einen Unterschied zwischen den gewöhnlichen kapitalistischen Ländern und den imperialistischen Staaten. Auch ist unser Verhalten gegenüber den verschiedenen imperialistischen Ländern unterschiedlich.

Unter Verhältnissen, da sich das Kräfteverhältnis der Klassen in der Weltarena immer mehr zugunsten des Sozialismus verschiebt, da die imperialistischen Kräfte von Tag zu Tag schwächer und ihre Widersprüche untereinander immer schärfer werden, haben die sozialistischen Staaten, gestützt auf die Steigerung der eigenen Kräfte, auf die Entwicklung der revolutionären Kräfte der Völker aller Länder, auf die Einheit mit den nationalistischen Staaten und auf den Kampf aller friedliebenden Menschen, unter Ausnutzung der inneren Widersprüche des Imperialismus, die Möglichkeit, das eine oder andere imperialistische Land dazu zu zwingen, mit der

Aufnahme von Beziehungen der friedlichen Koexistenz bis zu einem gewissen Grad einverstanden zu sein.

Während wir an der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung festhalten, erfüllen wir unerschütterlich unsere Pflichten des proletarischen Internationalismus. Wir unterstützen tatkräftig die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Arbeiterbewegung in den Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder sowie ihren Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik und um die Erhaltung des Weltfriedens.

All das dient nur einem Ziel, nämlich: mit dem sozialistischen Lager und dem Weltproletariat als Kern, sich mit allen Kräften zusammenzuschließen, mit denen der Zusammenschluß möglich ist, und eine breite Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zu bilden.

In diesen mehr als zehn Jahren hat die chinesische Regierung bereits auf Grund der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit einer Reihe von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung freundschaftliche Beziehungen aufgenommen und den wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr entwickelt. China hat nacheinander mit Jemen, Burma, Nepal, Afghanistan, Guinea, Kambodscha, Indonesien und Ghana Freundschaftsverträge bzw. Friedens- und Freundschaftsverträge oder Freundschafts- und Beistandsverträge sowie Nichtangriffsverträge abgeschlossen; außerdem wurde mit Burma, Nepal, Pakistan, Afghanistan usw. die von der Geschichte hinterlassene Grenzfrage zufriedenstellend gelöst.

Niemand kann der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen Regierung die Reihe wichtiger Erfolge streitig machen, die bei der konsequenten Durchführung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz errungen wurden.

Die Lüge, China sei gegen die friedliche Koexistenz, wird von den Führern der KPdSU aus hinterhältigen Motiven verbreitet. Ihr Ziel dabei ist, rundheraus gesagt, die Schimpflich-

keit ihres eigenen Verrats am proletarischen Internationalismus, ihres Bündnisses mit dem Imperialismus zu verdecken,

Die GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER FÜHRUNG DER KPdSU

Es sind nicht wir, sondern die Führer der KPdSU, die in Wirklichkeit gegen die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz verstoßen.

Die Führer der KPdSU heben ihre Politik der friedlichen Koexistenz in den Himmel. Was sind nun ihre wichtigsten Gesichtspunkte in der Frage der friedlichen Koexistenz?

1. Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß friedliche Koexistenz das alles andere überragende, höchste Prinzip bei der Lösung aktueller gesellschaftlicher Fragen ist. Sie behaupten, die friedliche Koexistenz sei „der kategorische Imperativ der Gegenwart“, „die gebieterische Forderung des Zeitalters“.¹ Ferner behaupten sie, daß „die friedliche Koexistenz den besten und einzig gangbaren Weg zur Lösung der lebenswichtigen Fragen, denen sich die Gesellschaft gegenübersteht, darstellt“², „daß diese Prinzipien zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit werden“³ sollen.

2. Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß die Imperialisten schon bereit sind, die friedliche Koexistenz zu akzeptieren, daß sie bereits kein Hindernis mehr für die friedliche Koexistenz bilden. Sie behaupten: „Nicht wenige Regierungen und führende Staatsmänner der Westmächte sprechen

¹ B. N. Ponomarjow, „Siegesbanner der Kommunisten der Welt“ in „Prawda“, 18. November 1962

² A. Rumjanzew, „Unsere gemeinsame ideologische Waffe“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1, 1962

³ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

sich jetzt für Frieden und friedliche Koexistenz aus“¹ und „erkennen... die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz... immer klarer“². Besondere Reklame wird für den Präsidenten der USA gemacht, von dem sie behaupten, daß er „die Vernünftigkeit und Realisierbarkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung anerkennt“³.

3. Die Führer der KPdSU befürworten die „allseitige Zusammenarbeit“ mit den imperialistischen Staaten, vor allem mit den USA. Sie behaupten, daß die Sowjetunion und die USA „die Basis für gemeinsame Aktionen und Bemühungen um den Wohlstand der ganzen Menschheit finden können“⁴, „daß die Sowjetunion und die USA Arm in Arm gehen können, um den Frieden zu festigen und eine wirkliche internationale Zusammenarbeit aller Staaten herzustellen“.⁵

4. Der Ansicht der Führer der KPdSU nach ist die friedliche Koexistenz „die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten des sozialistischen Lagers“.⁶

5. Die Führer der KPdSU meinen auch, daß „die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Generallinie der Außenpolitik der KPdSU und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien bestimmen“⁷, daß sie heute „die Grundlage der Strategie des Kommunismus“ bilden, daß die Kommunisten

¹ N. S. Chruschtschow, Rede in der Gadjah Mada-Universität, Djokjakarta, Indonesien, 21. Februar 1960

² N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

³ „Über die Rede des amerikanischen Präsidenten, Mr. J. F. Kennedy“, redaktioneller Artikel der „Iswestija“, 4. Dezember 1961

⁴ Glückwunschtelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy, 30. Dezember 1961

⁵ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

⁶ N. S. Chruschtschow, Rede bei dem Empfang der Botschaft der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik in der Sowjetunion am 5. Juli 1961

⁷ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

der ganzen Welt „den Kampf um die friedliche Koexistenz zum Hauptprinzip ihrer Politik erhoben haben“.¹

6. Die Führer der KPdSU sehen die friedliche Koexistenz als die Voraussetzung für den Sieg aller Völker in ihrem revolutionären Kampf an. Sie meinen, daß all die Siege der Völker aller Länder „unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ errungen wurden.² Sie führen an: „Gerade in einer Atmosphäre der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vollzog sich die sozialistische Revolution auf Kuba, errang das algerische Volk die nationale Unabhängigkeit, erkämpften über 40 Länder die nationale Unabhängigkeit, erstarkten und wuchsen die Bruderparteien und nahm der Einfluß der kommunistischen Weltbewegung zu.“³

7. Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß die friedliche Koexistenz „die beste Methode ist, der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung zu helfen, ihre Hauptklassenziele zu erreichen“.⁴ Sie behaupten, daß unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz die Möglichkeit des friedlichen Übergangs der kapitalistischen Länder zum Sozialismus gewachsen sei. Ferner sind sie der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus im wirtschaftlichen Wettbewerb „einen vernichtenden Schlag für das ganze System kapitalistischer Beziehungen bedeuten wird“.⁵ „Sobald das Sowjetvolk die Errungenschaften des Kommunismus genießt, werden neue Hunderte Millionen Menschen in der Welt sagen: ‚Wir sind

¹ „Friedliche Koexistenz und Revolution“ in „Kommunist“ (Moskau), Nr. 2, 1962

² B. N. Ponomarjow, „Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ in „Prawda“, 8. Februar 1961

³ Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas (30. März 1963)

⁴ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteioorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

⁵ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

für den Kommunismus!“⁶ Dann werden wohl auch die Kapitalisten „zur kommunistischen Partei übergehen“.

Man sehe nur, gibt es noch irgend etwas Gemeinsames zwischen diesen Ansichten der Führer der KPdSU und der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz?

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz ist die Politik sozialistischer Länder für die Regelung ihrer Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, während Chruschtschow die friedliche Koexistenz zum grundlegenden Lebensgesetz der Gesellschaft unserer Zeit erhebt.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz ist einer der Aspekte der internationalen Politik des Proletariats, das die Macht ergriffen hat. Chruschtschow dagegen dehnt die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten aus, ja sogar zur Generallinie der kommunistischen Parteien der ganzen Welt.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz richtet sich gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik, während Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ sich nach den Bedürfnissen des Imperialismus richtet und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik Vorschub leistet.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz geht vom Gesichtspunkt des internationalen Klassenkampfes aus, während Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ international den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit ersetzen will.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz geht von der historischen Mission des Weltproletariats aus. Infolgedessen müssen die sozialistischen Staaten, während sie die Politik der friedlichen Koexistenz befolgen, entschlossen alle geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Dagegen setzt Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ den Pazifismus an die

⁶ Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU

Stelle der proletarischen Weltrevolution und gibt damit den proletarischen Internationalismus auf.

Chruschtschow hat die Politik der friedlichen Koexistenz in eine Klassenkapitulationspolitik verwandelt. Im Namen der friedlichen Koexistenz kehrt er den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 den Rücken, beraubt er den Marxismus-Leninismus seiner revolutionären Substanz, verdreht und verstümmelt ihn bis zur Unkenntlichkeit.

Das ist offener Verrat am Marxismus-Leninismus!

DREI PRINZIPIELLE DIFFERENZEN

Die Differenzen zwischen der Führung der KPdSU einerseits und den marxistisch-leninistischen Parteien und Marxisten-Leninisten andererseits in der Frage der friedlichen Koexistenz drehen sich überhaupt nicht darum, ob die sozialistischen Staaten die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen sollen oder nicht, sondern es sind prinzipielle Differenzen darüber, wie man sich in bezug auf die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz richtig verhält. Diese Differenzen kommen hauptsächlich in den folgenden drei Fragen zum Ausdruck.

Die erste Frage: Muß man im Bemühen um die friedliche Koexistenz den Imperialismus und die bürgerlichen Reaktionen bekämpfen oder nicht? Können bei der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz die Gegensätze und Kämpfe zwischen Sozialismus und Imperialismus aufgehoben werden oder nicht?

Die Marxisten-Leninisten sind seit jeher der Ansicht, daß es bei der Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von seiten der sozialistischen Staaten nicht die geringsten Schwierigkeiten gibt. Die Hindernisse für die friedliche Koexistenz

gehen stets vom Imperialismus und den bürgerlichen Reaktionen aus.

Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurden zur Bekämpfung der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik aufgestellt. Nach diesen Fünf Prinzipien ist es in internationalen Beziehungen unzulässig, die territoriale Integrität und Souveränität eines anderen Landes zu verletzen, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, seine Interessen, seine Gleichberechtigung zu beeinträchtigen sowie einen Aggressionskrieg auszulösen. Das Wesen des Imperialismus ist jedoch, andere Länder und Nationen mit Aggressionen zu überziehen und sie zu unterjochen. Solange der Imperialismus existiert, wird er diesen seinen Charakter niemals ändern. Von ihrem Wesen her liegt es also den Imperialisten nicht, die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz anzunehmen. Wann immer möglich, wollen die Imperialisten den sozialistischen Staaten Schaden zufügen und sie vernichten, wollen sie auf andere Länder und Nationen Aggressionen unternehmen und diese versklaven.

Die Geschichte zeigt: Nur aus verschiedenen ihnen ungünstigen, objektiven Gründen werden die Imperialisten sich nicht in das Abenteuer einzulassen wagen, einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten vom Zaun zu brechen, oder zum Waffenstillstand, zur Annahme eines gewissen Grads der friedlichen Koexistenz gezwungen werden.

Die Geschichte zeigt gleichfalls: Zwischen imperialistischen und sozialistischen Staaten gibt es stets scharfe und komplizierte Kämpfe; manchmal kommt es sogar zu unmittelbaren militärischen Zusammenstößen und Kriegen zwischen ihnen. Wenn es seit Ende des 2. Weltkriegs dabei auch zu keinem heißen Krieg gekommen ist, haben die Imperialisten doch unentwegt den kalten Krieg betrieben. In der Tat befinden sich die imperialistischen Staaten in einer Art Kalten-Kriegs-Koexistenz mit den sozialistischen Staaten. Die imperialistischen Staaten sind bei ihrer intensiven Aufrüstung und ihren Kriegsvorbereitungen stets auch mit allen Mitteln darauf be-

dacht, die sozialistischen Staaten politisch, wirtschaftlich und ideologisch zu bekämpfen, wobei sie sich sogar auf militärische Provokationen und Kriegsdrohungen einlassen. Der kalte Krieg, den der Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten führt, die Widerstandskämpfe der sozialistischen Staaten gegen diesen kalten Krieg, das sind Manifestationen des Klassenkampfes im internationalen Rahmen.

Der Imperialismus betreibt seine Aggressions- und Kriegspläne nicht nur den sozialistischen Staaten gegenüber, sondern überall in der Welt. Er versucht, die revolutionäre Bewegung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen niederzuwerfen.

Unter diesen Umständen können die sozialistischen Staaten nicht anders als zusammen mit den Völkern der Welt entschlossen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen und dem Imperialismus im Kampf die Spitze bieten. Diese Art Klassenkampf geht unvermeidlich weiter, manchmal in heftiger Form, manchmal weniger scharf.

Chruschtschow jedoch kümmert sich nicht um diese unumstößlichen Tatsachen, er propagiert stur seine These, daß die Imperialisten bereits die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz anerkannt hätten, er betrachtet den von den sozialistischen Staaten und den Völkern der Welt gegen den Imperialismus geführten Kampf als unvereinbar mit der Politik der friedlichen Koexistenz.

Nach Chruschtschows Ansicht müßten die sozialistischen Staaten, sogar bei den militärischen Drohungen und bewaffneten Angriffen der Imperialisten und bürgerlichen Reaktionen, oder wenn diese demütigende Forderungen an sie stellen, die ihre Souveränität und Würde beeinträchtigen, nur ein Zugeständnis nach dem anderen, eine Konzession nach der anderen machen.

Nach ebendieser Logik nannte Chruschtschow, der während der Krise im Karibischen Meer Schritt um Schritt zurückwich, mit Prinzipien Schacher trieb und kriecherisch die ent-

würdigenden Forderungen der USA-Imperialisten annahm, all dies einen „Sieg der friedlichen Koexistenz“.

Nach ebendieser Logik beschuldigt Chruschtschow China, das sich in der chinesisch-indischen Grenzfrage strikt an die richtigen Grundsätze hielt und nur unter den unerträglichen Verhältnissen des bewaffneten Angriffs der indischen Reaktionen in Selbstwehr zum Gegenangriff überging, der „Verletzung der friedlichen Koexistenz“.

Auch Chruschtschow redet manchmal vom Kampf zwischen den beiden verschiedenen Gesellschaftssystemen. Aber wie verhält er sich zu diesem Kampf?

Chruschtschow hat gesagt: „Man muß es so einrichten, daß der unvermeidliche Kampf zwischen ihnen ausschließlich zum Kampf zwischen den Ideologen . . . wird.“¹

Der politische Kampf ist hier nicht zu finden!

Chruschtschow hat auch erklärt: „Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialökonomischer und politischer Ordnung bedeutet nicht einfach, daß es keinen Krieg gibt, bedeutet nicht den Zustand eines provisorischen labilen Waffenstillstandes. Es setzt voraus, daß diese Staaten untereinander freundschaftliche politische und Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, es sieht die Herstellung und Entwicklung vielfältiger Formen der friedlichen internationalen Zusammenarbeit vor.“²

Hier ist überhaupt kein Kampf mehr zu finden!

Wie ein Zauberer zeigt Chruschtschow seine Kunststücke eins nach dem anderen, Wichtiges verwandelt er in Kleinigkeiten, Kleinigkeiten läßt er verschwinden. Er verwischt den grundlegenden Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System, er verwischt die grundlegenden Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, er verwischt den Klassenkampf im Welt-

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

² N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen des österreichischen Professors Dr. Hans Thirring, „Prawda“, 3. Januar 1962

maßstab und wandelt die friedliche Koexistenz zwischen den beiden Systemen und Lagern zur „allseitigen Zusammenarbeit“.

Die zweite Frage ist: Kann die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten werden?

Wir sind der Ansicht, daß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik der sozialistischen Staaten verkörpern und den wesentlichsten Inhalt der Außenpolitik der sozialistischen Staaten in sich schließen muß.

Welches ist das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik sozialistischer Staaten? Es ist das Prinzip des proletarischen Internationalismus.

Lenin hat gesagt: „Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.“¹ Dieses von Lenin aufgestellte Prinzip des proletarischen Internationalismus muß zum Leitgedanken der Außenpolitik sozialistischer Staaten werden.

Nachdem sich das sozialistische Lager herausgebildet hat, muß die Außenpolitik eines jeden sozialistischen Staates die Beziehungen nach drei Richtungen hin regeln, und zwar: die Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern, mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und mit den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen.

Daher muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten unserer Meinung nach die folgenden Aspekte enthalten: nach dem Prinzip des proletarischen Internationalismus die Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den Staaten des sozialistischen Lagers zu entwickeln; auf Grund der Fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anzustreben, die imperialistische Aggressions- und Kriegspo-

¹ Lenin, „Die Außenpolitik der russischen Revolution“, Werke, Bd. 28

litik zu bekämpfen; alle geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf zu unterstützen. Diese drei Aspekte stehen miteinander in Verbindung, und keiner darf fehlen.

Die Führer der KPdSU haben die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten einseitig auf die friedliche Koexistenz reduziert. Wir möchten fragen, wie ein sozialistischer Staat denn seine Beziehungen mit den anderen sozialistischen Staaten regeln soll? Bestehen etwa unter den sozialistischen Staaten lediglich Beziehungen der friedlichen Koexistenz?

Selbstverständlich müssen auch die sozialistischen Staaten untereinander die Fünf Prinzipien einhalten. Niemals darf die territoriale Integrität von Bruderstaaten verletzt, ihre Unabhängigkeit und Souveränität beeinträchtigt werden, es darf keine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geben, keine Wühlarbeit darf in Bruderstaaten durchgeführt werden, niemals darf gegen die Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils in den Beziehungen zwischen Bruderstaaten verstoßen werden. Aber allein die Befolgung dieser Prinzipien genügt bei weitem noch nicht. In der Deklaration von 1957 wurde festgestellt: „Das sind wichtige Prinzipien. Doch damit ist das Wesen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern noch nicht erschöpft. Unabdingbarer Bestandteil ihrer Beziehungen ist die brüderliche gegenseitige Hilfe. In dieser gegenseitigen Hilfe kommt das Prinzip des sozialistischen Internationalismus wirksam zur Geltung.“

Indem sie die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik machen, haben die Führer der KPdSU in Wirklichkeit die Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus unter den sozialistischen Staaten aufgehoben, behandeln sie die sozialistischen Bruderstaaten genau wie kapitalistische Staaten. Das bedeutet aber auch die Abschaffung des sozialistischen Lagers.

Die Führer der KPdSU haben die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten einseitig auf die friedliche Koexistenz reduziert. Wir wollen nun fragen, wie denn die sozialistischen Staaten ihre Beziehungen zu den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen regeln sollen? Sind etwa die Beziehungen des Proletariats, das die Staatsmacht ergriffen hat, zu seinen noch nicht befreiten Klassenbrüdern, zu allen geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen nicht solche der gegenseitigen Hilfe, sondern lediglich Beziehungen der friedlichen Koexistenz?

Nach der Oktoberrevolution wies Lenin wiederholt darauf hin, daß der sozialistische Staat, in dem die Diktatur des Proletariats aufgerichtet wurde, ein Stützpunkt ist, von dem aus die proletarische Weltrevolution vorangetrieben wird. Auch Stalin hat erklärt: „Die in einem Lande siegreiche Revolution darf sich nicht als eine sich selbst genügende Größe, sondern muß sich als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in allen Ländern betrachten.“¹ Er sagte ferner, „daß sie . . . eine mächtige Basis für ihre weitere Entfaltung [der Weltrevolution] bildet“.²

Daher darf die Außenpolitik sozialistischer Staaten niemals nur deren Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung regeln, sondern sie muß auch in korrekter Weise die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander sowie deren Beziehungen zu den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen regeln. Die sozialistischen Staaten müssen die Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen bei deren revolutionären Kämpfen als ihre internationalistische Pflicht und wichtigen Punkt ihrer Außenpolitik betrachten.

Im Gegensatz zu Lenin und Stalin betrachtet Chruschtschow die friedliche Koexistenz als die Generallinie der Außenpoli-

¹ Stalin, „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ (IV), Werke, Bd. 6

² Ebenda

tik sozialistischer Staaten. Das bedeutet also, der Außenpolitik ihre vom proletarischen Internationalismus diktierte Aufgabe, Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf, zu nehmen. Das ist durchaus keine „schöpferische Weiterentwicklung“ der Politik der friedlichen Koexistenz, sondern ein Verrat am proletarischen Internationalismus unter dem Vorwand der „friedlichen Koexistenz“.

Die dritte Frage: Kann die Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten zur Generallinie der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt und der internationalen kommunistischen Bewegung erhoben werden? Kann sie die Revolution der Völker aller Länder ersetzen?

Wir sind der Ansicht, daß die friedliche Koexistenz sich auf die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, auf die Beziehungen unabhängiger, souveräner Staaten bezieht. Erst nach dem Sieg in seiner Revolution ist es für das Proletariat möglich und erforderlich, die Politik der friedlichen Koexistenz durchzuführen. Von den geknechteten Massen und unterdrückten Nationen her gesehen, besteht ihre Aufgabe im Sturz der Herrschaft des Imperialismus und seiner Lakaien sowie in der Erringung ihrer eigenen Freiheit. Sie dürfen keine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus und seinen Handlangern verfolgen und können es auch nicht.

Daher ist es falsch, die friedliche Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen auszudehnen, die Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten auf die Politik aller kommunistischen Parteien und revolutionären Menschen der kapitalistischen Welt auszudehnen oder den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten unterzuordnen.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die richtige Befolgung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von seiten der sozialistischen Staaten die Entwicklung ihrer Kräfte begünstigt, die Aufdeckung der Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus begünstigt, den Zusammenschluß aller anti-imperialistischen Völker und Staaten, und damit auch den Kampf aller Völker gegen den Imperialismus und seine Handlanger begünstigt. Zugleich ist aber auch jeder revolutionäre Kampf der Völker aller Länder gegen den Imperialismus und seine Kettenhunde ein direkter Schlag gegen die Kräfte der Aggression, des Krieges und der Reaktion, er schwächt diese Kräfte unmittelbar, er fördert die Sache des Weltfriedens und des Fortschritts der Menschheit, er hilft somit den sozialistischen Ländern bei ihren Bemühungen, die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Daher deckt sich die von den sozialistischen Ländern richtig durchgeführte Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz mit den Interessen des revolutionären Kampfs der Völker aller Länder.

Aber die Bemühungen der sozialistischen Staaten um die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die Revolution der Völker verschiedener Länder sind letzten Endes doch Fragen völlig verschiedener Art.

In seinem Antwortschreiben vom 14. Juni an das ZK der KPdSU stellt das ZK der KP Chinas fest, „daß friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung eine Sache für sich ist. Es ist absolut unzulässig und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems antasten. Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den

revolutionären Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Staat nur durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur im eigenen Land erfolgen.“

In der Klassengesellschaft die friedliche Koexistenz als „den besten und einzig gangbaren Weg zur Lösung der lebenswichtigen Fragen, denen sich die Gesellschaft gegenübersteht“, zu betrachten und „diese Prinzipien zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit“ machen zu wollen, das ist völlig falsch, das ist Sozialpazifismus, der den Klassenkampf verneint, das ist offener Verrat am Marxismus-Leninismus.

Bereits im Jahr 1946 hob Genosse Mao Tse-tung den Unterschied zwischen diesen beiden verschiedenartigen Fragen hervor und machte deutlich: In einigen Fragen ging die Sowjetunion mit den USA, Großbritannien und Frankreich Kompromisse ein. Jedoch „derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den kapitalistischen Ländern deshalb im eigenen Land Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden entsprechend ihrer jeweiligen Lage auf unterschiedliche Art und Weise kämpfen.“¹

Das ist eine korrekte, marxistisch-leninistische Richtlinie. Geleitet von ebendieser korrekten Richtlinie des Genossen Mao Tse-tung führte das chinesische Volk kühn und entschlossen seine Revolution zu Ende und errang den gewaltigen Sieg der chinesischen Revolution.

Im Gegensatz zu dieser marxistisch-leninistischen Richtlinie werfen die Führer der KPdSU die vom Proletariat, das die Staatsmacht ausübt, verfolgte Politik zur Regelung der Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in einen Topf mit der Generallinie aller kommunistischen Parteien der Welt; sie versuchen, die letztere durch die erstere

¹ Mao Tse-tung, „Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 2

zu ersetzen; sie verlangen von den kommunistischen Parteien und revolutionären Völkern ausnahmslos, die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der KPdSU zu befolgen. Sie selbst machen keine Revolution, sie verbieten auch anderen, Revolutionen zu machen. Sie selbst bekämpfen nicht den Imperialismus und verbieten auch anderen, ihn zu bekämpfen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU und in den jüngsten Reden Chruschtschows wird versucht, dies auf jede erdenkliche Weise abzuleugnen. Sie behaupten, es sei „eine ungeheuerliche Verleumdung“, die Führer der KPdSU anzuklagen, daß sie die friedliche Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterjochten und unterjochenden Nationen ausdehnen wollen. Scheinheilig behaupten sie sogar, die friedliche Koexistenz „darf nicht auf den Klassenkampf mit dem Kapital in den kapitalistischen Ländern und auf die nationale Befreiungsbewegung ausgedehnt“ werden.

Aber derartige Ausflüchte sind vergeblich.

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Wenn die Politik der friedlichen Koexistenz nur eine Seite der Außenpolitik der sozialistischen Staaten bildet, warum seid ihr dann bis in die allerjüngste Zeit bei eurer Behauptung geblieben, die Politik der friedlichen Koexistenz sei „eine strategische Linie, die für die ganze Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab gilt“?¹ Ihr verlangt von allen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und unterdrückten Nationen, die friedliche Koexistenz zu ihrer Generallinie zu machen. Bedeutet das etwa nicht, daß ihr eure Politik der „friedlichen Koexistenz“ an die Stelle der revolutionären Linie der kommunistischen Parteien setzen, daß ihr die Politik der friedlichen Koexistenz willkürlich auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden

¹ „Für die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung“, redaktioneller Artikel der „Prawda“ vom 6. Dezember 1963

Klassen, zwischen unterjochten und unterjochenden Nationen ausdehnen wollt?

Wir wollen die Führer der KPdSU weiter fragen: Da die Völker aller Länder den Sieg ihrer Revolution hauptsächlich nur durch ihre eigenen Kämpfe erringen können, wie kann man denn dann die friedliche Koexistenz als Voraussetzung dieses Sieges bezeichnen oder diesen Sieg zum Ergebnis der friedlichen Koexistenz erklären? Wollt ihr mit solchen Behauptungen die revolutionären Kämpfe aller Völker nicht eurer sogenannten Politik der friedlichen Koexistenz unterordnen?

Und weiter wollen wir die Führer der KPdSU fragen: Die wirtschaftlichen Erfolge der sozialistischen Staaten und die Siege, die sie im wirtschaftlichen Wettbewerb errungen haben, geben zweifellos den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen Beispiel und Ansporn. Aber wie läßt sich behaupten, daß der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt nicht durch die revolutionären Kämpfe aller Völker, sondern durch die friedliche Koexistenz, durch den friedlichen Wettbewerb erreicht wird?

Die Führer der KPdSU machen Propaganda dafür, daß man, gestützt auf die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb, „einen vernichtenden Schlag“ gegen die gesamten kapitalistischen Verhältnisse führen, daß man damit den friedlichen Übergang zum Sozialismus im Weltmaßstab herbeiführen könne. In Wirklichkeit meinen sie doch nichts anderes, als daß die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen gar nicht zu kämpfen brauchen, sich nicht zur Revolution zu erheben, die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, des Kolonialismus und seiner Handlanger nicht zu stürzen brauchen, daß die unterdrückten und ausgebeuteten Sklaven auf der ganzen Welt nur ruhig abwarten müssen, bis die Sowjetunion im Produktionsniveau und Lebensstandard die höchstentwickelten kapitalistischen Länder überflügelt haben wird, worauf sie zusammen mit ihren Unterdrückten und Ausbeutern in den Kommunismus eingehen werden. Be-

deutet das nicht gerade, daß die Führer der KPdSU den revolutionären Kampf aller Völker durch ihre sogenannte „friedliche Koexistenz“ ersetzen und diesen Kampf aus der Welt schaffen wollen?

Aus der Analyse der eben erwähnten drei Fragen läßt sich klar erkennen, daß unsere Differenzen mit den Führern der KPdSU wichtige, prinzipielle Differenzen sind. Im Wesen dreht es sich darum: Unsere Politik der friedlichen Koexistenz ist leninistisch, ist auf dem Prinzip des proletarischen Internationalismus aufgebaut, sie dient dem Kampf gegen den Imperialismus und der Erhaltung des Weltfriedens, sie entspricht den Interessen aller geknechteten Massen und unterdrückten Nationen in ihren revolutionären Kämpfen; die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ist antileninistisch, sie läßt das Prinzip des proletarischen Internationalismus fallen, sie ist für den Kampf gegen den Imperialismus, für die Erhaltung des Weltfriedens schädlich, sie läuft den Interessen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der Welt in ihren revolutionären Kämpfen zuwider.

DIE GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER FÜHRER DER KPdSU ENTSPRICHT DEN BEDÜRFNISSEN DES USA- IMPERIALISMUS

Die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ist von allen marxistisch-leninistischen Parteien und revolutionären Völkern kategorisch abgelehnt, vom Imperialismus jedoch wärmstens gepriesen worden.

Die Wortführer der westlichen Monopolbourgeoisie spenden ganz unverhohlen der Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ihren Beifall. Sie bezeichnen Chruschtschow als „den besten Freund, den der Westen in Moskau

besitzt“¹, und sagen: „Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow handelt wie ein amerikanischer Politiker.“² Sie erklären: „Was die freie Welt angeht, gilt Genosse Chruschtschow als der beste Ministerpräsident, den die Russen je gehabt haben. Er glaubt wahrhaftig an die friedliche Koexistenz.“³ Sie haben offen geäußert, daß „die Möglichkeit besserer sowjetisch-amerikanischer Beziehungen in Kreisen des amerikanischen Außenministeriums das Gefühl hervorgerufen hat, die USA sollten, innerhalb bestimmter Grenzen, Chruschtschows Aufgabe erleichtern“.⁴

Die Imperialisten sind seit jeher der Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Länder feindlich gesinnt, sie schreien: „Das Wort Koexistenz ist sowohl furchtbar als auch abscheulich“ und „Werfen wir den Begriff einer vorübergehenden und unbehaglichen Koexistenz auf den Müllhaufen“.⁵ Warum zeigen sie dann heute solch großes Interesse für die Generallinie von Chruschtschows „friedlicher Koexistenz“? Der Grund ist, daß sie sich über die Vorteile von Chruschtschows Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ für den Imperialismus bereits klargeworden sind.

Die USA-Imperialisten bedienen sich seit jeher einer Doppeltaktik, der des Krieges und der des Friedens, um ihre strategischen Ziele zu erreichen: die Revolutionen der Völker zu liquidieren, das sozialistische Lager zu vernichten und ihre Hegemonie über den ganzen Erdball auszudehnen. Unter den Umständen, da sich die internationale Lage für sie immer

¹ „Wie nett müssen wir zu Nikita sein?“ in der amerikanischen Zeitschrift „Time“ vom 9. März 1962

² W. A. Harriman, Fernseh-Interview vom 18. August 1963

³ „Kennedy hilft Chruschtschow“ in der britischen Zeitschrift „Time and Tide“ vom 18.—24. April 1963

⁴ Bericht der Agence France Presse aus Washington vom 14. Juli 1963 über die Kommentare von amerikanischen Regierungsbeamten zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

⁵ Rede des früheren Vizeaußenministers der USA Douglas Dillon über die Außenpolitik der USA, 20. April 1960

ungünstiger entwickelt, müssen sie in zunehmendem Maße ihre Zuflucht zu Friedenstricks nehmen, während sie zugleich ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen fortsetzen.

Bereits 1958 erklärte John Foster Dulles, die USA sollten sich einer „edlen Strategie“ des „friedlichen Triumphs“¹ befleißigen.

Nach seinem Amtsantritt übernahm John F. Kennedy Dulles' „Friedensstrategie“ und entwickelte sie weiter. Auch machte er ein großes Gerede von der „friedlichen Koexistenz“, indem er sagte: „Wir brauchen eine viel bessere Waffe als die Wasserstoffbombe . . . und diese bessere Waffe ist die friedliche Zusammenarbeit.“²

Soll das etwa bedeuten, die USA-Imperialisten seien tatsächlich bereit, die friedliche Koexistenz zu akzeptieren, oder haben sie, nach den Worten der Führer der KPdSU, „die Vernünftigkeit und Realisierbarkeit der friedlichen Koexistenz“ anerkannt? Natürlich ist dem nicht so.

Wenn man die Sache nur etwas genauer untersucht, erkennt man ohne Schwierigkeit die wahre Bedeutung und den wahren Zweck der „friedlichen Koexistenz“, von der die USA-Imperialisten sprechen.

Worin liegt nun ihre wahre Bedeutung, ihr wahrer Zweck?

Erstens beabsichtigen die USA-Imperialisten, mit Hilfe der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Hände und Füße zu binden, um ihnen die Unterstützung der revolutionären Kämpfe der Völker in den Ländern der kapitalistischen Welt zu verbieten.

Dulles hat erklärt: „Die Sowjetregierung könnte ihrerseits den ‚kalten Krieg‘ beenden, wenn sie von der Leitrichtung des internationalen Kommunismus abginge und sich hauptsächlich mit der Wohlfahrt des russischen Staates und Volkes be-

¹ J. F. Dulles, Rede vor der Handelskammer des Staates Kalifornien vom 4. Dezember 1958

² J. F. Kennedys Rede vor der UNO-Vollversammlung am 20. September 1963

schäftigte. Der ‚kalte Krieg‘ könnte auch beendet werden, wenn der internationale Kommunismus seine Globalziele aufgäbe . . .“¹

Kennedy hat gesagt, daß die Sowjetunion, um die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, ihren Plan, „die ganze Welt zu kommunisieren“, aufgeben, „sich nur auf ihre nationalen Interessen beschränken und ihrer Bevölkerung ein besseres Leben unter friedlichen Verhältnissen verschaffen“ müßte.²

Dean Rusk hat die Dinge noch unverblümt dargestellt, indem er sagte: „Es kann keinen sicheren und dauerhaften Frieden geben, solange die kommunistischen Führer nicht ihr Ziel der Weltrevolution aufgeben.“ Ferner bemerkte er, daß es „Anzeichen des Unwillens“ unter den Sowjetführern gäbe „über die Lasten und Risiken ihrer Verpflichtungen der weltkommunistischen Bewegung gegenüber“. Er ging sogar so weit, offen von den Sowjetführern zu verlangen, „die Illusion eines Triumphs des Kommunismus in der ganzen Welt aufzugeben und sich doch fortzubewegen“.³

Der Sinn dieser Äußerungen könnte nicht klarer sein. Die USA-Imperialisten bezeichnen die revolutionären Befreiungskämpfe der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen in der kapitalistischen Welt als Resultat der „Kommunisierung der ganzen Welt“ durch die sozialistischen Staaten. Sie sagen zu den Sowjetführern: Ihr hofft auf friedliche Koexistenz mit den USA? Das ist zu machen! Unter der Bedingung, daß ihr auf keinen Fall die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der kapitalistischen Welt bei ihren revolutionären Kämpfen unterstützt und die Verantwortung dafür übernehmt, daß sich keines dieser Völker zur Revolution erhebt.

¹ J. F. Dulles, Rede vor dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der USA, 28. Januar 1959

² J. F. Kennedy, Interview mit Adshubej, Chefredakteur der „Iswestija“, 25. November 1961

³ Ansprache von Dean Rusk auf dem Nationaltreffen der Amerikanischen Legion, 10. September 1963

Den Wunschträumen der USA-Imperialisten nach wird ihnen damit freie Hand gegeben, die revolutionäre Bewegung in allen Ländern der kapitalistischen Welt zu ersticken und zwei Drittel der Weltbevölkerung ihrem Sklavenjoch, ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Zweitens verfolgen die USA-Imperialisten unter dem Namen der „friedlichen Koexistenz“ der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern gegenüber eine Politik der „friedlichen Evolution“ und versuchen auf jede erdenkliche Weise, das kapitalistische System zu restaurieren.

Dulles hat gesagt: „Der Verzicht auf Gewaltanwendung ... bedeutet nicht die Aufrechterhaltung des Status quo, sondern friedliche Umwandlung.“¹ „Es genügt nicht, in der Defensive zu sein. Die Freiheit muß eine positive Kraft sein, die durchdringt.“² „Wir hoffen, eine Evolution innerhalb der Sowjetwelt zu fördern.“³

Eisenhower hat festgestellt, daß die USA alles, was mit „friedlichen Mitteln“ erreichbar wäre, tun würden, um „den Völkern, die unter dem Joch einer tyrannischen Diktatur leiden, letzten Endes das Recht zu verschaffen, ihr eigenes Schicksal durch ihre eigene Wahl zu entscheiden.“⁴

Kennedy hat sich geäußert: „Unsere Aufgabe ist, alles zu tun, was in unserer Macht steht, damit die Veränderungen, die im Sowjetreich und auf allen Kontinenten ... vor sich gehen, zu größerer Freiheit für mehr Menschen und zum Weltfrieden führen.“⁵ Er erklärte auch, er würde, den sozialistischen Ländern in Osteuropa gegenüber, „eine Politik

¹ Rede von J. F. Dulles auf dem Festessen des Juristenverbands des Staats New York, 31. Januar 1959

² J. F. Dulles, Rede vor der Handelskammer des Staates Kalifornien vom 4. Dezember 1958

³ Aussage von J. F. Dulles vor dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, 8. Februar 1959

⁴ Eisenhowers Rede auf dem Kongreß der Amerikaner polnischer Herkunft in Chicago, 30. September 1960

⁵ J. F. Kennedy, „Die Strategie des Friedens“

der geduldigen Ermutigung zur Freiheit hin und des vorsichtigen Drucks auf die Tyrannei verfolgen“, um den Völkern dieser Länder die „freie Wahl“¹ zu ermöglichen.

Der Sinn dieser Reden ist ebenfalls äußerst klar. Die USA-Imperialisten verleumdten das sozialistische System als „Diktatur“ und „Tyrannei“, sie bezeichnen die Restauration des Kapitalismus als „freie Wahl“. Sie sagen zu den Sowjetführern: Ihr hofft, mit den USA in friedlicher Koexistenz zu leben? Das ist zu machen! Aber das bedeutet keineswegs, daß wir den Status quo in den sozialistischen Ländern anerkennen. Im Gegenteil, dort muß der Kapitalismus restauriert werden. Mit anderen Worten, die USA-Imperialisten werden sich niemals mit der Tatsache abfinden, daß ein Drittel der Weltbevölkerung den Weg zum Sozialismus eingeschlagen hat, sie werden immer, wenn auch vergeblich, alle sozialistischen Staaten zu vernichten versuchen.

Kurz und gut, die Bedeutung dessen, was die USA-Imperialisten „friedliche Koexistenz“ nennen, ist: Die Völker unter dem Joch und der Herrschaft des Imperialismus dürfen sich nicht um ihre Befreiung bemühen, alle bereits befreiten Völker müssen sich von neuem dem Sklavenjoch und der Herrschaft des Imperialismus beugen, und die ganze Welt muß zur amerikanischen „Weltgemeinschaft freier Nationen“ vereinigt werden.

Es läßt sich unschwer erkennen, daß die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU gerade nach dem Geschmack des USA-Imperialismus ist.

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand tun die Führer der KPdSU alles, um sich beim USA-Imperialismus lieb Kind zu machen; sie proklamieren ununterbrochen, die Repräsentanten des USA-Imperialismus seien „um den Frieden besorgt“; damit kommen sie gerade den Bedürfnissen des USA-Imperialismus mit seiner verlogenen Friedenspolitik entgegen.

¹ Kennedys Rede auf dem Kongreß der Amerikaner polnischer Herkunft, 1. Oktober 1960

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand suchen die Führer der KPdSU die Politik der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen auszudehnen; sie sind gegen Revolution, sie wollen die Revolution aus der Welt schaffen; damit kommen sie gerade der Forderung des USA-Imperialismus entgegen, der den sozialistischen Staaten jede Unterstützung der Revolutionen der Völker in der kapitalistischen Welt verbietet.

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand versuchen die Führer der KPdSU auf internationaler Ebene den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit zu ersetzen, machen sie Reklame für „die allseitige Zusammenarbeit“ des Sozialismus mit dem Imperialismus, öffnen sie der Infiltration der sozialistischen Länder durch den Imperialismus Tür und Tor, was genau den Bedürfnissen des USA-Imperialismus mit seiner Politik der „friedlichen Evolution“ entspricht.

Die Imperialisten sind immer unsere besten Lehrmeister im negativen Sinn gewesen. Hier wäre es angebracht, Auszüge aus zwei seiner Reden wiederzugeben, die Dulles nach dem XX. Parteitag der KPdSU hielt.

Er äußerte sich: „... ich hatte gesagt ... daß sich in der Sowjetunion Anzeichen von Kräften zu einem ausgehnteren Liberalismus hin bemerkbar machen.“ „... wenn sich diese Kräfte weiterentwickeln und immer mehr Triebkraft innerhalb der Sowjetunion gewinnen, dann dürfen wir glauben und haben auch Grund zu hoffen, daß wir, wie ich gesagt hatte, in einem Jahrzehnt oder vielleicht einer Generation das große Ziel unserer Politik erreicht haben werden, nämlich, die Existenz eines Rußlands, das von Leuten regiert wird, die die Wünsche des russischen Volkes berücksichtigen, die ihre räuberischen Absichten zur Weltbeherrschung aufgegeben haben und die gemäß den Prinzipien ziviliertester Nationen und den in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Grundsätzen handeln.“¹

¹ Pressekonferenz von J. F. Dulles, 15. Mai 1956

Dulles führte weiter aus: „Auf lange Sicht besteht die Aussicht — ja, ich würde sagen, die Gewißheit —, daß sich eine Evolution in der gegenwärtigen Politik der Sowjetherrscher ergeben wird, so daß diese mehr nationalistisch und weniger internationalistisch sein werden.“¹

Offensichtlich spukt Dulles' Geist bei diesen Verrätern am Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus herum, so daß sie von der Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ derart besessen sind, daß sie sich überhaupt nicht überlegen wollen, wie sehr ihre Aktionen mit den Erwartungen des USA-Imperialismus zusammenfallen.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN SOWJETUNION UND USA — DER KERN DER GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER KPdSU-FÜHRUNG

Während in den letzten Jahren die Führer der KPdSU ständig die „friedliche Koexistenz“ im Munde führen, entspricht ihr Verhalten China und einigen anderen sozialistischen Staaten gegenüber in Wirklichkeit nicht nur nicht den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, sondern auch nicht den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Wenn die Führer der KPdSU ununterbrochen die friedliche Koexistenz als die Generallinie ihrer Außenpolitik propagieren, wollen sie damit, geradeheraus gesagt, alle sozialistischen Staaten und alle kommunistischen Parteien der Welt der von ihnen seit einigen Jahren erträumten sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit gefügig machen.

Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt, das ist der Kern der von der Führung der KPdSU verfolgten Generallinie der „friedlichen Koexistenz“.

¹ Pressekonferenz von J. F. Dulles, 28. Oktober 1958

Man sehe sich ihre seltsamen Aussprüche an:

„Die beiden größten Mächte der Gegenwart, die Sowjetunion und die USA, haben alle anderen Staaten der Welt weit hinter sich gelassen.“¹

„Jede dieser beiden Großmächte führt eine bedeutende Ländergruppe an — die Sowjetunion das sozialistische Welt-system und die USA das kapitalistische Lager.“²

Die Sowjetunion und die USA „sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen“.

„... wenn es zwischen N. S. Chruschtschow als Regierungschef der Sowjetunion und dem Präsidenten der USA, John Kennedy, zu Vereinbarungen kommt, wird sich eine Lösung der internationalen Probleme ergeben, von denen das Schicksal der Menschheit abhängt.“³

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Da der USA-Imperialismus der schlimmste Feind aller Völker der Erde ist und die Hauptkraft für Aggression und Krieg darstellt, wie es in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 klar und deutlich zu lesen ist, wie könnt ihr mit dem Hauptfeind des Weltfriedens zur Sicherung des Friedens „zusammenstehen“?

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Haben die mehr als 100 Staaten in der Welt mit insgesamt über drei Milliarden Menschen etwa gar kein Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen? Müssen sie sich alle untertänigst den Anordnungen der beiden „Riesen“, der beiden „größten Mächte“, Sowjetunion

¹ N. N. Jakowlew, „Nach 30 Jahren...“, eine Broschüre zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA

² Ebenda

³ Rede A. A. Gromykos in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 13. Dezember 1962

und USA, unterwerfen? Ist dieser anmaßende Unsinn von euch nicht Ausdruck des reinsten Großmachtchauvinismus, der reinen Machtpolitik?

Und weiter wollen wir die Führer der KPdSU fragen: Glaubt ihr wirklich, daß durch ein Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen zwei „großen Männern“, über das Schicksal der ganzen Menschheit entschieden, eine Lösung aller internationalen Probleme erreicht werden kann? Ihr irrt euch, ihr seid von Anfang bis Ende in einem Irrtum befangen! Von alters her bis auf den heutigen Tag hat es so etwas noch nie gegeben und kann es in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts erst recht nicht geben. Die heutige Welt ist voller komplizierter Widersprüche, da gibt es die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus, die Widersprüche der imperialistischen Länder untereinander und die Widersprüche unter den monopolkapitalistischen Gruppierungen innerhalb der imperialistischen Staaten. Können etwa Vereinbarungen der beiden Länder, Sowjetunion und USA, all diese Widersprüche verschwinden machen?

Das einzige Land, das die Führer der KPdSU respektieren, sind die USA. Um der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit willen scheuen die Führer der KPdSU nicht vor Verrat an den wahren Verbündeten des Sowjetvolks, an seinen noch immer unter dem Imperialismus-Kapitalismus schmachthenden Klassenbrüdern und allen geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen zurück.

Den Führern der KPdSU ist kein Mittel zu schlecht, um das sozialistische Lager zu zertrümmern. Mit Lügen und Verleumdungen aller Art greifen sie die kommunistische Partei Chinas an, üben sie auf China einen politischen und wirtschaftlichen Druck aus. Was das sozialistische Albanien anbetrifft, würde sie nur dessen völlige Vernichtung froh machen. Hand in Hand mit den USA-Imperialisten üben sie einen Druck auf

das revolutionäre Kuba aus und verlangen, Kuba solle seine Souveränität und seine Würde opfern.

Die Führer der KPdSU lassen nichts unversucht, um die revolutionären Kämpfe der Völker gegen den Imperialismus und seine Lakaien zu sabotieren. Als Prediger des Sozialreformismus wollen sie den revolutionären Kampfwillen des Proletariats und seiner politischen Partei in den verschiedenen Ländern untergraben. Den Bedürfnissen des Imperialismus entsprechend, sabotieren sie die nationale Befreiungsbewegung und machen sich immer unverfrorener zu Verfechtern des neuen Kolonialismus der USA.

Soviet Anstrengungen haben die Führer der KPdSU gemacht, um eine sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit zu erreichen, sovjet Opfer haben sie gebracht — was haben sie denn vom USA-Imperialismus dafür bekommen?

Seit 1959 ist Chruschtschow wie besessen auf Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern der Sowjetunion und der USA aus. In dieser Frage hat er sich in zahllosen Wunschräumen gewiegt und eine Unmenge von Illusionen verbreitet. Er pries Eisenhower begeistert als „großen Menschen“, der „die große Politik versteht“;¹ enthusiastisch verbreitete er sich darüber, „daß Präsident Kennedy sich der großen Verantwortung bewußt ist, die auf den Regierungen zweier so mächtiger Staaten ruht“². Die Führer der KPdSU machten lautstark Reklame für den sogenannten „Geist von Camp David“ und für das Treffen in Wien als „ein Ereignis von historischer Bedeutung“. Die sowjetische Presse überschreit sich, daß die Geschichte der Menschheit an einem „neuen Wendepunkt“ angelangt ist, wenn die Staatsoberhäupter der Sowjetunion und der USA sich gemeinsam an einen Tisch setzen; und wenn diese beiden „großen Männer“ sich die

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem Bankett beim Oberbürgermeister von New York, 17. September 1959

² N. S. Chruschtschow, Rede im Rundfunk und Fernsehen, 15. Juni 1961

Hand schütteln, wird eine „neue Ära“ in internationalen Beziehungen eintreten.

Aber wie verhalten sich die USA-Imperialisten den Führern der KPdSU gegenüber? Nur etwas mehr als einen Monat nach den Besprechungen von Camp David erklärte Eisenhower unumwunden: „Ich weiß nichts von einem Geist von Camp David.“ Etwa sieben Monate nach den Besprechungen von Camp David ließ Eisenhower ein Spionageflugzeug vom Typ U2 in den sowjetischen Luftraum einfliegen und sprengte dadurch die Viermächte-Gipfelkonferenz. Kurz nach dem Treffen in Wien machte Kennedy größenwahnsinnig als Bedingungen für einen 20jährigen Frieden zwischen der Sowjetunion und den USA geltend, die Sowjetunion dürfe kein Volk in seinem revolutionären Kampf unterstützen, und in den sozialistischen Staaten Osteuropas müßte der Kapitalismus restauriert werden. Ein Jahr nach dem Treffen in Wien gab Kennedy den Befehl zur seeräuberischen Militärblockade von Kuba und löste so die Krise im karibischen Raum aus.

„Im Himmel und in der Hölle, unter den Lebenden und Toten, nirgends ist es zu finden.“ Wo ist denn der seinerzeit so lautstark gerühmte „Geist von Camp David“, der „Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit“, die „neue Ära in internationalen Beziehungen“ usw., usf., eigentlich geblieben?

Nach Abschluß des Dreiervertrags über das partielle Verbot der Kernwaffenversuche machten die Führer der KPdSU wiederum großen Lärm über den sogenannten „Geist von Moskau“. Sie redeten davon, man müsse „das Eisen schmieden, solange es heiß ist“, nun seien „alle günstigen Bedingungen vorhanden“ für weitere Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA, man dürfe keine Haltung im Sinne von „Alles hat seine Zeit“ oder „Eile mit Weile“ einnehmen.¹

Was ist denn nun der „Geist von Moskau“? Sehen wir uns doch einmal die jüngsten Geschehnisse an:

¹ „Die Zeit drängt“, ein Artikel von Kommentator der „Iswestija“, 21. August 1963

Um weiterhin Stimmung für die „sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit“ zu machen, veranstalteten die Führer der KPdSU in Moskau eine Kundgebung zur Feier des 30. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA und entsandten eine Kulturdelegation zu den entsprechenden Feierlichkeiten in die USA. Aber was war das Ergebnis dieses „Enthusiasmus“ der Führer der KPdSU? Sämtliche Mitglieder der Botschaft der USA in der Sowjetunion weigerten sich, an der Feierstunde teilzunehmen, und das amerikanische State Department ließ ein besonderes Memorandum zirkulieren, in dem die Öffentlichkeit der USA aufgefordert wurde, die sowjetische Kulturdelegation zu boykottieren, deren Mitglieder als „besonders gefährliche und verdächtige Personen“ bezeichnet wurden.

Während die Führer der KPdSU von „Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA“ faselten, entsandten die Vereinigten Staaten den Agenten Barghoorn zu Spionagezwecken in die Sowjetunion. Es war völlig gerechtfertigt, daß die Sowjetregierung diesen Spion verhaftete. Aber nachdem Kennedy Lärm geschlagen und erklärt hatte, das Weizengeschäft zwischen den USA und der Sowjetunion müsse in einer „vernünftigen Atmosphäre in beiden Ländern“ abgewickelt werden, während „Barghoorns Verhaftung diese Atmosphäre merklich verschlechtert“ hätte, beeilte sich die Sowjetregierung, diesen amerikanischen Spion ohne vorherigen Prozeß freizulassen, mit der Ausrede, daß „hohe Regierungsbeamte in den USA um Barghoorns Schicksal besorgt“ seien, eines Mannes, der, „wie die Untersuchung bestätigte“, „antisowjetische Spionage betrieben hatte“.

Ist all das etwa der „Geist von Moskau“? Wenn dem so ist, ist es wirklich tragisch.

Moskau, dieser glanzvolle Name der Hauptstadt des ersten sozialistischen Staats, ein Name, den seit der großen Oktoberrevolution Millionen von Menschen in der ganzen Welt mit Ehrfurcht aussprechen, wird heute von den Führern der

KPdSU dazu benutzt, um ihren schmierigen Bund mit dem USA-Imperialismus zu decken. Welch unglaublicher Schimpf!

Nur allzu oft haben die Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus schöne Worte gegeben und seine Gunst erfleht, um ihm „Freundschaft“ und „Zutrauen“ abzugewinnen; nur allzu oft haben sie ihren Unmut an Bruderstaaten und -parteien ausgelassen, allzu häufig Druck auf sie ausgeübt; wie viele Tricks und Betrugsmanöver haben sie gegen die revolutionären Völker verübt! Aber „während die fallenden Blüten vor Liebesdurst vergehen, plätschert der Bach unbarmherzig weiter“. Was die Führer der KPdSU beim USA-Imperialismus erreicht haben, sind nur Demütigungen, Demütigungen und nochmals Demütigungen.

EINIGE RATSCHLÄGE AN DIE FÜHRER DER KPD SU

Wann hat sich das große Sowjetvolk unter Lenins und Stalins Führung jemals in den bitteren Tagen des Widerstands gegen die bewaffnete imperialistische Intervention, in den lodernen Flammen des Vaterländischen Kriegs vor den Schwierigkeiten gebeugt? Ist es jemals vor den Feinden auf die Knie gefallen? Heute ist die Situation in der ganzen Welt der Revolution sehr günstig. Der Sozialismus war noch nie so mächtig wie jetzt, noch nie türmten sich derartige Schwierigkeiten vor dem Imperialismus auf wie heute. Und doch, wie schmählich verfährt der USA-Imperialismus gegen den von Lenin gegründeten ersten sozialistischen Staat, wie schmachvoll ist die Ehre des sozialistischen Lagers von den Führern der KPdSU besudelt worden! Wie sollten wir, ebenso wie alle anderen Marxisten-Leninisten, alle revolutionären Volksmassen in der ganzen Welt darüber nicht Kummer und Schmerz empfinden!

An dieser Stelle möchten wir den Führern der KPdSU einige aufrichtig gemeinte Ratschläge geben.

Die USA sind das böswilligste imperialistische Land, das strategische Ziel des USA-Imperialismus ist der Wahnwitz einer Welteroberung. Tollwütig sucht er die revolutionären Kämpfe der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen niederzuwerfen. Ganz offen wird erklärt, daß Osteuropa wieder in die sogenannte „Weltgemeinschaft freier Nationen“ zurückgeführt werden soll. Wie könnt ihr annehmen, daß die schwersten Schläge, die die USA-Imperialisten in Verfolgung ihrer Aggressionspläne zur Eroberung der Welt führen, nur auf andere, nicht aber auf die Sowjetunion fallen werden?

Die USA sind ein imperialistischer Staat, die Sowjetunion ist ein sozialistischer Staat. Wie könnt ihr denn „allseitige Zusammenarbeit“ zwischen zwei Staaten mit völlig entgegengesetzter Gesellschaftsordnung annehmen?

Selbst zwischen den USA und den anderen imperialistischen Mächten herrschen Betrug und Rivalität, und die USA werden sich nicht zufrieden geben, bis sie die anderen niedergewungen haben. Wie könnt ihr euch denn nur vorstellen, daß die imperialistischen USA mit der sozialistischen Sowjetunion in Harmonie und Eintracht leben können?

Führende Genossen der KPdSU! Überlegt euch die Dinge doch nüchtern! Ist ein Verlaß auf den USA-Imperialismus, wenn einmal der Sturm in der Welt losbrechen sollte? Nein, auf den USA-Imperialismus kann man sich nicht verlassen, auf keinen Imperialismus, keine Reaktionäre kann man sich verlassen. Die wahrhaft zuverlässigen Verbündeten der Sowjetunion sind einzig und allein die Bruderländer im sozialistischen Lager, die marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen.

Die Gesetze der historischen Entwicklung der Menschheit gelten unabhängig vom Willen irgendeiner Person. Den Bestand und die Entwicklung des sozialistischen Lagers, die Entwicklung der revolutionären Bewegung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in der ganzen Welt kann kein Mensch ersticken oder hindern. Wer immer Verrat

an den Völkern des sozialistischen Lagers, an den Völkern der ganzen Welt übt und davon träumt, durch Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus die Welt zu beherrschen, wird unbedingt ein schlechtes Ende nehmen. Was die Führer der KPdSU tun, ist völlig falsch und äußerst gefährlich.

Noch ist es nicht zu spät, das Pferd vor dem Abgrund zurückzureißen. Für euch Führer der KPdSU ist es höchste Zeit, mit eurer Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ Schluß zu machen und auf den Weg der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz, des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zurückzukehren.

**Die Führung der KPdSU
ist
der grösste Spalter
der Gegenwart**

Siebenter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(4. Februar 1964)

Infolge der Ausbreitung der Ideologie des modernen Revisionismus ist heute die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung so ernstlich gefährdet wie noch nie. Sowohl im Weltmaßstab als auch innerhalb einiger Parteien sind zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus heftige Kämpfe im Gange. Die internationale kommunistische Bewegung sieht sich einer so ernststen Gefahr der Spaltung gegenüber, wie sie in der Vergangenheit keine Parallele hat.

Die dringendste Aufgabe, vor die die Kommunisten, das Proletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt gestellt sind, ist die Wahrung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die Kommunistische Partei Chinas setzt sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 seit jeher konsequent und unermüdlich für die Erhaltung und Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung ein. Der unverrückbare Standpunkt der KP Chinas war, ist und bleibt: den Grundsätzen die Treue halten, an der Einheit festhalten, die Differenzen beseitigen und gemeinsam gegen den Feind kämpfen.

Seitdem die Führung der KPdSU den revisionistischen Weg eingeschlagen hat, behauptet sie jedesmal, wenn sie sich rechtfertigt, ebenfalls für die Wahrung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung einzutreten. In letzter Zeit preist sie die „Einheit“ besonders intensiv an. Das erinnert uns an einen Ausspruch von Friedrich Engels, der vor 90 Jahren sagte: „Man muß sich durch das Geschrei nach ‚Einigung‘ nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter . . . Deswe-

gen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungs-schreier.“¹

Während die Führung der KPdSU die „Einheit“ betont, versucht sie, der KP Chinas das Etikett „Spalter“ anzuheften. In dem Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt: „Die chinesischen Führer untergraben nicht nur die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, sondern auch die der ganzen kommunistischen Weltbewegung, treten die Prinzipien des proletarischen Internationalismus mit Füßen und verletzen in grober Weise die Regeln der Beziehungen zwischen den Bruderparteien.“ In den nachfolgenden Artikeln der sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften wurden die chinesischen Kommunisten fortgesetzt beschuldigt, „Spalter“ und „Sektierer“ zu sein.

Wie steht es aber nun damit tatsächlich? Wer hat die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung untergraben, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus mit Füßen getreten und in grober Weise die Regeln der Beziehungen zwischen den Bruderparteien verletzt? Mit einem Wort, wer sind in Wirklichkeit 100%ige Spalter?

Nur wenn diese Fragen geklärt sind, kann ein Weg zur Erhaltung und Stärkung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung gefunden und die Gefahr der Spaltung beseitigt werden.

RÜCKBLICK AUF DIE GESCHICHTE

Um uns über den Charakter des Spaltertums in der internationalen kommunistischen Bewegung klar zu werden und den Kampf gegen dieses Spaltertum richtig zu führen, wollen

¹ Engels an A. Bebel (20. Juni 1873), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 337

wir einen Rückblick auf die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in den abgelaufenen mehr als 100 Jahren werfen.

Die ganze Geschichte der kommunistischen Bewegung ist durch den Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Opportunismus und den Kampf zwischen den Bemühungen um die Wahrung der Einheit und den Bestrebungen nach Spaltung gekennzeichnet. Das gilt für den Kampf sowohl in einzelnen Ländern als auch im Weltmaßstab. In einem langwierigen Kampf haben Marx, Engels und Lenin den Inhalt der proletarischen Einheit theoretisch dargelegt und in ihrer praktischen Tätigkeit ein glänzendes Beispiel für den Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Spaltertum gegeben.

Im Jahre 1847 gründeten Marx und Engels die erste internationale Arbeiterorganisation, den Bund der Kommunisten. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“, dem von Marx und Engels für diesen Bund verfaßten Programm, wurde die Kampfpapole ausgegeben: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ In dem Manifest wurde die Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus systematisch und gründlich dargelegt und so eine ideologische Basis für die Einheit des Weltproletariats geschaffen.

Ihr ganzes Leben hindurch kämpften Marx und Engels beharrlich für die auf diesem Prinzip beruhende Einheit des Weltproletariats.

Um die Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern zu vereinigen, haben Marx und Engels im Jahre 1864 die I. Internationale, die Internationale Arbeiter-Assoziation, gegründet. Während des Bestehens der I. Internationale führten Marx und Engels grundsätzliche Kämpfe gegen die Bakuninleute, Proudhonisten, Blanquisten, Lassalleaner und andere Sekten. Darunter war der Kampf gegen die Spalter, Bakunin und seine Leute, besonders heftig.

Schon zu Beginn griffen die Bakuninleute die Lehre von Marx an und behaupteten, daß Marx beabsichtige, in der Internationale sein „besonderes Programm“ und seine „persön-

liche Lehre vorherrschend zu machen“. Tatsächlich waren es gerade sie, die versuchten, die Internationale zu zwingen, die Dogmen ihrer Sekte anzuerkennen, das Programm der Internationale durch das opportunistische Programm Bakunins zu ersetzen. Sie unternahmen eine Reihe von Manövern und scheuten kein Mittel, um ihre „Mehrheit“ zusammenzustopeln und ihre sektiererische und Spaltertätigkeit auszuüben.

Um die echte Einheit des Weltproletariats zu wahren, nahmen Marx und Engels eine prinzipielle, unversöhnliche Haltung gegenüber der offenen Provokation der Bakuninleute ein, die auf die Spaltung der I. Internationale abzielte. Im Jahre 1872 wurden auf dem Haager Kongreß der Internationale, an dem Marx persönlich teilnahm, die Bakuninleute, die hartnäckig eine Spaltungspolitik verfolgten, aus der I. Internationale ausgeschlossen.

Engels hob hervor, daß die internationale Arbeiterbewegung unvermeidlich schwerwiegende Folgen zu gewärtigen hätte, wenn die Marxisten im Haag eine prinzipienlose, versöhnliche Haltung gegenüber der Spaltertätigkeit der Bakunin-Sekte eingenommen hätten. Dann wäre, wie Engels feststellte, „die Internationale allerdings kaputt — kaputt durch die „Einigung“!“¹

Unter Führung von Marx und Engels hat die I. Internationale gegen Opportunismus und Spaltertum gekämpft und so die Grundlage für die dominierende Stellung des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung geschaffen.

Nachdem die I. Internationale im Jahre 1876 als beendet erklärt worden war, wurden in vielen Ländern sozialistische Massenparteien der Arbeiter gegründet. Marx und Engels verfolgten aufmerksam die Entstehung und Entwicklung dieser Parteien und hofften, daß sie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus aufgebaut werden und sich entwickeln würden.

¹ Engels an A. Bebel (20. Juni 1873), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 338

Marx und Engels schenkten der deutschen Arbeiterpartei, die damals eine wichtige Rolle in der Arbeiterbewegung Europas spielte, ihre besondere Aufmerksamkeit und Anteilnahme. Sie kritisierten wiederholt und energisch die Demoralisierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die in ihren Bemühungen um die sogenannte „Einheit“ Kompromisse mit dem Opportunismus schloß.

Im Jahre 1875 kritisierten Marx und Engels die Preisgabe der Prinzipien durch die SPD, ihre Vereinigung mit den Lassalleanern und das daraus hervorgegangene „Gothaer Programm“. Marx stellte fest, daß diese Vereinigung „zu teuer erkaufte“ wurde und daß dieses Programm ein „durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm“ war.¹ Engels wies darauf hin, daß dies eine „Kniebeugung des gesamten deutschen sozialistischen Proletariats vor dem Lassalleanismus“ bedeutet. „Dabei bin ich überzeugt“, fuhr er fort, „daß eine Einigung auf dieser Basis kein Jahr dauern wird.“²

In seiner Kritik am „Gothaer Programm“ stellte Marx den berühmten Grundsatz auf, ein Marxist „lasse sich auf keinen Prinzipiensachverhalt ein.“³

Später übten Marx und Engels scharfe Kritik an den Führern der deutschen Partei, weil sie die Tätigkeit der Opportunisten in der Partei duldeten. Marx sagte: Diese Opportunisten versuchen, „die materialistische Basis . . . zu ersetzen durch moderne Mythologie, mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité.“⁴ Ein solches Vorgehen bedeutet nach Marx eine „Verluderung der Partei und der

¹ Marx an W. Bracke (5. Mai 1875), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 351

² Engels an A. Bebel (18. — 28. März 1875), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 349

³ Marx an W. Bracke (5. Mai 1875), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 351

⁴ Marx an F. A. Sorge (19. Oktober 1877), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 365

Theorie“¹. In ihrem an die Führer der deutschen Partei gerichteten Zirkularbrief schrieben Marx und Engels: „Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehn, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen.“²

Im Jahre 1889 wurde unter dem Einfluß von Engels die II. Internationale gegründet. Die damalige Zeit war eine Epoche der „friedlichen“ Entwicklung des Kapitalismus, als der Marxismus kolossale Verbreitung fand und das „Manifest der Kommunistischen Partei“ das gemeinsame Programm von Millionen Arbeitern aller Länder geworden war. Andererseits verwandelten die sozialistischen Parteien in vielen Ländern die Ausnutzung der bürgerlichen Legalität in einen Kniefall vor ihr, wurden zu Legalitätsanbetern. Dadurch überschwemmte der Opportunismus die Parteien verschiedener Länder.

So wurde die internationale Arbeiterbewegung während des Bestehens der II. Internationale gespalten, und zwar in die aus Marxisten bestehende revolutionäre Gruppe und die pseudo-marxistische opportunistische Gruppe.

Engels führte einen unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten. Vor allem kritisierte er schärfstens ihre absurde These vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus. Engels sagte: „Marx würde wahrscheinlich von diesen Herren [den pseudo-marxistischen Opportunisten] das sagen, was Heine von seinen Nachäffern gesagt hat: ‚Ich habe Drachenzähne gesäet und Flöhe geerntet!‘“³

¹ Marx an F. A. Sorge (19. September 1879), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 391

² Marx und Engels an A. Bebel, W. Liebknecht, W. Bracke und andere („Zirkularbrief“), (17. — 18. September 1879), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, Seite 390

³ Engels an Paul Lafargue (27. Oktober 1890), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Sur la littérature et l'art, Editions sociales Paris 1954, Seite 258

Nach dem Tod Engels' im Jahre 1895 begannen diese „Flöhe“ offen mit der systematischen Revision des Marxismus und besetzten allmählich die führenden Positionen in der II. Internationale.

Nach Engels übernahm der große Lenin als der hervorragendste Revolutionär in der internationalen Arbeiterbewegung die schwere Aufgabe, den Marxismus zu verteidigen und gegen den Revisionismus der II. Internationale zu kämpfen.

Als die Revisionisten der II. Internationale ein Geschrei erhoben, der Marxismus wäre bereits „unzureichend“ und „überholt“, verkündete Lenin feierlich: „Wir stehen völlig auf dem Boden der Marx'schen Theorie“, denn „es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt . . .“¹

Zuerst kämpfte Lenin für die Schaffung einer marxistischen Partei in Rußland. Um eine solche Partei neuen Typs, die sich von den opportunistischen Parteien der II. Internationale grundsätzlich unterscheidet, zu schaffen, führte Lenin einen unversöhnlichen Kampf gegen verschiedene antimarxistische Gruppen innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

In der damaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands — ebenso wie auch in den anderen Parteien der II. Internationale — gab es Revolutionäre und Opportunisten. Die Revolutionäre waren die von Lenin geleiteten Bolschewiki, während sich die opportunistische Gruppe aus den Menschewiki zusammensetzte.

Um die Reinheit und Einheit der proletarischen Partei zu erhalten, haben die von Lenin geleiteten Bolschewiki sowohl theoretisch als auch politisch einen langwierigen Kampf gegen die Menschewiki geführt und schließlich im Jahre 1912 die Menschewiki, die am Opportunismus und Spaltertum festhielten, aus der Partei ausgeschlossen.

Alle opportunistischen Gruppen, die gegen Lenin auftraten, haben ihn mit den gemeinsten Ausdrücken beschimpft und

¹ Lenin, „Unser Programm“, Werke, Bd. 4

kein Mittel gescheut, um ihn des Spaltertums zu beschuldigen. In dieser Zeit tat sich Trotzki mit allen antileninistischen Gruppen zusammen, griff unter der Flagge ihres „nichtfraktionellen Charakters“ Lenin und die bolschewistische Partei rücksichtslos an und bezeichnete Lenin als einen „Usurpator“ und „Spalter“. Lenin erwiderte: Trotzki, der mit dem „nichtfraktionellen Charakter“ seiner Gruppe prahlt, ist gerade einer der „schlimmsten Vertreter der schlimmsten Überreste des Fraktionswesens“¹ und der „schlimmsten Spalter“².

Lenin stellte nachdrücklich fest: „Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die *Einheit unter den Marxisten*, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.“³

Der Kampf Lenins gegen die Menschewiki war von großer internationaler Bedeutung. Denn der Menschewismus war eine Form und Spielart des Revisionismus der II. Internationale in Rußland und wurde von den revisionistischen Führern der II. Internationale unterstützt.

Während seines Kampfes gegen die Menschewiki führte Lenin auch eine Reihe von Kämpfen gegen den Revisionismus der II. Internationale.

Vor dem 1. Weltkrieg hat Lenin die Revisionisten der II. Internationale sowohl in theoretischer als auch in politischer Hinsicht kritisiert; er ist ihnen auch auf den Konferenzen der II. Internationale in Stuttgart und Kopenhagen entgegentreten.

Nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges haben die Führer der II. Internationale das Proletariat offen verraten. Im Interesse der Imperialisten haben sie die Proletarier verschiedener Länder in die Hölle des Brudermordes getrieben und eine überaus ernste Spaltung des Weltproletariats herbeigeführt.

¹ Lenin, „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit“, Werke, Bd. 20

² Lenin, „Der Zerfall des ‚Augustblocks‘“, ebenda

³ Lenin, „Einheit“, ebenda

Rosa Luxemburg sagte über diesen Verrat der Revisionisten: „... der stolze alte Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! hat sich auf den Schlachtfeldern in das Kommandowort verwandelt: Proletarier aller Länder, schneidet euch die Gurgel ab!“¹

Damals war die mächtigste und einflußreichste Partei der II. Internationale die Sozialdemokratische Partei in Deutschland, dem Heimatland von Marx. Und gerade diese Partei lief als erste auf die Seite des deutschen Imperialismus über und wurde Urheber der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung.

In diesem überaus kritischen Augenblick trat Lenin auf, um einen entschiedenen Kampf für die Einheit des Weltproletariats zu führen.

In seinem im August 1914 erschienenen Artikel „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg“ verkündete Lenin den Zusammenbruch der II. Internationale und verurteilte schärfstens den eklatanten Verrat der überwiegenden Mehrheit ihrer Führer, vor allem der Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, am Sozialismus.

Gerade die Tatsache, daß das geheime Bündnis zwischen den Revisionisten der II. Internationale und der Bourgeoisie in ein offenes Bündnis umgewandelt worden war und daß die Revisionisten der II. Internationale bereits eine nicht mehr überbrückbare Spaltung in der internationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen hatten, veranlaßte Lenin zu der Feststellung: „Man kann gegenwärtig die Aufgaben des Sozialismus nicht erfüllen und den wahren internationalen Zusammenschluß der Arbeiter nicht verwirklichen, ohne mit dem Opportunismus entschieden zu brechen und die Massen über die Unvermeidlichkeit seines Fiaskos aufzuklären.“²

¹ Rosa Luxemburg, „Entweder — oder“, Ausgewählte Reden und Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1951, II. Band, Seite 534

² Lenin, „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“, Werke, Bd. 21

Eben aus diesem Grund unterstützte Lenin die Marxisten vieler europäischer Länder entschlossen beim Abbruch ihrer Beziehungen zu den Opportunisten. Er rief sie kühn auf, an Stelle der bereits bankrotten II. Internationale eine III. Internationale zu gründen und die revolutionäre Einheit des Weltproletariats wiederherzustellen.

Im März 1919 wurde die III. Internationale gegründet. Sie hat die positiven Leistungen der II. Internationale übernommen, jedoch ihre opportunistischen, sozialchauvinistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verunreinigungen beseitigt, so daß die revolutionäre Sache des Weltproletariats in die Tiefe und in die Breite entwickelt werden konnte.

Durch die Theorie und Praxis Lenins gelangte der Marxismus in eine neue Entwicklungsphase, die Etappe des Leninismus. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus konnte die Einheit des Weltproletariats und der internationalen kommunistischen Bewegung noch mehr gefestigt und erweitert werden.

ERFAHRUNGEN UND LEHREN

Was hat die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung gezeigt?

Erstens: Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung hat gezeigt, daß die internationale Arbeiterbewegung wie alle anderen Dinge in der Welt sich immer in zwei Teile spaltet. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie wird unvermeidlich in den Reihen des Kommunismus widerspiegelt. Im Laufe der Entwicklung der kommunistischen Bewegung wird unausbleiblich immer wieder diese oder jene Spielart des Opportunismus aufkommen, wird einerseits die Spaltertätigkeit der Opportunisten gegen den Marxismus-Leninismus wie auch andererseits der Kampf der Marxisten-Leninisten gegen die Opportunisten und Spalter entstehen. Der Marxismus-Leninismus und die

internationale Arbeiterbewegung haben sich eben durch den Kampf zwischen diesen einander gegenüberstehenden Seiten entwickelt. Und gerade dank diesem Kampf hat sich die auf dem Marxismus-Leninismus beruhende Einheit der internationalen Arbeiterbewegung gefestigt und verstärkt.

Engels hat gesagt: „Die Bewegung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch; auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit; darum allein erklärt sich, weshalb die ‚Solidarität des Proletariats‘ in der Wirklichkeit überall in verschiedenen Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befehlen . . .“¹

Die Tatsachen bestätigen das: Der Bund der Kommunisten, dann die I. und die II. Internationale, — sie alle waren ursprünglich eine Einheit, sind aber im Laufe ihrer Entwicklung in zwei gegensätzliche Teile zerfallen. Durch jeden Kampf gegen Opportunismus und Spaltertum im Weltmaßstab wurde die internationale Arbeiterbewegung in eine neue Etappe gebracht und in die Lage versetzt, auf neuer Basis eine noch größere und festere Einheit herzustellen. Der Sieg der Oktoberrevolution und die Gründung der III. Internationale waren die größten Errungenschaften im Kampf gegen den Revisionismus und das Spaltertum der II. Internationale.

Einheit — Kampf, sogar bis zur Spaltung — neue Einheit auf einer neuen Basis, das ist die Dialektik der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung.

Zweitens: Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung hat ferner gezeigt, daß in verschiedenen historischen Phasen der kommunistischen Bewegung der Kampf zwischen Wahrung der Einheit und Herbeiführung einer Spaltung dem Wesen nach ein Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus einerseits und dem Opportunismus und

¹ Engels an A. Bebel (20. Juni 1873), Marx/Engels Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 338—339

Revisionismus andererseits, ein Kampf zwischen der Treue gegenüber dem Marxismus und dem Verrat an ihm ist.

Sowohl im Weltmaßstab als auch in einem einzelnen Land ist die echte Einheit des Proletariats nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus möglich.

Und sowohl im Weltmaßstab als auch in einem einzelnen Land ist, wenn sich Opportunismus und Revisionismus ausbreiten, eine Spaltung der Reihen des Proletariats unvermeidlich. Alle Spaltungen in der kommunistischen Bewegung sind durch das Auftreten der Opportunisten und Revisionisten gegen den Marxismus-Leninismus und den Verrat an ihm hervorgerufen worden.

Was ist Spaltertum?

Es bedeutet Spaltertätigkeit gegenüber dem Marxismus-Leninismus. Wer gegen den Marxismus-Leninismus kämpft und ihn verrät, wer die Basis der proletarischen Einheit zerstört, der ist ein Spalter.

Es bedeutet Spaltertätigkeit gegenüber der revolutionären Partei des Proletariats. Wer hartnäckig einer revisionistischen Linie folgt und die revolutionäre proletarische Partei in eine reformistische bürgerliche Partei verwandelt, der ist ein Spalter.

Es bedeutet Spaltertätigkeit gegenüber dem revolutionären Proletariat und den breiten Massen der Werktätigen. Wer ein Programm und eine Linie durchsetzt, die im Gegensatz zum revolutionären Willen und zu den Grundinteressen des Proletariats und der anderen Werktätigen stehen, der ist ein Spalter.

Lenin sagte: „Dort, wo sich die *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter auf dem Boden exakter und bestimmter Beschlüsse zusammengeschlossen hat, gibt es *Einheit* der Meinungen und Handlungen . . .“,¹ Opportunismus „bedeutet eben

¹ Lenin, „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit“ (II), Werke, Bd. 20

Spaltungstätigkeit im Sinne rücksichtslosester Verletzung des Willens der Mehrheit der Arbeiter“.¹

Das Spaltertum kommt den Bedürfnissen der Bourgeoisie entgegen, sprengt die Einheit des Proletariats und steht im Dienste der Bourgeoisie. Die konsequente Politik der Bourgeoisie besteht in der Spaltung des Proletariats. Ihr heimtückischstes Mittel zur Spaltung des Proletariats besteht darin, in den Reihen des Proletariats ihre eigenen Agenten großzuziehen. Die Opportunisten und Revisionisten sind eben Agenten der Bourgeoisie. Sie verfolgen nicht das Ziel, das Proletariat zum Kampf gegen die Bourgeoisie zusammenzuschließen, sondern verlangen vom Proletariat, mit der Bourgeoisie zusammenzuarbeiten. Das war bei den Revisionisten zur Zeit der II. Internationale wie Bernstein und Kautsky der Fall. Als die Imperialisten die größte Furcht davor hatten, daß sich das Proletariat verschiedener Länder zum Kampf zusammenschließen würde, um den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln, begannen die Revisionisten mit der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung und machten Propaganda für die Zusammenarbeit zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie.

Diejenigen aus den Reihen des Kommunismus, die dem Bedürfnis der Bourgeoisie entsprechen und eine Spaltertätigkeit gegen den Marxismus-Leninismus, die revolutionäre proletarische Partei, das revolutionäre Proletariat und die anderen Werktätigen betreiben, sind ebenfalls Spalter, auch wenn sie vorläufig die Mehrheit besitzen und die führenden Positionen innehaben.

Während des Bestehens der II. Internationale hatten die Revisionisten mit Bernstein, Kautsky und ihresgleichen als Repräsentanten die Mehrheit hinter sich, während die Marxisten, vertreten durch Lenin, in der Minderheit waren. Spalter waren jedoch offensichtlich die Opportunisten wie Bernstein und Kautsky, nicht aber die Revolutionäre um Lenin.

¹ a. a. O.

Obwohl die Menschewiki in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Jahre 1904 die Führung des ZK an sich gerissen hatten, waren sie dennoch Spalter. Damals stellte Lenin fest: „Die Zentralstellen (ZO, ZK und Rat der Partei) haben mit der Partei *gebrochen* . . .“ Und weiter: „Die zentralen Körperschaften *haben sich außerhalb* der Partei *gestellt*. Einen Mittelweg gibt es nicht: entweder ist man für die zentralen Körperschaften oder für die Partei.“¹

Kurz gesagt, Opportunismus und Revisionismus bilden den politischen und ideologischen Boden des Spaltertums. Letzteres ist ein Ausdruck des Opportunismus und des Revisionismus auf organisatorischem Gebiet. Es ist festzustellen, daß Opportunismus und Revisionismus sowohl Spaltertum als auch Sektierertum bedeuten. Die Revisionisten sind die größten, schlimmsten Spalter und Sektierer in der kommunistischen Bewegung.

Drittens: Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung hat auch gezeigt, daß sich die proletarische Einheit durch den Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Spaltertum gefestigt und entwickelt hat. Der beharrliche Kampf um die Einheit ist mit dem beharrlichen Kampf um die Prinzipien untrennbar verbunden.

Die vom Proletariat benötigte Einheit ist eine Klasseneinheit, eine revolutionäre Einheit, eine Einheit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind und für das große kommunistische Ziel. Der Marxismus-Leninismus bildet die theoretische und politische Basis der Einheit des Weltproletariats. Nur wenn das Weltproletariat theoretisch und politisch eine Einheit bildet, ist die Einheit der Organisation und der Aktion möglich.

Nur wenn man an den Grundsätzen festhält und dem Marxismus-Leninismus treu bleibt, kann man die echte, revolutionäre Einheit des Proletariats erreichen. Wenn man die Grundsätze preisgibt und mit den Opportunisten unter einer

¹ Lenin, „Brief an die Züricher Gruppe der Bolschewiki“, Werke, Bd. 8

Decke steckt, so bedeutet das keine proletarische Einheit, sondern, wie Lenin gesagt hat, „Einheit des Proletariats mit der nationalen Bourgeoisie und *Spaltung* des internationalen Proletariats, Einheit der Lakaien und Spaltung der Revolutionäre“¹.

Ferner stellte Lenin fest: „Wie die Bourgeoisie nicht sterben wird, solange man sie nicht stürzt“, so wird auch die von der Bourgeoisie genährte und unterstützte opportunistische Strömung „nicht sterben, wenn man sie nicht *totschlägt*“, d. h. nicht stürzt, nicht *jeden* Einflusses auf das sozialistische Proletariat beraubt“. Daher muß man „den schonungslosen Kampf gegen die Richtung des Opportunismus“ führen.²

Die Marxisten-Leninisten dürfen den Opportunisten und Revisionisten, die rücksichtslos die internationale kommunistische Bewegung spalten, absolut keine prinzipiellen Zugeständnisse machen. Ihnen bleibt nichts übrig, als entschlossen gegen die Spalterpolitik der Opportunisten und Revisionisten zu kämpfen. Das ist das äußerst wertvolle Vermächtnis von Marx, Engels und Lenin und zugleich der einzig richtige Weg zur Wahrung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.

DER GRÖSSTE SPALTER UNSERER ZEIT

Die Tatsachen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Führung der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze Hauptvertreter des modernen Revisionismus und zugleich der größte Spalter der internationalen kommunistischen Bewegung geworden ist.

Vom XX. bis zum XXII. Parteitag der KPdSU baute die Führung der KPdSU ein vollständiges System des Revisionismus auf und formulierte einen gegen die proletarische Re-

¹ Lenin, „Die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten“, Werke, Bd. 21

² a. a. O.

volution und die Diktatur des Proletariats gerichteten revisionistischen Kurs: ihren revisionistischen Kurs der sogenannten „friedlichen Koexistenz“, des „friedlichen Wettbewerbs“, des „friedlichen Übergangs“, des „Staates des ganzen Volkes“ und der „Partei des ganzen Volkes“. Sie sucht allen Bruderparteien diesen revisionistischen Kurs aufzuzwingen, um durch ihn die auf den beiden Beratungen der Bruderparteien von 1957 und 1960 festgelegte gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung zu ersetzen. Wer sich an die Linie des Marxismus-Leninismus hält und sich dem Kurs der Führung der KPdSU widersetzt, der soll deren Schlägen ausgesetzt sein.

Die Führung der KPdSU ist es, die den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verraten hat, einen Kurs des Revisionismus und des Spaltertums verfolgt, die einheitliche Grundlage der kommunistischen Weltbewegung torpediert und durch ihre eigene Handlungsweise die ernste Gefahr einer bevorstehenden Spaltung heraufbeschworen hat.

Die Führung der KPdSU bemühte sich überhaupt nicht um die Festigung und Stärkung des sozialistischen Lagers, sondern arbeitete vielmehr auf seine Spaltung und Zersetzung hin und brachte so das festgefügte sozialistische Lager durcheinander.

Sie verletzte die in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegten Regeln der Beziehungen zwischen den sozialistischen Bruderländern, betrieb diesen gegenüber eine chauvinistische Großmachtpolitik und eine Politik des nationalen Egoismus, womit sie die Einheit des sozialistischen Lagers untergrub.

Sie verletzt nach Belieben die Souveränität der Bruderländer, mischt sich in deren innere Angelegenheiten ein, führt dort subversive Aktionen durch und trachtet mit allen Mitteln, die Bruderländer in jeder Hinsicht zu kontrollieren.

Unter dem Deckmantel der sogenannten „internationalen Arbeitsteilung“ wendet sie sich gegen die von den Bruderländern verfolgte Linie, sich beim Aufbau des Sozialismus

auf die eigene Kraft zu stützen, mißbilligt, daß sie ihre Wirtschaft auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit entwickeln, und möchte sie in ihr wirtschaftliches Anhängsel verwandeln. Sie versucht auf jede Weise, die in wirtschaftlicher Hinsicht verhältnismäßig rückständigen Bruderländer zum Verzicht auf die Industrialisierung zu zwingen und sie in ihre Rohstoffbasen und in Absatzmärkte für ihre Überschußprodukte zu verwandeln.

Die Führung der KPdSU verfolgt eine chauvinistische Großmachtpolitik und ist nicht wählerisch in ihren Mitteln, um immer wieder auf Bruderländer einen politischen, wirtschaftlichen, ja sogar militärischen Druck auszuüben.

Die Führung der KPdSU rief offen auf, die Führung der Partei und des Staates in Albanien zu stürzen, brach rücksichtslos alle wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Albanien ab und beraubte eigenmächtig Albanien seiner legitimen Rechte als Mitgliedstaat der Organisation des Warschauer Vertrags und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Führung der KPdSU verstieß gegen den chinesisch-sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag, faßte einseitig den Beschluß, die 1390 sowjetischen Fachleute, die in China tätig waren, abzurufen, 343 Kontrakte und Zusatzverträge über die Beschäftigung von Fachleuten zu zerreißen, 257 Projekte für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zu annullieren, und sie betrieb China gegenüber auf dem Gebiet des Handels eine Beschränkungs- und Diskriminierungspolitik. Sie zettelte chinesisch-sowjetische Grenzzwischenfälle an und unternahm in dem chinesischen Gebiet Sinkiang großangelegte subversive Aktionen. Chruschtschow gab den führenden Genossen des ZK der KP Chinas mehrmals zu verstehen, daß die parteifeindlichen Elemente innerhalb der KP Chinas seine „guten Freunde“ seien. Er fand herzliche Worte für die parteifeindlichen Elemente in China, die die Generallinie für den sozialistischen Aufbau, den Großen Sprung nach vorn und die Volks-

kommunen angriffen, und bezeichnete dies als eine „mutige Aktion“.

Derartige Schritte, die zu einer ernsten Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen führen, sind sogar im Verkehr zwischen kapitalistischen Staaten selten. Die Führung der KPdSU wandte jedoch den sozialistischen Bruderstaaten gegenüber wiederholt solche skandalöse extreme Mittel an. Dennoch schwätzt sie weiter davon, daß sie „dem proletarischen Internationalismus treu“ bleibe. Wir möchten fragen: Kann man eine Spur von Internationalismus in diesen euren Handlungen finden?

Der Großmacht-Chauvinismus und das Spaltertum der Führung der KPdSU fanden ihren eklatanten Ausdruck auch in der Art, wie sie die Beziehungen zu den Bruderparteien handhabte.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU sucht sie unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Personenkult“ mit allen erdenklichen Mitteln die Führung anderer Bruderparteien nach ihrem Willen zu ändern. Bis jetzt beharrt sie immer noch auf dem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ als der Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit und als den „für jede kommunistische Partei obligatorischen Prinzipien“¹.

Im Widerspruch zu den in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegten Regeln für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien, ignoriert die Führung der KPdSU die unabhängige und gleichberechtigte Stellung der Bruderparteien, will in der internationalen kommunistischen Bewegung so etwas wie eine feudalistisch-patriarchalische Herrschaft errichten und die Beziehungen zwischen Bruderparteien in solche verwandeln wie sie zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn bestehen. Chruschtschow sprach wiederholt von Bruderparteien als von „unverständi-

¹ „Für die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung“, redaktioneller Artikel der „Prawda“, 6. Dezember 1963

gen Kindern“ und nannte sich selbst deren „Mutter“¹. Er schwelgt so in einer Art feudalistischen Größenwahns und hat absolut kein Schamgefühl.

Die Führung der KPdSU schert sich nicht im geringsten um den Grundsatz, daß die Bruderparteien durch Konsultationen zur Einheit gelangen müssen, und ist gewöhnt, eigenmächtig zu handeln und Befehle zu erteilen. Sie zerreißt nach Belieben gemeinsame Vereinbarungen der Bruderparteien, maßt sich das Recht an, Entscheidungen über wichtige Fragen, die die Bruderparteien betreffen, selbst zu fällen und die Bruderparteien vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Führung der KPdSU verletzte den Grundsatz, wonach Differenzen durch interne Konsultationen zwischen den Bruderparteien beizulegen sind, und startete großangelegte offene Angriffe gegen die Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, indem sie zunächst ihren eigenen Parteitag, dann die Parteitage anderer Bruderparteien mißbrauchte.

Die Führung der KPdSU betrachtet die Bruderparteien als Bauern auf ihrem diplomatischen Schachbrett. Chruschtschow ist launenhaft, verhält sich einmal so, einmal anders, sagt heute das, morgen jenes. Doch besteht er darauf, von den Bruderparteien zu verlangen, daß sie nach seiner Pfeife tanzen, einmal linksherum, einmal rechtsherum, so daß sie zum Schluß nicht mehr wissen, woran sie sind.

Die Führung der KPdSU stiftete Unruhe in vielen kommunistischen Parteien, unterstützte die Anhänger ihrer revisionistischen Linie, damit sie entweder die Parteiführung angreifen, oder führende Positionen an sich reißen, oder über die Marxisten-Leninisten herfallen bzw. diese sogar widerrechtlich aus der Partei ausstoßen, und rief damit in diesen Bruderparteien Spaltungen hervor. Infolge dieser Spalterpolitik der Führung der KPdSU kam es zu einer organi-

¹ Chruschtschows Interview mit dem Herausgeber der amerikanischen Zeitschrift „Look“, Gardner Cowles, 20. April 1962; Bericht Chruschtschows in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 12. Dezember 1962

satorischen Spaltung vieler Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern.

Die Führung der KPdSU machte ferner die von den Bruderparteien gemeinsam herausgegebene Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ zu einem Werkzeug der Durchsetzung des Revisionismus, des Sektierertums und Spaltertums, sowie skrupelloser Angriffe auf marxistisch-leninistische Bruderparteien und verletzte somit die Vereinbarung der Gründungskonferenz dieser Zeitschrift.

Darüber hinaus will die Führung der KPdSU den internationalen demokratischen Organisationen die revisionistische Linie aufzwingen, unternimmt alles mögliche, um die richtige Linie dieser Organisationen abzuändern und in ihnen Spaltungen herbeizuführen.

Die Führung der KPdSU stellte die Beziehungen zwischen Feinden und Genossen völlig auf den Kopf. Sie richtete den Kampf, den sie doch eigentlich gegen den amerikanischen Imperialismus und dessen Handlanger führen sollte, gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien und Bruderländer.

Die Führung der KPdSU erstrebt mit Leib und Seele die „sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit für die Hegemonie in der Welt“, betrachtet den Erzfeind aller Völker, den amerikanischen Imperialismus, als ihren zuverlässigsten Freund, jedoch die Bruderparteien und Bruderländer, die sich an den Marxismus-Leninismus halten, als ihren Feind. Sie verschwört sich mit dem amerikanischen Imperialismus, den Reaktionären aller Länder, dem Klüngel des Verräters Tito und den rechten Sozialdemokraten, macht mit ihnen gemeinsame Sache, um sich den sozialistischen Bruderländern und Bruderparteien, allen Marxisten-Leninisten und revolutionären Völkern entgegenzustellen.

Als die Führung der KPdSU glaubte, daß sie von Eisenhower, Kennedy oder sonst wem einen Strohalm erwischte hatte und sich in einer günstigen Lage befand, geriet sie in einen Freudentaumel, richtete einen hemmungslosen Großangriff auf die Bruderparteien und Bruderländer, die sich an den

Marxismus-Leninismus halten, und versuchte, wenn auch vergeblich, die Bruderparteien und Bruderländer zum Opfer ihres politischen Kuhhandels mit dem amerikanischen Imperialismus zu machen.

In Fällen aber, wenn die Führung der KPdSU mit ihrer falschen Politik nicht weit kommen konnte und sich in einer schwierigen Lage befand, geriet sie wegen ihrer Blamage in Wut, richtete ebenfalls einen hemmungslosen Großangriff auf die Bruderparteien und Bruderländer, die am Marxismus-Leninismus festhalten, und machte andere zum Sündenbock.

Aus den hier erwähnten Tatsachen ist ersichtlich, daß die Führung der KPdSU die Interessen des Sowjetvolkes, des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung und der revolutionären Völker der ganzen Welt verletzt und den Weg des totalen Verrats am proletarischen Internationalismus beschritten hat.

All diese Tatsachen zeigen klar, daß die Führung der KPdSU dem Marxismus-Leninismus ihren Revisionismus, dem proletarischen Internationalismus ihren Großmacht-Chauvinismus und ihren nationalen Egoismus, der internationalen Einheit des Proletariats ihr Sektierertum und Spaltertum entgegensetzte. So wurde die Führung der KPdSU, in den Fußstapfen aller Opportunisten und Revisionisten in der Geschichte schreitend, zum Urheber von Spaltungen in der gesamten kommunistischen Weltbewegung, im sozialistischen Lager und in vielen Bruderparteien.

In ihrem Revisionismus und Spaltertum ist die Führung der KPdSU noch gefährlicher als alle anderen Opportunisten und Spalter der Vergangenheit und Gegenwart. Weiß doch ein jeder, daß dieser Revisionismus in der KPdSU aufgetreten ist, in der von Lenin geschaffenen Partei, die in der Welt größtes Ansehen genießt, in dem ersten sozialistischen Staat der Welt, der großen Sowjetunion. Viele Jahre hindurch blickten die Marxisten-Leninisten und die revolutionären Völker der Welt mit großer Hochachtung auf die KPdSU, sahen in der Sowjetunion die Basis der Weltrevolution und nahmen sie sich zum

Vorbild in ihrem Kampf. Unter Mißbrauch dieses Verhältnisses, des Prestiges der Partei Lenins und des Ansehens des ersten sozialistischen Staates verdeckt die Führung der KPdSU das Wesen ihres Revisionismus und Spaltertums und führt diejenigen hinters Licht, die die Wahrheit nicht kennen. Zugleich treibt sie ihr übliches Doppelspiel, indem sie in Worten lautstark „Einheit“, „Einheit“ ruft, in der Tat aber Spaltertätigkeit und nochmals Spaltertätigkeit ausübt. Dieses Manöver vermochte in gewissem Maße und für eine gewisse Zeit die Menschen zu täuschen. Nicht wenige Leute, die ein traditionelles Vertrauen zur KPdSU hatten und die Wahrheit nicht kannten, konnten den Revisionismus und das Spaltertum der Führung der KPdSU nicht rechtzeitig erkennen.

Da die Führung der KPdSU über die Macht eines großen sozialistischen Staates verfügt und einen weitreichenden internationalen Einfluß ausübt, ist der gewaltige Schaden, den sie mit ihrem Kurs des Revisionismus und Spaltertums der internationalen kommunistischen Bewegung und der Sache der proletarischen Weltrevolution zufügte, unvergleichlich größer als der Schaden, den die Opportunisten und Spalter in der Vergangenheit je angerichtet haben.

Man muß feststellen, daß die Führung der KPdSU der größte Revisionist sowie der größte Sektierer und Spalter in der Geschichte ist.

Es ist bereits klar, daß der Revisionismus und das Spaltertum der Führung der KPdSU die Flut des Revisionismus im Weltmaßstab noch bedeutend höher getrieben und so dem Imperialismus und den Reaktionären aller Länder einen riesigen Dienst erwiesen haben.

Der Revisionismus und das Spaltertum der Führung der KPdSU sind ein Produkt sowohl des üppigen Wachstums der bürgerlichen Elemente innerhalb der Sowjetunion als auch der imperialistischen Politik, insbesondere der Politik der Atomerpressung und der „friedlichen Evolution“, die vom amerikanischen Imperialismus betrieben wird. Umgekehrt dienen ihre revisionistischen und spalterischen Theorien und

politischen Maßnahmen einerseits den sich rasch ausbreitenden kapitalistischen Kräften in der Sowjetunion, andererseits dem Imperialismus; sie tragen zur Lähmung des revolutionären Willens und zur Behinderung des revolutionären Kampfes der Völker der Welt bei.

In der Tat findet die Führung der KPdSU begeisterte Anerkennung und Beifall bei den Imperialisten und ihren Handlangern.

Die amerikanischen Imperialisten loben besonders die Handlungen Chruschtschows, die auf die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung abzielen. Sie sagen: „Es scheint klar auf der Hand zu liegen, daß es Chruschtschow mit seinem Wunsch nach einer Entspannung gegenüber dem Westen so sehr ernst meint, daß er, um dieses Ziel zu erreichen, bereit ist, eine Spaltung der kommunistischen Bewegung zu riskieren.“¹ Sie sagen ferner: „Nikita Chruschtschow hat den einheitlichen Block aus den Tagen Stalins unwiderruflich zerschlagen. Das ist vielleicht der größte Dienst, den Chruschtschow — nicht dem Kommunismus, sondern der westlichen Welt erwiesen hat.“² „Wir müssen ihm dafür danken, daß er in seinen Beziehungen zu den Chinesen Irrtümer begeht . . . Wir müssen ihm dafür danken, daß er eine Menge ziemlich anmaßender und plötzlicher Initiativen ergreift und damit in der internationalen kommunistischen Bewegung Verwirrung stiftet.“³

Sie stellen fest, Chruschtschow sei „der beste sowjetische Ministerpräsident, den sich der Westen als Verhandlungspartner erwarten kann, und . . . er [der Westen] muß sich vorläufig bemühen, alle Aktionen zu vermeiden, die seine [Chru-

¹ „Gelegenheiten für Diplomatie: Risse in den Blöcken“, „The Nation“ (USA), 9. Februar 1963

² „Moskau und Peking: Wie breit ist der Spalt?“, „Newsweek“ (USA), 26. März 1962

³ „Hat Chruschtschow durch das Teststoppabkommen seine Handlungsweise geändert?“, „U.S. News and World Report“, 30. September 1963

schtschows] Position weiter schwächen könnten¹. Sie sagen: „Die amerikanische Regierung ist jetzt überzeugt, daß die USA Chruschtschow in seinem Streit mit Rot-China maximale Unterstützung gewähren müssen.“²

In den Reihen der Claqueure, die der Führung der KPdSU Beifall klatschen, finden sich die Trotzlisten, die schon längst politisch Bankrott gemacht haben. In den Grundfragen des Verhaltens zu Stalin, zum amerikanischen Imperialismus und zum jugoslawischen Revisionismus unterstützen die Trotzlisten aktiv die Führung der KPdSU. Sie sagen: „Die durch den XX. Parteitag, vor allem aber durch den XXII. Parteitag der KPdSU geschaffene Situation ist für die Wiederbelebung unserer Bewegung in den Arbeiterstaaten selbst besonders günstig.“³ Und weiter: „Wir haben uns darauf mehr als 25 Jahre vorbereitet. Jetzt müssen wir da mitmachen und uns dabei kräftig ins Zeug legen.“⁴ Sie proklamieren: „Wir müssen der Chruschtschow-Richtung in ihrem Kampf für die Entstalinisierung und gegen die konservativeren Tendenzen eine kritische Unterstützung gewähren.“⁵

Seht nur, wie alle Feinde der Revolution der Führung der KPdSU eifrig das Rückgrat steifen! Der Grund dafür besteht darin, daß sie mit den Führern der KPdSU eine gemeinsame Sprache in der Frage des Verhaltens zum Marxismus-Leninismus und zur Weltrevolution gefunden haben und daß der von

¹ „Die kommunistische Einheit wird in den USA als etwas Vergangenes angesehen“, „Times“ (London), 17. Januar 1962

² „Das Periskop“, „Newsweek“ (USA), 1. Juli 1963

³ „Die internationale Lage und unsere Aufgaben“, eine Resolution, die auf dem Wiedervereinigungskongreß der sogenannten „IV. Internationale“ der Trotzlisten im Juni 1963 angenommen wurde

⁴ „Die neue Etappe der russischen Revolution und die Krise des Stalinismus“, eine Resolution, die vom Nationalausschuß der trotzkistischen „Sozialistischen Arbeiterpartei der USA“ in seiner Sitzung vom 13. bis 15. April 1956 angenommen wurde

⁵ „Der Widerhall des XXII. Parteitags der KPdSU“, Resolution des Internationalen Sekretariats der trotzkistischen sogenannten „IV. Internationale“ vom 5. Dezember 1961

der Führung der KPdSU eingeschlagene Kurs des Revisionismus und des Spaltertums den konterrevolutionären Bedürfnissen der amerikanischen Imperialisten entgegenkommt.

Wie Lenin sagte, versteht die Bourgeoisie, „daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst.“¹ Heute überlassen die imperialistischen Herren gern der Führung der KPdSU die Rolle des Schrittmachers bei der Sabotage der Sache der proletarischen Weltrevolution.

Die Führung der KPdSU ist es, die die ernste Gefahr der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung heraufbeschworen hat; sie versucht aber, die Schuld auf die anderen abzuwälzen, bezichtigt die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien verleumderisch des „Spaltertums“ und „Sektierertums“, erfindet eine Unzahl von Beschuldigungen gegen sie.

Im folgenden halten wir es für notwendig, die wichtigsten der von der Führung der KPdSU gegen uns erhobenen verleumderischen Beschuldigungen Punkt für Punkt zu widerlegen.

ZURÜCKWEISUNG DER BESCHULDIGUNG EINER „ANTISOWJETISCHEN EINSTELLUNG“

Die Führung der KPdSU bezichtigt jeden, der sich ihrem Revisionismus und ihrer Politik der Spaltung entgegenstellt oder diese kritisiert, der „antisowjetischen Einstellung“. Das ist eine ungeheuerliche Beschuldigung. Gegen den ersten sozialistischen Staat und gegen die von dem großen Lenin geschaffene Partei aufzutreten, wäre doch in der Tat unverzeihlich!

¹ Lenin, „II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ (1), Werke, Bd. 31

Trotzdem raten wir der Führung der KPdSU, sich nicht allzu theatralisch zu gebärden; die Beschuldigung einer antisowjetischen Einstellung kann uns doch keinesfalls treffen.

Ferner raten wir der Führung der KPdSU, sich nicht in falschen Hoffnungen zu wiegen; denn die Beschuldigung einer antisowjetischen Einstellung kann keinesfalls die Marxisten-Leninisten zum Schweigen bringen.

Wie alle Kommunisten und wie die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt bringen wir chinesischen Kommunisten dem großen Sowjetvolk, dem Sowjetstaat und der KPdSU seit eh und je unwandelbare Hochachtung und aufrichtige Liebe entgegen; denn das Sowjetvolk war es, das unter der Führung der Leninschen Partei die siegreiche Fackel der Oktoberrevolution entzündet und die neue Epoche der proletarischen Weltrevolution eingeleitet hat, das in den folgenden Jahren die Vorhut auf dem Wege zum Kommunismus gewesen ist; und es waren die KPdSU und der Sowjetstaat, die unter Führung Lenins und Stalins eine marxistisch-leninistische Innen- und Außenpolitik durchführten, beim sozialistischen Aufbau beispiellose Erfolge errangen, den größten Beitrag im antifaschistischen Krieg leisteten und den revolutionären Kampf des Proletariats und der Werktätigen aller Länder auf internationalistische Weise unterstützten.

Kurz vor seinem Tod sagte Stalin: „Begeistert von der Kühnheit und den Erfolgen unserer Partei gaben ihr die Vertreter der Bruderparteien den Namen ‚Stoßbrigade‘ der revolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung der Welt. Damit gaben sie der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfolge der ‚Stoßbrigade‘ die Lage der unter dem Joch des Kapitalismus schmachenden Völker erleichtern würden. Ich denke, daß unsere Partei diese Hoffnungen gerechtfertigt hat.“¹

Stalin sagte mit Recht, daß die von Lenin begründete KPdSU die Hoffnungen der Kommunisten der ganzen Welt gerechtfertigt hat. Diese Partei war der Bewunderung und Unter-

stützung würdig, die sie bei allen Bruderparteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Chinas, genoß.

Aber die Führung der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze begann seit dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin heftig anzugreifen und schlug den Weg des Revisionismus ein. Kann man sagen, daß sie die Hoffnungen der Kommunisten der ganzen Welt rechtfertigte? Nein, das kann man nicht.

In seinem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ stellte das ZK der KP Chinas fest, daß die Völker der sozialistischen Länder, das internationale Proletariat und die Werktätigen an die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder folgende gemeinsame Forderungen richten:

1. „Die marxistisch-leninistische Linie einzuhalten und eine korrekte marxistisch-leninistische Innen- und Außenpolitik zu verfolgen“;

2. „die Diktatur des Proletariats und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter Führung des Proletariats zu festigen, die sozialistische Revolution an der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Front zu Ende zu führen“;

3. „die Initiative und Schöpferkraft der Volksmassen zu entfalten, den sozialistischen Aufbau planmäßig durchzuführen, die Produktion zu entwickeln, den Lebensstandard des Volkes zu verbessern, die nationale Verteidigung zu stärken“;

4. „auf Grundlage des Marxismus-Leninismus die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zu festigen, auf Grundlage des proletarischen Internationalismus die gegenseitige Unterstützung der sozialistischen Länder zu gewährleisten“;

5. „gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus, für die Verteidigung des Weltfriedens zu kämpfen“;

6. „die antikomunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Politik der Reaktionäre aller Länder zu bekämpfen“;

7. „die unterdrückten Klassen und unterjochten Nationen der Welt in ihrem revolutionären Kampf zu unterstützen“.

¹ J. W. Stalin, Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU

Das ZK der KP Chinas stellte dazu fest, die kommunistischen Parteien aller sozialistischen Länder seien „ihrem eigenen Volk wie auch dem internationalen Proletariat und den Werktätigen gegenüber verpflichtet, diese Forderungen zu erfüllen“.

Stattdessen kehrte die Führung der KPdSU diesen Forderungen den Rücken, enttäuschte die Hoffnungen der Bruderparteien und schlug die Linie des Revisionismus und Spaltertums ein. Das widersprach nicht nur den Interessen des internationalen Proletariats und aller Werktätigen, sondern auch den Interessen der KPdSU, des Sowjetstaates und des Sowjetvolkes selbst.

Nicht die anderen, sondern gerade die Führung der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze ist antisowjetisch eingestellt.

Die Führung der KPdSU verdammt Stalin in Bausch und Bogen und malte die erste Diktatur des Proletariats und das sozialistische System in düsteren und grauerregenden Farben. Wenn das keine antisowjetische Haltung ist, was ist es denn?

Die Führung der KPdSU proklamierte die Abschaffung der Diktatur des Proletariats, änderte den proletarischen Charakter ihrer Partei und öffnete den kapitalistischen Kräften in der Sowjetunion die Schleusen. Wenn das keine antisowjetische Haltung ist, was ist es denn?

Die Führung der KPdSU strebt eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit an, umschmeichelt den amerikanischen Imperialismus auf jegliche Weise, treibt die Kriecherei und Unterwürfigkeit auf die Spitze und entwürdigt so die große Sowjetunion. Wenn das kein antisowjetisches Verhalten ist, was ist es denn?

Die Führung der KPdSU verfolgt eine großmachtchauvinistische Politik, behandelt die sozialistischen Bruderstaaten wie Vasallenstaaten und bringt so den Sowjetstaat in Verruf. Wenn das kein antisowjetisches Verhalten ist, was ist es denn?

Die Führung der KPdSU wendet sich gegen den revolutionären Kampf der Völker verschiedener Länder und behindert

ihn, tritt als Apologet des Imperialismus und Neokolonialismus auf und hat so die ruhmreiche internationalistische Tradition der Leninschen Partei in den Schmutz gezerzt. Wenn das keine antisowjetische Haltung ist, was ist es denn?

Mit einem Wort, das Verhalten der Führung der KPdSU brachte der großen Sowjetunion und der KPdSU Schmach und Schande, fügte den Grundinteressen des Sowjetvolkes schweren Schaden zu. Dieses Verhalten ist nicht anders zu bezeichnen, denn als durch und durch antisowjetisch.

Unter diesen Umständen konnten die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien und Marxisten-Leninisten im Interesse der Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und der Einheit der kommunistischen Weltbewegung selbstverständlich nicht umhin, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus gemäß eine strenge Kritik an dem revisionistischen und spalterischen Kurs der Führung der KPdSU zu üben. Wir treten lediglich den revisionistischen und spalterischen Irrtümern der Führung der KPdSU entgegen. Und wir tun das, um die von Lenin geschaffene KPdSU sowie die Grundinteressen der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates, und des Sowjetvolkes zu verteidigen. Wie kann das als „antisowjetische Einstellung“ bezeichnet werden?

Ob jemand die Sowjetunion verteidigt, oder gegen sie auftritt, ist daraus zu ersehen, ob er tatsächlich die marxistisch-leninistische Linie und die Prinzipien des proletarischen Internationalismus verteidigt oder nicht, ob er tatsächlich für die Grundinteressen der KPdSU, der Sowjetunion und des Sowjetvolkes eintritt oder nicht. Eine ernste Kritik am Revisionismus und Spaltertum der Führung der KPdSU dient ja gerade dem Schutz der Sowjetunion. Andererseits ist der von der Führung der KPdSU verfolgte Kurs des Revisionismus und Spaltertums in Wirklichkeit gegen die Sowjetunion gerichtet; diesem irrigen Kurs zu folgen oder sich ihm zu unterwerfen, bedeutet keineswegs, die Sowjetunion zu schützen, sondern lediglich der Führung der KPdSU zu helfen, daß sie die Grundinteressen des Sowjetvolkes verletzen kann.

An dieser Stelle möchten wir an die Haltung erinnern, die Lenin am Anfang des 20. Jahrhunderts den Führern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegenüber einnahm. Damals war die SPD die größte und einflußreichste Partei der II. Internationale. Sobald Lenin den Opportunismus der Führer der SPD erkannt hatte, warnte er die russischen Sozialdemokraten, „die am wenigsten glänzenden Seiten der deutschen Sozialdemokratie als ein nachahmenswertes Beispiel hinstellen“¹. Er sagte an anderer Stelle: „Die Fehler der deutschen Führer müssen wir furchtlos und offen kritisieren, wenn wir dem Geist von Marx treu bleiben und den russischen Sozialisten helfen wollen, den gegenwärtigen Aufgaben der Arbeiterbewegung gerecht zu werden.“²

Im Geiste des Vermächtnisses Lenins möchten wir die Führung der KPdSU warnen: Wenn ihr eure revisionistischen Fehler nicht korrigiert, werden wir fortfahren, euch im Interesse der KPdSU, des Sowjetstaates und des Sowjetvolkes, zum Nutzen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung sowie um ihrer Einheit willen „furchtlos und offen“ zu kritisieren.

ZURÜCKWEISUNG DER BESCHULDIGUNG EINES „GRIFFES NACH DER FÜHRUNG“

Die Führung der KPdSU unterschiebt unserer Kritik an ihrem Kurs des Revisionismus und Spaltertums und unserem Kampf dagegen die Absicht, „nach der Führung zu greifen“.

Vor allem möchten wir die Führung der KPdSU fragen: Ihr behauptet, wir „griffen nach der Führung“. Wem sollten wir sie dann eigentlich wegnehmen wollen? In wessen Händen liegt sie jetzt? Gibt es überhaupt in der internationalen

¹ Lenin, „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart“, veröffentlicht im „Kalender für alle für das Jahr 1908“, Werke, Bd. 13

² Lenin, „Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften“, Werke, Bd. 13

kommunistischen Bewegung eine solche, alle Bruderparteien beherrschende Führung, und liegt sie derzeit in euren Händen?

Es scheint, daß die Führung der KPdSU sich tatsächlich als den natürlichen Führer betrachtet, der über allen Bruderparteien steht. Nach der Logik der Führung der KPdSU sind ihr Programm, ihre Resolutionen und Erklärungen samt und sonders heilige Gesetze. Jede Bemerkung, ja sogar jedes Wort Chruschtschows ist ein kaiserliches Dekret, mögen sie noch so falsch oder absurd sein. Alle Bruderparteien haben ihr nur untätigst zu gehorchen und blind Folge zu leisten, dürfen aber keinesfalls sie kritisieren oder sich ihr widersetzen. Das ist krasseste Tyrannei, die krasseste Ideologie feudaler Autokraten.

Die Führung der KPdSU möge sich aber gesagt sein lassen, daß die kommunistische Weltbewegung kein feudaler Klan ist. Alle Bruderparteien, ausnahmslos, ob groß oder klein, ob alt oder neu, ob an der Regierung oder nicht, sind unabhängig, selbständig und gleichberechtigt. Keine internationale Beratung der Bruderparteien, keine von allen Bruderparteien einmütig beschlossene Vereinbarung hat je festgelegt, daß es übergeordnete und untergeordnete, führende und geführte Parteien gebe, daß eine Partei der Vater sei und andere Parteien dessen Söhne, oder daß die Führung der KPdSU als oberster Beherrscher der Bruderparteien zu gelten habe.

Aus der Geschichte der revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats weiß man, daß, infolge der ungleichmäßigen Entwicklung der Revolution, in den einzelnen historischen Etappen das Proletariat und seine Partei in diesem oder jenem Lande die Vorhut der Gesamtbewegung bildeten.

Marx und Engels wiesen darauf hin, daß die britische Gewerkschaftsbewegung und der politische Kampf der französischen Arbeiter nacheinander eine Avantgarderolle in der Bewegung des Proletariats aller Länder spielten. Nach der Niederlage der Pariser Kommune waren, wie Engels sagte, „die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des

proletarischen Kampfes gestellt worden“. Und Engels fuhr fort: „Wie lange die Ereignisse ihnen diesen Ehrenposten lassen werden, läßt sich nicht vorhersagen . . . vor allem aber gilt es, sich den echt internationalen Sinn zu wahren, der keinen patriotischen Chauvinismus aufkommen läßt und der jeden neuen Schritt in der proletarischen Bewegung mit Freuden begrüßt, einerlei von welcher Nation er ausgeht.“¹

Am Anfang des 20. Jahrhunderts standen die Arbeiter Rußlands in der Vorhut der Bewegung des internationalen Proletariats und verwirklichten die erste siegreiche proletarische Revolution in der Geschichte.

Lenin sagte 1919: „Zeitweilig — selbstverständlich nur für kurze Zeit — ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in verschiedenen Perioden des 19. Jahrhunderts die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben.“²

„Vorhut“ im Sinne von Engels und „Hegemonie“, wie es Lenin meinte, bedeuten keineswegs, daß eine Partei, die in die Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung gestellt wurde, mit anderen Bruderparteien herumkommandieren könnte, oder daß andere Bruderparteien ihr zu gehorchen hätten. Als die SPD in der Vorhut der Bewegung war, sagte Engels: „Sie hat kein Recht, im Namen des europäischen Proletariats zu sprechen, besonders nicht etwas Falsches zu sagen.“³ Als die Kommunistische Partei Rußlands (B) zur Avantgarde der Bewegung wurde, sagte Lenin: „ . . . in Voraussicht all der Entwicklungsstadien in den anderen Ländern soll man nichts aus Moskau dekretieren.“⁴

¹ Engels, [Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“], Marx/Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1962, Bd. 18, Seite 517

² Lenin, „Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte“, Werke, Bd. 29

³ Engels an A. Bebel, (18.—28. März 1875), Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 345

⁴ Lenin, „Bericht über das Parteiprogramm auf dem VIII. Parteitag der KPR(B)“, Werke, Bd. 29

Aber selbst diese Vorhutposition, die Engels und Lenin erwähnten, ist nicht etwas für lange Zeit Feststehendes, sondern sie verändert sich mit den jeweils geänderten Bedingungen. Die Veränderung hängt nicht von dem subjektiven Wunsch eines Einzelnen oder einer Partei ab, sondern von den historischen Umständen. Unter veränderten Bedingungen können andere Parteien in die Vorhut der Bewegung treten. Wenn eine Partei, die früher die Position der Avantgarde innehatte, einen revisionistischen Weg einschlägt, muß sie zwangsläufig diese Position einbüßen, auch wenn sie die größte Partei mit dem größten Einfluß war. Genau das ist der SPD widerfahren.

In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung gab es eine Periode, da die Kommunistische Internationale eine zentralisierte Führung aller kommunistischen Parteien darstellte. Die Komintern spielte beim Entstehen und Heranreifen der kommunistischen Parteien in verschiedenen Ländern eine bedeutsame historische Rolle. Als jedoch die kommunistischen Parteien herangereift waren und die Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung komplizierter wurde, hörte die Notwendigkeit und zugleich die Möglichkeit für das Weiterbestehen der zentralisierten Führung durch die Komintern auf. Das Präsidium ihres Exekutivkomitees erklärte 1943 in einer Entschließung, in der die Auflösung der Kommunistischen Internationale vorgeschlagen wurde: „Da die innere und die internationale Lage komplizierter geworden sind, wird man auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, wenn man die verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes mit Hilfe eines internationalen Zentrums lösen will.“ Die Geschichte zeigt, daß diese Entschließung der Realität Rechnung trug und richtig war.

Heutzutage ist in der internationalen kommunistischen Bewegung die Frage, wer das Recht auf die Führung habe, gegenstandslos. Die Beziehungen zwischen den Bruderparteien sollen auf ihrer Unabhängigkeit, Selbständigkeit und völligen Gleichheit, zugleich aber auch auf ihrer Solidarität beruhen.

In Fragen von gemeinsamem Interesse sollen die Bruderparteien auf dem Wege von Konsultationen ihre Ansichten in Übereinstimmung bringen und ihre gemeinsamen Aktionen im Kampf um die gemeinsamen Ziele aufeinander abstimmen. Diese Regeln für die Beziehungen zwischen Bruderparteien sind in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 klar festgelegt worden.

Wenn die Führung der KPdSU sich selbst als Führer der internationalen kommunistischen Bewegung ansieht und alle anderen Bruderparteien als ihre Untergebenen behandelt, bedeutet das einen klaren Verstoß gegen die in der Deklaration und der Erklärung festgelegten Regeln.

Selbstverständlich ist die Situation der einzelnen Bruderparteien infolge der verschiedenen historischen Situation eine verschiedene. Parteien, die eine siegreiche Revolution durchgeführt haben, unterscheiden sich von solchen, die noch nicht gesiegt haben; Parteien, die den Sieg früher errungen haben, unterscheiden sich von solchen, die erst später zu ihrem Sieg gekommen sind. Aber diese Unterschiede besagen bloß, daß den Parteien, die schon den Sieg errungen haben, vor allem jenen, die zuerst siegreich waren, eine noch größere internationalistische Verantwortung zufällt, daß sie verpflichtet sind, die anderen Bruderparteien zu unterstützen; sie geben diesen Parteien aber niemals das Recht, über die anderen Bruderparteien zu herrschen.

Die KPdSU wurde von Lenin und Stalin geschaffen. Sie ist die erste Partei, die den Sieg in der proletarischen Revolution errungen, die Diktatur des Proletariats errichtet und den Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen hat. Es wäre nur logisch, wenn die KPdSU die revolutionäre Tradition Lenins und Stalins fortsetzte, eine größere Verantwortung für die Unterstützung der anderen Bruderparteien und Bruderländer auf sich nähme und in der Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung stünde.

Gerade unter Berücksichtigung dieser historischen Umstände äußerte die KP Chinas ihre aufrichtige Hoffnung, daß die

KPdSU diese ruhmreiche historische Mission auf sich nehmen werde. Die Delegation der KP Chinas legte auf der Moskauer Beratung der Bruderparteien von 1957 Nachdruck auf die Feststellung, daß die Sowjetunion an der Spitze des sozialistischen Lagers stehe. Denn die Führung der KPdSU nahm, obwohl sie vorher einige Fehler begangen hatte, schließlich doch die von allen Bruderparteien gemeinsam ausgearbeitete Moskauer Deklaration an. Die von uns vorgeschlagene Formulierung bezüglich des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze wurde in die Deklaration aufgenommen.

Unserer Meinung nach widerspricht es durchaus nicht dem Prinzip der Gleichheit aller Bruderparteien, wenn eine Partei an ihrer Spitze steht. Denn das bedeutet doch keineswegs, daß die KPdSU das Recht hätte, über die anderen Bruderparteien zu verfügen, sondern nur, daß sie eine größere Verantwortung trägt, mehr Pflichten hat.

Aber die Führung der KPdSU ist mit dieser Position „an der Spitze“ unzufrieden. Chruschtschow selbst beschwerte sich mehrmals darüber. Er sagte: „Was kann uns dieses ‚an der Spitze‘ materiell eintragen? Weder Milch noch Butter, weder Kartoffeln noch Gemüse oder Wohnungen. Was kann es uns moralisch geben? Nichts.“¹ Ein anderes Mal sagte er: „Was nützt uns dieses ‚an der Spitze‘? Zum Teufel damit!“²

Die Führung der KPdSU lehnt es zwar in Worten ab, „an der Spitze“ aller Bruderparteien zu stehen, verlangt aber in der Tat das Privileg, über ihnen zu stehen. Sie stellt an sich selbst nicht die Anforderung, bei der Befolgung der marxistisch-leninistischen Linie und Erfüllung der proletarisch-internationalistischen Pflichten in der Vorhut der kommunistischen Weltbewegung zu stehen, und fordert noch von den anderen Bruderparteien, ihrem Kommandostab zu gehorchen und

¹ Rede Chruschtschows auf dem Bankett zu Ehren der Delegationen der Bruderparteien der sozialistischen Länder, 4. Februar 1960

² Rede Chruschtschows auf der Bukarester Beratung der Vertreter von zwölf Bruderparteien, 24. Juni 1960

ihr auf dem Wege des Revisionismus und Spaltertums zu folgen.

Indem die Führung der KPdSU den Weg des Revisionismus und Spaltertums einschlug, büßte sie ihre Position „an der Spitze“ der internationalen kommunistischen Bewegung automatisch ein. Wenn man heute in bezug auf die Führung der KPdSU den Ausdruck „an der Spitze“ gebrauchen kann, so nur in dem Sinne, daß sie an der Spitze der Revisionisten und Spalter marschiert.

Die Frage, vor der heute alle Kommunisten und die gesamte kommunistische Weltbewegung stehen, lautet nicht, wer wen führen soll, sondern, ob man am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festhalten oder sich dem Revisionismus und Spaltertum der Führung der KPdSU unterwerfen soll. Wenn also die Führung der KPdSU die Verleumdung verbreitet, daß wir „die Führung ergreifen“ wollten, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie von uns und den anderen Bruderparteien die Unterwerfung unter ihre revisionistische und spalterische Führung verlangt.

ZURÜCKWEISUNG DER BESCHULDIGUNG EINER „BRECHUNG DES WILLENS DER MEHRHEIT“ UND EINES „VERSTOSSES GEGEN DIE INTERNATIONALE DISZIPLIN“

Eines der von der Führung der KPdSU seit 1960 bei ihren Angriffen auf die KP Chinas am häufigsten verwendeten Argumente ist die Beschuldigung, daß die KP Chinas „den Willen der Mehrheit breche“ und „gegen die internationale Disziplin verstoße“. Werfen wir nun einen Rückblick auf die Debatte zwischen uns und der Führung der KPdSU über diese Frage.

Während der Bukarester Beratung im Juni 1960 unternahm die Führung der KPdSU einen plötzlichen Überfall auf die KP Chinas durch Verteilung ihres Informationsschreibens, in dem die KP Chinas angegriffen wurde, und durch Zusammenstop-

pelung einer Mehrheit, mit deren Hilfe sie versuchte, sich die KP Chinas zu unterwerfen. Dieser Versuch mißlang zwar, doch stellte die Führung der KPdSU nach dieser Beratung die These auf, daß sich in den Beziehungen zwischen Bruderparteien die Minderheit der Mehrheit unterordnen müsse. Unter dem Vorwand, daß Vertreter von Dutzenden Parteien gegen den Standpunkt der KP Chinas aufgetreten wären, verlangte sie, daß die KP Chinas die bei der Bukarester Beratung „einstimmig zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Willensbekundungen respektiere“.

In dem Antwortschreiben auf das Informationsschreiben des ZK der KPdSU vom 10. September 1960 wies das ZK der KP Chinas diese falsche These zurück und führte aus: „Wer in seiner Stellungnahme zu prinzipiellen Grundfragen des Marxismus-Leninismus Recht und wer Unrecht hat, kann nicht in allen Fällen durch eine Mehrheitsentscheidung beurteilt werden. Denn Wahrheit bleibt schließlich Wahrheit, und auch eine zeitweilige Mehrheit kann Irrtum nicht in Wahrheit verwandeln, ebensowenig wie eine zeitweilige Minderheit Wahrheit in Irrtum verwandeln kann.“

Das ZK der KPdSU wiederholte aber in seinem Schreiben vom 5. November 1960 die absurde These von der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit in der internationalen kommunistischen Bewegung und hielt unter Berufung auf ein Zitat aus dem Artikel Lenins „Die Duma-„Sieben““ der KP Chinas vor, daß sie „die Meinung der Mehrheit der Bruderparteien nicht respektieren wolle“ und „im Grunde genommen gegen die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung aufträte“.

Bei der Moskauer Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 wies die Delegation der KP Chinas abermals die falsche These der Führung der KPdSU zurück. Sie stellte fest: Unter den gegenwärtigen konkreten Bedingungen, da keine zentrale Führung wie die Komintern besteht, noch bestehen soll, ist es völlig falsch, das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit auf die Beziehungen zwischen den Bru-

derparteien anzuwenden. Innerhalb einer Partei muß das Prinzip gewahrt bleiben, daß sich die Minderheit der Mehrheit und die untere Parteiorganisation der höheren unterordnet; in den Beziehungen zwischen verschiedenen Bruderparteien kann es aber nicht Geltung haben. Die Beziehungen zwischen verschiedenen Bruderparteien sind dadurch gekennzeichnet, daß jede einzelne Partei ihre Unabhängigkeit wahrt und zugleich mit allen anderen solidarisch ist. Hier gibt es keine Unterordnung einer Minderheit unter eine Mehrheit, geschweige denn einer unteren Parteiorganisation unter eine höhere. Über alle Fragen, die die Bruderparteien gemeinsam betreffen, kann im Einklang mit dem Prinzip der Konsultationen nur so entschieden werden, daß man Diskussionen abhält und zu einer einstimmigen Vereinbarung gelangt.

Die Delegation der KP Chinas stellte fest, daß das ZK der KPdSU durch das in seinem Schreiben aufgestellte Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit durch Konsultationen offenkundig negiert hat. Unsere Delegation fragte: „Auf welches überparteiliche Statut stützt sich denn das ZK der KPdSU, wenn es ein derartiges Organisationsprinzip aufstellt? Wann und wo haben denn die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder ein solches überparteiliches Statut angenommen?“

Sodann entlarvte die Delegation der KP Chinas den schlaunen Trick des ZK der KPdSU, das absichtlich das Wort „Rußland“ in dem in seinem Schreiben angeführten Zitat aus dem Artikel Lenins „Die Duma-„Sieben““, der sich mit der Lage innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands befaßte, ausließ, um so das nur innerhalb einer Partei gültige Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit auf die Beziehungen zwischen Bruderparteien zu übertragen.

Die Delegation der KP Chinas führte weiter aus: „Selbst innerhalb einer Partei, wo auf organisatorischem Gebiet das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit eingehalten werden muß, kann man nicht sagen, daß auf dem

Gebiet der Ideologie Wahrheit von Irrtum jederzeit danach zu unterscheiden wäre, ob es die Meinung einer Mehrheit oder einer Minderheit ist. Gerade in diesem Artikel *Die Duma-„Sieben“* kritisierte Lenin schärfstens das niederträchtige Vorgehen der sieben Liquidatoren in der damaligen Duma-Fraktion, die unter Ausnützung ihrer Mehrheit von nur einer Stimme die in der Minderheit befindlichen Marxisten sich unterwerfen wollten. Lenin stellte fest, daß die sieben Liquidatoren, obwohl sie die Mehrheit hatten, nicht berechtigt waren, den einheitlichen Willen, die einheitlichen Beschlüsse und die einheitliche Taktik der Mehrheit der im Geist des Marxismus organisierten fortschrittlichen und klassenbewußten Arbeiter Rußlands zu vertreten. Daher war ihr ganzes Geschrei über die Einheit eine einzige Heuchelei. Lenin sagte: „Die sieben Unparteilichen wollen die sechs Marxisten verschlucken und verlangen, daß man das «Einheit» nennt.“ An anderer Stelle sagte Lenin, daß gerade die sechs Marxisten in der Duma-Fraktion „in Übereinstimmung mit diesem Willen [dem Willen der Mehrheit des Proletariats]“ gehandelt hatten. Nur wenn die sieben Abgeordneten „auf die Politik der Vergewaltigung verzichten“, kann die Einheit aufrechterhalten werden.“

Wie die Delegation der KP Chinas hervorhob, zeigen die Worte Lenins, „daß sogar innerhalb einer Parteigruppe nicht immer eine Mehrheit Recht hat. Im Gegenteil, die Mehrheit muß manchmal erst „auf die Politik der Vergewaltigung verzichten“, damit die Einheit aufrechterhalten werden kann. Umsomehr gilt das für die Beziehungen zwischen Bruderparteien! Die Genossen des ZK der KPdSU waren so voreilig mit der Zitierung dieser Äußerung Lenins, daß sie sich nicht einmal über den Sinn des Textes recht klargeworden sind. Darüber hinaus haben sie noch absichtlich ein wichtiges Wort ausgelassen. Aber dennoch verfehlten sie ihr Ziel!“

Wir haben aus der Rede der Delegation der KP Chinas auf der Moskauer Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 ausführlich zitiert, um zu zeigen, daß die von der Führung der

KPdSU gegen uns vorgebrachte Verleumdung, wir „brächen den Willen der Mehrheit“, von uns schon längst restlos zurückgewiesen wurde. Eben weil die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien entschlossen gegen diese absurde Behauptung der Führung der KPdSU kämpften, wurde das Prinzip der Herbeiführung der Einheit durch Konsultationen zwischen den Bruderparteien in die Erklärung von 1960 aufgenommen.

Jedoch auch jetzt noch fährt die Führung der KPdSU fort zu verlangen, daß „sich die Minderheit der Mehrheit unterwirft“. Das kann nur bedeuten, daß sie die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Bruderparteien der einzelnen Länder zu negieren und das Prinzip der Herbeiführung der Einheit durch Konsultationen zwischen den Bruderparteien aufzuheben wünscht. Die Führung der KPdSU versucht, unter dem Aushängeschild der „Mehrheit“ einige Bruderparteien zu zwingen, ihrem Willen zu gehorchen. Sie benutzt das so erlangte fiktive Übergewicht, um die marxistisch-leninistischen Bruderparteien anzugreifen. Allein dieses Vorgehen der Führung der KPdSU bedeutet schon nichts anderes als Sektierertum und Spaltertum und steht im Gegensatz zu der Deklaration und der Erklärung.

Wenn man heute von einer für alle kommunistischen Parteien verbindlichen internationalen Disziplin spricht, so kann nur von der Verpflichtung die Rede sein, die für die Beziehungen der Bruderparteien in der Deklaration und der Erklärung festgelegten Regeln einzuhalten. Wir haben anhand eines umfangreichen Tatsachenmaterials nachgewiesen, daß niemand anders als gerade die Führung der KPdSU diese absolut obligatorischen Regeln verletzt.

Sollte die Führung der KPdSU darauf bestehen, eine Einteilung in so etwas wie „Mehrheit“ und „Minderheit“ vorzunehmen, so möchten wir ihr ganz offen sagen: Wir erkennen eure Mehrheit nicht an. Die „Mehrheit“, auf die ihr euch stützt, ist eine vorgespiegelte. Die wahre Mehrheit ist nicht auf eurer Seite. Kann man dann wirklich behaupten, die

Mitglieder der Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, wären eine Minderheit in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung? Ihr und eure Anhänger habt euch von den Massen weitgehend losgelöst; wie könnt denn da ihr und eure Anhänger die große Masse der Parteimitglieder und des Volkes, die mit euren Fehlern nicht einverstanden ist, zu eurer angeblichen „Mehrheit“ rechnen?

Die Kardinalfrage lautet: Wer steht auf seiten der breiten Volksmassen, vertritt ihre Grundinteressen, gibt ihrem revolutionären Willen Ausdruck?

Als Lenin im Jahre 1916 auf die Lage in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sprechen kam, sagte er: „Liebknecht und Rühle, das sind nur 2 gegen 108. Aber diese beiden vertreten Millionen von Menschen, die ausgebeuteten Massen, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Zukunft der Menschheit, die Revolution, die von Tag zu Tag wächst und heranreift. Die 108 vertreten nur den Geist der Speichelleckerei eines kleinen Häufleins von Lakaien der Bourgeoisie innerhalb des Proletariats.“¹

Heute wünschen über 90% der Gesamtbevölkerung der Welt die Revolution, darunter auch solche Menschen, die noch nicht zu politischem Bewußtsein erwacht sind, letzten Endes aber dazu erwachen werden. Die tatsächliche Mehrheit sind die marxistisch-leninistischen revolutionären Parteien und die Marxisten-Leninisten, die die Grundinteressen der Volksmassen vertreten, nicht aber eine Handvoll Revisionisten, die diese Interessen verraten haben.

ZURÜCKWEISUNG DER BESCHULDIGUNG EINER „UNTERSTÜTZUNG PARTEIFEINDLICHER CLIQUEN INNERHALB DER BRUDERPARTEIEN“

Die Führung der KPdSU verleumdet uns im Offenen Brief ihres ZK folgendermaßen: „Die Führung der KPCh organi-

¹ Lenin, „Offener Brief an Boris Souvarine“, Werke, Bd. 23

siert und unterstützt verschiedene parteifeindliche Gruppen von Renegaten, die gegen die kommunistischen Parteien in den USA, in Brasilien, Italien, Belgien, Australien und Indien auftreten.“

Was ist die Wahrheit?

In den letzten Jahren entstehen tatsächlich in den kommunistischen Parteien einiger Länder Spaltungerscheinungen. Das ergibt sich in hohem Maße daraus, daß die Führung der KPdSU ihre revisionistische und spalterische Linie gewaltsam durchsetzt.

Da die Führung einiger kommunistischer Parteien die revisionistische Linie angenommen hat, welche die Führung der KPdSU ihnen aufdrängte, oder durch diese in ihrer eigenen revisionistischen Linie ermutigt wurde, führt sie die revolutionäre Bewegung ihres Landes in die Irre und fügt dadurch der revolutionären Sache ihres Landes Schaden zu. Im Kampf zwischen den zwei Linien in der kommunistischen Weltbewegung segelt sie im Kielwasser der Führung der KPdSU, plappert ihrem Meister nach und klatscht ihm Beifall. Die Führung dieser Parteien spielt dadurch eine negative Rolle in bezug auf die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung. All das kann nur zur weitgehender Unzufriedenheit, zu Widerstand und Opposition der Marxisten-Leninisten in ihren Parteien führen.

Diese Anhänger der Führung der KPdSU praktizieren nach deren Schablone auch in ihren Parteien die spalterische Politik. Sie verletzen den demokratischen Zentralismus und erlauben niemand, normale Diskussionen über die Differenzen hinsichtlich der Parteilinie und über die wichtigen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung zu führen. Mehr noch, sie greifen zu widerrechtlichen Methoden, verdrängen und verfolgen die prinzipienfesten Kommunisten, ja stoßen sie sogar aus der Partei aus. Das führt unvermeidlich dazu, daß der Kampf zwischen den beiden Linien innerhalb dieser Parteien eine besonders zugespitzte Form erhält.

Dem Wesen nach geht es bei dem Kampf innerhalb dieser kommunistischen Parteien darum, ob die marxistisch-leninistische Linie oder die revisionistische Linie befolgt werden soll, ob man die kommunistische Partei zu einer wirklichen Vorhut des Proletariats, zur echten revolutionären proletarischen Partei machen oder sie in Lakaien der Bourgeoisie und in Varianten der sozialdemokratischen Partei verwandeln soll.

Die Führung der KPdSU gab im Offenen Brief ihres ZK ein entstelltes Bild von den Kämpfen in den kommunistischen Parteien der USA, Brasiliens, Italiens, Belgiens, Australiens und Indiens. Sie beschimpfte die Marxisten-Leninisten, die von der revisionistischen Clique ihrer eigenen Parteien verdrängt und verfolgt werden, mit den gemeinsten Ausdrücken.

Kann die Führung der KPdSU die Wahrheit über die Kämpfe innerhalb dieser kommunistischen Parteien verdecken oder abändern, indem sie Schwarz für Weiß und Weiß für Schwarz ausgibt? Nein, gewiß nicht!

Nehmen wir zum Beispiel den Kampf innerhalb der KP Belgiens.

In der KP Belgiens bestehen schon seit langem Meinungsverschiedenheiten. Der Kampf innerhalb dieser Partei spitzte sich immer mehr zu, weil ihre ursprüngliche führende Gruppe immer tiefer in den revisionistischen Sumpf versank, den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus preisgab.

Die revisionistische Gruppe in der KP Belgiens ging während des konterrevolutionären Putsches in Ungarn sogar so weit, eine Erklärung auszugeben, in der die Sowjetunion wegen ihrer Hilfe für die ungarischen Werktätigen bei der Niederschlagung des Putsches verurteilt wurde.

Diese revisionistische Gruppe wandte sich gegen den bewaffneten Widerstand, den das kongolesische Volk seiner blutigen Unterdrückung durch die belgischen Kolonialisten entgensetzte. Sie billigte, daß der USA-Imperialismus unter Ausnützung der UNO in Kongo intervenierte und die nationale Unabhängigkeitsbewegung unterdrückte. Sie prahlte sogar

unverschämt damit, daß sie als erste an die Vereinten Nationen appelliert hatte, „die rasche und vollständige Verwirklichung der UNO-Beschlüsse zu fordern“¹.

Diese revisionistische Gruppe lobte die Tito-Clique für ihr revisionistisches Programm, das ihr zufolge „Ideen enthält, die den Marxismus-Leninismus bereichern“².

Diese revisionistische Gruppe setzte hemmungslos die Moskauer Erklärung von 1960 herab, indem sie behauptete, daß ihr Inhalt verworren sei und daß „alle 20 Zeilen ein Satz steht, der die Generallinie dieser Erklärung verletzt“³.

Diese revisionistische Gruppe arbeitete während des Generalstreiks der belgischen Arbeiter Ende 1960/Anfang 1961 darauf hin, den Kampfwillen der Arbeiter zu schwächen, tadelte sie wegen ihres Widerstands gegen die Repressalien der Polizei und Gendarmerie, den sie als „eine unbesonnene und unverantwortliche Aktion“⁴ bezeichnete.

Angesichts des vielfältigen Verrats dieser revisionistischen Gruppe an den Interessen der belgischen Arbeiterklasse und des internationalen Proletariats können die Marxisten-Leninisten Belgiens, mit Genossen Grippa an der Spitze, folgerichtigerweise nicht umhin, einen ernstlichen Kampf dagegen zu führen. Sie haben die Fehler der revisionistischen Gruppe in ihrer Partei aufgedeckt und kritisiert, haben die revisionistische Linie entschieden zurückgewiesen und sind ihr entgegengetreten.

¹ Interview von Ernest Burnelle mit einem Korrespondenten von „l'Humanité“ über die Kongo-Frage, „Le Drapeau Rouge“ (Organ der Kommunistischen Partei Belgiens), 26. Juli 1960

² „Die Kommunistische Partei Belgiens und der Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ — Kommentar von „Le Drapeau Rouge“, 22. April 1958

³ Rede von Jean Blume auf dem Kongreß der Brüsseler Föderation, 3. Dezember 1961; zitiert aus dem Artikel von Jacques Grippa „Für die marxistisch-leninistische Einheit der Partei, für die marxistisch-leninistische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung“, „Le Drapeau Rouge“, 22. Februar 1962

⁴ Jean Blume, „Für einen vollständigen und schnellen Sieg: Zwei kommunistische Vorschläge“, „Le Drapeau Rouge“, 29. Dezember 1960

Daraus ersieht man, daß der Kampf in der KP Belgiens ein Kampf zwischen der marxistisch-leninistischen und der revisionistischen Linie ist.

Wie führt nun die revisionistische Gruppe in der KP Belgiens den Kampf innerhalb der Partei? Sie betreibt eine sektiererische und spalterische Politik, greift zu rechtswidrigen Methoden, um die Kommunisten, die am prinzipiellen marxistisch-leninistischen Standpunkt festhalten, zu verfolgen und zu maßregeln. Auf dem XIV. Parteitag der KP Belgiens weigerte sie sich, Genossen Grippa und anderen Genossen das Wort zu erteilen, und erklärte sie widerrechtlich für aus der Partei ausgeschlossen, ohne auf die gegenteilige Meinung zahlreicher Parteimitglieder Rücksicht zu nehmen.

Unter diesen Umständen bekämpfen die Marxisten-Leninisten Belgiens mit Genossen Grippa an der Spitze, die an der revolutionären Linie festhalten, die revisionistische und spalterische Linie der bisherigen führenden Gruppe der KP Belgiens und setzen sich für den Wiederaufbau der KP Belgiens ein. Ist ihr Verhalten nicht absolut richtig und untadelig?

Die Führung der KPdSU unterstützt offen die revisionistische Gruppe und ermutigt sie, die belgischen Marxisten-Leninisten zu verfolgen und zu maßregeln. Das zeigt nur, daß sie selbst der Urheber von Spaltungen in Bruderparteien ist.

Bezüglich der KP Indiens ist die Entwicklung der Dinge sogar noch ernster.

Die Redaktion unserer „Renmin Ribao“ (Volkszeitung) hat in ihrem Artikel „Ein Spiegel für die Revisionisten“ vom 9. März 1963 auf Grund vieler Tatsachen darauf hingewiesen, daß die Renegaten-Clique mit Dange an der Spitze den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus, die revolutionäre Sache des Proletariats und des Volkes Indiens verraten und den Weg des nationalen Chauvinismus und des Klassenkapitulantenums eingeschlagen hat. Diese Clique hat, wie wir damals feststellten, die Führung der KP Indiens an sich gerissen und war im Begriffe, dem Willen der indischen Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer entspre-

chend, die KP Indiens in Lakaien der Nehru-Regierung, die das Interesse dieser Klassen vertritt, zu verwandeln.

Ist seither irgendeine Änderung bei der KP Indiens zu verzeichnen?

Jedermann kann jetzt sehen, daß die Dange-Clique ihren verräterischen Weg weiter geht. Sie predigt weiter die Klassenzusammenarbeit und die „Verwirklichung“ des indischen „Sozialismus“ durch die Nehru-Regierung. Sie unterstützte aktiv das riesige Budget der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung und die Maßnahmen der Nehru-Regierung zur Auspressung der Volksmassen. Im August 1963 sabotierte sie den Generalstreik in Bombay, an dem eine Million Menschen teilnahmen und der gegen die rücksichtslose Steuerpolitik gerichtet war. Sie versuchte, die Abhaltung einer Massenkundgebung in Kalkutta zu verhindern, auf der hunderttausend Menschen zusammenkamen und die Freilassung der verhafteten Kommunisten forderten. Sie setzt ihre wütende chinafeindliche Tätigkeit fort, unterstützt die Expansionspolitik der Nehru-Regierung und leistet ihr in der Politik, sich dem USA-Imperialismus zu verdingen, Gefolgschaft.

Je mehr ihre verräterischen Züge zutage treten, auf desto schärfere Opposition und Ablehnung seitens der breiten Masse der Parteimitglieder stoßen Dange und Konsorten. Es gibt immer mehr indische Kommunisten, die deutlich erkennen, daß Dange und Konsorten ein Unheil für die KP Indiens und für die indische Nation sind. Diese Genossen setzen sich jetzt für die Wiederbelebung der ruhmreichen revolutionären Kampftradition der KP Indiens ein. Sie sind die wahren Vertreter des indischen Proletariats, des indischen Volkes, sie sind ihre Hoffnung.

Die Führung der KPdSU erhebt ein großes Geschrei, daß angeblich die KP Chinas „Abtrünnige“ und „Renegaten“ unterstütze; in Wahrheit aber ist es niemand anderer als diese Führung selbst, die solche ausgemachte Abtrünnige und Renegaten wie Dange und seinesgleichen unterstützt.

Die Führung der KPdSU belegt Kommunisten vieler Länder, die den Mut haben, Revisionismus und Spaltertum zu bekämpfen, mit solchen Schimpfnamen wie „Abtrünnige“, „Renegaten“ und „parteifeindliche Elemente“. Was haben aber diese Kommunisten getan? Nichts anderes, als am Marxismus-Leninismus festzuhalten und auf einer revolutionären Partei mit einer revolutionären Linie zu bestehen. Meint die Führung der KPdSU wirklich, daß sie mit Beschimpfungen die Marxisten-Leninisten dieser Länder einschüchtern und dazu zwingen könnten, ihren Kampf für die richtige Linie und gegen die falsche einzustellen, ihn nicht zu Ende zu führen? Dieser Wunschtraum wird niemals in Erfüllung gehen.

Wahre Revolutionäre, wahre proletarische revolutionäre Kämpfer und wahre Marxisten-Leninisten — kämpferische Materialisten — sind seit eh und je furchtlose Leute, die keine Angst vor dem Geschimpfe der Reaktionäre und Revisionisten haben. Sie wissen, daß nicht die Reaktionäre und Revisionisten, mögen sie auch wie schreckenerregende Riesen aussehen, die Zukunft verkörpern, sondern „Niemande“ wie sie selber. Alle großen Männer waren einst „Niemande“. Die am Anfang anscheinend Unbedeutenden tragen aber, wenn sie im Besitz der Wahrheit sind und von den Massen unterstützt werden, letzten Endes den Sieg davon. So war es auch mit Lenin und der III. Internationale. Andererseits sind große Männer und große Organisationen, wenn sie der Wahrheit verlustig gehen und das Vertrauen der Massen einbüßen, unvermeidlich zur Schrumpfung, zum Abstieg und Untergang verurteilt. So erging es Bernstein, Kautsky und der II. Internationale. Alle Dinge schlagen unter bestimmten Bedingungen stets in ihr genaues Gegenteil um.

Kommunisten führen Revolutionen durch. Wenn sie keine Revolution machen wollen, hören sie auf, Marxisten-Leninisten zu sein, und werden zu Revisionisten oder zu wem immer sonst. Als Marxisten-Leninisten müssen die Kommunisten naturgemäß an ihrem revolutionären Standpunkt festhalten und

dem Revisionismus entgegentreten. Ebenso ist es nur natürlich und selbstverständlich, daß eine marxistisch-leninistische Partei die Revolutionäre und die gegen den Revisionismus ankämpfenden Kommunisten tatkräftig unterstützt.

Die KP Chinas hat niemals ihren Standpunkt verheimlicht. Wir unterstützen alle revolutionären Genossen, die am Marxismus-Leninismus festhalten. In der internationalen kommunistischen Bewegung halten wir Kontakt mit Revisionisten; warum sollten wir dann keinen Kontakt mit Marxisten-Leninisten haben? Die Führung der KPdSU will die Unterstützung, die wir den Marxisten-Leninisten in anderen Ländern geben, als Spaltertätigkeit bezeichnen. Aber unserer Meinung nach ist das eben die Pflicht des proletarischen Internationalismus, die wir zu erfüllen haben.

Die Marxisten-Leninisten aller Länder fürchten nicht die Gewalt der Mächtigen und scheuen vor keinen Schwierigkeiten zurück; sie halten sich an die Wahrheit und haben den Mut, für sie einzustehen. Sie demonstrieren mit ihrem Verhalten den großartigen revolutionären Geist kommunistischer Kämpfer. Zu solchen heldenmütigen Kämpfern gehören die durch Jacques Grippa und andere Genossen vertretenen Kommunisten Belgiens, die durch João Amazonas, Mauricio Grabois und andere Genossen repräsentierten Kommunisten Brasiliens, die durch E. F. Hill und andere Genossen vertretenen Kommunisten Australiens, die durch Premalal Kumarasiri, Nagalingam Sanmugathasan und andere Genossen repräsentierten Kommunisten Ceylons, sowie die vielen Marxisten-Leninisten innerhalb wie außerhalb der kommunistischen Parteien Indiens, Italiens, Frankreichs, der USA und anderer Länder. Sie halten an der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus fest, setzen sich beharrlich für den Aufbau einer revolutionären Partei ein, die sich an die marxistisch-leninistischen Prinzipien hält und die Vorhut des Proletariats ist, befolgen konsequent die revolutionäre Linie, die den Grundinteressen des Proletariats und der Werktätigen ihres Landes entspricht; damit leisten sie einen bedeutenden Beitrag

zur gemeinsamen Sache des internationalen Proletariats. Ihnen gebühren Achtung, Sympathie und Unterstützung aller jener, die für den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt kämpfen.

Kurz gesagt: In unserer Welt, ganz gleich, in welchem Land und an welchem Ort, gilt stets, daß man dort, wo es Unterdrückung gibt, auch Widerstand findet, wo es Revisionisten gibt, auch Marxisten-Leninisten, die ihn bekämpfen; daß dort, wo Spaltermethoden wie Ausschluß aus der Partei usw. gegenüber den Marxisten-Leninisten angewendet werden, unvermeidlich hervorragende Marxisten-Leninisten und starke revolutionäre Parteien auf den Plan treten. Schon jetzt zeigen sich Wandlungen, die den Erwartungen der modernen Revisionisten zuwiderlaufen. Die Revisionisten erzeugen ihren eigenen Widerpart, von dem sie letzten Endes zwangsläufig zu Grabe getragen werden. Das ist ein unerbittliches Gesetz.

DIE GEGENWÄRTIGE OFFENE DEBATTE

Die große Debatte in der gegenwärtigen kommunistischen Weltbewegung schließt letzten Endes die Fragen mit ein, was gewünscht wird: der Marxismus-Leninismus oder der Revisionismus, der proletarische Internationalismus oder der Großmacht-Chauvinismus, die Einheit oder die Spaltung. Diese Debatte über die fundamentalen Grundsatzfragen begann schon mit dem XX. Parteitag der KPdSU. Eine ziemlich lange Zeit hindurch war sie nur auf interne Besprechungen zwischen Bruderparteien beschränkt; vor über zwei Jahren nahm sie eine offene Form an.

Wie allen bekannt, hat die Führung der KPdSU als erste die offene Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung ausgelöst und auf ihr beharrt.

Auf ihrem XXII. Parteitag im Oktober 1961 startete die Führung der KPdSU einen offenen Angriff auf die Partei der Arbeit Albaniens. In seiner Grußansprache wandte sich da-

mals Genosse Tschou En-lai, Leiter der Parteitagsdelegation der KP Chinas, gegen diese Handlungsweise der Führung der KPdSU. Er wies darauf hin, daß dies durchaus keine ernsthafte marxistisch-leninistische Haltung ist. Aber wie hat uns die Führung der KPdSU darauf geantwortet? Sie sagte, daß sie mit dem Beginn der offenen Polemik „ganz richtig gehandelt“¹ hätte und damit „den einzig richtigen, wahrhaft marxistisch-leninistischen prinzipiellen Standpunkt“² verträte.

Später, im Januar 1962, schlug die Partei der Werktätigen Vietnams vor, daß „alle Parteien mit ihren Angriffen gegeneinander im Rundfunk und in der Presse aufhören sollen“. Dieser Vorschlag fand Unterstützung bei der Kommunistischen Partei Chinas, bei der Partei der Arbeit Albaniens und bei anderen Bruderparteien. Doch verweigerte praktisch die Führung der KPdSU die Übernahme einer bindenden Verpflichtung, die offene Debatte einzustellen. Sie hat nicht nur ihre Angriffe gegen die Partei der Arbeit Albaniens nicht eingestellt, sondern vielmehr auf den Parteitag von fünf Bruderparteien Europas, die vom Ende 1962 bis Anfang 1963 nacheinander stattfanden, auch die Kommunistische Partei Chinas offen attackiert und damit eine dem Umfang nach noch größere offene Debatte ausgelöst. Unter diesen Umständen sahen wir uns gezwungen, den Angreifern offen zu antworten.

Ohne noch alle Angriffe der Bruderparteien auf uns erwidert zu haben, erklärte das ZK der KPCh im März 1963 in seinem Antwortbrief an das ZK der KPdSU, daß es, um eine günstige Atmosphäre für die damals bereits für einen nahen Zeitpunkt vereinbarten Besprechungen der KP Chinas und der KPdSU zu schaffen, ab 9. März seine Antworten in der Presse vorläufig einstellt, sich aber das Recht vorbehält, Polemiken offen entgegenzutreten. Trotzdem griff die Führung der KPdSU am Vorabend der Beratung beider Parteien die Kom-

¹ Chruschtschows Schlußrede auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 27. Oktober 1961

² „Das Banner unserer Epoche“, redaktioneller Artikel der „Prawda“, 21. Februar 1962

munistische Partei Chinas in Form von Erklärungen und Beschlüssen offen und beim Namen weiter an.

Am 14. Juli, als die Delegationen der KPCh und der KPdSU ihre Besprechung in Moskau durchführten, veröffentlichte das ZK der KPdSU einen Offenen Brief an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion, in dem die Führung der KPdSU die Tatsachen verdrehte, Recht und Unrecht vertauschte und sogar zu irreführenden Mitteln griff und Schimpfworte aller Art benutzte, um die Kommunistische Partei Chinas und Genossen Mao Tse-tung skrupellos anzugreifen. Auf diese Weise hat die Führung der KPdSU neuerlich eine offene Polemik, und zwar in beispiellosem Ausmaß, vom Stapel gelassen.

Seit dem 15. Juli bediente sich die Führung der KPdSU aller möglichen Mittel — angefangen von Regierungserklärungen, Reden der führenden Persönlichkeiten und verschiedenen Versammlungen bis zur Veröffentlichung von Artikeln —, setzte alle Propagandaapparate in Betrieb — von zentralen Zeitungen und Zeitschriften bis Lokalzeitungen, vom Rundfunk bis zum Fernsehen —, um China als Feind Nr. 1 zu verleumden und anzugreifen. Vom 15. Juli bis Ende Oktober wurden in den 26 zentralen Zeitungen insgesamt 1119 redaktionelle Artikel, Leitartikel, Kurzkomentare, gezeichnete Aufsätze, Leserbriefe, Karikaturen usw., usf. veröffentlicht, in denen die Kommunistische Partei Chinas und ihre Führer Genossen Mao Tse-tung, Liu Schao-tschu und Tschou En-lai u. a. mit Namensnennung angegriffen wurden. Was die sowjetische Lokalpresse anbetrifft, so wurden zur selben Zeit nach unvollständiger Statistik in den 15 Organen der Unionsrepubliken 728 Artikel mit Angriffen gegen China veröffentlicht.

Alle diese chinafeindlichen Artikel, sofern sie relativ wichtig sind, haben wir in unseren Zeitungen abgedruckt, wobei der Offene Brief des ZK der KPdSU zweimal in vollem Wortlaut veröffentlicht und in über zehn Fremdsprachen nach aller Welt ausgestrahlt wurde, damit die an dieser offenen Debatte

interessierten Menschen mit den Ansichten der Führung der KPdSU bekannt werden. Und nur weil die Zahl der antichinesischen Artikel der sowjetischen Seite zu groß, ihr Inhalt zum überwiegenden Teil schablonenhaft ist und der Umfang unserer Presse dafür doch nicht ausreicht, konnten wir nicht alle abdrucken. Unsere Verlagsanstalten haben aber schon diese Materialien ausnahmslos gesammelt und werden sie in Sonderbänden sukzessive herausgeben.

Die sowjetische Seite hat also schon an die 2000 Artikel und sonstige Materialien mit Angriffen gegen China veröffentlicht. Nach dem Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Bruderparteien ist die chinesische Seite berechtigt, eine entsprechende Zahl von Antworten zu bringen.

Da der Offene Brief des ZK der KPdSU viele Fragen behandelt und sowohl eine Reihe marxistisch-leninistischer Grundthesen wie auch viele wichtige Ereignisse in der kommunistischen Weltbewegung in den letzten 7—8 Jahren berührt, beschlossen die Redaktionen von „Renmin Ribao“ und der Zeitschrift „Hongqi“ nach sorgfältiger Überlegung, ab 6. September 1963 Kommentare sukzessive zu veröffentlichen. Bis jetzt haben wir zum Offenen Brief des ZK der KPdSU nur sieben Kommentare, einschließlich des vorliegenden, gegeben.

Mit dem Kommentieren des Offenen Briefs des ZK der KPdSU sind wir noch nicht fertig. Auf die Fülle chinafeindlicher Artikel, die in den zentralen und lokalen Zeitungen und Zeitschriften der Sowjetunion veröffentlicht wurden, haben wir noch keine Antwort gegeben.

In seinem Interview vom 25. Oktober 1963 kündigte Chruschtschow an, daß die offene Polemik eingestellt werde. Aber auch nach diesem Datum hat die sowjetische Presse die Veröffentlichung von Artikeln mit Angriffen gegen China fortgesetzt.

Kürzlich verlangte die Führung der KPdSU wiederum die Einstellung der öffentlichen Debatte und erklärte, daß die offene Polemik „der kommunistischen Bewegung großen

Schaden zugefügt hat“. Wir möchten die Führung der KPdSU fragen: Früher sagtet ihr doch, die offene Polemik stehe „im Interesse der ganzen kommunistischen Weltbewegung“¹, sie entspreche „dem einzig richtigen, wahrhaft marxistisch-leninistischen prinzipiellen Standpunkt“². Ihr redet einmal so, dann wieder anders. Mit welchen Tricks spielt ihr denn da?

Wir möchten die Führung der KPdSU weiter fragen: Während ihr 2000 antichinesische Artikel und andere Materialien veröffentlicht, haben wir nicht einmal ein Dutzend Antworten herausgegeben, sind wir nicht einmal mit der Erwiderung des Offenen Briefes des ZK der KPdSU fertig geworden. Und da wird von uns gefordert, die Antwort auf die Polemiken einzustellen. Entspricht das etwa dem für die Beziehungen der Bruderparteien festgesetzten Prinzip der Gleichberechtigung? Ihr habt so lange und so viel geredet. Aber kaum sind wir zu Wort gekommen, da verliert ihr gleich die Geduld, könnt es nicht länger ertragen, wollt nichts mehr hören. Steht das vielleicht im Einklang mit dem Prinzip der demokratischen Diskussion?

Wir wollen die Führung der KPdSU weiter fragen: In der Regierungserklärung der Sowjetunion vom 21. September 1963 habt ihr erklärt: Wenn die Chinesen die offene Polemik fortsetzen, „so müssen sie sich völlig klar darüber sein, daß sie auf diesem Wege auf die entschiedenste Abwehr seitens der KPdSU und des ganzen Sowjetvolkes stoßen“. Also, ihr macht so große Worte. Wollt ihr uns damit vielleicht am helllichten Tage durch Drohungen einschüchtern? Glaubt ihr etwa wahrhaftig, daß man vor euch auf die Knie fallen wird, sobald ihr nur einen Befehl erteilt, oder daß die anderen gleich am ganzen Körper zittern werden, wenn ihr ein großes Geschrei anhebt? Ehrlich gesagt, warten wir seit dem 21. Sep-

¹ „Neuen Siegen des Kommunismus entgegen“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift „Kommunist“ (Moskau), Nr. 16, 1961

² „Das Banner unserer Epoche“, redaktioneller Artikel der „Prawda“, 21. Februar 1962

tember auf eure „entschiedenste Abwehr“, wollen wir doch einmal kosten, wie so etwas schmeckt.

Genossen und Freunde, ihr befindet euch in einem Irrtum, und zwar einem ganz fatalen.

Da die offene Polemik nun einmal begonnen hat, muß sie schon ihren ordentlichen Lauf nehmen. Wenn ihr meint, ihr hättet bereits genug gesagt, dann gebt gefälligst dem Gegner auch Gelegenheit, euch eine Antwort zu erteilen, die den Erfordernissen genügt. Wenn ihr aber meint, daß ihr noch viel zu sagen hättet, dann redet bitte, redet nur ruhig weiter, bis ihr genug habt. Jedoch, wenn ihr schließlich fertig seid, dann müßt ihr auch den anderen gestatten, alles zu sagen, was sie für notwendig halten. Mit einem Wort: gleiches Recht für alle! Sprecht ihr nicht auch von der Gleichberechtigung der Bruderparteien? Warum glaubt ihr, daß ihr, wann immer ihr wollt, öffentliche Polemiken starten könnt, um Bruderparteien anzugreifen, zugleich aber die angegriffenen Bruderparteien des Rechtes auf öffentliche Antworten berauben könnt, wann immer euch die Einstellung der Polemiken gutdünkt?

Die Führung der KPdSU hat die offene Debatte rücksichtslos ausgelöst, sie verschärft und auf ihr bestanden, jetzt schreit sie aber auf einmal wieder nach der Einstellung der offenen Debatte. Was bedeutet denn das?

Es scheint, daß die Dinge eine für die Urheber der offenen Debatte überraschende Entwicklung genommen haben. Die offene Debatte, die die Führung der KPdSU ursprünglich für vorteilhaft hielt, schlägt jetzt ins Gegenteil für sie um. Da die Wahrheit nicht auf ihrer Seite steht, kann sich die Führung der KPdSU bei ihren Angriffen gegen die anderen nur auf Schwindel und Verleumdungen stützen, auf Verdrehung der Tatsachen, auf Vertauschung von Recht und Unrecht. Sobald die Debatte in Gang gekommen ist und es Zeit wird, die Tatsachen aufzuzeigen und die Gründe zu erläutern, dann brennt ihnen der Boden unter den Füßen, dann werden sie ängstlich.

Lenin hat gesagt, es gebe für die Revisionisten „nichts Unangenehmeres, Unerwünschteres und Unannehmeres als die Klarstellung der herrschenden theoretischen, programmatischen, taktischen und organisatorischen Meinungsverschiedenheiten“.¹

Genau das ist die Lage, in der sich die Führung der KPdSU jetzt befindet.

Der Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas zur offenen Polemik ist allgemein bekannt. Von Anfang an sind wir der Ansicht, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bruderparteien auf dem Weg interner Konsultationen beigelegt werden müssen. Eine offene Polemik wird von uns weder provoziert noch gewünscht.

Da nun einmal die offene Polemik begonnen hat und da die Führung der KPdSU behauptet, ihre Durchführung bedeute „auf Leninsche Art zu handeln“², muß sie auf der Grundlage demokratischer Diskussionen und an Hand von Tatsachen und Begründungen so lange geführt werden, „bis das Wasser zurückgeht und die Steine zum Vorschein kommen“, wie man zu sagen pflegt.

Noch wichtiger ist folgendes: Da die Führung der KPdSU den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus offen verraten und die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 offen zerrissen hat, kann sie nicht erwarten, daß wir davon Abstand nehmen, den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus zu verteidigen, die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung zu schützen. Da die Polemik Fragen von größter Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung betrifft, muß völlig klargestellt werden, was richtig und

¹ Lenin, „Noch einmal über das Internationale Sozialistische Büro und über die Liquidatoren“, Werke, Bd. 20

² „Der historische Parteitag der Leninschen Partei“, Leitartikel der „Prawda“, 4. November 1961

was falsch ist. Das ist eine ernsthafte marxistisch-leninistische Haltung.

Das Wesen der Frage besteht darin, daß die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung die Differenzen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus, zwischen proletarischem Internationalismus und Großmacht-Chauvinismus darstellen. Mit der Einstellung der offenen Polemik können solche wichtige prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht von Grund auf beseitigt werden. Dagegen ist es erst durch offene Debatte, durch Darlegung der Tatsachen und Begründungen möglich, den wahren Sachverhalt zu kennen, Recht von Unrecht zu unterscheiden, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus basierende Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu schützen und zu festigen.

Der Marxismus-Leninismus ist eine Wissenschaft. Die Wissenschaft fürchtet aber keine Debatte. Was Debatten fürchtet, ist keine Wissenschaft. Die große Debatte, die gegenwärtig in der kommunistischen Weltbewegung im Gange ist, drängt alle Kommunisten, alle Revolutionäre und alle revolutionären Völker in der Welt dazu, ihren Kopf anzustrengen und über die Fragen nachzudenken. Es veranlaßt sie, sich auf Grund der fundamentalen Lehren des Marxismus-Leninismus mit den Fragen der Revolution in ihrem eigenen Land und der Weltrevolution ernsthaft auseinanderzusetzen. Durch diese große Debatte wird man letzten Endes in der Lage sein, Recht von Unrecht, den wahren Marxismus-Leninismus vom falschen zu unterscheiden. Durch diese große Debatte werden alle revolutionären Faktoren der ganzen Welt mobilisiert, alle Marxisten-Leninisten ideologisch und politisch gestählt werden. Sie werden mit noch größerer Reife den Marxismus-Leninismus mit den konkreten Bedingungen ihres eigenen Landes integrieren. Der Marxismus-Leninismus wird auf diese Weise bestimmt weiterhin bereichert und entwickelt werden, er wird einen neuen Höhepunkt erreichen.

DER WEG ZUR WAHRUNG UND FESTIGUNG DER EINHEIT

Der Revisionismus und der Großmacht-Chauvinismus der Führung der KPdSU haben die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung in eine beispiellos ernste Gefahr gebracht. Der revisionistische und großmachtchauvinistische Standpunkt der Führung der KPdSU ist eben der Standpunkt des Spaltertums. Solange sie am Revisionismus und am Großmacht-Chauvinismus festhält, arbeitet sie in Wirklichkeit auf eine fiktive Einheit und eine reale Spaltung hin, möge sie noch so zungenfertig über „Einheit“ deklamieren und andere „Spalter“ und „Sektierer“ schimpfen.

Die Kommunistische Partei Chinas, andere marxistisch-leninistische Parteien und alle Marxisten-Leninisten halten am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus fest. Dieser unser Standpunkt ist der einzig richtige im Interesse der Verteidigung und Festigung der wahren Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung.

Der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus bilden die Grundlage der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung. Nur auf dieser Grundlage kann die Einheit der Bruderparteien und Bruderländer hergestellt werden. Ohne sie kann von der Einheit der Bruderparteien und Bruderländer überhaupt nicht die Rede sein. Für den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus kämpfen, heißt für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung kämpfen. Prinzipientreue und Aufrechterhaltung der Einheit sind untrennbar miteinander verbunden.

Wenn die Führung der KPdSU wirklich die Einheit will, nicht aber nur vorgibt, sie zu wollen, müßte sie treu zu den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus stehen, zu den marxistisch-leninistischen Lehren von den Klassen und dem

Klassenkampf, von Staat und Revolution, und besonders von der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Sie dürfte dann auf keinen Fall den Klassenkampf durch die Klassenzusammenarbeit oder die Klassenkapitulation, die proletarische Revolution durch den Sozialreformismus oder den Sozialpazifismus ersetzen, oder, unter welchem Vorwand auch immer, die Diktatur des Proletariats liquidieren.

Wenn die Führung der KPdSU wirklich die Einheit will, nicht aber nur vorgibt, sie zu wollen, müßte sie die revolutionären Prinzipien der Moskauer Deklaration von 1957 und der Moskauer Erklärung von 1960 streng einhalten. Sie dürfte dann keineswegs das von den Bruderparteien einmütig vereinbarte gemeinsame Programm durch das Programm einer einzigen Partei, ihrer eigenen, ersetzen.

Wenn die Führung der KPdSU wirklich die Einheit will, nicht aber nur vorgibt, sie zu wollen, müßte sie eine scharfe Trennungslinie zwischen Feinden und Genossen ziehen und sich mit allen sozialistischen Ländern, mit allen marxistisch-leninistischen Bruderparteien, mit dem gesamten Weltproletariat, mit allen unterdrückten Völkern und Nationen sowie mit allen friedliebenden Staaten und Menschen vereinigen, um gegen den USA-Imperialismus, den Hauptfeind aller Völker der Welt, und seine Lakaien zu kämpfen. Sie dürfte dann auf keinen Fall die Feinde als Freunde und die Freunde als Feinde behandeln und, in der eiteln Hoffnung auf eine Welt-herrschaft durch amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit, sich mit dem USA-Imperialismus, den Reaktionen verschiedener Länder und der verräterischen Tito-Clique gegen die Bruderländer, die Bruderparteien und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt verbünden.

Wenn die Führung der KPdSU wirklich die Einheit will, nicht aber nur vorgibt, sie zu wollen, müßte sie dem proletarischen Internationalismus treu bleiben und die in der Deklaration und der Erklärung festgelegten Normen für die Beziehungen zwischen Bruderländern und Bruderparteien streng einhalten. Sie dürfte dann keineswegs diese Normen durch

eine Politik des Großmacht-Chauvinismus und des nationalen Egoismus ersetzen. Das heißt mit anderen Worten:

Man muß das Prinzip der Solidarität einhalten und darf niemals einige Bruderparteien zum Angriff auf andere Bruderparteien gruppieren und auf diese Weise eine sektiererische und Spaltertätigkeit betreiben;

man muß das Prinzip des gegenseitigen Beistands und der gegenseitigen Hilfe einhalten und darf niemals versuchen, unter dem Deckmantel der Hilfe andere unter die eigene Kontrolle zu bringen, oder unter dem Vorwand der „internationalen Arbeitsteilung“ die Souveränität und die Interessen der Bruderländer zu verletzen, darf nie dagegen auftreten, daß die Bruderländer aus eigener Kraft den Sozialismus aufbauen;

man muß das Prinzip der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Gleichberechtigung einhalten und darf sich niemals über andere Bruderparteien stellen und ihnen das Programm, die Richtlinien und Beschlüsse der eigenen Partei aufzwingen; man darf sich nie in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien einmischen und unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Personenkult“ eine Wühl-tätigkeit betreiben; man darf niemals die Bruderparteien als seine Vasallen, die Bruderländer als seine Anhängsel behandeln;

man muß das Prinzip einhalten, daß Einmütigkeit durch Konsultationen herbeizuführen ist, und darf niemals, gestützt auf eine sogenannte „Mehrheit“, der falschen Linie der eigenen Partei gewaltsam Geltung verschaffen; man darf niemals die Parteitage der eigenen oder anderer Parteien, oder solche Formen wie Beschlüsse, Erklärungen und Reden von Parteiführern dazu mißbrauchen, um andere Bruderparteien öffentlich und beim Namen anzugreifen; und man darf schon gar nicht ideologische Meinungsverschiedenheiten auf die staatlichen Beziehungen ausdehnen.

Kurz gesagt: Wenn die Führung der KPdSU wirklich die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung wünscht, so muß sie ihre Linie des Revisionismus, des Großmacht-Chauvinismus und des Spal-

tertums völlig aufgeben. Die Einheit des sozialistischen Lagers, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung kann allein dann gewahrt und gefestigt werden, wenn man nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus die Treue hält und gegen den modernen Revisionismus und modernen Dogmatismus, gegen den Großmacht-Chauvinismus und andere Arten des bürgerlichen Nationalismus, gegen Sektierertum und Spaltertum kämpft. Das ist der einzig gangbare Weg zur Wahrung und Festigung der Einheit.

Die gegenwärtige Weltlage ist im Ganzen genommen sehr günstig. Die internationale kommunistische Bewegung hat schon glänzende Siege errungen, so daß sich das internationale Kräfteverhältnis der Klassen grundlegend geändert hat. Jetzt wird die internationale kommunistische Bewegung von der Gegenströmung des Revisionismus und Spaltertums attackiert, was eine durchaus gesetzmäßige Erscheinung der geschichtlichen Entwicklung ist. Das hat zwar der internationalen kommunistischen Bewegung und bestimmten Bruderparteien zeitweilige Schwierigkeiten gebracht; es ist aber gut, daß die Revisionisten ihr wahres Gesicht gezeigt und damit den Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den Revisionismus ausgelöst haben.

Zweifelsohne wird der Marxismus-Leninismus weiterhin seine jugendliche Lebenskraft demonstrieren und sich über die ganze Welt ausbreiten. Die kommunistische Weltbewegung wird auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus eine noch größere Stärke und noch engere Geschlossenheit erreichen. Die Sache des internationalen Proletariats und die revolutionäre Sache der Völker der Welt werden bestimmt noch glänzendere Siege erringen. Der moderne Revisionismus wird zweifellos völlig Schiffbruch erleiden.

Wir möchten der Führung der KPdSU raten, in aller Ruhe zu überlegen: Welche Folgen wird euer Beharren auf dem Revisionismus und dem Spaltertum haben? Wir wollen noch einmal aufrichtig an die Führung der KPdSU appellieren:

Keht zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zurück, kehrt zurück zu den revolutionären Grundsätzen der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960, zu den in diesen Dokumenten festgelegten Regeln für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien und Bruderländern, damit auf dieser prinzipiellen Grundlage die Differenzen beigelegt und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, die Einheit des sozialistischen Lagers, die Einheit zwischen China und der Sowjetunion gestärkt werden. Wir hoffen, daß ihr dazu imstande seid.

Trotz den ernststen Differenzen zwischen uns und der Führung der KPdSU haben wir volles Vertrauen zu den breiten Massen der Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zum sowjetischen Volk, die unter der Anleitung Lenins und Stalins großgeworden sind. Die chinesischen Kommunisten und das chinesische Volk werden nach wie vor die Einheit zwischen China und der Sowjetunion konsequent verteidigen und die tief verwurzelte Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk festigen und weiterentwickeln.

Kommunisten der ganzen Welt, vereinigt euch auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus!

**Die proletarische Revolution
und der
Revisionismus Chruschtschows**

**Achter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU**

**Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“**

(31. März 1964)

In diesem Artikel möchten wir eine allgemein bekannte und viel diskutierte Frage behandeln, nämlich die Frage des sogenannten „friedlichen Übergangs“. Diese Frage hat allgemeine Aufmerksamkeit erregt, weil sie von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU aufgerollt und sodann auf dem XXII. Parteitag im Parteiprogramm systematisiert wurde, in dem er seine revisionistischen Ansichten den marxistisch-leninistischen Ansichten entgegenstellte. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963 wird abermals diese alte Melodie abgespielt.

In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung kam der Verrat der Revisionisten am Marxismus und am Proletariat stets in konzentrierter Weise darin zum Ausdruck, daß sie gegen die gewaltsame Revolution und die proletarische Diktatur auftraten und sich für einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einsetzten. Beim Revisionismus Chruschtschows ist das gleiche der Fall. In dieser Frage ist Chruschtschow sowohl bei Bernstein und Kautsky als auch bei Browder und Tito in die Schule gegangen.

Während des zweiten Weltkriegs und später sind der Browdersche Revisionismus, der Revisionismus Titos und die Theorie der „strukturellen Reformen“ aufgekommen. Diese Spielarten des Revisionismus bildeten in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung lediglich lokal begrenzte Erscheinungen. Der Revisionismus Chruschtschows wurde jedoch, sobald er aufgetreten war und eine dominierende Stellung in der Führung der KPdSU eingenommen hatte, zu einer umfassenden Erscheinung in der internationalen kommunistischen Bewegung, zu einer Frage von großer Tragweite, die für Erfolg oder Mißerfolg der revolutionären

Sache des Weltproletariats in ihrer Gesamtheit mit bestimmend ist.

Aus diesen Gründen schreiben wir diesen Artikel, in welchem den Revisionisten in einer noch deutlicheren Sprache als früher geantwortet wird.

SCHÜLER VON BERNSTEIN UND KAUTSKY

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU begann Chruschtschow, den Weg des sogenannten „friedlichen Übergangs“ oder den „Übergang zum Sozialismus auf parlamentarischem Wege“¹ zu propagieren, der zum Weg der Oktoberrevolution in diametralem Gegensatz steht.

Sehen wir uns einmal an, was der sogenannte „parlamentarische Weg“ darstellt, mit dem Chruschtschow und seinesgleichen hausieren gehen.

Chruschtschow ist der Ansicht, daß das Proletariat unter der bürgerlichen Diktatur und auf Grund der bürgerlichen Wahlgesetze eine stabile Mehrheit im Parlament erringen könnte. Er behauptet, daß in den kapitalistischen Ländern „die Arbeiterklasse, wenn sie die werktätigen Bauern, die Intellektuellen, alle patriotischen Kräfte um sich scharf und den opportunistischen Elementen, die von der Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Gutsherren nicht lassen können, eine entschiedene Abfuhr erteilt, den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage bereiten und eine stabile Mehrheit im Parlament erlangen kann“².

Chruschtschow ist der Ansicht, daß das Proletariat, wenn es eine Mehrheit im Parlament errungen hat, damit auch schon die Macht ergriffen und die bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen hätte. Er behauptet, daß für die Arbeiterklasse

¹ N. S. Chruschtschow, Bericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, 14. Februar 1956

² Ebenda

„die Eroberung der Mehrheit im Parlament und dessen Verwandlung in ein Organ der Volksmacht beim Vorhandensein einer mächtigen revolutionären Bewegung im Lande die Zerschlagung der militärischen und bürokratischen Maschinerie der Bourgeoisie und die Errichtung eines neuen, proletarischen Staatswesens des Volkes in parlamentarischer Form bedeutet“³.

Chruschtschow ist der Ansicht, daß die sozialistische Umgestaltung verwirklicht werden könne, wenn das Proletariat eine stabile Mehrheit im Parlament errungen hat. Er behauptet, daß die Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament „für die Arbeiterklasse einer Reihe kapitalistischer und ehemaliger Kolonialländer Voraussetzungen schaffen würde, die grundlegende soziale Umgestaltungen ermöglichen“⁴. Und weiter: „In einer Reihe kapitalistischer Länder hat die Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Umständen die reale Möglichkeit, die überwiegende Mehrheit des Volkes unter ihrer Führung zu vereinigen und den Übergang der grundlegenden Produktionsmittel in die Hände des Volkes zu gewährleisten.“⁵

In dem Programm der KPdSU wird die Meinung vertreten, „daß die Arbeiterklasse vieler Länder noch vor dem Sturz des Kapitalismus die Bourgeoisie zwingen kann, solche Maßnahmen zu ergreifen, die den Rahmen gewöhnlicher Reformen überschreiten . . .“⁶ In diesem Programm wird sogar behauptet, daß sich unter der Diktatur der Bourgeoisie in manchen Ländern eine Situation ergeben könnte, in der „es

³ Chruschtschows Referat auf der Mitgliederversammlung der Parteiorganisationen der Parteihochschule, der Akademie der Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 6. Januar 1961

⁴ N. S. Chruschtschow, Bericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, 14. Februar 1956

⁵ Ebenda

⁶ Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, angenommen vom XXII. Parteitag der KPdSU am 31. Oktober 1961

für die Bourgeoisie vorteilhaft sein wird, sich die grundlegenden Produktionsmittel abkaufen zu lassen.¹

Dieses ganze Zeug, für das hier Chruschtschow Reklame macht, ist überhaupt keine neue Schöpfung, sondern nur eine Neuauflage des Revisionismus der II. Internationale, die Wiedergeburt des Bernsteinianertums und Kautskyanertums.

Das Hauptmerkmal des Verrats Bernsteins am Marxismus besteht darin, daß er den legalen parlamentarischen Weg propagierte und gegen die gewaltsame Revolution, die Zerschlagung der alten Staatsmaschine und die Diktatur des Proletariats auftrat.

Bernstein war der Ansicht, der Kapitalismus könne friedlich „in den Sozialismus hineinwachsen“, und behauptete, daß das politische System der modernen bürgerlichen Gesellschaft „nicht gesprengt, sondern nur fortentwickelt zu werden braucht“². Er sagte: „Wir setzen heute durch Stimmzettel, Demonstration und ähnliche Pressionsmittel Reformen durch, für die es vor hundert Jahren blutiger Revolutionen bedurft hätte.“³

Er war der Meinung, daß der legale parlamentarische Weg der einzige Weg zur Verwirklichung des Sozialismus sei, und sagte: „Gib mir [der Arbeiterklasse] das allgemeine und gleiche Wahlrecht, und das soziale Prinzip als Grundbedingung der Befreiung ist erreicht.“⁴

Er meinte: „Es wird der Tag kommen, wo sie [die Arbeiter-schaft] so stark an Zahl, so groß an Bedeutung für die ganze Gesellschaft geworden sein wird, daß dann sozusagen der Palast der Herrschenden ihrem Druck keinen Widerstand mehr leisten kann und halb von selbst zusammenbricht.“⁵

¹ Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, angenommen vom XXII. Parteitag der KPdSU am 31. Oktober 1961

² Ed. Bernstein, „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“

³ Ebenda

⁴ Ed. Bernstein, „Was ist Sozialismus?“

⁵ Ed. Bernstein, „Der politische Massenstreik und die politische Lage der deutschen Sozialdemokratie“

Lenin stellte fest: „Die Bernsteinianer waren und sind für den Marxismus mit Ausnahme seiner unmittelbar revolutionären Seite. Den parlamentarischen Kampf betrachten sie nicht als eines unter anderen Kampfmitteln, das besonders in bestimmten historischen Perioden tauglich ist, sondern als hauptsächlich und fast ausschließliche Form des Kampfes, die ‚Gewalt‘, ‚Besitzergreifung‘ und ‚Diktatur‘ unnötig macht.“¹

Der in jeder Beziehung legitime Nachfolger Bernsteins war Herr Kautsky. Wie Bernstein propagierte auch Kautsky eifrig den parlamentarischen Weg und trat gegen die gewaltsame Revolution, gegen die Diktatur des Proletariats auf. Er behauptete, daß im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie „der Kampf der Waffen für die Austragung von Klassenkonflikten keinen Raum mehr“ finde², und sagte, „es wäre lächerlich“, noch immer „den gewaltsamen politischen Umsturz zu predigen“³. Er griff Lenin und die Bolschewistische Partei an und sagte, sie wären wie „ein Geburtshelfer, der aus Ungeduld Gewaltmittel anwendet, um eine schwangere Frau statt im neunten schon im fünften Monat zum Gebären zu bringen“⁴.

Kautsky litt an unheilbarem parlamentarischem Kretinismus. Von ihm stammt der berühmte Ausspruch: „Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlamentes zum Herrn der Regierung.“⁵

Und weiter: „Meiner Ansicht nach ist die parlamentarische Republik — ohne oder mit monarchischer Spitze nach engli-

¹ Lenin, „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“ (V), Werke, Bd. 10

² K. Kautsky, „Die materialistische Geschichtsauffassung“

³ K. Kautsky, „Sozialdemokratie gegen Kommunismus“ (aus dem Englischen rückübersetzt)

⁴ K. Kautsky, „Die proletarische Revolution und ihr Programm“

⁵ K. Kautsky, „Neue Taktik“, „Die Neue Zeit“, Nr. 46, 1912 (aus dem Russischen rückübersetzt)

schem Muster — die Basis, aus der die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaft herauswachsen. Eine solche Republik ist der Zukunftsstaat, nach dem wir streben sollen.¹

Diese unsinnigen Behauptungen Kautskys wurden von Lenin schärfstens gegeißelt.

Lenin kritisierte ihn mit den Worten: „Nur Schurke oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Bonnierkeit oder der Hamchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen.“²

Lenin charakterisierte treffend Kautskys parlamentarischen Weg: „Das ist schon waschechter, ultralinker Opportunismus, das ist die Preisgabe der Revolution in der Tat bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten.“³ Und weiter: „Als Kautsky den Begriff der revolutionären Diktatur des Proletariats so auslegt, daß die revolutionäre Gewalt der unterdrückten Klasse gegenüber den Unterdrückten verschwand, schlug er den Weltrekord in der liberalen Einstellung von Marx.“⁴

Wir haben hier ausführlich aus Reden von Chruschtschow, Bernstein und Kautsky sowie kritische Äußerungen Lenins über Bernstein und Kautsky zitiert, um zu beweisen, daß der Revisionismus Chruschtschows nichts anderes als modernis-

Bernsteinianertum und Kautskyanertum ist. Wie bei Bernstein und Kautsky, so findet auch bei Chruschtschow der Verrat am Marxismus seinen stärksten Ausdruck in der Stellungnahme gegen die revolutionäre Gewalt, in seinem Bemühen, „die revolutionäre Gewalt auszulöschen“. Doch sind in dieser Hinsicht jetzt offenbar weder Bernstein noch Kautsky mehr berechtigt, den Weltmeistertitel zu tragen; denn Chruschtschow hat bereits einen neuen Rekord aufgestellt. Chruschtschow ist nicht nur ein würdiger Schüler Bernsteins und Kautskys, sondern hat seine Meister sogar übertroffen.

DIE GEWALTSAME REVOLUTION IST EIN ALLGEMEINES GESETZ DER PROLETARI- SCHEN REVOLUTION

Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns, daß die Wasserscheide zwischen dem Marxismus einerseits und dem Opportunismus und Revisionismus aller Schattierungen andererseits, zwischen den proletarischen Revolutionären und den Verrätern am Proletariat seit eh und je dort verläuft, wo es darum geht, ob die gewaltsame Revolution als allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution anerkannt wird oder nicht, ob die Notwendigkeit der Zerschlagung der alten Staatsmaschine und des Ersatzes der Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats anerkannt wird oder nicht.

Den Grundlehren des Marxismus-Leninismus zufolge ist die Kardinalfrage aller Revolutionen die Frage der Staatsmacht. Die Kardinalfrage der proletarischen Revolution besteht in der gewaltsamen Machtergreifung, in der Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie, in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und im Ersatz des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat.

Der Marxismus tritt stets offen für die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution ein und weist darauf hin, daß eine gewaltsame Revolution die Hebamme bei der Geburt der

¹ K. Kautskys Brief an Fr. Mehring vom 15. Juli 1892 (aus dem Russischen rückübersetzt)

² Lenin, „Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten“, Werke, Bd. 30

³ Lenin, „Staat und Revolution“ (VI, 3), Werke, Bd. 35

⁴ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Wie Kautsky Marx in einen Duzendliberalen verwandelt hat), Werke, Bd. 28

sozialistischen Gesellschaft ist. Die gewaltsame Revolution stellt den einzigen Weg dar, auf dem die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden kann, und ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution.

Der Marxismus lehrt uns, daß der Staat an und für sich eine Form der Gewalt ist. Den Hauptteil der Staatsmaschine bilden Armee und Polizei. Alle herrschenden Klassen der Geschichte haben sich auf Gewalt gestützt, um ihr Regime aufrechtzuerhalten.

Selbstverständlich wünscht das Proletariat, die Macht auf friedlichem Wege zu ergreifen. Aber unzählige historische Erfahrungen haben gezeigt, daß die reaktionären Klassen niemals freiwillig die Macht abtreten. Regelmäßig wenden sie als erste Gewalt an, unterdrücken jede revolutionäre Massenbewegung und beginnen einen Bürgerkrieg, wodurch das Problem des bewaffneten Kampfes auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Lenin betonte „den Bürgerkrieg, ohne den noch keine einzige große Revolution in der Geschichte ausgekommen ist, ohne den kein ernsthafter Marxist sich den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hat vorstellen können“.¹

Zu den großen Revolutionen in der Geschichte, die Lenin erwähnte, gehört auch die bürgerliche Revolution. Die bürgerliche Revolution ist eine Revolution, in deren Verlauf eine Ausbeuterklasse eine andere stürzt; aber auch sie kommt ohne den Bürgerkrieg nicht aus. Die proletarische Revolution, in deren Verlauf alle Ausbeuterklassen und Ausbeutersysteme restlos beseitigt werden, kann umso weniger ohne ihn auskommen.

Bezüglich der Tatsache, daß die gewaltsame Revolution ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution ist, hat Lenin wiederholt darauf hingewiesen, „daß zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus eine lange Periode der

¹ Lenin, „Prophetische Worte“, Werke, Bd. 27

„Geburtswehen“ liegt, daß die Gewalt stets Geburtshelfer der alten Gesellschaft ist“¹. Der bürgerliche Staat „kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des ‚Absterbens‘ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution“², sagte er an anderer Stelle und erklärte weiter: „Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde.“³

Auch Stalin sagte, daß die gewaltsame Revolution des Proletariats und dessen Diktatur „die unumgängliche und unbedingte Voraussetzung“ für den Übergang aller vom Kapital beherrschten Länder zum Sozialismus bilden.⁴

Kann man ohne gewaltsame Revolution, ohne die Diktatur des Proletariats die bürgerliche Ordnung von Grund auf umgestalten? Auf diese Frage antwortete Stalin: „Es ist klar, daß man das nicht kann. Zu glauben, daß man eine solche Revolution friedlich, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, die der Herrschaft der Bourgeoisie angepaßt ist, durchführen kann, bedeutet, entweder den Verstand verloren und die normalen menschlichen Begriffe eingebüßt zu haben oder sich grob und offen von der proletarischen Revolution loszusagen.“⁵

Gestützt auf die marxistisch-leninistische Lehre von der gewaltsamen Revolution und auf die neuen Erfahrungen der proletarischen Revolution und der vom Proletariat geleiteten volksdemokratischen Revolution stellte Genosse Mao Tse-tung die berühmte These auf: „Aus dem Gewehr kommt die Staatsmacht“.

¹ Lenin, „Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende“, Werke, Bd. 26

² Lenin, „Staat und Revolution“ (I, 4), Werke, Bd. 25

³ Ebenda

⁴ Stalin, „Schlußwort zu dem Referat ‚Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei‘“ (I, 2), Werke, Bd. 8

⁵ Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“ (IV), Werke, Bd. 8

Genosse Mao Tse-tung sagte, „daß in der Klassengesellschaft Revolutionen und revolutionäre Kriege unvermeidlich sind, daß es sonst unmöglich ist, in der Entwicklung der Gesellschaft einen Sprung zu vollziehen und die herrschende reaktionäre Klasse zu stürzen, damit das Volk die Macht ergreifen kann.“¹

Genosse Mao Tse-tung sagte: „Die zentrale Aufgabe der Revolution und ihre höchste Form ist die Machtergreifung auf bewaffnetem Wege, das heißt die Lösung der Frage durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus ist allgemeingültig; es gilt nicht nur für China, sondern auch für die anderen Länder, es gilt überall.“²

Und weiter: „Die Erfahrungen des Klassenkampfes in der Epoche des Imperialismus lehren uns, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen die bewaffnete Bourgeoisie und die bewaffneten Großgrundbesitzer nur durch die Macht des Gewehrs besiegen können; in diesem Sinne dürfen wir sagen, daß die ganze Welt nur mit Hilfe des Gewehrs umgestaltet werden kann.“³

Kurzum: Die gewaltsame Revolution ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution. Es gehört zu den wichtigsten Leitsätzen des Marxismus-Leninismus. Und gerade in dieser wichtigsten Frage hat Chruschtschow den Marxismus-Leninismus verraten.

UNSER KAMPF MIT DEM REVISIONISMUS CHRUSCHTSCHOWS

Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU zum erstenmal den sogenannten „parlamentarischen Weg“ auf

¹ Mao Tse-tung, „Über den Widerspruch“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1964, S. 81

² Mao Tse-tung, „Fragen des Krieges und der Strategie“, Ausgewählte Werke, Bd. 2, 2. Auflage, S. 529 (Chinesisch)

³ Ebenda, S. 535

Tapet brachte, bezeichnete die KP Chinas diesen ernsten Fehler als Verletzung der Grundthesen des Marxismus-Leninismus und erklärte, sie könne damit keineswegs einverstanden sein.

Da Chruschtschows Revisionismus sich damals noch in den ersten Anfängen befand und die Führung der KPdSU es noch nicht darauf angelegt hatte, eine offene Polemik herauszufordern, unterließen wir es eine Zeitlang, den Fehler Chruschtschows bezüglich des „parlamentarischen Wegs“ vor aller Öffentlichkeit bloßzustellen und zu kritisieren. Jedoch haben wir in unseren Dokumenten und Artikeln den irrigen Ansichten Chruschtschows die marxistisch-leninistischen Ansichten in positiver Weise gegenübergestellt. Gleichzeitig führten wir bei internen Besprechungen und Zusammenkünften zwischen Bruderparteien in angemessener Form den notwendigen Kampf gegen die irrigen Ansichten Chruschtschows.

Bei der Zusammenfassung der Erfahrungen der chinesischen Revolution im politischen Bericht des ZK der KP Chinas auf dem VIII. Parteitag vom September 1956 stellten wir fest:

„Unsere Partei hat in ihrem Streben nach friedlichen Reformen weder die Wachsamkeit noch die Volksbewaffnung aufgegeben . . .

Im Gegensatz zu den Reaktionären ist das Volk nicht kriegslüsternd . . . Wenn aber das Volk dazu gezwungen wird, so hat es das volle Recht, zu den Waffen zu greifen. Wenn man dagegen auftritt und vom Volk fordert, daß es sich den angreifenden Feinden unterwerfe, vertritt man eine opportunistische Linie. Bei der Frage, ob man hier die revolutionäre oder die opportunistische Linie einschlagen soll, handelt es sich um die große Frage, ob das 600-Millionen-Volk, wenn die Zeit herangereift ist, die Macht ergreifen soll oder nicht. Unsere Partei hat die revolutionäre Linie eingeschlagen, und so haben wir heute die Volksrepublik China.“

In dieser Frage stehen die marxistisch-leninistischen Ansichten des VIII. Parteitags der KP Chinas in diametralem

Gegensatz zu den revisionistischen Ansichten des XX. Parteitags der KPdSU.

Im Dezember 1956 beleuchteten wir in dem Artikel „Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ abermals in positiver Weise den Weg der Oktoberrevolution, womit wir de facto den sogenannten „parlamentarischen Weg“ Chruschtschows, der im Gegensatz zu dem Weg der Oktoberrevolution steht, kritisiert haben.

In mehreren internen Besprechungen mit den Führern der KPdSU haben die führenden Genossen des ZK der KP Chinas die irrigen Ansichten Chruschtschows einer ernsten Kritik unterzogen. Es war unser heißer Wunsch und unsere aufrichtige Hoffnung, daß er seine Irrtümer korrigieren möge.

Während der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957 gab es in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eine heftige Debatte zwischen der Delegation der KP Chinas und der Delegation der KPdSU.

Im Laufe der Vorbereitungen zu dieser Beratung erwähnte der von dem ZK der KPdSU unterbreitete erste Deklarationsentwurf nur eine Möglichkeit, nämlich die des friedlichen Übergangs, und berührte überhaupt nicht die andere Möglichkeit, die des nichtfriedlichen Übergangs. Er erwähnte nur den parlamentarischen Weg und zog andere Kampfformen überhaupt nicht in Erwägung. Dabei wurden alle Hoffnungen bezüglich einer Machtergreifung auf parlamentarischem Weg auf „koordinierte Aktionen der Kommunisten und Sozialisten“ gesetzt. Selbstverständlich konnte das ZK der KP Chinas dem nicht zustimmen, daß diese irrigen Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, in ein programmatisches Dokument aller kommunistischen und Arbeiterparteien aufgenommen werden.

Nachdem die Delegation der KP Chinas ihre Kritik vorgebracht hatte, legte das ZK der KPdSU einen zweiten Entwurf vor. Obwohl in diesem Dokument der betreffende Passus durch einige Worte über die Möglichkeit eines

nichtfriedlichen Übergangs erweitert worden war, spiegelte jedoch die Art und Weise der Behandlung der Frage des friedlichen Übergangs noch immer die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU dargelegten revisionistischen Ansichten wider.

Die Delegation der KP Chinas erklärte eindeutig, daß sie diesen irrigen Ansichten nicht beipflichtete. Am 10. November setzte die Delegation der KP Chinas dem ZK der KPdSU systematisch ihre Ansichten zur Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinander und übergab ihm eine schriftliche Zusammenfassung derselben.

Dieses Schriftstück enthält folgende Hauptpunkte:

Von taktischen Überlegungen ausgehend, ist es vorteilhaft, den Wunsch nach einem friedlichen Übergang zu erwähnen; es wäre jedoch unangebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen. Man muß stets bereit sein, konterrevolutionäre Überfälle abzuwehren und im kritischen Augenblick der Revolution, da die Arbeiterklasse die Staatsmacht ergreift, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese (was in der Regel unvermeidlich ist) versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Wir müssen von der parlamentarischen Form des Kampfes vollen Gebrauch machen, aber ihre Rolle ist beschränkt. Am allerwichtigsten ist es, die mühselige Arbeit der Sammlung der revolutionären Kräfte zu leisten; friedlicher Übergang zum Sozialismus darf keinesfalls nur als Übergang mit Hilfe einer parlamentarischen Mehrheit interpretiert werden. Die Hauptfrage ist die des Staatsapparates, das heißt die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparates (hauptsächlich der bewaffneten Streitkräfte) und der Errichtung eines neuen Staatsapparates (hauptsächlich bewaffneter Streitkräfte).

Die sozialdemokratischen Parteien sind nicht Parteien des Sozialismus. Sie sind, mit Ausnahme gewisser linker

Flügel, eine Abart der bürgerlichen politischen Parteien. Ihr Standpunkt gegenüber der sozialistischen Revolution ist von dem unseren grundlegend verschieden. Dieser Unterschied darf nicht verschleiert werden.

Diese unsere Ansichten entsprechen zur Gänze dem Marxismus-Leninismus.

Die Genossen der Delegation des ZK der KPdSU konnten damals keine Einwände gegen unsere Ansichten erheben und baten uns wiederholt, auf ihre inneren Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Sie äußerten den Wunsch, daß die im Deklarationsentwurf enthaltene Formulierung dieser Frage mit ihrer Formulierung auf dem XX. Parteitag irgendwie zusammenhängen möge.

Da wir schon die irrigen Ansichten der Führung der KPdSU zurückgewiesen und ihr eine schriftliche Zusammenfassung unserer Ansichten überreicht hatten, kam die Delegation der KP Chinas mit Rücksicht auf den gemeinsamen Kampf gegen den Feind den wiederholt geäußerten Wünschen der Genossen der KPdSU entgegen: sie erklärte sich damit einverstanden, daß der Entwurf des ZK der KPdSU als Grundlage diene und nur einzelne Stellen geändert werden.

Wir taten das in der Hoffnung, daß die führenden Genossen der KPdSU durch diese Debatte ihrer Irrtümer gewahr werden und sie korrigieren würden. Jedoch entgegen unseren Erwartungen haben die Führer der KPdSU ihre Irrtümer nicht korrigiert.

Auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 hatte die Delegation der KP Chinas in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wiederholt heftige Auseinandersetzungen mit der Delegation der KPdSU. Wir enthüllten restlos die revisionistischen Ansichten Chruschtschows und kritisierten sie mit aller Entschiedenheit. Während der Beratung bestand sowohl die chinesische als auch die sowjetische Seite auf ihrem eigenen Standpunkt, so daß eine Vereinbarung nicht erzielt werden konnte. Schließlich machte die Delega-

tion der KP Chinas unter Berücksichtigung der allgemeinen Forderung der Bruderparteien, daß auf dieser Beratung ein gemeinsames Dokument angenommen werde, ein weiteres Zugeständnis in dieser Frage, um noch einmal den Bedürfnissen der Führung der KPdSU entgegenzukommen. Wir erklärten uns damit einverstanden, daß einige diesbezügliche Sätze der Deklaration von 1957 wörtlich abgeschrieben und in die Erklärung von 1960 aufgenommen werden. Auf dieser Beratung verteilten wir ferner die schriftliche Zusammenfassung der Ansichten der KP Chinas vom 10. November 1957 zur Frage des friedlichen Übergangs und erklärten gleichzeitig, daß unser diesmaliges Zugeständnis an die Führung der KPdSU das letzte sei und in Zukunft keine Rücksicht mehr auf sie genommen werden würde.

Wenn heute Genossen uns kritisieren, wir seien damals der Führung der KPdSU zu Unrecht entgegengekommen, dann sind wir gern bereit, diese Kritik anzunehmen.

Gerade weil die Formulierung der Frage, des friedlichen Übergangs in der Deklaration und in der Erklärung auf der Grundlage des sowjetischen Entwurfs erfolgt ist und dabei an einigen Stellen die vom XX. Parteitag der KPdSU vorgenommene Formulierung beibehalten wurde, enthält sie im ganzen genommen trotz einigen Ausbesserungen ernste Mängel und Irrtümer. So wird zwar in den Dokumenten festgestellt, daß die herrschenden Klassen die Macht niemals freiwillig abtreten, jedoch auch behauptet, daß in einer Reihe von kapitalistischen Ländern die Möglichkeit bestünde, die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern; es wird zwar festgestellt, daß ein umfassender außerparlamentarischer Massenkampf entfaltet werden muß, um den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen, jedoch auch behauptet, daß die Möglichkeit bestünde, eine stabile Parlamentsmehrheit zu erringen und das Parlament in ein Instrument zu verwandeln, das dem werktätigen Volk diene; es wird zwar der nichtfriedliche Übergang erwähnt, jedoch nicht betont, daß die gewaltsame Revolution ein allgemeines Gesetz ist. Gerade diese Mängel und

Irrtümer in der Deklaration und der Erklärung nehmen die Führer der KPdSU zum Vorwand, um mit dem Revisionismus Chruschtschows hausieren zu gehen.

Es muß hier mit allem Nachdruck erklärt werden, daß die KP Chinas ihre eigenen Ansichten über die in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 enthaltene Formulierung der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus stets vertreten hat und weiterhin vertritt. Wir verheimlichen niemals unsere Ansichten. Im Interesse der revolutionären Sache des internationalen Proletariats und zur Vermeidung eines Mißbrauchs dieser programmatischen Dokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien durch die Revisionisten halten wir es für notwendig, daß die in der Deklaration und der Erklärung enthaltene Formulierung dieser Frage durch Konsultationen der Bruderparteien auf der Grundlage der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus neu abgefaßt wird.

Um die Leser mit den Ansichten der KP Chinas über diese Frage hinreichend vertraut zu machen, veröffentlichen wir im Anhang nochmals den Wortlaut der von der Delegation der KP Chinas am 10. November 1957 dem ZK der KPdSU überreichten Zusammenfassung unserer Ansichten über den friedlichen Übergang.¹

In den letzten acht Jahren hat der Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien und der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt gegen Chruschtschows Revisionismus eine bedeutende Entwicklung erfahren. Immer mehr Menschen erkennen das wahre Gesicht des Revisionismus Chruschtschows. Aber die Führung der KPdSU greift immer noch zu Ausflüchten und Spitzfindigkeiten, ist nach wie vor mit allen Mitteln bemüht, ihren Plunder an den Mann zu bringen.

Infolgedessen ist es für uns notwendig, ihre absurden Thesen über den sogenannten „friedlichen Übergang“ zurückzuweisen.

¹ Siehe S. 119-122, „Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns, Anhang I“

SOPHISTIK KANN DIE GESCHICHTE NICHT ÄNDERN

Um ihren Verrat am Marxismus-Leninismus zu verschleiern und ihre revisionistische Linie zu rechtfertigen, entstellt die Führung der KPdSU unverblümt die Werke von Marx und Engels und verfälscht ebenso die Geschichte.

Die Führung der KPdSU rechtfertigt sich, indem sie sich darauf beruft, daß Marx doch „die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs für England und Amerika in Betracht gezogen hat“¹. In der Tat ist dieses Argument dem Renegaten Kautsky entlehnt worden, der seinerzeit genau die gleichen Tricks verwendete, um die Ansichten von Marx zu entstellen und gegen die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats aufzutreten.

Es ist wahr, daß Marx in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts sagte, daß in Ländern wie Amerika und England „die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können“. Trotzdem hob Marx damals hervor, daß dies eine Ausnahme sei, und sagte: „Wenn das wahr ist, müssen wir auch anerkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolutionen die Gewalt sein muß.“² Und weiter: „Die englische Bourgeoisie hat sich immer bereit gezeigt, das Urteil der Mehrheit anzunehmen, solange sie das Monopol bei den Wahlen besitzt. Doch seien Sie gewiß, sobald sie in Fragen, die sie für lebenswichtig hält, in der Minderheit sein wird, werden wir uns einem neuen Krieg der Sklavenhalter gegenübersehen.“³

In seiner Kritik am Renegaten Kautsky sagte Lenin: „Die Berufung darauf, Marx habe es in den siebziger Jahren für

¹ O. W. Kuusinen u. a., „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“

² Karl Marx, „Rede über den Haager Kongreß“, Marx/Engels Werke, Bd. 18, S. 160

³ „Aufzeichnung eines Interviews, das Karl Marx einem Korrespondenten der Zeitung ‚The World‘ gewährte“, Marx/Engels Werke, Bd. 17, S. 643

möglich gehalten, daß sich in England und Amerika der Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vollziehen könnte, ist das Argument eines Sophisten, das heißt, einfacher gesagt, eines Betrügers, der Zitate und Hinweise zu Gaunereien benutzt. Erstens hielt Marx auch damals diese Möglichkeit für eine Ausnahme. Zweitens gab es damals noch keinen monopolistischen Kapitalismus, d. h. keinen Imperialismus. Drittens gab es damals gerade in England und Amerika kein stehendes Heer (*jetzt gibt es ein solches*) als wichtigsten Apparat der bürgerlichen Staatsmaschinerie.¹

Lenin sagte: Der Imperialismus zeichnet sich kraft seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch „sehr geringe Friedfertigkeit und Freiheitsliebe und sehr große, überall wahrzunehmende Entwicklung des Militarismus“ aus. Das bei der Beurteilung der Frage: friedliche oder gewaltsame Umwälzung „nicht bemerken“ heißt zu einem gewöhnlichen Lakaien der Bourgeoisie herabsinken.²

Heute wiederholt die Führung der KPdSU die alte Leier Kautskys. Was ist das anderes als ein Herabsinken auf die Stufe eines ganz ordinären Lakaien der Bourgeoisie?

Die Führung der KPdSU rechtfertigt sich ferner damit, daß sie behauptet, Lenin habe doch „prinzipiell die Möglichkeit einer friedlichen Revolution zugelassen“.³ Das ist hundertprozentige Sophistik.

Nach der Februar-Revolution 1917 nahm Lenin eine Zeitlang an, daß „in Rußland diese Revolution ausnahmsweise als friedliche Revolution möglich ist“.⁴ Lenin bezeichnete das

¹ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Prawda, 11. Oktober 1918, Werke, Bd. 28

² Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Wie Kautsky Marx in einen Dutzendliberalen verwandelt hat), Werke, Bd. 28

³ A. Beljakow und F. Burlatzki, „Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und die Gegenwart“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 13, 1960

⁴ Lenin, „I. Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ (1), Werke, Bd. 25

als „Ausnahme“, gerade weil es damals eine besondere Voraussetzung gegeben hat, nämlich: „Daß die Waffen in den Händen des Volkes waren, daß jede Gewalt von außen über das Volk fehlte, eben darin bestand das Wesen der Sache.“¹ Im Juli 1917 ging die konterrevolutionäre Regierung der Bourgeoisie mit Waffengewalt gegen die Volksmassen vor, wobei auf den Petrograder Straßen das Blut der Arbeiter und Soldaten vergossen wurde. Nach diesen Ereignissen stellte Lenin fest: „Alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution sind endgültig geschwunden.“² Im Oktober 1917 haben Lenin und die Bolschewistische Partei die Arbeiter und Soldaten entschlossen zum bewaffneten Aufstand geführt und die Macht ergriffen. Im Januar 1918 stellte Lenin fest, daß „sich der Klassenkampf . . . in den Bürgerkrieg verwandelt hat“.³ So wurde weitere dreieinhalb Jahre ein revolutionärer Krieg geführt, der schwere Opfer gefordert hat. Erst nach der Niederschlagung der inneren konterrevolutionären Rebellionen und der ausländischen bewaffneten Interventionen konnte der Sieg in der Revolution gefestigt werden. Im Jahre 1919 sagte Lenin: „Im Oktober hat . . . die revolutionäre Gewalt einen glänzenden Erfolg gezeitigt.“⁴

Heute aber nimmt sich die Führung der KPdSU heraus zu erklären, die Oktoberrevolution sei „die unblutigste aller Revolutionen“ gewesen⁵ und „fast friedlich vollzogen“ worden⁶. Das steht zu den historischen Tatsachen in absolutem Gegensatz. Habt ihr denn gar kein Schamgefühl den revolutionären Märtyrern gegenüber, die für die Schaffung des ersten sozia-

¹ Lenin, „Zu den Losungen“, Werke, Bd. 25

² Lenin, „Die politische Lage“, Werke, Bd. 25

³ Lenin, „Leute aus jener Welt“, Werke, Bd. 25

⁴ Lenin, „Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht“, Werke, Bd. 29

⁵ F. Konstantinow, „Lenin und die Gegenwart“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 5, 1960

⁶ Mikojans Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 16. Februar 1956

listischen Staates ihr Blut vergossen und ihr Leben hingegeben haben?

Als wir darauf hinwiesen, daß es in der Weltgeschichte noch kein einziges Beispiel für einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gegeben hat, versuchte sich die Führung der KPdSU mit Kniffen herauszuwinden, indem sie behauptete, daß „praktische Erfahrungen einer Durchführung der sozialistischen Revolution mit friedlichen Mitteln vorhanden“ seien. Die Augen vor den Tatsachen verschließend, erklärte sie: „In Ungarn wurde im Jahre 1919 die Diktatur des Proletariats auf friedlichem Wege errichtet.“¹

Ist dem tatsächlich so? Nein, keineswegs. Sehen wir uns nur an, was Béla Kun, der Führer der ungarischen Revolution, über den Gang der damaligen Ereignisse zu sagen hat.

Die KPU wurde im November 1918 gegründet. Sofort nach ihrer Gründung stürzte sich die junge Partei in den revolutionären Kampf und stellte die Losungen der sozialistischen Revolution auf: „Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats und Errichtung der Sowjetmacht.“² Die KPU bereitete intensiv auf allen Gebieten den bewaffneten Aufstand vor: Bewaffnung der Arbeiter, Propaganda unter den Regierungstruppen, Organisation der demobilisierten Militärangehörigen, Veranstaltung bewaffneter Demonstrationen, Mobilisierung der Arbeiter zur Vertreibung der Fabrikdirektoren und zur Besetzung der Betriebe, Mobilisierung der Landarbeiter zur Besetzung der großen Landgüter, Entwaffnung der reaktionären Offiziere sowie der reaktionären Truppen und der Polizei, Verbindung des bewaffneten Aufstands mit den Streikkämpfen usw.

Tatsächlich fanden während der ungarischen Revolution mehrere in Form und Ausmaß unterschiedliche bewaffnete

¹ „Der Marxismus-Leninismus — die Grundlage der Einheit der kommunistischen Bewegung“, redaktioneller Artikel des „Kommunist“ (Moskau), Nr. 15, 1963

² Béla Kun, „Lehren der proletarischen Revolution in Ungarn“, Moskau 1960, S. 46 (Russisch)

Kämpfe statt. Béla Kun sagte: „Vom Tage der Gründung der Kommunistischen Partei an bis zur Machtergreifung ereigneten sich immer häufiger bewaffnete Zusammenstöße mit den bürgerlichen Machtorganen. Seit dem 12. Dezember 1918, als die Budapester Garnison mit der Waffe in der Hand auf die Straße zog und gegen den Heeresminister der provisorischen Regierung demonstrierte, . . . gab es kaum einen Tag, an dem die Zeitungen nicht über blutige Zusammenstöße der revolutionären Arbeiter und Soldaten mit bewaffneten Einheiten der Regierungstreitkräfte, besonders mit der Polizei, berichteten. Die Kommunisten organisierten nicht nur in Budapest, sondern auch in der Provinz zahlreiche bewaffnete Aufstände.“³ Es ist in der Tat eine faustdicke Lüge, wenn die Führung der KPdSU die ungarische Revolution als einen friedlichen Übergang bezeichnet.

In der Sowjetpresse wird behauptet, die bürgerliche Regierung Ungarns hätte „freiwillig abgedankt“.² Das ist vielleicht das einzige Argument der Führung der KPdSU. Was aber waren die Tatsachen?

Der Chef der damaligen bürgerlichen Regierung Ungarns M. Károlyi erklärte unmißverständlich: „Ich habe eine Kundmachung über meine Amtsniederlegung und die Übergabe der Staatsgewalt an das Proletariat unterzeichnet, das in der Tat schon vorher die Macht ergriffen und offen proklamiert hatte . . . Nicht ich übergab dem Proletariat die Macht, sondern dieses hatte sie schon früher dank der planmäßigen Aufstellung einer sozialistischen Armee erobert.“ Deshalb stellte Béla Kun fest, die Behauptung, daß die Bourgeoisie die Macht dem Proletariat freiwillig übergeben hätte, sei eine heuchlerische „Legende“.³

¹ Béla Kun, „Lehren der proletarischen Revolution in Ungarn“ Moskau 1960, S. 57 (Russisch)

² „Wie der Prozeß der Weltrevolution verläuft“, „Sowjetskaja Ros-sija“, 1. August 1963

³ Béla Kun, a. a. O., S. 46

Die ungarische Revolution von 1919 erlitt eine Niederlage. Lenin analysierte die Gründe dieser Niederlage und zog daraus folgende hauptsächlichste Lehren: Die junge Kommunistische Partei Ungarns beging den verhängnisvollen Fehler, daß sie mit nicht genügender Entschlossenheit die Diktatur über den Feind ausübte und in kritischen Augenblicken schwankte. Darüber hinaus traf sie keine richtigen Maßnahmen, um die Forderungen der Bauern nach Lösung der Bodenfrage zu erfüllen, und entfernte sich damit von den breiten Bauernmassen. Die Vereinigung der KPU mit der opportunistischen Sozialdemokratischen Partei ist ebenfalls ein wichtiger Grund für die Niederlage der ungarischen Revolution.

Die Führung der KPdSU behauptet zu Unrecht, daß die ungarische Revolution 1918 — 1919 ein Musterbeispiel für einen „friedlichen Übergang“ sei. Das ist nichts als eine totale Geschichtsfälschung.

Die Führung der KPdSU behauptet ferner hartnäckig, daß die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei die „Macht auf friedlichem Wege ergriffen“ hätte.¹ Das ist ebenfalls eine absurde und lächerliche Entstellung der Geschichte.

Die volksdemokratische Staatsmacht in der Tschechoslowakei wurde während des antifaschistischen Krieges errichtet, nicht aber „friedlich“ aus den Händen der Bourgeoisie übernommen. Während des zweiten Weltkriegs führte die Kommunistische Partei das Volk in einen antifaschistischen Partisanenkrieg und zu bewaffneten Aufständen. Mehr noch, mit Hilfe der Sowjetarmee vernichtete sie die Truppen der deutschen Faschisten und das Regime ihrer Handlanger in der Tschechoslowakei und errichtete eine Koalitionsregierung der Nationalen Front. Dem Wesen nach war diese Regierung eine Diktatur der Volksdemokratie unter Führung des Proletariats, also eine Form der Diktatur des Proletariats.

¹ L. I. Breshnew, Begrüßungsansprache an den XII. Parteitag der KP der Tschechoslowakei am 4. Dezember 1962

Im Februar 1948 versuchten die einheimischen Reaktionäre der Tschechoslowakei, mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus einen konterrevolutionären Staatsstreich zu inszenieren, und bereiteten einen bewaffneten Putsch vor, um die Volksmacht zu stürzen. Aber die von der Kommunistischen Partei geführte Regierung setzte sofort Streitkräfte ein, organisierte zugleich bewaffnete Massendemonstrationen und vereitelte damit den Plan der konterrevolutionären Restauration der Bourgeoisie. Die Tatsachen zeigen eindeutig, daß zur Zeit der Februar-Ereignisse die Arbeiterklasse nicht „friedlich“ der Bourgeoisie die Macht entrissen, sondern vielmehr unter Einsatz der von ihr selbst beherrschten Staatsmaschine und hauptsächlich gestützt auf ihre eigenen bewaffneten Kräfte den konterrevolutionären Putsch der Bourgeoisie niedergeschlagen hat.

Als Gottwald die Februar-Ereignisse zusammenfaßte, sagte er: „Bereits vor den Februar-Ereignissen sagten wir: Im Vergleich zu den Verhältnissen vor dem Krieg besteht eine der grundlegenden Veränderungen gerade darin, daß die Staatsmacht nicht mehr den bisherigen herrschenden Klassen, sondern neuen Klassen dient. Die Februar-Ereignisse zeigen, daß die Staatsmacht in dieser Beziehung eine hervorragende Rolle gespielt hat.“¹

Wie können denn all diese Tatsachen als Präzedenzfälle für einen „friedlichen Übergang“ ausgelegt werden?

Lenin sagte: „Alle Ausflüchte, Sophismen und Taschenspielertricks braucht Kautsky ja gerade, um über die *gewaltsame* Revolution *hinwegzureden*, um seine Abkehr von ihr, seinen Übergang auf die Seite einer *liberalen* Arbeiterpolitik, d. h. auf die Seite der Bourgeoisie, zu verhüllen.“ Und er fügte hinzu: „Hier liegt der Hund begraben.“²

¹ K. Gottwald, Rede auf dem Plenum des ZK der KP der Tschechoslowakei am 17. November 1948

² Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Wie Kautsky Marx in einen Dutzendliberalen verwandelt hat), Werke, Bd. 28

Warum hat Chruschtschow die Werke von Marx und Lenin so schamlos entstellt, die Geschichte verfälscht und derartige Täuschungsmanöver vollführt? Hier liegt der Hund begraben.

LÜGEN KÖNNEN DIE WIRKLICHKEIT NICHT ZUDECKEN

Um ihre gegen die Revolution gerichtete Politik des „friedlichen Übergangs“ zu rechtfertigen, beruft sich die Führung der KPdSU hauptsächlich darauf, daß sich die historischen Bedingungen in unserer Epoche geändert hätten.

Bezüglich der Veränderung der historischen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg sind die Einschätzungen und Schlußfolgerungen der Marxisten-Leninisten denen Chruschtschows diametral entgegengesetzt.

Die Marxisten-Leninisten sind der Ansicht, daß sich die historischen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend verändert haben. Diese Veränderung zeigt sich hauptsächlich in der bedeutenden Stärkung der sozialistischen Kräfte des Proletariats und der bedeutenden Schwächung der Kräfte des Imperialismus. In der Nachkriegszeit bildete sich das mächtige sozialistische Lager heraus, und eine Reihe neuer, unabhängiger Nationalstaaten wurde gegründet. Bewaffnete revolutionäre Kämpfe folgten einer auf den anderen. Die Massenbewegungen in den kapitalistischen Ländern erfuhren einen neuen Aufschwung, und die Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung verstärkten sich bedeutend. Die sozialistische revolutionäre Bewegung des Weltproletariats und die Bewegung der nationaldemokratischen Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika bilden die beiden wichtigsten historischen Strömungen der Gegenwart.

Bereits zu Beginn der Nachkriegszeit wies Genosse Mao Tse-tung wiederholt darauf hin, daß im Kräfteverhältnis der Welt das Übergewicht auf unserer Seite, nicht auf der des Feindes liegt. Durch diese neuen Umstände „wurden dem

Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Nationen der ganzen Welt noch größere Möglichkeiten und noch realere Wege eröffnet“¹.

Ferner stellte Genosse Mao Tse-tung fest: „Unruhe stiften, Niederlage, abermals Unruhe stiften, wieder Niederlage und schließlich Untergang — das ist die Logik des Imperialismus und der Reaktion in der ganzen Welt dem Kampf der Völker gegenüber, und sie können niemals gegen diese Logik an. Das ist ein Gesetz des Marxismus. Wenn wir sagen, ‚der Imperialismus ist sehr grausam‘, so bedeutet das, daß sein Wesen nicht zu ändern ist; die Imperialisten wollen bis zu ihrem Untergang nicht die Waffen strecken, daher können sie nie Buddhas werden.“²

Die Marxisten-Leninisten haben aus den für die Revolution immer günstigeren Veränderungen der historischen Bedingungen in der Nachkriegszeit und auf Grund des Gesetzes, wonach sich der Charakter des Imperialismus und der Reaktionen nicht ändern kann, die revolutionäre Schlußfolgerung gezogen: Man muß die für die Revolution äußerst günstige Lage ausnützen und unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse der einzelnen Länder die Entfaltung des revolutionären Kampfes aktiv fördern und sich für die Erringung des Sieges in der Revolution vorbereiten.

Chruschtschow zieht aber unter dem Vorwand der Veränderungen der historischen Bedingungen in der Nachkriegszeit seine auf die Bekämpfung der Revolution und ihre Liquidierung abzielenden Schlußfolgerungen. Er behauptet, daß sich infolge der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses auch der Charakter des Imperialismus und der Reaktionen sowie das Gesetz des Klassenkampfes geändert hätten.

¹ Mao Tse-tung, „Revolutionäre Kräfte der ganzen Welt, vereint euch zum Kampf gegen die imperialistische Aggression“, Ausgewählte Werke, Bd. 4, S. 1360 (Chinesisch)

² Mao Tse-tung, „Fort mit den Illusionen, bereit zum Kampf“, in „Kommentare zum Weißbuch der Regierung der USA“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 7

Der allgemeingültige Weg der Oktoberrevolution und die marxistisch-leninistische Theorie der proletarischen Revolution wären überholt.

Chruschtschow und seinesgleichen erzählen Märchen aus Tausendundeiner Nacht: „Gegenwärtig bilden sich für die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Staaten günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Durchführung der sozialistischen Revolution in friedlichen Formen.“¹

Und sie sagen weiter: „In der Periode zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg entwickelte und vervollkommnete die reaktionäre Bourgeoisie vieler europäischer Länder dauernd ihre polizeilich-bürokratische Maschine, schlug die Massenbewegungen der Werktätigen grausam nieder und ließ keine Möglichkeit für eine sozialistische Revolution auf friedlichem Wege offen.“ Jetzt aber, so meinen sie, sei die Lage ganz anders.²

Sie behaupten, daß die „grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus“ jetzt angeblich es ermöglichen, eine „Einnischung von seiten der internationalen Reaktion in die Angelegenheiten des Landes, in dem eine Revolution stattfindet, zu paralysieren“;³ und daß sie jetzt „die potentiellen Möglichkeiten der Bourgeoisie, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, verringern“.⁴

Doch die Lügen Chruschtschows und seinesgleichen können die Wirklichkeit nicht zudecken.

Die zwei hervorstechendsten Erscheinungen nach dem zweiten Weltkrieg sind: Der Imperialismus und alle Reaktionäre

¹ A. Butenko, „Krieg und Revolution“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 4, 1961

² O. W. Kuusinen u. a., „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“

³ A. Beljakow und F. Burlatzki, „Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und die Gegenwart“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 13, 1960

⁴ A. Butenko, „Krieg und Revolution“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 4, 1961

verstärken überall ihren Gewaltapparat und unterdrücken brutal die Volksmassen; der Imperialismus mit den USA an der Spitze führt allenthalben bewaffnete konterrevolutionäre Interventionen durch.

Die Militarisierung der USA geht immer intensiver vor sich. Ihre Streitkräfte sind auf einen Stand von mehr als 2 700 000 Mann gebracht worden, das ist das Elffache ihrer Stärke im Jahre 1934 oder das Neunfache ihrer Stärke von 1939. Die Polizei- und Geheimdienstorganisationen der USA sind so zahlreich, daß, wie selbst amerikanische Großkapitalisten zugeben mußten, die USA in dieser Beziehung an erster Stelle in der Welt stehen und Hitlerdeutschland weit übertroffen haben.

Die reguläre Armee Großbritanniens wurde in den Jahren 1934—1963 von über 250 000 auf mehr als 420 000 Mann verstärkt, während die Polizei im selben Zeitraum von 67 000 auf 87 000 Mann erweitert wurde.

Das stehende Heer Frankreichs wurde in den Jahren 1934—1963 von 650 000 auf mehr als 740 000 Mann verstärkt, während die Stärke der Polizei- und Sicherheitstruppen in der gleichen Zeit von 80 000 auf 120 000 Mann stieg.

Die anderen imperialistischen Staaten und sogar die gewöhnlichen kapitalistischen Staaten bilden hinsichtlich einer so beträchtlichen Verstärkung der Streitkräfte und der Polizei keine Ausnahmen.

Chruschtschow ist besonders darauf versessen, die Volksmassen mit der Parole der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu demobilisieren. Seit mehreren Jahren murmelt er schon diese Zauberformel. Tatsächlich aber ist auch nicht die Spur von einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu sehen. Im imperialistischen Lager mit den USA an der Spitze ist überall die allgemeine und vollständige Aufrüstung im Gange, wird der Gewalt- und Unterdrückungsapparat immer mehr erweitert und verstärkt.

Wozu verstärkt die Bourgeoisie in Friedenszeiten so fieberhaft ihre Streitkräfte und Polizeitruppen? Will sie damit etwa den Werktätigen die Möglichkeit bieten, auf friedlichem Wege

die Macht zu ergreifen, oder will sie nicht vielmehr die Massenbewegungen der Werktätigen unterdrücken? Hat denn nicht in den 19 Nachkriegsjahren die Bourgeoisie verschiedener Länder genug Verbrechen begangen, indem sie Truppen und Polizei einsetzte, um streikende Arbeiter und Volksmassen, die demokratische Rechte verlangten, niederzuhalten?

In den letzten 19 Jahren haben die amerikanischen Imperialisten mit mehr als 40 Staaten eine Reihe von Militärblocks organisiert und verschiedene Militärpakte geschlossen. Sie haben zudem auf fremdem Territorium mehr als 2200 Militärstützpunkte und militärische Anlagen errichtet, die über die ganze kapitalistische Welt verteilt sind. Die Stärke ihrer im Ausland stationierten Truppen beträgt über eine Million Mann. Ihrem „Einsatz-Kommando“ untersteht eine bewegliche Land- und Luftstreitmacht, die jederzeit bereit ist, zur Unterdrückung einer Volksrevolution wo auch immer eingesetzt zu werden.

In den letzten 19 Jahren haben die amerikanischen und anderen Imperialisten nicht nur die Reaktionen verschiedener Länder bei der Unterdrückung von revolutionären Bewegungen ihres Volkes mit allen Mitteln unterstützt, sondern auch unmittelbar selbst mehrmals konterrevolutionäre bewaffnete Aggressionen und Interventionen geplant und durchgeführt, mit anderen Worten, die Konterrevolution exportiert. So haben zum Beispiel die amerikanischen Imperialisten Tschiang Kai-schek bei der Führung des Bürgerkriegs in China geholfen; sie haben ihre Truppen nach Griechenland entsandt und den Angriff gegen das befreite Gebiet des griechischen Volkes geleitet; sie haben den Aggressionskrieg in Korea geführt; sie haben ihre Truppen in Libanon gelandet, um die irakische Revolution zu bedrohen; sie haben in Laos die Reaktionen bei der Ausdehnung des Bürgerkriegs angespornt und unterstützt; sie haben sogenannte UNO-Truppen aufgestellt und befehligt, um die nationale Unabhängigkeitsbewegung in Kongo abzuwürgen; sie haben eine konterrevolutionäre

Invasion in Kuba unternommen. Heute unterdrücken sie noch immer die um ihre Freiheit kämpfende südvietnamesische Bevölkerung; erst vor kurzem gingen sie mit Waffengewalt gegen das panamaische Volk vor, das einen gerechten Kampf zur Wahrung seiner Souveränität führt; und augenblicklich beteiligen sie sich auch an der bewaffneten Intervention gegen Zypern.

Der amerikanische Imperialismus führt nicht nur resolut Unterdrückungsmaßnahmen und Interventionen gegen alle Volksrevolutionen und nationalen Befreiungsbewegungen durch, sondern versucht auch mit allen Mitteln, jede bürgerliche Regierung, die nur die geringste Tendenz zum Nationalismus zeigt, zu beseitigen. In den letzten 19 Jahren hat die USA-Regierung in einer Reihe von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wiederholt konterrevolutionäre militärische Staatsstreiche inszeniert; sogar von ihr hochgepöbelte Lakaien wie Ngo dinh Diem und seinesgleichen wurden, sobald sie unbequem geworden waren, gewaltsam liquidiert.

Die Tatsachen zeigen: Wenn heute die unterdrückten Volksmassen und geknechteten Nationen Revolutionen durchführen und ihre Freiheit erkämpfen wollen, müssen sie sowohl es mit der sie gewaltsam unterdrückenden einheimischen reaktionären herrschenden Klasse aufnehmen können, als auch gegen eine bewaffnete Intervention des Imperialismus, vor allem des amerikanischen, voll gerüstet sein. Ohne daß man diese Vorbereitungen trifft und im nötigen Moment der konterrevolutionären Gewalt mit der revolutionären Gewalt begegnet, kann von einer Revolution und erst recht von einem Sieg in der Revolution überhaupt nicht die Rede sein.

Was die Länder betrifft, die bereits ihre nationale Unabhängigkeit erlangt haben, so werden sie nicht imstande sein, diese zu verteidigen und noch weniger die Entwicklung der Sache der Revolution zu gewährleisten, wenn sie nicht ihre Streitkräfte verstärken, wenn sie keine Vorbereitungen zum Kampf gegen die bewaffnete Aggression und Einnischung seitens des Imperialismus treffen und wenn sie nicht die Po-

litik des Kampfes gegen den Imperialismus beharrlich verfolgen.

Nun möchten wir die Führung der KPdSU fragen: Wenn ihr schon so viel Aufhebens von den neuen Besonderheiten der Nachkriegssituation macht, warum zieht ihr es dann vor, die wichtigste und hervorstechendste Besonderheit, daß nämlich die amerikanischen und die anderen Imperialisten jede Revolution niederschlagen wollen, zu vertuschen? Wenn ihr schon unausgesetzt den friedlichen Übergang im Munde führt, warum schweigt ihr dann darüber, wie man die kolossale Gewalt- und Unterdrückungsmaschine des Imperialismus und aller Reaktionäre bekämpfen soll? Ihr bemäntelt unverschämt die blutige Wirklichkeit der brutalen Unterdrückung von nationalen Befreiungs- und revolutionären Volksbewegungen durch den Imperialismus und alle Reaktionäre und verbreitet Illusionen, daß die geknechteten Nationen und unterdrückten Völker auf friedlichem Wege den Sieg erringen könnten. Ist es nicht klar, daß ihr damit nur die Wachsamkeit der Völker einschläfert, die empörten Volksmassen mit leeren Phrasen von einer herrlichen Zukunft beruhigt und euch ihrer Revolution widersetzt, daß ihr dadurch praktisch zu Helfershelfern des Imperialismus und aller Reaktionäre werdet?

In dieser Frage kann uns der verstorbene amerikanische Außenminister Dulles wieder einmal als „Lehrer durch negative Beispiele“ nützliche Dienste leisten.

Dulles erklärte am 21. Juni 1956 in einer Rede, daß bis jetzt alle sozialistischen Staaten „durch Anwendung von Gewalt“ gegründet worden sind, und fügte hinzu: „Die sowjetischen Machthaber sagen jetzt, daß sie die Anwendung der Gewalt aufgeben werden . . . Wir begrüßen diese Entwicklung und werden sie fördern.“¹

¹ J. F. Dulles, Ansprache an die 41. Jahrestagung von „Kiwaniis International“, 21. Juni 1956

Als getreuer Verfechter des kapitalistischen Systems verstand Dulles natürlich sehr gut, daß die Gewalt im Klassenkampf eine wichtige Rolle spielt. Dulles begrüßte die Chruschtschowsche Politik der Preisgabe der gewaltsamen Revolution. Andererseits ließ er keine Zweifel darüber aufkommen, daß die Bourgeoisie die konterrevolutionäre Gewalt stärken muß, um ihr Regime aufrechtzuerhalten. In einer anderen Rede sagte er: „Die wichtigste aller Aufgaben der Regierung besteht darin, ihre Bürger (gemeint ist die reaktionäre herrschende Klasse) vor Gewalt zu schützen. Daher müssen die Mitglieder jeder zivilisierten Gemeinschaft dazu beisteuern, um eine Polizeimacht als Arm des Gesetzes und der Ordnung aufrechtzuerhalten.“¹

Hier hat Dulles die Wahrheit gesagt. Die politische Grundlage der Herrschaft des Imperialismus und aller Reaktionäre wird durch nichts anderes als „eine Polizeimacht“ repräsentiert. Solange diese Grundlage nicht angetastet wird, ist alles andere nicht von Belang und kann ihre Herrschaft nicht erschüttern. Je häufiger die Führung der KPdSU die Tatsache, daß sich die Bourgeoisie auf ein Gewaltregime stützt, bemäntelt und ihr von Dulles so gut aufgenommenes Märchen von einem friedlichen Übergang propagiert, desto deutlicher zeigt sie ihr wahres Gesicht als Kumpen des Imperialismus im Widerstand gegen die Revolution.

ZURÜCKWEISUNG DES SOGENANTEN „PARLAMENTARISCHEN WEGES“

Die These vom „parlamentarischen Weg“, für welche die Revisionisten der II. Internationale die Werbetrommel schlugen, wurde bereits von Lenin gründlich widerlegt und ist schon längst diskreditiert. Trotzdem scheint in den Augen Chruschtschows nach dem zweiten Weltkrieg der sogenannte

¹ J.F. Dulles, Rede auf dem Jahres-Festessen der „Associated Press“ am 22. April 1957

„parlamentarische Weg“ plötzlich eine magische Kraft erlangt zu haben.

Hat er das tatsächlich? Selbstverständlich nicht!

Die historischen Tatsachen nach dem zweiten Weltkrieg zeigen erneut, daß nach wie vor nur die Waffengewalt, nicht aber das Parlament den wichtigsten Teil des bürgerlichen Staatsapparates bildet. Denn das Parlament dient lediglich als Aufputz oder als Wandschirm des Regimes der Bourgeoisie. Je nach den Bedürfnissen und Interessen ihrer Herrschaft beschließt die Bourgeoisie die Einführung oder die Abschaffung des Parlamentarismus, ob das Parlament mit mehr oder mit weniger Autorität ausgestattet werden solle, ob dieses oder jenes Wahlgesetz anzunehmen sei. Angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie die militärische und bürokratische Maschine kontrolliert, ist eine „stabile parlamentarische Mehrheit“, die das Proletariat durch Wahlen erringen könnte, entweder unmöglich oder unzuverlässig. Die Verwirklichung des Sozialismus auf „parlamentarischem Wege“ ist völlig unmöglich, ist reiner Selbstbetrug und Betrug an anderen.

Etwa die Hälfte der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern befindet sich immer noch in der Illegalität. Für diese Parteien, die nicht einmal eine legale Existenz haben, kann selbstverständlich von der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit keine Rede sein.

So tobt zum Beispiel gegen die Kommunistische Partei Spaniens noch immer der weiße Terror. Es ist ihr nicht einmal möglich, an den Wahlen teilzunehmen. Deswegen ist es äußerst unsinnig und traurig, daß auch solche Führer der KP Spaniens wie Dolores Ibárruri Chruschtschow folgen und für die Durchführung des sogenannten „friedlichen Übergangs“ in Spanien Reklame machen.

Es ist den kommunistischen Parteien in einigen kapitalistischen Ländern wegen verschiedener im bürgerlichen Wahlsystem begründeter ungerechter Beschränkungen sehr schwer, eine Stimmenmehrheit zu erringen, obwohl sie eine legale Stellung einnehmen und an den Wahlen teilnehmen können.

Selbst wenn diese kommunistischen Parteien eine Stimmenmehrheit erlangen sollten, kann die Bourgeoisie verschiedene Manöver, unter anderem eine Änderung des Wahlgesetzes, unternehmen, um die Kommunisten daran zu hindern, eine Mehrheit der Sitze im Parlament zu erreichen.

So hat zum Beispiel die französische Monopolbourgeoisie nach Kriegsende zweimal das Wahlgesetz geändert, wodurch die Mandatszahl der KP Frankreichs im Parlament zweimal stark vermindert wurde. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1946 hatte die KPF bereits 182 Sitze erhalten. Nachdem aber die Monopolbourgeoisie das Wahlgesetz geändert hatte, wurde bei den Parlamentswahlen im Jahre 1951 die Mandatszahl der KPF mit einem Schlag auf 103 reduziert, das heißt, sie verlor 79 Sitze. Bei den Wahlen im Jahre 1956 erhielt die KP Frankreichs 150 Sitze. Aber vor den Wahlen im Jahre 1958 änderte die Monopolbourgeoisie abermals das Wahlgesetz ab, so daß die Mandatszahl der KPF plötzlich auf 10 Sitze reduziert wurde, also gleich um 140 Sitze weniger!

Es würde auch absolut keine Veränderung des bürgerlichen Charakters von Parlament und Regierung bedeuten und noch weniger die Zerschlagung des alten Staatsapparates und die Errichtung eines neuen, wenn die kommunistische Partei unter gewissen Umständen eine Mehrheit im Parlament erringen oder durch einen Wahlsieg in die Regierung kommen sollte. Eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung ist absolut unmöglich, wenn man sich dabei auf bürgerliche Parlamente und Regierungen stützt. Denn die reaktionäre Bourgeoisie, die den Staatsapparat kontrolliert, kann die Wahlen für null und nichtig erklären, das Parlament auflösen, die Kommunisten aus der Regierung verjagen, die kommunistische Partei für illegal erklären und die Volksmassen und die fortschrittlichen Kräfte mit brutaler Gewalt unterdrücken.

Die KP Chiles unterstützte beispielsweise im Jahre 1946 die bürgerliche Radikale Partei bei den Wahlen, und diese siegte. Daraufhin wurde eine Koalitionsregierung gebildet,

an der sich die Kommunisten beteiligten. Damals bezeichneten die Führer der KP Chiles diese von der Bourgeoisie kontrollierte Regierung sogar als „volksdemokratische Regierung“. Aber kaum ein Jahr war verstrichen, als die Bourgeoisie die Kommunisten zum Austritt aus der Regierung zwang, Massenverhaftungen von Kommunisten vornahm und die KP Chiles im Jahre 1948 für illegal erklärte.

Die Bourgeoisie kann auch einer Arbeiterpartei erlauben, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen und auch eine Regierung zu bilden, wenn diese Partei zu einer Hofpartei der Bourgeoisie degeneriert ist. Das ist z. B. bei den sozialdemokratischen Parteien in manchen Ländern der Fall, die Parteien von bürgerlichem Typ sind. Dadurch wird jedoch nur die Diktatur der Bourgeoisie aufrechterhalten und gefestigt; die Stellung des Proletariats als einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse wird aber nicht im geringsten verändert und kann dadurch auch nicht verändert werden. Solche Tatsachen können nur erneut das Fiasko des „parlamentarischen Weges“ beweisen.

Die historischen Tatsachen nach dem zweiten Weltkrieg zeigen weiter, daß Führer einer kommunistischen Partei, wenn sie an den sogenannten „parlamentarischen Weg“ glauben und an unheilbarem „parlamentarischem Kretinismus“ leiden, nicht nur nicht ans Ziel gelangen, sondern unweigerlich in den Sumpf des Revisionismus versinken und die proletarische Revolution preisgeben werden.

In der Frage, wie man sich zum bürgerlichen Parlament verhalten solle, bestehen zwischen den Marxisten-Leninisten einerseits und den Opportunisten und Revisionisten andererseits seit jeher grundlegende Meinungsverschiedenheiten.

Die Marxisten-Leninisten sind seit jeher der Ansicht, daß eine proletarische Partei unter bestimmten Voraussetzungen am parlamentarischen Kampf teilnehmen und die Parlamentstribüne ausnützen soll, um das reaktionäre Wesen der Bourgeoisie zu entlarven, die Volksmassen zu erziehen und die revolutionären Kräfte zu sammeln. Es ist falsch, auf die An-

wendung dieses legalen Kampfmittels zu einer Zeit, da sie notwendig ist, zu verzichten. Jedoch darf eine proletarische Partei niemals die proletarische Revolution durch den parlamentarischen Kampf ersetzen und sich der Illusion hingeben, daß der Übergang zum Sozialismus auf „parlamentarischem Wege“ möglich sei. Eine proletarische Partei muß jederzeit ihr Hauptaugenmerk auf den Massenkampf richten.

Lenin sagte: „Die Partei des revolutionären Proletariats braucht die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus, um die Massen durch die Wahlen und den Kampf der Parteien im Parlament aufzuklären. Jedoch den Klassenkampf auf den Kampf innerhalb des Parlaments beschränken oder diesen Kampf als den höchsten, entscheidenden betrachten, dem sich alle anderen Formen des Kampfes unterzuordnen haben, heißt sich faktisch auf die Seite der Bourgeoisie und gegen das Proletariat stellen.“¹

Lenin hat den Revisionisten der II. Internationale vorgeworfen, sich Illusionen über den Parlamentarismus hinzugeben und die revolutionäre Aufgabe der Machtergreifung zu vergessen. Sie haben die proletarischen Parteien in Wahlparteien, in parlamentarische Parteien, in Anhängsel der Bourgeoisie und Werkzeuge zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Diktatur verwandelt. Da nun Chruschtschow und seine Anhänger Reklame für den „parlamentarischen Weg“ machen, erwartet auch sie das Schicksal der Revisionisten der II. Internationale.

ZURÜCKWEISUNG DER BEHAUPTUNG VON EINEM „KAMPF GEGEN DEN LINKSOPPORTUNISMUS“

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU gibt es in der Frage der proletarischen Revolution eine Unmenge aus der Luft gegriffener Behauptungen: die Kommunistische Partei Chinas

¹ Lenin, „Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ (VI), Werke, Bd. 30

wäre der Ansicht, daß man „die Losung der sofortigen proletarischen Revolution ausgeben“ solle, wenn auch keine revolutionäre Situation besteht; sie meinte, daß man auf den „Kampf für die demokratischen Rechte und Lebensinteressen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern“¹ verzichten sollte, sie hätte den bewaffneten Kampf „verabsolutiert“² usw. Die Führung der KPdSU pflegt der Kommunistischen Partei Chinas nach Belieben Etiketten wie „Linksopportunismus“, „linkes Abenteurertum“ und „Trotzkismus“ anzuhängen.

Ein derartiges Getue dient der Führung der KPdSU in Wirklichkeit bloß dazu, ihre revisionistische Linie, die gegen die Revolution gerichtet ist, auf deren Preisgabe abzielt, zu tarnen. Was sie als „Linksopportunismus“ angreift, ist nichts anderes als die revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus.

Wir vertreten seit jeher die Meinung, daß die Revolution nicht willkürlich erzeugt werden kann, daß ohne eine objektive revolutionäre Situation eine Revolution unmöglich ist. Aber der Ausbruch einer Revolution und ihr Sieg erfordern nicht nur das Vorhandensein einer objektiven revolutionären Situation, sondern auch die Vorbereitung der subjektiven revolutionären Kräfte und ihre Aktionen.

Wenn die proletarische Partei die objektive Situation und den subjektiven Faktor nicht richtig einschätzt und leichtsinnig mit der Revolution beginnt, bevor die revolutionäre Situation herangereift ist, so ist das „linkes“ Abenteurertum. Wenn die proletarische Partei nicht energische Vorbereitungen für die Revolution trifft, bevor die revolutionäre Situation herangerückt ist, oder wenn sie es nicht wagt, die Revolution zu leiten und die Macht zu ergreifen, nachdem die revolutio-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteioorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion, 14. Juli 1963

² „Der Marxismus-Leninismus — die Grundlage der Einheit der kommunistischen Bewegung“, redaktioneller Artikel des „Kommunist“ (Moskau), Nr. 15, 1963

näre Situation eingetreten ist und die Bedingungen für eine Revolution reif sind, so ist das Rechtsopportunismus, d. h. Revisionismus.

Bevor die Gelegenheit zur Machtergreifung vorhanden ist, besteht das grundlegendste und wichtigste Problem für die proletarische Partei darin, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die harte Arbeit der Sammlung der revolutionären Kräfte zu richten. Eine energische Führung zielt in den Tageskämpfen hauptsächlich darauf ab, die revolutionären Kräfte zu sammeln und den Sieg der Revolution in dem Moment, da die Bedingungen für sie reif sind, vorzubereiten. Die proletarische Partei muß durch die in verschiedenen Formen geführten Tageskämpfe das Bewußtsein des Proletariats und der Volksmassen heben, die Reihen der eigenen Klasse schulen und ihre Kampfkraft stählen; sie muß sich ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch auf die Revolution vorbereiten. Nur dadurch wird man, wenn die revolutionäre Situation herangereift ist, die Gelegenheit nicht versäumen, den Sieg zu erringen. Andernfalls wird die Gelegenheit für die Revolution, selbst wenn eine revolutionäre Situation vorhanden ist, einfach verpaßt.

Die Führung der KPdSU vermeidet es, die Frage zu berühren, wie die proletarische Partei, ehe die revolutionäre Situation eingetreten ist, den täglichen revolutionären Kampf führen soll, um die Kräfte der Revolution zu sammeln; statt dessen hört sie nicht auf zu betonen, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich sei. Tatsächlich läßt sie unter dem Vorwand des Fehlens einer revolutionären Situation die Aufgabe der Sammlung der revolutionären Kräfte und der Vorbereitung der Revolution gänzlich fallen.

Lenin hat die Haltung des Renegaten Kautsky zur revolutionären Situation wunderbar geschildert. Er stellte fest: Ist die revolutionäre Situation für Kautsky „herangerückt, so ist auch er bereit, Revolutionär zu werden! Aber dann wird sich — wohlgemerkt — jeder Lump . . . für einen Revolutionär erklären!“ Und weiter: „Wenn nicht, so kehrt Kautsky der

Revolution den Rücken!" Lenin wies darauf hin, daß Kautsky einem typischen Spießier gleicht und daß sich ein revolutionärer Marxist von einem Spießbürger dadurch unterscheidet, daß er es versteht, „das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie [die Revolution] vorzubereiten“.¹ Man vergleiche einmal, ob nicht Chruschtschow und seine Anhänger den Spießern vom Schlage Kautskys, die Lenin angeprangert hat, ähnlich sind.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die proletarische Partei in den kapitalistischen Ländern die aktive Führung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in den Kämpfen gegen das Monopolkapital, zur Verteidigung der demokratischen Rechte, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, gegen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus, zur Verteidigung des Weltfriedens innehaben und die unterjochten Nationen in ihrem revolutionären Kampf tatkräftig unterstützen muß.

In den kapitalistischen Ländern, die der Aggression, der Kontrolle, der Einmischung und der Mißhandlung seitens des amerikanischen Imperialismus ausgesetzt sind, muß die Partei des Proletariats das nationale Banner des antiamerikanischen Kampfes hochhalten und in den Massenkämpfen den Hauptschlag gegen den USA-Imperialismus sowie gegen das Monopolkapital und die anderen reaktionären Kräfte, die die nationalen Interessen des eigenen Landes verschachern, führen. Sie muß alle Kräfte, die vereinigt werden können, zu einer Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien zusammenfassen.

In den letzten Jahren haben die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in vielen kapitalistischen Ländern Massenkämpfe großen Umfangs entfaltet, wodurch nicht nur der Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften Schläge versetzt werden, sondern auch den Völkern Asiens, Afrikas

¹ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Was ist Internationalismus?), Werke, Bd. 28

und Lateinamerikas in ihrem revolutionären Kampf sowie den Ländern des sozialistischen Lagers eine tatkräftige Unterstützung erwiesen wird. Wir schätzten das auch immer gebührend ein.

Während die Kommunisten die Kämpfe für die unmittelbaren Tagesinteressen aktiv leiten, müssen sie diese mit dem Kampf auf lange Sicht und für die Grundinteressen verbinden, die Volksmassen im revolutionären Geist des Proletariats erziehen, ihr Bewußtsein ständig heben und die revolutionären Kräfte sammeln, um den Sieg der Revolution zu erringen, wenn die Zeit reif ist. Unser Gesichtspunkt entspricht völlig dem Marxismus-Leninismus.

Im Gegensatz zu den Auffassungen der Marxisten-Leninisten verbreitet die Führung der KPdSU die Ansicht, wonach „in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die demokratischen und die sozialistischen Aufgaben so eng miteinander verflochten sind, daß eine Trennungslinie hier kaum zu ziehen ist“.¹ Das bedeutet soviel wie den Kampf auf lange Sicht durch den Tageskampf und die proletarische Revolution durch den Reformismus zu ersetzen.

Lenin sagte, „daß keinerlei Reform dauerhaft, echt und ernsthaft sein kann, wenn sie nicht durch revolutionäre Kampfmethoden der Massen unterstützt wird“. Und weiter sagte er, daß für eine Partei der Arbeiterklasse, „die diesen Kampf um Reformen nicht mit den revolutionären Methoden der Arbeiterbewegung vereint, die Gefahr besteht, sich in eine Sekte zu verwandeln, sich von den Massen loszulösen, und daß dies die ernsteste Gefahr für den Erfolg des wahren revolutionären Sozialismus ist“.²

Lenin sagte ferner, daß „für klassenbewußte Arbeiter jede beliebige demokratische Forderung . . . den höheren Interes-

¹ A. Beljakow und F. Burlatzki, „Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und die Gegenwart“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 13, 1960

² Lenin, „An den Sekretär der Liga für Sozialistische Propaganda“, Werke, Bd. 21

sen des Sozialismus *untergeordnet* ist“.¹ In „Staat und Revolution“ zitierte Lenin Engels, der dargelegt hatte: Wenn man die großen Hauptgesichtspunkte über die Augenblicksinteressen des Tages vergißt, ohne Rücksicht auf die späteren Folgen nach dem Augenblickserfolg ringt und trachtet und die Zukunft der Bewegung um der Gegenwart willen preisgibt, so ist das Opportunismus, und zwar gefährlicher Opportunismus.

Gerade deswegen sagte Lenin in seiner Kritik an Kautsky, dessen Handlungsweise bedeute „den Reformismus und die Unterordnung unter die imperialistische Bourgeoisie loben, die Revolution tadeln, sich von ihr lossagen“.² Lenin betonte: „Das Proletariat kämpft für den revolutionären Sturz der imperialistischen Bourgeoisie“, Kautsky jedoch kämpft „für eine reformistische ‚Vervollkommenung‘ des Imperialismus, für die Anpassung an ihn bei *Unterordnung* unter ihn“.³

Lenins Kritik an Kautsky ist ein treffendes Porträt der heutigen Führung der KPdSU.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die Partei des Proletariats, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Revolution zu führen, es verstehen muß, alle Kampfformen zu beherrschen, sie miteinander zu verbinden und, entsprechend den Veränderungen der Kampflage, schnell eine Kampfform durch eine andere zu ersetzen. Die Partei des Proletariats kann erst dann unter allen Umständen unüberwindlich sein, wenn sie alle Kampfformen beherrscht, friedliche und bewaffnete, offene und geheime, legale und illegale, parlamentarische und Massenkämpfe, Kampf im nationalen und internationalen Maßstab usw. usf.

Der Sieg der chinesischen Revolution ergab sich eben daraus, daß die chinesischen Kommunisten auf der Grundlage der historischen Erfahrungen der Kämpfe des internationalen Pro-

¹ Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ (5.), Werke, Bd. 23

² Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Was ist Internationalismus?), Werke, Bd. 28

³ Ebenda

letariats und unter Berücksichtigung der konkreten Besonderheiten der chinesischen Revolution alle Kampfformen meisterhaft beherrschten. Obwohl die Hauptform der chinesischen Revolution der bewaffnete Kampf war, hätte die chinesische Revolution ohne die Koordinierung verschiedener Kampfformen den Sieg nicht erringen können.

Im Verlaufe der chinesischen Revolution führte die Kommunistische Partei Chinas einen Kampf an zwei Fronten: sowohl gegen den rechtsoportunistischen Legalismus als auch gegen den „links“opportunistischen Illegalismus. Sie hat dabei den legalen mit dem illegalen Kampf richtig verbunden. Im Landesmaßstab verbanden wir richtig den Kampf in den revolutionären Stützpunkten mit dem Kampf in den von der Kuomintang beherrschten Gebieten, während wir in letzteren wiederum die offene und die geheime Parteiarbeit richtig miteinander kombinierten, indem wir die legalen Möglichkeiten in vollem Maße ausnutzten und gleichzeitig die konspirativen Regeln streng einhielten. Die chinesische Revolution hat ein ganzes System mannigfaltiger Kampfformen geschaffen, die ihren konkreten Bedingungen entsprachen.

Gestützt auf ihre langjährigen praktischen Erfahrungen, versteht es die Kommunistische Partei Chinas sehr gut, daß die Ablehnung aller legalen Kämpfe und die Beschränkung der Arbeit der Partei auf einen engen Rahmen zur Absonderung der Partei von den Massen führen muß und daher falsch ist. Sie wird aber nie den von den Revisionisten angepriesenen Legalismus dulden. Die Revisionisten verwerfen den bewaffneten Kampf und alle illegalen Kämpfe, führen nur legale Kämpfe und eine legale Tätigkeit durch, setzen der Tätigkeit der Partei und dem Kampf der Massen die von der herrschenden Klasse erlaubten Grenzen; sie reduzieren das Grundprogramm der Partei und geben es sogar auf, verzichten auf die Revolution und passen sich den Gesetzen der Reaktion an.

Wie Lenin in seiner Kritik mit Recht hervorhob, waren die Revisionisten wie Kautsky und seinesgleichen von der bürgerlichen Legalität vollkommen korrumpiert und geblendet. „Für

das Linsengericht der nach den heutigen Polizeigesetzen erlaubten Organisationen wurde das Recht des Proletariats auf Revolution verkauft.“¹

Während die Führung der KPdSU und ihre Anhänger in Worten für den Gebrauch verschiedener Kampfformen eintreten, bekennen sie sich in der Tat zum Legalismus und verzichten unter dem Vorwand einer Änderung der Kampfformen auf das Ziel der proletarischen Revolution. Das heißt abermals den Leninismus durch das Kautskyanertum ersetzen.

Die Führung der KPdSU mißbraucht auch ständig das hochbedeutsame Werk Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, um ihre falsche Linie zu rechtfertigen und ihre Angriffe auf die Kommunistische Partei Chinas zu „begründen“.

Das ist natürlich eine vergebliche Mühe. Wie die anderen Werke Lenins kann auch dieses nur den Marxisten-Leninisten als Waffe in ihrem Kampf gegen den Opportunismus verschiedener Schattierungen dienen. Niemals aber kann es den Revisionisten als Werkzeug für ihre Rechtfertigung dienen.

Als Lenin seinerzeit die Kinderkrankheit des „linken Radikalismus“ kritisierte, um von den proletarischen Parteien zu verlangen, daß sie verstehen lernen, die revolutionäre Taktik geschickt anzuwenden und die Revolution besser vorzubereiten, hatte er bereits mit den Revisionisten der II. Internationale gebrochen und die III. Internationale gegründet.

Tatsächlich stellte Lenin gerade in den „Kinderkrankheiten“ fest, daß damals der Hauptfeind der internationalen Arbeiterbewegung der Kautskysche Opportunismus war. Er betonte wiederholt, daß keine Rede davon sein kann, wie die revolutionäre Taktik zu meistern ist, wenn man nicht zuvor mit dem Revisionismus gebrochen hat.

Jene Genossen, die Lenin wegen ihrer Kinderkrankheit des „linken Radikalismus“ kritisiert hat, waren alle für die Revo-

¹ Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ (VIII), Werke, Bd. 21

lution, wogegen der heutige Revisionist Chruschtschow gegen die Revolution ist; daher kann er nur in die gleiche Kategorie wie Kautsky eingestuft werden und ist überhaupt nicht berechtigt, über die Bekämpfung der Kinderkrankheit des „linken Radikalismus“ zu sprechen.

Daß die Führung der KPdSU der Kommunistischen Partei Chinas das Etikette des „Trotzkismus“ angeklebt hat, ist in höchstem Maße absurd. In der Tat ist es kein anderer als Chruschtschow selbst, der die Erbschaft des Trotzkismus angetreten hat und mit den heutigen Trotzkisten in einer Reihe steht.

Der Trotzkismus bekundet sich in verschiedenen Fragen auf verschiedene Weise und trägt oft die Maske des „linken Ultraradikalismus“; trotzdem besteht sein Wesen darin, gegen die Revolution aufzutreten, sich von ihr loszusagen.

In der Grundfrage des Auftretens gegen die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats sind der Trotzkismus und der Revisionismus der II. Internationale dem Wesen nach ein und dasselbe. Deshalb hat Stalin wiederholt den Trotzkismus als eine Spielart des Menschewismus, des Kautskyanertums und der Sozialdemokratie, als die Vorhut der konterrevolutionären Bourgeoisie gekennzeichnet.

Das Wesen des Chruschtschowschen Revisionismus von heute besteht ebenfalls darin, gegen die Revolution aufzutreten, sich von ihr loszusagen. Deshalb kann man zu keiner anderen Schlußfolgerung als der folgenden kommen: Chruschtschows Revisionismus entspringt nicht nur derselben trüben Quelle wie das Kautskyanertum, sondern mündet auch in denselben Sumpf wie der Trotzkismus. Das Etikett des „Trotzkismus“ soll sich Chruschtschow nur selber ankleben.

ZWEI LINIEN, ZWEI ERGEBNISSE

Die Geschichte ist der beste Zeuge. Seit dem zweiten Weltkrieg wurden von der internationalen kommunistischen

Bewegung und im revolutionären Kampf der Völker aller Länder reiche Erfahrungen gesammelt, Erfahrungen von Erfolgen wie auch solche von Mißerfolgen. Für die Kommunisten und die revolutionären Volksmassen aller Länder ist es notwendig, aus diesen historischen Erfahrungen die richtige Schlußfolgerung zu ziehen.

In der Nachkriegszeit siegte die sozialistische Revolution in einer Reihe von Ländern Osteuropas, Asiens und Lateinamerikas, weil die revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus eingehalten und der Weg der Oktoberrevolution beschritten wurde. Heute gibt es neben der Erfahrung der Oktoberrevolution die Erfahrung der chinesischen Revolution, die Erfahrungen der sozialistischen Revolutionen in Osteuropa, der koreanischen Revolution, der vietnamesischen Revolution, der kubanischen Revolution usw. Der revolutionäre Sieg dieser Länder hat den Marxismus-Leninismus bereichert und weiterentwickelt, die Erfahrungen der Oktoberrevolution bereichert und weiterentwickelt.

Von China bis Kuba hat die Revolution ausnahmslos erst durch bewaffneten Kampf, durch den Widerstand gegen die bewaffnete Aggression und Intervention des Imperialismus den Sieg davongetragen.

Das chinesische Volk hat erst nach 22jährigem bewaffnetem Kampf den Sieg in seiner Revolution errungen, vor allem im dreijährigen Volksbefreiungskrieg 1946 — 1949, als es den bewaffneten Angriff endgültig zurückschlug, der von Tschiang Kai-schek entfesselt worden war, welchen der USA-Imperialismus mit aller Kraft unterstützte.

Das koreanische Volk begann in den dreißiger Jahren seinen bewaffneten revolutionären Widerstandskampf gegen den japanischen Imperialismus, der 15 Jahre lang andauerte. Es schuf seine eigenen bewaffneten Kräfte der Revolution, baute sie aus und errang schließlich mit Hilfe der sowjetischen Armee den Sieg. Nach der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik mußten noch weitere drei Jahre des Widerstandskriegs gegen die bewaffnete Aggression des

USA-Imperialismus durchgefochten werden, ehe der Sieg der Revolution gefestigt werden konnte.

Das vietnamesische Volk errang erst seinen Sieg im Norden Vietnams, nachdem es durch den bewaffneten Aufstand im August 1945 die Staatsmacht an sich gerissen, anschließend einen 8jährigen nationalen Befreiungskrieg gegen den französischen Imperialismus geführt und die militärische Intervention des USA-Imperialismus vereitelt hatte. Heute steht das Volk im Süden Vietnams noch immer im heroischen Kampf gegen die bewaffnete Aggression des USA-Imperialismus.

Das kubanische Volk erhob sich 1953 zum bewaffneten Aufstand und stürzte schließlich nach einem mehr als zwei Jahre dauernden volksrevolutionären Krieg die Herrschaft des USA-Imperialismus und seines Lakaien Batista in Kuba. Nach dem Sieg der Revolution schlug das kubanische Volk den bewaffneten Überfall der Söldnertruppen des USA-Imperialismus zurück und verteidigte so die Früchte seiner Revolution.

Auch die Bildung der anderen sozialistischen Staaten erfolgte erst nach einem bewaffneten Kampf.

Welche sind die wichtigsten Erfahrungen, die uns nach dem zweiten Weltkrieg der Erfolg der proletarischen Revolution in China, Kuba und einer Reihe anderer Länder vermittelt?

Erstens. Die gewaltsame Revolution ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der proletarischen Revolution. Das Proletariat muß durch bewaffneten Kampf die alte Staatsmaschinerie zerschlagen und die proletarische Diktatur errichten, damit es den Übergang zum Sozialismus bewerkstelligen kann.

Zweitens. Die Bauern sind die verlässlichsten Verbündeten des Proletariats. Es ist daher notwendig, daß das Proletariat sich eng auf die Bauern stützt, eine breite Einheitsfront bildet, die auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern basiert, und auf seine führende Rolle in der Revolution beharrt.

Drittens. Der USA-Imperialismus ist der Erzfeind der Revolution aller Völker. Das Proletariat muß das antiamerikanische nationale Banner hoch erheben und es wagen, einen ent-

schiedenen Kampf gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien im eigenen Land auszutragen.

Viertens. Die Revolution der unterdrückten Nationen ist ein für die proletarische Revolution unerlässlicher Verbündeter. Das Proletariat aller Länder muß sich vereinigen, es muß sich mit allen unterdrückten Nationen, mit allen gegen den Imperialismus und dessen Handlanger kämpfenden Kräften zusammenschließen, muß mit ihnen eine breite internationale Einheitsfront bilden.

Fünftens. Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre proletarische Partei, die nach den revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus ausgerichtet und im revolutionären Stil aufgebaut ist, ohne eine Partei, die sich dem Revisionismus und dem Opportunismus gegenüber unversöhnlich verhält und den reaktionären herrschenden Klassen und ihrer Staatsmacht gegenüber eine revolutionäre Haltung einnimmt, ist der Sieg der proletarischen Revolution, der Sieg der proletarischen Diktatur unmöglich.

Auf den revolutionären bewaffneten Kampf zu beharren ist nicht nur für die proletarische Revolution von erstrangiger Bedeutung, sondern auch für die nationale demokratische Revolution der unterdrückten Nationen. Hierfür liefert der Sieg des nationalen Befreiungskriegs von Algerien ein typisches Beispiel.

Die gesamte Geschichte der proletarischen Parteien aller Länder nach dem zweiten Weltkrieg lehrt, daß nur jene Parteien die Sache der Revolution Schritt für Schritt dem Sieg näher bringen und ihre Kräfte voll entfalten können, die die revolutionäre Linie einhalten, die richtige Strategie und Taktik anwenden und die Volksmassen konsequent in den revolutionären Kampf führen. Umgekehrt aber fügen jene Parteien, die eine nichtrevolutionäre, opportunistische Linie befolgen und Chruschtschows Linie des „friedlichen Übergangs“ übernommen haben, der revolutionären Sache ernststen Schaden zu; sie verwandeln sich selbst in leblose, reformisti-

sche Parteien oder entarten sogar gänzlich und werden zu einem Werkzeug der Bourgeoisie gegen das Proletariat. An Beispielen dafür ist kein Mangel.

Die Genossen der Kommunistischen Partei Iraks, die früher voll von revolutionärem Schwung waren, haben durch die Annahme der revisionistischen Linie Chruschtschows, die ihnen durch äußeren Druck aufgezwungen wurde, ihre Wachsamkeit gegenüber der Konterrevolution verloren. Während des konterrevolutionären bewaffneten Staatsstreichs haben führende Genossen heldenhaft ihr Leben geopfert, sind Tausende und aber Tausende irakische Kommunisten und Revolutionäre kaltblütig niedergemetzelt worden. Die starke Kommunistische Partei Iraks wurde zersprengt, und die revolutionäre Sache in Irak erlitt einen ersten Rückschlag. Das ist eine in blutigen Lettern geschriebene, tragische Lehre aus der Geschichte der proletarischen Revolution.

Die Führung der Kommunistischen Partei Algeriens ließ sich blind vom Befehlsstab Chruschtschows und der Führung der KP Frankreichs herumwirbeln; sie hatte die revisionistische Linie, die gegen den bewaffneten Kampf gerichtet ist, voll und ganz übernommen. Das algerische Volk hörte aber nicht auf das Zeug, das sie verzapfte. Es kämpfte unbeirrt gegen den Imperialismus und für seine nationale Unabhängigkeit, führte mehr als sieben Jahre lang einen nationalen Befreiungskrieg, bis es schließlich die französische Regierung zwang, Algeriens Unabhängigkeit anzuerkennen. Jedoch die Kommunistische Partei Algeriens, die die revisionistische Linie der Führung der KPdSU befolgte, verlor das Vertrauen des algerischen Volkes, ja, sie verwirkte ihre Stellung im politischen Leben Algeriens.

In der kubanischen Revolution schlugen einige Führer der damaligen Sozialistischen Volkspartei Kubas, anstatt die revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus, die richtige Linie des bewaffneten revolutionären Kampfes einzuhalten, die revisionistische Linie Chruschtschows ein, nahmen für den „friedlichen Übergang“ Stellung und traten gegen die gewalt-

same Revolution auf. Unter diesen Umständen haben zwangsläufig die von Genossen Fidel Castro repräsentierten Marxisten-Leninisten außerhalb und innerhalb der kubanischen Partei jene Führer, die gegen die gewaltsame Revolution waren, beiseite geschoben, sich zusammen mit dem revolutionären Volk Kubas zur Revolution erhoben, die Revolution durchgeführt und schließlich einen Sieg von großer historischer Bedeutung errungen.

Gewisse Führer der KP Frankreichs, deren Repräsentant Thorez ist, führen seit langem eine revisionistische Linie durch; sie propagierten, dem Befehlsstab Chruschtschows folgend, den „parlamentarischen Weg“ und haben dadurch in Wirklichkeit die kommunistische Partei auf das Niveau einer sozialdemokratischen herabgesetzt. Sie haben die aktive Unterstützung der revolutionären Forderungen der Volksmassen eingestellt und das nationale Banner des Kampfes gegen den USA-Imperialismus eingerollt. Die Durchführung ihrer revisionistischen Linie hat zum Ergebnis, daß die Kommunistische Partei, die einst großen Einfluß auf die Volksmassen hatte, sich immer mehr von den Massen entfernt, immer weiter herunterkommt.

Gewisse Führer der Kommunistischen Partei Indiens, repräsentiert durch Dange, befolgen schon seit langem eine revisionistische Linie und verzichten, nachdem sie das Banner der Revolution fallengelassen haben, auf die Führung der Volksmassen im nationalen und demokratischen revolutionären Kampf. Die Dange-Clique ist Schritt für Schritt auf dem Weg des Revisionismus abgerutscht. Diese Leute sind zu Nationalchauvinisten entartet, zu Werkzeugen der reaktionären Politik der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie Indiens und Verrätern am Proletariat geworden.

Aus diesen Tatsachen geht klar hervor, daß die zwei grundverschiedenen Linien auch zwei grundverschiedene Ergebnisse zeitigen. Über diese Erfahrungen und Lehren lohnt es sich, gründlich nachzudenken.

VON BROWDER UND TITO BIS CHRUSCHTSCHOW

Chruschtschows Revisionismus hat seine tiefen historischen und gesellschaftlichen Quellen. Er trägt die Züge der Zeit. Lenin sagte einmal, „daß der Opportunismus kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“.¹

Nach dem zweiten Weltkrieg bildete sich in der internationalen kommunistischen Bewegung gleichzeitig mit ihrer kolossalen Vorwärtsentwicklung auch ihr Widerpart heraus, eine revisionistische Strömung gegen den Sozialismus, den Marxismus-Leninismus und die proletarische Revolution. Hauptsächlich wurde diese widrige Strömung zuerst durch Browder vertreten, sodann durch Tito, nun ist Chruschtschow ihr Hauptrepräsentant. Chruschtschows Revisionismus stellt nichts anderes dar als die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Revisionismus Browders und Titos.

Schon um das Jahr 1935 tauchte Browders Revisionismus auf. Earl Browder, dieser Anbeter der bürgerlichen Demokratie, verzichtete auf die notwendige Kritik an der bürgerlichen Regierung und betrachtete die Diktatur der Bourgeoisie als das Paradies des Kommunismus. Seine Parole lautete: „Kommunismus ist der Amerikanismus des zwanzigsten Jahrhunderts.“²

Im Laufe des zweiten Weltkriegs war er infolge der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront im In- und Ausland noch mehr von der „Demokratie“, dem „Fortschritt“, der „Vernunft“ der Bourgeoisie besessen. Er rutschte vor ihr auf den Knien herum und sank schließlich zum hundertprozentigen Kapitulanten herab.

¹ Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ (VII), Werke, Bd. 21

² Zitiert nach William Z. Foster, „History of the Communist Party of the United States“

Earl Browder hat einen ganzen Pack seiner revisionistischen Reden in Umlauf gesetzt, in denen die Bourgeoisie beschönigt, gegen die Revolution Front gemacht, die Revolution negiert wird:

Er propagierte, daß die Welt durch „Die sowjetisch-amerikanisch-englische Deklaration von Teheran“ in eine „langwährende“ Epoche des „Vertrauens“ und der „Zusammenarbeit“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus eingetreten sei, daß „auf Generationen hinaus ein ewiger Frieden“ gesichert werden könne.¹

Er propagierte, daß die von der Sowjetunion, den USA und England getroffenen internationalen Vereinbarungen „die höchsten Lebensinteressen eines jeden Landes und eines jeden Volkes ohne Ausnahme repräsentieren“² und daß die Perspektiven eines Chaos innerhalb der USA „unverträglich sind mit den Perspektiven einer internationalen Ordnung“. Deshalb müsse man „gegen den Ausbruch des Klassenkonflikts in unserem Lande kämpfen“, den Klassenkampf „auf ein Mindestmaß reduzieren und ihm klare Grenzen setzen“.³

Er verbreitete die Theorie, daß ein neuer Krieg „eine wirklich katastrophale Zerschmetterung eines Großteils der Welt“ wäre, was „den größten Teil der Welt um 50 oder 100 Jahre in die Barbarei zurückwerfen“ könnte. Er behauptete, zur Beseitigung der Kriegskatastrophen müsse man „die Übereinstimmung betonen, die alle Klassengrenzen überschreitet“.⁴

Er propagierte, daß man „sich völlig auf die Mittel der demokratischen Überredung und Überzeugung stützen“⁵ müsse, um den Sozialismus zu verwirklichen, und behauptete, daß nach dem zweiten Weltkrieg manche Staaten „Bedingungen

¹ E. Browder, „Teheran, Our Path in War and Peace“

² Ebenda

³ E. Browder, „Teheran and America“

⁴ E. Browder, „Communists and the National Unity“

⁵ E. Browder, „The Way to Victory“

erhalten haben, die einen friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen“.¹

Er negierte die Selbständigkeit der Partei des Proletariats und behauptete, daß angeblich „die von den Kommunisten verfolgten realen politischen Ziele sich in einer langen Periode und in allen wichtigsten Punkten mit denen der Nichtkommunisten, die viel zahlreicher sind, decken“.²

In diesem Sinne handelnd, hat er auch die Kommunistische Partei der USA aufgelöst.

Der Revisionismus Browders brachte eine Zeitlang die revolutionäre Sache des Proletariats der USA an den Rand des Abgrunds, und darüber hinaus wurden die proletarischen Parteien einiger anderer Länder mit seinem Liquidatorentum angesteckt.

Die revisionistische Linie Browders stieß zwar auf den Widerstand vieler amerikanischer Kommunisten mit Genossen William Z. Foster an der Spitze und wurde von vielen Bruderparteien abgelehnt und verurteilt. Aber was die ganze kommunistische Weltbewegung betrifft, so fehlte es an einer vernichtenden Kritik an der durch den Browderismus repräsentierten ideologischen Strömung des Revisionismus, an einer gründlichen Abrechnung mit ihr. Unter den neuen Verhältnissen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet hatten, entwickelte sich die ideologische Strömung des Revisionismus in den Reihen der kommunistischen Parteien mancher Länder aufs neue.

In kapitalistischen Ländern zeigte sich diese Entwicklung vor allem darin, daß die führenden Persönlichkeiten gewisser Parteien die revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus preisgaben und erklärten, den Kurs auf einen „friedlichen Übergang“ zu nehmen. Der hervorstechendste Ausdruck dieses Kurses ist Togliattis Theorie der „strukturellen Reformen“, nämlich: auf dem legalen Weg der bürgerlichen Demo-

¹ E. Browder, „World Communism and U. S. Foreign Policy“

² E. Browder, „Teheran, Our Path in War and Peace“

kratie die Führung des Staats durch das Proletariat zu verwirklichen; durch die dem Monopolkapital dienende „Verstaatlichung“ und „Programmierung“ usw. die sozialistische Umgestaltung der Volkswirtschaft durchzuführen. Das heißt mit anderen Worten, daß ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse hergestellt, der Übergang zum Sozialismus verwirklicht werden könnte. In Wirklichkeit bedeutet das eine Entartung des Kommunismus zum Sozialdemokratismus.

In sozialistischen Ländern kam die ideologische Strömung des Revisionismus zuerst in Jugoslawien zutage. Ein wichtiges Merkmal von Titos Revisionismus ist das Kapitulantentum gegenüber dem USA-Imperialismus. Die Tito-Clique ist ganz und gar zum Untertan des USA-Imperialismus geworden. Sie hat nicht nur den Kapitalismus in Jugoslawien restauriert, sondern sich überdies zu einem Werkzeug des Imperialismus gemacht, mit dem dieser das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung zu untergraben versucht. Sie spielt die Rolle eines Sondertrupps des USA-Imperialismus zur Sabotage der Weltrevolution.

Um dem USA-Imperialismus Dienste zu leisten und die proletarische Revolution zu liquidieren bzw. sich ihr entgegenzustellen, sagte die Tito-Clique unverblümt: Die gewaltsame Revolution „wird immer mehr als Mittel zur Lösung der sozialen Widersprüche überflüssig“¹; mit Hilfe des bürgerlichen Parlaments eine „Evolution zum Sozialismus herbeizuführen“, „ist nicht nur möglich, sondern bereits Wirklichkeit geworden“². Sie hält sogar den Kapitalismus für Sozialismus, indem sie behauptet, daß die heutige Welt „im allgemeinen tief in den Sozialismus ‚hineingewachsen‘ und bereits sozialistisch

geworden ist“¹. Weiter: „Die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus ist heute im Weltmaßstab gelöst.“²

Browders Revisionismus, die Theorie der „strukturellen Reformen“ und der Revisionismus Titos — all das ist der wichtigste Ausdruck der ideologischen Strömung des Revisionismus seit dem zweiten Weltkrieg.

Vom XX. bis zum XXII. Parteitag der KPdSU haben sich Chruschtschows revisionistische Linien des „friedlichen Übergangs“, der „friedlichen Koexistenz“ und des „friedlichen Wettbewerbs“ bereits zu einem abgeschlossenen System entwickelt. Chruschtschow betrachtet diese Waren als seine eigenen „neuen Schöpfungen“ und geht mit ihnen hausieren. In Wirklichkeit sind aber diese Dinge gar nichts Neues. Sie stellen nichts anderes dar als den Revisionismus Browders, die Theorie der „strukturellen Reformen“ und den Revisionismus Titos, nur zusammengefaßt, in ein anderes Gewand gekleidet und aufgeputzt. Im Weltmaßstab bedeutet der Revisionismus Chruschtschows Kapitulantentum dem USA-Imperialismus gegenüber; in imperialistischen und kapitalistischen Ländern — Kapitulantentum den reaktionären herrschenden Klassen gegenüber; in sozialistischen Ländern — Ermutigung der Entwicklung der kapitalistischen Kräfte.

Ebenso wie vor und nach dem ersten Weltkrieg die Revisionisten der II. Internationale Bernstein, Kautsky u. a. von gleichem Schlage waren, so kommen die nach dem zweiten Weltkrieg hervorgetretenen Revisionisten Browder, Tito, Chruschtschow aus einem Stall.

Browder hat das längst zugegeben. Im Jahre 1960 schrieb er: „Chruschtschow hat sich jetzt die ‚Ketzerei‘ zu eigen gemacht, derentwegen ich im Jahre 1945 aus der Kommunistischen Partei gestoßen wurde.“ Er sagte, daß die neue Politik Chruschtschows „fast Wort für Wort mit der Linie, die ich vor

¹ I. Kosanović, „Historischer Materialismus“

² E. Kardelj, „Die sozialistische Demokratie in der jugoslawischen Praxis“

¹ M. Todorović, „Zur Deklaration über die Beziehungen zwischen dem BdKJ und der KPdSU“

² M. Perović, „Politische Ökonomie“

fünfzehn Jahren vertreten habe, identisch ist. So ist meine Sünde — mindestens für den Augenblick — zur neuen Rechtgläubigkeit geworden.¹

Auch Chruschtschow selber hat zugegeben, daß er und die Tito-Clique „ein und dieselbe Ideologie haben, sich von ein und derselben Theorie leiten lassen“.

Mit seinem Revisionismus ist Chruschtschow zwangsläufig viel gefährlicher als die Revisionisten Bernstein, Kautsky, Browder und Tito; denn die Sowjetunion ist der erste sozialistische Staat der Welt, sie ist ein großes Land des sozialistischen Lagers, die Heimat des Leninismus; und die KPdSU ist die von Lenin geschaffene große Partei, die in der kommunistischen Weltbewegung ein geschichtlich begründetes Ansehen genießt. Chruschtschow mißbraucht gerade seine Stellung als Führer einer solchen Partei und eines solchen Staates, um hartnäckig seine revisionistische Linie durchführen zu können.

Seine revisionistische Linie nennt er „leninistisch“ und das Ansehen des großen Lenin und der großen Bolschewistischen Partei benutzt er dazu, die Menschen hinters Licht zu führen und zu täuschen.

Unter Mißbrauch des geschichtlich begründeten Ansehens der KPdSU, der Stellung einer großen Partei und eines großen Staates schwingt er den Befehlsstab und läßt keine politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Mittel unversucht, um die anderen zur Annahme seiner revisionistischen Linie zu zwingen.

In Abstimmung auf die Politik der Imperialisten, die Arbeiteraristokraten zu korrumpieren pflegen, hat Chruschtschow in den Reihen der kommunistischen Weltbewegung gewisse Kommunisten, die schon verbürgerlicht sind und den Marxismus-Leninismus verraten haben, gekauft und läßt sie große Reklame für die antirevolutionäre Linie der Führung der KPdSU machen und dieser mit Herz und Hirn dienen.

¹ E. Browder, „How Stalin Ruined the American Communist Party“

Eben deshalb sind alle Revisionisten der Vergangenheit und Gegenwart Chruschtschow gegenüber Waisenkneben.

Was die gesellschaftlichen Quellen des modernen Revisionismus betrifft, so ist, wie es in der Deklaration von 1957 festgestellt wurde, das Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere, der einheimische bürgerliche Einfluß seine innere Quelle.

Sowohl die modernen Revisionisten wie auch die alten sind, um mit Lenins Worten zu sprechen, „— objektiv — eine politische Abteilung der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses, ihre Agenten in der Arbeiterbewegung“¹.

Die ökonomische Grundlage der Entstehung des modernen Revisionismus ist ebenso wie die des alten „eine verschwindend kleine ‚Oberschicht‘ der Arbeiterbewegung“².

Der moderne Revisionismus ist ein Produkt der Politik des von den USA geführten Imperialismus und der internationalen Monopolbourgeoisie. Die modernen Revisionisten lassen sich durch die Politik der Atomerpressung einschüchtern, gleichzeitig sind sie aber von der Korruptionspolitik gefangengenommen, so daß sie dem USA-Imperialismus und dessen Handlangern willfährig als antirevolutionäre Schrittmacher dienen.

Auch der Revisionist Chruschtschow hat wegen des hysterischen Kriegsgeschreis des USA-Imperialismus den Kopf verloren und glaubt, daß der Erdball, diese „Arche Noä“, jede Stunde und jede Sekunde zugrunde zu gehen drohe. Infolgedessen ist von seiner Zuversicht gegenüber den Perspektiven der Menschheit keine Spur mehr zu finden. Er geht vor allem vom nationalen Egoismus aus und befürchtet nur, daß die Revolution der unterdrückten Klassen und Nationen ihm Ungelegenheiten bereiten könnte. Darum schreckt er vor keinem Mittel zurück, um gegen die Revolution Stellung zu beziehen, wie es in Kongo der Fall war, wo er bei der Abwürgung der

¹ Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ (VII), Werke, Bd. 21

² Lenin, „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“, Werke, Bd. 21

Volksrevolution gemeinsame Sache mit dem USA-Imperialismus machte. Seiner Berechnung nach könnte er durch so eine Politik einerseits jeder Gefahr entinnen, anderseits sich mit dem amerikanischen Imperialismus verschwören, um die Welt in Einflußsphären aufzuteilen. Das wären doch zwei Fliegen auf einen Schlag. In Wirklichkeit kann eine solche Berechnung nur beweisen, daß Chruschtschow der größte Kapitulant ist, den die Welt je gesehen hat. Die Durchführung seiner schädlichen Politik wird der großen Sowjetunion zwangsläufig unermesslichen Schaden zufügen.

Wie ist es nur möglich, daß in einem solchen sozialistischen Land wie der Sowjetunion, die auf eine Geschichte von Dutzenden Jahren zurückblicken kann, dieser Revisionismus aufgetreten ist? Das darf aber nicht wundernehmen, denn in jedem sozialistischen Land kann die Frage „Wer wen?“ — Sozialismus oder Kapitalismus? — nur während einer sehr langen historischen Periode schrittweise gelöst werden. Solange in der Gesellschaft kapitalistische Kräfte und Klassen bestehen, bleibt der Boden für den Revisionismus erhalten.

Chruschtschow behauptet, daß es in der Sowjetunion keine Klassen mehr gäbe, daß die Gefahr einer Restaurierung des Kapitalismus nicht mehr bestünde und daß dort heute der Kommunismus aufgebaut würde. Alles das ist nur Lug und Trug.

Die Herrschaft des Revisionismus Chruschtschows, seine offene Erklärung, der Sowjetstaat habe seinen Charakter geändert und sei keine Diktatur des Proletariats mehr, seine in vieler Hinsicht falsche Innen- und Außenpolitik — das alles hat in der Tat dazu geführt, daß die kapitalistischen Kräfte in der sowjetischen Gesellschaft auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und ideologischem Gebiet sowie auf anderen Gebieten überhandnehmen. Eben diese kapitalistischen Kräfte, die in der Sowjetunion üppig wachsen, sind die soziale Quelle des Revisionismus Chruschtschows.

Der Revisionismus Chruschtschows vertritt die Interessen der kapitalistischen Kräfte und dient ihnen. Deshalb wird

Chruschtschows Revisionismus dem Sowjetvolk niemals einen Kommunismus bringen, er bedroht vielmehr aufs ernsteste die bisherigen Errungenschaften des Sozialismus. Durch ihn wird nun dem Kapitalismus Tür und Tor geöffnet. Das ist ja auch der Weg der vom USA-Imperialismus angestrebten „friedlichen Evolution“.

Die ganze Geschichte der proletarischen Diktatur zeigt uns, daß ein friedlicher Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unmöglich ist, daß es aber für die „friedliche Evolution“ vom Sozialismus zum Kapitalismus in Jugoslawien bereits ein Beispiel gibt. Chruschtschows Revisionismus führt jetzt die Sowjetunion eben auf diesen Weg.

In der Geschichte der Diktatur des Proletariats ist das die ernsteste Lehre, die alle Marxisten-Leninisten, alle revolutionären Völker sowie die kommenden Generationen niemals vergessen dürfen.

UNSERE HOFFNUNGEN

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU sind kaum acht Jahre vergangen. Doch sehr groß und ernst ist der Schaden, den der Chruschtschowsche Revisionismus in dieser kurzen historischen Zeitspanne der Sowjetunion und der revolutionären Sache des internationalen Proletariats zugefügt hat.

Es ist Zeit — und zwar höchste Zeit —, den Chruschtschowschen Revisionismus zu verurteilen und mit ihm abzurechnen!

Wir möchten hier den führenden Genossen der KPdSU zu bedenken geben: Wenn schon die Opportunisten und Revisionisten früherer Zeiten auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind, warum müßt ihr da unbedingt in ihre Fußtapfen treten?

Wir möchten hier auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die führenden Genossen der Bruderparteien, die revisionistische Fehler begehen, sich genau überlegen, was sie dadurch erreicht haben, daß sie die revisionistische Linie der Führung

der KPdSU befolgten. Wir wissen, daß es, abgesehen von jenen, die tief in den revisionistischen Sumpf gesunken sind, viele Genossen gibt, die durch Irreführung, Betrug oder Zwang auf den falschen Weg gerieten. Wir glauben, daß alle, die proletarische Revolutionäre sind, letzten Endes die revolutionäre Linie wählen und die antirevolutionäre Linie verwerfen, den Marxismus-Leninismus wählen und den Revisionismus verwerfen werden. Hierauf setzen wir große Hoffnungen.

Es wird dem Revisionismus niemals gelingen, das revolutionäre Rad der Geschichte aufzuhalten. Die revisionistischen Führer, die selbst keine Revolution wollen, sind durchaus nicht imstande, die wahren Marxisten und revolutionären Volksmassen davon abzuhalten, sich zur Revolution zu erheben. Als Kautsky zum Renegaten wurde, konnte der deutsche Marxist Karl Liebknecht, wie Lenin in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ schrieb, an die Arbeiterklasse nur appellieren, „... derartige ‚Führer‘ von sich zu stoßen, sich frei zu machen von ihren verdummenden und vulgarisierenden Predigten, sich gegen sie, ohne sie, über sie hinweg zur Revolution zu erheben!“¹

Lenin maß den Ansichten des französischen Kommunisten Paul Golay große Bedeutung bei, der zu einer Zeit, als der Revisionismus der II. Internationale in vielen Parteien Europas eine beherrschende Stellung einnahm, gesagt hatte:

„... Unsere Gegner schreien über den Zusammenbruch des Sozialismus. Sie haben es damit ein wenig zu eilig. Und doch, wer wollte die Behauptung wagen, daß sie in jeder Beziehung unrecht haben? Was in dieser Stunde stirbt, ist nicht der Sozialismus überhaupt, sondern eine Abart des Sozialismus, ein süßlicher Sozialismus ohne den Geist des Idealismus und ohne Leidenschaft, mit den Allüren des Beamten und dem Schmerbauch des ernstesten Familienvaters, ein Sozialismus

¹ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Was ist Internationalismus?), Werke, Bd. 28

ohne Kühnheit und ohne Wagemut, der auf Statistik erpicht ist und bis an den Hals in gütlichen Abmachungen mit dem Kapitalismus steckt, ein Sozialismus, der sich nur mit Reformen befaßt, der für ein Linsengericht sein Erstgeburtsrecht verkauft hat, ein Sozialismus, dessen sich die Bourgeoisie zur Drosselung der Ungeduld des Volkes und als einer Art automatischer Bremse gegen kühne Aktionen der Proletarier bedient.“¹

Welch treffende Kennzeichnung! Lenin nannte das die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten. Merkt man denn nicht, daß der moderne Revisionismus eine Abart des „sterbenden Sozialismus“ ist? Und man kann auch merken, wie in den Parteien, in denen der Revisionismus vorherrscht, die Stimme vieler ehrlicher Kommunisten laut wird.

„Tausend Boote segeln vorbei am gesunkenen Kahn, Zehntausend Gipfel rauschen über dem verdorrten Baum.“ Der Pseudosozialismus ist gestorben, aber der wissenschaftliche Sozialismus strotzt von jugendlicher Kraft und schreitet vorwärts mit noch größeren Schritten. Der lebensprühende revolutionäre Sozialismus wird alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden, Schritt für Schritt dem Sieg entgegen-eilen und letzten Endes in der ganzen Welt triumphieren.

Wir möchten unseren Artikel mit den letzten Worten des „Kommunistischen Manifests“ beschließen:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

¹ Lenin, „Die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten“, Werke, Bd. 21

**Über den Pseudokommunismus
Chruschtschows und die
historischen Lehren für die Welt**

**Neunter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU**

**Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“**

(14. Juli 1964)

Die Lehre von der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats bildet die Quintessenz des Marxismus-Leninismus. Im Brennpunkt des Kampfes zwischen den Marxisten-Leninisten und den Revisionisten aller Schattierungen stand schon immer die Frage, ob man die Revolution konsequent durchführen oder gegen sie auftreten soll, ob man auf der Diktatur des Proletariats beharren oder sie bekämpfen soll. Und auch gegenwärtig steht diese Frage im Brennpunkt des Kampfes zwischen den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt und der revisionistischen Chruschtschow-Clique.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU hat die revisionistische Chruschtschow-Clique nicht nur ihre antirevolutionären Theorien von der „friedlichen Koexistenz“, vom „friedlichen Wettbewerb“ und vom „friedlichen Übergang“ in ein System gebracht, sondern auch verkündet, die Diktatur des Proletariats wäre in der Sowjetunion nicht mehr notwendig, und absurde Behauptungen von einem „Staat des ganzen Volkes“ und von einer „Partei des ganzen Volkes“ aufgestellt. Damit wurde das System ihres Revisionismus vollends ausgebildet.

Das von der revisionistischen Chruschtschow-Clique auf dem XXII. Parteitag vorgelegte Programm der KPdSU ist das Programm eines Pseudokommunismus, ein revisionistisches Programm gegen die proletarische Revolution und für die Beseitigung der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Partei.

Unter der Vorspiegelung eines sogenannten „Staates des ganzen Volkes“ schafft die revisionistische Chruschtschow-Clique die Diktatur des Proletariats ab, unter dem Deckmantel einer sogenannten „Partei des ganzen Volkes“ ändert sie den proletarischen Charakter der KPdSU, und unter dem Vorwand eines sogenannten „allseitigen Aufbaus des Kommunismus“

nismus“ bereitet sie den Weg für eine Restauration des Kapitalismus.

Das ZK der KP Chinas hat in seinem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ vom 14. Juni 1963 darauf hingewiesen, daß der Ersatz des Staates der Diktatur des Proletariats durch einen „Staat des ganzen Volkes“, der Ersatz der Partei des Proletariats, seiner Avantgarde, durch eine „Partei des ganzen Volkes“ theoretisch völlig absurd ist und in der Praxis unermeßlichen Schaden anrichtet. Dieser Ersatz bedeutet einen großen geschichtlichen Rückschritt, hat gar nichts gemein mit einem Übergang zum Kommunismus, dient nur der Restauration des Kapitalismus.

In dem Offenen Brief des ZK der KPdSU und in der sowjetischen Presse wendet man alle nur denkbaren Kniffe an, um sich zu rechtfertigen. Man beschuldigt uns, daß unsere Kritik an den Behauptungen von einem „Staat des ganzen Volkes“ und von einer „Partei des ganzen Volkes“ angeblich „vom Marxismus entfernte Thesen“ seien, die an einer „Losgelöstheit vom Leben des Sowjetvolkes“ kranken und das Sowjetvolk aufforderten, „in die Vergangenheit zurückzukehren“.

Nun gut, wir werden sehen, wer sich wirklich vom Marxismus-Leninismus entfernt hat, wie das Leben in der Sowjetunion wirklich aussieht und wer wirklich will, daß die Sowjetunion in die Vergangenheit zurückkehrt.

DIE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Woran erkennt man die sozialistische Gesellschaft? Gibt es während der Phase des Sozialismus noch Klassen und Klassenkampf oder nicht? Soll man an der Diktatur des Proletariats festhalten und die sozialistische Revolution vollenden oder soll man die Diktatur des Proletariats abschaffen und den Weg für die Restauration des Kapitalismus bahnen? Diese Fragen muß man auf Grund der fundamentalen Leitsätze des Marxismus-

Leninismus und der historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats richtig beantworten.

Die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische ist ein großer Sprung in der Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaft ist eine wichtige geschichtliche Übergangsperiode von der Klassengesellschaft zu einer klassenlosen Gesellschaft. Über die sozialistische Gesellschaft wird die Menschheit in die kommunistische Gesellschaft eintreten.

Das sozialistische Gesellschaftssystem ist dem kapitalistischen unvergleichlich überlegen. In der sozialistischen Gesellschaft ist die bürgerliche Diktatur durch die proletarische ersetzt, und an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist das gesellschaftliche Eigentum getreten. Das Proletariat ist von einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse zur herrschenden Klasse geworden. Die gesellschaftliche Stellung der Werktätigen hat sich von Grund auf verändert. Unter der Diktatur des Proletariats verwirklicht der Staat in größtmöglichem Ausmaß die Demokratie für die breiten werktätigen Massen, eine Demokratie, die es in der kapitalistischen Gesellschaft niemals geben kann, und wendet die Diktatur nur gegen das Häuflein Ausbeuter an. Die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft haben weite Perspektiven für eine kolossale Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte eröffnet und sind eine Garantie dafür, daß sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte in einem Tempo entwickeln, mit dem sich das Entwicklungstempo in der alten Gesellschaft nicht vergleichen kann.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß die sozialistische Gesellschaft eine Gesellschaft ist, die aus dem Schoß der kapitalistischen kommt und nur die erste Phase des Kommunismus darstellt. Sie ist noch keine in wirtschaftlicher wie in jeder anderen Hinsicht völlig reife kommunistische Gesellschaft. Daher ist es unvermeidlich, daß sie Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft aufweist. Über die sozialistische Gesellschaft sagte Marx: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine

kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“¹ Auch Lenin hat darauf hingewiesen, daß der Kommunismus auf seiner ersten Stufe, also in der sozialistischen Gesellschaft, „ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein kann“.²

Im Sozialismus gibt es noch Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, Stadt und Land, manueller und geistiger Arbeit. Das bürgerliche Recht ist noch nicht völlig beseitigt. Die Gesellschaft ist „vorerst *nicht imstande*, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel ‚nach der Arbeitsleistung‘ (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht“,³ so daß es noch Unterschiede im Reichtum gibt. Man kann diese Unterschiede, diese Erscheinungen und das bürgerliche Recht nur schrittweise beseitigen, was unvermeidlich einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Wie Marx gesagt hat, kann der volle Kommunismus nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ erst dann verwirklicht werden, wenn diese Unterschiede und das bürgerliche Recht völlig überwunden worden sind.

Wie der Marxismus-Leninismus lehrt und auch die Praxis in der Sowjetunion, in China und in den anderen sozialistischen Ländern zeigt, ist die sozialistische Gesellschaft eine sehr, sehr lange Geschichtsepoche, durch die sich ununterbrochen der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zieht und in der die Frage, „wer wen“ im Kampf zwischen dem

¹ Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Marx/Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1962, Bd. 19, S. 21

² Lenin, „Staat und Revolution“ (V.), Werke, Bd. 25

³ a. a. O.

Weg des Kapitalismus und dem des Sozialismus besiegen wird, noch nicht entschieden ist, in der noch die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus besteht.

Das ZK der KP Chinas hat in seinem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ vom 14. Juni 1963 betont: „Auch nach der Machtergreifung durch das Proletariat ist die Fortsetzung des Klassenkampfes eine lange historische Zeitspanne hindurch immer noch eine objektive, vom menschlichen Willen unabhängige Gesetzmäßigkeit. Nur die Form des Klassenkampfes ist von der vor der Machtergreifung durch das Proletariat verschieden.“

Nach der Oktoberrevolution hat Lenin wiederholt darauf hingewiesen:

- a) daß gestürzte Ausbeuter mit allen Mitteln versuchen, das ihnen geraubte ‚Paradies‘ wieder an sich zu reißen;
- b) daß die spontanen kleinbürgerlichen Kräfte ständig neue kapitalistische Elemente hervorbringen;
- c) daß in den Reihen der Arbeiterklasse und unter den Funktionären des Staatsapparates infolge des Einflusses der Bourgeoisie sowie infolge der Einkreisung durch die spontanen kleinbürgerlichen Kräfte und deren korrumpierende Wirkung entartete Elemente und neue bürgerliche Elemente auftreten;
- d) daß die Einkreisung durch den Weltkapitalismus, die Drohung bewaffneter Interventionen von seiten der Imperialisten und ihre Komplote zur friedlichen Zersetzung die äußeren Bedingungen für den Fortgang des Klassenkampfes im sozialistischen Staat bilden.

Das Leben hat diese Thesen Lenins bestätigt.“

Auch in der sozialistischen Gesellschaft sind die Bourgeoisie und die anderen gestürzten reaktionären Klassen eine verhältnismäßig lange Zeit hindurch noch stark, und ihre Stärke ist auf manchen Gebieten sogar relativ beträchtlich. Sie sind mit der internationalen Bourgeoisie durch Tausende Fäden verbunden. Sie finden sich niemals mit ihrer Niederlage ab, versuchen immer wieder, mit dem Proletariat die Kräfte zu

messen. Auf allen Gebieten führen sie einen versteckten oder offenen Kampf gegen das Proletariat. Bisweilen unternehmen sie unter der Maske einer Billigung des Sozialismus, der Sowjetmacht, der kommunistischen Partei, des Marxismus-Leninismus usw. Sabotageaktionen gegen den Sozialismus und Aktionen zur Restauration des Kapitalismus. Auf politischem Gebiet werden sie als eine dem Proletariat antagonistisch gegenüberstehende Kraft noch lange Zeit existieren und jederzeit bereit sein, die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Sie schleichen sich in die Staatsorgane, in die Massenorganisationen und in die verschiedenen Sparten der Wirtschaft, der Kultur und des Bildungswesens ein, um sich der Führung durch das Proletariat zu widersetzen, diesem die Führung zu entreißen. Auf wirtschaftlichem Gebiet lassen sie kein Mittel unversucht, um das sozialistische Volkseigentum und Kollektiveigentum zu sabotieren und die kapitalistischen Kräfte zu entfalten. Auf ideologischem und kulturellem Gebiet und im Bildungswesen versuchen sie, mit ihrer bürgerlichen Weltanschauung der proletarischen zu trotzen und mit ihrer bürgerlichen Ideologie das Proletariat und die anderen Werktätigen zu demoralisieren.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft macht aus den Einzelbauern Kollektivbauern und schafft günstige Voraussetzungen für die gründliche Ummodellung der Bauernschaft. Die Bauernschaft trägt jedoch unvermeidlich noch gewisse den Kleinproduzenten eigentümliche Charakterzüge, solange das Kollektiveigentum noch nicht im Volkseigentum aufgegangen ist und solange die Überreste der Privatwirtschaft noch nicht völlig beseitigt sind. Unter diesen Umständen ist es unausbleiblich, daß eine spontane Tendenz zum Kapitalismus besteht und ein Nährboden für das Aufkommen neuer Großbauern vorhanden ist, daß eine Polarisierung der Bauernschaft vor sich geht.

Infolge der erwähnten Aktivität der Bourgeoisie und ihres verderblichen Einflusses auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem, kulturellem und erzieherischem Gebiet, infolge

des Vorhandenseins einer spontanen Tendenz der Kleinproduzenten in den Städten und Dörfern zum Kapitalismus, infolge des noch nicht völlig beseitigten bürgerlichen Rechtes und der noch wirksamen Gewohnheiten der alten Gesellschaft werden ununterbrochen in den Reihen der Arbeiterklasse, in den Partei- und Staatsorganen entartete Elemente, in den staatlichen, volkseigenen Betrieben neue bürgerliche Elemente, Plünderer von öffentlichem Gut und korrupte Leute, im Kultur- und Bildungswesen, in den Kreisen der Intelligenz neue bürgerliche Intellektuelle aufkommen. Diese neuen bürgerlichen und entarteten Elemente attackieren den Sozialismus im Bündnis mit den gestürzten, aber noch nicht völlig vernichteten alten bürgerlichen Elementen und anderen Ausbeutern. Entartete Elemente, die sich in leitenden Organen verschanzt haben, können besonders großen Schaden anrichten, weil sie die bürgerlichen Elemente in untergeordneten Organen unterstützen und unter ihre Fittiche nehmen.

Unter den Bedingungen der Existenz des Imperialismus muß das Proletariat der sozialistischen Länder nicht nur gegen die Bourgeoisie innerhalb seines Landes, sondern auch gegen den internationalen Imperialismus kämpfen. Die Imperialisten benutzen stets jede Gelegenheit für eine bewaffnete Intervention gegen die sozialistischen Länder oder für deren Zersetzung mit friedlichen Mitteln. Sie versuchen mit allen Kräften, die sozialistischen Staaten zu vernichten oder sie in kapitalistische entarten zu lassen. Es ist unvermeidlich, daß sich der internationale Klassenkampf auch im Inneren der sozialistischen Länder widerspiegelt.

Lenin sagte: „Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese *Hoffnung* verwandelt sich in *Versuche* der Restauration.“¹ Und weiter:

¹ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Kann es Gleichheit zwischen dem Ausgebeuteten und dem Ausbeuter geben?), Werke, Bd. 28

„Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen *Klassenkampfes*, der *nach* dem Sturz der Macht des Kapitals, *nach* der Zerstörung des bürgerlichen Staates, *nach* der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats *nicht verschwindet* (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“¹

In der ganzen Periode des Sozialismus kann der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem, kulturellem und erzieherischem Gebiet keinesfalls eingestellt werden. Dieser Kampf ist ein langwieriger, sich immer wiederholender, zickzackförmiger und komplizierter Kampf; er kann mit Wellen verglichen werden, die einmal höher, einmal niedriger schlagen, manchmal sanft und manchmal sehr stürmisch sind. Das ist ein Kampf, der das Schicksal der sozialistischen Gesellschaft entscheidet. Dieser langwierige Kampf wird entscheiden, ob die sozialistische Gesellschaft sich zum Kommunismus entwickeln oder zum Kapitalismus degenerieren wird.

Der Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft muß sich auch unvermeidlich innerhalb der kommunistischen Parteien widerspiegeln. Die Bourgeoisie und der internationale Imperialismus wissen, daß es für die Entartung sozialistischer Länder zu kapitalistischen Ländern zunächst notwendig ist, die kommunistischen Parteien in revisionistische Parteien umzuwandeln. Alte und neue bürgerliche Elemente, alte und neue Großbauern und alle möglichen entarteten Elemente — sie alle sind die soziale Basis des Revisionismus. Mit jeglichen Mitteln versuchen sie, Agenten in den kommunistischen Parteien aufzutreiben. Der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, Kapitulanten gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle. Während der ganzen Periode des Sozialismus geht in den kommunistischen

¹ Lenin, „Gruß an die ungarischen Arbeiter“, Werke, Bd. 29

Parteien der sozialistischen Länder unvermeidlich ein Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Opportunismus aller Schattierungen, vor allem dem Revisionismus, vor sich. Die Besonderheiten dieses Revisionismus sind, daß er dadurch, daß er die Existenz von Klassen und Klassenkampf verneint, an der Seite der Bourgeoisie das Proletariat attackiert und die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der Bourgeoisie verwandelt.

Auf Grund der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes wiesen die Begründer des Marxismus darauf hin, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus und der Übergang von der Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft nur gestützt auf die Diktatur des Proletariats möglich ist, daß es keinen anderen Weg gibt.

Marx sagte, daß „der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt“¹, und führte an einer anderen Stelle aus: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“²

Die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist der Prozeß einer ununterbrochenen Revolution. Marx legte dar, was revolutionärer Sozialismus ist: „Dieser Sozialismus ist die *Permanenzerklärung der Revolution*, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung

¹ Marx an Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852, Marx/Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1963, Bd. 28, S. 508

² Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Marx/Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1962, Bd. 19, S. 28

sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."¹

In seinem Kampf gegen den Opportunismus der II. Internationale hat Lenin die Marxsche Theorie von der Diktatur des Proletariats erläutert und schöpferisch weiterentwickelt. Lenin hob hervor: „Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen. Die Diktatur des Proletariats ist der Klassenkampf des Proletariats, das gesiegt und die politische Macht erobert hat, gegen die Bourgeoisie, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet, nicht verschwunden ist, die nicht aufgehört hat, Widerstand zu leisten, gegen die Bourgeoisie, die ihren Widerstand verstärkt hat.“² Und weiter: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltvoller und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft.“³

Genosse Mao Tse-tung hat entsprechend den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus und den historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats in seinem bekannten Werk „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke“ sowie in seinen anderen Werken die Klassen und den Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft umfassend und systematisch analysiert und die Lehre des Marxismus-Leninismus von der Diktatur des Proletariats schöpferisch weiterentwickelt.

Vom Standpunkt der materialistischen Dialektik aus untersucht Genosse Mao Tse-tung die objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaft und hebt hervor, daß die Einheit und der Kampf der Gegensätze, dieses allgemeingültige Gesetz in der Natur und in der menschlichen Gesellschaft,

¹ Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, Marx Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1960, Bd. 7, S. 89-90

² Lenin, „Vorwort zur Publikation der Rede, „Über den Volksbetrug mit den Lösungen Freiheit und Gleichheit“, Werke, Bd. 29

³ Lenin, „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke, Bd. 31

auch in der sozialistischen Gesellschaft gilt. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es nach der Vollendung der sozialistischen Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln nach wie vor Klassengegensätze, und ist die Flamme des Klassenkampfes nicht erloschen. Der Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus durchzieht die ganze Etappe des Sozialismus. Um den Aufbau des Sozialismus zu garantieren und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, muß die sozialistische Revolution auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem und kulturellem Gebiet vollendet werden. Der endgültige Sieg des Sozialismus kann nicht von einer oder zwei Generationen errungen werden. Dazu bedarf es 5—10 Generationen oder sogar noch mehr.

Genosse Mao Tse-tung unterstreicht besonders folgendes: Im Sozialismus gibt es zwei Kategorien von gesellschaftlichen Widersprüchen, nämlich Widersprüche innerhalb des Volkes und Widersprüche zwischen uns und dem Feind, wobei die Widersprüche innerhalb des Volkes die zahlreichsten sind. Nur durch die deutliche Unterscheidung dieser zwei dem Charakter nach verschiedenen Arten von Widersprüchen und ihre richtige Lösung mit Hilfe entsprechender Methoden können wir uns mit mehr als 90% der Bevölkerung zusammenschließen, die Feinde, die nur einige Prozente der Bevölkerung ausmachen, besiegen und die Diktatur des Proletariats festigen.

Die Diktatur des Proletariats ist die grundlegende Garantie für die Festigung und Entwicklung des Sozialismus und ebenso die grundlegende Garantie für das Proletariat, daß es im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus die Bourgeoisie besiegt und dem Sozialismus den Sieg erringt.

Nur durch die Befreiung der ganzen Menschheit kann das Proletariat letzten Endes sich selbst befreien. Die historische Aufgabe der Diktatur des Proletariats hat zwei Seiten, nämlich eine nationale und eine internationale. Im eigenen Land besteht die Aufgabe hauptsächlich darin, alle Ausbeuterklassen völlig zu vernichten, die sozialistische Wirtschaft rasch zu

entwickeln, das kommunistische Bewußtsein der Volksmassen zu heben, die Unterschiede zwischen dem Volkseigentum und dem Kollektiveigentum, zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und manueller Arbeit zu beseitigen, alle Möglichkeiten einer Neuentstehung von Klassen und einer Restauration des Kapitalismus absolut zu unterbinden und die Voraussetzungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht wird. Im internationalen Maßstab besteht die Aufgabe hauptsächlich darin, Angriffe von seiten des internationalen Imperialismus (sowohl bewaffnete Intervention wie Zersetzungstätigkeit mit friedlichen Mitteln) abzuwehren, die Weltrevolution zu unterstützen, bis alle Völker den Imperialismus, den Kapitalismus und das Ausbeutungssystem völlig beseitigt haben. Bis zur Erfüllung dieser Aufgabe nach ihren beiden Seiten hin und bis zum Eintritt in die volle kommunistische Gesellschaft ist die Diktatur des Proletariats unbedingt notwendig.

Von der tatsächlichen Gegenwartssituation aus betrachtet, sind alle sozialistischen Länder noch weit davon entfernt, die Aufgaben der Diktatur des Proletariats gelöst zu haben. In allen sozialistischen Ländern ohne Ausnahme gibt es Klassen und Klassenkampf, Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus, ist noch die sozialistische Revolution zu vollenden und eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten. Alle sozialistischen Länder sind noch sehr weit entfernt von der Beseitigung der Unterschiede zwischen Volks- und Kollektiveigentum, zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, von der Aufhebung der Klassen und Klassenunterschiede, von der kommunistischen Gesellschaft, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht ist. Deshalb müssen alle sozialistischen Staaten an der Diktatur des Proletariats festhalten.

Somit bedeutet die Beseitigung der Diktatur des Proletariats durch die revisionistische Chruschtschow-Clique Verrat am Sozialismus und Kommunismus.

IN DER SOWJETUNION GIBT ES ANTAGONISTISCHE KLASSEN UND KLASSENKAMPF

Der Hauptgrund, den die revisionistische Chruschtschow-Clique für die Abschaffung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion angibt, besteht nach ihrer Behauptung darin, daß in der Sowjetunion die antagonistischen Klassen bereits vernichtet worden wären und es keinen Klassenkampf mehr gäbe.

Wie sieht es tatsächlich in der Sowjetunion aus? Gibt es dort wirklich keine antagonistische Klassen und keinen Klassenkampf?

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats errichtet. Durch die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde das kapitalistische Privateigentum abgeschafft und das sozialistische Volks- und Kollektiveigentum geschaffen. Beim sozialistischen Aufbau wurden in den letzten Jahrzehnten große Erfolge erzielt. Das sind die nicht aus der Welt zu schaffenden Siege von großer historischer Bedeutung, die die KPdSU und das Sowjetvolk unter der Führung von Lenin und Stalin errungen haben.

Jedoch gibt es in der Sowjetunion, obwohl die Industrie verstaatlicht und die Landwirtschaft kollektiviert wurde, immer noch die alte Bourgeoisie und andere Ausbeuterklassen, die wohl gestürzt, aber noch nicht völlig vernichtet sind. Die politischen und ideologischen Einflüsse der Bourgeoisie existieren ebenfalls noch. In Stadt und Land sind nach wie vor die spontanen Kräfte des Kapitalismus vorhanden. Immer wieder kommen neue bürgerliche Elemente und Kulaken auf. Auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet

geht der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus ununterbrochen weiter.

Die Sowjetunion ist das erste und war seinerzeit auch das einzige Land, in dem der Sozialismus aufgebaut wurde; daher gab es keine Erfahrungen anderer Länder, die sie auswerten hätte können. Überdies wich Stalin, als er die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft untersuchte, von der marxistisch-leninistischen Dialektik ab; deshalb verkündete er, nachdem die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion im wesentlichen beendet war, allzufrüh, daß es in der Sowjetunion „keine antagonistischen Klassen mehr gibt“¹ und daß die Sowjetgesellschaft „frei von Konflikten zwischen den Klassen“² sei. Stalin betonte einseitig die Eintracht innerhalb der sozialistischen Gesellschaft und vernachlässigte deren Widersprüche. Er stützte sich im Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte nicht auf die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen. Er sah die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus lediglich in Verbindung mit einem bewaffneten Angriff seitens des internationalen Imperialismus. Das war sowohl theoretisch als auch praktisch unrichtig. Nichtsdestoweniger bleibt Stalin ein großer Marxist-Leninist. In der Periode, in der er die KPdSU und den Sowjetstaat führte, hielt er an der Diktatur des Proletariats und am sozialistischen Kurs fest, hielt die marxistisch-leninistische Linie ein und sicherte den siegreichen Vormarsch der Sowjetunion auf dem Weg des Sozialismus.

Chruschtschow stellte, als er die Führung der KPdSU und des Sowjetstaates an sich gebracht hatte, eine Reihe von revisionistischen Richtlinien auf, wodurch die Entwicklung der kapitalistischen Kräfte bedeutend vorangetrieben wurde, so daß sich der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bour-

geoisie und der Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus in der Sowjetunion erneut verschärften.

Wenn man nur die Zeitungen und Zeitschriften der Sowjetunion aus den letzten Jahren durchblättert, kann man eine Unmenge Beispiele dafür finden, daß in der Gesellschaft der Sowjetunion nicht nur viele Elemente der alten Ausbeuterklassen bestehen, sondern auch neue bürgerliche Elemente in großer Zahl entstehen und sich die Klassendifferenzierung beschleunigt.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die verschiedenartige Tätigkeit der bürgerlichen Elemente aller Schattierungen in den volkseigenen Betrieben der Sowjetunion.

Die leitenden Funktionäre mancher Fabriken und ihre Komplizen mißbrauchen ihre Befugnisse, um mit den staatlichen Betriebsanlagen und Materialien „Untergrund-Werkstätten“ zu errichten und eine private Produktion in Gang zu bringen, sie verkaufen die Erzeugnisse auf illegale Weise, teilen den Erlös unter sich auf und machen so ungeheure Profite. Nennen wir Beispiele:

Die leitenden Funktionäre eines Leningrader Rüstungsbetriebes setzten ihre Vertrauensleute in „alle Schlüsselstellungen“ ein und „verwandelten das staatliche Unternehmen in ein privates“. Sie organisierten die private Produktion von Artikeln des zivilen Verbrauchs und nahmen in drei Jahren allein durch den Verkauf von Füllfedern 1,2 Millionen (Alte) Rubel ein. Unter diesen Leuten gab es einen „NEP-Kapitalisten“ aus den „zwanziger Jahren“, der „sein ganzes Leben lang gestohlen hat“.¹

Der Direktor einer Seidenweberei in Usbekistan bildete zusammen mit dem Chefsingenieur, dem Chefbuchhalter, dem Leiter der Versorgungs- und Vertriebsabteilung, mit Werkhallenleitern und anderen eine Bande, und diese Leute wurden zu „neugebackenen Unternehmern“. Mit Hilfe mannigfacher

¹Stalin, „Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR“

²Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, in „Fragen des Leninismus“

¹„Krasnaja Swesda“, 19. Mai 1962

privater Beziehungen beschafften sie sich über zehn Tonnen Kunstseide und Naturseide und betrieben eine „Erzeugung nichtverbuchter Produkte“. Sie nahmen heimlich Arbeiter auf und setzten einen „Zwölfstundentag“ fest.¹

Der Direktor einer Möbelfabrik in Charkow richtete eine „illegale Wirkereiabteilung“ ein und betrieb eine Untergrund-Produktion. Dieser Fabrikleiter besaß „mehrere Frauen, mehrere Autos und mehrere Wohnhäuser, 176 Krawatten, etwa 100 Oberhemden, Dutzende Anzüge“. Er wettete um große Summen bei Pferderennen.²

Solche Leute betreiben ihre Geschäfte nicht ohne Hilfe anderer. Sie stecken immer mit Funktionären staatlicher Versorgungsorganisationen, Handelsunternehmen und anderer Institutionen unter einer Decke. Auch bei den Miliz- und Justizorganen finden sie Schutzpatrone und Agenten. Sie werden sogar von höheren Funktionären in den staatlichen Behörden unterstützt und unter deren Fittiche genommen. Hier einige Beispiele:

Der Leiter der Werkstätten einer psychiatrisch-neurologischen Beobachtungsstation in Moskau und seine Komplizen richteten einen „Untergrund-Betrieb“ ein und gelangten durch Bestechung „in den Besitz von 58 Wirkmaschinen“ und einer großen Menge von Rohmaterial. Darüber hinaus traten sie mit „52 Fabriken, Handwerksgenossenschaften und Kolchosen“ in Verbindung und rafften so in einigen Jahren drei Millionen Rubel zusammen. Sie bestachen Mitarbeiter der Abteilung zur Bekämpfung von Plünderung sozialistischen Eigentums und Spekulation, Kontrolleure, Revisoren, Inspektoren und andere.³

Der Direktor eines Maschinenbauwerkes in der RSFSR konnte in Zusammenarbeit mit dem Vizedirektor einer an-

deren Maschinenfabrik und weiteren 41 Personen über 900 Webstühle unterschlagen und an Fabriken in Zentralasien, Kasachstan und im Kaukasus verkaufen, deren Leiter sich mit Untergrund-Produktion befaßten.¹

In Kirgisien plünderte eine 40- bis 50köpfige Bande von bestechlichen Individuen und Defraudanten in zwei Fabriken, die sie unter ihre Kontrolle gebracht und in denen sie eine Untergrund-Produktion organisiert hatte, Staatseigentum in Höhe von über 30 Millionen Rubel. Zu dieser Bande gehörten der Vorsitzende des Planungskomitees der Republik, der stellvertretende Handelsminister der Republik, und sieben Leiter von Hauptabteilungen und Abteilungen des Ministerrates, des Volkswirtschaftsrates und des staatlichen Kontrollkomitees dieser Republik sowie ein „prominenter Kulak, der aus der Verbannung geflohen war“.²

Diese Beispiele zeigen, daß Fabriken, wo solche entartete Elemente hausen, zwar sozialistische Betriebe heißen, in Wirklichkeit aber bereits zu kapitalistischen Betrieben geworden sind, mit deren Hilfe diese Elemente sich bereichern. Die Beziehungen zwischen diesen Leuten und den Arbeitern haben sich in Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten verwandelt. Sind solche Entartete, die Produktionsmittel besitzen und über sie verfügen und fremde Arbeitskräfte ausbeuten, nicht in jeder Beziehung bürgerliche Elemente? Sind ihre Komplizen in den Staatsorganen nicht ebenfalls in jeder Beziehung bürgerliche Elemente, da diese Staatsfunktionäre doch mit ihnen unter einer Decke stecken, Schiebungen machen, Bestechungsgelder annehmen, an der Beute teilhaben und an verschiedenen Formen der Ausbeutung beteiligt sind?

Offensichtlich gehören alle diese Leute zu der dem Proletariat antagonistisch gegenüberstehenden Klasse, zur Bourgeoisie. Ihre gegen den Sozialismus gerichtete Tätigkeit — das

¹ „Prawda Wostoka“, 8. Oktober 1963

² „Prawda Ukrainy“, 18. Mai 1962

³ „Iswestija“, 20. Oktober 1963, und „Iswestija, Sonntagsbeilage“, Nr. 12, 1964

¹ „Komsomolskaja Prawda“, 9. August 1963

² „Sowjetskaja Kirgisia“, 9. Januar 1962

ist ein Klassenkampf, und zwar ein solcher, bei dem die Bourgeoisie das Proletariat angreift.

Betrachten wir nun die Tätigkeit verschiedener Kulakenelemente in den Kolchosen.

Die Vorsitzenden mancher Kolchase und ihre Komplizen verüben ohne jede Scheu Unterschlagungen und Diebstähle, befassen sich mit Spekulation, vergeuden öffentliche Gelder und beuten die Kolchosbauern aus. Einige Beispiele:

Der Vorsitzende eines Kolchos in Usbekistan hat „das ganze Dorf in Furcht und Schrecken gehalten“. Alle wichtigen Posten im Kolchos waren „von seinen Verwandten, Verschwägerten und anderen ‚Nächsten‘ besetzt“. „Mehr als 132 000 Rubel Kolchosgelder“ hat er „für seine persönlichen ‚Bedürfnisse‘“ verwendet. Er besaß einen Personenwagen, zwei Motorräder und drei Frauen, von denen jede ihre „eigene Villa“ hatte.¹

Der Vorsitzende eines Kolchos im Gebiet Kursk betrachtete den Kolchos als seine „Domäne“. Zusammen mit dem Buchhalter, dem Kassier, dem Lagerverwalter, dem Agronomen, dem Leiter des Verkaufsladens und anderen bildete er eine Bande, deren Mitglieder, einander deckend, „die Kolchosbauern ausbeuteten“. In wenigen Jahren konnten sie Zehntausende Rubel in die eigene Tasche stecken.²

Der Vorsitzende eines ukrainischen Kolchos bestahl die Kollektivwirtschaft um mehr als 50 000 Rubel, indem er Kassenbelege und Rechnungen mit Hilfe einer Buchhalterin fälschte, die wegen „vorbildlicher Buchführung“ weithin gefeiert wurde und an der Moskauer Ausstellung über die Erfolge der Volkswirtschaft teilgenommen hatte.³

Ein Kolchosvorsitzender im Gebiet Alma Ata war auf kommerzielle Spekulation spezialisiert. Er „kaufte in der Ukraine oder in Usbekistan Obstsaft, in Dshambul Zucker und

¹ „Selskaja Shisn“, 26. Juni 1962

² „Ekonomitscheskaja Gaseta“, Nr. 35, 1963

³ „Selskaja Shisn“, 14. August 1963

Weingeist“, fabrizierte daraus Liköre und verkaufte diese dann zu enormen Preisen. Der Kolchos besaß eine Brennerei mit einer Jahresproduktion von mehr als einer Million Liter Spirituosen. Deren Verkaufsnetz erstreckte sich über die ganze kasachische Unionsrepublik, und die Profite aus der kommerziellen Spekulation wurden zur Haupteinnahmequelle dieses Kolchos.¹

Der Vorsitzende eines Kolchos in der Belorussischen SSR betrachtete sich als kleinen „Duodezfürsten“ und „entschied alle Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken“. Er wohnte nicht im Kolchos, sondern in der Stadt oder in seiner eigenen „Prachtvilla“. Ständig befaßte er sich „mit verschiedenen kommerziellen Machenschaften“ und „gesetzwidrigen Geschäften“. Er kaufte anderswo Vieh ein, gab es als das Produkt seines Kolchos aus und fälschte die Produktionskennzeichen. Trotzdem wurden über diesen „vorbildlichen Leiter“, wie man ihn nannte, „nicht wenig lobende Zeitungsberichte“ veröffentlicht.²

Alle diese Beispiele zeigen, daß Kolchase, die unter der Kontrolle solcher leitender Funktionäre stehen, in Wirklichkeit zu deren Privateigentum geworden sind. Diese Leute haben die sozialistischen Kollektivwirtschaften in neue Kulakenwirtschaften verwandelt. In den höheren Staatsorganen finden sie häufig Personen, die sie patronisieren. Ihre Beziehungen zu den Kolchosbauern sind ebenfalls solche, wie sie zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bestehen. Sind solche neue Ausbeuter, die auf dem Rücken der Bauern reiten, nicht hundertprozentige neue Kulaken?

Es ist klar, alle diese Leute gehören zu der Klasse, die dem Proletariat und den werktätigen Bauern antagonistisch gegenübersteht, zum Kulakentum, d. h. zur ländlichen Bourgeoisie. Ihre gegen den Sozialismus gerichtete Tätigkeit ist gerade

¹ „Prawda“, 14. Januar 1962

² „Prawda“, 6. Februar 1961

jener Klassenkampf, bei dem die Bourgeoisie das Proletariat und die werktätigen Bauern angreift.

Neben den bürgerlichen Elementen in den volkseigenen Betrieben und Kolchosen gibt es in der Sowjetunion noch viele andere bürgerliche Elemente in Stadt und Land.

Manche haben Privatbetriebe eingerichtet, produzieren und verkaufen ihre Produkte auf eigene Rechnung. Andere organisieren private Konsortien von Baumeistern und übernehmen völlig offen Bauarbeiten für staatliche oder genossenschaftliche Betriebe. Andere eröffnen private Hotels. Eine „so-wjetische Kapitalistin“ in Leningrad engagierte Arbeiter und befaßte sich mit der Produktion und dem Absatz von Nylonblusen. Ihr „Tageseinkommen betrug 700 Neue Rubel“.¹ Der Besitzer einer Schuhmacherwerkstätte im Gebiet Kursk stellte Filzstiefel her, die er zu Wucherpreisen verkaufte. In seinem Besitz wurden 540 Paar Filzstiefel, acht Kilogramm Goldmünzen, 3000 Meter hochwertiger Stoffe, 20 Teppiche, 1200 Kilogramm Wolle und viele andere Wertsachen gefunden.² Ein Privatunternehmer im Gebiet Gomel „stellte Arbeiter und Meister an“ und führte zwei Jahre hindurch zu überhöhten Preisen Aufträge für den Bau oder die Generalreparatur von Brennöfen in 12 Betrieben durch.³ Im Gebiet Orenburg wurden „Hunderte privater Gasthöfe“ mit „Güterumschlagplätzen“ eröffnet, dank denen ununterbrochen „Kolchos- und Staatsgelder in die Taschen der Gasthofbesitzer“ flossen.⁴

Manche Leute verlegen sich auf kommerzielle Spekulationen: Sie kaufen billig und verkaufen teuer, machen enorme Profite dadurch, daß sie über weite Entfernung hinweg Handel treiben. So ist in Moskau eine große Zahl von Spekulanten am Werk, die mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen handeln. Sie bringen „Tonnen von Zitrusfrüchten, Äpfeln und verschie-

¹ „Iswestija“, 9. April 1963

² „Sowjetskaja Rossija“, 9. Oktober 1960

³ „Iswestija“, 18. Oktober 1960

⁴ „Selskaja Shisn“, 17. Juli 1963

denen Gemüsen nach Moskau und verkaufen sie zu Wucherpreisen“. Für diese „Raffer sind alle Bedingungen geschaffen: Ihnen stehen die Hotels für Marktbesucher, die Gepäckaufbewahrungsstellen und andere Bequemlichkeiten zur Verfügung“. Eine Spekulantin in der Region Krasnodar gründete eine eigene „Handelsfirma“, für die sie „zwölf Angestellte und zwei Transportarbeiter engagierte“. Sie beförderte „Tausende Schweine, Hunderte Doppelzentner Getreide und Hunderte Tonnen Obst“ vom Dorf ins Donezbecken und „Zehntausende gestohlener Schlackensteine, Waggonladungen Glas“ und anderes Baumaterial aus der Stadt ins Dorf. Aus diesen Wiederverkaufsgeschäften hat sie ein riesiges Kapital geschlagen.²

Manche betätigen sich speziell als Makler oder Zwischenhändler. Solche Leute haben viele Beziehungen, und man kann durch sie für eine Bestechungssumme alles bekommen. Es gab einen Makler in Leningrad, von dem es hieß: „Obwohl er nicht der Handelsminister ist, befinden sich alle Warenvorräte in seiner Hand. Obwohl er keinen Rang im Eisenbahnwesen bekleidet, verfügt er über das rollende Material.“ Er konnte „streng bewirtschaftete Waren — außerhalb der Bewirtschaftung beschaffen“. Auch „alle Leningrader Lagerhäuser standen ihm zur Verfügung“. Für Warenlieferungen erhielt er riesige „Belohnungen“. Allein im Jahre 1960 erhielt er von einem Forstwirtschafts-Industrie-Kombinat 700 000 Rubel. In Leningrad gibt es „eine ganze Gruppe“ solcher Makler.³

Diese Privatunternehmer und Spekulanten betreiben die nacktste kapitalistische Ausbeutung. Ist es nicht völlig klar, daß sie alle der dem Proletariat antagonistisch gegenüberstehenden Klasse, der Bourgeoisie, angehören?

¹ „Ekonomitscheskaja Gaseta“, Nr. 27, 1963

² „Literaturnaja Gaseta“, 27. Juli und 17. August 1963

³ „Sowjetskaja Rossija“, 27. Januar 1961

Tatsächlich bezeichnen selbst die sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften diese Leute als „sowjetische Kapitalisten“, „neugebackene Unternehmer“, „Privatunternehmer“, „neugebackene Kulaken“, „Spekulanten“, „Ausbeuter“ usw. Schlägt sich die revisionistische Chruschtschow-Clique nicht selbst ins Gesicht, wenn sie behauptet, daß es in der Sowjetunion keine antagonistischen Klassen gäbe?

Die obengenannten Tatsachen sind nur ein Teil des in der Sowjetpresse veröffentlichten Materials. Diese Fälle allein sind schon erschütternd, geschweige denn die vielen nichtveröffentlichten, die Fälle, die vertuscht wurden, nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangten und noch viel schlimmer und schwerwiegender waren. Wir zitieren dieses Material als Antwort auf die Frage, ob es in der Sowjetunion antagonistische Klassen und Klassenkampf gibt. Alle diese Tatsachen sind vielen Menschen leicht zugänglich. Auch die revisionistische Chruschtschow-Clique kann diese Tatsachen nicht ableugnen.

Dieses Tatsachenmaterial allein genügt schon, um zu beweisen, daß es in der Sowjetunion sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, in der Industrie wie in der Landwirtschaft, in der Produktion und in der Zirkulation, in Wirtschaft, Partei und Staat, an der Basis und an der Spitze zu vielen zügellosen Aktionen der Bourgeoisie gegen das Proletariat gekommen ist. Diese gegen den Sozialismus gerichteten Aktionen sind nichts anders als ein scharfer Klassenkampf, in dem die Bourgeoisie das Proletariat angreift.

Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß die alten und neuen bürgerlichen Elemente in den sozialistischen Ländern den Sozialismus angreifen. Und es ist dabei auch nichts zu befürchten, solange die Führung der Partei und des Staates marxistisch-leninistisch ist. Aber in der heutigen Sowjetunion ist die Frage deshalb so schwerwiegend, weil die revisionistische Chruschtschow-Clique die Führung der KPdSU und des Sowjetstaates an sich gerissen hat und in der sowjeti-

schen Gesellschaft eine privilegierte bürgerliche Schicht entstanden ist.

Diese Frage möchten wir im nächsten Kapitel behandeln.

DIE PRIVILEGIERTE SCHICHT IN DER SO- WJETUNION UND DIE REVISIONISTISCHE CHRUSCHTSCHOW-CLIQUE

Die privilegierte Schicht in der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft setzt sich aus Entarteten in den Reihen der führenden Funktionäre der Parteiorganisationen, Staatsinstitutionen, Betriebe, Kolchose und Sowchose sowie aus bürgerlichen Intellektuellen zusammen, aus Leuten, die den Arbeitern, den Bauern, der überwältigenden Mehrheit der Intellektuellen und der Partei- und Staatsfunktionäre gegenüberstehen.

Schon in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution hat Lenin darauf hingewiesen, daß die Ideologie der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums und die entsprechende Macht der Gewohnheit das Proletariat von allen Seiten einkreisen und beeinflussen und einzelne Schichten des Proletariats demoralisieren. Diese Situation führt nicht nur zur Entstehung von Bürokraten unter den Funktionären der Sowjets, die sich von den Volksmassen isolieren, sondern auch zur Entstehung neuer bürgerlicher Elemente. Lenin hat weiter festgestellt, daß, obwohl die Einführung höherer Gehaltstufen für die von der Sowjetmacht im Amte belassenen bürgerlichen technischen Spezialisten notwendig war, dieses Lohnsystem einen demoralisierenden Einfluß auf die Sowjetmacht habe.

Daher betonte Lenin seinerzeit mit großem Nachdruck die Notwendigkeit eines unermüdlichen Kampfes gegen den ideologischen Einfluß der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, der Mobilisierung der breiten Volksmassen zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Staates sowie der ständigen Entlarvung der Bürokraten und neuen bürgerlichen Elemente und

ihrer Entfernung aus den Sowjets; es müßten Bedingungen geschaffen werden, die jede Weiterexistenz beziehungsweise jedes Wiederauftauchen der Bourgeoisie verhindern. Lenin betonte mit aller Schärfe: „Ohne systematischen und hartnäckigen Kampf für die Verbesserung des Apparats werden wir zugrunde gehen, bevor die Basis des Sozialismus geschaffen ist.“¹

Gleichzeitig wies Lenin eindringlich darauf hin, daß man in der Lohnpolitik an den Grundsätzen der Pariser Kommune festhalten müsse, nach denen alle öffentlich Angestellten ein Gehalt beziehen sollen, das dem Lohn der Arbeiter entspricht, und nur die bürgerlichen Spezialisten hohe Gehälter bekommen. Von der Zeit nach der Oktoberrevolution bis zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft wurde in der Sowjetunion diese Weisung Lenins im wesentlichen befolgt. Die Gehälter der verantwortlichen Funktionäre in Partei und Staat sowie in den Betrieben und die Gehälter der Kommunisten unter den Spezialisten kamen ungefähr den Löhnen der Arbeiter gleich.

Damals hatten die KPdSU und die Sowjetregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um auf politischem und ideologischem Gebiet sowie im Verteilungssystem jeden Amtsmißbrauch der leitenden Funktionäre in allen Sparten zu verhindern und ihre Korruption und Demoralisierung unmöglich zu machen.

Die KPdSU mit Stalin an der Spitze hielt an der Diktatur des Proletariats und am Weg des Sozialismus fest, bekämpfte entschlossen die kapitalistischen Kräfte. Der seinerzeitige Kampf zwischen Stalin einerseits und den Trotzlisten, Sinowjew- und Bucharin-Leuten andererseits war dem Wesen nach der Ausdruck eines Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie und ebenso des Kampfes zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg innerhalb der Partei. Durch den Sieg in diesem Kampf wurden alle Ver-

suche der Bourgeoisie, den Kapitalismus in der Sowjetunion zu restaurieren, zunichte gemacht.

Es ist unbestreitbar, daß schon vor dem Tode Stalins ein Lohnsystem mit hohen Gehältern für eine gewisse Gruppe von Personen eingeführt und ein Teil der Partei- und Staatsfunktionäre zu bürgerlichen Elementen entartet war. Im Bericht des ZK der KPdSU an den XIX. Parteitag der KPdSU vom Oktober 1952 hieß es, daß in einigen Parteiorganisationen Zersetzungs- und Fäulniserscheinungen aufgetreten seien. Die Führer mancher Parteiorganisationen hätten diese in einen trauten Familienkreis ihrer eigenen Leute verwandelt, die „die Gruppeninteressen über die Partei- und Staatsinteressen stellen“. Manche Leiter von Industriebetrieben „vergessen, daß die ihnen zur Betreuung und Leitung anvertrauten Betriebe staatliche sind, und bemühen sich, sie in ihre Domänen zu verwandeln“. Manche Funktionäre der Parteiorganisationen, der Sowjets und der landwirtschaftlichen Behörden „befassen sich selbst mit Plünderung von Kolchoseigentum, anstatt über die Interessen der gemeinschaftlichen Wirtschaft der Kolchose zu wachen“. Auf kulturellem, künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet seien Werke entstanden, in denen das sozialistische System angegriffen und verleumdet wird, und sei ein „Araktschejew-Regime“ aufgekommen, bei dem einzelne Gruppen von Gelehrten die Wissenschaft monopolisieren.

Nachdem Chruschtschow die Führung der KPdSU und des Sowjetstaates an sich gerissen hatte, veränderte sich die Klassenkampfsituation in der Sowjetunion von Grund auf.

Chruschtschow hat eine Reihe von revisionistischen Richtlinien aufgestellt, die nur den Interessen der Bourgeoisie dienen. Dadurch wachsen die kapitalistischen Kräfte in der Sowjetunion in raschem Tempo.

Unter der Vorspiegelung eines „Kampfes gegen den Personenkult“ hat Chruschtschow die Diktatur des Proletariats und das sozialistische System verunglimpft und dadurch nur den Weg zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion geebnet. Er hat Stalin völlig negiert, womit er dem Wesen

¹ Lenin, „Plan der Broschüre ‚Über die Naturalsteuer‘“, Werke, Bd. 32

nach den Marxismus-Leninismus, dem Stalin treu geblieben war, verleugnet und der revisionistischen Flut die Schleusen geöffnet hat.

Chruschtschow hat das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ unauffällig durch das sogenannte „materielle Interesse“ ersetzt und die Einkommensunterschiede zwischen einer Handvoll Leuten einerseits und den Arbeitern und Bauern sowie einfachen Intellektuellen andererseits nicht aufgehoben, sondern noch vergrößert. Er steift den Entarteten in gehobener Position das Rückgrat, ermöglicht es ihnen, ihre Machtbefugnisse noch schamloser als früher zu mißbrauchen, um sich die Früchte der Arbeit des Sowjetvolkes anzueignen, und beschleunigt die Klassendifferenzierung in der sowjetischen Gesellschaft.

Chruschtschow sabotiert die sozialistische Planwirtschaft, wendet das kapitalistische Profitgesetz an, fördert die freie kapitalistische Konkurrenz und unterminiert das sozialistische Volkseigentum.

Chruschtschow greift das landwirtschaftliche Planungssystem des Sozialismus an und bezeichnet es als „bürokratisch“ und „überflüssig“. Er ist darauf versessen, von den amerikanischen Großfarmern zu lernen, befürwortet die Methoden der kapitalistischen Wirtschaft, hilft der Kulakenwirtschaft auf die Beine und untergräbt die sozialistische Kollektivwirtschaft.

Chruschtschow geht mit der bürgerlichen Ideologie hausieren, propagiert die bürgerlichen Schlagworte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit, beeinflußt das Sowjetvolk mit bürgerlichem Idealismus, bürgerlicher Metaphysik, mit den reaktionären Ideen des bürgerlichen Individualismus, Humanismus und Pazifismus und verdirbt die sozialistische Moral. Die dekadente Kultur der westlichen Bourgeoisie wird heute in der Sowjetunion modern, während die sozialistische Kultur verdrängt und angegriffen wird.

Unter dem Aushängeschild der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ macht Chruschtschow mit den amerikanischen

Imperialisten gemeinsame Sache, sabotiert das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung, behindert den revolutionären Kampf der unterdrückten Völker und der geknechteten Nationen, praktiziert einen Großmacht-Chauvinismus und nationalen Egoismus und verrät den proletarischen Internationalismus. Das alles geschieht, um die Interessen einer Handvoll Leute wahrzunehmen und sie den Lebensinteressen des Sowjetvolkes, aller anderen Völker des sozialistischen Lagers und der ganzen Welt überzuordnen.

Der Kurs Chruschtschows ist Revisionismus reinsten Wassers. Dank diesem Kurs aktivieren sich in der Sowjetunion stürmisch die alten bürgerlichen Elemente und entsteht überdies eine große Zahl neuer bürgerlicher Elemente unter den leitenden Funktionären der Partei und des Staates, den verantwortlichen Funktionären der staatlichen Betriebe und der Kolchose sowie in der höheren Schicht der auf kulturellem, künstlerischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet tätigen Intellektuellen.

Gegenwärtig haben die neuen bürgerlichen Elemente in der Sowjetunion nicht nur zahlenmäßig einen Stand erreicht wie nie zuvor, sondern auch ihre soziale Stellung hat sich von Grund auf geändert. Vor dem Amtsantritt Chruschtschows nahmen diese Leute in der Sowjetgesellschaft nicht die dominierende Position ein. Ihre Tätigkeit war vielfach eingeschränkt und häufig Angriffen ausgesetzt. Nach der Machtergreifung Chruschtschows, der allmählich die Partei- und Staatsführung usurpiert hatte, sind diese Leute in Schlüsselstellungen in Partei und Staat, in Wirtschaft und Kultur aufgestiegen und haben eine privilegierte Schicht in der Sowjetgesellschaft gebildet.

Diese privilegierte Schicht ist gegenwärtig ein wesentlicher Teil der Bourgeoisie in der Sowjetunion und bildet die wichtigste soziale Basis der revisionistischen Chruschtschow-Clique. Diese Clique ist nichts anderes als die politische Vertretung der sowjetischen Bourgeoisie und vor allem der privilegierten Schicht dieser Klasse.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique hat im ganzen Land, von der Zentralregierung bis zu den örtlichen Verwaltungen, von den führenden Partei- und Staatsorganen bis zu den einzelnen Sparten der Wirtschaft, der Kultur und des Bildungswesens, wiederholt Säuberungen durchgeführt und eine Gruppe Funktionäre nach der anderen ausgewechselt, wobei sie jene, denen sie nicht traute, entließ und ihre eigenen Vertrauensleute in leitende Positionen einsetzte.

Nehmen wir das ZK der KPdSU als Beispiel. Den statistischen Angaben zufolge wurden nahezu 70% der auf dem XIX. Parteitag von 1952 gewählten Mitglieder des ZK der KPdSU auf dem XX. Parteitag im Jahre 1956 und dem XXII. Parteitag im Jahre 1961 entfernt. Auch von den auf dem XX. Parteitag gewählten ZK-Mitgliedern wurde bis zum XXII. Parteitag etwa die Hälfte gesäubert.

Was die örtlichen Parteiorganisationen aller Ebenen anbetrifft, so hat die revisionistische Chruschtschow-Clique nach unvollständigen Statistiken am Vorabend des XXII. Parteitags unter dem Vorwand einer sogenannten „Erneuerung der Kader“ 45% der Mitglieder der Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken sowie der Regions- und Gebietskomitees und 40% der Mitglieder der Stadt- und Bezirkskomitees der Partei entlassen. Im Jahre 1963 hat die Chruschtschow-Clique unter dem Vorwand, die Parteikomitees in sogenannte „industrielle“ und „landwirtschaftliche“ aufzuteilen, über die Hälfte aller Mitglieder der Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken und aller Gebietskomitees ausgewechselt.

Infolge dieser Veränderungen gelang es der privilegierten Schicht der Sowjetunion, die Parteiorganisationen, die Staatsinstitutionen und andere wichtige Sparten unter ihre Kontrolle zu bringen.

Diese privilegierte Schicht hat ihre Aufgabe, dem Volke zu dienen, in ein Privileg, über das Volk zu herrschen, umgewandelt und mißbraucht ihr Recht, über die Produktions- und die Existenzmittel zu verfügen, in ihrem eigensüchtigen Interesse, dem Interesse eines winzigen Häufleins.

Diese privilegierte Schicht eignet sich die Früchte der Arbeit des Sowjetvolkes an und bezieht Einkommen, die dutzendmal oder sogar hundertmal höher sind als die der einfachen sowjetischen Arbeiter und Bauern. Sie verdankt diese hohen Einkommen nicht nur der Einführung hoher Gehälter, hoher Prämien und hoher Honorare sowie einer Vielfalt von persönlichen Zuschlägen, sondern auch dem Mißbrauch ihrer bevorrechteten Positionen, die es ihr ermöglichen, sich durch Schieberungen und Bestechungsgelder öffentliches Eigentum anzueignen. In ihrer Lebensweise hat sie sich völlig von den Werktätigen der Sowjetunion losgelöst und führt das schmarotzerische und dekadente Leben der Bourgeoisie.

Die Mitglieder dieser privilegierten Schicht sind ideologisch schon ganz degeneriert, haben die revolutionäre Tradition der bolschewistischen Partei restlos verraten und die hohen Ideale der sowjetischen Arbeiterklasse über Bord geworfen. Sie bekämpfen den Marxismus-Leninismus und den Sozialismus. Selbst haben sie die Revolution verraten, und auch anderen verbieten sie, die Revolution durchzuführen. Das Einzige, was sie interessiert, ist die Festigung ihrer wirtschaftlichen Stellung und ihrer politischen Herrschaft. In der ganzen Tätigkeit dieser privilegierten Schicht dreht sich alles um die Privatinteressen ihrer Mitglieder.

Nachdem die Chruschtschow-Clique die Führung der KPdSU und des Sowjetstaates an sich gerissen hat, verwandelt sie die marxistisch-leninistische KPdSU, die eine ruhmreiche revolutionäre Geschichte besitzt, in eine revisionistische Partei und den sowjetischen Staat der Diktatur des Proletariats in einen Staat der Diktatur der revisionistischen Chruschtschow-Clique. Die Chruschtschow-Clique verwandelt überdies schrittweise das sozialistische Volks- und Kollektiveigentum in Eigentum der privilegierten Schicht.

Man sieht, daß die Tito-Clique in Jugoslawien, obwohl sie noch das Banner des „Sozialismus“ herumschwenkt, seit Beschreiten des revisionistischen Weges allmählich zu einer bürokratischen Bourgeoisie geworden ist, die im Gegensatz

zum jugoslawischen Volk steht. Sie hat damit Jugoslawien, das ursprünglich ein Staat der Diktatur des Proletariats war, in einen Staat der Diktatur der bürokratischen Bourgeoisie und die sozialistische Gemeinwirtschaft Jugoslawiens in einen Staatskapitalismus verwandelt. Und man sieht jetzt auch, daß die Chruschtschow-Clique den gleichen Weg geht, den die Tito-Clique bereits gegangen ist. Als Chruschtschow nach Belgrad gepilgert war, erklärte er wiederholt, daß man die Erfahrungen der Tito-Clique studieren müsse, daß „wir [er und die Tito-Clique] ein und dieselbe Ideologie haben, uns von ein und derselben Theorie leiten lassen“. All das ist nicht verwunderlich.

Infolge des Revisionismus Chruschtschows droht dem ersten sozialistischen Staat der Welt, den das große Sowjetvolk mit Blut und Schweiß erbaut hat, die beispiellos ernste Gefahr einer Restauration des Kapitalismus.

Wenn die Chruschtschow-Clique ihre These verbreitet, daß „es in der Sowjetunion bereits keine antagonistischen Klassen und keinen Klassenkampf mehr gibt“, versucht sie, die Wahrheit über den erbitterten Klassenkampf zu verbergen, den sie gegen das Sowjetvolk führt.

Die von der revisionistischen Chruschtschow-Clique vertretene privilegierte Schicht der Sowjetunion macht nur einen winzigen Bruchteil der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion aus. Auch in den Reihen der sowjetischen Funktionäre bildet sie nur eine verschwindende Minderheit. Sie steht im krassen Gegensatz zum Sowjetvolk, das heißt zu mehr als 90% der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion, auch zur großen Mehrheit der Partei- und Staatsfunktionäre und der Mitglieder der KPdSU. Der Widerspruch zwischen dem Sowjetvolk und dieser privilegierten Schicht ist der Hauptwiderspruch in der heutigen Sowjetunion; er ist ein unversöhnlicher, antagonistischer Klassenwiderspruch.

Die von Lenin begründete ruhmreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion und das große Sowjetvolk legten in der Sozialistischen Oktoberrevolution einen epochemachenden

Schöpfergeist revolutionärer Initiative an den Tag, zeigten im siegreichen Kampf gegen die Weißgardisten und gegen die militärische Intervention eines guten Dutzends imperialistischer Mächte Opferbereitschaft und Heldenmut, erzielten im Kampf für die Industrialisierung des Landes und die Kollektivierung der Landwirtschaft glänzende Erfolge, die in der Geschichte einzig dastehen, und errangen im Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus einen gewaltigen Sieg, der die Menschheit gerettet hat. Die erdrückende Mehrheit der Mitglieder der KPdSU und das Sowjetvolk setzen selbst unter der Herrschaft der Chruschtschow-Clique die von Lenin und Stalin gepflegte ruhmreiche revolutionäre Tradition fort, wahren dem Sozialismus die Treue und erstreben den Kommunismus.

Bei den breiten Massen der sowjetischen Arbeiter, Kolchosbauern und Intellektuellen herrscht große Unzufriedenheit über ihre Unterdrückung und Ausbeutung durch die privilegierte Schicht. Die Massen erkennen immer deutlicher das wahre Gesicht des Revisionismus der Chruschtschow-Clique, die den Sozialismus verraten hat und den Kapitalismus restauriert. Zahlreiche sowjetische Staats- und Parteifunktionäre halten nach wie vor an dem revolutionären, proletarischen Standpunkt fest, gehen unbeirrbar den sozialistischen Weg weiter und treten entschlossen gegen den Revisionismus Chruschtschows auf. Die breiten Volksmassen und die gewaltige Mehrheit der Kommunisten und der Funktionäre der Sowjetunion sind dabei, verschiedene Mittel und Wege zu finden, um sich dem revisionistischen Kurs der Chruschtschow-Clique entgegenzustellen und ihm Widerstand zu leisten, so daß diese Clique nicht so ohne weiteres den Kapitalismus restaurieren kann. Das große Sowjetvolk führt jetzt einen Kampf zur Verteidigung der ruhmreichen Traditionen der großen Oktoberrevolution, zur Verteidigung der großen Errungenschaften des Sozialismus und für die Vereitelung jener Verschwörung, die auf die Restauration des Kapitalismus abzielt.

WIDERLEGUNG DER BEHAUPTUNG VOM SOGENANN- TEN „STAAT DES GANZEN VOLKES“

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU hat Chruschtschow die Fahne des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats offen entrollt. Er proklamierte den Ersatz des Staates der Diktatur des Proletariats durch den sogenannten „Staat des ganzen Volkes“. Im Programm der KPdSU heißt es: „In der UdSSR ist die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig. Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, ist in der neuen, gegenwärtigen Etappe ein Staat des ganzen Volkes.“

Es gehören nur geringe allgemeine Kenntnisse des Marxismus-Leninismus dazu, um zu wissen, daß der Staat ein Klassenbegriff ist. Lenin stellte fest: „Kennzeichen des Staates ist also das Vorhandensein einer besonderen Klasse von Personen, in deren Händen sich die Macht konzentriert.“¹ Der Staat ist ein Werkzeug des Klassenkampfes, das Organ einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Jeder Staat ist ein Staat der Diktatur einer bestimmten Klasse. Solange der Staat noch besteht, kann er nicht über den Klassen stehen, kann er keinen Staat des ganzen Volkes darstellen.

Das Proletariat und dessen Partei, die ihre Ansichten niemals verheimlichen, erklären ausdrücklich, daß sich die sozialistische Revolution des Proletariats zum Ziel setzt, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten; daß nach dem Sieg dieser Revolution das Proletariat und seine Partei unablässig darum bemüht sein müssen, die historische Aufgabe der proletarischen Diktatur zu erfüllen, die Klassen aufzuheben und die Klassenunterschiede zu beseitigen, damit der Staat absterbe. Einzig und allein die Bourgeoisie und ihre Parteien sind mit allen ihren Kräften bestrebt, den Klassencharakter der Staatsmacht zu verhüllen,

¹ Lenin, „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve“ (II), Werke. Bd. 1

und suchen auf jegliche Weise, den von ihnen beherrschten Staatsapparat als „volksstaatlich“ und „über den Klassen stehend“ auszugeben, um die Volksmassen irrezuführen.

Wenn Chruschtschow die Aufhebung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion proklamiert und den sogenannten „Staat des ganzen Volkes“ verkündet, so zeigt das gerade, daß er die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat durch bürgerliche Lügen ersetzt hat.

Da nun ihre absurden Behauptungen von den Marxisten-Leninisten widerlegt worden sind, beeilt sich die revisionistische Chruschtschow-Clique mit einer Rechtfertigung und tut alles, um den „Staat des ganzen Volkes“ „theoretisch“ zu begründen. Sie behauptet, daß mit der von Marx und Lenin definierten historischen Periode der proletarischen Diktatur lediglich die erste, nicht aber die höhere Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus gemeint sei. „Die Diktatur des Proletariats hört früher auf, notwendig zu sein, als der Staat abstirbt“¹, behauptet sie weiter und erklärt, daß nach dem Erlöschen der proletarischen Diktatur noch ein Stadium des „Volksstaates“ bestünde.

Das ist hundertprozentige Sophistik.

In der „Kritik des Gothaer Programms“ stellte Marx fest, daß die Diktatur des Proletariats der Staat in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus ist. Diese berühmte These von Marx hat Lenin eingehend erläutert.

Lenin sagte: „Marx schrieb in der Kritik des Gothaer Programms: ‚Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.‘ Bisher galt das für die Sozialisten als unbestrittene Wahrheit, und in ihr liegt die Anerkennung des Staates, solange der siegrei-

¹ „Programm für den Aufbau des Kommunismus“, redaktioneller Artikel der „Prawda“, 18. August 1961

che Sozialismus nicht in den vollständigen Kommunismus hinübergewachsen ist.¹

Lenin sagte ferner: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur einer Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft‘ vom Kommunismus, trennt.“²

Es ist ganz klar, daß mit der historischen Periode, in welcher der Staat der proletarischen Diktatur besteht, sowohl Marx als auch Lenin, nicht, wie die Chruschtschow-Clique behauptet, lediglich den Übergang vom Kapitalismus zur ersten Phase des Kommunismus meinten, sondern vielmehr die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum „vollständigen Kommunismus“, die Übergangsperiode, in der alle Klassenunterschiede beseitigt werden und eine „klassenlose Gesellschaft“ verwirklicht wird, also bis zur höheren Phase des Kommunismus.

Es ist ebenfalls ganz klar, daß der von Marx und Lenin gemeinte Staat der Übergangsperiode nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats. Die proletarische Diktatur gilt als die Staatsform in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zur höheren Phase des Kommunismus, sie ist gleichzeitig die letzte Staatsform in der Menschheitsgeschichte. Ihr Absterben bedeutet zugleich auch das Absterben des Staates. Lenin sagte: „Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß, daß die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das ‚als herrschende Klasse organisierte Proletariat‘ sein wird.“³

¹ Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Werke, Bd. 22

² Lenin, „Staat und Revolution“ (II, 3), Werke, Bd. 25

³ Lenin, „Staat und Revolution“ (III, 3), Werke, Bd. 25

Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung kann die Diktatur des Proletariats in diesem oder jenem Staat, in dieser oder jener Etappe verschiedene Formen annehmen, aber ihr Wesen ist ein und dasselbe. Lenin hat gesagt: „Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das eine sein: die *Diktatur des Proletariats*.“¹

Daraus ersieht man, daß die Ansichten, wonach die Diktatur des Proletariats zu Ende wäre, bevor noch der Staat abstirbt, und es nach dem Erlöschen der Diktatur des Proletariats noch ein Stadium des „Volksstaates“ gäbe, gar nicht von Marx und Lenin stammen, sondern eine Fabrikation des Revisionisten Chruschtschow sind.

Um diese ihre antimarxistischen und antileninistischen Ansichten zu rechtfertigen, hat die revisionistische Chruschtschow-Clique mit Mühe und Not einen Satz von Marx herausgesucht, ihn aus dem Zusammenhang gerissen und seinen Sinn entstellt. Sie versucht starrsinnig, das von Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ erwähnte „zukünftige Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“ als ein „Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, das bereits keine Diktatur des Proletariats mehr ist“, hinzustellen.² Triumphierend erklärt sie, daß die Chinesen es nicht wagen würden, sich auf dieses Marx-Wort zu berufen. Ihr kommt es vor, als könnte dieses Wort ihr wirklich irgendwie helfen.

Lenin scheint schon vorausgesehen zu haben, daß die Revisionisten mit Hilfe dieses Wortes von Marx den Marxismus entstellen würden. In seiner Arbeit „Marxismus und Staat“ hat er dieses Marx-Wort ausgezeichnet erläutert. Er sagte: „... die Diktatur des Proletariats ist ‚eine politische Übergangsperiode‘ ... Aber Marx spricht weiter von ‚dem zu-

¹ Lenin, „Staat und Revolution“ (II, 3), Werke, Bd. 25

² M. A. Suslow, Bericht auf der Plenartagung des ZK der KPdSU im Februar 1964

künftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft!! Also wird es sogar in der „kommunistischen Gesellschaft“ ein Staatswesen geben!! Besteht hier nicht ein Widerspruch?“ Lenin antwortete mit einem „Nein“ und erklärte anschließend mit Hilfe einer Tabelle die drei Perioden der Entwicklung des Staates vom bürgerlichen Staat bis zum Absterben des Staates.

Erste Periode: In der kapitalistischen Gesellschaft braucht die Bourgeoisie einen Staat, das ist der bürgerliche Staat.

Zweite Periode: In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus braucht das Proletariat einen Staat, das ist der Staat der Diktatur des Proletariats.

Dritte Periode: In der kommunistischen Gesellschaft ist ein Staat nicht mehr notwendig, der Staat stirbt ab.

Lenin sagte: „Absolute Folgerichtigkeit und Klarheit!!“

In Lenins Tabelle ist nur vom Staat der Bourgeoisie, vom Staat der proletarischen Diktatur und vom Absterben des Staates die Rede. Lenin benützte gerade die Tabellenform, um klar zu machen, daß es im Kommunismus, in dem der Staat abstirbt, kein Staatswesen mehr gibt.

Es ist geradezu komisch, daß sich die revisionistische Chruschtschow-Clique bei der Rechtfertigung ihrer falschen Ansichten auch auf diese Worte aus Lenins „Marxismus und Staat“ beruft. Sie zitiert diese Worte und gelangt zu dem unsinnigen Schluß: „In unserem Land sind die ersten zwei Perioden, die Lenin an der angeführten Stelle nennt, schon Geschichte geworden. In der Sowjetunion ist ein Staat des ganzen Volkes entstanden — ein kommunistisches Staatswesen, das Staatswesen der ersten Phase des Kommunismus — und er entwickelt sich weiter.“¹

Wenn die ersten zwei Perioden, von denen bei Lenin die Rede war, in der Sowjetunion bereits der Geschichte angehören sollten, dann müßte der Staat dort im Absterben sein. Woher dann ein „Staat des ganzen Volkes“? Stirbt der Staat

¹ „Von der Partei der Arbeiterklasse zur Partei des ganzen Sowjetvolkes“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift „Partijnaja Shisn“ (Moskau), Nr. 8, 1964

noch nicht ab, dann muß er die Diktatur des Proletariats und kann keinesfalls ein „Staat des ganzen Volkes“ sein.

Um ihre Theorie vom „Staat des ganzen Volkes“ zu rechtfertigen, verleumdet die revisionistische Chruschtschow-Clique unermüdlich die Diktatur des Proletariats als undemokratisch. Sie propagiert die Idee, daß einzig und allein der Ersatz des Staates der proletarischen Diktatur durch einen „Staat des ganzen Volkes“ eine weitere Entwicklung der Demokratie gewährleisten, ihre Verwandlung in eine „echte Demokratie des ganzen Volkes“ herbeiführen könnte. Chruschtschow sagte sogar wichtigtuend, daß in der Abschaffung der Diktatur des Proletariats die Richtlinie auf eine „kraftvolle Entfaltung der Demokratie“ zum Ausdruck komme und daß angeblich „die proletarische Demokratie sich in eine sozialistische Demokratie des ganzen Volkes umwandelt“.¹

All diese Äußerungen der Revisionisten zeigen nur, daß diese entweder von der Lehre des Marxismus-Leninismus über den Staat keine blasse Ahnung haben oder sie böswillig verdrehen.

Wer auch nur über die geringste allgemeine Kenntnis des Marxismus-Leninismus verfügt, weiß, daß die Demokratie als Staatsform ein Klassenbegriff ist ebenso wie die Diktatur. Es gibt nur eine Demokratie für eine Klasse, es gibt keine „Demokratie für das ganze Volk“.

Lenin schrieb: „Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihr Ausschluß von der Demokratie — diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.“² Das Proletariat übt der ausbeutenden Klasse gegenüber eine Diktatur aus und führt die Demokratie für das arbeitende Volk durch; das sind

¹ N. S. Chruschtschow, Referate „Bericht des ZK der KPdSU“ und „Über das Programm der KPdSU“, gehalten auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961

² Lenin, „Staat und Revolution“ (V, 2), Werke, Bd. 25

zwei Seiten ein und derselben Frage. Erst die Diktatur des Proletariats ist imstande, die Demokratie für die werktätigen Massen zu fördern und zu erweitern, bis sie eine so hohe Stufe erlangt wie nie zuvor. Ohne die Diktatur des Proletariats kann es eine wahre Demokratie für das werktätige Volk nicht geben.

Wo die bürgerliche Demokratie herrscht, dort gibt es keine proletarische Demokratie; und umgekehrt, wo die proletarische Demokratie herrscht, dort gibt es keine bürgerliche Demokratie. Das eine schließt das andere aus, anders kann es auch nicht sein, ein Kompromiß ist hier nicht möglich. Je radikaler die Demokratie der Bourgeoisie beseitigt wird, desto breiter entfaltet sich die Demokratie des Proletariats. Dann gibt es freilich in den Augen der Bourgeoisie in einem solchen Staat keine Demokratie. In Wirklichkeit ist aber dann die proletarische Demokratie errichtet und die bürgerliche Demokratie vernichtet worden. Wenn die proletarische Demokratie gedeiht, dann verdorrt die bürgerliche Demokratie.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique wendet sich gegen diese grundlegende Ansicht des Marxismus-Leninismus. In der Tat vertritt sie die Meinung, daß es nicht zur Demokratie gehöre, wenn man dem Feind gegenüber die Diktatur ausübt. Wolle man die Demokratie entfalten, so müsse man die Diktatur dem Feind gegenüber und dessen Niederhaltung aufheben und stattdessen eine „Demokratie des ganzen Volkes“ zuwege bringen.

Diese Auffassung gleicht der Auffassung des Renegaten Kautsky von der „reinen Demokratie“ wie ein Ei dem anderen.

In seiner Kritik an Kautsky sagte Lenin: „Reine Demokratie‘ ist nicht nur eine von Unwissenheit zeugende Phrase, die Verständnislosigkeit sowohl für den Klassenkampf als auch für das Wesen des Staates offenbart, das ist auch eine durch und durch hohle Phrase, denn in der kommunistischen Gesellschaft wird die Demokratie, sich umbildend und zur Gewohn-

heit werdend, absterben, nie aber wird es eine ‚reine‘ Demokratie geben.“¹

Lenin stellte ferner fest: „Die Dialektik (der Gang) der Entwicklung ist so: vom Absolutismus zur bürgerlichen Demokratie; von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie; von der proletarischen zu überhaupt keiner.“² Das heißt, daß die Demokratie des Proletariats in der höheren Phase des Kommunismus absterben wird mit dem Verschwinden der Klassen und dem Absterben der Diktatur des Proletariats.

Geradeheraus gesagt, ist die von Chruschtschow soviel angepriesene „Demokratie des ganzen Volkes“ ebenso wie der „Staat des ganzen Volkes“ nichts anderes als Lug und Trug. Die Gründe, weshalb Chruschtschow den Trödlerkram der Bourgeoisie und der alten Revisionisten aufklaubte, reparierte und darauf seine eigene Marke anklebte, bestehen nur in seiner Absicht, das Sowjetvolk und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt hinters Licht zu führen und seine lichtscheue Handlungsweise — den Verrat an der Diktatur des Proletariats und die Frontstellung gegen den Sozialismus — zu verhüllen.

Was ist denn das Wesen des Chruschtschowschen „Staates des ganzen Volkes“?

Chruschtschow hat in der Sowjetunion die proletarische Diktatur beseitigt und dafür eine Diktatur der revisionistischen Clique mit ihm selbst an der Spitze errichtet, nämlich die Diktatur der privilegierten Schicht der sowjetischen Bourgeoisie. Sein sogenannter „Staat des ganzen Volkes“ ist tatsächlich kein Staat der Diktatur des Proletariats, sondern ein Staat, in dem die revisionistische Chruschtschow-Clique, eine Handvoll von Leuten, die Diktatur über die breiten Massen der sowjetischen Arbeiter, Bauern und revolutionären Intellektuellen ausübt. Unter der Herrschaft der Chruschtschow-Clique gibt es in der Sowjetunion überhaupt keine Demokratie

¹ Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Bürgerliche und proletarische Demokratie), Werke, Bd. 28

² Lenin, „Marxismus und Staat“ (Brief von Engels an Bebel)

für die Werktätigen, es gibt nur eine Demokratie für die verschwinnend kleine Gruppe der revisionistischen Chruschtschow-Clique, für die privilegierte Schicht, für die alten und neuen bürgerlichen Elemente. Die von Chruschtschow propagierte „Demokratie des ganzen Volkes“ ist eine echte Demokratie der Bourgeoisie, sie ist zugleich auch eine despotische Diktatur der Chruschtschow-Clique gegenüber dem Sowjetvolk.

Wer heute in der Sowjetunion an dem Standpunkt des Proletariats, am Marxismus-Leninismus festhält, wer sich traut, den Mund aufzumachen, Widerstand zu leisten und zu kämpfen, der wird beobachtet, bespitzelt, ins Verhör genommen und sogar verhaftet und eingekerkert oder für „geistesgestört“ erklärt und gewaltsam in die „psychiatrische Klinik“ gesteckt. Vor kurzem schrieb die Sowjetpresse unverhohlen, daß gegen diejenigen, die auch nur die leiseste Unzufriedenheit äußern, „ein Kampf geführt werden muß“ und man selbst jenen „angefaulten Witzbolden“, die sich auch nur eine bissige Bemerkung über Chruschtschows Landwirtschaftspolitik erlauben, eine „schonungslose Schlacht liefern“ müsse.¹ Noch schrecklicher ist es, daß die revisionistische Chruschtschow-Clique sogar Arbeiterstreiks und Protestaktionen der Massen wiederholt blutig niedergeworfen hat.

„Beseitigung der Diktatur des Proletariats, aber Beibehaltung des Staates des ganzen Volkes“ — diese Formel hat das innerste Geheimnis der revisionistischen Chruschtschow-Clique verraten: Die Diktatur des Proletariats bekämpfen sie kategorisch, die Staatsmacht wollen sie mit ins Grab nehmen. Die revisionistische Chruschtschow-Clique weiß, wie ungeheuer wichtig es ist, die Staatsmacht in Händen zu haben. Sie benötigt den Staatsapparat, um die Werktätigen und die Marxisten-Leninisten der Sowjetunion niederzuhalten. Sie benötigt ihn, um einer Restaurierung des Kapitalismus in der Sowjetunion den Weg zu bahnen. Das eben ist das wahre Ziel, um dessentwillen

¹ „Iswestija“, 10. März 1964

Chruschtschow das Banner des „Staates des ganzen Volkes“ und der „Demokratie des ganzen Volkes“ erhoben hat.

WIDERLEGUNG DER BEHAUPTUNG VON DER SOGENANNTEN „PARTEI DES GANZEN VOLKES“

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU hat Chruschtschow ferner die Fahne der Preisgabe des proletarischen Charakters der Kommunistischen Partei der Sowjetunion offen entrollt. Er verkündete den Ersatz der proletarischen Partei durch eine sogenannte „Partei des ganzen Volkes“. Im Programm der KPdSU heißt es: „Durch den Sieg des Sozialismus in der UdSSR und die Festigung der Einheit der Sowjetgesellschaft ist die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse zur Avantgarde des Sowjetvolkes, zur Partei des ganzen Volkes geworden . . .“ Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, die KPdSU wäre bereits „zur politischen Organisation des ganzen Volkes geworden“.

Wie absurd und lächerlich das doch ist!

Die allgemeinen Kenntnisse des Marxismus-Leninismus lehren uns, daß eine Partei ebenso wie der Staat ein Instrument des Klassenkampfes ist. Alle politischen Parteien tragen Klassencharakter. Die Parteilichkeit ist der konzentrierte Ausdruck des Klassencharakters. Nirgends gibt es eine Partei, die nicht an eine Klasse gebunden wäre und die über den Klassen stünde, nie gab es eine sogenannte „Partei des ganzen Volkes“, die nicht die Interessen einer bestimmten Klasse vertreten hätte.

Die proletarische Partei ist gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut; sie wird von den fortschrittlichsten Menschen gebildet, die der historischen Mission des Proletariats unter allen Umständen treu bleiben; sie ist die organisierte Vorhut des Proletariats, seine höchste Organisationsform. Die proleta-

rische Partei vertritt die Interessen des Proletariats und drückt dessen Willen in konzentrierter Form aus.

Die proletarische Partei ist zugleich auch die einzige Partei, die die Interessen des ganzen Volkes vertritt, das über 90% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Sie ist es deshalb, weil die Interessen des Proletariats sich mit denen der breiten Massen der Werktätigen decken, weil diese Partei an alle Fragen von der historischen Position des Proletariats aus herangehen kann, ausgehend von den gegenwärtigen wie von den zukünftigen Interessen des Proletariats und aller anderen Werktätigen, von den höchsten Interessen der überwältigenden Mehrheit der Menschen, weil diese Partei imstande ist, in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus richtig zu führen.

In der proletarischen Partei gibt es außer den Mitgliedern, die aus der Arbeiterklasse kommen, auch solche, die eine andere soziale Herkunft haben. Letztere treten jedoch nicht als Vertreter anderer Klassen in die Partei ein. Im Gegenteil, sie müssen an dem Tag, da sie in die Partei eintreten, ihren ursprünglichen Klassenstandpunkt aufgeben und sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Marx und Engels sagten: „Wenn solche Leute aus andern Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen.“¹

Diese Grundthesen über den Charakter der proletarischen Partei hat der Marxismus-Leninismus längst dargelegt. In den Augen der revisionistischen Chruschtschow-Clique jedoch ist das alles ein „totes Schema“ und entspricht erst ihre „Partei

¹ Karl Marx/Friedrich Engels [Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a.], Marx/Engels Werke, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 165

des ganzen Volkes“ der „realen Dialektik der Entwicklung der Kommunistischen Partei“.¹

Die revisionistische Chruschtschow-Clique zerbricht sich den Kopf, um einige Argumente auszuklügeln, die ihre Behauptung von einer „Partei des ganzen Volkes“ rechtfertigen sollen. So gaben diese Leute bei der Besprechung zwischen der KPCh und der KPdSU im Juli 1963 und in der sowjetischen Presse folgende Gründe für die Verwandlung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in eine sogenannte „Partei des ganzen Volkes“ an:

Erstens vertrete die Kommunistische Partei der Sowjetunion die Interessen des gesamten Volkes.

Zweitens habe das ganze Volk die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse akzeptiert. Das Ziel der Arbeiterklasse — der Aufbau des Kommunismus — sei bereits zum Ziel des ganzen Volkes geworden.

Drittens setze sich die KPdSU aus den besten Vertretern der Arbeiter, Kollektivbauern und Intellektuellen zusammen, vereinige in ihren Reihen Vertreter von mehr als hundert Nationalitäten und Volksstämmen des Landes.

Viertens entsprächen auch die demokratischen Arbeitsmethoden dem Charakter einer Partei des ganzen Volkes.

Schon auf den ersten Blick sieht man, daß keines der Argumente, die von der revisionistischen Chruschtschow-Clique ausgeklügelt wurden, eine ernsthafte Haltung zu ernstesten Fragen zeigt.

Im Kampf gegen die opportunistischen Wirrköpfe sagte Lenin: „Kann man ernsthaft mit Leuten sprechen, die offensichtlich nicht imstande sind, sich ernstesten Fragen gegenüber ernsthaft zu verhalten? Es ist schwer, Genossen, sehr schwer! Indessen ist die Frage, über die gewisse Leute nicht ernsthaft zu sprechen imstande sind, an sich so ernst, daß es

¹ „Von der Partei der Arbeiterklasse zur Partei des ganzen Sowjetvolkes“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift „Partijnaja Shisn“ (Moskau), Nr. 8, 1964

nicht schadet, sogar die offensichtlich unernsten Antworten auf diese Frage zu untersuchen.¹

Nun, es schadet auch nicht, wenn wir heute die offensichtlich unernsten Antworten der revisionistischen Chruschtschow-Clique auf eine so ernste Frage wie die bezüglich der proletarischen Partei untersuchen.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique behauptet, daß die kommunistische Partei, da sie die Interessen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringt, zu einer „Partei des ganzen Volkes“ werden müsse. Hätte dann nicht die kommunistische Partei schon von Anfang an eine „Partei des ganzen Volkes“ sein müssen, anstatt die Partei des Proletariats?

Die revisionistische Chruschtschow-Clique behauptet, daß das ganze Volk die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse akzeptiert habe und daß deshalb die kommunistische Partei zur „Partei des ganzen Volkes“ werden müsse. Wie kann man aber eine solche Behauptung aufstellen, daß alle Menschen in der sowjetischen Gesellschaft, wo eine scharfe Klassendifferenzierung und ein heftiger Klassenkampf vor sich gehen, die marxistisch-leninistische Weltanschauung angenommen haben? Sind die Tausende und aber Tausende alter und neuer bürgerlicher Elemente bei euch etwa alle Marxisten-Leninisten? Wenn, wie ihr behauptet, der Marxismus-Leninismus wirklich zur Weltanschauung des gesamten Volkes geworden ist, folgt dann nicht daraus, daß es in der Gesellschaft überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen gibt und eine Partei überhaupt schon unnötig ist, was soll denn dann noch eine „Partei des ganzen Volkes“?

Die revisionistische Chruschtschow-Clique behauptet, daß die kommunistische Partei, da ihre Mitgliedschaft aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen besteht und verschiedene Nationalitäten und Volksstämme umschließt, zur „Partei des ganzen Volkes“ werden müsse. Hat es dann in der Kommuni-

stischen Partei der Sowjetunion vor ihrem XXII. Parteitag, auf dem die Behauptung von der „Partei des ganzen Volkes“ aufgestellt wurde, nur Mitglieder aus der Arbeiterklasse gegeben, und überhaupt keine Mitglieder anderer sozialer Herkunft? Hat es damals in der Partei nur Angehörige einer einzigen Nationalität und keine Angehörigen anderer Nationalitäten und Volksstämme gegeben? Würde der Charakter einer Partei durch die soziale Herkunft ihrer Mitgliedschaft bestimmt sein, wären dann nicht eine ganze Reihe von Parteien in der Welt, deren Mitglieder unterschiedlicher Klassenherkunft sind und auch unterschiedlichen Nationalitäten und Volksstämmen angehören, „Parteien des ganzen Volkes“?

Die revisionistische Chruschtschow-Clique behauptet, daß eine Partei, deren Arbeitsmethoden demokratisch sind, eine „Partei des ganzen Volkes“ sein müsse. Nun ist aber die kommunistische Partei schon seit ihrer Gründung auf dem demokratischen Zentralismus aufgebaut und hat schon immer bei ihrer Arbeit unter den Volksmassen die Methode der Massenlinie, die demokratische Methode der Überzeugung und Erziehung angewandt. Wäre dann nicht die kommunistische Partei schon vom Tag ihrer Gründung an eine „Partei des ganzen Volkes“?

Kurz, keiner der Gründe, die die revisionistische Chruschtschow-Clique angibt, ist stichhaltig.

Chruschtschow macht nicht nur viel Lärm um die angebliche „Partei des ganzen Volkes“; er hat bereits unter dem Vorwand des „Aufbaus der Parteiorganisationen nach dem Produktionsprinzip“¹ die Partei in eine „Industriepartei“ und eine „Landwirtschaftspartei“ gespalten.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique erklärte, sie habe das wegen des „Vorrangs der Wirtschaft gegenüber der Politik im Sozialismus“² getan, „damit die Fragen der Wirtschaft

¹ Lenin, „Vor allem Klarheit!“, Werke, Bd. 20

¹ Chruschtschows Bericht auf der Plenartagung des ZK der KPdSU im November 1962

² „Studieren, Verstehen und Handeln“, Leitartikel der „Ekonomscheskaja Gaset“, Nr. 50, 1962

und der Produktion, die durch den ganzen Verlauf des kommunistischen Aufbaus in den Vordergrund gerückt wurden, im Mittelpunkt der Tätigkeit der Parteiorganisationen stehen und den Eckpfeiler ihrer ganzen Arbeit bilden“¹. Chruschtschow erklärte: „Wir sprechen es unumwunden aus, daß die Hauptsache in der Arbeit der Parteiorganisation die Produktion ist.“² Sie haben sogar Lenin diese Ansichten zugeschrieben und erklärt, nach den Grundsätzen Lenins zu handeln.

Jeder, der die Geschichte der KPdSU auch nur ein wenig kennt, weiß jedoch, daß diese Ansichten keineswegs von Lenin stammen, sondern daß sie im Gegenteil antileninistisch sind und zu den Ansichten Troztkis gehören. Auch in dieser Frage ist Chruschtschow ein würdiger Schüler Troztkis.

In seiner Kritik an Troztki und Bucharin stellte Lenin fest: „Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik . . . Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen.“ Er fügte hinzu: „Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können.“³

Die Tatsachen zeigen klar und deutlich den wahren Zweck, den die revisionistische Chruschtschow-Clique mit der Behauptung von der „Partei des ganzen Volkes“ verfolgt: die proletarische Natur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von Grund auf zu ändern und die marxistisch-leninistische Partei in eine revisionistische Partei umzugestalten.

Der großen Kommunistischen Partei der Sowjetunion droht die ernste Gefahr, von einer proletarischen Partei zu einer

¹ „Der Kommunist und die Produktion“, Leitartikel des „Kommunist“ (Moskau), Nr. 2, 1963

² N. S. Chruschtschow, Rede auf einer Wählerversammlung im Kalinin-Wahlkreis in Moskau, 27. Februar 1963

³ Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Troztkis und Bucharins“, Werke, Bd. 32

bürgerlichen Partei, von einer marxistisch-leninistischen Partei zu einer revisionistischen Partei zu entarten.

Lenin betonte: „Eine Partei, die existieren will, kann in der Frage ihrer Existenz nicht die geringsten Schwankungen und keinerlei Vereinbarungen mit denen zulassen, die sie begraben wollen.“

Jetzt hat die revisionistische Chruschtschow-Clique die breiten Massen der Mitglieder der großen Kommunistischen Partei der Sowjetunion wiederum vor diese ernste Frage gestellt.

DER PSEUDOKOMMUNISMUS CHRUSCHTSCHOWS

Chruschtschow erklärte auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, daß die Sowjetunion bereits in die Periode der allseitigen Entfaltung des Aufbaus des Kommunismus eingetreten sei. Er behauptete ferner: „Innerhalb von 20 Jahren werden wir die kommunistische Gesellschaft im wesentlichen aufgebaut haben.“² Das alles ist nichts als Betrug.

Kann denn noch vom Aufbau des Kommunismus die Rede sein, wenn die revisionistische Chruschtschow-Clique heute die Sowjetunion auf den Weg der Restaurierung des Kapitalismus führt und das Sowjetvolk der ersten Gefahr gegenübersteht, die Früchte des Sozialismus zu verlieren?

Chruschtschow verhüllt seine wirklichen Ziele unter dem Deckmantel „Aufbau des Kommunismus“, weil er das wahre Gesicht seines Revisionismus verbergen will. Es ist jedoch nicht schwer, seinen betrügerischen Trick zu durchschauen. Wie Perlen nicht mit Fischen verwechselt werden dürfen, so darf man dem Kommunismus nicht den Revisionismus untergeschoben.

¹ Lenin, „Wie W. Sassulitsch das Liquidatorenentum erledigt“ (VI), Werke, Bd. 19

² N. S. Chruschtschow, Referat „Über das Programm der KPdSU“, gehalten auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961

Der wissenschaftliche Kommunismus hat seine präzisen Begriffe. Dem Marxismus-Leninismus zufolge ist die kommunistische Gesellschaft eine Gesellschaft, in der die Klassen und die Klassenunterschiede restlos beseitigt sind; sie ist eine Gesellschaft, in der das ganze Volk ein hochentwickeltes kommunistisches Bewußtsein und die hochstehende Moral des Kommunismus besitzt; sie ist eine Gesellschaft, in der das ganze Volk im höchsten Maße Enthusiasmus und Initiative bei der Arbeit an den Tag legt; sie ist eine Gesellschaft, in der die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit in reicher Fülle zur Verfügung stehen; sie ist eine Gesellschaft, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht wird, und sie ist eine Gesellschaft, in der der Staat abgestorben ist.

Marx erklärte: „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“¹

Gemäß den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus muß man in der Periode der sozialistischen Gesellschaft gerade deswegen an der proletarischen Diktatur festhalten, damit man zum Kommunismus vorwärtsschreiten kann. Lenin sagte: „Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen . . .“² Die revisionistische Chru-

¹ Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Marx/Engels Werke, Dietz Verlag, Berlin 1962, Bd. 19, Seite 21.

² Lenin, „Staat und Revolution“ (V, 2), Werke, Bd. 25

schtschow-Clique hat in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats verworfen; das bedeutet nicht vorwärts schreiten, sondern rückwärts, bedeutet nicht Entwicklung zum Kommunismus, sondern Rückkehr zum Kapitalismus.

Die Entwicklung zum Kommunismus ist eine Entwicklung zur Beseitigung der Klassen und der Klassenunterschiede. Es ist unvorstellbar, daß es eine kommunistische Gesellschaft geben soll, in der Klassen, ja sogar Ausbeuterklassen vorhanden sind. Chruschtschow pappelt doch heute in der Sowjetunion die neue Bourgeoisie hoch, restauriert und entwickelt das Ausbeutungssystem, beschleunigt die Klassendifferenzierung. Die dem Sowjetvolk gegenüberstehende privilegierte Bourgeois-Schicht hat bereits die herrschende Stellung in der Partei, im Staat, in der Wirtschaft, im Kulturleben usw. eingenommen. Gibt es da auch nur die geringste Spur von Kommunismus?

Die Entwicklung zum Kommunismus ist eine Entwicklung zum alleinigen Volkseigentum an den Produktionsmitteln. Es ist unvorstellbar, daß es eine kommunistische Gesellschaft geben soll, in der verschiedenerlei Eigentümer an den Produktionsmitteln existieren. Chruschtschow aber bemüht sich heute darum, daß die volkseigenen Unternehmen zu kapitalistischen Unternehmen, die genossenschaftseigenen Kolchose zu Kulakenwirtschaften schrittweise entarten. Gibt es da auch nur die geringste Spur von Kommunismus?

Die Entwicklung zum Kommunismus ist eine Entwicklung zu einer außerordentlichen Vermehrung des Sozialproduktes und zur Verwirklichung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. Es ist unvorstellbar, daß die kommunistische Gesellschaft auf einer solchen Basis errichtet werden soll, bei der ein Häuflein von Menschen ein luxuriöses Leben, dagegen die breiten Volksmassen ein elendes Dasein führen. Das große Sowjetvolk hat dank der sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem beispiellosen Tempo die gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelt. Doch der unheilvolle Revisionismus Chruschtschows hat der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion unermesslichen Schaden

zugefügt. Chruschtschow kann aus den mannigfaltigen Widersprüchen, in die er sich verstrickt hat, nicht herausfinden. Seine Wirtschaftspolitik pflegt sich nach seinen Launen von einem Tag auf den anderen zu ändern, dadurch gerät die Volkswirtschaft der Sowjetunion in ernsteste Verwirrung. Chruschtschow ist wie ein verkommener Sohn, der seine Familie ruiniert. Er hat die in der Zeit Stalins angelegten Getreidevorräte verzehrt und dem Sowjetvolk das Leben ungemein erschwert. Er verfälscht und verletzt das sozialistische Verteilungsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, wodurch er es möglich gemacht hat, daß eine verschwindende Zahl von Leuten den breiten Massen des Sowjetvolkes die Früchte ihrer Arbeit entreißt. Auch von dieser Seite betrachtet, führt der Weg, den Chruschtschow geht, statt zum Kommunismus, in entgegengesetzte Richtung.

Die Entwicklung zum Kommunismus ist eine Entwicklung zur Hebung des kommunistischen Bewußtseins der Volksmassen. Es ist unvorstellbar, daß es eine kommunistische Gesellschaft geben soll, die von bürgerlicher Ideologie überschwemmt ist. Chruschtschow ist eifrig dabei, in der Sowjetunion die bürgerliche Ideologie zu restaurieren, und wirkt als Prediger der dekadenten Kultur der USA. Mit seiner eifrigen Propaganda für das materielle Interesse macht er alle Beziehungen zwischen den Menschen zu Geldbeziehungen, fördert Individualismus und Egoismus. Er hat es dazu gebracht, daß die körperliche Arbeit wieder als eine niedrige Sache, die Genußsucht aber, die sich auf Kosten der Arbeit anderer befriedigt, als eine ehrenvolle Sache betrachtet wird. Die Moral und die Sitten der Gesellschaft, die Chruschtschow anstrebt, sind vom Kommunismus weiter entfernt als der Mond von der Erde.

Die Entwicklung zum Kommunismus ist eine Entwicklung zum Absterben des Staates. Es ist unvorstellbar, daß es eine kommunistische Gesellschaft geben soll, in der noch eine Staatsmaschine zur Unterdrückung des Volkes vorhanden ist. Der Staat der Diktatur des Proletariats ist kein Staat mehr im

eigentlichen Sinne, weil er keine Maschine zur Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit der Volksmassen durch die Minderheit der Ausbeuter, sondern eine Maschine ist, die der überwiegenden Mehrheit der Volksmassen die Demokratie gewährleistet und nur gegenüber der verschwindenden Minderheit der Ausbeuter eine Diktatur darstellt. Chruschtschow ändert das Wesen der sowjetischen Staatsmacht als einer Diktatur des Proletariats und verwandelt sie zurück in ein Instrument, mit dessen Hilfe eine winzige privilegierte Bourgeois-Schicht die Diktatur über die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz der Sowjetunion ausübt. Heute verstärkt Chruschtschow die Staatsmaschinerie seiner diktatorischen Herrschaft und forciert die Unterdrückung des Sowjetvolkes. Unter solchen Umständen redet er noch von Kommunismus — welche Ironie!

Stellt man das den Grundsätzen des wissenschaftlichen Kommunismus gegenüber, dann kann man unschwer konstatieren: Die revisionistische Chruschtschow-Clique drängt in jeder Hinsicht die Sowjetunion vom Weg des Sozialismus ab und stößt sie auf den Weg des Kapitalismus. Deshalb rückt in der Sowjetunion das Ziel des Kommunismus „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ nicht näher, sondern in eine immer weitere Ferne.

Hinter dem Aushängeschild des „Kommunismus“ verbirgt Chruschtschow seine niederträchtigen Absichten. Er benützt dieses Schild, um das Sowjetvolk zu betrügen und die Restaurierung des Kapitalismus zu verdecken. Er benützt es auch, um das internationale Proletariat und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt zu täuschen und am proletarischen Internationalismus Verrat zu üben. Die Chruschtschow-Clique entzieht sich, getarnt durch dieses Schild, ihrer proletarisch-internationalistischen Pflicht und strebt danach, gemeinsam mit dem USA-Imperialismus die Welt aufzuteilen. Darüber hinaus will sie ihren eigensüchtigen Interessen die sozialistischen Bruderländer unterwerfen, verbietet ihnen, gegen den Imperialismus zu kämpfen und die Revolution der unterdrück-

ten Völker und geknechteten Nationen zu unterstützen, fordert von ihnen, daß sie in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht ihren Befehlen gehorchen, was in Wirklichkeit bedeutet, sie in abhängige Länder und Kolonien der Chruschtschow-Clique zu verwandeln. Die Chruschtschow-Clique fordert auch, daß sich ihren eigennützigen Interessen die unterdrückten Völker und geknechteten Nationen unterwerfen, daß diese ihren revolutionären Kampf aufgeben, daß sie den Traum der Chruschtschow-Clique, gemeinsam mit dem Imperialismus die Welt aufzuteilen, nicht stören, daß sie sich mit der Knechtung und Unterdrückung durch den Imperialismus und seine Lakaien abfinden.

Kurz gesagt, die von Chruschtschow ausgegebene Losung, daß in der Sowjetunion „der Kommunismus innerhalb von 20 Jahren im wesentlichen aufgebaut sein wird“, ist nicht nur heuchlerisch, sondern auch reaktionär.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique erklärt: Die Chinesen „haben sogar das Recht unserer Partei, unseres Volkes, den Kommunismus aufzubauen, in Zweifel gezogen“. ¹ Dieser Trick, mit dem das Sowjetvolk betrogen und in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk ein Keil getrieben werden soll, ist äußerst plump. Wir haben niemals bezweifelt, daß das große Sowjetvolk eines Tages in die kommunistische Gesellschaft eintreten wird. Heute jedoch macht die revisionistische Chruschtschow-Clique die sozialistischen Errungenschaften des Sowjetvolkes zunichte und beraubt dieses des Rechtes, zum Kommunismus vorwärtzuschreiten. Unter diesen Umständen steht das Sowjetvolk nicht vor der Frage, wie es den Kommunismus aufbauen soll, sondern vor der Frage, wie es gegen die Restaurierung des Kapitalismus durch Chruschtschow kämpfen und diese verhindern soll.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique behauptet auch: „Unter Hinweis darauf, daß unsere Partei den Kampf um ein

¹ M. A. Suslow, Bericht auf der Plenartagung des ZK der KPdSU im Februar 1964

besseres Leben für das Volk als ihre Aufgabe verkündet, spielen die Führer der KPCh auf irgendeine ‚Verbürgerlichung‘ und ‚Entartung‘ der Sowjetgesellschaft an.“ ¹ Das ist ein albern und armseliger Trick, um die Unzufriedenheit des Sowjetvolkes auf ein anderes Gleis zu schieben. Wir wünschen dem Sowjetvolk von ganzem Herzen, daß es ihm von Tag zu Tag besser gehen möge. Die hochtrabenden Redensarten Chruschtschows über die „Sorge um das Wohl des Volkes“, ein „besseres Leben für jedermann“ usw. sind durch und durch heuchlerisch und verlogen. Die breiten Massen des Sowjetvolkes haben durch Chruschtschow schon genug Leid erfahren. Wonach die Chruschtschow-Clique trachtet, ist lediglich ein „besseres Leben“ für die Angehörigen der privilegierten Schicht, der alten und der neuen bürgerlichen Elemente der Sowjetunion. Diese Leute berauben das Sowjetvolk der Früchte seiner Arbeit und führen das Herrenleben von Bourgeois. Sie sind wirklich vollends verbürgerlicht.

Dem Wesen nach ist der „Kommunismus“ Chruschtschows eine Spielart des bürgerlichen Sozialismus. Er betrachtet den Kommunismus nicht als eine Gesellschaft, in der die Klassen und die Klassenunterschiede restlos beseitigt sind, sondern als eine „allen zugängliche Schüssel, die mit den Produkten der manuellen und geistigen Arbeit überreichlich angefüllt ist“. ² Er bezeichnet den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen „ordentlichen Teller Gulasch“. Im Kopf Chruschtschows ist auch nicht die geringste Spur vom wissenschaftlichen Kommunismus mehr zu finden; sein Ideal ist bloß eine bürgerliche Spießergesellschaft.

Das Urbild seines „Kommunismus“ findet Chruschtschow in den USA. Die Nachäffung der kapitalistischen Verwaltungs-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion, 14. Juli 1963

² Chruschtschows Rede im österreichischen Rundfunk und Fernsehen, 7. Juli 1960

methoden und der bürgerlichen Lebensweise der USA erhebt er in den Rang der Staatspolitik. Er sagt, daß er den Erfolgen der USA „höchste Wertschätzung“ entgegenbringt, sich „über diese Erfolge freut, manchmal auf sie neidisch ist“.¹ Er lobpreist überschwänglich einen Brief von R. Garst, dem Besitzer einer großen amerikanischen Farm, in welchem für das kapitalistische System Reklame gemacht wird,² und betrachtet diesen Brief praktisch als sein Landwirtschaftsprogramm. Er will von den USA nicht nur auf dem Gebiet der Landwirtschaft, sondern auch auf dem der Industrie lernen, insbesondere will er das Profitprinzip der kapitalistischen Unternehmen der USA übernehmen. Er bewundert sehr die amerikanische Lebensweise und behauptet, daß es dem amerikanischen Volk, das unter dem Joch der Herrschaft des Monopolkapitals lebt, „nicht schlecht geht“.³ Er rechnet überdies mit Krediten von den Imperialisten der USA für den Aufbau des „Kommunismus“. Als Chruschtschow in den USA weilte und während seines Besuchs in Ungarn hat er wiederholt gesagt: „Ich bin bereit, sogar beim Teufel Kredite zu nehmen.“

Daraus ist ersichtlich, daß der „Kommunismus“ Chruschtschows nichts anderes ist als ein „Gulasch-Kommunismus“, als ein „Kommunismus der amerikanischen Lebensweise“, als ein „Kommunismus mit Teufelskrediten“. Kein Wunder, daß Chruschtschow den Repräsentanten der westlichen Monopolbourgeoisie oft sagt, sie würden, wenn der „Kommunismus“ seiner Prägung errichtet sein werde, auch „ohne meinen Appell zum Kommunismus schreiten.“⁴

¹ N. S. Chruschtschow, Interview mit den Führern des USA-Kongresses und den Mitgliedern des Komitees für auswärtige Beziehungen beim Senat der USA, 16. September 1959

² N. S. Chruschtschow, Rede auf der Plenartagung des ZK der KPdSU im Februar 1964

³ N. S. Chruschtschow, Gespräch bei einer Zusammenkunft mit Geschäftsleuten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der USA, 24. September 1959

⁴ N. S. Chruschtschow, Gespräch bei einer Zusammenkunft mit französischen Parlamentariern am 25. März 1960

Ein „Kommunismus“ solcher Art ist nichts Neues: Er ist nur ein anderer Name für den Kapitalismus. Ein „Kommunismus“ solcher Art ist nur ein Etikett, ein Aushängeschild, ein Reklameplakat der Bourgeoisie. Lenin verspottete die alten revisionistischen Parteien, die den Marxismus als Deckmantel benützten, und sagte: „Wo unter den Arbeitern der Marxismus populär ist, dort wird . . . diese „bürgerliche Arbeiterpartei“ auf den Namen Marx schwören. Man kann ihnen das nicht verbieten, wie man einer Handelsfirma nicht verbieten kann, ein beliebiges Etikett, ein beliebiges Aushängeschild, eine beliebige Reklame zu benutzen.“¹

Es ist deswegen sehr leicht zu verstehen, warum der „Kommunismus“ Chruschtschows vom Imperialismus, von der Monopolbourgeoisie so hochgeschätzt wird. Der amerikanische Außenminister Rusk erklärte: „... in dem Maße, als Gulasch, ein zweites Paar Hosen und andere derartige Fragen in der Sowjetunion immer wichtiger werden, macht sich meiner Ansicht nach auf dem derzeitigen Schauplatz ein mäßiger Einfluß geltend.“² Und der englische Premierminister Douglas-Home erklärte: „Mr. Chruschtschow sagte, daß der Kommunismus russischer Marke Erziehung und Gulasch an die erste Stelle setzt. Das ist gut so. Gulasch-Kommunismus ist besser als Kriegs-Kommunismus, und es freut mich, daß unsere Auffassung, fette und komfortliebende Kommunisten seien besser als magere und hungrige Kommunisten, bestätigt wurde.“³

Der Revisionismus Chruschtschows entspricht voll und ganz den Bedürfnissen der Politik der „friedlichen Evolution“, die der USA-Imperialismus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern gegenüber betreibt. Dulles hat seinerzeit gesagt: „... es gibt Anzeichen dafür, daß in der Sowjetunion Kräfte existieren, die einen größeren Liberalismus anstreben;

¹ Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Werke, Bd. 23

² Dean Rusk, Fernseh-Interview mit der British Broadcasting Corporation am 10. Mai 1964

³ A. Douglas-Home, Rede in Norwich, England, 6. April 1964

wenn diese Kräfte standhalten, dann werden sie eine grundlegende Veränderung in der Sowjetunion herbeiführen können.⁴¹ Die Kräfte des Liberalismus, von denen Dulles sprach, sind die kapitalistischen Kräfte, und die grundlegende Veränderung, auf die Dulles seine Hoffnungen setzte, ist die kapitalistische Entartung des Sozialismus. Chruschtschow vollbringt heute die „grundlegende Veränderung“, von der Dulles geträumt hat.

Welch große Hoffnungen setzen doch die Imperialisten auf die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion! Wie froh sind sie darüber!

Wir möchten den Herren Imperialisten raten: Freut euch nicht zu früh! Wie eifrig euch auch die revisionistische Chruschtschow-Clique dienen möge, so könnt ihr dennoch eurem unvermeidlichen Untergang nicht entinnen. Die herrschende Revisionisten-Clique leidet an der gleichen Krankheit wie die herrschenden Kreise des Imperialismus: Sie alle stehen nämlich in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Volksmassen, die über 90% der Bevölkerung ausmachen. Deswegen sind sie alle äußerst schwach und ohnmächtig, sind Papiertiger. Wenn die revisionistische Chruschtschow-Clique wie jener Buddha aus Lehm, der einen Fluß durchwatzen wollte, ihr eigenes Leben nicht verbürgen kann, wie soll sie dann dem Imperialismus ein langes Leben garantieren?

DIE HISTORISCHEN LEHREN DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Der Revisionismus Chruschtschows hat der kommunistischen Weltbewegung schweren Schaden zugefügt, gleichzeitig aber den Marxisten-Leninisten und den revolutionären Volksmassen der ganzen Welt von der negativen Seite her eine Lektion erteilt.

⁴¹ J. F. Dulles, auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1956

Wenn die große Oktoberrevolution den Marxisten-Leninisten aller Länder ungemein wichtige positive Erfahrungen zur Verfügung gestellt und dem Proletariat den Weg zur Machtergreifung gebahnt hat, so hat der Revisionismus Chruschtschows äußerst wichtige negative Erfahrungen geliefert, aus denen die Marxisten-Leninisten aller Länder die Lehre ziehen können, wie die Entartung der proletarischen Parteien und der sozialistischen Länder zu verhindern ist.

Alle Revolutionen in der Weltgeschichte haben Rückschläge erlebt und sich zickzackförmig entwickelt. Lenin sagte: „Nimmt man aber das Wesen der Frage — ist es denn jemals in der Geschichte vorgekommen, daß eine neue Produktionsweise mit einem Schläge Fuß gefaßt hätte, ohne eine lange Reihe von Mißerfolgen, Fehlern, Rückschlägen?“⁴¹

Betrachtet man den ersten heldenhaften Versuch des Proletariats zur Zeit der Pariser Kommune im Jahre 1871, die Macht zu ergreifen, als den Anfang der Geschichte der Revolution des Weltproletariats, so ist noch kein ganzes Jahrhundert seither vergangen; und seit der Oktoberrevolution sind noch keine fünfzig Jahre verflossen. Die proletarische Revolution löst den Kapitalismus durch den Sozialismus ab, ersetzt das System des Privateigentums durch das des Gemeineigentums, vernichtet von Grund auf das Ausbeutungssystem und die Ausbeuterklasse; diese Revolution ist daher die größte in der Geschichte der Menschheit. Natürlich muß solch eine welterschütternde Revolution erst recht ernste und heftige Klassenkämpfe mit sich bringen und unvermeidlich ein langwieriger Prozeß mit Rückschlägen und Zickzackwegen sein.

Die Geschichte kennt Beispiele, da die proletarische Staatsmacht mit Waffengewalt von der Bourgeoisie niedergeworfen wurde. Solches widerfuhr der Pariser Kommune und der Ungarischen Räterepublik von 1919. In jüngster Zeit kam es 1956 in Ungarn zu einem konterrevolutionären Putsch, der die proletarische Staatsmacht beinahe zu Fall gebracht hätte. Diese

⁴¹ Lenin, „Die große Initiative“, Werke, Bd. 39

Form der Wiederherstellung des Kapitalismus ist leichter zu erkennen, auf sie richtet sich eher die Aufmerksamkeit, ihr gegenüber ist man wachsamer.

Es gibt jedoch eine andere Form der Wiederherstellung des Kapitalismus, die, da sie nicht leicht zu erkennen ist und man sie oft nicht beachtet oder es ihr gegenüber an Wachsamkeit fehlen läßt, eine noch größere Gefahr in sich birgt. Diese Form äußert sich darin, daß ein Land der Diktatur des Proletariats, in welchem die Partei- und Staatsführung entartet ist, auf den Weg des Revisionismus, den Weg der sogenannten „friedlichen Evolution“ gerät. Die revisionistische Tito-Clique, die Jugoslawien aus einem sozialistischen Land in ein kapitalistisches entarten ließ, hat uns schon längst eine solche Lektion erteilt. Aber die Lehre, die uns Jugoslawien gibt, genügt allein noch nicht, um die gebührende Aufmerksamkeit der Menschen zu wecken. Manche könnten sagen, was dort geschehen ist, sei nur ein Zufall.

Jetzt ist aber in der Heimat der großen Oktoberrevolution, in der Sowjetunion, die schon auf eine jahrzehntelange Geschichte des sozialistischen Aufbaus zurückblickt, die ernste Gefahr einer Wiederherstellung des Kapitalismus heraufbeschworen worden, nachdem die revisionistische Chruschtschow-Clique die Führung in Partei und Staat an sich gerissen hatte. Diese Tatsache hat allen sozialistischen Ländern, einschließlich Chinas, allen kommunistischen und Arbeiterparteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Chinas, die Sturmglöcke geläutet. Durch diese Tatsache müssen die Menschen überaus hellhörig werden, müssen die Marxisten-Leninisten und die revolutionären Volksmassen der Welt sich ernste Gedanken machen und sehr auf der Hut sein.

Das Auftreten des Revisionismus Chruschtschows ist eine schlechte Sache; doch ist es auch eine gute Sache. Die Länder, in denen der Sozialismus bereits gesiegt hat, und die Länder, die den Weg des Sozialismus beschreiten werden, brauchen nur die Lehre aus der von der revisionistischen Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion durchgeführten „fried-

lichen Evolution“ gründlich zu studieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um nicht nur bewaffnete Angriffe der Feinde abschlagen, sondern auch eine „friedliche Evolution“ verhüten zu können. Somit wird der Sieg der Weltrevolution des Proletariats noch sicherer.

Unsere Kommunistische Partei Chinas hat bereits eine Geschichte von 43 Jahren hinter sich. Im langjährigen revolutionären Kampf hat unsere Partei sowohl die Fehler des rechten Opportunismus wie die Fehler des „linken“ Opportunismus bekämpft und die marxistisch-leninistische Führung durch das von Genossen Mao Tse-tung geleitete Zentralkomitee der Partei geschaffen. Genosse Mao Tse-tung hat die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in China aufs engste verbunden und das chinesische Volk von Sieg zu Sieg geführt. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und Genosse Mao Tse-tung haben uns in der Theorie, in der Politik, in der Organisation und in der konkreten Arbeit gelehrt, wie wir den Kampf gegen den Revisionismus und zur Verhinderung einer Restauration des Kapitalismus beharrlich führen müssen. Das chinesische Volk hat lange Jahre bewaffneter revolutionärer Kämpfe hinter sich und besitzt ruhmreiche revolutionäre Traditionen. Die Volksbefreiungsarmee Chinas ist eine mit den Ideen Mao Tse-tungs ausgerüstete Armee, ist Fleisch vom Fleische des Volkes. Die zahlreichen Kader der Kommunistischen Partei Chinas wurden in den Bewegungen zur Berichtigung des Arbeitsstils und in heftigen Klassenkämpfen erzogen und gestählt. Das alles macht es sehr schwer, daß der Kapitalismus in China wiederhergestellt wird.

Jedoch sollten wir uns einmal umsehen, ob alles in unserer gegenwärtigen Gesellschaft wirklich so sauber ist. Nein, es ist nicht alles so sauber. Es gibt noch Klassen und Klassenkämpfe, eine Verschwörertätigkeit der gestürzten reaktionären Klassen zur Wiederherstellung ihrer Macht, Spekulationsge-

schäfte treibende alte und neue bürgerliche Elemente, zügellose Vorstöße von korrupten Individuen, von Defraudanten und Entarteten. In Einzelfällen sind auch an der Basis Entartungserscheinungen aufgetreten, wobei die entarteten Elemente nach Kräften versuchen, in höher stehenden Führungsorganen ihre Beschützer und Agenten zu finden. Diesen Erscheinungen gegenüber dürfen wir nicht die geringste Nachlässigkeit zulassen, sondern müssen wir die erforderliche Wachsamkeit an den Tag legen.

In den sozialistischen Ländern ist der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus, der Kampf zwischen den kapitalistischen Kräften, die ihre Restauration anstreben, und denjenigen, die eine Wiederherstellung des Kapitalismus nicht zulassen wollen, unausbleiblich. Man kann jedoch absolut nicht sagen, daß die Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern, daß deren Entartung zu kapitalistischen unausbleiblich wäre. Wenn wir nur eine richtige Führung haben, diese Frage richtig erkennen, an der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus festhalten, die richtigen Maßnahmen ergreifen und in einem Kampf auf lange Sicht ausharren, dann werden wir imstande sein, die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern. Der Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus kann zu einer Triebkraft der gesellschaftlichen Vorwärtsentwicklung werden.

Wie kann man die Wiederherstellung des Kapitalismus vermeiden? Genosse Mao Tse-tung hat, gestützt auf die Grundthesen des Marxismus-Leninismus, die praktischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats in China verallgemeinert, die positiven und negativen internationalen Erfahrungen, vor allem die der Sowjetunion, studiert und daraufhin eine Reihe von theoretischen Leitsätzen und politischen Richtlinien zu dieser Frage ausgearbeitet und in ein System gefaßt, wodurch die Lehre des Marxismus-Leninismus von der Diktatur des Proletariats bereichert und weiterentwickelt wurde.

Der Hauptinhalt der diesbezüglichen theoretischen Leitsätze und politischen Richtlinien von Genossen Mao Tse-tung ist folgender:

1. Bei der Untersuchung der sozialistischen Gesellschaft muß man das marxistisch-leninistische Gesetz der Einheit der Gegensätze anwenden. Das Gesetz der den Dingen innewohnenden Widersprüche, d. h. das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das Grundgesetz der materialistischen Dialektik. Dieses Gesetz gilt überall in der Natur, in der menschlichen Gesellschaft und im Denken des Menschen. Die Einheit und der Kampf der Gegensätze ist das, was die Bewegung und Veränderung aller Dinge bewirkt. Darin bildet auch die sozialistische Gesellschaft keine Ausnahme. In der sozialistischen Gesellschaft sind zwei Arten von gesellschaftlichen Widersprüchen vorhanden: Widersprüche im Volke und Widersprüche zwischen uns und dem Feind. Diese beiden Arten von gesellschaftlichen Widersprüchen sind ihrer Natur nach grundverschieden, daher müssen sie auch mit verschiedenen Methoden behandelt werden. Werden sie richtig gelöst, dann wird die Diktatur des Proletariats mit jedem Tag fester, dann konsolidiert und entwickelt sich die sozialistische Gesellschaft immer mehr. Viele Leute bekennen sich zwar zum Gesetz der Einheit der Gegensätze, sind aber nicht imstande, es bei der Untersuchung und Lösung der Fragen der sozialistischen Gesellschaft anzuwenden. Sie geben nicht zu, daß es in der sozialistischen Gesellschaft Widersprüche gibt, gestehen nicht ein, daß in der sozialistischen Gesellschaft außer den Widersprüchen zwischen uns und dem Feind auch Widersprüche im Volke vorhanden sind, verstehen es nicht, diese zwei Arten gesellschaftlicher Widersprüche richtig voneinander zu unterscheiden und richtig zu lösen, sind folglich auch nicht imstande, die Frage der Diktatur des Proletariats richtig zu lösen.

2. Die sozialistische Gesellschaft erstreckt sich über eine sehr lange historische Etappe. In der sozialistischen Gesellschaft bestehen noch Klassen und Klassenkampf, gibt es einen Kampf zwischen den zwei Wegen, zwischen dem des Sozia-

lismus und dem des Kapitalismus. Es genügt nicht, wenn die sozialistische Revolution einzig und allein an der wirtschaftlichen Front (hinsichtlich des Eigentums an den Produktionsmitteln) durchgeführt wird, damit ist ihr Sieg noch nicht gefestigt. Auch an der politischen und an der ideologischen Front muß eine gründliche sozialistische Revolution erfolgen. Für die Entscheidung der Frage, wer wen im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf politischem und ideologischem Gebiet besiegen wird, bedarf es eines sehr langen Zeitraums. Mehrere Jahrzehnte reichen dafür nicht aus, hundert Jahre, einige Jahrhunderte werden nötig sein, um die Frage siegreich zu entscheiden. Was die Dauer betrifft, ist es besser, man bereitet sich auf eine längere Zeit vor als auf eine kürzere; was die zu leistende Arbeit betrifft, ist es besser, man macht sich auf eine schwere und nicht auf eine leichte gefaßt. So zu denken und zu handeln ist vorteilhafter, man hat weniger Schaden. Wer das nicht genügend erkennt oder überhaupt nicht versteht, wird ungeheure Fehler begehen. In der historischen Etappe des Sozialismus muß man auf der Diktatur des Proletariats beharren und die sozialistische Revolution zu Ende führen; dann kann man eine Restauration des Kapitalismus verhüten, den Sozialismus aufbauen und die Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus schaffen.

3. Die Diktatur des Proletariats steht unter der Führung der Arbeiterklasse und basiert auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern. Die Diktatur des Proletariats ist eine Diktatur, die von der Arbeiterklasse und dem von ihr geführten Volk gegenüber den reaktionären Klassen und Elementen sowie jenen ausgeübt wird, die der sozialistischen Umgestaltung und dem sozialistischen Aufbau Widerstand entgegensetzen. Dem Volke gegenüber gilt hingegen der demokratische Zentralismus. Diese unsere Demokratie ist die breiteste Demokratie, wie es sie in keinem bürgerlichen Land gibt.

4. In der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus muß man entschieden die Massenlinie einhalten, die Massen kühn mobilisieren und Massenbewegungen großen

Umfangs ins Leben rufen. Die Massenlinie, d. h. „aus den Massen schöpfen und in die Massen tragen“, bildet die grundlegende Linie für alle Tätigkeitsgebiete unserer Partei. Man muß unbedingt in die Mehrheit der Massen Vertrauen setzen, vor allem in die Mehrheit der Arbeiter und Bauern, die die Hauptmassen bilden. In der Arbeit muß man es verstehen, sich mit den Massen zu beraten, darf man sich niemals von den Massen lösen. Jedes Kommandieren oder gönnerhafte Verhalten ist zu bekämpfen. Das chinesische Volk hat im langandauernden revolutionären Kampf die Methode der vollen und freimütigen Meinungsäußerung sowie der großen Debatten entwickelt, die eine der wichtigsten Formen des revolutionären Kampfes ist, eines Kampfes, bei dem man sich auf die Volksmassen stützt, um die Widersprüche im Volk und die Widersprüche zwischen uns und dem Feind zu lösen.

5. Sowohl in der sozialistischen Revolution als auch beim Aufbau des Sozialismus muß die Frage gelöst werden, auf wen man sich stützen, wen man gewinnen und wen bekämpfen soll. Das Proletariat und seine Avantgarde müssen die sozialistische Gesellschaft einer Klassenanalyse unterziehen, sich auf diejenigen Kräfte stützen, die wirklich verlässlich sind und entschlossen den sozialistischen Weg beschreiten, sie müssen alle zu Verbündeten gewinnen, die man nur gewinnen kann, sich mit den Volksmassen zusammenschließen, die mehr als 95% der Bevölkerung ausmachen, um den Feinden des Sozialismus gemeinsam entgegenzutreten. Auch nach der Kollektivierung der Landwirtschaft ist es notwendig, sich in den Dörfern auf die Kleinbauern und auf die untere Schicht der Mittelbauern zu stützen. Nur so kann die Diktatur des Proletariats gefestigt, das Bündnis der Arbeiter und Bauern konsolidiert, können die spontanen Kräfte des Kapitalismus geschlagen und die Positionen des Sozialismus ständig gestärkt und erweitert werden.

6. Überall in den Städten und auf dem Lande ist immer wieder eine Bewegung für die sozialistische Erziehung zu entfalten. In dieser ständigen Bewegung für die Erziehung der

Menschen muß man es verstehen, die revolutionären Klassenkräfte zu organisieren, ihr Klassenbewußtsein zu heben, die Widersprüche im Volke richtig zu lösen und sich mit allen Menschen zusammenzuschließen, mit denen man sich nur verbünden kann. Im Verlauf dieser Bewegung muß man gegen die kapitalistischen und die feudalen Kräfte, die dem Sozialismus feindlich gesinnt sind, gegen die Großgrundbesitzer, die Großbauern, die Konterrevolutionäre und die rechten Elemente der Bourgeoisie, gegen Elemente, die sich korrumpieren lassen, Staatseigentum stehlen oder sonstwie entartet sind, einen harten, entschiedenen Kampf führen, ihre Vorstöße gegen den Sozialismus niederschlagen und die überwiegende Mehrheit dieser Leute zu neuen Menschen umformen.

7. Eine der Grundaufgaben der Diktatur des Proletariats ist es, mit allen Kräften die sozialistische Wirtschaft zu entwickeln. Geleitet von der allgemeinen Richtlinie für die Entwicklung der Volkswirtschaft, wonach die Landwirtschaft die Grundlage und die Industrie die führende Kraft bildet, muß man Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie die Landesverteidigung schrittweise modernisieren. Auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion muß die Lebenshaltung der Volksmassen Schritt für Schritt allgemein verbessert werden.

8. Das Volkseigentum und das Kollektiveigentum sind zwei Eigentumsformen der sozialistischen Wirtschaft. Der Übergang vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum, von zwei Formen des Eigentums zur alleinigen Form des Volkseigentums ist notwendigerweise ein ziemlich langer Entwicklungsprozeß. Das Kollektiveigentum selbst macht auch einen Entwicklungsprozeß durch: von einer niedrigen Stufe zu einer höheren, vom kleinen zum großen. Die Volkskommune, die vom chinesischen Volke geschaffen wurde, ist die angemessene Organisationsform für die Lösung der Frage dieses Übergangs.

9. Die Politik „Laßt hundert Blumen blühen! Laßt hundert Schulen wetteifern!“ ist eine Politik, die das Aufblühen der Künste und den Fortschritt der Wissenschaften fördert,

ist eine Politik, die das Gedeihen der sozialistischen Kultur fördert. Das Erziehungswesen muß der Politik des Proletariats dienen, die Erziehung muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden. Die Werktätigen müssen sich Bildung aneignen, und die Intellektuellen müssen an körperliche Arbeit gewöhnt sein. Unter jenen, die sich mit Wissenschaft, Kultur, Kunst und Erziehung befassen, muß man die proletarische Ideologie aufblühen lassen und die bürgerliche Ideologie ausrotten; das ist ebenfalls ein heftiger Klassenkampf, der lange Zeit beansprucht. Durch die Kulturrevolution, durch die revolutionäre Praxis des Klassenkampfes, des Produktionskampfes und der wissenschaftlichen Experimente wollen wir eine große Armee von Intellektuellen der Arbeiterklasse, die dem Sozialismus dienen und rote Fachleute sind, aufbauen.

10. Das System, nach dem die Funktionäre an der produktiven, manuellen Arbeit des Kollektivs teilnehmen, muß unbedingt beibehalten werden. Die Funktionäre unserer Partei und unseres Staates sind gewöhnliche Arbeitsmenschen und keine Herren, die auf dem Rücken des Volkes reiten. Durch ihre Teilnahme an der produktiven Arbeit des Kollektivs werden die Beziehungen der Funktionäre zu den Arbeitern und Bauern maximal umfassende, kontinuierliche und enge Beziehungen. Im System des Sozialismus ist das eine große Sache von grundlegender Bedeutung. Sie trägt dazu bei, den Bürokratismus zu überwinden und das Aufkommen des Revisionismus und des Dogmatismus zu verhindern.

11. Ein System, bei dem eine kleine Zahl von Leuten hohe Gehälter bezieht, darf auf keinen Fall errichtet werden. Vielmehr sollte die Spanne zwischen dem Einkommen der Funktionäre der Partei, des Staates, der Betriebe und der Volkskommunen einerseits und dem der Volksmassen andererseits Schritt für Schritt auf rationelle Weise verkleinert und keineswegs vergrößert werden. Es muß verhindert werden, daß Funktionäre ihre Stellung mißbrauchen, um irgendwelche Privilegien zu genießen.

12. Die Volksstreitkräfte der sozialistischen Länder müssen immer unter der Kontrolle der proletarischen Partei und der Volksmassen stehen, müssen immer die ruhmreichen Traditionen der Volksarmee hochhalten, die Einheit zwischen Armee und Volk, die Einheit zwischen Offizieren und Soldaten wahren. Man muß sich an das System halten, wonach die Offiziere regelmäßig als einfache Soldaten Dienst machen. Man muß die militärische Demokratie, die politische Demokratie und die wirtschaftliche Demokratie praktizieren. Gleichzeitig muß überall die Miliz organisiert und ausgebildet, muß die allgemeine Volksbewaffnung durchgeführt werden. Die Waffen müssen stets in den Händen der Partei und des Volkes verbleiben, sie dürfen niemals zu einem persönlichen Instrument von Karrieristen werden.

13. Die Sicherheitsorgane des Volkes müssen dauernd von der Partei des Proletariats geführt werden und der Kontrolle der Volksmassen unterstehen. Bei der Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus und der Interessen des Volkes ist die Richtlinie einzuhalten: Man muß sich sowohl auf die breiten Volksmassen wie auf die zuständigen Organe stützen, darf keinen Übeltäter entkommen lassen und keinen Unschuldigen verfolgen. Konterrevolutionäre müssen unterdrückt werden, sobald sie auftreten, Fehler müssen korrigiert werden, sobald sie entdeckt sind.

14. In der Außenpolitik muß man am proletarischen Internationalismus festhalten, dem Großmacht-Chauvinismus und dem nationalen Egoismus entgegenreten. Das sozialistische Lager ist ein Produkt des Kampfes des internationalen Proletariats, der Werktätigen der ganzen Welt. Das sozialistische Lager gehört nicht nur den Völkern aller sozialistischen Länder, sondern dem Weltproletariat und der ganzen werktätigen Menschheit. Die Kampflosungen „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Nationen, vereinigt euch!“ müssen tatsächlich verwirklicht werden, die antikommunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Politik des Imperialismus und der Reak-

tion aller Länder muß entschieden bekämpft, der revolutionäre Kampf der unterdrückten Klassen und unterdrückten Nationen der Welt muß unterstützt werden. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten müssen auf dem Prinzip der Selbständigkeit und Unabhängigkeit beruhen, auf dem Prinzip der vollständigen Gleichberechtigung und auf dem der gegenseitigen proletarisch-internationalistischen Hilfe und Unterstützung. Jedes sozialistische Land muß sich beim Aufbau hauptsächlich auf seine eigene Kraft stützen. Wenn ein sozialistischer Staat in seiner Außenpolitik national-egoistisch vorgeht, oder sogar darauf versessen ist, gemeinsam mit dem Imperialismus die Welt aufzuteilen, so ist das Entartung, ist das Verrat am proletarischen Internationalismus.

15. Die kommunistische Partei muß als Vorhut des Proletariats ebenso lange bestehen wie die Diktatur des Proletariats. Die kommunistische Partei ist die höchste Organisationsform des Proletariats. Die führende Rolle des Proletariats kommt darin zum Ausdruck, daß die kommunistische Partei die Führung innehat. Auf allen Gebieten muß die Führung durch die Parteikomitees zum System gemacht werden. In der Periode der Diktatur des Proletariats muß die proletarische Partei engste Verbindung mit den breiten Massen des Proletariats und den übrigen Werktätigen halten und diese Verbindung ausbauen, ihren lebendigen revolutionären Stil wahren und entwickeln, an dem Grundsatz festhalten, wonach die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis im eigenen Lande zu integrieren ist, muß sie beharrlich den Kampf gegen den Revisionismus, gegen den Dogmatismus und gegen jeglichen Opportunismus führen.

Auf Grund der historischen Lehren der Diktatur des Proletariats wies Genosse Mao Tse-tung darauf hin: „Der Klassenkampf, der Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren — das sind die drei großen revolutionären Bewegungen für den Aufbau eines mächtigen sozialistischen Landes; sie sind eine zuverlässige Gewähr, daß die Kommunisten imstande sind, den Bürokratismus auszumerzen, den

Revisionismus und den Dogmatismus zu vermeiden und immer unbesiegt zu sein; sie geben eine sichere Garantie, daß sich das Proletariat mit den breiten Massen der Werktätigen zusammenschließen und die demokratische Diktatur verwirklichen kann. Andernfalls werden Großgrundbesitzer, Großbauern, Konterrevolutionäre, Schädlinge und andere Bösewichter überall hervorkriechen, und unsere Kader werden durch die Finger schauen, oft sogar keine Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen, sich mit dem Feind zusammentun, von ihm korumpiert, zersetzt und demoralisiert werden, und wenn dann unsere Funktionäre ins feindliche Lager hineingezogen sein und sich die Feinde in unsere Reihen eingeschlichen haben werden, ja sogar viele Arbeiter, Bauern und Intellektuelle der bald sanften, bald harten Taktik des Feindes erliegen werden, dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit — in einigen Jahren oder in einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten — die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln, und ganz China wird die Farbe wechseln.¹

Genosse Mao Tse-tung stellte fest: Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und ausbilden.

Im Grunde genommen, handelt es sich bei der Frage der Heranbildung von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats darum, ob es Nachfolger gibt, die die von der älteren Generation der proletarischen Revolutionäre begonnene revolutionäre Sache des Marxismus-Leninismus fortsetzen werden, ob die Führung unserer Partei und unseres Staates auch weiterhin in der Hand proletarischer Revolutionäre liegen, ob

¹ Mao Tse-tung, Anmerkung zu „Sieben gut geschriebene Dokumente aus der Provinz Tschekiang zur Teilnahme der Kader an der manuellen Arbeit“, 9. Mai 1963

unsere Nachkommen und die nächsten Generationen auch weiterhin auf dem richtigen Weg des Marxismus-Leninismus vorwärtsschreiten können, also ob wir in der Lage sind, eine Wiederholung des Chruschtschow-Revisionismus in China wirksam zu verhüten. Kurz, das ist eine äußerst wichtige Frage, eine Schicksalsfrage unserer Partei und unseres Landes, eine Frage auf Leben oder Tod. Für die revolutionäre Sache des Proletariats ist das eine Frage von fundamentaler Bedeutung für Jahrhunderte, Jahrtausende, für Zehntausende Jahre. Auf Grund der in der Sowjetunion vor sich gegangenen Veränderungen hegen die imperialistischen Propheten die Hoffnung auf eine „friedliche Evolution“ der chinesischen Partei in der dritten oder vierten Generation. Wir werden die Prophezeiung der Imperialisten zuschanden machen. Wir werden von oben nach unten, überall und ständig unsere Aufmerksamkeit auf die Erziehung und Ausbildung der Nachfolger der revolutionären Sache lenken.

Welche Eigenschaften müssen Nachfolger der revolutionären Sache des Proletariats haben?

Sie müssen wahre Marxisten-Leninisten sein, nicht aber Revisionisten wie Chruschtschow, der den Marxismus-Leninismus nur als Aushängeschild benützt.

Sie müssen Revolutionäre sein, die aus ganzem Herzen und mit bestem Willen der überwältigenden Mehrheit der Volksmassen in China und in der Welt dienen wollen, nicht aber Leute wie Chruschtschow, der im eigenen Land den Interessen einer hauchdünnen privilegierten Bourgeois-Schicht und im internationalen Maßstab den Interessen der Imperialisten und Reaktionäre dient.

Sie müssen proletarische Politiker sein, die sich mit der erdrückenden Mehrheit der Menschen zur gemeinsamen Arbeit zusammenschließen können. Sie dürfen sich nicht nur mit denjenigen vereinigen, die dieselbe Meinung wie sie haben, sondern müssen es auch verstehen, mit jenen zusammenzugehen, mit denen sie Meinungsverschiedenheiten haben. Darüber hinaus müssen sie auch fähig sein, sich mit solchen Men-

schen zusammenzuschließen, die gegen sie aufgetreten waren, deren Fehler aber durch die Praxis bewiesen wurden. Dabei muß man jedoch äußerst wachsam gegenüber Karrieristen und Verschwörern wie Chruschtschow sein und verhüten, daß Halunken dieser Art auf verschiedenen Ebenen die Führung in Partei und Staat an sich reißen.

Sie müssen vorbildlich bei der Verwirklichung des demokratischen Zentralismus in der Partei sein, die Führungsmethode „Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen“ meistern und sich den demokratischen Arbeitsstil aneignen, indem sie es verstehen lernen, auf die Meinung der Massen zu hören. Sie dürfen nicht wie Chruschtschow den demokratischen Zentralismus in der Partei untergraben, sich selbstherrlich benehmen, mir nichts, dir nichts über Genossen herfallen, willkürlich vorgehen und eine persönliche Diktatur aufrichten.

Sie müssen bescheiden und umsichtig sein, dürfen nicht überheblich und jähzornig werden. Sie müssen Selbstkritik üben können und den Mut haben, Mängel und Irrtümer in der eigenen Arbeit zu berichtigen. Sie dürfen auf keinen Fall wie Chruschtschow die eigenen Sünden verdecken, alle Verdienste für sich in Anspruch nehmen und alle Fehler anderen in die Schuhe schieben.

Die Nachfolger der revolutionären Sache des Proletariats gehen aus den Kämpfen der Massen hervor, im revolutionären Sturm stählen sie sich und wachsen sie. In den langjährigen Kämpfen der Massen muß man die Funktionäre prüfen und kennenlernen und dabei Nachfolger auswählen und ausbilden.

Durch alle obigen von Genossen Mao Tse-tung aufgestellten Prinzipien wurde der Marxismus-Leninismus schöpferisch entwickelt und die Schatzkammer der marxistisch-leninistischen Theorie um neue Waffen bereichert. Diese Waffen zur Verhinderung einer Wiederherstellung des Kapitalismus sind für uns von entscheidender Bedeutung. Wenn wir nach diesen Prinzipien handeln, werden wir imstande sein, die Diktatur des Proletariats zu festigen, werden unsere Partei und unser Staat nie die Farbe wechseln, können wir die sozialistische

Revolution und den sozialistischen Aufbau siegreich durchführen, die revolutionäre Bewegung aller Völker zur Niederschlagung der Imperialisten und deren Lakaien unterstützen und den künftigen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus gewährleisten.

* * *

Gegenüber der in der Sowjetunion hervorgetretenen revisionistischen Chruschtschow-Clique ist unsere Haltung als Marxisten-Leninisten die gleiche wie gegenüber jeglichem „Aufruhr“: Erstens sind wir dagegen, zweitens fürchten wir uns nicht.

Wir wollten es nicht und waren dagegen, doch ist die revisionistische Chruschtschow-Clique nun einmal da. Das ist aber nichts Schreckliches und nichts Alarmierendes. Die Erde dreht sich nach wie vor, die Geschichte geht weiter, die Völker der ganzen Welt beharren auf der Revolution, der Imperialismus und seine Helfershelfer bleiben zum Untergang verurteilt.

Die historischen Verdienste des großen Sowjetvolkes werden auf ewige Zeiten leuchten und trotz dem Verrat der revisionistischen Chruschtschow-Clique ihren Glanz nicht einbüßen. Die breiten Massen der sowjetischen Arbeiter, Bauern und revolutionären Intellektuellen sowie der sowjetischen Kommunisten werden letzten Endes über alle Hindernisse hinweg zum Kommunismus vorwärtsschreiten.

Das Sowjetvolk, die Völker der sozialistischen Länder und die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt werden aus dem Verrat der revisionistischen Chruschtschow-Clique nützliche Lehren ziehen. Die internationale kommunistische Bewegung ist im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus mächtiger und stärker geworden als je zuvor, und sie wird auch weiterhin erstarken.

Der Zukunft der revolutionären Sache des Proletariats gegenüber nehmen die Marxisten-Leninisten stets eine Haltung

des revolutionären Optimismus ein. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Diktatur des Proletariats, der Sozialismus und der Marxismus-Leninismus ihren Glanz über das Sowjetland ausstrahlen werden. Das Proletariat wird die ganze Welt erobern, der Kommunismus wird auf unserem Planeten den vollen und endgültigen Sieg erringen.

Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist

Leitartikel der Zeitschrift „Hongqi“

(21. November 1964)

Chruschtschow ist von der Bühne abgetreten.

Dieser große Intrigant, der die führenden Positionen in der KPdSU und im Sowjetstaat usurpiert hatte, dieser moderne Revisionist Nr. 1, wurde endlich von der historischen Bühne verjagt.

Das ist eine gute Sache, ja eine sehr gute Sache für die Revolution der Völker in der ganzen Welt.

Der Sturz Chruschtschows ist ein großer Sieg der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, die einen beharrlichen Kampf gegen den Revisionismus führen; zugleich zeugt er vom Bankrott und von einer schweren Niederlage des modernen Revisionismus.

Warum wurde nun Chruschtschow gestürzt? Warum konnte er nicht mehr fortwursteln?

Diese Frage hat unter den verschiedenen politischen Gruppierungen der ganzen Welt die mannigfaltigsten Spekulationen hervorgerufen.

Die Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder, die Opportunisten und Revisionisten jeglicher Schattierung, ganz gleich, ob sie nun mit Chruschtschow sympathisierten oder mit ihm Interessenkonflikte hatten, äußerten ihre jeweilige Ansicht über den überraschenden Sturz dieses scheinbar „starken Mannes“.

Auch die kommunistischen und Arbeiterparteien vieler Länder veröffentlichten zum Sturz Chruschtschows Artikel und Dokumente, in denen sie ihre Ansichten offen bekanntgaben.

Nun wollen wir in diesem Artikel ebenfalls auf die Frage eingehen, warum Chruschtschow gestürzt wurde.

Für die Marxisten-Leninisten bedeutet der Sturz Chruschtschows durchaus nicht etwas Unbegreifliches, sondern im

Gegenteil etwas, was absolut zu erwarten war. Sie haben schon lange ein solches Ende Chruschtschows vorausgesehen.

Man könnte Hunderte oder gar Tausende Verbrechen nennen, die zum Sturz Chruschtschows geführt haben; doch besteht seine wesentlichste Schuld darin, daß er entgegen den vom Marxismus-Leninismus entdeckten historischen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft und gegen den revolutionären Willen des Sowjetvolkes und aller anderen Völker den wahnwitzigen Versuch gemacht hat, den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Ein Stein, der dem Vormarsch des Volkes hinderlich ist, muß aus dem Weg geräumt werden. Und früher oder später wird er vom Volk beseitigt, ob das nun Chruschtschow und seinesgleichen wollen oder nicht. Der Sturz Chruschtschows ist das zwangsläufige Ergebnis des konsequenten Kampfes des Sowjetvolkes und der revolutionären Volksmassen aller Länder der Welt gegen den Revisionismus.

Unsere Epoche ist eine Epoche, da der Weltkapitalismus und Imperialismus zugrunde geht und der Sozialismus und Kommunismus dem Sieg entgegengeht. Diese Epoche hat den Volksmassen eine historische Mission auferlegt, nämlich: bei Berücksichtigung der konkreten Bedingungen jedes einzelnen Landes und mit den eigenen Händen des betreffenden Volkes den vollen Sieg der Weltrevolution des Proletariats schrittweise zu erringen und eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus, ohne Ausbeutung zu schaffen. Das ist die unausbleibliche Tendenz der historischen Entwicklung und die gemeinsame Forderung aller revolutionären Volksmassen. Diese historische Tendenz ist ein objektives Gesetz, das nicht vom Willen der Menschen abhängt, und keine Kraft kann ihm widerstehen. Aber Chruschtschow, dieser Clown auf der zeitgenössischen politischen Bühne, wollte halsstarrig gegen den Strom schwimmen und versuchte vergeblich, das Rad der Geschichte auf den alten Weg des Kapitalismus zurückzudrehen, um die Existenz der untergehenden Ausbeuterklassen und des zusammenbrechenden Ausbeutungssystems zu verlängern.

Chruschtschow klaubte sämtliche antimarxistischen Ansichten aller bisherigen Opportunisten und Revisionisten zusammen und machte daraus eine komplette revisionistische Linie, die Linie der sogenannten „friedlichen Koexistenz“, des „friedlichen Wettbewerbs“, des „friedlichen Übergangs“, des „Staates des ganzen Volkes“ und der „Partei des ganzen Volkes“. Er betrieb dem Imperialismus gegenüber eine Politik der Kapitulation und versuchte mit Hilfe der Theorie der Klassenversöhnung den revolutionären Kampf der Volksmassen aller Länder abzuschaffen beziehungsweise ihm entgegenzutreten; in der internationalen kommunistischen Bewegung betrieb er eine Politik der Spaltung und ersetzte den proletarischen Internationalismus durch den Großmacht-Chauvinismus; im Inland tat er alles, um die Diktatur des Proletariats zu zersetzen, versuchte, das sozialistische System durch die Ideologie, Politik, Wirtschaft und Kultur der Bourgeoisie zu ersetzen, und ging den Weg zur Restauration des Kapitalismus.

Seit elf Jahren hat Chruschtschow unter Mißbrauch des Ansehens der von Lenin und Stalin geführten KPdSU und des ersten sozialistischen Staates, gegen den wahren Willen des Sowjetvolkes, alle Übeltaten begangen, deren er nur fähig war. Fassen wir diese zusammen:

1. Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Personenkult“ überschüttete Chruschtschow den Führer der KPdSU und des Sowjetvolkes Stalin hemmungslos mit den gemeinsten Schimpfworten. Sein Kampf gegen Stalin war ein Kampf gegen den Marxismus-Leninismus. Er machte einen Strich durch all die großen Erfolge, die das Sowjetvolk während der ganzen Führungsperiode Stalins errungen hatte, und verunglimpfte so die Diktatur des Proletariats, das sozialistische System, die große Kommunistische Partei der Sowjetunion, die große Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung. Mit diesem Vorgehen hat Chruschtschow den Imperialisten und den Reaktionären aller Länder die schmutzigste Waffe für ihre antisowjetische und antikommunistische Tätigkeit geliefert.

2. Chruschtschow verstieß offen gegen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 und strebte eine „allseitige Zusammenarbeit“ mit dem amerikanischen Imperialismus an. Er vertrat den absurden Standpunkt, daß die Oberhäupter der Sowjetunion und der USA „das Schicksal der Menschheit entscheiden“, und bezeichnete stets den jeweiligen Häuptling der amerikanischen Imperialisten als einen Mann, der „den aufrichtigen Wunsch nach Frieden“ hege. Er verfiel das eine Mal in Abenteuerium, indem er Raketen nach Kuba sandte, das andere Mal in Kapitulantentum, indem er sich gehorsamst dem Befehl der amerikanischen Piraten beugte und die Raketen und Bomber aus Kuba abzog. Er billigte der amerikanischen Flotte Kontrollrechte zu und ging sogar so weit, hinter dem Rücken der kubanischen Regierung die Souveränität Kubas zu verkaufen, indem er sich damit einverstanden erklärte, daß die von den USA gesteuerte UNO in Kuba „Inspektionen“ durchführe. Durch diese Handlungsweise fügte Chruschtschow dem großen Sowjetvolk eine in den seit der Oktoberrevolution verfloßenen mehr als vierzig Jahren unerhörte Schmach zu.

3. Um den Bedürfnissen der von den amerikanischen Imperialisten betriebenen Atomerpressungspolitik entgegenzukommen und das sozialistische China an der Schaffung seiner nuklearen Verteidigungsmacht zu hindern, schreckte Chruschtschow nicht davor zurück, die Verteidigungskraft der Sowjetunion selbst zu schädigen, machte mit den imperialistischen Ländern USA und Großbritannien gemeinsame Sache und unterzeichnete den sogenannten Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Tatsachen beweisen, daß dieser Vertrag ein großer Betrug ist. Mit dem Abschluß dieses Vertrags verkaufte er skrupellos die Interessen des Sowjetvolkes, die Interessen der Völker der sozialistischen Länder und die Interessen der friedliebenden Völker in aller Welt.

4. Unter dem Deckmantel des sogenannten „friedlichen Übergangs“ versuchte Chruschtschow auf jede erdenkliche

Weise, die revolutionäre Bewegung der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern zu behindern, und er forderte von ihnen, daß sie den sogenannten legalen „parlamentarischen Weg“ gehen. Dieser falsche Kurs lähmte den revolutionären Willen des Proletariats, wirkte ideologisch entwaffnend auf die revolutionären Volksmassen und brachte dadurch in einigen Ländern der revolutionären Sache schwere Rückschläge. Infolge dieses falschen Kurses haben sich die kommunistischen Parteien einiger kapitalistischer Länder in eine neue Spielart sozialdemokratischer Parteien, die jeder Lebenskraft entbehrt, verwandelt und sind zu gehorsamen Werkzeugen der Bourgeoisie degeneriert.

5. Unter dem Deckmantel der „friedlichen Koexistenz“ unternahm Chruschtschow alles, was in seiner Macht stand, um der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzutreten beziehungsweise sie zu sabotieren. Er ging sogar so weit, in Gemeinschaft mit den amerikanischen Imperialisten den revolutionären Kampf unterdrückter Nationen niederzuschlagen. Er wies den sowjetischen Delegierten in der UNO an, seine Stimme für die Entsendung von Aggressionstruppen nach Kongo abzugeben, womit er den amerikanischen Imperialisten bei der Unterdrückung des kongolesischen Volkes half; darüber hinaus stellte er sowjetische Transportmittel für die Entsendung der sogenannten „UNO-Truppen“ nach Kongo zur Verfügung. Er trat faktisch gegen den revolutionären Kampf des algerischen Volkes auf und bezeichnete den nationalen Befreiungskampf Algeriens als eine „interne Angelegenheit“ Frankreichs. Als die amerikanischen Imperialisten die Zwischenfälle im Golf von Bac Bo herbeiführten, nahm er sogar die Haltung eines „Unbeteiligten“ an und zerbrach sich den Kopf darüber, wie er den USA-Provokateuren aus der Patsche helfen und die aggressiven Piraten reinwaschen könnte.

6. Chruschtschow verstieß offen gegen die Erklärung von 1960 und scheute keine Mühe, um die verräterische Tito-Clique zu rehabilitieren. Er bezeichnete Tito, der zu einem Lakaien der amerikanischen Imperialisten herabgesunken war,

als „Marxisten-Leninisten“ und Jugoslawien, das zu einem kapitalistischen Land entartet ist, als ein „sozialistisches Land“. Er proklamierte wiederholt, daß er und die Tito-Clique „ein und dieselbe Ideologie haben, sich von ein und derselben Theorie leiten lassen“. Er versicherte weiter, von dem Renegaten Tito, der die Interessen des jugoslawischen Volkes verkauft und die internationale kommunistische Bewegung unterwühlt, in aller Bescheidenheit lernen zu wollen.

7. Chruschtschow betrachtete das sozialistische Bruderland Albanien als seinen Erzfeind und versuchte auf jede erdenkliche Weise, diesem Staat Schläge zu versetzen und ihn zu unterwühlen. Er hätte Albanien, wenn er nur könnte, am liebsten erwürgt. Er brach brutal alle wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Albanien ab und beraubte es selbstherrlich seiner legitimen Rechte einer Signatarmacht des Warschauer Vertrages und eines Mitglieds des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Er forderte in aller Öffentlichkeit zum Sturz der Partei- und Staatsführung Albanien auf.

8. Chruschtschow hegte einen tödlichen Haß gegen die Kommunistische Partei Chinas, die am Marxismus-Leninismus festhält und beharrlich eine revolutionäre Linie verfolgt; denn die Kommunistische Partei Chinas war für ihn das große Hindernis bei der Durchsetzung seines Revisionismus und Kapitulantentums. Er streute Gerüchte und Verleumdungen über die Kommunistische Partei Chinas und Genossen Mao Tse-tung aus und versuchte mit jeglichen gemeinen und böswärtigen Mitteln, im sozialistischen China einen Umsturz herbeizuführen. Wortbrüchig zerriß er mehrere hundert Verträge und Abkommen und berief einseitig die sowjetischen Spezialisten, mehr als tausend an der Zahl, aus China ab. Er entfesselte Grenzkonflikte zwischen beiden Ländern und ging sogar so weit, in Sinkiang großangelegte subversive Aktionen zu unternehmen. Darüber hinaus unterstützte er die indischen Reaktionäre bei der Entfesselung bewaffneter Angriffe auf das sozialistische China und ermutigte sie zu militärischen

Provokationen gegen China, indem er ihnen in Zusammenarbeit mit den USA militärische Hilfe gewährte.

9. Chruschtschow verletzte offen die Normen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderländern, wobei er sich gegen deren Unabhängigkeit und Souveränität verging und nach Belieben in ihre inneren Angelegenheiten einmischte. Unter dem Vorwand sogenannter „gegenseitiger Wirtschaftshilfe“ opponierte er gegen eine auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit beruhende wirtschaftliche Entwicklung der Bruderländer, zwang diese, sich in Rohstofflieferanten und Absatzmärkte zu verwandeln, und wollte die Industrien der Bruderländer zu Anhängseln machen. Chruschtschow brüstete sich mit all dem, als wären es seine eigenen Theorien und Lehrsätze; er hat aber tatsächlich das in der kapitalistischen Welt herrschende Gesetz des Dschungels in die Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern hineingetragen, wobei er sich den von Monopolgruppen geschaffenen „Gemeinsamen Markt“ zum Vorbild nahm.

10. Chruschtschow verletzte alle Normen für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien, schmiedete Intrigen jeglicher Art und entfaltete eine skrupellose Wühl- und Störtätigkeit gegen die Bruderparteien. Er benützte nicht nur Tagungen des Zentralkomitees und Parteitage der KPdSU sowie Parteitage einiger anderer Bruderparteien zu großangelegten offenen und zügellosen Angriffen gegen Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, sondern bestach auch bedenkenlos entartete Elemente, Renegaten und Abtrünnige in vielen Bruderparteien, damit sie seinen revisionistischen Kurs unterstützen und gegen die Marxisten-Leninisten Repressalien ergreifen, ja diese sogar widerrechtlich aus der Partei ausschließen; so führte er rücksichtslos Spaltungen herbei.

11. Chruschtschow verstieß nach Belieben gegen das Prinzip der Herbeiführung einer Einmütigkeit unter den Bruderparteien durch Konsultationen, gab sich als Führer einer Vater-Partei und beschloß eigenmächtig die widerrechtliche Einbe-

rufung einer internationalen Konferenz der Bruderparteien. In seiner Mitteilung vom 30. Juli 1964 erteilte er den Befehl, am 15. Dezember dieses Jahres eine Sitzung der sogenannten Redaktionskommission von 26 Parteien abzuhalten, die zu einer offenen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung führen würde.

12. Um den Bedürfnissen der Imperialisten und der kapitalistischen Kräfte im eigenen Land Rechnung zu tragen, ergriff Chruschtschow eine Reihe revisionistischer Maßnahmen, die zurück zum Kapitalismus führen. Unter dem Aushängeschild eines „Staates des ganzen Volkes“ beseitigte er die Diktatur des Proletariats; unter dem Aushängeschild einer „Partei des ganzen Volkes“ veränderte er den proletarischen Charakter der KPdSU; er spaltete die Partei in eine „industrielle“ und eine „landwirtschaftliche“ Partei und verstieß damit gegen die marxistisch-leninistischen Prinzipien des Parteaufbaus. Unter dem Vorwand eines „umfassenden Aufbaus des Kommunismus“ tat er alles, um den ersten sozialistischen Staat der Welt, den das Sowjetvolk unter der Führung von Lenin und Stalin mit Blut und Schweiß errichtet hatte, wieder in die alten Bahnen des Kapitalismus zu bringen. Durch sein blindes Herumkommandieren in der Landwirtschaft und Industrie wurde die Volkswirtschaft der Sowjetunion schwer geschädigt und das Leben des Sowjetvolkes ernstlich erschwert.

Alles, was Chruschtschow in den letzten elf Jahren getan hat, zeigt, daß seine Politik darauf hinauslief: sich mit dem Imperialismus zum Kampf gegen den Sozialismus zusammenzuschließen; sich mit den USA zum Kampf gegen China zu verbünden; in Gemeinschaft mit den Reaktionären aller Länder der nationalen Befreiungsbewegung und der Revolution der Volksmassen entgegenzutreten; sich im Bunde mit der Tito-Clique und den Renegaten aller Schattierungen gegen alle marxistisch-leninistischen Bruderparteien und alle antiimperialistischen Revolutionäre zu stellen. Diese Politik Chruschtschows gefährdete die Grundinteressen des Sowjetvolkes,

aller Völker des sozialistischen Lagers und der revolutionären Volksmassen der ganzen Welt.

All das sind die sogenannten „Verdienste“ Chruschtschows.

Die Absetzung einer solchen Figur wie Chruschtschow ist nicht etwa auf sein hohes Alter und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes zurückzuführen, auch nicht allein auf die Fehler in seinen Arbeitsmethoden und seinem Führungsstil, sondern eben nur auf die von ihm befolgte revisionistische Generallinie und auf seine zahlreichen falschen Maßnahmen in der Innen- und Außenpolitik.

Chruschtschow schenkte den Volksmassen überhaupt keine Beachtung und glaubte immer, das Schicksal des Sowjetvolkes könne von ihm nach Belieben gelenkt und die Geschicke aller Völker könnten von den „Chefs“ der beiden Großmächte Sowjetunion und USA nach ihrem Gutdünken entschieden werden. Seiner Ansicht nach sind die Volksmassen nichts als lauter Dummköpfe, während er sich selbst für einen „Helden“ hielt, der Geschichte macht. Er versuchte vergeblich, das Sowjetvolk und die anderen Völker zu zwingen, daß sie vor seinem revisionistischen Kommandostab auf dem Bauch liegen. Dadurch geriet er in jeder Beziehung in einen Gegensatz zum Sowjetvolk, zu den anderen Völkern des sozialistischen Lagers, zum Weltproletariat und zu den revolutionären Volksmassen der ganzen Welt; er wurde vom Volk und sogar von seinen eigenen Gefolgsleuten im Stich gelassen, von den auf ihn einstürmenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten bedrängt, geriet in eine Sackgasse. Er hatte sich selber die Schlinge um den Hals gelegt, das heißt sich sein eigenes Grab geschaufelt.

In der Geschichte hat es viele Clowns gegeben, die vergeblich danach trachteten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Aber alle diese Clowns fanden ein klägliches Ende. Unzählige Tatsachen beweisen, daß, wer die Erfordernisse der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft nicht beachtet, dem Willen des Volkes zuwiderhandelt und so Unheil anrichtet, letzten Endes nur zu einer lächerlichen Nichtigkeit wird, was

für ein „Held“ er auch gewesen sein mochte, wie arrogant und anmaßend er auch aufgetreten war. Solche Leute beginnen damit, anderen zu schaden, und enden damit, sich selbst zugrunde zu richten. Das ist ein Gesetz, dem sie alle unterworfen sind.

Solche „Persönlichkeiten“ in der Periode der Ersten Internationale wie Bakunin und seinesgleichen waren antimarxistische „Helden“, die sich eine Zeitlang arrogant aufführen konnten. Doch wenig später endeten sie auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die antimarxistischen „Größen“ aus der Zeit der Zweiten Internationale Bernstein und Kautsky waren geradezu „Kolosse“, die die führenden Stellungen in der Internationale an sich gerissen hatten. Zuletzt aber gingen sie als Renegaten in die Geschichte ein, und sie bleiben für immer ein abschreckendes Beispiel. Nach dem Tode Lenins spielte sich der Anführer der oppositionellen Fraktion Trotzki als ein „Held“ auf. Aber die Tatsachen haben die Richtigkeit der Ansicht Stalins bewiesen, der feststellte, daß „er eher an einen Komödianten erinnert als an einen Helden und man einen Komödianten keinesfalls mit einem Helden verwechseln darf“.

„Der Menschenwelt Gesetz heißt ewig vorwärtsschreiten.“ Die Geschichte lehrt uns: Wer das Rad der Geschichte aufzuhalten versucht, der wird von ihm zermalmt. Die Tatsachen zeigen, wie Genosse Mao Tse-tung wiederholt festgestellt hat, daß der Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder Papiertiger sind, daß auch die Revisionisten Papiertiger sind. Die „Helden“ und „Größen“, die die reaktionären Klassen, die reaktionären Kräfte vertreten, sind, wie ausgelassen und anmaßend sie sich auch eine Zeitlang gebärden sollten, in Wirklichkeit nichts als nur dem Schein nach starke Papiertiger, nichts als vorüberhuschende Passanten auf dem Schauplatz der Geschichte. Nach kurzer Zeit werden sie von dem mächtigen Strom der Geschichte hinweggeschwemmt. Chruschtschow bildet darin keine Ausnahme. Erinnert euch nur, wie arrogant er sich gebärdete, als er auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU die rücksichtslose Hetzkampagne gegen

Stalin und den Marxismus-Leninismus begann und auf der Bukarester Konferenz seinen Überraschungsangriff auf die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebene Kommunistische Partei Chinas unternahm. Doch es dauerte nicht lange, und diesen antisowjetischen, antikommunistischen und antichinesischen „Helden“ ereilte das gleiche Schicksal wie das seiner revisionistischen Vorgänger. Wie oft man auch dem Irrenden riet, noch rechtzeitig umzukehren, hatte er dafür nur taube Ohren, so daß er sich schließlich rettungslos in der Sackgasse verannt hat.

Chruschtschow ist nun gestürzt. Auch die ganze revisionistische Politik, die er mit solchem Eifer betrieben hat, ist bankrott. Der Marxismus-Leninismus wird weiter über die revisionistische ideologische Strömung einen Sieg nach dem anderen erringen und sich weiter vorwärtsentwickeln. Die revolutionäre Bewegung der Völker der ganzen Welt wird alle Hindernisse auf ihrem Vormarsch überwinden und sich weiterentwickeln.

Selbstverständlich ist der Weg der Geschichte nach wie vor ein gewundener. Chruschtschow wurde zwar gestürzt, aber jene, die ihn unterstützten — die amerikanischen Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder und die modernen Revisionisten —, finden sich damit nicht ab. Dieses Gesindel murmelt noch immer seine Zauberformeln, um den „Geist“ Chruschtschows zurückzurufen. Überall posauen sie die sogenannten „Leistungen“ und „Verdienste“ Chruschtschows aus, in der Hoffnung, daß sich die Dinge weiter in der von Chruschtschow festgelegten Richtung entwickeln würden und ein sogenannter „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“ möglich wäre. Man kann kategorisch voraussagen, daß daraus nichts werden wird.

Verschiedene ideologische Strömungen und ihre diversen Vertreter wollen sich immer auf der Bühne zeigen. Jedem steht es frei, dorthin zu gehen, wohin er will. Aber eines steht für uns fest: Die Geschichte wird gemäß den vom Marxismus-Leninismus entdeckten Gesetzen und auf dem von

der Oktoberrevolution gebahnten Weg vorwärtsschreiten. Die große Kommunistische Partei der Sowjetunion und das große Sowjetvolk mit ihrer revolutionären Tradition werden bestimmt einen neuen Beitrag zur Verteidigung der großen sozialistischen Errungenschaften und des hohen Ansehens der von Lenin gegründeten ersten sozialistischen Großmacht, zur Wahrung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und zur Gewährleistung der siegreichen Entwicklung der revolutionären Sache des Proletariats leisten.

Möge sich die internationale kommunistische Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zusammenschließen!

Anhang

BRIEF DES ZK DER KPdSU AN DAS ZK
DER KP CHINAS

(30. März 1963)

30. März 1963

An das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stellt mit Genugtuung fest, daß unsere Vorschläge über die Maßnahmen, die auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Reihen der kommunistischen Bewegung gerichtet sind, von seiten des ZK der KP Chinas einen positiven Widerhall erhielten. Wir begrüßen Ihre Zustimmung zur Durchführung einer Begegnung von Vertretern der KPdSU und der KPCh. Eine solche Begegnung ist dazu berufen, bei der Schaffung einer günstigen Atmosphäre in den Wechselbeziehungen zwischen den Bruderparteien, bei der Regelung der in letzter Zeit in der internationalen kommunistischen Bewegung entstandenen Unstimmigkeiten eine wichtige Rolle zu spielen. Wir möchten hoffen, daß es durch eine solche Begegnung gelingen wird, eine Reihe konstruktiver Maßnahmen zur Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten durchzuführen.

In seinem Brief ladet das ZK der KPCh den Genossen N. S. Chruschtschow ein, Peking gelegentlich seiner Reise nach Kambodscha zu besuchen. Das ZK der KPdSU und Genosse N. S. Chruschtschow sprechen ihren Dank für diese Einladung aus. Genosse N. S. Chruschtschow würde mit dem größten Vergnügen die Volksrepublik China besuchen und sich mit

der Führung der KP Chinas treffen, um Ansichten über die herangereiften Fragen der internationalen Lage und der kommunistischen Bewegung auszutauschen mit dem Ziel, ein allgemeines Verständnis für unsere Aufgaben, für die Festigung der Geschlossenheit unserer beiden Parteien herbeizuführen. Jedoch ist eine Reise des Genossen N. S. Chruschtschow nach Kambodscha, von der Sie in Ihrem Brief schreiben, nicht eingeplant. Wie bekannt, wird nach einem Beschluß unserer Führungsorgane, der bereits am 12. Februar dieses Jahres gefaßt wurde, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genosse L. I. Breschnew, nach Kambodscha reisen, wovon die Regierung von Kambodscha bereits unterrichtet und was auch in der Presse bekanntgegeben wurde. Genosse N. S. Chruschtschow, der die Volksrepublik China dreimal besucht hat, verliert nicht die Hoffnung, später von Ihrer liebenswürdigen Einladung Gebrauch machen zu können, um China zu besuchen und sich mit den chinesischen Genossen zu treffen.

Wir erinnern uns daran, daß Genosse Mao Tse-tung während seines Aufenthaltes in Moskau im Jahre 1957 sagte, daß er insgesamt zweimal in der UdSSR war und nur Moskau und Leningrad besuchte. Er äußerte den Wunsch, noch einmal in der Sowjetunion zu weilen, um sich mit unserem Lande besser bekannt zu machen. Er sagte damals, daß er von den Fernostgrenzen unseres Landes bis zu den Westgrenzen und von den Nord- bis zu den Südgrenzen reisen möchte. Wir haben diesen Wunsch des Genossen Mao Tse-tung begrüßt.

Am 12. Mai 1960 richtete das ZK der KPdSU an den Genossen Mao Tse-tung einen Brief mit der Einladung, die UdSSR zu besuchen, um sich zu erholen und das Leben des Sowjetvolkes kennenzulernen. Leider konnte Genosse Mao Tse-tung damals nicht von unserer Einladung Gebrauch machen. Das ZK der KPdSU würde einem Besuch des Genossen Mao Tse-tung begrüßen. Die beste Zeit für einen solchen Besuch wäre der kommende Frühling oder der Sommer — gute Jahreszeiten in unserem Lande. Wir sind bereit, den Genossen Mao Tse-

tung als einen Vertreter der Bruderpartei und des chinesischen Brudervolkes auch zu einer beliebigen anderen Zeit würdig zu empfangen. Auf dieser Reise durch unser Land würde Genosse Mao Tse-tung natürlich nicht allein sein, es würden ihn Genossen aus der Führung unserer Partei begleiten, und es wäre eine gute Gelegenheit zum Meinungsaustausch über verschiedene Fragen. Genosse Mao Tse-tung würde sehen, wie das Sowjetvolk arbeitet, welche Erfolge es beim Aufbau des Kommunismus, bei der Verwirklichung des Programms unserer Partei errungen hat.

Wenn jedoch eine Reise des Genossen Mao Tse-tung nach Moskau gegenwärtig nicht stattfinden kann, sind wir bereit, Ihre Erwägungen von einem Treffen von Vertretern der KPdSU und der KP Chinas auf hoher Ebene in Moskau zu akzeptieren. Wir nehmen an, ein solches Treffen könnte beispielsweise am 15. Mai 1963 stattfinden, wenn Ihnen dieser Termin genehm ist.

Es freut uns überaus, daß die chinesischen Genossen ebenso wie wir ein bevorstehendes Treffen von Vertretern der KP Chinas und der KPdSU als „einen notwendigen Schritt zur Vorbereitung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder“ betrachten. Ein solches Treffen, das nicht das Prinzip der Gleichberechtigung verletzt und nicht die Interessen der anderen Bruderparteien schmälert, muß in der Tat zur besseren Vorbereitung und Durchführung einer Beratung beitragen. Ohne ein solches Treffen würde, ebenso wie ohne die Einstellung der offenen Polemik in der Presse und ohne die Einstellung der Kritik an anderen Bruderparteien in der eigenen Partei, die Vorbereitung einer Beratung und die Erreichung des Hauptziels — die Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung — erschwert. Das ZK der KPdSU, das die Vorschläge der vietnamesischen, indonesischen, englischen, schwedischen und anderen Genossen gebilligt hat, die von diesen Anfang 1962 über die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien aller Länder gemacht wurden, hat gerade deshalb

gleichzeitig die Notwendigkeit solcher Maßnahmen unterstreichen, die für die Arbeit eines weltweiten kommunistischen Forums eine günstige Situation schaffen würden.

Bereits in seinem Brief vom 22. Februar 1962 rief das ZK der KPdSU dazu auf, „unnütze Streitereien über Fragen, in denen wir verschiedene Auffassungen haben, einzustellen und auf öffentliche Erklärungen zu verzichten, die nicht geeignet sind, unsere Meinungsverschiedenheiten beizulegen, sondern sie lediglich vertiefen können“. Im Brief an das Zentralkomitee der KPCh vom 31. Mai 1962 schrieben wir: „Wie Ihnen wohl bekannt ist, ist unsere Partei stets für eine kollektive Erörterung der grundlegenden Probleme der kommunistischen Weltbewegung eingetreten und tritt auch jetzt dafür ein. Das ZK der KPdSU war der Initiator der Beratungen der Bruderparteien in den Jahren 1957 und 1960. In beiden Fällen standen diese Beratungen mit bedeutenden Veränderungen in der internationalen Lage und mit der Notwendigkeit in Zusammenhang, eine entsprechende Taktik der kommunistischen Bewegung auszuarbeiten. Wir unterstützen auch diesmal voll und ganz den Vorschlag auf Einberufung einer Beratung aller Bruderparteien.“

Wir hielten es für nützlich, daß die Bruderparteien bei der Vorbereitung einer solchen Beratung die neuen Erscheinungen im internationalen Leben, ihre Tätigkeit zur Durchsetzung der kollektiven Beschlüsse unserer Bewegung tief und allseitig analysieren können. Das ZK der KPdSU hat eine allen Kommunisten vollauf verständliche Sorge dafür gezeigt, daß die Beratung die entstandenen Meinungsverschiedenheiten nicht vertiefe, sondern maximal zu ihrer Überwindung beitrage.

In den Reden vieler führender Funktionäre der Bruderparteien wurde in der letzten Zeit zu Recht ein analoger Standpunkt hinsichtlich der Notwendigkeit geäußert, vor der Konferenz eine Reihe von Schritten zu unternehmen, als deren Ergebnis eine normale Situation in der kommunistischen Bewegung geschaffen und der Meinungsstreit in den für eine Parteidiskussion unter Genossen zulässigen Rahmen gestellt

würde. Wie aus Ihrem Brief hervorgeht, sind auch Sie jetzt damit einverstanden, und man kann annehmen, daß ein gewisser Fortschritt bei der Vorbereitung der bevorstehenden Beratung erzielt ist.

Wenn unsere beiden Parteien Fragen erörtern, die alle Bruderparteien betreffen, so kann diese Diskussion selbstverständlich nur vorläufigen Charakter tragen. Die Beratungen in den Jahren 1957 und 1960 haben gezeigt, daß die Ausarbeitung der Linie der internationalen kommunistischen Bewegung nur dann erfolgreich sein kann, wenn an ihr alle Bruderparteien kollektiv teilnehmen und wenn in gebührendem Maße die allseitige Erfahrung aller Mitglieder der Bewegung berücksichtigt wird.

Wir haben uns aufmerksam mit Ihren Erwägungen hinsichtlich des Fragenkreises vertraut gemacht, der Gegenstand der Erörterung auf einem Treffen von Vertretern der KPdSU und der KP Chinas sein könnte. Das sind wichtige Fragen, und wir sind bereit, sie zu erörtern.

Wir möchten unsererseits in diesem Brief bei einigen prinzipiellen Fragen verweilen, die sich unserer Meinung nach im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Bruderparteien und ihres Kampfes für unsere gemeinsame Sache befinden. Es handelt sich gewiß nicht um eine erschöpfende Darlegung unserer Ansichten zu diesen Fragen. Wir beabsichtigen, lediglich das prinzipiell Wichtige zu erwähnen, von dem wir uns bei der Durchführung unserer Politik auf dem internationalen Schauplatz und in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien leiten lassen.

Wir hoffen, eine solche Darlegung unserer Ansichten hilft den Kreis der Fragen zu umreißen, die bei dem zweiseitigen Treffen einen Meinungsaustausch erfordern, und wird zur Überwindung bestehender Meinungsverschiedenheiten beitragen. Wir tun das, um noch einmal unsere Entschlossenheit zu unterstreichen, hart und konsequent das ideologische Programm der gesamten kommunistischen Weltbewegung, ihre

gemeinsame Linie, die in der Deklaration und der Erklärung ihren Ausdruck gefunden hat, zu verteidigen.

In der Zeit, die seit der Annahme der Erklärung vergangen ist, hat das Leben nicht eine einzige ihrer grundlegenden Schlußfolgerungen erschüttert, sondern im Gegenteil die Richtigkeit des Kurses der kommunistischen Weltbewegung völlig bestätigt, der auf der Grundlage der Verallgemeinerung der gegenwärtigen Erfahrungen und der schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus gemeinsam ausgearbeitet wurde.

Der Ausgangspunkt der KPdSU ist folgender: Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs von immer mehr Völkern auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.

Die Lage in der Welt bietet unserer Bewegung die Möglichkeit neuer Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte in der Weltarena und fordert die Ausarbeitung einer Generallinie für die kommunistische Weltbewegung, die mit der grundlegenden Aufgabe der gegenwärtigen Etappe in Einklang steht.

Nach dem zweiten Weltkrieg ging eine Reihe von Ländern in Europa den sozialistischen Weg, die sozialistische Revolution trug in China und einigen anderen Ländern Asiens den Sieg davon, wodurch sich das sozialistische Weltsystem herausbildete. In den volksdemokratischen Ländern festigt sich das neue System und gewährleistet ihnen auf dem sozialistischen Weg eine schnelle Entwicklung der Wirtschaft, Politik und Kultur. Die sozialistische Gemeinschaft ist politisch und militärisch eng verbunden. Dank den Erfolgen der Sowjetunion und anderer Bruderländer haben sich im Kräfteverhältnis der

Welt große Veränderungen zugunsten des Sozialismus, zuungunsten des Imperialismus ergeben. In dieser Hinsicht spielt der Verlust des Atom- und Wasserstoffwaffenmonopols der USA und die Errichtung der überragenden Militärmacht der Sowjetunion eine große Rolle.

Die Errichtung des sozialistischen Weltsystems ist eine historische Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Sie ist die faktische Verkörperung der Ideale der Menschheit von einer neuen Gesellschaft. Die Steigerung der Produktion, die gewaltigen Errungenschaften von Wissenschaft und Technik in allen sozialistischen Ländern ermöglichen es der sozialistischen Gemeinschaft, eine wirtschaftliche und Wehrkraft zu errichten, die die Erfolge des Sozialismus nicht nur sicherstellt, sondern auch ein mächtiges Bollwerk für Frieden und Sicherheit der Völker der Welt ist.

Die grundlegende Veränderung im Kräfteverhältnis ist auch mit der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit der Verschärfung aller seiner Widersprüche verbunden. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges hat sich die Kräfteverteilung innerhalb des imperialistischen Lagers verändert. Nach dem ökonomischen Zentrum haben sich auch das politische und das militärische Zentrum des Imperialismus aus Europa in die Vereinigten Staaten von Amerika verlagert. Die monopolistische Bourgeoisie der USA ist zum Hauptbollwerk der internationalen Reaktion geworden. Sie hat die Rolle eines Retters des Kapitalismus übernommen. Der amerikanische Imperialismus übt jetzt die Funktionen des internationalen Gendarmen aus. Unter Anwendung der Politik militärischer Blocks ist der amerikanische Imperialismus bestrebt, andere kapitalistische Staaten seiner Herrschaft zu unterwerfen. Das bewirkt den Widerstand Frankreichs, Westdeutschlands, Japans und anderer großer kapitalistischer Staaten gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Wiederherstellung der Wirtschaft der kapitalistischen Länder, die im Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen war, und das höhere Tempo ihrer Entwicklung im Vergleich zu den USA

verstärken das Bestreben einer Reihe europäischer Länder, sich vom amerikanischen Diktat loszureißen. Das alles führt zu einer Verstärkung der bestehenden und zum Entstehen neuer Knotenpunkte der imperialistischen Rivalität und der Konflikte, wodurch das System des Kapitalismus insgesamt geschwächt wird.

Das volksfeindliche und räuberische Wesen des Imperialismus hat sich nicht geändert, jedoch mit der Schaffung des sozialistischen Weltsystems, mit dem Wachsen seiner wirtschaftlichen und militärischen Macht werden die Möglichkeiten des Imperialismus, auf den Verlauf des historischen Prozesses einzuwirken, spürbar geringer, und gleichzeitig verändern sich auch die Formen und Methoden seines Kampfes gegen die sozialistischen Länder, gegen die weltumfassende revolutionäre und nationale Befreiungsbewegung. Die Imperialisten haben große Angst vor dem stürmischen Wachstum der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung, sie vereinigen ihre Kräfte und unternehmen fieberhafte Anstrengungen zum weiteren Kampf für ihre ausbeuterischen Ziele und sind überall bestrebt, die Positionen der sozialistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung zu untergraben und ihren Einfluß zu schwächen.

Es ist offensichtlich, daß der Hauptinhalt und die Hauptrichtung der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche nicht mehr vom Imperialismus, sondern von dem sozialistischen Weltsystem, von allen fortschrittlichen Kräften bestimmt werden, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen. Der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der Hauptwiderspruch unserer Epoche. Vom Ausgang des Kampfes der beiden Weltsysteme hängt in entscheidendem Maße das Schicksal des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ab. Dabei verändert sich das Kräfteverhältnis auf dem Weltchauplatz unablässig zugunsten des Sozialismus.

Außerordentliche Bedeutung für die historische Entwicklung der Menschheit haben der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für ihre nationale und soziale Befreiung und die dabei bereits erzielten Erfolge, der wachsende Kampf der Arbeiterklasse, aller Werktätigen der kapitalistischen Länder gegen die Monopole, gegen jede Ausbeutung, für den sozialen Fortschritt. Die sozialistischen Revolutionen, die nationalen, antiimperialistischen, antikolonialistischen Befreiungsrevolutionen, die volksdemokratischen Revolutionen, die breiten Bauernbewegungen, der Kampf der Volksmassen für den Sturz faschistischer und anderer tyrannischer Regimes, die allgemein-demokratischen Bewegungen gegen die nationale Unterjochung — all dies vereinigt sich in unserer Zeit zu einem einzigen weltweiten revolutionären Strom, der den Kapitalismus untergräbt und zerstört.

Als die kommunistische Weltbewegung ihren Kurs entsprechend den neuen Bedingungen ausarbeitete, mußte sie auch mit allem Ernst einen so wichtigen Faktor wie die grundlegende qualitative Veränderung der militärtechnischen Mittel der Kriegführung berücksichtigen, die mit dem Aufkommen und der Anhäufung der thermonuklearen Waffen, welche eine nie dagewesene Zerstörungskraft besitzen, in Zusammenhang steht. Solange die Abrüstung nicht verwirklicht ist, muß die sozialistische Gemeinschaft mit ihren Streitkräften den Imperialisten stets überlegen sein. Wir werden die Imperialisten zwingen, nie zu vergessen: Wenn sie einen Krieg entfesseln, um mit Waffengewalt die Frage zu lösen, auf welchem Weg sich die Menschheit entwickeln wird — auf dem Weg des Kapitalismus oder auf dem Weg des Sozialismus —, so wird dies der letzte Krieg sein, ein Krieg, in dem der Imperialismus endgültig vernichtet wird.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht die Pflicht aller Kämpfer für Frieden und Sozialismus darin, die günstigen Möglichkeiten für einen Sieg des Sozialismus maximal auszunutzen und nicht zuzulassen, daß der Imperialismus einen Weltkrieg entfesselt.

Die richtige Analyse der Verteilung der Klassenkräfte auf dem internationalen Schauplatz und der auf den Moskauer Beratungen ausgearbeitete richtige marxistisch-leninistische Kurs haben es den Bruderparteien gestattet, bedeutende Erfolge bei der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems zu erringen, und haben zu einer Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung beigetragen.

Das sozialistische System übt einen ständig wachsenden Einfluß auf den Gang der Entwicklung in der Welt aus. Der gesamte revolutionäre Prozeß in der Welt entwickelt sich heute unter dem unmittelbaren Einfluß, den die große Kraft des Beispiels des neuen Lebens in den Ländern des Sozialismus ausübt. Die Ideen des Kommunismus bahnen sich um so erfolgreicher den Weg zu den Herzen und Hirnen der breiten Volksmassen, je bedeutender und größer unsere Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sind. Es ist deshalb verständlich, daß derjenige, der den Zeitpunkt des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt näher rücken will, sich vor allem um die Festigung der großen sozialistischen Gemeinschaft, ihrer Wirtschaftsmacht sorgen, den Lebensstandard ihrer Völker heben, die Wissenschaft, Technik und Kultur entwickeln, um die Festigung der Einheit und Geschlossenheit ringen und ihre internationale Autorität erhöhen muß. Die Erklärung der Moskauer Beratung erlegt den marxistisch-leninistischen Parteien und den Völkern der sozialistischen Länder vor der internationalen Arbeiterbewegung die Verantwortung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus auf.

Indem die Bruderparteien und die Völker unserer Länder das sozialistische Weltsystem unermüdlich festigen, leisten sie ihren Beitrag zur großen Sache des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse, aller Werktätigen und der ganzen Befreiungsbewegung für die Lösung der Grundprobleme der Gegenwart im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Das derzeitige Kräfteverhältnis auf dem internationalen Schauplatz hat den sozialistischen Ländern die Möglichkeit gegeben, zusammen mit allen Friedenskräften zum erstenmal in der Geschichte die völlig reale Aufgabe zu stellen, einen neuen Weltkrieg zu verhindern und den Frieden und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten.

Die Jahre, die seit der Annahme der Moskauer Erklärung vergangen sind, haben voll und ganz die Richtigkeit dieser Konzeption bestätigt. Daß es den aggressiven Kräften nicht gelungen ist, die Menschheit in den Abgrund eines vernichtenden thermonuklearen Krieges zu stürzen, ist ein überaus wichtiges Ergebnis der Festigung der Macht der sozialistischen Länder und der unentwegt von ihnen durchgeführten friedlichen Außenpolitik, die immer mehr Anerkennung und Unterstützung unter Hunderten Millionen Menschen findet und die Oberhand über die imperialistische Politik der Aggression und des Krieges gewinnt.

Kein Marxist zweifelt daran, daß der Imperialismus, der eine Position nach der anderen einbüßt, bestrebt ist, mit allen Mitteln seine Herrschaft über die Völker aufrechtzuerhalten und die verlorenen Positionen wiederzugewinnen. Zur Zeit vollzieht sich die in der Geschichte größte internationale Verschwörung der Imperialisten gegen die Länder des Sozialismus und gegen die internationale Befreiungsbewegung. Es gibt natürlich keine Garantie dafür, daß die Imperialisten nicht versuchen werden, einen Weltkrieg zu entfesseln. Dieser Gefahr müssen die Kommunisten klar ins Auge sehen.

Die Lage des Aggressors unterscheidet sich aber unter den gegenwärtigen Bedingungen grundlegend von der, in der er sich vor dem zweiten und noch mehr vor dem ersten Weltkrieg befand. Früher endeten Kriege gewöhnlich damit, daß die einen kapitalistischen Länder die anderen besiegten, doch die Besiegten lebten weiter, stellten nach einiger Zeit ihre Kräfte wieder her und sahen sich sogar in der Lage, wieder eine Aggression zu entfesseln, wie dies unter anderem das Beispiel Deutschlands zeigt. Ein thermonuklearer Krieg läßt

keinem Aggressor diese Aussicht, und damit müssen die Imperialisten rechnen. Die Furcht vor einem Gegenschlag, die Furcht vor der Vergeltung hält sie von der Entfesselung eines Weltkrieges ab. Die sozialistische Gemeinschaft ist so erstarkt, daß der Imperialismus den Völkern seine Bedingungen nicht mehr aufzwingen und ihnen nicht mehr seinen Willen diktieren kann wie früher. Das ist eine historische Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse und der Völker aller Länder.

Kraft seines räuberischen Wesens kann sich der Imperialismus nicht von dem Drang frei machen, Gegensätze auf dem internationalen Schauplatz durch Krieg zu lösen. Andererseits aber kann er auch keinen thermonuklearen Weltkrieg entfesseln, ohne zu berücksichtigen, daß er sich der Gefahr der Vernichtung aussetzt.

Der Weltkrieg, mit dem der Imperialismus die Menschheit bedroht, ist keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit. Das wachsende Übergewicht der Kräfte des Sozialismus über die des Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die des Krieges führt dazu, daß noch vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus auf der Erde, bei der Existenz des Kapitalismus in einem Teil der Welt die reale Möglichkeit entsteht, einen Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen.

Natürlich ist zur Abwendung dieses Krieges eine weitere, größtmögliche Festigung des sozialistischen Systems, der Zusammenschluß aller Kräfte der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung, aller demokratischen Kräfte erforderlich. Diejenigen, denen die Interessen des Sozialismus, die Interessen des Friedens teuer sind, müssen alles Notwendige tun, um die verbrecherischen Pläne der Weltreaktion zu vereiteln, ihr nicht zu gestatten, einen thermonuklearen Krieg zu entfesseln und Hunderte Millionen Menschen mit sich ins Grab zu reißen. Eine nüchterne Einschätzung der unvermeidlichen Folgen eines thermonuklearen Krieges für die ganze Menschheit, für die Sache des Sozialismus stellt den Marxisten-Leninisten gebieterisch die Auf-

gabe, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um einen neuen Weltkrieg abzuwenden.

Das ZK der KPdSU läßt sich fest von der in der Erklärung des Jahres 1960 enthaltenen Richtlinie leiten, daß „unter den Bedingungen der Teilung der Welt in zwei Systeme das einzig richtige und vernünftige Prinzip der internationalen Beziehungen das von W. I. Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung ist, das in der Moskauer Erklärung und im Friedensmanifest von 1957, in den Beschlüssen des XX. und des XXI. Parteitages der KPdSU und in den Dokumenten der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien seine Weiterentwicklung gefunden hat“.

Unsere vom großen Lenin im Geiste des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus erzogene Partei erinnert sich der Warnung Lenins, daß der Kapitalismus sterbend noch imstande ist, der Menschheit unermeßliches Leid zuzufügen. Die Sowjetunion entwickelt mit allen Mitteln ihre Wirtschaft und vervollkommenet auf dieser Grundlage ihre Verteidigung, verstärkt die militärische Macht und hält die Streitkräfte in ständiger Bereitschaft. Aber die wachsende Macht unseres Landes werden wir nach wie vor nicht dazu benutzen, um irgend jemand zu bedrohen, um kriegerische Leidenschaften zu entfachen, sondern zur Festigung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges, zur Verteidigung unseres Landes und anderer Länder des Sozialismus.

Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den ureigensten Interessen aller Völker, sie fördert die Stärkung der Positionen des Sozialismus, das Wachsen des internationalen Einflusses der sozialistischen Länder, sie erhöht die Autorität und den Einfluß der Kommunisten.

Die friedliche Koexistenz bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie. Einen solchen Weg einschlagen hieße auf den Marxismus-Leninismus verzichten und die Sache des sozialistischen Aufbaus hemmen. Die bürgerliche Ideologie ist eine Art trojanisches Pferd,

das der Imperialismus in die Reihen der kommunistischen und Arbeiterbewegung einzuschleusen bestrebt ist. Die friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzt einen nicht nachlassenden ideologischen, politischen und ökonomischen Kampf zwischen den beiden sozialen Systemen, den Klassenkampf der Werktätigen innerhalb der Länder des kapitalistischen Systems, darunter den bewaffneten Kampf, wenn es die Völker für notwendig halten, und die ununterbrochene Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung der Völker der kolonialen und abhängigen Länder voraus.

Die Tatsachen zeigen, daß der Kampf für die Verhinderung eines Weltkrieges in keiner Weise die Kräfte der kommunistischen Weltbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung fesselt, sondern daß er, im Gegenteil, die breitesten Volksmassen um die Kommunisten vereint. Gerade in einer Atmosphäre der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vollzog sich die sozialistische Revolution auf Kuba, errang das algerische Volk die nationale Unabhängigkeit, erkämpften über 40 Länder die nationale Unabhängigkeit, erstarkten und wuchsen die Bruderparteien und nahm der Einfluß der kommunistischen Weltbewegung zu.

Unter Ausnutzung der Atmosphäre der friedlichen Koexistenz erringen die sozialistischen Länder ständig neue Erfolge im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus. Unsere Gegner begreifen, daß sie nur schwerlich auf einen Sieg im Wettbewerb mit uns rechnen können. Sie sind außerstande, sich dem schnellen Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder des Sozialismus entgegenzustemmen, sie sind machtlos gegenüber der Anziehungskraft, die das Beispiel der sozialistischen Länder auf die unter dem Joch des Kapitalismus lebenden Völker ausübt.

In dem Maße, wie die Wirtschaft der sozialistischen Gemeinschaft wächst, werden die Vorzüge des Sozialismus und die Möglichkeit, daß die Werktätigen größere materielle und

geistige Güter als im Kapitalismus erhalten werden, immer deutlicher zutage treten. Das Steigen des Lebensstandards der Völker der sozialistischen Länder übt große Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder aus. Die Erfolge der sozialistischen Gemeinschaft werden eine Art Katalysator werden, der revolutionisierende Faktor für die Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und für den Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus sein.

Die Völker, die den Weg des Sozialismus eingeschlagen haben, übernehmen als Erbe der Vergangenheit eine Wirtschaft und eine Kultur von unterschiedlichem Niveau. Doch unabhängig davon — und das Beispiel hierfür sind die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie — erhebt der Sozialismus mächtige Produktivkräfte zur Wirksamkeit. Die Sowjetunion hat bereits die hochentwickelten kapitalistischen Länder Europas in der wirtschaftlichen Entwicklung übertroffen und den zweiten Platz in der Welt eingenommen, und in naher Zukunft wird sie auf den ersten Platz in der Welt vorrücken. Große Erfolge haben auch die anderen Länder des Sozialismus errungen. Die sozialistische Ordnung ist so progressiv, daß die Völker in schnellem Tempo die Rückständigkeit liquidieren, die weiterentwickelten Länder einholen und in einer Reihe mit ihnen für den Aufbau des Kommunismus kämpfen können.

All das spornt die Völker an und gibt ihnen die Gewißheit, daß sie den Weg des Sozialismus betreten und auf diesem Wege Erfolge erringen können, unabhängig davon, auf welchem Niveau der historischen Entwicklung sie zur Zeit stehen. Der Marsch der Völker in das neue Leben wird dadurch erleichtert, daß sie die Möglichkeit haben, das Beste aus den internationalen Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus auszuwählen und sowohl das Positive als auch das Negative in den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu berücksichtigen.

Je schneller sich die Produktivkräfte der sozialistischen Länder entwickeln werden, je größer ihr Wirtschaftspotential werden wird, desto stärker wird der Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft auf das Tempo und die Richtung der ganzen historischen Entwicklung im Interesse des Friedens und des vollen Triumphs des Sozialismus sein.

Unsere Partei geht davon aus, daß in der gegenwärtigen Epoche günstige internationale und innere Bedingungen zum Übergang immer weiterer Länder zum Sozialismus bestehen. Das stimmt sowohl in bezug auf die entwickelten kapitalistischen Länder als auch in bezug auf die Länder, die erst vor kurzem die nationale Unabhängigkeit errungen haben.

Der weltumspannende Prozeß der Revolution greift immer weiter um sich und erfaßt alle Kontinente. Der Kampf der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung sind eng miteinander verbunden und helfen einander. Der Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung hat dazu geführt, daß der revolutionäre Kampf, in welchem Lande er auch immer stattfinden möge, gegen den gemeinsamen Hauptfeind — den Imperialismus und die monopolistische Bourgeoisie — gerichtet ist.

Die marxistisch-leninistischen Parteien in aller Welt haben ein gemeinsames Endziel — alle Kräfte zum Kampf für die Eroberung der Macht der Arbeiter und werktätigen Bauern, zum Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu mobilisieren. Bei der Ausarbeitung der taktischen Linie ihres Kampfes muß jede kommunistische Partei die Erfahrungen der gesamten kommunistischen Weltbewegung berücksichtigen, diejenigen Interessen, Ziele und Aufgaben, die sich unsere Bewegung insgesamt stellt, ihre Generallinie in der gegenwärtigen Periode im Auge haben.

Dabei ist die Ausarbeitung der Formen und Methoden des Kampfes für den Sozialismus in jedem einzelnen Land die innere Angelegenheit der Arbeiterklasse dieses Landes und ihrer kommunistischen Avantgarde. Keine andere Bruderpartei, gleichgültig, welche zahlenmäßige Stärke, welche Er-

fahrung und Autorität sie besitzt, kann die Taktik, die Formen und Methoden des revolutionären Kampfes in den anderen Ländern bestimmen. Die Revolution ist ein Werk der breitesten Volksmassen. Die genaue Analyse der konkreten Situation, die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses — das ist eine der wichtigsten Bedingungen der Revolution. Man kann den Elan der revolutionären Massen im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution nicht hemmen, wenn dafür die objektiven und subjektiven Bedingungen herangereift sind. Das käme dem Tode gleich. Aber man kann eine Revolution nicht künstlich anpeitschen, wenn dafür die Bedingungen noch nicht reif sind. Ein Aufstand, für den die Zeit noch nicht reif geworden, ist, wie die Erfahrung des revolutionären Klassenkampfes lehrt, zum Scheitern verurteilt. Die Kommunisten rufen die Werktätigen unter das rote Banner, um im Kampf für das beste Leben auf Erden zu siegen, und nicht, damit sie — wenn auch heroisch — untergehen. Heroismus und Selbstaufopferung, die in revolutionären Kämpfen notwendig sind, sind nicht um ihrer selbst willen, sondern für die siegreichen Ideen des großartigen Sozialismus notwendig.

Die KPdSU begrüßt und wird die revolutionäre Arbeiterklasse, die Werktätigen eines jeden Landes begrüßen, die es verstehen, unter der Führung ihrer kommunistischen Avantgarde eine revolutionäre Situation zu nutzen, um dem Klassenfeind einen vernichtenden Schlag zu versetzen und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten.

Die Taktik und die Politik der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern besitzen gemeinsame Wesenszüge, die mit der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und mit dem auf dem Weltchauplatz entstandenen Kräfteverhältnis in Verbindung stehen. Infolge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich nicht nur die vorher entstandenen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft vertieft, sondern es entstanden auch neue. Der staatsmonopolistische Kapitalismus führte

zu einer noch stärkeren Einschränkung der sozialen Basis des Imperialismus innerhalb des Landes, zur Konzentration der Macht in den Händen einer kleinen Gruppe der größten Monopolisten. Das läßt am anderen Pol einen einheitlichen antimonopolistischen Strom entstehen, der die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, das Kleinbürgertum, die werktätige Intelligenz und einige andere Schichten der kapitalistischen Gesellschaft umfaßt, die an der Befreiung von der Allmacht der Monopole und von der Ausbeutung, am Übergang zum Sozialismus interessiert sind.

In unserer Zeit wächst stark die Bedeutung der demokratischen Bewegungen — des Kampfes für den allgemeinen Frieden, für die Verhinderung der thermonuklearen Weltkatastrophe, für die Wahrung der nationalen Souveränität, zum Schutze der Demokratie gegen die Offensive des Faschismus, für die Durchführung der Bodenreform, der humanistischen Bewegung zum Schutze der Kultur und für andere Ziele.

Unsere Partei steht voll und ganz auf den Positionen des Leninismus, auf den Positionen der Erklärung, daß die sozialistische Revolution nicht unbedingt mit einem Krieg verknüpft ist. Wenn Weltkriege siegreiche Revolutionen in sich bergen, so sind Revolutionen durchaus ohne Kriege möglich.

Wenn die Kommunisten den Sieg der sozialistischen Revolution mit einem Weltkrieg verbinden würden, so würde das nicht nur keine Sympathien gegenüber dem Sozialismus hervorrufen, sondern die Massen von ihm abstoßen. Bei den gegenwärtigen Mitteln der Kriegführung mit ihren entsetzlichen zerstörenden Folgen könnte ein derartiger Appell nur unseren Feinden in die Hände arbeiten.

Die Arbeiterklasse und ihr Vortrupp, die marxistisch-leninistischen Parteien, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln, ohne Bürgerkrieg zu vollziehen. Dies würde den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes, den gesamt nationalen Interessen des

Landes dienen. Gleichzeitig hängt die Wahl der Entwicklungswege der Revolution nicht nur von der Arbeiterklasse ab. Wenn die Ausbeuterklassen ihre Zuflucht zur Gewaltanwendung gegen das Volk nehmen, wird die Arbeiterklasse genötigt sein, den unfriedlichen Weg der Eroberung der Macht zu wählen. Alles hängt von den konkreten Bedingungen, von der Verteilung der Klassenkräfte innerhalb des Landes und auf dem Weltchauplatz ab.

In welcher Form auch immer der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgt, ist er natürlich nur durch eine sozialistische Revolution und durch die Diktatur des Proletariats in ihren verschiedenen Formen möglich. Die KPdSU, die den selbstlosen Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern hoch einschätzt, hält es für ihre Pflicht, ihnen jegliche Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.

Unsere Partei betrachtet die nationale Befreiungsbewegung als einen Bestandteil des weltumspannenden revolutionären Prozesses, als eine mächtige Kraft, die die Front des Imperialismus zerstört. Die Völker der ehemaligen Kolonien erheben sich jetzt in voller Größe zum selbständigen historischen Schaffen und suchen einen Weg zur Hebung ihrer nationalen Wirtschaft und Kultur. Das Wachsen der Kräfte des sozialistischen Systems trägt aktiv zur Befreiung der unterdrückten Völker, zur Erringung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, zur weiteren Entwicklung und Vertiefung der nationalen Befreiungsbewegung und zu ihrem Kampf gegen jegliche Formen des alten und des neuen Kolonialismus bei.

Die nationale Befreiungsbewegung ist in das Endstadium der Liquidierung der Kolonialregimes eingetreten. Nicht mehr fern ist die Zeit, in der alle Völker, die vorläufig noch unter dem Joch der Kolonialisten leben, ihre Freiheit und Unabhängigkeit erringen werden. Die befreiten Völker sehen sich unmittelbar vor das Problem gestellt, die politische Selbständigkeit zu festigen, die ökonomische und kulturelle

Rückständigkeit zu beseitigen und alle Formen der Abhängigkeit vom Imperialismus zu vernichten.

Die dringenden Aufgaben der nationalen Wiedergeburt in den Ländern, die das Kolonialjoch abgeschüttelt haben, können nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn der Imperialismus und die Überreste des Feudalismus entschieden bekämpft und alle patriotischen Kräfte der Nation — die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die nationale Bourgeoisie und die demokratische Intelligenz — zu einer einheitlichen nationalen Front zusammengeschlossen werden.

Die Völker, die für ihre nationale Befreiung kämpfen oder die politische Unabhängigkeit bereits errungen haben, haben aufgehört und hören auf, als Reserve des Imperialismus zu dienen. Immer häufiger bringen sie mit Unterstützung der sozialistischen Staaten und aller fortschrittlichen Kräfte den imperialistischen Mächten und Koalitionen Niederlagen bei.

Die jungen Nationalstaaten entwickeln sich unter den Bedingungen des Wettbewerbs der beiden gesellschaftlichen Weltsysteme. Dieser Umstand übt sehr starken Einfluß auf ihre politische und ökonomische Entwicklung und auf die Wahl der Wege aus, die sie künftig einschlagen werden. Die Staaten, die erst vor kurzem ihre nationale Befreiung errungen haben, gehören weder dem System der sozialistischen Staaten noch dem System der kapitalistischen Staaten an. Die überwiegende Mehrheit von ihnen hat sich aber noch nicht aus der Bahn der kapitalistischen Weltwirtschaft gelöst, obgleich sie auch dort einen besonderen Platz einnehmen. Es ist dies noch immer ein von kapitalistischen Monopolen ausgebeuteter Teil der Welt.

Jetzt, da die politische Unabhängigkeit erkämpft ist, tritt der Kampf der jungen souveränen Staaten gegen den Imperialismus, für die endgültige nationale Wiedergeburt, für die wirtschaftliche Unabhängigkeit in den Vordergrund. Die Erringung der völligen Unabhängigkeit durch die schwachentwickelten Länder würde eine neue ernsthafte Schwächung des Imperialismus bedeuten, weil das gesamte System der

jetzigen räuberischen und auf Nichtgleichberechtigung beruhenden internationalen Arbeitsteilung unweigerlich zerstört und die Grundlage der wirtschaftlichen Ausbeutung des „Hinterhofes der Welt“ durch die kapitalistischen Monopole untergraben würden. Die Entwicklung der unabhängigen nationalen Wirtschaft in den schwachentwickelten Ländern, die sich auf die wirksame Hilfe des sozialistischen Systems stützt, wird dem Imperialismus einen neuen schweren Schlag versetzen.

Im Kampf für die Erringung und Festigung der Unabhängigkeit bedarf es des allseitigen Zusammenschlusses aller Kräfte der Nation, die bereit sind, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Der rechte Flügel der nationalen Bourgeoisie, bestrebt, seine herrschende Stellung nach der Erringung der Unabhängigkeit zu sichern, kann für eine gewisse Zeit reaktionäre politische Regimes errichten und Kommunisten und andere Demokraten verfolgen. Solche Regimes sind aber schon deshalb nicht langlebig, weil sie den Fortschritt und die Lösung dringender nationaler Aufgaben, vor allem die Erringung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und die Entwicklung der Produktivkräfte, hemmen. Daher werden diese Regimes trotz aktiver Unterstützung von seiten der Imperialisten durch den Kampf der Volksmassen hinweggefeht werden.

Die KPdSU betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das Kolonialjoch abgeschüttelt haben, und mit den Völkern der Halbkolonien als einen Eckpfeiler ihrer internationalen Politik. Unsere Partei hält es für ihre internationale Pflicht, den Völkern zu helfen, die um die nationale Unabhängigkeit ringen und sie festigen, und allen Völkern, die für die völlige Vernichtung des Kolonialsystems kämpfen. Die Sowjetunion unterstützte und unterstützt die heiligen Befreiungskriege der Völker, leistet der nationalen Befreiungsbewegung mit allen Kräften moralischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Beistand.

Das sowjetische Volk leistete dem algerischen Volk große Unterstützung, als dieses gegen die französischen Kolonialherren kämpfte. Als sich das Volk Jemens gegen die Sklaverei in seinem Lande erhob, haben wir ihm als erste die helfende Hand entgegengestreckt. Wir haben dem indonesischen Volk in seinem Kampf für die Befreiung Westirians gegen die holländischen Imperialisten, die sich auf die Imperialisten der USA stützten, allseitige Hilfe geleistet. Wir begrüßen den Kampf des indonesischen Volkes für die Befreiung Nord-Kalimantans.

Die alten und neuen Kolonialherren knüpfen Netze von Intrigen und Ränken gegen die Befreiungsbewegung der Völker Südasiens. Unsere Sympathien und unsere Unterstützung sind unwandelbar auf der Seite derer, die für ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Wir sind tief davon überzeugt, daß die Völker Südvietnams und Südkoreas ungeachtet aller Anstrengungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Marionetten den Sieg im Kampf erringen und die Wiedervereinigung ihrer Heimatländer herbeiführen werden.

Unsere Partei, die gegen den Export der Revolution auftritt, tat und tut gleichzeitig alles, um dem Export der Konterreolution den Weg zu versperren. Wir sind fest davon überzeugt, daß die wechselseitige Verbindung und die einheitlichen Aktionen der drei großen revolutionären Kräfte der Gegenwart — der Völker, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung — die Grundlage des Kampfes aller Völker gegen den Imperialismus, das Unterpfand ihres Sieges sind.

Der gesamte Verlauf der Weltentwicklung in den letzten Jahren hat voll und ganz die Richtigkeit der Linie der kommunistischen Bewegung bestätigt, die hervorragende Ergebnisse in der Praxis gezeitigt hat. Dank der Verwirklichung dieser Linie haben die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für den Frieden, die nationale Unabhängigkeit und den So-

zialismus kämpfen, neue Erfolge errungen. Die KPdSU hält es für ihre Pflicht, konsequent und unbeirrbar diese Linie in die Tat umzusetzen.

Wir sind tief davon überzeugt, daß es keinen Grund gibt, diese Linie zu revidieren.

Gleichzeitig ist das ZK der KPdSU der Ansicht, daß es im Verlauf der Vorbereitung der Beratung sowie dann auf der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien nützlich wäre, Meinungen über das Neue auszutauschen, mit dem das praktische Leben in den letzten Jahren die Linie der kommunistischen Weltbewegung, wie sie in der Deklaration und in der Erklärung fixiert ist, bereichert hat.

In Ihrem Brief stellen Sie, teure Genossen, mit Recht fest, daß ein Unterpfand all unserer Erfolge die Festigung der Einheit der Reihen der kommunistischen Bewegung und der Geschlossenheit der sozialistischen Länder ist. In der letzten Zeit hat die KPdSU auf ihren Parteitag und bei internationalen Begegnungen der kommunistischen Parteien ihr Verständnis für die Prinzipien der wechselseitigen Beziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien wiederholt zum Ausdruck gebracht. Wir haben vor der ganzen Welt betont, daß in der kommunistischen Bewegung wie auch in der großen sozialistischen Gemeinschaft nach wie vor die volle Gleichberechtigung aller kommunistischen und Arbeiterparteien, aller sozialistischen Länder besteht. In der kommunistischen Bewegung gibt es keine „höher stehenden“ und „untergeordneten“ Parteien. Anders kann es auch gar nicht sein. Ein Führungsanspruch irgendeiner Partei oder das Zutagetreten irgendeiner Hegemonie wird für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung nichts Positives, sondern nur Negatives bringen. Alle kommunistischen Parteien sind selbständig und gleichberechtigt, alle tragen die Verantwortung für die Geschicke der kommunistischen Bewegung, für ihre Siege und Mißerfolge, alle müssen sie ihre Beziehungen auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und des gegenseitigen Beistandes aufbauen.

Wir gehen auch davon aus, daß der proletarische Internationalismus an alle Parteien, die großen und die kleinen, gleiche Forderungen stellt und für niemand eine Ausnahme macht. Alle Bruderparteien müssen in gleicher Weise dafür sorgen, daß sich ihre Tätigkeit auf den marxistisch-leninistischen Prinzipien aufbaut und den Interessen der Festigung der Einheit der sozialistischen Länder, der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung der Welt entspricht.

Die Bildung und Entwicklung des sozialistischen Welt-systems verleiht der Frage der richtigen Wechselbeziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien eine besondere Bedeutung. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind in den Ländern des Sozialismus die regierenden Parteien. Sie tragen die Verantwortung für die Geschicke der Staaten, für die Geschicke ihrer Völker. Unter diesen Bedingungen kann eine Verletzung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der Wechselbeziehungen zwischen den Parteien nicht nur Parteiinteressen, sondern auch die Interessen breiter Volksmassen berühren.

Geleitet von den höchsten Interessen unserer Sache, hat die KPdSU die Folgen des Personenkults um Stalin beseitigt und alles für eine vollständige Wiederherstellung der Leninischen Prinzipien der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den Bruderparteien, der Achtung der Souveränität der sozialistischen Länder getan. Das spielte eine gewaltige positive Rolle bei der Festigung der Einheit der gesamten großen sozialistischen Gemeinschaft. Es wurde eine günstige Atmosphäre dafür geschaffen, daß sich unsere Freundschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität eines jeden Staates, des gegenseitigen Beistandes und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit, der freiwilligen Erfüllung der internationalen Pflicht durch jedes Land festigt. Gleichzeitig möchten wir betonen, daß sozialistische Gleichberechtigung nicht nur gleiches Recht zur Teilnahme an der kollektiven Erarbeitung der gemeinsamen Linie bedeutet, sondern auch gleiche Verantwortung der Bruderpar-

teien der sozialistischen Länder für die Geschicke der gesamten Gemeinschaft.

In der Erklärung der Moskauer Beratung der Bruderparteien wurde die These von der Notwendigkeit des engsten Bündnisses der vom Kapitalismus abfallenden Länder, der Vereinigung ihrer Bemühungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus betont. Die Interessen des gesamten sozialistischen Systems und die nationalen Interessen sind harmonisch miteinander verbunden. Das Leben überzeugt davon, daß jedes Land seine nationalen Aufgaben am besten nur in engster Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern auf der Grundlage echter Einheit und gegenseitiger Hilfe lösen kann.

Unsere Einheit, unsere solidarischen Aktionen entstehen nicht spontan, sie werden von der objektiven Notwendigkeit diktiert, sie sind das Resultat der bewußten Tätigkeit, der zielstrebigsten internationalistischen Politik der marxistisch-leninistischen Parteien und ihrer unermüdlichen Sorge um den Zusammenschluß unserer Reihen.

Wir verschließen unsere Augen nicht davor, daß in den Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern eine unterschiedliche Auffassung dieser oder jener Fragen des inneren Aufbaus und der internationalen kommunistischen Bewegung, eine unterschiedliche Auffassung der Formen und Methoden unserer Zusammenarbeit auftreten kann. Dies ist möglich, denn die Länder des sozialistischen Welt-systems befinden sich in verschiedenen Etappen des Aufbaus der neuen Gesellschaft, ihre Erfahrungen bei der Entwicklung von Beziehungen mit der Außenwelt sind nicht in allem gleich. Man kann zugleich nicht ausschließen, daß das unterschiedliche Herangehen an die Lösung einzelner Probleme des Marxismus-Leninismus in diesen oder jenen Bruderparteien eine Ursache von Meinungsverschiedenheiten sein kann. Eine Übertreibung der Rolle der nationalen, spezifischen Besonderheiten kann zum Abweichen vom Marxismus-Leninismus führen. Ein Ignorieren der nationalen Besonderheiten

wiederm kann zur Loslösung vom Leben, von den Massen führen und der Sache des Sozialismus Schaden zufügen.

All dies verpflichtet uns dazu, uns ständig um die Ausarbeitung der Mittel und Methoden zu kümmern, die es uns ermöglichen, von prinzipiellen Positionen aus die entstandenen Meinungsverschiedenheiten mit minimalster Beeinträchtigung unserer gemeinsamen Sache beizulegen.

Wir Kommunisten können zwar miteinander debattieren, aber unter allen Umständen bleibt es unsere heilige Pflicht, die Völker unserer Länder im Geiste der engsten Solidarität mit allen Völkern der großen sozialistischen Gemeinschaft zu erziehen. Kommunisten sind verpflichtet, den Völkern nicht nur Liebe zu ihrem eigenen Vaterland, sondern auch Liebe zur großen sozialistischen Gemeinschaft, zu allen Menschen zu lehren. Es obliegt ihnen auch, jeden einzelnen Bewohner eines sozialistischen Landes seine brüderliche Verpflichtung den Werktätigen der ganzen Welt gegenüber zu lehren. Dies unterlassen, würde bedeuten, das erste Gebot der Kommunisten nicht erfüllen, das besagt, die marxistisch-leninistischen Parteien und alle Völker, die den Sozialismus aufbauen, zusammenzuschließen, unsere Einheit wie einen Augapfel zu hüten.

Ideologische oder taktische Meinungsverschiedenheiten dürfen unter keinen Umständen dazu benutzt werden, um nationalistische Gefühle und Vorurteile, Mißtrauen und Haß zwischen den sozialistischen Völkern zu schüren. Mit aller Verantwortlichkeit erklären wir, daß die KPdSU niemals auch nur einen einzigen Schritt getan hat oder tun wird, der bei den Völkern unseres Landes feindselige Gefühle gegen das chinesische Brudervolk oder andere Völker hervorrufen könnte. Im Gegenteil, unsere Partei propagiert unter allen Umständen unbeirrbar und konsequent die Ideen des Internationalismus, der herzlichen Freundschaft mit den Völkern der sozialistischen Länder, mit allen Völkern der Welt. Wir halten es für wichtig, dies zu betonen, und hoffen, daß das ZK der KPCh diesen Standpunkt teilen kann.

In der internationalen kommunistischen Bewegung, in der Arbeiter- und Befreiungsbewegung müssen die gemeinsamen Anstrengungen vereint und die Völker zum Kampf gegen den Imperialismus mobilisiert werden. Der Kampf ruft von Marx und Engels „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ bedeutet, daß einer solchen Vereinigung eine antiimperialistische Klassensolidarität zugrunde liegt und nicht nationale Zugehörigkeit, Hautfarbe oder geographisches Prinzip. Der Zusammenschluß der Massen zum Kampf gegen den Imperialismus nur nach dem Prinzip der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Kontinent, sei es Afrika, Asien, Lateinamerika oder Europa, kann den kämpfenden Völkern Schaden zufügen. Das würde in Wirklichkeit keine Vereinigung, sondern eine Spaltung der Kräfte der einheitlichen antiimperialistischen Front sein.

Die Kraft der kommunistischen Weltbewegung liegt in der Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus. Die KPdSU kämpft nach wie vor gegen ein Abweichen vom Marxismus-Leninismus, gegen jeglichen Opportunismus. Wir stehen fest zu den Thesen der Erklärung von 1960, in denen auf die Notwendigkeit des Kampfes an zwei Fronten hingewiesen wird — gegen den rechten und den linken Opportunismus. In der Erklärung wird richtig festgestellt, daß die Hauptgefahr in der kommunistischen Weltbewegung der Revisionismus ist, und gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, entschlossen gegen Sektierertum und Dogmatismus zu kämpfen, die in dieser oder jener Etappe der Entwicklung gewisser Parteien zur Hauptgefahr werden können, wenn man sie nicht konsequent bekämpft. Geleitet vom Interesse, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus entsprechend die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen, wird unsere Partei auch weiterhin einen entschiedenen Kampf sowohl gegen den rechten als auch gegen den linken Opportunismus führen, der jetzt nicht weniger gefährlich ist als der Revisionismus. Unversöhnlich in den prinzipiellen, grundlegenden Fragen der

Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung bleibend, gegen Revisionismus und Sektierertum kämpfend, werden wir keine Mühe scheuen, um auf dem Wege geduldiger kameradschaftlicher Erörterung die Fragen zu klären, über die eine verschiedene Auffassung zutage getreten ist, um alles, was unseren Zusammenschluß stört, aus dem Wege zu räumen. Hierbei gehen wir davon aus, daß bei der Kritik dieser oder jener Fehler in prinzipiellen Fragen des Marxismus-Leninismus sich die Bruderparteien wie auch die internationalen Beratungen der kommunistischen Bewegung die Aufgabe stellen, auf die Gefährlichkeit solcher Fehler hinzuweisen und zu helfen, sie zu berichtigen, und nicht zu verewigen. Wir streben mit aller Energie nach dem Zusammenschluß und nicht nach der Spaltung der revolutionären Kräfte, nicht nach Abspaltung dieser oder jener Teile unserer Bewegung. Es versteht sich von selbst, daß die Kommunisten keine Zugeständnisse in prinzipiellen Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie dulden können.

Als eine internationalistische Partei studiert die KPdSU aufmerksam die Erfahrungen des Kampfes der marxistisch-leninistischen Parteien in allen Ländern der Welt. Wir schätzen hoch den Kampf der Arbeiterklasse und ihres revolutionären Vortrupps — der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, der USA, Englands und der anderen kapitalistischen Länder, der kommunistischen Parteien der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die einen heroischen Kampf gegen die Unterjochung durch imperialistische Monopole, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, für nationale und soziale Freiheit führen.

Die kommunistischen Parteien haben sich zu einflußreichen Kräften der Nationen, zu Vortrupps der Kämpfer für das Glück ihrer Völker entwickelt. Nicht zufällig führt die Reaktion einen Schlag nach dem anderen gegen die Kommunisten, versucht sie, deren Willen zu brechen. Im Kampf gegen die kommunistische Bewegung bedient sich die Reaktion der abgedroschenen Lüge von der „Hand Moskaus“, das heißt

der Lüge, die kommunistischen Parteien seien angeblich keine nationale Kraft, sondern würden die Politik eines anderen Landes durchführen, ihm als Werkzeug dienen. Die Imperialisten tun dies mit der böswilligen Absicht, den wachsenden Einfluß der kommunistischen Parteien zu bekämpfen, um bei den Volksmassen Mißtrauen gegen diese hervorzurufen, um eine Rechtfertigung für die Unterdrückung der Kommunisten durch die Polizei zu finden.

Aber alle rechtschaffenen Menschen wissen, daß gerade die kommunistischen Parteien echte Sprecher und Verteidiger der nationalen Interessen, daß sie treue Patrioten sind, die im Kampf für das Glück des Volkes Heimatliebe und proletarischen Internationalismus miteinander verbinden. Die KPdSU hält es für ihre Pflicht, den heroischen Kampf ihrer Brüder in den kapitalistischen Ländern mit allen Mitteln zu unterstützen, die internationale Solidarität mit ihnen zu festigen.

Dies sind, in allgemeinen Zügen, einige unserer Überlegungen zu den wichtigsten prinzipiellen Fragen der Gegenwart, der Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung; wir hielten es für nötig, sie in diesem Brief zu berühren.

In der festen Überzeugung, daß der gegenwärtige Kurs der internationalen kommunistischen Bewegung, der seinen Ausdruck in der Deklaration und der Erklärung der Bruderparteien gefunden hat, der einzig richtige ist, meinen wir, daß auf dem bevorstehenden Treffen von Vertretern der KPdSU und der KPCh zweckmäßig die folgenden dringlichsten Probleme erörtert werden sollen:

a) Fragen des Kampfes für die weitere Festigung der Macht des sozialistischen Weltsystems und für seine Verwandlung in den entscheidenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft — das Hauptmerkmal unserer Epoche. Wir können gemeinsam erörtern, wie der Sieg der sozialistischen Länder im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus rascher und besser gewährleistet werden kann;

b) Fragen des Kampfes für den Frieden und die friedliche Koexistenz. Die Notwendigkeit, die Anstrengungen aller friedliebenden Kräfte für den Kampf um die Verhinderung eines neuen, thermonuklearen Weltkrieges zu vereinigen. Die Schaffung und Festigung der breitesten Einheitsfront der Friedenskämpfer. Die Entlarvung des reaktionären Wesens des Imperialismus, die Erhöhung der Wachsamkeit und die Mobilisierung der breiten Volksmassen zum Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch die Imperialisten, zur Vereitelung der aggressiven Pläne der Imperialisten, zur Isolierung der Kräfte der Reaktion und des Krieges. Die Durchsetzung des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in den internationalen Beziehungen. Der Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung, für die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges;

c) Fragen des Kampfes gegen den von den USA geführten Imperialismus. Die Ausnutzung der Schwächung der Positionen des Kapitalismus, der ständig wachsenden Labilität des gesamten kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus und vor allem der Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, der tiefen Krise der bürgerlichen Ideologie und Politik im Interesse unserer Sache. Die Unterstützung des Klassenkampfes und revolutionären Kampfes der Werktätigen der kapitalistischen Länder gegen die Monopole, für ihre soziale Befreiung, für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Völker;

d) Fragen der nationalen Befreiungsbewegung. Die Unterstützung und volle Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes der Völker. Der Kampf für die völlige und endgültige Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus in allen seinen Formen. Die Unterstützung der Völker, die gegen den Kolonialismus kämpfen, sowie der Länder, die ihre nationale Befreiung erkämpft haben. Die Entwicklung der

wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit diesen Ländern;

e) Fragen der Festigung der Einigkeit und Geschlossenheit der großen sozialistischen Gemeinschaft, der Reihen der kommunistischen Bewegung. Die Notwendigkeit, mit allen Mitteln die einflußreichste politische Kraft unserer Zeit — die internationale kommunistische Bewegung — zu festigen, besonders zu einer Zeit, da sich die imperialistische Reaktion zum Kampf gegen den Kommunismus zusammenschließt. Die Verhinderung aller Handlungen, die diese Einheit untergraben könnten, die solidarische Einhaltung der gemeinsam ausgearbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen durch jede Bruderpartei. Die Fortsetzung des Kampfes gegen Revisionismus und Dogmatismus als unbedingte Voraussetzung für die Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und für seine schöpferische Entwicklung, für weitere Erfolge der kommunistischen Bewegung. Die Entwicklung der Wechselbeziehungen der Bruderparteien auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Die Ausarbeitung gemeinsamer Maßnahmen zur Verstärkung des ideologischen und politischen Kampfes gegen Imperialismus und die Reaktion.

Bei den Verhandlungen können alle Fragen erörtert werden, die in Ihrem Brief aufgeworfen worden sind, Fragen, die von allgemeinem Interesse sind und sich aus den Aufgaben des Kampfes um die Verwirklichung der Beschlüsse der Moskauer Beratungen ergeben. Große Bedeutung hätte die Erörterung der Fragen, die mit der Festigung der Einigkeit zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China zusammenhängen.

In Ihrem Brief berühren Sie auch die albanische und die jugoslawische Frage. Wie wir Ihnen bereits schrieben, sind wir der Ansicht, daß diese Fragen, wenn sie auch von grundsätzlicher Bedeutung sind, doch nicht die Hauptprobleme der Gegenwart, die auf unserem Treffen der Erörterung harren, verdrängen können und dürfen.

Unsere Partei, die die Spaltertätigkeit der albanischen Führer verurteilt hat, unternahm gleichzeitig wiederholt die notwendigen Schritte zur Normalisierung der Beziehungen der Partei der Arbeit Albaniens zur KPdSU und zu den anderen Bruderparteien. Obwohl die Führer der Partei der Arbeit Albaniens in letzter Zeit mehrfach verleumderische Angriffe auf unsere Partei und auf das Sowjetvolk unternahmen und diese Angriffe fortsetzen, gehen wir, von den höchsten Interessen geleitet, nicht von dem Gedanken ab, daß die Beziehungen zwischen der KPdSU und der PAA verbessert werden können. Ende Februar dieses Jahres unternahm das ZK der KPdSU erneut eine Initiative und wandte sich an das ZK der PAA mit dem Vorschlag, ein zweiseitiges Treffen von Vertretern unserer beiden Parteien abzuhalten. Aber auch dieser unser kameradschaftlicher Schritt fand bei der albanischen Führung nicht das gebührende Echo. Die Führer der PAA hielten es nicht einmal für nötig, unseren Brief entgegenzunehmen, in dem der Vorschlag des ZK der KPdSU über eine zweiseitige Begegnung enthalten war. Später, nachdem es sich die albanischen Führer offenbar überlegt hatten, sandten sie einen Brief, in dem sie unter einer Reihe von Vorbehalten und Bedingungen von einem solchen Treffen sprechen. Wenn der Wunsch wirklich besteht, sind wir bereit, ein Treffen durchzuführen.

Was Jugoslawien betrifft, so sind wir, ausgehend von einer Analyse und Einschätzung der dortigen objektiven ökonomischen und politischen Bedingungen, der Auffassung, daß Jugoslawien ein sozialistisches Land ist, und in unseren Beziehungen zu ihm sind wir bestrebt, eine Annäherung zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der sozialistischen Gemeinschaft herbeizuführen, was der Linie der Bruderparteien, die auf die Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte in der Welt gerichtet ist, entspricht. Wir berücksichtigen auch gewisse positive Tendenzen, die sich in letzter Zeit im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leben Jugoslawiens bemerkbar machen. Zugleich sieht die KPdSU die ernstesten Mei-

nungsverschiedenheiten mit dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens in einer Reihe ideologischer Fragen und hält es für notwendig, darüber mit den jugoslawischen Genossen direkt zu sprechen und ihre falschen Anschauungen zu kritisieren.

In seinem Schreiben vom 9. März 1963 äußert das ZK der KP Chinas sein Einverständnis mit uns, daß jetzt in der Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung ein sehr kritischer Augenblick eingetreten ist. Von uns, von unseren Parteien und von der Richtigkeit unserer Politik hängt es ab, ob wir weiter zusammen in einer Reihe gehen oder es zulassen, uns in einen für die Arbeiterklasse sowie für die Völker unserer beiden Länder und alle Werktätigen schädlichen Kampf hineinzuziehen, der nur zur gegenseitigen Entfremdung, zur Schwächung der Kräfte des Sozialismus und zur Untergrabung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung führen kann.

Natürlich werden die KPdSU und die KP Chinas als große und starke Parteien aus dieser Situation mit geringerem Schaden hervorgehen. Aber für die anderen Bruderparteien, besonders für jene, die unter komplizierten Bedingungen arbeiten, werden große und dazu noch unnötige Schwierigkeiten entstehen, was selbstverständlich nicht unser Ziel ist.

Alles hängt davon ab, wie man in dieser ernstesten und komplizierten Situation verfahren soll. Soll man den Weg der weiteren Polemik beschreiten, sich von den Leidenschaften hinreißen und die Meinungsverschiedenheiten in Schimpfe-rien, unbegründete Beschuldigungen und Ausfälle gegen die Bruderparteien ausarten lassen, oder soll man in der Erkenntnis seiner hohen Verantwortung für das Schicksal unserer großen Sache, die Entwicklung der Ereignisse in eine andere Richtung lenken, das heißt bei sich den Mut finden, sich über das zu erheben, was uns heute trennt, die unkameradschaftliche Polemik einzustellen und die Bemühungen auf die Suche nach Wegen zur Festigung der kämpferischen sowjetisch-

chinesischen Zusammenarbeit und zur Festigung der Freundschaft aller Bruderparteien zu konzentrieren.

Wir verstehen, daß ohne Meinungsstreit keine Bewegung möglich ist, auch keine kommunistische. Keinerlei Meinungsverschiedenheiten und keinerlei Unzufriedenheit mit dem Verhalten der einen oder anderen Partei können aber Kampfmethoden rechtfertigen, die den Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung schaden. Je tiefgründiger und breiter wir die Ziele und Aufgaben der internationalen Arbeiterklasse auffassen, mit desto größerer Energie müssen wir danach streben, daß unsere Meinungsverschiedenheiten, so ernst sie heute auch scheinen mögen, ruhig und sachlich geprüft werden und daß diese Meinungsverschiedenheiten unsere positive Arbeit nicht stören und die revolutionäre Tätigkeit der internationalen Arbeiterklasse nicht desorganisieren.

Laßt uns zusammen für die konsequente Verwirklichung des marxistisch-leninistischen Kurses in der internationalen kommunistischen Bewegung, gegen den Revisionismus und Dogmatismus, für den Zusammenschluß der Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung, für die Achtung der kollektiv ausgearbeiteten Linie und gegen jegliche Verletzungen und willkürliche Auslegungen dieser Linie kämpfen.

Unsere Partei läßt sich nicht vom Rausch des polemischen Kampfes hinreißen, sondern ist in der Erkenntnis unserer gemeinsamen Verantwortung vor der kommunistischen Weltbewegung bestrebt, das gefährliche Abgleiten in eine neue Runde des Disputs zu vermeiden. Es ist allen offenkundig, daß auch wir eine ganze Menge zur Verteidigung der Leninischen Linie der KPdSU und des gemeinsamen Kurses der internationalen kommunistischen Bewegung auf die unbegründeten Angriffe, die in letzter Zeit in Artikeln der chinesischen Presse enthalten waren, zu sagen hätten. Und wenn wir das jetzt nicht tun, so deshalb, weil wir die Feinde der kommunistischen Bewegung nicht erfreuen wollen. Wir hoffen, daß man verstehen wird, wie schädlich eine sich verschärfende Polemik ist, und daß die Interessen der Geschlossenheit des

sozialistischen Systems und der internationalen kommunistischen Bewegung über alles gestellt werden. Deshalb schlagen wir Ihnen ein Treffen vor, nicht um den Kampf zu verschärfen, sondern um eine gegenseitige Verständigung über die außerordentlich wichtigen Fragen zu erzielen, die in der internationalen kommunistischen Bewegung entstanden sind.

Wir wissen, daß unsere Freunde in allen Ländern der Welt auf dieses Treffen warten und große Hoffnungen darauf setzen. Von uns, von unserem Willen und von unserer Vernunft hängt es ab, daß unser Treffen solche Resultate zeitigt, die unsere Freunde erfreuen und die Feinde des Kommunismus betrüben. Das wird unser gemeinsamer Beitrag zum Kampf für die Befreiung aller Unterdrückten, für den Sieg des Friedens und des Sozialismus auf der Erde und für den Triumph der großen revolutionären Lehre des Marxismus-Leninismus sein.

Mit kommunistischem Gruß!

**Das Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei der Sowjetunion**

OFFENER BRIEF DES ZENTRALKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJET-
UNION AN ALLE PARTEIORGANISA-
TIONEN, AN ALLE KOMMUNISTEN
DER SOWJETUNION

(14. Juli 1963)

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der KPdSU hält es für erforderlich, sich an Sie mit einem offenen Brief zu wenden, um in Zusammenhang mit dem Brief des ZK der Kommunistischen Partei Chinas vom 14. Juni 1963 seine Haltung zu überaus wichtigen Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung darzulegen.

Die sowjetischen Menschen wissen gut, daß unsere Partei und Regierung, die den Willen des gesamten Sowjetvolkes zum Ausdruck bringen, keine Anstrengungen scheuen, um die brüderliche Freundschaft mit den Völkern aller sozialistischen Länder, darunter mit dem chinesischen Volk zu festigen. Uns vereint der gemeinsame Kampf für den Sieg des Kommunismus. Wir haben ein Ziel, das gleiche Sehnen und die gleichen Hoffnungen.

Viele Jahre hindurch waren die Beziehungen zwischen unseren Parteien gut. Vor einiger Zeit jedoch sind zwischen der Kommunistischen Partei Chinas einerseits und der KPdSU sowie anderen Bruderparteien andererseits ernste Meinungsverschiedenheiten entstanden. Gegenwärtig rufen die Äußerungen und Handlungen der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, die die Geschlossenheit unserer Parteien und die Freundschaft unserer Völker untergraben, eine immer mehr zunehmende Besorgnis des Zentralkomitees der KPdSU hervor.

Das ZK der KPdSU hat seinerseits alles mögliche unternommen, um die entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Es hat im Januar dieses Jahres den Vorschlag über die Einstellung der offenen Polemik in der kommunistischen Bewegung mit dem Ziel unterbreitet, die strittigen Fragen ruhig und sachlich zu erörtern, und sie auf prinzipieller marxistisch-leninistischer Basis zu lösen. Dieser Vorschlag der KPdSU hat die wärmste Zustimmung aller Bruderparteien gefunden. Daraufhin wurde eine Übereinkunft über ein Zusammentreffen von Vertretern der KPdSU und der Kommunistischen Partei Chinas erreicht, das nunmehr auch in Moskau stattfindet.

Das ZK der KPdSU hoffte, daß die chinesischen Genossen, ebenso wie wir, guten Willen an den Tag legen und den Erfolg des Treffens im Interesse unserer Völker, im Interesse der Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung fördern. Nachdem bereits das Treffen von Vertretern der KPdSU und der KPCh in Moskau vereinbart, die Delegationen benannt und der Termin des Treffens festgesetzt worden waren, haben es die chinesischen Genossen — anstatt die bestehenden Unstimmigkeiten auf diesem Treffen zur Diskussion zu stellen — unerwartet als notwendig erachtet, offen vor der ganzen Welt nicht nur die alten Unstimmigkeiten darzulegen, sondern auch neue Beschuldigungen gegen die KPdSU und andere kommunistischen Parteien zu erheben. Das fand seinen Ausdruck in der Veröffentlichung des Briefes des ZK der KPCh vom 14. Juni dieses Jahres, in dem die Deklaration und die Erklärung der Moskauer Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien willkürlich ausgelegt und sehr wichtige Thesen dieser historischen Dokumente entstellt werden. Im Brief des ZK der KPCh sind unbegründete verleumderische Angriffe gegen unsere Partei und andere kommunistische Parteien, gegen die Beschlüsse des XX., XXI. und XXII. Parteitag und das Programm der KPdSU enthalten.

Das Präsidium des ZK der KPdSU kam nach dem Studium des Briefes — wie Sie aus der in der „Prawda“ am 19. Juni dieses Jahres veröffentlichten Erklärung des ZK der KPdSU wissen — zu der Schlußfolgerung, daß eine Veröffentlichung des Briefes des ZK der KPCh vom 14. Juni in der sowjetischen Presse zu diesem Zeitpunkt nicht zweckmäßig war. Eine Veröffentlichung des Briefes hätte selbstverständlich eine öffentliche Antwort unserer Seite notwendig gemacht, was zu einer weiteren Verschärfung der Polemik, einer Entfaltung der Leidenschaften und dadurch zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen unseren Parteien geführt hätte. Den Brief des ZK der KPCh zu veröffentlichen, war um so unzeitgemäßer, als das Treffen von Vertretern der KPdSU und der KPCh bevorstand, dessen Ziel unserer Meinung nach darin besteht, durch Erörterung der bestehenden Unstimmigkeiten in kameradschaftlicher Atmosphäre einem besseren gegenseitigen Verstehen unserer beiden Parteien in den wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Weltentwicklung sowie der Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die Vorbereitung und die Durchführung einer Beratung von Vertretern aller kommunistischen und Arbeiterparteien dienlich zu sein.

Gleichzeitig hat es das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU für notwendig erachtet, die Mitglieder des ZK der KPdSU sowie sämtliche Teilnehmer des Plenums mit dem Brief des ZK der KPCh bekanntzumachen und sie über das Wesen der Unstimmigkeiten der Führung der KPCh mit der KPdSU und anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu informieren.

Das Plenum des Zentralkomitees hat in seinem einstimmig gefaßten Beschluß die politische Tätigkeit des Präsidiums des ZK der KPdSU, sowie des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, des Genossen N. S. Chruschtschow, für den weiteren Zusammenschluß der Kräfte der kommunistischen Weltbewegung voll und ganz gebilligt; ebenso auch sämtliche vom Präsidium des ZK der KPdSU hinsichtlich der Beziehungen mit dem Zen-

tralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas unternommenen konkreten Schritte und Maßnahmen.

Das Plenum des ZK der KPdSU hat das Präsidium des ZK beauftragt, bei der Zusammenkunft mit den Vertretern der KPCh die Linie des XX., XXI. und XXII. Parteitages unserer Partei strikt einzuhalten, eine Linie, die auf den Beratungen der Vertreter der kommunistischen Parteien gebilligt und in der Deklaration sowie der Erklärung zum Ausdruck gebracht wurde, eine Linie, die durch das Leben und den Ablauf der internationalen Ereignisse voll und ganz bestätigt wurde. Das Plenum des Zentralkomitees hat die unbegründeten und verleumderischen Angriffe des ZK der Kommunistischen Partei Chinas gegen unsere Partei und andere kommunistische Parteien, gegen die Beschlüsse des XX., XXI. und XXII. Parteitages sowie gegen das Programm der KPdSU entschieden zurückgewiesen und — den Willen unserer ganzen Partei zum Ausdruck bringend — seine Bereitschaft und Entschlossenheit erklärt, den Kurs auf den Zusammenschluß der Bruderparteien und auf die Überwindung der bestehenden Unstimmigkeiten konsequent durchzuführen. Das Plenum erklärte, daß unsere Partei auch künftig bestrebt sein wird, die Einheit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus sowie der brüderlichen Freundschaft zwischen der KPdSU und der KPCh im Interesse des Kampfes für unsere gemeinsame Sache zu festigen.

Bedauerlicherweise zeigten die Ereignisse der letzten Zeit, daß die chinesischen Genossen die von uns an den Tag gelegte Zurückhaltung auf ihre Weise deuteten. Unser aufrichtiges Bestreben, eine Verschärfung der Polemik in der kommunistischen Bewegung zu vermeiden, stellen sie geradezu als die Absicht hin, vor den Kommunisten, vor dem Sowjetvolk, die Ansichten der chinesischen Führer zu verheimlichen. Nachdem die chinesischen Genossen unsere Zurückhaltung als Schwäche aufgefaßt haben, begannen sie entgegen den Normen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen sozialistischen Bruderländern, mit zunehmender Aufdringlichkeit und

Hartnäckigkeit in Moskau und in anderen Städten der Sowjetunion ungesetzlich den Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni zu verbreiten, der in russischer Sprache in einer Massenauf-
lage gedruckt worden war. **Und damit nicht genug, began-
nen die chinesischen Genossen diesen Brief und andere gegen
unsere Partei gerichtete Dokumente verstärkt in der ganzen
Welt zu propagieren und zu verbreiten, wobei sie nicht da-
vor zurückschreckten, imperialistische Verlage und Agentu-
ren zu benutzen.**

Die ganze Sache wird dadurch verschlimmert, daß, als das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR die
Aufmerksamkeit des Botschafters der Volksrepublik China in
der Sowjetunion auf die Unzulässigkeit derartiger **Handlun-
gen lenkte, welche die Souveränität unseres Staates in grober
Weise verletzen**, die chinesischen Vertreter diese Aktionen
nicht nur nicht einstellten, sondern demonstrativ erklärten,
sie hielten es für ihr Recht, den Brief auch weiterhin in der
UdSSR zu verbreiten.

Am 7. Juli, nachdem bereits in Moskau das Treffen begon-
nen hatte, wurde in Peking eine Massenkundgebung organi-
siert, auf der offizielle Persönlichkeiten die chinesischen An-
gestellten, die wegen der ungesetzlichen Verbreitung von
Materialien, die Angriffe auf unsere Partei und die Sowjet-
regierung enthalten, aus der Sowjetunion ausgewiesen wur-
den, als Helden begrüßten. **In dem Bemühen, im chinesi-
schen Brudervolk feindselige Gefühle und Stimmungen
gegenüber der UdSSR zu entfachen, versuchten die offiziellen
chinesischen Persönlichkeiten auf der Kundgebung immer
wieder ihr Recht zu beweisen, die Souveränität unseres Staa-
tes und die Normen der internationalen Beziehungen zu ver-
letzen.** Am 10. Juli trat das ZK der KPCh mit einer neuen
Erklärung auf, in der es derartige Handlungen rechtfertigt
und **sich faktisch das Recht aneignen möchte, sich in die in-
neren Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen**, was
die Sowjetregierung natürlich niemals dulden wird. Derar-

tige Handlungen führen unweigerlich zur Verschärfung der
Beziehungen und können nur Schaden anrichten.

Im Leitartikel der „Renmin Ribao“ vom 13. Juli werden
erneut Angriffe gegen unsere Partei gerichtet und die Tat-
sache, daß der Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni in der
sowjetischen Presse nicht veröffentlicht wurde, im falschen
Licht dargestellt.

Die offen feindseligen Handlungen der Führer der KPCh,
ihr hartnäckiges Bestreben, die Polemik in der internationalen
kommunistischen Bewegung zu verschärfen, die bewußte Ent-
stellung des Standpunktes unserer Partei, die falsche Ausle-
gung der Motive, aus denen wir uns vorübergehend der
Publikation enthielten, veranlassen uns, den Brief des ZK der
KPCh vom 14. Juni 1963 zu veröffentlichen und eine Ein-
schätzung dieses Dokuments zu geben.

Jeder, der den Brief des ZK der KPCh liest, gewahrt hinter
den tönenden Phrasen von der Einheit und Geschlossenheit
feindselige, verleumderische Ausfälle gegen unsere Partei
und das Sowjetland, das Bestreben, die historische Bedeutung
des Kampfes unseres Volkes für den Sieg des Kommunismus in
der UdSSR, für den Triumph des Friedens und des Sozialismus
in aller Welt herabzusetzen. Was gibt es nicht alles für
direkte und indirekte Beschuldigungen an die Adresse der
KPdSU und der Sowjetunion in diesem Dokument! Die Ver-
fasser des Briefes erlauben sich unwürdige, für Kommunisten
beleidigende Erfindungen über einen „Verrat an den Interes-
sen des gesamten internationalen Proletariats und an den Völ-
kern der ganzen Welt“, über ein „Abgehen vom Marxismus-
Leninismus und vom proletarischen Internationalismus“; sie
machen Andeutungen wie „Feigheit vor den Imperialisten“,
„Schritt zurück im Lauf der historischen Entwicklung“ und
sogar „organisatorische und moralische Entwaffnung des Pro-
letariats und aller Werktätigen“, was einem „Dienst bei der
Restaurierung des Kapitalismus“ in unserem Lande gleich-
komme. Wie ist es nur möglich, solches über die Partei des
großen Lenin zu sagen, über das Geburtsland des Sozialismus,

über das Volk, das als erstes in der Welt die sozialistische Revolution vollzogen, seine großen Errungenschaften in erbitterten Gefechten mit dem internationalen Imperialismus und der inneren Konterrevolution verteidigt hat, das Wunder an Heldenmut und Selbstlosigkeit im Kampf für den Aufbau des Kommunismus vollbringt und dabei gleichzeitig in Ehren seine internationale Pflicht vor den Werktätigen der ganzen Welt ehrlich erfüllt!

I

Seit fast einem halben Jahrhundert kämpft das Sowjetland unter der Führung der Kommunistischen Partei für den Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus, für die Freiheit und das Glück der Werktätigen auf dem ganzen Erdball. Seit den ersten Tagen des Bestehens des Sowjetstaates, als der große Lenin an der Spitze unseres Landes stand, erwieis und erweist auch heute unser Volk den Völkern, die für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus und Kolonialismus und für den Aufbau eines neuen Lebens kämpfen, eine gewaltige, selbstlose Hilfe.

Es gibt in der Weltgeschichte keine Beispiele dafür, daß ein einzelnes Land anderen Ländern bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in so großem Umfang Hilfe leistete.

Die brüderliche Solidarität des Sowjetvolkes und unserer Partei fühlten in vollem Maße auch die Werktätigen Chinas, die chinesischen Kommunisten sowohl in der Periode ihres revolutionären Kampfes für die Befreiung ihres Heimatlandes als auch in den Jahren des Aufbaus des Sozialismus. Unmittelbar nach der Bildung der Volksrepublik China schloß die Sowjetregierung mit der Regierung Volkschinas einen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitige Hilfe, der ein mächtiges Mittel zur Abwehr der Anschläge des Im-

perialismus und ein Faktor zur Festigung des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen Welt ist.

Das Sowjetvolk teilte alle seine langjährigen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau, die Erfolge auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik großzügig mit seinen chinesischen Brüdern. Unser Land leistete und leistet bei der Entwicklung der Wirtschaft Volkschinas bedeutende Hilfe. Mit der aktiven Hilfe der Sowjetunion errichtete Volkschina 198 Industriebetriebe, Werkhallen und Objekte, die auf das modernste ausgerüstet sind. Unter Mitwirkung unseres Landes wurden in China solche neuen Industriezweige geschaffen wie der Automobilbau, der Traktorenbau, die Flugzeugindustrie und andere. Die Sowjetunion übergab der Volksrepublik China mehr als 21 000 komplette wissenschaftlich-technische Dokumentationen, darunter mehr als 1400 Projekte von Großbetrieben. Stets leisteten wir China bei der Stärkung der Verteidigung des Landes und bei der Schaffung einer modernen Verteidigungsindustrie Hilfe. An sowjetischen Hochschulen und in unseren Betrieben wurden Tausende von chinesischen Spezialisten und Arbeitern ausgebildet. Auch heute leistet die Sowjetunion der Volksrepublik China beim Bau von 88 Industriebetrieben und Objekten weiterhin technische Hilfe. Wir erwähnen das alles nicht, um damit zu prahlen, sondern deshalb, weil die Führung der KPCh in der letzten Zeit bemüht ist, die Bedeutung der sowjetischen Hilfe herabzumindern. Wir aber vergessen nicht, daß die Sowjetunion ihrerseits aus der Volksrepublik China die von ihr benötigten Waren erhielt.

Vor nicht allzu langer Zeit sprachen die chinesischen Führer viel und zu Recht über die Freundschaft der Völker Chinas und der Sowjetunion, über die Einheit der KPdSU und der KPCh, sie schätzten die sowjetische Hilfe hoch ein und riefen dazu auf, aus den Erfahrungen der Sowjetunion zu lernen.

Genosse Mao Tse-tung sagte 1957: „Das chinesische Volk genoß im Verlauf des Kampfes für die nationale Befreiung die brüderliche Sympathie und Unterstützung des sowjeti-

schen Volkes. Nach dem Sieg der chinesischen Revolution erweist die Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus in China ebenfalls eine große und allseitige Hilfe. All das wird das chinesische Volk niemals vergessen.“

Es ist nur zu bedauern, daß die chinesischen Führer das zu vergessen begannen.

Unsere Partei, alle sowjetischen Menschen freuten sich über die Erfolge des großen chinesischen Volkes beim Aufbau des neuen Lebens und waren stolz darauf. Bei dem festlichen Empfang anlässlich des 10. Jahrestages der Volksrepublik China in Peking sagte Genosse N. S. Chruschtschow: „Das heroische und fleißige Volk Chinas hat unter der Führung seiner ruhmreichen Kommunistischen Partei demonstriert, wozu ein Volk fähig ist, wenn es die Macht in die eigenen Hände nimmt . . . Jetzt werden die Erfolge des chinesischen Volkes, der Kommunistischen Partei Chinas von allen anerkannt. Die Völker Asiens und Afrikas sehen, auf welchem Wege, bei welchem System die Talente, die schöpferischen Kräfte der Völker wirklich entfaltet werden können, wann das Volk seine mächtige Schöpferkraft in ihrer vollen Breite und Tiefe offenbaren kann.“

So standen die Dinge bis zu der Zeit, da die chinesischen Führer begannen, vom gemeinsamen Kurs der kommunistischen Weltbewegung abzuweichen.

Im April 1960 legten die chinesischen Genossen ihre Meinungsverschiedenheiten mit der kommunistischen Weltbewegung offen dar, indem sie unter dem Titel „Es lebe der Leninismus!“ eine Sammlung von Artikeln veröffentlichten. Dieser Sammelband, dem Verfälschungen sowie zurechtgestutzte und unrichtig ausgelegte Leitsätze bekannter Arbeiten Lenins zugrunde lagen, enthielt Thesen, die dem Wesen nach gegen die Grundlagen der vom Genossen Mao Tse-tung im Namen der KPCh unterschriebenen Deklaration der Moskauer Beratung von 1957 gerichtet waren, gegen die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, gegen die Möglichkeit der Verhinde-

rung eines Weltkrieges in der gegenwärtigen Epoche, gegen die Ausnutzung sowohl des friedlichen als auch des nicht-friedlichen Entwicklungsweges der sozialistischen Revolutionen. Die Führer der KPCh begannen, ihre Anschauungen allen Bruderparteien aufzudrängen. Im Juni 1960 veranstalteten die chinesischen Führer während einer Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes in Peking ohne Wissen der Führungen der Bruderparteien eine Beratung von Vertretern einer Reihe Parteien, die sich damals in Peking befanden. Sie begannen mit einer offenen Kritik der Position der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien sowie der Deklaration, die von der Moskauer Beratung 1957 angenommen worden war. Außerdem brachten die chinesischen Genossen ihre Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU und anderen Bruderparteien auf die offene Tribüne einer nichtparteigebundenen Organisation.

Derartige Schritte der Führung der KPCh riefen ernste Beunruhigung in den Bruderparteien hervor. Unter Berücksichtigung dessen wurde auf der Bukarester Beratung der kommunistischen Parteien von 1960 der Versuch gemacht, die entstandenen Meinungsverschiedenheiten mit den Führern der KPCh zu behandeln. Vertreter von 50 kommunistischen und Arbeiterparteien unterzogen die Ansichten und Handlungen der chinesischen Führer einer kameradschaftlichen Kritik und forderten sie auf, auf den Weg der Einheit und Zusammenarbeit mit der internationalen kommunistischen Bewegung in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Moskauer Erklärung zurückzukehren. Bedauerlicherweise hat die Führung der KPCh diese Hilfe mißachtet, ihren falschen Kurs weiter verfolgt und ihre Meinungsverschiedenheiten mit den Bruderparteien weiter vertieft.

In dem Bestreben, eine solche Entwicklung der Ereignisse nicht zuzulassen, machte das ZK der KPdSU den Vorschlag, Besprechungen mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas durchzuführen. Diese Besprechungen fanden im September 1960 in Moskau statt. Infolge des hartnäckigen

Sträubens der Delegation der KPCh, auf die Meinung der Bruderparteien zu hören, gelang es auch damals nicht, die entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Auf der Beratung der Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1960 erfolgte, wies die absolute Mehrheit der Bruderparteien die falschen Ansichten und Konzeptionen der Führung der KPCh zurück. Die chinesische Delegation beharrte auf dieser Beratung hartnäckig auf ihren besonderen Ansichten und unterzeichnete die Erklärung erst, als die Gefahr ihrer völligen Isolierung drohte.

Es ist jetzt völlig offenkundig geworden, daß die Führer der KPCh, als sie ihre Unterschrift unter die Erklärung vom Jahre 1960 setzten, nur monövierten. Bald nach der Beratung begannen sie erneut, ihren Kurs zu propagieren, wobei sie als Sprachrohr die Führung der Partei der Arbeit Albaniens benutzten. Hinter dem Rücken unserer Partei entfesselten sie eine Kampagne gegen die Sowjetregierung.

Im Oktober 1961 unternahm das ZK der KPdSU neue Versuche zur Normalisierung der Beziehungen mit der KPCh. Die Genossen N. S. Chruschtschow, F. R. Koslow und A. I. Mikojan hatten Unterredungen mit den Genossen Tschou En-lai, Peng Tschen und anderen führenden Funktionären, die zum XXII. Parteitag der KPdSU gekommen waren. Genosse N. S. Chruschtschow legte der chinesischen Delegation ausführlich den Standpunkt des ZK der KPdSU zu den prinzipiellen Fragen dar, die auf dem XXII. Parteitag erörtert wurden. Er betonte unser unverändertes Bemühen, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Chinas zu festigen.

In seinen Briefen vom 22. Februar und 31. Mai 1962 lenkte das ZK der KPdSU die Aufmerksamkeit des ZK der KPCh auf die gefährlichen Folgen einer Schwächung der Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung für unsere gemeinsame Sache. Wir schlugen damals den chinesischen Genossen vor, Schritte zu unternehmen, die es den Imperialisten unmöglich machen, die in den sowjetisch-chinesischen Bezie-

hungen entstandenen Schwierigkeiten für ihre Interessen auszunutzen. Das ZK der KPdSU schlug ferner vor, wirksamere Maßnahmen in solchen Fragen wie dem Austausch innenpolitischer Informationen, der Koordinierung der Positionen der Bruderparteien in den internationalen demokratischen Organisationen und auf anderen Gebieten zu ergreifen.

Jedoch haben diese Briefe sowie andere praktische Schritte, die auf eine Verbesserung der Beziehungen mit der KPCh und der Volksrepublik China auf allen Ebenen gerichtet waren, in Peking keinen Widerhall gefunden.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte das Präsidium des ZK der KPdSU vor der Abreise des ehemaligen Botschafters der Volksrepublik China in der Sowjetunion, des Genossen Liu Hsiao, aus Moskau mit diesem eine längere Unterredung. Im Laufe dieses Gesprächs ergriffen die Mitglieder des Präsidiums des ZK erneut die Initiative, um die chinesisch-sowjetische Freundschaft zu festigen. Genosse N. S. Chruschtschow bat den Genossen Liu Hsiao, dem Genossen Mao Tse-tung unseren Vorschlag zu übermitteln: „Alle Streitigkeiten und Unstimmigkeiten beiseite zu lassen, nicht zu untersuchen, wer recht und wer schuld hat, nicht Vergangenes aufzurühren, sondern eine neues Kapitel in unseren Beziehungen zu beginnen.“ Auf diesen aufrichtig gemeinten Appell haben wir nicht einmal eine Antwort erhalten.

Die Führer der KPCh vertieften ihre ideologischen Differenzen mit den Bruderparteien und begannen sie auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu übertragen. Die chinesischen Stellen begannen, die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen der Volksrepublik China mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern einzuschränken. Auf Initiative der Regierung der Volksrepublik China ist das Handelsvolumen Chinas mit der Sowjetunion in den letzten drei Jahren fast auf ein Drittel zurückgegangen; die Lieferungen von kompletten Ausrüstungen sind auf ein Vierzigstel zurückgegangen. Dieser Rückgang erfolgte auf Initiative der chinesischen Führer. Wir bedauern, daß die Führung

der VR China einen solchen Weg eingeschlagen hat. Wir waren stets der Ansicht und sind es auch heute noch, daß man die sowjetisch-chinesischen Beziehungen und die Zusammenarbeit weiterentwickeln muß. Das würde beiden Seiten und vor allem Volkschina zum Vorteil gereichen, das von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern eine große Hilfe erhalten hat. Die Sowjetunion hat früher ausgedehnte Beziehungen mit China unterhalten und setzt sich auch heute für ihre Erweiterung und nicht für ihre Einschränkung ein. Man sollte meinen, die Führung der KPCh müßte in erster Linie dafür sorgen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu entwickeln. Sie aber hat in entgegengesetzter Richtung zu handeln begonnen, ohne Rücksicht zu nehmen auf den Schaden, den solche Handlungen der Wirtschaft der VR China zufügen.

Die chinesischen Führer haben ihrem Volk nicht die Wahrheit darüber gesagt, wer die Schuld an der Einschränkung dieser Beziehungen trägt. Unter den chinesischen Kommunisten und sogar unter der Bevölkerung wurde eine weitgehende Propaganda entfaltet, welche die Diskreditierung der Außen- und Innenpolitik der KPdSU, die Entfachung einer antisowjetischen Stimmung zum Ziele hatte.

Das ZK der KPdSU lenkte die Aufmerksamkeit der chinesischen Genossen auf diese falschen Handlungen. Wir haben den chinesischen Genossen gesagt, daß man nicht in Abhängigkeit von entstehenden Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten das Volk dazu veranlassen darf, daß es einmal diese oder jene Partei lobt und sie das nächste Mal ver wünscht. Jedem Kommunisten ist klar, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Bruderparteien nichts anderes sind als eine vorübergehende Episode, während die Beziehungen zwischen den Völkern der sozialistischen Länder heute für ewige Zeiten geschaffen werden.

Die chinesischen Führer jedoch überhörten immer wieder die kameradschaftlichen Warnungen der KPdSU und verschärften die chinesisch-sowjetischen Beziehungen weiter.

Seit Ende 1961 begannen die chinesischen Vertreter in den internationalen demokratischen Organisationen offen ihre fehlerhaften Ansichten aufzudrängen. Im Dezember 1961 trat die chinesische Delegation auf der Stockholmer Tagung des Weltfriedensrates gegen die Einberufung eines Weltkongresses für Frieden und Abrüstung auf. Im Laufe des Jahres 1962 wurde die Tätigkeit des Weltgewerkschaftsbundes, der Weltfriedensbewegung, der Bewegung für afro-asiatische Solidarität, des Weltbundes der Demokratischen Jugend, der internationalen Demokratischen Frauenföderation und vieler anderer Organisationen infolge der Spaltertätigkeit der chinesischen Vertreter gefährdet. Sie traten gegen die Teilnahme von Vertretern der afro-asiatischen Solidaritätskomitees der europäischen sozialistischen Länder an der III. Solidaritätskonferenz der Länder Asiens und Afrikas in Moshi auf. Der Leiter der chinesischen Delegation erklärte den sowjetischen Vertretern, daß „Weiße hier nichts zu suchen hätten“. Auf der Journalistenkonferenz in Djakarta verfolgten die chinesischen Vertreter den Kurs, sowjetische Journalisten nicht als vollberechtigte Teilnehmer zuzulassen mit der Begründung, daß die Sowjetunion (!) nicht zu den Ländern Asiens gehöre.

Es ist seltsam und verwunderlich, daß die chinesischen Genossen die überwältigende Mehrheit des kürzlichen Weltfrauenkongresses der Spaltertätigkeit und einer falschen politischen Linie beschuldigten, während zu gleicher Zeit bei der Annahme des Appells an die Frauen aller Kontinente von den auf dem Kongreß vertretenen 110 Ländern die Vertreterinnen von nur zwei Ländern — China und Albanien — dagegen stimmten. Demnach hielte also nicht die ganze, viele Millionen zählende Armee der freiheitliebenden Frauen Schritt, sondern nur zwei marschierten richtig in Reih und Glied!

Das ist — kurz gesagt — die Geschichte der Meinungsverschiedenheiten der chinesischen Führung mit der KPdSU und anderen Bruderparteien. Sie zeigt, daß die Führer der KPCh dem gemeinsamen Kurs der kommunistischen Bewegung ihre besondere Linie gegenüberstellen und danach trach-

ten, ihr ihr Diktat und ihre zutiefst falschen Ansichten über die grundlegenden Probleme der Gegenwart aufzuzwingen.

II

Worin liegt das Wesen der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh einerseits und der KPdSU und der internationalen kommunistischen Bewegung andererseits? Diese Frage stellt sich zweifellos jeder, der sich mit dem Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni vertraut macht.

Viele Thesen dieses Briefes können auf den ersten Blick Erstaunen auslösen: Mit wem streiten eigentlich die chinesischen Genossen? Gibt es etwa Kommunisten, die zum Beispiel gegen die sozialistische Revolution sind oder es nicht für ihre Pflicht halten, gegen den Imperialismus zu kämpfen und die nationale Befreiungsbewegung zu unterstützen? Warum stellt die Führung der KPCh so aufdringlich derartige Thesen auf?

Es kann sich auch folgende Frage ergeben: Warum darf man nicht den im Brief der chinesischen Genossen dargelegten Standpunkten zu vielen wichtigen Problemen zustimmen? Nehmen wir nur ein solch grundlegendes Problem wie Krieg und Frieden. In seinem Brief spricht das ZK der KPCh vom Frieden und von der friedlichen Koexistenz.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß die chinesischen Genossen, als sie ihren Feldzug gegen die Richtlinien der marxistisch-leninistischen Parteien zu den Grundproblemen der Gegenwart begannen, erstens der KPdSU und anderen marxistisch-leninistischen Parteien Auffassungen zuschrieben, die sie niemals zum Ausdruck brachten, die ihnen fremd sind; zweitens durch Anerkennung von Formeln und Richtlinien, die Dokumenten der kommunistischen Bewegung entnommen sind, in Worten ihre irrigen Ansichten und falschen Positionen zu tarnen versuchen. Offen gegen den Friedenskampf der Völker, gegen die Koexistenz von Staaten mit unterschied-

licher sozialer Ordnung, gegen die Abrüstung usw. aufzutreten, würde bedeuten, die eigenen Positionen vor den Augen der Kommunisten der ganzen Welt und der friedliebenden Völker zu entlarven und diese von sich abzustößen. Deshalb nehmen sie um so eifriger zu dieser Tarnung Zuflucht, je weiter die Polemik fortschreitet, je mehr die Schwäche der Positionen der Führung der KPCh bloßgelegt wird. Berücksichtigt man nicht diese Methode der chinesischen Genossen, könnte es für einen Außenstehenden sogar den Anschein haben, daß der Streit scholastischen Charakter angenommen hat, daß es um einzelne Formulierungen geht, die den Problemen des Lebens entfernt sind.

Tatsächlich stehen aber Fragen im Mittelpunkt des Streits, die die lebenswichtigen Interessen der Völker berühren.

Das sind Fragen, bei denen es um Krieg oder Frieden geht, das ist die Frage der Rolle und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, das sind Fragen des Kampfes gegen die Ideologie und Praxis des „Personenkults“, das sind Fragen der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung der Welt und des nationalen Befreiungskampfes.

Diese Fragen sind vom Leben selbst, durch die tiefgreifenden Veränderungen in den sozialistischen Ländern und in der ganzen Welt, durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus im Verlauf der letzten Jahre, durch die neuen Möglichkeiten für unsere Bewegung aufgeworfen worden. Die kommunistische Bewegung mußte eine Antwort auf diese Fragen geben und hat sie gegeben, indem sie die Generallinie entsprechend den Bedingungen und Erfordernissen der gegenwärtigen Etappe der Weltentwicklung ausarbeitete.

Nach übereinstimmender Auffassung der kommunistischen Parteien hat dabei der XX. Parteitag der KPdSU, der eine neue Etappe in der Entwicklung der gesamten kommunistischen Bewegung einleitete, eine gewaltige Rolle gespielt. Diese Einschätzung wurde in die Deklaration von 1957 und in die Erklärung von 1960 aufgenommen — in die kollektiv

erarbeiteten Dokumente der kommunistischen Parteien, die den politischen Generalkurs der kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Epoche formulierten.

Die Führer der KPCh haben jedoch jetzt diesem Kurs einen anderen Kurs entgegengesetzt. Ihre Positionen weichen in den Grundfragen immer mehr von der gemeinsamen Linie der kommunistischen Bewegung ab.

Das bezieht sich in erster Linie auf die Frage Krieg oder Frieden.

In der Einschätzung der Probleme von Krieg und Frieden, im Herangehen an ihre Lösung, darf es keinerlei Unklarheiten, nichts Unausgesprochenes geben, denn das berührt die Schicksale der Völker, die Zukunft der ganzen Menschheit.

Das ZK der KPdSU erachtet es als seine Pflicht, der Partei und dem Volk mit aller Offenheit zu sagen, daß in den Fragen von Krieg und Frieden zwischen der Führung der KPCh und uns sowie der kommunistischen Weltbewegung grundsätzliche, prinzipielle Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind. Ihr Wesen besteht im gegensätzlichen Herangehen an so äußerst wichtige Probleme wie die Möglichkeit, einen weltweiten Kernwaffenkrieg zu verhindern, wie die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, wie der Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Frieden und der Entwicklung der revolutionären Weltbewegung.

Unsere Partei hat in den Beschlüssen des XX. und XXII. Parteitag, die kommunistische Weltbewegung hat in den Deklarationen und Erklärungen den Kampf für den Frieden, die Verhütung einer thermonuklearen Weltkatastrophe zur erstrangigen Aufgabe der Kommunisten erklärt. Wir schätzen das Kräfteverhältnis in der Welt real ein und ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß, obgleich sich das Wesen des Imperialismus nicht verändert hat und die Gefahr der Entstehung eines Krieges nicht beseitigt ist, es möglich ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen die Friedenskräfte, deren Hauptbollwerk die mächtige Gemeinschaft der sozialistischen

Staaten ist, mit vereinten Kräften einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Wir schätzen auch die grundlegende qualitative Veränderung der Mittel der Kriegführung nüchtern ein und somit auch die möglichen Folgen eines solchen Krieges. **Die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert.** Diese Waffen verfügen über eine noch nicht dagewesene Zerstörungskraft. Es genügt zu sagen, daß die Explosionskraft einer einzigen mächtigen thermonuklearen Bombe die Explosionskraft aller Kampfmittel übersteigt, die in allen vorausgegangenen Kriegen einschließlich des ersten und des zweiten Weltkrieges eingesetzt wurden. Von solchen Bomben aber sind viele Tausende angehäuft!

Haben Kommunisten das Recht, diese Gefahr zu ignorieren? Müssen wir nicht dem Volk die ganze Wahrheit über die Folge eines thermonuklearen Krieges sagen? Wir sind der Auffassung, daß wir das unbedingt tun müssen. Das kann keine „lähmende“ Wirkung auf die Massen haben, wie die chinesischen Genossen behaupten. Im Gegenteil, die Wahrheit über den modernen Krieg mobilisiert den Willen und die Energie der Massen zum Kampf für Frieden und gegen Imperialismus — die Quelle der Kriegsgefahr.

Die historische Aufgabe der Kommunisten besteht darin, den Kampf der Völker für die Verhinderung eines thermonuklearen Weltkrieges zu organisieren und an der Spitze dieses Kampfes zu stehen.

Die Verhütung eines neuen Weltkrieges ist eine Aufgabe, die durchaus real und zu erfüllen ist. **Der XX. Parteitag unserer Partei zog die höchst bedeutsame Schlußfolgerung, daß es in unserer Zeit keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen Staaten gibt.** Diese Schlußfolgerung ist nicht die Frucht edler Regungen, sondern das Ergebnis einer realistischen, streng wissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses der Klassenkräfte in der Weltarena; sie beruht auf der gigantischen Kraft des Weltsozialismus. Un-

sere Auffassungen zu dieser Frage werden von der gesamten weltweiten kommunistischen Bewegung geteilt. „Man kann einen Weltkrieg verhindern“; „bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, wird sich die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten“, wird in der Erklärung betont.

Unter dieser Erklärung steht auch die Unterschrift der chinesischen Genossen.

Wie aber ist die Position der Führung der KPCh? Was können die von ihr propagierten Thesen bedeuten: Mit dem Krieg kann man nicht Schluß machen, solange der Imperialismus besteht; die friedliche Koexistenz ist eine Illusion, sie ist nicht das Generalprinzip der Außenpolitik der sozialistischen Länder; der Kampf für den Frieden stört den revolutionären Kampf?

Diese Thesen bedeuten, daß sich die chinesischen Genossen in Fragen von Krieg und Frieden dem allgemeinen Kurs der kommunistischen Weltbewegung entgegenstellen. Sie glauben nicht an die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkrieges, sie unterschätzen die Kräfte des Friedens und des Sozialismus und überschätzen die Kräfte des Imperialismus, sie ignorieren faktisch die Mobilisierung der Volksmassen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Hieraus folgt, daß die chinesischen Genossen nicht an die Fähigkeit der Völker der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterklasse, aller demokratischen und friedliebenden Kräfte glauben, die Pläne der Kriegsbrandstifter zu vereiteln und den Frieden für unsere und die zukünftigen Generationen zu erkämpfen. Was steckt hinter den lauten revolutionären Phrasen der chinesischen Genossen? Der Unglaube an die Kräfte der Arbeiterklassen, an ihre revolutionären Fähigkeiten, der Unglaube sowohl an die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz als auch an den Sieg des Proletariats im Klassenkampf. Im Kampf für die Verhütung des Krieges vereinigen sich alle friedliebenden Kräfte. Ihrer

klassenmäßigen Zusammensetzung und ihren Klasseninteressen nach sind sie verschieden. Aber sie kann der Kampf für den Frieden, für die Verhütung des Krieges vereinen, weil die Atombombe sich nicht an das Klassenprinzip hält — sie vernichtet alle, die in den Bereich ihrer Zerstörungskraft geraten.

Den von den chinesischen Genossen vorgeschlagenen Weg beschreiten hieße, die Volksmassen von den kommunistischen Parteien, die sich durch ihren beharrlichen und mutigen Kampf für den Frieden die Sympathien der Völker erworben haben, wegzustoßen.

Im Bewußtsein der breiten Massen sind Sozialismus und Frieden jetzt nicht mehr zu trennen!

Die chinesischen Genossen unterschätzen offensichtlich die ganze Gefahr eines Kernwaffenkrieges. „Die Atombombe ist ein Papiertiger!“, sie ist „durchaus nicht so schrecklich“, behaupten sie. Das Wichtigste ihrer Ansicht nach ist es, so rasch wie möglich mit dem Imperialismus Schluß zu machen, auf welchem Wege aber, unter welchen Verlusten dies erreicht wird, das ist angeblich eine zweitrangige Frage. Für wen, mit Verlaub gesagt, ist es denn eine zweitrangige Frage? Für die Hunderte Millionen Menschen etwa, die im Falle der Entfesselung eines Kernwaffenkrieges zum Untergang verurteilt wären? Für die Staaten etwa, die bereits in den ersten Stunden eines solchen Krieges vom Erdboden getilgt würden?

Niemand, auch nicht die großen Staaten, haben das Recht, mit dem Schicksal von Millionen Menschen zu spielen. Zu verurteilen sind jene, die keine Anstrengungen machen wollen, um den Weltkrieg aus dem Leben der Völker auszuschalten, um die Massenvernichtung von Menschen und die Zerstörung von Werten der menschlichen Zivilisation zu verhindern.

Im Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni wird viel von „unvermeidlichen Opfern“ angeblich im Namen der Revolution gesprochen. Einige verantwortliche chinesische Führer sprachen ferner von der Möglichkeit, daß Hunderte Millionen

Menschen in einem Krieg geopfert werden. „Die siegreichen Völker“, wird in der vom ZK der KPCh gebilligten Broschüre „Es lebe der Leninismus!“ behauptet, „werden in äußerst raschem Tempo auf den Trümmern des untergegangenen Imperialismus eine tausendmal höhere Zivilisation als unter der kapitalistischen Ordnung, ihre wahrhaft herrliche Zukunft errichten.“

Ist es gestattet, die chinesischen Genossen zu fragen, ob sie sich Rechenschaft darüber abgeben, welche Art „Ruinen“ ein mit Raketen und Atomwaffen geführter Weltkrieg hinterlassen würde?

Das ZK der KPdSU — und wir sind überzeugt, daß uns hierbei unsere gesamte Partei, das ganze Sowjetvolk einmütig unterstützen — kann die Ansichten der chinesischen Führung über die Schaffung einer „tausendmal höheren Zivilisation“ auf den Leichen von Hunderten Millionen Menschen nicht teilen. Derartige Ansichten widersprechen den Ideen des Marxismus-Leninismus von Grund auf.

Ist es erlaubt, die chinesischen Genossen zu fragen, welche Art Mittel sie zur Vernichtung des Imperialismus vorschlagen?

Wir sind vollauf für die Vernichtung des Imperialismus und Kapitalismus. Wir glauben nicht nur an den unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus, sondern wir tun auch alles, damit dies auf dem Wege des Klassenkampfes und so schnell wie möglich geschieht. Wer aber soll diese historische Frage lösen? Vor allem die Arbeiterklasse mit ihrer Avantgarde, der marxistisch-leninistischen Partei, an der Spitze, das werktätige Volk eines jeden Landes.

Die chinesischen Genossen schlagen etwas anderes vor. Sie sagen direkt: „Auf den Ruinen des untergegangenen Imperialismus“, mit anderen Worten, im Ergebnis der Entfesselung eines Krieges, „wird die herrliche Zukunft errichtet werden“. Geht man darauf aus, so nutzen das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Kampf für die Festigung des Friedens tatsächlich nichts. Wir können einen solchen abenteuerlichen

Weg nicht einschlagen: er widerspricht dem Wesen des Marxismus-Leninismus.

Allen ist bekannt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Weltkrieg ein thermonuklearer Krieg sein wird. Die Imperialisten werden niemals freiwillig von der Bühne abtreten, sich freiwillig ins Grab legen, ohne zu den äußersten Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu greifen.

Offensichtlich sind sich die Menschen, die die thermonukleare Waffe als „Papiertiger“ bezeichnen, nicht vollständig der Zerstörungskraft dieser Waffe bewußt.

Wir tragen dem nüchtern Rechnung. Wir stellen selbst thermonukleare Waffen her und haben sie in genügender Menge produziert. Uns ist ihre Zerstörungskraft gut bekannt. Wenn der Imperialismus einen Krieg gegen uns entfesselt, wird unsere Hand nicht zittern, um diese schreckliche Waffe gegen den Aggressor anzuwenden. Wenn man uns aber nicht angreift, werden wir diese Waffe nicht als erste anwenden.

Die Marxisten-Leninisten erreichen die Sicherung eines dauerhaften Friedens nicht, indem sie ihn vom Imperialismus erbitten, sondern indem sie die revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien, die Arbeiterklasse aller Länder, die Völker, die — gestützt auf die Wirtschafts- und Verteidigungskraft der sozialistischen Länder — für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen, zusammenschließen.

Wir möchten die chinesischen Genossen fragen, welche schöne Zukunft sie auf den Trümmern der in einem thermonuklearen Kriege zugrundegegangenen alten Welt errichten wollen. Haben sie sich in dieser Frage mit der Arbeiterklasse der Länder beraten, in denen der Imperialismus herrscht? Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder hätte ihnen sicherlich geantwortet: haben wir euch etwa gebeten, einen Krieg zu entfesseln und bei der Liquidierung der Imperialisten unsere Länder zu vernichten? Die Monopolisten, die Imperialisten sind doch ein verhältnismäßig kleines Häuflein, der Hauptbestandteil der Bevölkerung der kapitalistischen Länder ist doch die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft, die

schaffende Intelligenz. Die Atombombe fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist — sie fällt überall hin, und deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden. Die Arbeiterklasse, die Werktätigen werden solche „Revolutionäre“ fragen: welches Recht habt ihr, in unserem Namen die Fragen unserer Existenz und unseres Klassenkampfes zu entscheiden? Wir sind auch für den Sozialismus, aber wir wollen ihn im Klassenkampf erringen und nicht durch die Entfesselung eines Weltkriegs.

Eine solche Fragestellung der chinesischen Genossen kann den berechtigten Verdacht erwecken, daß hier schon nicht mehr eine klassenmäßige Einstellung zum Kampf um die Vernichtung des Kapitalismus vorhanden ist, sondern irgendwelche ganz anderen Ziele. Wenn sowohl Ausbeuter wie Ausgebeutete unter den Ruinen der alten Welt begraben werden, wer wird dann die „herrliche Zukunft“ errichten?

In diesem Zusammenhang muß man auch der Tatsache Aufmerksamkeit schenken, daß die chinesischen Genossen anstatt der klassenmäßigen internationalistischen Haltung, die in der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ihren Ausdruck findet, beharrlich die Losung propagieren, die bar jedes Klasseninhaltes ist: „Der Ostwind wird über den Westwind herrschen“.

In den Fragen der sozialistischen Revolution steht unsere Partei fest auf der marxistisch-leninistischen Klassenposition, denn sie ist der Ansicht, daß in jedem Lande die Arbeiterklasse und das werktätige Volk die Revolution ohne militärische Einmischung von außen durchführen.

Es ist selbstverständlich unumstritten, daß die Völker, falls die imperialistischen Tollköpfe dennoch einen Krieg entfachen sollten, den Kapitalismus hinwegfegen und begraben werden. Doch die Kommunisten, die die Völker repräsentieren, die echten Anhänger des sozialistischen Humanismus, sind berufen, alles zu tun, um keinen neuen Weltkrieg zuzulassen, in dem Hunderte Millionen Menschen den Tod finden würden.

Jede Partei, der die Interessen des Volkes wirklich am Herzen liegen, muß sich ihrer Verantwortung im Kampf um die Verhütung eines neuen Weltkrieges, um die Sicherung der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung, bewußt sein.

Genosse N. S. Chruschtschow brachte die Linie der Partei zum Ausdruck, als er sagte: „Befreiungskriege wird es geben, solange der Imperialismus besteht, solange der Kolonialismus besteht. Das sind revolutionäre Kriege. Solche Kriege sind nicht nur zulässig, sondern auch unvermeidlich, weil die Kolonialherren den Völkern nicht freiwillig ihre Unabhängigkeit gewähren werden. Deshalb können die Völker nur im Kampf, dazu gehört auch der bewaffnete Kampf, ihre Freiheit und Unabhängigkeit erringen.“ Die Sowjetunion leistet der nationalen Befreiungsbewegung die allergrößte Unterstützung. Allen ist die reale Hilfe bekannt, die unser Land den Völkern Vietnams, Ägyptens, des Irak, Algeriens, des Jemen, dem kubanischen Volk und anderen Völkern erwiesen hat.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat das Leninische Prinzip der friedlichen Koexistenz als Generallinie der sowjetischen Außenpolitik verkündet und befolgt sie strikt. Seit dem Jahre 1953 und besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU ist unsere Friedenspolitik wesentlich aktiver geworden, und ihre Wirkung auf den gesamten Ablauf der internationalen Beziehungen im Interesse der Volksmassen hat sich verstärkt.

Die chinesischen Genossen behaupten von uns, wir gingen angeblich davon aus, daß sich die Prinzipien unserer Beziehungen nicht nur zu den imperialistischen Ländern, sondern auch zu den sozialistischen Ländern sowie zu den Ländern, die sich unlängst vom Kolonialjoch befreit haben, in dem Begriff der „friedlichen Koexistenz“ erschöpfen; sie wissen genau, daß dem absolut nicht so ist, sondern daß wir als erste das Prinzip der Freundschaft und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe als das wichtigste Prinzip in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ver-

kündet haben und daß wir uns strikt und konsequent daran halten, daß wir den Völkern, die sich befreit haben, mit allen Mitteln umfassende Hilfe leisten. Trotzdem halten sie es aus irgendwelchen Erwägungen heraus für vorteilhaft, dies alles in einem völlig anderen Lichte darzustellen.

Der beharrliche Kampf der Sowjetunion für Frieden und internationale Sicherheit, für allgemeine und vollständige Abrüstung, für die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, für die Lösung aller strittigen internationalen Fragen durch Verhandlungen hat seine Früchte getragen. Die Autorität unseres Landes in der ganzen Welt ist so hoch und unsere internationale Stellung ist so fest wie nie zuvor. Das verdanken wir der ständig wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Macht der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und ihrer friedlichen Außenpolitik.

Das ZK der KPdSU erklärt, daß wir die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz verwirklichten, verwirklichen und weiter verwirklichen werden. Darin sieht unsere Partei ihre Pflicht sowohl gegenüber dem Sowjetvolk als auch gegenüber den Völkern aller anderen Länder. Den Frieden sichern heißt, am wirksamsten für die Festigung des sozialistischen Systems und somit für die Verstärkung seines Einflusses auf den gesamten Verlauf des Befreiungskampfes, auf den revolutionären Prozeß in der Welt zu arbeiten.

Der grundlegende Unterschied zwischen den Ansichten der KPdSU und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien einerseits und den Führern der KPCh andererseits in den Fragen des Krieges, des Friedens und der friedlichen Koexistenz trat besonders deutlich während der Krise im Karibischen Meer im Jahre 1962 zutage. Das war eine scharfe internationale Krise: Niemals hat die Menschheit so dicht am Rande eines thermonuklearen Krieges gestanden wie im Oktober vorigen Jahres.

Die chinesischen Genossen behaupten, daß wir angeblich zur Zeit der karibischen Krise einen „abenteuerlichen“ Fehler begangen hätten, indem wir Raketen nach Kuba schafften und

dann vor dem amerikanischen Imperialismus „kapituliert“ hätten, als wir die Raketen von Kuba abzogen.¹

Derartige Behauptungen widersprechen von Grund auf den Tatsachen.

Wie sah es in Wirklichkeit aus? Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung verfügten über authentische Angaben, aus denen hervorging, daß die bewaffnete Aggression des USA-Imperialismus gegen Kuba jeden Augenblick beginnen konnte. Wir waren uns völlig darüber im klaren, daß für die Abwendung der Aggression, für die wirksame Verteidigung der kubanischen Revolution die entschiedensten Maßnahmen erforderlich waren. **Verwünschungen und Warnungen — selbst wenn man sie als „ernste Warnungen“ bezeichnet und 250mal wiederholt — haben auf die Imperialisten keine Wirkung.**

Ausgehend von der Notwendigkeit der Verteidigung der kubanischen Revolution, vereinbarten die Sowjetregierung und die Regierung Kubas die Aufstellung von Raketen auf Kuba, weil das die einzig reale Maßnahme war, um die Aggression der amerikanischen Imperialisten zu verhindern. Die Lieferung von Raketen nach Kuba bedeutete, daß ein Überfall auf die Insel auf den entschiedenen Widerstand unter Einsatz von Raketenwaffen gegen die Organisatoren der Aggression gestoßen wäre. Diese entschiedene Maßnahme seitens der Sowjetunion und Kubas löste bei den amerikanischen Imperialisten einen Schock aus. Zum erstenmal in ihrer ganzen Geschichte bekamen sie zu spüren, daß ihre militärische Invasion gegen Kuba mit einem vernichtenden Schlag auf ihr Territorium beantwortet worden wäre.

Da es sich nicht einfach um einen Konflikt zwischen den USA und Kuba handelte, sondern um das Aufeinanderprallen der beiden größten Atommächte, hätte sich die Krise im Raum des Karibischen Meeres aus einer lokalen Krise in eine Welt-

¹ Solche Behauptungen wurden in dem Leitartikel der „Renmin Ribao“ vom 8. März 1963 „Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA“ aufgestellt.

krise verwandelt. Es entstand die reale Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges.

In dieser Situation gab es zwei Auswege: sich ins Schlepptau der „Besessenen“ (so bezeichnet man die aggressivsten und reaktionärsten Vertreter des amerikanischen Imperialismus) nehmen zu lassen und den Weg zur Entfesselung eines thermonuklearen Weltkrieges einzuschlagen oder aber, indem man die durch die Einfuhr der Raketen geschaffenen Möglichkeiten nutzte, alle Maßnahmen zu treffen, um sich über eine friedliche Lösung der entstandenen Krise zu einigen und die Aggression gegen die Republik Kuba zu verhindern.

Wir haben bekanntlich den zweiten Weg gewählt und sind überzeugt, daß wir richtig gehandelt haben. Wir sind gewiß, daß auch unser ganzes Volk so denkt. Die Sowjetmenschen haben wiederholt durch die Tat bewiesen, daß sie es verstehen, für sich einzutreten, die Sache der Revolution, des Sozialismus zu verteidigen. Und niemand weiß besser als sie, wieviel Kummer und Leiden der Krieg mit sich bringt, welche Lasten und Opfer er die Völker kostet.

Die Vereinbarung über den Abzug der Raketenwaffen als Antwort auf die Verpflichtung der USA-Regierung, keine Invasion in Kuba zu unternehmen und ihre Verbündeten davon zurückzuhalten, der heldenhafte Kampf des kubanischen Volkes, seine Unterstützung durch die friedliebenden Völker ermöglichten es, die Pläne der extrem abenteuerlichen Kreise des amerikanischen Imperialismus, die bereit waren, alles auf eine Karte zu setzen, zu durchkreuzen. Dadurch gelang es, das revolutionäre Kuba zu schützen und den Frieden zu retten.

Die chinesischen Genossen betrachten unsere Erklärung, daß auch die Regierung Kennedy ein gewisses Maß an Vernunft, ein reales Herangehen während der Krise um Kuba an den Tag legte, als „Beschönigung des Imperialismus“. Glauben sie etwa im Ernst, daß alle bürgerlichen Regierungen bei allen ihren Handlungen bar jeder Vernunft sind?

Dank der mutigen und weitsichtigen Haltung der UdSSR, der Standhaftigkeit und Selbstbeherrschung des heldenhaften kubanischen Volkes, seiner Regierung haben die Kräfte des Sozialismus und des Friedens bewiesen, daß sie imstande sind, die aggressiven Kräfte des Imperialismus zu zügeln, den Kriegsanhängern den Frieden aufzuzwingen. Dies war ein großer Sieg der Politik der Vernunft, der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Dies war eine Niederlage der Kräfte des Imperialismus, der Politik der Kriegsabenteuer.

Infolgedessen lebt das revolutionäre Kuba ein friedliches Leben und baut unter der Führung seiner Einheitspartei der Sozialistischen Revolution und des Führers des kubanischen Volkes, des Genossen Fidel Castro Ruz, den Sozialismus auf.

Als wir eine Einigung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erzielt hatten und damit der Beginn für die Liquidierung der Krise im Raum des Karibischen Meeres geschaffen war, überboten sich die chinesischen Genossen besonders in Beleidigungen und Verunglimpfungen der Sowjetunion, wobei sie weiszumachen suchten, daß man den Worten der Imperialisten niemals trauen dürfe.

Wir leben in einem Jahrhundert, da es zwei Welten, zwei Systeme gibt: den Sozialismus und den Imperialismus. Es wäre absurd anzunehmen, daß alle Fragen, die sich unvermeidlich in den Beziehungen zwischen den Ländern dieser Systeme ergeben, nur mit Waffengewalt unter Ausschuß jedweder Verhandlungen und Abkommen gelöst werden müssen. Dann würden Kriege nie aufhören. Wir sind gegen diesen Weg.

Die chinesischen Genossen suchen weiszumachen, daß man den Imperialisten niemals vertrauen dürfe — diese betrügen einen immer. Aber hier geht es gar nicht um das Vertrauen, sondern um eine nüchterne Überlegung. Seit der Liquidierung der Krise im Raum des Karibischen Meeres sind acht Monate vergangen und die USA-Regierung hält ihr Wort — keinerlei Invasion Kubas. Wir haben ebenfalls eine Verpflichtung

übernommen, die Raketen von Kuba abzuziehen, und wir haben sie erfüllt.

Man darf aber auch nicht vergessen, daß wir dem kubanischen Volk gegenüber eine Verpflichtung eingegangen sind: Falls die USA-Imperialisten ihr Wort brechen und in das Territorium Kubas eindringen, werden wir dem kubanischen Volk zu Hilfe eilen. Jeder normal denkende Mensch begreift, daß im Falle der Invasion der amerikanischen Imperialisten wir dem kubanischen Volk genauso vom sowjetischen Territorium zu Hilfe kommen würden, wie wir es vom kubanischen Territorium aus getan hätten. Allerdings werden sich dabei die Raketen etwas länger auf dem Fluge befinden, aber ihre Treffsicherheit wird dadurch keineswegs geringer.

Warum nur ignorieren die chinesischen Genossen hartnäckig die Einschätzung der Politik der Regierung der Sowjetunion durch die Führer der kubanischen Revolution selbst als Politik der brüderlichen Solidarität und des wahren Internationalismus? Womit sind denn die chinesischen Führer unzufrieden? Vielleicht damit, daß es gelungen ist, eine Invasion Kubas abzuwenden und die Entfesselung eines Weltkrieges nicht zuzulassen?

Und wie hat sich die Führung der KPCh während der Krise im Karibischen Meer verhalten? Zu diesem kritischen Zeitpunkt stellten die chinesischen Genossen dem realistischen und festen Kurs der Sowjetregierung ihre besondere Haltung entgegen. Sie ließen sich von irgendwelchen eigenen besonderen Auffassungen leiten und konzentrierten das Feuer der Kritik nicht so sehr gegen den aggressiven USA-Imperialismus, als vielmehr gegen die KPdSU und die Sowjetunion.

Die Führung der KPCh, die bis dahin behauptete, daß der Imperialismus jederzeit einen Weltkrieg entfesseln kann, bezog im Augenblick der größten Verantwortung die Position eines Kritikers, nicht aber die eines Verbündeten und Kampfgefährten. In jenen Tagen hat man von den chinesischen Führern keinerlei Erklärungen darüber gehört, welche praktischen Maßnahmen sie zur Verteidigung der Revolution auf

Kuba ergreifen wollen. Stattdessen haben die chinesischen Führer offenkundig versucht, die an sich schon angespannte Lage im Gebiet des Karibischen Meeres zu verschärfen und haben den schwelenden Brand des Konfliktes geschürt.

Sehr anschaulich offenbart sich die wahre Position der Führung der KPCh in den Fragen von Krieg und Frieden darin, daß sie sie völlig unterschätzen, mehr noch, daß sie bewußt den Kampf um die Abrüstung ignorieren. Die chinesischen Genossen wenden sich selbst dagegen, daß die Kommunisten diese Frage überhaupt aufwerfen, wobei sie sich herausnehmen, sich auf den Marxismus-Leninismus zu berufen und mit allen Mitteln zu beweisen suchen, daß die Abrüstung einerseits „undurchführbar“ und andererseits unnötig sei. Indem sie mit Zitaten jonglieren, versuchen sie zu beweisen, daß die allgemeine Abrüstung angeblich nur beim vollständigen Sieg des Sozialismus auf der Erde möglich sei.

Sollen denn die Marxisten die Hände in den Schoß legen und auf den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Erde warten, während die Welt im Würgegriff des Wettrüstens erstickt, während die Imperialisten durch das Aufhäufen von Kernwaffen drohen, die Menschheit in den Strudel eines Weltkrieges zu ziehen?

Nein, das wäre eine verbrecherische Untätigkeit angesichts des machtvollen Gebots der Stunde.

Diese Wahrheit ist längst von allen wirklichen Marxisten-Leninisten anerkannt, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern bewußt sind, die bereits seit Jahren angestrengt und beharrlich für die allgemeine und vollständige Abrüstung, für die Einstellung der Kernwaffenversuche und das Verbot der Kernwaffen kämpfen, und es weiterhin tun werden.

Wenn wir für den Frieden kämpfen und die Losung der allgemeinen Abrüstung aufstellen, gehen wir von den grundlegenden Interessen der Völker aus, berücksichtigen wir die reale Lage und verschließen nicht die Augen vor den Schwierigkeiten. Die Imperialisten tun selbstverständlich alles, um

eine Übereinkunft über die Abrüstung hinauszuzögern und zu vereiteln — für sie ist das vorteilhaft. Durch das Wetttrüsten bereichern sie sich und halten sie die Volksmassen der kapitalistischen Länder in Furcht. Müssen denn aber wir mit dem Strom schwimmen, im Schlepptau des Imperialismus sein und auf die Mobilisierung aller Kräfte zum Kampf für die Sicherung des Friedens, für die Abrüstung verzichten?

Nein, so handeln würde bedeuten, vor den aggressiven Kräften, vor den Militaristen und Imperialisten zu kapitulieren. Wir aber sind der Ansicht, daß die Arbeiterklasse, die Werktätigen aller Länder die imperialistischen Regierungen zwingen können, auf die Abrüstung einzugehen, daß sie den Krieg verhindern können. Dazu müssen sie sich aber vor allem ihrer Kraft bewußt werden und sich zusammenschließen.

Den Kräften des Imperialismus und des Krieges muß die organisierte Kraft der internationalen Arbeiterklasse entgegengestellt werden. Sie besitzt heute den Vorteil, daß sie sich auf die materielle Macht, auf die Verteidigungskraft der sozialistischen Länder stützt, die dem Imperialismus entgegenstehen. Vorbei sind die Zeiten, da der Imperialismus ungeteilt herrschte. Die Lage hat sich grundlegend verändert, und im Verhältnis zu den ersten Jahrzehnten nach dem Oktober, als unser Land allein stand, bedeutend schwächer war als jetzt, ist das Kräfteverhältnis heute in der Weltarena ganz anders geworden. Deshalb bedeutet heute, auf dem Standpunkt der Unvermeidlichkeit von Kriegen zu verharren, Unglauben an die Kräfte des Sozialismus an den Tag zu legen und sich Stimmungen der Hoffnungslosigkeit und des Defätismus hinzugeben.

Man kann endlos wiederholen, daß der Krieg unvermeidlich ist und einen solchen Standpunkt als Zeichen seiner „revolutionären Gesinnung“ ausgeben. Aber in Wirklichkeit spiegelt ein solches Herangehen nur Unglauben an die eigenen Kräfte, Furcht vor dem Imperialismus wider.

Im imperialistischen Lager gibt es noch mächtige Kräfte, die sich der Abrüstung widersetzen. Aber gerade um diese Kräfte zu zwingen zurückzuweichen, muß man den Zorn der Völker gegen sie entfachen, sie zwingen, den Willen der Völker zu erfüllen.

Die Völker wollen die Abrüstung und glauben, daß gerade die Kommunisten der Vortrupp und die Organisatoren des Kampfes der Völker für die Erreichung dieses Zieles sind.

Unser Kampf für die Abrüstung ist kein taktischer Zug. Wir wollen aufrichtig die Abrüstung und wir befinden uns dabei ganz auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Bereits F. Engels hat Ende des vorigen Jahrhunderts darauf hingewiesen, daß die Abrüstung möglich ist und nannte sie eine „Garantie des Friedens“. In unserer Zeit ist die Losung der Abrüstung als praktische Aufgabe zum ersten Mal von W. I. Lenin gestellt worden, und die ersten sowjetischen Vorschläge über eine vollständige oder teilweise Abrüstung wurden bereits im Jahre 1922 auf der Konferenz von Genua unterbreitet. Das war zu Lebzeiten Lenins und die Abrüstungsvorschläge wurden von ihm formuliert.

Der Kampf für die Abrüstung ist ein außerordentlich wichtiger Faktor für die Verhinderung des Krieges, das ist ein wirksamer Kampf gegen den Imperialismus. In diesem Kampf hat das sozialistische Lager die absolute Mehrheit der Menschheit auf seiner Seite.

Die chinesischen Genossen haben die Losung vom „Kampf Lanze gegen Lanze“ aufgestellt, und sie der Politik der anderen sozialistischen Länder, die auf die Entspannung der internationalen Lage und die Einstellung des kalten Krieges gerichtet ist, entgegengestellt. Eine derartige Losung ist im Grunde genommen Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Politik des „Balancierens am Rande des Krieges“, sie hilft den Anhängern des Wetttrüstens. Es entsteht der Eindruck, daß die Führer der KPCh die Aufrechterhaltung und Verstärkung der internationalen Spannung, vor allem in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, für vorteil-

haft halten. Sie sind offensichtlich der Meinung, daß die Sowjetunion auf Provokationen mit Provokationen antworten, in die von den „Besessenen“ aus dem Lager des Imperialismus gestellten Fallen gehen und die Herausforderung der Imperialisten annehmen soll, mit ihnen in Abenteuerertum und Aggressivität, das heißt nicht um die Sicherung des Friedens, sondern um die Entfesselung des Kreiges zu wetteifern.

Einen solchen Weg beschreiten hieße, den Frieden und die Sicherheit der Völker zu gefährden. Die Kommunisten, denen die Interessen der Völker am Herzen liegen, werden niemals einen derartigen Weg einschlagen.

Der Kampf für den Frieden, für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung stellt eine der wichtigsten Formen des Kampfes der Völker gegen die Imperialisten, gegen neue Kriege, die sie vorbereiten, gegen die aggressiven Handlungen der Imperialisten in den Kolonialländern, gegen die Militärstützpunkte der Imperialisten auf Territorien anderer Länder, gegen das Wettrüsten usw. dar. Das ist Kampf im Interesse der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und in diesem Sinne Klassenkampf.

Unsere Partei, alle Bruderparteien sind der Schlußfolgerung der Erklärung eingedenk, daß man den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges entfalten muß und nicht warten darf, bis die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen, und lassen sich in ihrer Tätigkeit davon leiten. Man muß diesen Kampf jetzt führen und die Anstrengungen von Tag zu Tag verstärken. Die Hauptsache ist, die Aggressoren rechtzeitig zu zügeln, den Krieg zu verhüten, ihn nicht ausbrechen zu lassen. Für den Frieden zu kämpfen bedeutet heute, größte Wachsamkeit zu bewahren, die Politik des Imperialismus unermüdlich zu entlarven, wachsam die Umtriebe und Machenschaften der Kriegsbrandstifter zu verfolgen, den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen zu entfachen, die Kurs auf den Krieg nehmen, die Organisiertheit aller friedliebenden Kräfte zu erhöhen, ununterbrochen die aktiven

Aktionen der Massen zur Verteidigung des Friedens zu verstärken, die Zusammenarbeit mit allen Staaten zu festigen, die nicht an neuen Kriegen interessiert sind.

Der Kampf für den Frieden und die friedliche Koexistenz schwächt die Front des Imperialismus, isoliert seine aggressiven Kreise von den Volksmassen, hilft dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und dem nationalen Befreiungskampf der Völker.

Der Kampf für den Frieden, für die friedliche Koexistenz ist organisch mit dem revolutionären Kampf gegen den Imperialismus verknüpft. „Bei friedlicher Koexistenz“, so schrieben die 81 kommunistischen Parteien in ihrer Erklärung, „entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern. Ihrerseits tragen die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei.“

Unter den Verhältnissen der friedlichen Koexistenz wurden in den letzten Jahren im Klassenkampf des Proletariats und im Kampf der Völker für nationale Freiheit neue wichtige Siege errungen und entwickelt sich der weltweite revolutionäre Prozeß erfolgreich.

Den Kampf für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vom revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und für Unabhängigkeit und Sozialismus zu trennen und beides einander entgegensustellen, wie es die chinesischen Genossen tun, bedeutet deshalb nichts anderes, als das Prinzip der friedlichen Koexistenz zu einer leeren Phrase zu machen, seines realen Inhalts zu berauben und die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen den Imperialismus für Frieden und friedliche Koexistenz praktisch zu ignorieren, was nur für die Imperialisten vorteilhaft wäre.

In seinem Brief vom 14. Juni beschuldigt das ZK der KPCh die kommunistischen Parteien, sie würden die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf die Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen den werktätigen Massen und den Imperialisten ausdehnen. Das ist wahrlich eine ungeheuerliche Erfindung und eine Verleumdung der Bruderparteien, die das Proletariat in seinen Klassenkämpfen mit dem Kapital führen und den revolutionären Kampf und gerechte Befreiungskriege gegen den Imperialismus stets unterstützen.

Die Führer der KPCh verfügen im Kampf gegen die KPdSU und andere Bruderparteien über so schwache Argumente, daß sie gezwungen sind, zu allen möglichen Schlichen zu greifen. Erst schreiben sie uns völlig unbegründete, von ihnen selbst erdachte Thesen zu, und dann beginnen sie uns zu beschuldigen, gegen uns zu kämpfen und diese Thesen zu widerlegen. So verhält es sich nämlich mit ihren absurden Behauptungen, daß die KPdSU und andere Bruderparteien angeblich auf die Revolution verzichten und den Klassenkampf durch friedliche Koexistenz ersetzen. Wenn wir von der friedlichen Koexistenz sprechen, so verstehen wir darunter die staatlichen Beziehungen sozialistischer Länder mit den Ländern des Kapitalismus — das weiß man bei uns in jedem politischen Zirkel sehr wohl. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz kann selbstverständlich in keiner Weise auf die Beziehungen zwischen den antagonistischen Klassen innerhalb der kapitalistischen Staaten ausgedehnt werden. Es auf den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und für ihre Klasseninteressen, auf den Kampf der unterdrückten Völker gegen die Kolonisatoren auszudehnen, ist unzulässig. Die KPdSU wendet sich entschieden gegen die friedliche Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie. Das sind Binsenwahrheiten, die sich jeder, der sich für einen Marxisten-Leninisten hält, endlich zu eigen machen sollte.

III

Ernste Meinungsverschiedenheiten gibt es zwischen der KPCh und der KPdSU sowie anderen marxistisch-leninistischen Parteien in der Frage des Kampfes gegen die Folgen des Personenkults um Stalin.

Die Führer der KPCh haben die Rolle von Verteidigern des Personenkults, von Hausierern mit fehlerhaften Ideen Stalins übernommen. Sie versuchen, anderen Parteien jene Zustände, jene Ideologie und Moral, jene Formen und Methoden der Leitung aufzudrängen, die in der Periode des Personenkults blühten. Offen gesagt, das ist eine nicht beneidenswerte Rolle. Sie bringt weder Ehre noch Ruhm. Es wird niemandem gelingen, Marxisten-Leninisten, fortschrittliche Menschen dazu zu bringen, daß sie den Weg der Verteidigung des Personenkults einschlagen.

Das Sowjetvolk und die kommunistische Weltbewegung haben die Tapferkeit, die Kühnheit und die echt Leninsche Prinzipienfestigkeit gebührend gewürdigt, die unsere Partei und ihr Zentralkomitee mit dem Genossen N. S. Chruschtschow an der Spitze im Kampf gegen die Folgen des Personenkults an den Tag gelegt haben.

Alle wissen, daß unsere Partei dies getan hat, um den schweren Druck, der den machtvollen Kräften der Werktätigen angelegt hatte, zu beseitigen und damit die Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu beschleunigen. Unsere Partei tat dies, um die uns vom großen Lenin als Vermächtnis hinterlassenen Ideale des Sozialismus von den Flecken zu reinigen, die der Mißbrauch der persönlichen Macht und die Willkür hervorgerufen hatten. Unsere Partei hat dies getan, damit sich jene tragischen Ereignisse niemals wiederholen, die Begleiterscheinungen des Personenkults waren, damit alle, die für den Sozialismus kämpfen, eine Lehre aus unseren Erfahrungen ziehen.

Die gesamte kommunistische Bewegung hat den Kampf gegen den dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkult

und seine schädlichen Folgen richtig verstanden und ihn unterstützt. Auch die chinesischen Führer haben das seinerzeit gebilligt und von der gewaltigen internationalen Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU gesprochen.

Genosse Mao Tse-tung sagte, als er den VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im September 1956 eröffnete:

„Die sowjetischen Genossen und das Sowjetvolk haben den Weisungen Lenins gemäß gehandelt. Sie haben innerhalb kurzer Zeit glänzende Erfolge erzielt. Auf dem kürzlich stattgefundenen XX. Parteitag der KPdSU wurden auch viele richtige politische Richtlinien erarbeitet und Mängel in der Partei verurteilt. Man kann mit Zuversicht sagen, daß sich ihre Arbeit künftig ausnehmend stark entwickeln wird.“

In dem politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPCh, den Genosse Liu Schao-tschü auf dem Parteitag gab, war diese Einschätzung noch eingehender dargelegt:

„Der im Februar dieses Jahres durchgeführte XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist ein überaus wichtiges politisches Ereignis von Weltbedeutung. Auf dem Parteitag wurden nicht nur der grandiose sechste Fünfjahrplan sowie eine ganze Reihe sehr wichtiger politischer Richtlinien ausgearbeitet, die der weiteren Entwicklung der Sache des Sozialismus dienen, auf ihm wurde auch der Personenkult verurteilt, der innerhalb der Partei zu ernststen Folgen geführt hatte, hier wurden auch Vorschläge gemacht, um die friedliche Koexistenz und die internationale Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Der Parteitag hat einen hervorragenden Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet.“

Genosse Deng Hsiao-ping sagte in seinem Bericht über die Veränderungen im Parteistatut auf dem gleichen VIII. Parteitag der KPCh:

„Der Leninismus fordert, daß in der Partei die Beschlüsse zu allen wichtigen Fragen von einem entsprechenden Kollektiv und nicht von einem einzelnen gefaßt werden. Der XX. Parteitag der KPdSU hat überzeugend dargelegt, welch überaus große Bedeutung die strikte Einhaltung des Prinzips der

kollektiven Leitung und der Kampf gegen den Personenkult haben. Diese Erläuterungen haben nicht nur auf die KPdSU, sondern auch auf die anderen kommunistischen Parteien in allen Ländern der Welt einen gewaltigen Einfluß ausgeübt.“

In dem bekannten redaktionellen Artikel der „Renmin Ribao“ „Noch einmal über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ (Dezember 1956) schrieben die chinesischen Genossen:

„Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion legte eine gewaltige Entschlossenheit und Kühnheit bei der Beseitigung des Kultes um Stalin, bei der Aufdeckung der schwerwiegenden Fehler Stalins und bei der Beseitigung der Folgen der Fehler Stalins an den Tag. Die Marxisten-Leninisten und die mit dem Kommunismus sympathisierenden Menschen in aller Welt unterstützen die Bemühungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die darauf abzielen, die Fehler zu korrigieren, und wünschen, daß die Bemühungen der sowjetischen Genossen zu einem vollen Erfolg führen mögen.“

Und so ist es auch.

Jeder objektive Mensch, der diese Äußerungen der chinesischen Führer dem gegenüberstellt, was im Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni gesagt wird, wird sich davon überzeugen, daß sie in der Einschätzung des XX. Parteitages unserer Partei eine Wendung um 180 Grad gemacht haben.

Ist aber Schwanken und Hin-und-Herpendeln in solchen prinzipiellen Fragen zulässig? Selbstverständlich nicht. Es gibt nur eins von beiden: Entweder hatten die chinesischen Führer früher keine Meinungsverschiedenheiten mit dem ZK der KPdSU in diesen grundsätzlichen Fragen, oder alle diese Äußerungen waren Lüge.

Es ist bekannt, daß die Praxis das beste Kriterium der Wahrheit ist.

Gerade die Praxis beweist überzeugend, zu welchen hervorragenden Ergebnissen im Leben unseres Landes die Verwirklichung der Linie des XX., des XXI. und des XXII. Par-

teitages der KPdSU geführt hat. In den zehn Jahren, die vergangen sind, seit unsere Partei die scharfe Wendung in Richtung auf die Wiederherstellung der Leninschen Grundsätze und Normen des Parteilebens machte, hat die Sowjetgesellschaft wahrhaft großartige Ergebnisse erzielt — bei der Entwicklung der Wirtschaft, beim Aufschwung von Kultur und Wissenschaft, bei der Steigerung des Volkswohlstandes, bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und in der Außenpolitik.

Die Atmosphäre der Furcht, des Mißtrauens, der Unsicherheit, die das Leben des Volkes in der Periode des Personenkultes vergiftete, gehört für immer der Vergangenheit an. Die Tatsache, daß der sowjetische Mensch besser zu leben und die Wohltaten des Sozialismus zu nutzen begonnen hat, läßt sich einfach nicht leugnen. Fragen Sie den Arbeiter, der eine neue Wohnung erhalten hat (und solche gibt es Millionen!), den Rentner, der im Alter versorgt ist, den Kolchosbauern, der Wohlstand erlangt hat, fragen Sie Tausende und aber Tausende Menschen, die in der Periode des Personenkults unverdient Repressalien erdulden mußten und denen die Freiheit und der ehrliche Name wiedergegeben worden ist — und Sie werden erfahren, was für den Sowjetmenschen der Sieg des Leninschen Kurses des XX. Parteitages der KPdSU in der Tat bedeutet.

Fragt die Menschen, deren Väter und Mütter in der Periode des Personenkults Opfer von Repressalien geworden sind, was es für sie bedeutet, die Anerkennung zu erhalten, daß ihre Väter, Mütter und Brüder ehrliche Menschen waren und daß sie selbst nicht Abtrünnige in unserer Gesellschaft, sondern würdige, vollberechtigte Söhne und Töchter des sowjetischen Heimatlandes sind.

In der Industrie, der Landwirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und Kunst, wohin wir auch immer unsere Blicke wenden mögen, überall sehen wir eine rasche Vorwärtsbewegung. Unsere Raumschiffe erschließen heute die Weiten des Weltalls — und auch hierin liegt eine glänzende Bestätigung

für die Richtigkeit des Kurses, auf dem unsere Partei das Sowjetvolk führt.

Natürlich sind wir nicht der Ansicht, daß bei uns schon alles für den Sowjetmenschen, für die Verbesserung seines Lebens getan worden ist. Die Sowjetmenschen verstehen, daß die Verwirklichung dieses Prinzips nicht nur von unserem Wunsche abhängt. Man muß die kommunistische Gesellschaft erbauen und einen Überfluß an materiellen Gütern schaffen. Deshalb arbeitet unser Volk beharrlich, um die materiellen und geistigen Werte schneller zu schaffen, den Sieg des Kommunismus zu beschleunigen. Alle können sehen, daß wir den richtigen Kurs einhalten und die Perspektiven unserer Entwicklung klar erkennen.

Im Programm der KPdSU ist der konkrete Plan des Aufbaues des Kommunismus festgelegt. Seine Verwirklichung sichert dem Sowjetvolk den höchsten Lebensstandard, legt den Grundstein für den allmählichen Übergang zu dem ersehnten Prinzip des Kommunismus „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Für die Sowjetmenschen ist es seltsam und absurd zu hören, daß die chinesischen Genossen versuchen, das Programm der KPdSU, den grandiosen Plan des Aufbaues der kommunistischen Gesellschaft zu verleumden.

Unter Hinweis darauf, daß unsere Partei den Kampf um ein besseres Leben für das Volk als ihre Aufgabe verkündet, spielen die Führer der KPCh auf irgendeine „Verbürgerlichung“ und „Entartung“ der Sowjetgesellschaft an. Nach ihrer Logik ergibt sich, daß es Kommunismus ist, wenn das Volk in Bastschuhen geht und seine magere Kohlsuppe aus einer gemeinsamen Schüssel löffelt, wenn aber der werktätige Mensch gut lebt und morgen noch besser leben will, dies dann nahezu eine Restaurierung des Kapitalismus bedeutet!

Und eine solche Philosophie will man uns als letzte Offenbarung des Marxismus-Leninismus anbieten! Das entlarvt die Verfasser derartiger „Theorien“ als Menschen, die nicht an die Kraft und die Fähigkeiten der Arbeiterklasse glauben, die

die Macht in ihre Hände genommen und sich ihren eigenen sozialistischen Staat geschaffen hat.

Blickt man auf die Geschichte unseres Landes zurück und sieht man sich das Programm der KPdSU genau an, kann man leicht erkennen, womit wir angefangen haben, als wir unter der Führung Lenins die Macht in unsere Hände nahmen, und welche Höhen das Sowjetvolk erklommen hat. Unser Land ist zur stärksten sozialistischen Macht geworden. Hinsichtlich des Volumens der Industrieproduktion steht die Sowjetunion in Europa an erster Stelle und in der Welt an zweiter, sie wird bald die USA überholen und auf den ersten Platz vorrücken. Die Schöpfer all unserer Siege sind die sowjetische Arbeiterklasse, die sowjetische Kolchosbauernschaft und die sowjetische Intelligenz.

Wir sind davon überzeugt, daß nicht nur das Sowjetvolk, sondern auch die Völker in den anderen sozialistischen Ländern zu großen Arbeitstaten fähig sind, dazu ist es nur erforderlich, daß eine richtige Führung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gesichert ist, daß die Menschen, die diese ausüben, real denken und Beschlüsse fassen, die es ermöglichen, die Kräfte und die Energie der Werktätigen in die richtigen Bahnen zu lenken.

In dem Bemühen, den Personenkult zu rechtfertigen, haben die chinesischen Führer in ihrem Brief Erwägungen über Erwägungen über den Klassenkampf in der UdSSR, über die angeblich falschen Thesen des Programms der KPdSU vom Volksstaat und der Partei des ganzen Volkes angestellt, die vom Marxismus weit entfernt sind.

Wir wollen in diesem Brief nicht im einzelnen auf alle ihre Argumente eingehen. Jeder, der den Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni liest, wird zweifellos bemerken, wie völlig hilflos und vom Leben des Sowjetvolkes losgelöst die Erwägungen sind, die der Brief des ZK der KPCh enthält. Wir werden belehrt, daß es in der sowjetischen Gesellschaft noch feindliche Klassen gebe und deshalb die Diktatur des Proletariats notwendig bleibe. Was sind das für Klassen?

Aus dem Brief des ZK der KPCh kann man entnehmen, daß dies „bourgeoise Schmarotzer, Parasiten, Spekulanten, Gauner, Müßiggänger, Rowdys und Diebe am Staatseigentum“ sind.

Man muß schon sagen, die chinesischen Genossen haben von den Klassen und vom Klassenkampf eine originelle Vorstellung. Seit wann werden solche parasitären Elemente als Klassen betrachtet? Und als was für eine Klasse? Die Klasse der Nichtsteuer oder die Klasse der Rowdys, die Klasse der Diebe am Staatseigentum oder die Klasse der Parasiten? Verbrecher haben in keiner Gesellschaft eine bestimmte Klasse dargestellt. Das wissen selbst Schulkinder. Selbstverständlich bilden diese Elemente auch in der sozialistischen Gesellschaft keine Klasse. Da treten die Überbleibsel des Kapitalismus in Erscheinung.

Zum Kampf mit solchen Menschen braucht man nicht die Diktatur des Proletariats. Der Volksstaat ist voll und ganz in der Lage, mit dieser Aufgabe fertig zu werden und wird auch mit ihr fertig. Aus unserer praktischen Erfahrung wissen wir, daß der Kampf gegen die Kriminalität um so wirksamer ist, je besser die Erziehungsarbeit der Partei, der Gewerkschaft und der anderen gesellschaftlichen Organisationen angelegt ist, je größer die Rolle der Öffentlichkeit ist und je besser die sowjetische Miliz arbeitet.

Es ist unmöglich, die Tatsache zu widerlegen, daß heute die Sowjetgesellschaft zwei Hauptklassen — die Arbeiter und die Bauern — sowie die Intelligenz umfaßt, und daß keine Klasse der Sowjetgesellschaft eine Stellung einnimmt, in der sie andere Klassen ausbeuten könnte. Die Diktatur ist ein Klassenbegriff; über wen soll aber, wie die chinesischen Genossen vorschlagen, in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats ausgeübt werden: über die Kolchosbauernschaft oder über die Volksintelligenz? Es muß berücksichtigt werden, daß sich in der sozialistischen Gesellschaft die Klasse der Arbeiter und die Klasse der Bauern wesentlich geändert haben und sich die

Unterschiede und Grenzen zwischen ihnen immer mehr ver-
wischen.

Nach dem vollen und endgültigen Sieg des Sozialismus übt die Arbeiterklasse ihre führende Rolle schon nicht mehr über die Diktatur des Proletariats aus. Die Arbeiterklasse bleibt die fortgeschrittenste Klasse der Gesellschaft auch unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Kommunismus. Ihre führende Rolle wird sowohl durch ihre ökonomische Stellung und dadurch, daß sie mit der höchsten Form des sozialistischen Eigentums unmittelbar verbunden ist, als auch dadurch bestimmt, daß sie durch den jahrzehntelangen Klassenkampf und durch die revolutionären Erfahrungen am meisten gestählt ist.

Die chinesischen Genossen berufen sich auf eine Äußerung von Karl Marx, wonach der Inhalt der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats. Als Marx das sagte, meinte er aber den Kommunismus als ein Ganzes, als eine einheitliche gesellschaftlich-ökonomische Formation (deren erstes Stadium der Sozialismus ist), zu der man ohne sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats nicht übergehen kann. Es gibt mehrere Äußerungen von W. I. Lenin, in denen ganz klar betont wird, daß die Diktatur des Proletariats gerade dazu nötig ist, den Widerstand der Ausbeuterklassen zu brechen, den sozialistischen Aufbau zu organisieren und den Sieg des Sozialismus — der ersten Phase des Kommunismus — zu sichern.

Daher ist es völlig klar, daß nach dem Sieg des Sozialismus, wenn in der Gesellschaft nur die Werktätigen, die in ihrer Natur völlig veränderten befreundeten Klassen übrigbleiben und niemand mehr unterdrückt werden muß, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats entfällt.

Schält man den wahren Inhalt aus dem ganzen Knäuel pseudotheoretischer Erwägungen heraus, die in dem Schreiben des ZK der KPCh zu diesen Fragen enthalten sind, so bleibt folgendes übrig: Die chinesischen Genossen wenden sich ge-

gen die Linie der KPdSU bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die mit solchem Nachdruck in den Beschlüssen des XX., XXI. und XXII. Parteitages unserer Partei und dem Programm der KPdSU zum Ausdruck gebracht wurde. Es ist durchaus kein Zufall, daß in ihrem gesamten weitläufigen Schreiben die Entwicklung der Demokratie unter den Bedingungen des Sozialismus, unter den Bedingungen des kommunistischen Aufbaus nicht einmal erwähnt ist.

Es fällt schwer, die Motive in vollem Maße zu beurteilen, von denen sich die chinesischen Genossen leiten ließen, als sie sich für den Personenkult einsetzten. Im Grunde genommen stoßen wir erstmalig in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung darauf, daß der Personenkult offen gelobt wird. Man muß sagen, daß Stalin selbst in der Blütezeit des Personenkults in unserem Lande genötigt war, sich in Worten von dieser kleinbürgerlichen Theorie zu distanzieren und geäußert hat, diese Theorie stamme von den Sozialrevolutionären.

Die Versuche, sich bei der Verteidigung der Ideologie des Personenkults auf Marx und Lenin zu stützen, können nur Erstaunen auslösen. Ist es den chinesischen Genossen wirklich nicht bekannt, daß Lenin schon in der Entstehungsperiode unserer Partei einen gewaltigen Kampf gegen die Theorien der Volkstümler über die Helden und die Masse geführt hat, daß zu Lenins Lebzeiten wirklich kollektive Leitungsmethoden im ZK unserer Partei und im Sowjetstaat verwirklicht wurden, daß Lenin ein ungewöhnlich bescheidener Mensch war und schonungslos auch die geringste Erscheinung von Liebedienerei und Schmeichelei ihm gegenüber geißelte?

Selbstverständlich wurde der Kampf gegen den Personenkult von unserer Partei oder von anderen marxistisch-leninistischen Parteien niemals als eine Verleugnung der Autorität der Führer von Partei und Staat aufgefaßt. Die KPdSU hat wiederholt betont, unter anderem auch auf dem XX. und XXII. Parteitag, daß die Partei die Autorität ihrer Führung hoch schätzt, daß die Partei, während sie dem Personenkult den

Nimbus raubt und seine Folgen bekämpft, gleichzeitig jene Funktionäre hoch schätzt, die wirklich die Interessen des Volkes vertreten und ihre Kräfte dem Kampf für den Sieg des Kommunismus hingeben, weshalb sie auch verdiente Autorität genießen.

IV

Die nächste große Frage, die im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten steht, ist die Frage nach den Wegen und Methoden des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitalismus und des nationalen Befreiungskampfes, nach den Wegen des Übergangs der gesamten Menschheit zum Sozialismus.

In der Darstellung durch die chinesischen Genossen sehen die Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage folgendermaßen aus: Die eine Seite — d. h. sie selbst — tritt für die Weltrevolution ein, während die andere Seite — die KPdSU, die marxistisch-leninistischen Parteien — die Revolution vergessen hat, sie sogar „fürchtet“ und sich statt um den revolutionären Kampf zu kümmern, um solche, eines echten Revolutionärs „unwürdige“ Dinge sorgt, wie Frieden, wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder und Erhöhung des Wohlstandes ihrer Völker, wie Kampf für die demokratischen Rechte und Lebensinteressen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern.

In der Tat jedoch liegt die Wasserscheide zwischen den Ansichten der KPCh und den Ansichten der internationalen kommunistischen Bewegung auf einer ganz anderen Ebene: die einen — das heißt die Führer der KPCh — stellen angebracht und unangebracht Erwägungen über die Weltrevolution an, protzen bei jedem Anlaß und oft auch ohne Anlaß mit „revolutionären“ Phrasen, während die anderen — eben die, die von den chinesischen Genossen kritisiert werden — an die Frage der Revolution mit allem Ernst herangehen und, statt

laute Phrasen von sich zu geben, beharrlich arbeiten, um die zuverlässigsten und den Bedingungen der Epoche am meisten entsprechenden Wege zum Siege des Sozialismus zu finden, sowie einen erbitterten Kampf für die nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus führen.

Betrachten wir die grundlegenden Anschauungen der chinesischen Genossen zu den Fragen der gegenwärtigen revolutionären Bewegung.

Dient es denn dem Übergang der Länder und Völker zum Sozialismus, im Namen der „Weltrevolution“ aufzuhören, für den Frieden zu kämpfen, auf die Politik der friedlichen Koexistenz und den friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb, auf den Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen und die demokratischen Umgestaltungen in den Ländern des Kapitalismus zu verzichten? Stimmt es denn etwa, daß die Kommunisten in den Ländern des Sozialismus, wenn sie für den Frieden auftreten und die Politik der friedlichen Koexistenz betreiben, nur an sich selbst denken und ihre Klassenbrüder in den Ländern des Kapitals vergessen haben?

Jeder, der über den Sinn des gegenwärtigen Kampfes für den Frieden und gegen den Atomkrieg nachgedacht hat, versteht, daß die sowjetischen Kommunisten und die Bruderparteien der anderen sozialistischen Länder durch ihre Friedenspolitik der Arbeiterklasse, den Werktätigen der kapitalistischen Länder eine unschätzbare Hilfe erweisen. Und es geht hier nicht nur darum, daß die Verhinderung eines Atomkrieges bedeutet, die Arbeiterklasse, die Völker ganzer Länder und sogar Kontinente vor dem Untergang zu bewahren, obgleich dies allein schon unsere gesamte Politik rechtfertigt.

Es geht auch darum, daß eine solche Politik die beste Methode ist, der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung zu helfen, ihre Hauptklassenziele zu erreichen. Ist es nicht ein gewaltiger Beitrag zum Kampf der Arbeiterklasse, wenn die Länder des Sozialismus in der von ihnen schon erkämpften Welt großartige Erfolge bei der Entwicklung der Wirtschaft erringen, immer neue Siege in Wissenschaft und Tech-

nik davontragen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ununterbrochen verbessern und die sozialistische Demokratie entwickeln und vervollkommen?

Jeder Arbeiter eines kapitalistischen Landes, der diese Erfolge und Siege sieht, wird sagen: „Der Sozialismus beweist durch die Tat, daß er besser ist als der Kapitalismus. Für diese Ordnung lohnt es sich zu kämpfen.“ Unter den gegenwärtigen Bedingungen erobert sich der Sozialismus die Herzen und Hirne der Menschen nicht nur durch Bücher, sondern vor allem durch seine Taten und sein lebendiges Beispiel.

Das Hauptmerkmal unserer Zeit sieht die Erklärung von 1960 darin, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. Alle kommunistischen Parteien, die an der Beratung teilgenommen haben, sind zu der gemeinsamen Schlußfolgerung gelangt, daß im Mittelpunkt der gegenwärtigen Epoche die internationale Arbeiterklasse und ihre Schöpfung — das sozialistische Weltsystem — stehen.

Von der Festigung des sozialistischen Weltsystems hängt in gewaltigem Maße die Lösung aller anderen Aufgaben der revolutionären Bewegung ab. Daher verpflichteten sich die kommunistischen und Arbeiterparteien, „die große sozialistische Völkergemeinschaft, deren internationale Rolle und deren Einfluß auf den Gang der Weltereignisse mit jedem Jahr zunehmen, unermüdlich zu festigen“. In der Lösung dieser überaus wichtigen Aufgabe sieht unsere Partei ihre höchste internationale Pflicht.

W. I. Lenin lehrte: „Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus . . . Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen.“ (Lenin, Werke, Band 32, S. 458, Dietz Verlag Berlin)

Dies Vermächtnis des großen Lenin haben die sowjetischen Kommunisten zutiefst beherzigt, und ihm folgen die Kom-

munisten der anderen Länder des Sozialismus. Aber nun stellt es sich heraus, daß es Genossen gibt, die zu dem Schluß gelangt sind, daß W. I. Lenin unrecht hat.

Was ist das? **Fehlendes Vertrauen in die Fähigkeit der Länder des Sozialismus, den Kapitalismus im ökonomischen Wettbewerb zu schlagen?** Oder ist es die **Position von Menschen, die, nachdem sie auf die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus stießen, enttäuscht sind und keine Möglichkeit sehen, mit ihren ökonomischen Erfolgen durch das Beispiel des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus in ihren Ländern entscheidend auf die internationale revolutionäre Bewegung einzuwirken?** Sie wollen die Revolution auf anderen, wie ihnen scheint, kürzeren Wegen erreichen. Aber die siegreiche Revolution kann nur durch die Arbeit, ausschließlich durch die Arbeit des Volkes ihre Erfolge festigen und entwickeln, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus beweisen. In der Tat, das ist nicht leicht, um so weniger, wenn die Revolutionen in Ländern durchgeführt werden, die als Erbe der Vergangenheit eine schwach entwickelte Wirtschaft besitzen. Aber das Beispiel der Sowjetunion und vieler anderer sozialistischer Länder demonstriert überzeugend, daß man — wenn eine richtige Führung gewährleistet wird — auch unter diesen Bedingungen gewaltige Erfolge erzielen und der ganzen Welt die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zeigen kann.

Weiter: Welche Lage ist für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder günstiger, die Situation des Friedens und der friedlichen Koexistenz oder die Situation ständiger internationaler Spannung und des „kalten Krieges“?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht zweifelhaft. Wem ist nicht bekannt, daß die Situation des „kalten Krieges“ von den herrschenden Kreisen der imperialistischen Staaten dazu benutzt wird, Chauvinismus, Kriegshysterie und wütenden Antikommunismus zu schüren, um Erzreaktionäre und Profaschisten an die Macht zu bringen, die Demokratie zu beseiti-

gen, mit den politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse abzurechnen.

Der Kampf der Kommunisten für den Frieden festigt in gewaltigem Maße ihre Verbindungen mit den Massen, ihre Autorität und ihren Einfluß, das heißt, er hilft, das zu schaffen, was man die politische Armee der Revolution nennt.

Der Kampf für den Frieden und die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung hemmt durchaus nicht den Kampf für die Endziele der internationalen Arbeiterklasse, rückt ihn durchaus nicht in eine weite Ferne, sondern bietet im Gegenteil die Möglichkeit, diesen Kampf in vollem Umfang zu entfalten.

Es ist schwer zu glauben, daß die chinesischen Genossen, die selbst erfahrene Menschen sind, selbst eine Revolution durchgeführt haben, das Wesentliche nicht begreifen: daß nämlich die Weltrevolution heute sowohl durch die Festigung des sozialistischen Weltsystems erfolgt als auch durch den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung für die Festigung der politischen Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Selbständigkeit der neu befreiten Staaten Asiens und Afrikas. Sie erfolgt ebenso durch den Kampf um den Frieden und gegen Aggressionskriege, den antimonopolistischen Kampf der Volksmassen sowie auf vielen anderen Wegen, die einander nicht gegenübergestellt werden dürfen, sondern die zusammenfließen und auf ein einziges Ziel gerichtet sein müssen: die Herrschaft des Imperialismus zu stürzen.

Die chinesischen Genossen beschuldigen hochmütig und beleidigend die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, der USA und anderer Länder nicht mehr und nicht weniger als des Opportunismus und des Reformismus, des „parlamentarischen Kretinismus“ und sogar des Abgleitens zum „bürgerlichen Sozialismus“. Und aus welchem Grund? Deshalb, weil diese kommunistischen Parteien nicht die Losung der sofortigen proletarischen Revolution ausgeben. Dabei müßten auch die chinesischen Führer verstehen, daß das nicht ohne das

Vorhandensein einer revolutionären Situation geschehen darf.

Jeder gebildete Marxist-Leninist weiß, daß es heißt, die Arbeiterklasse zur Niederlage zu verdammen, wenn die Losung zum bewaffneten Aufstand verfrüht, ohne revolutionäre Situation im Lande herausgegeben wird. Es ist bekannt, mit welchem großem Ernst, mit welchem politischen Scharfblick und welchem Wissen um die konkrete Lage Lenin an die Wahl des Zeitpunktes für den revolutionären Aufbruch heranging. Unmittelbar am Vorabend der Oktoberrevolution wies Lenin darauf hin, daß es am 24. Oktober noch zu früh und am 26. schon zu spät für die Offensive sein wird. Dabei könne alles verloren werden. Folglich war es notwendig, die Macht unbedingt am 25. zu ergreifen. Wer bestimmt den Grad der Zuspitzung der Klassengegensätze, das Vorhandensein einer revolutionären Situation? Wer wählt den Zeitpunkt für den Angriff aus? Das kann nur die Arbeiterklasse jedes Landes, ihre Avantgarde — die marxistisch-leninistische Partei.

Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zeigt, daß die Partei schlecht ist, die sich — obgleich sie sich eine Arbeiterpartei nennt — nur mit ökonomischen Fragen beschäftigt und die Arbeiterklasse nicht in revolutionärem Geist erzieht, sie nicht auf den politischen Kampf, auf die Machtergreifung vorbereitet. In diesem Falle gleitet sie unweigerlich auf die Positionen des Reformismus ab. Doch schlecht ist auch die Partei, die die Aufgaben des politischen Kampfes losgelöst vom Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und aller Werktätigen stellt. Eine solche Partei löst sich unweigerlich von den Massen. Nur durch eine richtige Ausnutzung aller Formen des Klassenkampfes und durch deren geschickte Zusammenfassung kann eine Partei wirklich revolutionär, eine marxistisch-leninistische Partei, ein Führer der Massen werden und die Arbeiterklasse erfolgreich zum Sturm gegen das Kapital, zur Eroberung der Macht führen.

Eine Todsünde vieler kommunistischer Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder erblicken die chinesischen

Führer darin, daß diese ihre unmittelbaren Aufgaben im Kampf für die ökonomischen und sozialen Interessen der Werktätigen, für demokratische Reformen sehen, die noch unter dem Kapitalismus zu verwirklichen sind und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten erleichtern; die die Schaffung einer breiten antimonopolistischen Front fördern, welche als Grundlage für den weiteren Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution dient — das heißt, daß sie sich gerade damit befassen, was in der Moskauer Erklärung von 1960 geschrieben steht.

Indem sie gegen alles auftreten, womit gegenwärtig die kommunistischen Parteien der entwickelten Länder des Kapitalismus beschäftigt sind, haben die chinesischen Genossen weder das elementare Gefühl der Solidarität mit den Kommunisten gezeigt, die an der vordersten Front des Klassenkampfes gegen das Kapital fechten, noch zeigten sie Verständnis für die konkreten Bedingungen in diesen Ländern und die spezifischen Wege, auf denen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in diesen Ländern vor sich geht. Dem Wesen nach lehnen sie „im Namen der Revolution“ gerade die Wege ab, die zur Revolution führen, zwingen sie einen solchen Kurs auf, der die kommunistischen Parteien zur Isolierung von den Massen und dazu führen würde, daß die Arbeiterklasse ihre Verbündeten im Kampf gegen die herrschenden Monopole, gegen den Kapitalismus verliert.

Die chinesischen Genossen sind auch in der Frage der Formen des Übergangs der verschiedenen Länder zum Sozialismus anderer Meinung als die kommunistische Weltbewegung.

Bekanntlich gehen die KPdSU und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien, wie dies in den Dokumenten der Moskauer Beratungen und im Programm der KPdSU deutlich gesagt ist, von der Möglichkeit des friedlichen und auch des nichtfriedlichen Übergangs zum Sozialismus aus. Trotzdem schreiben die chinesischen Genossen hartnäckig unserer Par-

tei und den anderen Bruderparteien zu, daß sie nur den friedlichen Weg anerkennen.

In seinem Brief vom 30. März 1963 legte das ZK der KPdSU seinen Standpunkt in dieser Frage noch einmal dar:

„Die Arbeiterklasse und ihr Vortrupp, die marxistisch-leninistischen Parteien, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln, ohne Bürgerkrieg zu vollziehen. Dies würde den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes, den gesamtationalen Interessen des Landes dienen. Gleichzeitig hängt die Wahl der Entwicklungswege der Revolution nicht nur von der Arbeiterklasse ab. Wenn die Ausbeuterklassen ihre Zuflucht zur Gewaltanwendung gegen das Volk nehmen, wird die Arbeiterklasse genötigt sein, den nichtfriedlichen Weg der Eroberung der Macht zu wählen. Alles hängt von den konkreten Bedingungen, von der Verteilung der Klassenkräfte innerhalb des Landes und auf dem Weltanschauung ab.“

In welcher Form auch immer der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgt, ist er natürlich nur durch eine sozialistische Revolution und durch die Diktatur des Proletariats in ihren verschiedenen Formen möglich. Die KPdSU, die den selbstlosen Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten in den Ländern des Kapitals hoch einschätzt, hält es für ihre Pflicht, ihnen jegliche Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.“

Wir haben unseren Standpunkt oft erläutert, und es ist nicht erforderlich, ihn hier ausführlicher darzulegen.

Welche Einstellung aber haben die chinesischen Genossen zu dieser Frage? Sie zieht sich wie ein roter Faden durch alle ihre Reden und durch den Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni.

Die chinesischen Genossen halten die Anerkennung des bewaffneten Aufstandes immer, in allem und überall für das Hauptkriterium einer revolutionären Einstellung. Damit leugnen die chinesischen Genossen faktisch die Möglichkeiten der Anwendung friedlicher Formen des Kampfes für den Sieg der

sozialistischen Revolution, während der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Kommunisten alle Formen des revolutionären Klassenkampfes beherrschen müssen, sowohl die gewaltsamen als auch die nicht gewaltsamen.

Eine weitere wichtige Frage ist die Frage der Verbindung zwischen dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung, die heute durch das Weltsystem des Sozialismus, durch die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und durch die nationale Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas repräsentiert wird — das sind die großen Kräfte der Gegenwart.

Wie aber gehen die chinesischen Genossen an diese Frage heran? Das zeigt ihre neue „Theorie“, derzufolge der Grundwiderspruch unserer Zeit nicht der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus, sondern der zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und dem Imperialismus sei. Die entscheidende Kraft im Kampf gegen den Imperialismus ist nach Meinung der chinesischen Genossen nicht das Weltsystem des Sozialismus, nicht der Kampf der internationalen Arbeiterklasse, sondern wiederum die nationale Befreiungsbewegung.

Damit wollen sich die chinesischen Genossen offenbar auf dem leichtesten Wege bei den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas populär machen. Möge sich aber niemand durch diese „Theorie“ täuschen lassen. Ihr tatsächlicher Sinn, ob es die chinesischen Theoretiker wollen oder nicht, besteht faktisch darin, die nationale Befreiungsbewegung von der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Schöpfung, dem Weltsystem des Sozialismus, zu isolieren. Das aber würde eine gewaltige Gefahr für die nationale Befreiungsbewegung selbst bedeuten.

In der Tat, könnten etwa die vielen Völker Asiens bei all ihrem Heldentum und ihrer Opferbereitschaft siegen, wenn

nicht die Oktoberrevolution und danach die Bildung des sozialistischen Weltsystems den Imperialismus in seinen Fundamenten erschüttert und die Kräfte der Kolonisatoren untergraben hätten?

Erkennen sie denn jetzt nicht, da die befreiten Völker in eine neue Etappe ihres Kampfes eintreten und ihre Anstrengungen auf die Festigung der politischen Errungenschaften und der ökonomischen Unabhängigkeit konzentrieren, daß es ohne die Hilfe der sozialistischen Staaten unermesslich schwieriger, ja auch völlig unmöglich wäre, diese Aufgaben zu lösen?

Die Marxisten-Leninisten betonen stets die welthistorische Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung und ihre große Zukunft. Als eine der Hauptbedingungen ihrer weiteren Siege betrachten sie jedoch das dauerhafte Bündnis und die Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Weltsystems als der Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus, das feste Bündnis mit der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder. Diese Position wurde in der Erklärung des Jahres 1960 niedergelegt. Sie beruht auf der Leninschen Idee von der Führung (Hegemonie) der Arbeiterklasse als der Voraussetzung des Sieges im antiimperialistischen Kampf. Nur unter der Voraussetzung dieser Hegemonie wird diese Bewegung letzten Endes wahrhaft sozialistischen Charakter annehmen und durch den Übergang auf den Weg der sozialistischen Revolution gekrönt werden.

Diese Idee Lenins ist durch die Erfahrungen der Oktoberrevolution und durch die Erfahrungen der anderen Länder erprobt, und sie ruft bei niemandem mehr Zweifel hervor. Es erwies sich jedoch, daß die chinesischen Genossen Lenin „korrigieren“ und beweisen wollen, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kleinbürgertum oder die nationale Bourgeoisie oder sogar „einige patriotisch gesinnte Könige, Prinzen und Aristokraten“ der Hegemon des weltumspannenden Kampfes gegen den Imperialismus sein müssen. Und nach alledem beharrt die Führung der KPCh die kommunistische Weltbewe-

gung, daß man niemals und unter keinen Umständen das proletarische, das klassenbewußte Herangehen einbüßen dürfe!

Das Unterpfand für künftige Siege sowohl der internationalen Arbeiterklasse als auch der nationalen Befreiungsbewegung liegt in ihrem festen Bündnis und in ihrer Zusammenarbeit, in ihrem gemeinschaftlichen, von gemeinsamen Interessen diktierten Kampf gegen den Imperialismus, in dem die Arbeiterklasse durch ihre Opferbereitschaft und ihren selbstlosen Dienst an den Interessen aller Völker die Anerkennung ihrer führenden Rolle erringt und ihre Verbündeten davon überzeugt, daß ihre Führung eine sichere Garantie sowohl für ihren eigenen Sieg als auch für den Sieg ihrer Verbündeten ist.

Unsere Leninsche Partei betrachtet die nationale Befreiungsbewegung als einen Bestandteil des weltumspannenden revolutionären Prozesses, als eine mächtige Kraft, die gegen den Imperialismus auftritt. Der machtvolle Ruf von Marx und Engels, der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wurde zum Kampfbanner des internationalen Proletariats. Der Fortführer des Werkes von Marx und Engels, Wladimir Iljitsch Lenin, betonte unter den neuen historischen Bedingungen, die nach dem Sieg der Großen Oktoberrevolution entstanden waren, besonders die untrennbare Verbindung der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung.

Die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ war und bleibt die Hauptlosung des Kampfes für den Sieg der Weltrevolution. Unter den neuen Bedingungen hat sich der Inhalt dieser Losung erweitert. Bekanntlich hieß Lenin die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ gut. In dieser Losung wird die führende Rolle des Proletariats und die wachsende Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung unterstrichen. Unsere Partei läßt sich in ihrer gesamten Tätigkeit von diesem marxistisch-leninistischen, internationalistischen Prinzip leiten.

Es entsteht die Frage: Wie ist die falsche Einstellung der Führung der KPCh zu den Grundproblemen der Gegenwart zu erklären? Entweder damit, daß die chinesischen Genossen von der realen Wirklichkeit völlig losgelöst sind, dogmatisch, mit Buchweisheit an die Probleme von Krieg, Frieden und Revolution herangehen und die konkreten Bedingungen der gegenwärtigen Epoche nicht verstehen; oder damit, daß hinter dem ohrenbetäubenden Lärm von der „Weltrevolution“, den die chinesischen Genossen erhoben haben, andere Ziele stehen, die mit der Revolution nichts gemein haben.

Aus all dem ist die Fehlerhaftigkeit und Verderblichkeit des Kurses ersichtlich, den die Führung der KPCh der kommunistischen Weltbewegung aufdrängt. Das, was die chinesischen Führer als Generallinie empfehlen, ist nichts anderes als eine Aufzählung der allgemeinsten Aufgaben der Arbeiterklasse, ohne Berücksichtigung der Zeit und des realen Klassenverhältnisses, ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der gegenwärtigen historischen Etappe. Die chinesischen Genossen merken nicht oder wollen nicht bemerken, wie die Aufgaben unserer Bewegung unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche neue Formen annehmen. Indem sie die Generallinie mit den allgemeinen Aufgaben identifizieren, die für alle Etappen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gültig sind, nehmen sie der Generallinie die Konkretheit, Zielstrebigkeit und wahre Wirksamkeit.

Bei der Ausarbeitung ihres heutigen Kurses haben die Bruderparteien die Verteilung der Klassenkräfte sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Weltmaßstab analysiert, die Besonderheiten der Entwicklung der beiden einander entgegengesetzten Systeme und in der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in der heutigen Etappe.

Die exakte Analyse der Veränderungen in der Weltlage hat es den Bruderparteien in aller Welt ermöglicht, eine marxistisch-leninistische Charakteristik der Epoche auszuarbeiten: „Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Ka-

pitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.“

Die Definition der gegenwärtigen Epoche bildete die Grundlage für ein richtiges Herangehen an die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung.

Die marxistisch-leninistischen Parteien haben ihre gemeinsame Linie festgelegt, deren Hauptthesen auf folgendes hinauslaufen:

— Der Charakter und der Inhalt des sich in der Welt vollziehenden revolutionären Prozesses werden in der gegenwärtigen Epoche dadurch bestimmt, daß der Kampf der Völker, die den Sozialismus und Kommunismus errichten, gegen den Imperialismus, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Völker und die allgemein demokratischen Bewegungen sich zu einem Strom vereinen; im Bündnis der antiimperialistischen revolutionären Kräfte gehört die entscheidende Rolle der internationalen Arbeiterklasse und ihrer wichtigsten Schöpfung, dem sozialistischen Weltsystem, das seinen hauptsächlichsten Einfluß auf die Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution durch die Kraft seines Beispiels und durch seinen wirtschaftlichen Aufbau ausübt;

— auf Grund der entstandenen objektiven historischen Bedingungen (äußerste Verschärfung der Aggressivität des Imperialismus, Aufkommen von Waffen mit gewaltiger Zerstörungskraft usw.) nimmt der Kampf für die Verhütung eines thermonuklearen Krieges unter allen vor den antiimperialistischen Kräften in der gegenwärtigen Epoche stehenden Aufgaben den zentralen Platz ein. Die vorrangige Aufgabe der kommunistischen Parteien besteht im Zusammenschluß aller

friedliebenden Kräfte für die Verteidigung des Friedens, für die Rettung der Menschheit vor einer Atomkatastrophe;

— die sozialistische Revolution wird verwirklicht im Ergebnis der inneren Entwicklung des Klassenkampfes in jedem Land, ihre Formen und Wege werden bestimmt durch die konkreten Bedingungen in dem jeweiligen Land. Eine allgemeine Gesetzmäßigkeit ist der revolutionäre Sturz der Macht des Kapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form. Die Aufgabe der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien besteht darin, die heute vorhandenen Möglichkeiten für einen friedlichen, nicht mit einem Bürgerkrieg verbundenen Weg der sozialistischen Revolution maximal auszunutzen und gleichzeitig für den nichtfriedlichen Weg, auf die bewaffnete Unterdrückung des Widerstandes von seiten der Bourgeoisie, bereit zu sein; der allgemein-demokratische Kampf ist ein notwendiger Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus;

— die Ziele der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien in der nationalen Befreiungsbewegung bestehen in der Zuendeführung der Aufgaben der antiimperialistischen demokratischen Revolution, in der Entwicklung und Festigung der auf dem Bündnis mit der Bauernschaft und der patriotisch gesinnten nationalen Bourgeoisie beruhenden nationalen Front, in der Vorbereitung der Voraussetzungen für die Bildung eines Staates der nationalen Demokratie und des Übergangs auf den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg;

— die Beziehungen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe zwischen den sozialistischen Ländern, die Geschlossenheit und Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Treue zu den gemeinsam erarbeiteten Positionen und Einschätzungen, zu den Leninischen Prinzipien des Parteilebens und den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien sind unerläßliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung der vor den Kommunisten stehenden historischen Aufgaben.

Das sind in der gegenwärtigen Epoche die Hauptwege der Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses, das sind die grundlegenden Prinzipien der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in der heutigen Etappe; der Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus — das ist in knappen Worten das Wesen dieser Generallinie. Die konsequente Durchsetzung dieser Linie in der Praxis ist das Unterpfand der Erfolge der kommunistischen Weltbewegung.

All diese außerordentlich wichtigen prinzipiellen Leitsätze der internationalen kommunistischen Bewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen, die von den brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien in der Deklaration und Erklärung kollektiv erarbeitet wurden, haben ihren Ausdruck im neuen Programm der KPdSU gefunden, das voll und ganz auf der marxistisch-leninistischen Verallgemeinerung der revolutionären Erfahrungen sowohl in unserem Land als auch im internationalen Maßstab beruht.

V

Die fehlerhaften Ansichten der Führer der KPCh in grundlegenden politischen und theoretischen Fragen der Gegenwart sind untrennbar mit ihrer praktischen Tätigkeit verbunden, die auf die Untergrabung der Einheit des sozialistischen Weltlagers und der internationalen sozialistischen Bewegung gerichtet ist.

Die chinesischen Genossen erkennen in Worten an, daß die Einheit der UdSSR und der Volksrepublik China ein Eckpfeiler der sozialistischen Gemeinschaft ist, in der Praxis untergraben sie jedoch nach allen Richtungen die Verbindungen mit unserer Partei, mit unserem Land.

Die Führung der KPCh spricht oft von ihrer Treue zur Gemeinschaft der sozialistischen Länder. Die Beziehungen der chinesischen Genossen zu dieser Gemeinschaft widerlegen jedoch ihre tönenden Erklärungen.

Die Statistik zeigt, daß die Volksrepublik China in den letzten drei Jahren das Volumen ihres Handels mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft um mehr als die Hälfte verringert hat. Einige sozialistische Länder haben die Auswirkungen dieses Kurses der chinesischen Genossen besonders hart empfunden.

Die Handlungsweise der chinesischen Führung steht in schreiendem Widerspruch nicht nur zu den Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, sondern in einigen Fällen auch zu den allgemein anerkannten Regeln und Normen, an die sich alle Staaten halten müssen.

Die Verletzung der früher unterzeichneten Abkommen hat der Volkswirtschaft einiger sozialistischer Staaten ersten Schaden zugefügt. Es ist durchaus verständlich, daß auch die Wirtschaft Chinas selbst durch den Abbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht geringen Schaden erleidet.

Die Führung der KPCh hat in ihrem Bestreben, ihr Vorgehen in den Augen der Volksmassen zu rechtfertigen, unlängst die Theorie des „Stützens auf die eigenen Kräfte“ aufgestellt. Allgemein gesagt, ist es zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus der richtige Weg, wenn man sich beim sozialistischen Aufbau in jedem Lande vor allem auf die eigenen Anstrengungen des Volkes stützt und die inneren Ressourcen des Landes optimal nutzt. Der Aufbau des Kommunismus ist in jedem Lande in erster Linie Sache des Volkes dieses Landes, seiner Arbeiterklasse, seiner kommunistischen Partei.

Die Sowjetunion, das erste Land des Sozialismus, war gezwungen, den Sozialismus zu errichten, indem sie sich nur auf die eigenen Kräfte stützte und innere Reserven ausnutzte. Und obgleich heute das System der sozialistischen Länder existiert, so bedeutet das keineswegs, daß das Volk irgendeines Landes die Hände in den Schoß legen und ausschließlich auf die Hilfe anderer Länder des Sozialismus vertrauen kann. Die kommunistische Partei eines jeden sozialistischen Landes hält

es für ihre Pflicht, alle inneren Reserven für den erfolgreichen wirtschaftlichen Aufbau zu mobilisieren. Deswegen würde die Erklärung des ZK der KPCh über die Verwirklichung des Aufbaus des Sozialismus hauptsächlich durch eigene Kräfte in seiner direkten Bedeutung keine Einwände hervorrufen.

Jedoch wird, wie der gesamte Text des Briefes des ZK der KPCh und zahlreiche Äußerungen in der chinesischen Presse zeigen, in diese These faktisch ein Inhalt hineingelegt, mit dem man sich in keiner Weise einverstanden erklären kann.

Hinter der Formulierung „Aufbau des Sozialismus in der Hauptsache durch eigene Kräfte“ verbirgt sich die Konzeption der Schaffung sich selbst genügender nationaler Wirtschaften, für die die ökonomischen Beziehungen zu anderen Ländern lediglich auf den Handel beschränkt sind. Die chinesischen Genossen sind bestrebt, diese Auffassung anderen sozialistischen Ländern aufzudrängen.

Die Verkündung des Kurses „des Stützens auf die eigenen Kräfte“ brauchte die Führung der KPCh offensichtlich dazu, um die Bande der engen Freundschaft zwischen den sozialistischen Ländern zu schwächen. Eine solche Politik hat selbstverständlich nichts gemein mit den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus. Sie kann nicht anders bewertet werden als ein Versuch, die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft zu untergraben.

Neben dem Kurs auf den Abbau der ökonomischen Beziehungen hat die Führung der KPCh eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die auf eine Zuspitzung der Beziehungen zur Sowjetunion gerichtet sind.

Die chinesischen Führer untergraben nicht nur die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, sondern auch die der ganzen kommunistischen Weltbewegung, treten die Prinzipien des proletarischen Internationalismus mit Füßen und verletzen in grober Weise die Normen der Beziehungen zwischen den Bruderparteien.

Die Führung der KPCh organisiert und unterstützt verschiedene parteifeindliche Gruppen von Renegaten, die gegen die

kommunistischen Parteien in den USA, in Brasilien, Italien, Belgien, Australien und Indien auftreten. In Belgien zum Beispiel unterstützt die Führung der KPCh die Grippa-Gruppe, die auf dem jüngsten Parteitag aus der Partei ausgeschlossen wurde. In den USA wird die Wühlätigkeit der linksopportunistischen Gruppierung „Hammer und Stahl“ unterstützt, die sich den Kampf gegen die KP der USA zum Hauptziel gestellt hat. In Brasilien werden von den chinesischen Genossen fraktionelle Gruppen unterstützt, die aus den Reihen der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden (so zum Beispiel die Gruppe Amazonas-Graboes).

In Australien versuchte das ZK der KPCh, Spaltertätigkeit gegen die Kommunistische Partei und ihre Führung mit Hilfe von E. Hill, einem ehemaligen Mitglied der Parteiführung, zu organisieren. E. Hill, der seinerzeit die Volksrepublik China besucht hatte, wandte sich öffentlich gegen die Kommunistische Partei Australiens und versuchte, Gleichgesinnte um sich zu sammeln. Nachdem die Kommunistische Partei Australiens Hill aus dem ZK der Partei ausgeschlossen hatte, begab er sich demonstrativ nach Peking.

In Italien unterstützen die chinesischen Vertreter die Tätigkeit einer Gruppe ehemaliger Funktionäre der KP-Organisation von Padua, die Flugblätter mit einem provokatorischen Aufruf zum „revolutionären“ Aufstand verteilt hatten.

Die Genossen der KPCh bemühen sich besonders, in den kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine subversive Tätigkeit zu entfalten.

Die chinesischen Führer heben die Abtrünnigen und Renegaten auf den Schild, die außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung stehen, und drucken in ihren Zeitschriften verleumderische Artikel aus den Publikationen dieser Renegatengruppen ab, die gegen die Politik der KPdSU und gegen die Linie der gesamten weltweiten kommunistischen Bewegung gerichtet sind.

Die chinesischen Vertreter in Ceylon unterhalten einen engen Kontakt zur Gruppe von E. Samarakkodi, die ein Werkzeug der trotzkistischen „IV. Internationale“ ist.

Die Trotzkisten der „IV. Internationale“ versuchen die Position der chinesischen Genossen für ihre Ziele auszunutzen und haben sich sogar in einem offenen Brief an das ZK der KPCh gewandt, in dem direkt gesagt wird: „Die IV. Internationale, die seit dem Tag ihrer Gründung . . . die Ideen bekämpft, gegen die Sie heute auftreten, steht auf Eurer Seite . . . Das internationale Sekretariat der IV. Internationale begrüßt diese von Euch in der gesamten kommunistischen Bewegung ausgelöste Diskussion. Es ruft Euch auf, sie weiter zu entfalten.“

Die chinesischen Führer treten mit scharfen Ausfällen gegen die kommunistischen Bruderparteien und ihre Führer auf, die von der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung nicht abweichen wollen. In vielen Sprachen haben sie Artikel veröffentlicht und verbreitet, in denen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei der USA, der Kommunistischen Partei Frankreichs, der Kommunistischen Partei Italiens und der Kommunistischen Partei Indiens verleumdet wird. Welche Schimpfworte richten die Autoren dieser Artikel nicht an die Adresse bekannter Führer der Bruderparteien! Hier ist von „Doppelzüngigkeit“ und von „rechtem Opportunismus“, von „Revisionismus“ und von „Nichtübereinstimmung mit den Normen der kommunistischen Moral“, von „sozialdemokratischer Entartung“ und von „Kleinmut“, von „Verantwortungslosigkeit“ und von „Nachbeten“, von „Hochmut und Verachtung gegenüber den revolutionären Völkern der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“ die Rede.

Die chinesischen Führer beschuldigen die Kommunistischen Parteien der USA und Westeuropas, daß sie „im Einvernehmen mit den am meisten abenteuervollen amerikanischen Imperialisten“ handeln. Die Führung der Kommunistischen Partei Indiens wird nicht anders als „Cligue“ genannt. Den Führern der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Indiens

und der USA wird die ungeheuerliche Beschuldigung der „Sorge um das Schicksal des Imperialismus und aller Reaktionen“ vorgeworfen. Und in ihrem Brief vom 14. Juni greift die Führung der KPCh zu der Verleumdung, daß auch die KPdSU „in der Rolle eines Helfershelfers des Imperialismus auftritt“. Niemand, außer den Trotzkisten, hat sich bisher erküht, angesichts der eindeutigen Unsinnigkeit solche verleumderischen Beschuldigungen gegen die große Partei Lenins zu erheben!

Ist es ein Wunder, wenn sich die imperialistische Propaganda über solche Handlungen der chinesischen Genossen freut? Nicht zufällig schreit die bürgerliche Presse auch ununterbrochen über die „Krise“ der internationalen kommunistischen Bewegung, und sie ruft die imperialistischen Regierungen auf, die durch den Standpunkt des ZK der KPCh hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten in ihrem Interesse auszunutzen.

Die Vertreter der KPCh sind aus dem Redaktionskollegium der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ — des kollektiven theoretischen und informatorischen Organs der kommunistischen und Arbeiterparteien — ausgetreten, sie haben die Herausgabe dieser Zeitschrift in chinesischer Sprache eingestellt und sich auf diese Weise bemüht, den chinesischen Kommunisten die objektive Informationsquelle über die Tätigkeit der internationalen kommunistischen Bewegung zu verschließen.

Die spalterische Tätigkeit der chinesischen Führung in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung stößt auf die berechnete Empörung und Ablehnung der marxistisch-leninistischen Bruderparteien.

In dem Brief des ZK der KPCh heißt es, daß es in den Beziehungen zu den kommunistischen Bruderparteien „unzulässig ist, daß sich eine Partei über die anderen Bruderparteien stellt, daß es unzulässig ist, sich in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien einzumischen . . .“ Das ist keine schlechte Erklärung. Doch gerade die chinesischen Genossen greifen zu solchen unzulässigen Aktionen. Indem sie die In-

teressen der kommunistischen Weltbewegung mit Füßen treten, handeln sie gegen die Normen und Prinzipien, die in der Deklaration und in der Erklärung dargelegt sind, und versuchen, die anderen Bruderparteien ihrem Einfluß und ihrer Kontrolle unterzuordnen.

Ein anschauliches Beispiel für die besondere Linie der Führung der KPCh im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen Bewegung ist ihre Haltung in der albanischen Frage. Bekanntlich bezogen die albanischen Führer in der zweiten Hälfte des Jahres 1960 in den Grundfragen der Gegenwart offen eine linksopportunistische Plattform und begannen mit einer feindseligen Politik gegenüber der KPdSU und den anderen Bruderparteien. Die albanische Führung entfaltete im Lande eine antisowjetische Kampagne, die zu einem Abbruch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der Sowjetunion führte.

Die überwiegende Mehrzahl der kommunistischen und Arbeiterparteien verurteilte entschieden diese antileninistische Tätigkeit der albanischen Führer. Eine völlig andere Haltung nahmen die Führer der KPCh ein, die alles taten, um die albanischen Führer als Sprachrohr zu benutzen. Heute ist bekannt, daß die chinesischen Genossen sie direkt auf den Weg des offenen Kampfes gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder und Bruderparteien gedrängt haben.

Die Führer der KPCh räumen in ihren Ausfällen gegen die KPdSU und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien der jugoslawischen Frage eine Sonderstellung ein. Sie versuchen, die Dinge so darzustellen, als seien die Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung durch eine Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zu Jugoslawien hervorgerufen worden. Im Widerspruch zu den Tatsachen behaupten sie hartnäckig, Jugoslawien sei kein sozialistisches Land.

Bekanntlich hat die KPdSU zusammen mit anderen Bruderparteien 1955 die Initiative zur Normalisierung der Beziehun-

gen mit Jugoslawien ergriffen, um den lange währenden Konflikt zu überwinden, für den Stalin die Hauptschuld trägt. In dieser Zeit traten bei den Führern der KPCh keinerlei Zweifel über den Charakter der sozialistischen Ordnung in Jugoslawien auf. So konstatierte die „Renmin Ribao“, daß „Jugoslawien schon wichtige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus errungen hat“.

Eine objektive Analyse der sozial-ökonomischen Prozesse in Jugoslawien zeigt, daß sich in den darauffolgenden Jahren die Positionen des Sozialismus dort gefestigt haben. Wenn 1958 der sozialistische Sektor in der Industrie 100 Prozent, in der Landwirtschaft sechs Prozent, und im Handel 97 Prozent ausmachte, so beträgt gegenwärtig der sozialistische Sektor in der Industrie 100 Prozent, in der Landwirtschaft 15 Prozent und im Handel 100 Prozent. In der Zeit, die seit dem Beginn der Normalisierung der Beziehungen vergangen ist, vollzog sich eine Annäherung der Positionen Jugoslawiens an die Positionen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder in den Fragen der Außenpolitik.

Warum haben die chinesischen Führer ihre Haltung zur jugoslawischen Frage so kraß geändert? Das kann schwerlich anders erklärt werden, als damit, daß sie darin einen nach ihrer Meinung vorteilhaften Vorwand zur Diskreditierung der Politik der KPdSU und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien erblickten.

Die sowjetischen Kommunisten wissen, daß es zwischen der KPdSU und dem BdKJ immer noch Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe prinzipieller ideologischer Fragen gibt. Das haben wir den jugoslawischen Führern geradeheraus erklärt und erklären es weiterhin. Es wäre jedoch nicht richtig, aus diesem Grund Jugoslawien aus dem Sozialismus zu „exkommunizieren“, es von den sozialistischen Ländern abzuschneiden und in das Lager des Imperialismus zu drängen, wie das die Führer der KPCh tun. Gerade das wollen ja die Imperialisten.

Gegenwärtig gibt es in der Welt 14 sozialistische Länder. Wir sind zutiefst überzeugt, daß in nicht ferner Zukunft ihre

Zahl bedeutend größer sein wird. Der Fragenkreis, dem sich die am Steuer der Staatsführung stehenden Bruderparteien gegenübersehen, wird größer, wobei jede der Bruderparteien unter unterschiedlichen Bedingungen arbeitet. Es ist nicht erstaunlich, daß unter diesen Umständen die Bruderparteien in unterschiedlicher Weise an die Lösung dieser oder jener Fragen herangehen können. Wie sollen sich Marxisten-Leninisten in diesen Fällen verhalten? Sollen sie erklären, daß dieses oder jenes sozialistische Land, dessen Führer mit ihnen nicht einverstanden sind, kein sozialistisches Land mehr ist? Dies wäre ein Ausdruck äußerster Willkür. Eine derartige Methode hat nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein.

Wenn man dem Beispiel der chinesischen Führer folgen würde, so hätten wir angesichts unserer ersten Meinungsverschiedenheiten mit den Führern der Partei der Arbeit Albanien Albanien längst zu einem nichtsozialistischen Land erklären müssen. Dies wäre jedoch ein falsches, subjektives Herangehen an diese Frage. Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten mit der albanischen Führung betrachten die sowjetischen Kommunisten Albanien als ein sozialistisches Land und ergreifen ihrerseits Maßnahmen, um eine Trennung Albanien von der sozialistischen Gemeinschaft zu verhindern.

Mit Betrübniß beobachten wir, wie die Führer der KPCh die traditionelle sowjetisch-chinesische Freundschaft untergraben, die Einheit der sozialistischen Länder schwächen.

Die KPdSU wird nach wie vor für die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft, der gesamten kommunistischen Weltbewegung eintreten.

VI

Fassen wir einige Ergebnisse zusammen.

Die Zeit, die nach der Annahme der Erklärung von 1960 vergangen ist, hat die Richtigkeit des marxistisch-leninistischen Programms der kommunistischen und Arbeiterbewegung der Welt voll und ganz bestätigt. Die Erfolge der So-

wjetunion beim Aufbau des Kommunismus, die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in den anderen Ländern des Sozialismus üben in immer stärkerem Maße einen revolutionierenden Einfluß auf das Denken der Menschen in der ganzen Welt aus. Das revolutionäre Kuba hat das Leuchtfeuer des Sozialismus auf der westlichen Halbkugel angezündet. Dem Kolonialsystem, das seiner endgültigen Liquidierung bereits nahe ist, wurden entscheidende Schläge versetzt. Die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder hat neue Siege errungen. Die revolutionäre Weltbewegung schreitet unaufhaltsam voran.

All dies zeigt, daß die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung in der Erklärung von 1960 richtig festgelegt worden ist. Die Aufgabe besteht heute darin, in Übereinstimmung mit dieser Generallinie zu arbeiten und zu handeln, sie gemäß den Bedingungen jeder kommunistischen Partei zu entwickeln und zu konkretisieren. Deshalb sind alle Versuche, der kommunistischen und Arbeiterbewegung der Welt irgendeine neue Generallinie aufzuzwingen, wie dies im Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni geschieht, unbegründet und schädlich. Diese „Generallinie“ anzunehmen, würde bedeuten, von der Erklärung von 1960 abzugehen und mit programmatischen Richtlinien einverstanden zu sein, die dieser von 81 Parteien angenommenen Erklärung widersprechen. Unsere Partei wird diesen Weg nicht gehen.

Unsere ruhmreiche Leninsche Partei hat im Verlauf ihrer gesamten Geschichte einen unversöhnlichen Kampf gegen den rechten und linken Opportunismus, gegen Trotzkismus und Revisionismus, Dogmatismus und Sektierertum, Nationalismus und Chauvinismus in allen ihren Erscheinungsformen sowohl im Lande selbst als auch in der internationalen Arena geführt. In diesem Kampf für die Reinheit des Marxismus-Leninismus hat sich unsere Partei gestählt und gefestigt. Sie fürchtet sich vor keinerlei Attacken der heutigen Spalter und Opportunisten, woher sie auch kommen mögen.

Das Leben zeigt, daß die KPdSU dadurch, daß sie zu einer politischen Organisation des ganzen Volkes geworden ist, ihre

Verbindungen mit den Massen gefestigt, eine noch größere Kraft erlangt hat und sich durch eine noch höhere Disziplin auszeichnet. Mit dem Sieg des Sozialismus ist die Ideologie der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, zur Ideologie des ganzen Volkes, seines fortgeschrittenen Teils geworden. Das Ziel der Arbeiterklasse — der Aufbau des Kommunismus — ist das Ziel des gesamten Volkes geworden. Über diese Stärkung des Einflusses der kommunistischen Ideologie können die Marxisten-Leninisten natürlich nur erfreut sein. Wir können sagen, daß unsere Partei zu keinem Zeitpunkt nach dem Tode W. I. Lenins so stark und so fähig war wie jetzt, die kühnsten Aufgaben zu lösen, die mit dem Aufbau einer neuen Welt verbunden sind.

Jetzt, da in unserem Land der Sozialismus völlig und endgültig gesiegt hat, da wir Stein um Stein das herrliche Gebäude des Kommunismus errichten, sind unsere Partei und das ganze Sowjetvolk noch mehr davon überzeugt, daß die großen Ideen des Marxismus-Leninismus in der ganzen Welt triumphieren werden.

Unsere Zuversicht wird von den Völkern der sozialistischen Länder, von den Werktätigen der ganzen Welt geteilt. Sie schätzen den großen Beitrag hoch, den die Sowjetunion zur gemeinsamen Sache des Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Freiheit und Unabhängigkeit und Sozialismus leistet.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion war und ist für eine enge Freundschaft mit der Kommunistischen Partei Chinas. Wir haben ernste Meinungsverschiedenheiten mit den Führern der KPCh, aber wir sind der Meinung, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Parteien, zwischen unseren beiden Völkern ausgehend davon gestalten müssen, daß wir ein gemeinsames Ziel haben — den Aufbau der neuen kommunistischen Gesellschaft, und daß wir einen gemeinsamen Feind haben — den Imperialismus. Die beiden großen Länder, die Sowjetunion und die Chinesische Volksrepublik, können mit vereinten Kräften viel für den Triumph des Kommunismus tun.

Das wissen unsere Freunde ebenso gut wie unsere Feinde.

In Moskau findet jetzt das Treffen der Delegationen der KPdSU und der KPCh statt. **Bedauerlicherweise fahren die Vertreter der KPCh auf diesem Treffen fort, die Lage zu verschärfen.** Ungeachtet dessen bringt die Delegation der KPdSU ein Maximum an Geduld und Ausdauer auf, bestrebt, die Verhandlungen zu positiven Ergebnissen zu führen. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob die chinesischen Genossen dazu bereit sind, unsere gegenseitigen Beziehungen auf dem aufzubauen, was uns vereint und nicht entzweit, auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus.

Unsere Feinde setzen ihre Hoffnungen darauf, daß sie die Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh und der KPdSU vertiefen — sie sind auch jetzt darauf aus, für sich daraus Kapital zu schlagen. Dieser Tage schrieb die amerikanische Zeitung „Daily News“: „Hetzen wir doch das rote Rußland und das rote China aufeinander, damit sie einander in Stücke reißen.“ Diese heimtückischen Berechnungen der Imperialisten dürfen niemals von uns Kommunisten vergessen werden.

Unsere Partei, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung, gegenüber den Völkern der ganzen Welt bewußt ist, ruft die chinesischen Genossen auf, den Weg der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten und der Festigung der wahren Einheit unserer Parteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus, zu beschreiten.

Unsere Leninsche Partei kämpfte und kämpft mit allen Bruderparteien für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller Werktätigen im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus.

Das Zentralkomitee der KPdSU erklärt vor der Partei und vor dem Sowjetvolk mit voller Verantwortung, daß wir alles in unseren Kräften Stehende für die Festigung der Einheit mit

der Kommunistischen Partei Chinas, für den Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung unter dem Banner Lenins, für den Zusammenschluß der Länder des sozialistischen Weltsystems, für eine wirksame Hilfe für alle gegen den Kolonialismus kämpfenden Völker, für die Festigung der Sache des Friedens und den Sieg der großen Ideale des Kommunismus auf der ganzen Erde getan haben und tun werden.

Alle Werktätigen der Sowjetunion werden sich noch enger um ihre teure Kommunistische Partei und deren Leninsches Zentralkomitee zusammenschließen, alle ihre Energie auf die Verwirklichung des grandiosen Programms des Aufbaus des Kommunismus richten.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

I N H A L T

EIN VORSCHLAG ZUR GENERALLINIE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

Antwort des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas auf den Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 30. März 1963 (14. Juni 1963) 1

URSPRUNG UND ENTWICKLUNG DER DIFFERENZEN ZWISCHEN DER FÜHRUNG DER KPdSU UND UNS

Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (6. September 1963) 63

Die Meinungsverschiedenheiten begannen mit dem XX. Parteitag der KPdSU 67

Die ersten und bösen Folgen des XX. Parteitags der KPdSU 77

Die Moskauer Beratung der Bruderparteien vom Jahr 1957 80

Die Entwicklung des Revisionismus der Führerschaft der KPdSU 85

Plötzlicher Überfall der Führerschaft der KPdSU auf die KP Chinas 90

Kampf zweier Linien auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 94

Der Revisionismus der Führung der KPdSU wird zum System 101

Eine Strömung gegen den Marxismus-Leninismus, die die internationale kommunistische Bewegung spaltet 106

Was besagen die Tatsachen der letzten sieben Jahre? 113

Anhang I:

Zusammenfassung der Ansichten zur Frage des friedlichen Übergangs (10. November 1957) 119

Anhang II:

Erklärung der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas auf der Bukarester Beratung der Bruderparteien (26. Juni 1960) 123

Anhang III:

Die fünf Vorschläge, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, enthalten im Antwortschreiben des ZK der KP Chinas auf das Informationsschreiben des ZK der KPdSU (10. September 1960) 128

ZUR STALINFRAGE

Zweiter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU
(13. September 1963)

131

IST JUGOSLAWIEN EIN SOZIALISTISCHER STAAT?

Dritter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (26.
September 1963)

157

Die Entwicklung des Privatkapitalismus in den jugoslawi-
schen Städten

163

Der Kapitalismus überschwemmt das jugoslawische Dorf

166

Die sozialistische volkseigene Wirtschaft zu kapitalistischer
Wirtschaft entartet

174

Vasall des USA-Imperialismus

181

Ein konterrevolutionärer Sondertrupp des USA-Imperialis-
mus

187

Die Diktatur des Proletariats degeneriert zur Diktatur der
Bourgeoisie

194

Der prinzipielle Stand der KP Chinas in der jugoslawischen
Frage

198

Hat Tito „seine Fehler abgelegt“? Oder betrachtet Chru-
schtschow Tito als seinen Lehrmeister?

200

Kurze Schlußfolgerung

205

DIE VERFECHTER DES NEUEN KOLONIALISMUS

Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (22.
Oktober 1963)

207

Verzicht auf die Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialis-
mus und Kolonialismus

211

Rezepte des Verzichtes auf die Revolution der unterdrückten
Völker

216

Gegen nationale Befreiungskriege

221

Die Gebiete, in denen sich die Widersprüche in der heutigen
Welt konzentrieren

224

Die Lehre des Leninismus über die Führung in der Revolu-
tion wird verdreht

228

Der Weg des Nationalismus und der Entartung

230

Ein typisches Beispiel von Sozialchauvinismus

234

Widerlegung der „Theorien“ von „Rassismus“ und „Gelber
Gefahr“

237

Wiederbelebung des alten Revisionismus in neuer Form

241

ZWEI LINIEN IN DER FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN

Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (19.
November 1963)

247

Lehren der Geschichte

250

Der größte Betrug

256

Die Frage der Möglichkeit der Verhütung eines neuen Welt-
kriegs

262

Atomfetischismus und Atomerpressung—die theoretische
Basis des modernen Revisionismus und der Wegweiser
seiner Politik 270
Kampf oder Kapitulation? 277
Der Weg zur Verteidigung des Friedens und der Weg, der
zum Krieg führt 283

ZWEI VÖLLIG ENTGEGENGESETZTE ARTEN DER POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU
(12. Dezember 1963)

287

Lenins und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz

290

Die Kommunistische Partei Chinas hält an Lenins Politik
der friedlichen Koexistenz fest

298

Die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führung
der KPdSU

304

Drei prinzipielle Differenzen

308

Die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der
KPdSU entspricht den Bedürfnissen des USA-Imperialismus

320

Zusammenarbeit zwischen Sowjetunion und USA—der Kern
der Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der KPdSU-

327

Führung

333

Einige Ratschläge an die Führer der KPdSU

DIE FÜHRUNG DER KPdSU IST DER GRÖSSTE SPALTER DER GEGENWART

Siebenter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU
(4. Februar 1964)

337

Rückblick auf die Geschichte

340

Erfahrungen und Lehren

348

Der größte Spalter unserer Zeit

353

Zurückweisung der Beschuldigung einer „antisowjetischen
Einstellung“

363

Zurückweisung der Beschuldigung eines „Griffes nach der
Führung“

368

Zurückweisung der Beschuldigung einer „Brechung des Wil-
lens der Mehrheit“ und eines „Verstoßes gegen die interna-
tionale Disziplin“

374

Zurückweisung der Beschuldigung einer „Unterstützung par-
teifindlicher Cliques innerhalb der Bruderparteien“

379

Die gegenwärtige offene Debatte

387

Der Weg zur Wahrung und Festigung der Einheit

395

DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER REVISIONIS- MUS CHRUSCHTSCHOWS

Achter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (31.
März 1964)

401

Schüler von Bernstein und Kautsky

404

Die gewaltsame Revolution ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution	409
Unser Kampf mit dem Revisionismus Chruschtschows	412
Sophistik kann die Geschichte nicht ändern	419
Lügen können die Wirklichkeit nicht zudecken	423
Zurückweisung des sogenannten „parlamentarischen Weges“	433
Zurückweisung der Behauptung von einem „Kampf gegen den Linksopportunismus“	437
Zwei Linien, zwei Ergebnisse	445
Von Browder und Tito bis Chruschtschow	451
Unsere Hoffnungen	459
ÜBER DEN PSEUDOKOMMUNISMUS CHRUSCHTSCHOWS UND DIE HISTORISCHEN LEHREN FÜR DIE WELT	
<i>Neunter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU (14. Juli 1964)</i>	463
Die sozialistische Gesellschaft und die Diktatur des Proletariats	466
In der Sowjetunion gibt es antagonistische Klassen und Klassenkampf	477
Die privilegierte Schicht in der Sowjetunion und die revisionistische Chruschtschow-Clique	487
Widerlegung der Behauptung vom sogenannten „Staat des ganzen Volkes“	496
Widerlegung der Behauptung von der sogenannten „Partei des ganzen Volkes“	505
Der Pseudokommunismus Chruschtschows	511
Die historischen Lehren der Diktatur des Proletariats	520
WARUM CHRUSCHTSCHOW VON DER BÜHNE ABGETRETEN IST (21. November 1964)	537
A N H A N G	
BRIEF DES ZK DER KPdSU AN DAS ZK DER KP CHINAS (30. März 1963)	553
OFFENER BRIEF DES ZENTRAKKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION AN ALLE PARTEIORGANISATIONEN, AN ALLE KOMMUNISTEN DER SOWJETUNION (14. Juli 1963)	588